

Zeitschrift des Vereins  
für  
Geschichte Schlesiens

---

Namens des Vereins  
unter Mitwirkung der Schriftleitung

herausgegeben

von

Ronrad Dutke und Erich Randt

---

Einundsechzigster Band



Breslau  
Trewendt & Granier  
1927

4026.61

II

### Mitglieder der Schriftleitung.

Butke. Wendt. Ziefursch. Seppelt. Randt.

Die zur Veröffentlichung durch den Verein bestimmten Manuskripte sind an die Geschäftsstelle des Vereins, Breslau 16, Tiergartenstraße 13, einzusenden.

Die Manuskripte für den nächsten Band der Zeitschrift (Band 62) sind bis zum 1. April 1928 druckfertig in Reinschrift einzuliefern. Nachträglich eingehende, wenn auch vorher angemeldete bzw. bereits bedingungsweise angenommene Manuskripte können nur für einen folgenden Band berücksichtigt werden.



30.000,-

X-5563
4026/ II
1927

## Inhalt des einundsechzigsten Bandes

---

I. Die Epochen der Breslauer Bistumsgeſchichte im Mittelalter. Von Domkapitular Profeſſor Dr. Franz Xaver Seppelt . . . . .	1
II. Kanoniſtus Peter Bitschen und die Tendenz ſeiner Fürſtenchronik (Cronica principum Polonie). Von Profeſſor Dr. iur. h. c. Adolf Schaub (Brieg) . . . . .	12
III. Aus Schreibſtube und Bücherei des ehemaligen Zifterzienſerkloſters Heinrichau. Von Landesbibliotheksdirektor Dr. C. S. Rother (Ratibor) . . . . .	44
IV. Die fränkische Huſe. Von Rittergutsbeſitzer Dr. iur. Heinrich von Loeſch (Ober-Stephansdorf) . . . . .	82
V. Die Weiß- und Sämiſchgerberei in Breslau bis zum Dreißigjährigen Kriege. Von Dr. phil. Maria Breuer . . . . .	109
VI. Die Wahl- und Schlachſtsteuer von 1827 bis 1848 in Breslau und Schleſien. (Ein Beitrag zur preußiſchen Steuergeſchichte.) Von Handelsoberlehrer Dr. E. Werner. . . . .	170
VII. Die Auflöſung des evangeliſchen Schullehrerſeminars zu Breslau am 29. Januar 1846. Eine Episode aus dem Vormärz. Von Dr. phil. Arthur Heidrich . . . . .	190
VIII. Geſchichte des Blücherdenkmals in Breslau als Zeitbild. (1827 bis 1927) Von Oberſtudiendirektor i. R. Profeſſor Dr. Franz Wiedemann . . . . .	220
IX. Peter Blaſt und die nordgermaniſchen Beziehungen der Slaven. Von Regierungs-Beſſor a. D., Herrſchaftsbeſitzer Fedor von Heydenbrand u. d. Laſa (Dammer) . . . . .	247
X. Zur Geſchichte des Geſchlechts der Gallici (Walch) und ihres Grundbeſizes in Schleſien im 13./16. Jahrhundert. Von Geh. Archivrat, Staatsarchivdirektor i. R. Dr. Konrad Wutke . . . . .	279
XI. Ein Schweidnißer Formularbuch Johannis von Neumarkt. Von Dr. phil. Emil Schiehe (Prag) . . . . .	312
XII. Bericht über die Vereintätigkeit 1925 und 1926 . . . . .	361
Vorträge . . . . .	366

---

(Der Literaturbericht zur ſchleſiſchen Geſchichte für die Jahre 1923—1925, bearbeitet von S. Bellée, iſt wie der letzte Literaturbericht als beſonderes Heft beigegeben.)





## I.

# Die Epochen der Breslauer Bistumsgeſchichte im Mittelalter. <sup>1)</sup>

Von

Franz Xaver Seppelt.

Das Fürſtbistum Breslau kann auf eine Geſchichte von mehr als neunhundert Jahren zurüchblicken, eine Geſchichte, die reich iſt an bedeutsamen Geſchehnissen und intereſſanten Ereignissen, die viel aufzuweiſen hat an Großem, Rühmlichem und Erhebendem, in der aber auch die trüben und dunklen Seiten, Unerfreuliches und Unerquickliches, keineswegs fehlen. Freilich — eine bedeutsame Rolle zu ſpielen in der allgemeinen Kirchengeschichte iſt dem Breslauer Bistum nie beſchieden geweſen; es hat auch nie die Bedeutung erlangt, wie ſie etwa lange Zeit den großen Erzbistümern am Rhein vergönnt war, deren Erzbischöfe zugleich Kurfürsten des Reiches waren. Das alles war dem Bistum Breslau zum guten Teil ſchon durch ſeine geographiſche Lage verſagt: Des Bistums Geſchichte fallen zuſammen mit denen Schlesiens, deſſen Grenzen früher wie jezt ſich zwar mit den Bistumsgrenzen nicht völlig decken — das Bistum greift über die Provinz Schlefien hinaus, während andererseits bis heut Teile derſelben der Jurisdiktion auswärtiger Biſchöfe (Prag und Olmüh) unterſtehen <sup>2)</sup> —, das aber doch von jeher den Kern und überwiegenden Hauptteil des Bistumsſprengels gebildet hat. Schlesiens und damit des Bistums Geſchichte iſt dadurch beſtimmt, daß es auf der Grenze gelegen iſt von Mittel- und Osteuropa, nach der Völkerwanderung, dem Abzug der wandalischen Stämme, von Slaven beſiedelt, dann ſeit Beginn der deutſchen Beſiedlung im Anfang des 13. Jahrhunderts ein vorgeſchobener Poſten des Deutſchtums, faſt völlig von Slavengebieten umgeben, durch Jahrhunderte Spielball und Kampfpreis mächtiger Nachbarn, denen gegenüber die politiſche Selbſtändigkeit zu wahren auf die Dauer nicht möglich war. In dieſer Grenzlage des Bistums Breslau iſt es begründet, daß ſeine Entwicklung im Laufe des Mittelalters nicht durchweg der allgemeinen kirchlichen Entwicklung des Abendlandes parallel gelaufen

<sup>1)</sup> Nach einem Vortrag auf der Jahresverſammlung der Geſellſchaft für Kirchengeschichte am 4. Oktober 1926. <sup>2)</sup> Vgl. Jungniß, Die Grenzen des Breslauer Bistums, Darſtellungen u. Quellen zur ſchlef. Geſchichte III (1907), 1 ff.

ist; denn diese abseitige geographische Lage brachte es unter den mittelalterlichen Verhältnissen mit sich, daß die Beziehungen der schlesischen Kirche zur allgemeinen Kirche des Abendlandes vielfach nur lose waren, und daß zeitweise lebendige Wechselwirkungen überhaupt fehlten. Infolgedessen ist auch die Periodisierung, wie sie für die mittelalterliche Kirchengeschichte des Abendlandes üblich ist, und wie sie hier durch Begebenheiten von tiefeinschneidender Bedeutung klar bestimmt ist, für die Breslauer Bistumsgeschichte nicht ohne weiteres anwendbar: Entwicklungen, die in der abendländischen Kirche vor sich gingen und eine neue Epoche heraufführten, sind hier zunächst nicht eingetreten und dann erst später nachgeholt worden. Es muß daher eine andere Umgrenzung und Gliederung der einzelnen Abschnitte der Bistumsgeschichte im Mittelalter vorgenommen werden. Wie etwa diese Periodisierung der mittelalterlichen Breslauer Bistumsgeschichte vorzunehmen ist, und wie sich die einzelnen Abschnitte charakterisieren lassen, soll im Folgenden kurz skizziert werden.

Die Gründung des Bistums Breslau ist gleichzeitig oder unmittelbar vor der Errichtung des Erzbistums Gnesen im Jahre 1000 erfolgt, dem es mit Krakau und Kolberg als Suffraganbistum unterstellt wurde. Die Chronik des Thietmar von Merseburg hat uns den Namen des damaligen Bischofs überliefert: er hieß Johannes <sup>1)</sup>. Aber schon vorher hatten in dem Bereich des neuen Bistums, das nun in dem natürlichen Mittelpunkt des Schlesiens begründet worden war, Christianisierungsbestrebungen eingesetzt. Diese Missionsversuche waren zuerst gemäß den politischen Zusammenhängen von Böhmen ausgegangen, dann infolge des Wechsels der politischen Zugehörigkeit von Polen aus. Behauptungen von einem Wirken der Slavenapostel oder von einer ursprünglichen Herrschaft des griechischen Ritus in Schlesien, wie sie bis in die neueste Zeit wiederholt worden sind, finden in den kritisch gesichteten Quellen keine hinreichende Stütze <sup>2)</sup>, so wie auch die persönliche Missionstätigkeit des Adalbert von Prag nicht nachweisbar, wenn auch nicht unmöglich ist. Bei der Begründung des Bistums stand aber die Christianisierung noch in den allerersten Anfängen; und auch in den nun folgenden Jahrzehnten konnte sich das Christentum hier so

<sup>1)</sup> Thietmari Chronicon rec. Kurze (Hannover 1889), 90. <sup>2)</sup> Vgl. zuletzt über diese vielerörterte Frage Jos. Pšihner, Besiedlungs-, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des Breslauer Bistumslandes I (Reichenberg i. B., 1926), 3. In der hier zusammengestellten Literatur fehlt L. Schulte, Altentworfene Beiträge zur Geschichte des Breslauer Bistums im Mittelalter, Breslau 1918; Schulte hat hier S. 62 ff. die Frage des Septuagesima-Festens sehr eingehend behandelt und besonders den Nachweis erbracht, daß dieses auch in der abendländischen Kirche weithin bekannt und in Übung war.

wenig wie im übrigen Polen fester verwurzeln, so daß das Bistum Breslau — ebenso wie Kolberg — wieder unterging, als nach dem Tode des gewaltigen Boleslaw Chabry (1025) innere Wirren den Zusammenbruch der polnischen Machtstellung herbeiführten und eine heidnische Reaktion sich erhob. Erst um das Jahr 1050, zur Zeit der Regierung Kasimirs (1034—1050), des „Restaurators“ (Odnowiciel), ist die Neube gründung des Bistums Breslau erfolgt, dessen Sprengel in dieser Zeit vorübergehend wieder unter böhmische Botmäßigkeit gekommen war. Erst mit dieser Zeit beginnt die lückenlose Reihe der Breslauer Bischöfe in den mittelalterlichen Bischofskatalogen, von denen der älteste, ruhend auf älteren Aufzeichnungen, bald nach 1268 im Kloster Heinrichau entstanden ist <sup>1)</sup>. Viel später erst, in einer Zeit, die aus nationalpolnischen Gründen in dem Herzog Miszka den Begründer und Organisator der christlichen Kirche in Polen wie in Schlesiens sehen wollte, hat man die Gründung des Bistums Breslau ins Jahr 966 hinaufzurücken sich bemüht; und es ist das zweifelhafte Verdienst des polnischen Geschichtsschreibers Johannes Dlugosz, der 1480 als erwählter Erzbischof von Lemberg starb, diese ungeschichtliche Auffassung durch freie Erfindung einer Bischofsliste mit ausführlichen Bischofsbiographien gestützt zu haben, so daß diese Fabeleien bis weit ins 19. Jahrhundert hinein Glauben fanden und die Anschauungen über die älteste Kirchengeschichte Schlesiens verwirrten.

Die Bischöfe in dieser ältesten Zeit der Bistumsgeschichte von etwa 1050 bis 1200 gewinnen für uns infolge der Dürftigkeit unserer Quellen nicht greifbare Gestalt; außer den Namen sind es nur färgliche zufällige Notizen, die uns von ihnen und ihrem Wirken überkommen sind. Eine Ausnahme macht nur Bischof Walter (1149—1169), der — und das ist beachtenswert — als einziger der Bischöfe jener Zeit nicht aus Schlesiens oder Polen, sondern aus dem Westen des Reiches, dem Bistum Lüttich, entstammte, und der in seinem Breslauer Sprengel eine reformatorische Tätigkeit entfaltet hat. Und wie über die Bischöfe und ihr Wirken sind wir auch mangels hinreichenden zuverlässigen Quellenmaterials über die sonstigen kirchlichen Verhältnisse schlecht und ungenügend unterrichtet. Aber was aus allen uns überkommenen Nachrichten sich deutlich erkennen läßt, ist dieses, daß in dieser ganzen Zeit bis 1200 die kirchlichen Verhältnisse einen noch recht unfertigen und unbefriedigenden Charakter hatten, kurz, daß die schlesische Kirche sich noch durchaus im *Missionstadium* befand. Die Zahl der Kirchen in dem unwirtlichen Lande ist noch recht gering

<sup>1)</sup> D. Schmidt, Untersuchungen zu den Bresl. Bischofskatalogen (Darstellungen u. Quellen zur schles. Geschichte XXV), Breslau 1917.



geweſen <sup>1)</sup>, die Pfarrsprengel ermangelten noch der feſten Umgrenzung, und von einer durchgehenden Aufteilung des Biſtumsſprengels in Pfarrbezirke iſt in Schleſien wie in den Nachbarbiözeſen <sup>2)</sup> noch keine Rede. Und auch die unbefriedigende kirchliche Geſamtlage in dieſer Zeit teilt das Biſtum Breslau mit den übrigen polniſchen Biſtümern; ſie wird dadurch beleuchtet, daß Polen nicht die Kräfte im eigenen Lande aufzuweiſen hatte, um die Chriſtianiſierung der Pommeren durchzuführen, ſo daß der deutſche Biſchof Otto von Bamberg herbeigerufen werden mußte; ſie läßt ſich auch ablesen aus der Geſchichte der älteſten Kloſtergründungen in Schleſien: die Abteien St. Vinzenz auf dem Elbing bei Breslau und Leubus, beide mit polniſchen Benediktinern beſetzt, können nicht zu gedeihlicher Entfaltung kommen. Aus beiden Klöſter müſſen ſchließlich die urſprünglichen Inſaſſen entfernt werden; und es iſt bezeichnend, daß beſſere Zeiten für dieſe Klöſter erſt kommen, als deutſche Prämonſtratenſer und Ziſterziener in ſie einziehen, d. h. alſo Mitglieder der neuen Orden, in denen ſich der Aufſchwung und die Reform der abendländiſchen Kirche verkörpert und die — im Gegenſatz zu den ganz auf ſich geſtellten Benediktinerklöſtern — durch die von ihren Ordensſtatuten geforderten engen Wechſelbeziehungen zwiſchen Mutterkloſter und Tochtergründung den Neugründungen einen feſten Rückhalt in jeder Hinſicht zu bieten vermochten. Gerade die Geſchichte dieſer Klöſter lehrt, worin die Gebrechen der ſchleſiſchen Kirche in dieſer ſlawiſchen Zeit zutiefſt begründet waren: es fehlte die lebensvolle und lebenspendende Verbindung mit der Geſamtkirche. Und dieſe durch die geographiſche Lage und die politiſchen Verhältniſſe bedingte Iſolierung hat es verſchuldet, daß von einer Wirkung der gregorianiſchen Reformbewegung in Schleſien wie in Polen nichts zu ſpüren iſt; ſo iſt zum Beiſpiel von einem Kampf gegen die durchaus übliche Prieſterehe im 11. Jahrhundert hier noch keine Rede; ſie war noch im Beginn des 13. Jahrhunderts ein verbreiteter Brauch, gegen den die päpſtlichen Legaten mit vieler Mühe ankämpfen mußten. Und ebenſowenig iſt von einer Rückwirkung des Inveſtiturſtreites auf den ſlawiſchen Oſten etwas

<sup>1)</sup> Vgl. die Zuſammenſtellung derſelben bei E. Michael, Die ſchleſiſche Kirche und ihr Patronat im Mittelalter unter polniſchem Recht. Görlitz 1926, 179 f. M. hat gezeigt, daß die Zahl der Kirchen immerhin etwas größer war, als man gemeinhin annahm.

<sup>2)</sup> Beiſpielsweiſe erinnert der Olmücker Biſchof Robert noch in einer Urkunde von 1222 daran, er habe einer Kirche Pfarrechte verliehen unter gleichzeitiger Beſtimmung ihres Sprengels, quia tunc temporis ecclesiae illius provinciae non erant limitate. Vgl. E. Ott, Das Eindringen des ſlawiſchen Rechtes, ſeine Lehre und wiſſenſchaftliche Pflege in Böhmen und Mähren im Mittelalter. Zeiſchriſt der Savignyſtiftung, Kanoniſtiſche Abteilung III (1913), 5.

zu merken; die Herrschaft des Eigenkirchenwesens bleibt zunächst in Schlesien wie in Polen unerschüttert und unangefochten.

Diese Zeit unfertiger und unbefriedigender kirchlicher Verhältnisse, kurz dieses Missionsstadium, umfaßt etwa die beiden ersten Jahrhunderte der Bistumsgeschichte vom Jahre 1000 bis 1200. Ihr wird ein Ende gemacht durch die um diese Jahrhundertwende einsetzende deutsche Besiedlung Schlesiens. Diese deutsche Besiedlung des slavischen Ostens, die man mit Recht als die Großtat des deutschen Volkes im Mittelalter rühmt, und die Schlesien erst zu dem gemacht hat, was es ist und bedeutet, ist auch in kirchlicher Hinsicht epochemachend; sie hat eine durchgreifende Besserung der kirchlichen Verhältnisse im Bistum Breslau heraufgeführt.

Die Forderungen der deutschen Kolonisten, die seit der Wende des 12. und 13. Jahrhunderts aus den deutschen Gauen westlich der Elbe ins Breslauer Bistumsgebiet einströmten, berufen von den Herzögen, bald auch vom Breslauer Bischof, erstreckten sich nicht nur auf das wirtschaftliche und das rechtliche Gebiet; sie betrafen auch das kirchliche Gebiet. Aus ihrer Heimat an geordnete kirchliche Verhältnisse gewöhnt, forderten sie, daß in ihren neuen schmucken Dorfsiedlungen je eine eigene mit einer Widmut ausgestattete Pfarrei errichtet wurde. Und auch bei Anlegung der Städte wurde stets ein Platz für die Pfarrkirche in unmittelbarer Nachbarschaft des Marktes als des Mittelpunktes der Stadt vorgesehen. So erfuhr in dieser Zeit der deutschen Kolonisierung, die im wesentlichen das dreizehnte Jahrhundert umfaßt, die Zahl der Pfarreien eine gewaltige Vermehrung. Im alten Besitz des Breslauer Bistums, dem Ottmachau-Meißner Kirchenland, stieg die Zahl der Pfarreien von einigen wenigen im Laufe des 13. Jahrhunderts auf 61 an<sup>1)</sup>. Man kann sagen, daß erst jetzt die systematische lückenlose Parochialeinteilung im Bistum durchgeführt wurde und zum Abschluß kam. Nunmehr wird auch für die Zwecke der Verwaltung und Visitation die Aufteilung der Diözese in Archidiaconate nötig. In den Jahren 1228 und 1230 begegnen neben dem bis dahin einzigen Breslauer Archidiacon erstmals Archidiacone in Glogau und Oppeln, und drei Jahrzehnte später ist das Liegnitzer Archidiaconat nachweisbar.

Es liegt auf der Hand, daß dieser Ausbau der äußeren kirchlichen Organisation nicht ohne günstige Rückwirkungen auf das innere kirchliche Leben bleiben konnte. Die Schaffung dieses engmaschigen Netzes von Pfarrsprengeln ermöglichte eine viel intensivere Seelsorge; eine beträchtliche Steigerung des Wirkens und des Einflusses der Kirche

1) Vgl. Pfizner, 325.

mußte die Folge ſein. Daß freilich die große Umwälzung, welche die deutſche Beſiedlung in Schleſien in jeder Hinſicht herbeiführte, nicht ohne Schwierigkeiten mannigſachſter Art vor ſich ging, kann nicht wundernehmen. Auf kirchlichem Gebiet kam es zunächſt vor allem zu ſchweren Konſtikten der deutſchen Siedler mit der Kirche wegen der Zehntforderungen, und erſt nach langen erbitterten Kämpfen iſt es gelungen, dieſe langwierigen Zehntſtreitigkeiten durch einen verſtändigen Ausgleich zwiſchen den kirchlichen Anſprüchen und den berechtigten Wünſche der Koloniſten zum Abſchluß zu bringen <sup>1)</sup>.

Die deutſche Beſiedlung brachte Schleſien in engere lebensvolle Verbindung mit dem Abendland; ſie knüpfte vor allem auch nach der langen Zeit der bisherigen faſt völligen Iſolierung das Biſtum Breslau mit feſten Banden an die Geſamtkirche und an das Papſtum. Und ſo war nun die Möglichkeit gegeben, auf kirchlichem Gebiet raſch die Entwicklung nachzuholen, hinter der die ſchleſiſche Kirche biſlang zurückgeblieben war. Das große Ziel, das es zu erreichen galt, war die Freiheit der Kirche: die Zurückdrängung des Einflusses der herzoglichen Gewalt auf rein geiſtlichem Gebiet, die Überwindung des Eigenkirchenweſens, die Durchſetzung des beſonderen Gerichtsſtandes des Klerus (*privilegium fori*) gemäß den geltenden kanoniſchen Satzungen, die Erwerbung des Rechtes der Immunität für die Kirchenuntertanen auf dem ausgedehnten Beſitz der Kirche. Es war unvermeidlich, daß all das nicht ohne ſchwere erbitterte Kämpfe mit der herzoglichen Gewalt errungen werden konnte <sup>2)</sup>. Aber daß dieſe Kämpfe zu einem ſiegreichen Ende geführt werden konnten, hatte das Biſtum dem glücklichen Geſchick zu danken, daß in den entſcheidenden Jahrzehnten an ſeiner Spitze hervorragende Biſchöfe ſtanden, welche kraftvoll und mit Klugheit und Einſicht die kirchlichen Forderungen vertraten, wie Biſchof Lorenz (1207—1232), Thomas I. (1232—1268) und Thomas II. (1270 bis 1292) <sup>3)</sup>. Freilich war dieſer ſiegreiche Ausgang der Kämpfe nicht zuletzt auch dem Umſtande zu danken, daß die Biſchöfe in dieſem gewaltigen Ringen nicht allein ſtanden, ſondern einen feſten Rückhalt und tatkräftige Unterſtützung an dem Papſtum fanden, das damals auf dem Höhepunkt ſeiner mittelalterlichen Kraftentfaltung ſtand, und das durch häufige Entſendung von Legaten nach Schleſien und Polen bekundet, daß es auch dieſen Entwicklungen im fernen Oſten ſein beſonderes Augenmerk zuwandte.

<sup>1)</sup> Vgl. jetzt Wißner, 52 ff.

<sup>2)</sup> Vgl. die eingehende Darſtellung von Wißner, 95 ff.

<sup>3)</sup> Vgl. die Charakteriſtik dieſer drei Biſchöfe bei Wißner, 69 f., 83 f.



Die Steigerung der Macht und des Ansehens der Kirche konnte nicht ohne Rückwirkung bleiben auf die Stellung der Bischöfe. Es gelangt denselben, in dem alten Kirchenland Ottmachau-Reisse, dessen Wert und Ertrag durch die deutsche Besiedlung eine beträchtliche Steigerung erfahren hat, mehr und mehr herzogliche Rechte in ihre Hand zu überführen. Das Endziel dieser Entwicklung, die voll dramatischen Interesses ist, und in der das große Kirchenprivileg von 1290 die wichtigste Etappe darstellt, ist die volle Landeshoheit, die im Beginn des 14. Jahrhunderts erreicht ist <sup>1)</sup>. Als unumschränkter Landesherr steht von da an der Breslauer Bischof gleichberechtigt neben den schlesischen Herzögen.

Mit der Durchführung der kirchlichen Organisation und der Steigerung der Rechtsstellung und des Ansehens der Kirche verband sich ein Aufblühen des kirchlichen Lebens. Es dokumentiert sich in dem Aufschwung und der kräftigen Entwicklung, den nunmehr die alten Abteien, deren Gründung noch in die slavische Zeit hinaufreicht, nahmen, ferner in der Begründung zahlreicher neuer Klostergründungen, wie der Stifte Trebnitz (1203), Heinrichau (1227), Ramenz 1210), Rauden, Grüssau, Himmelwitz. Und in den zahlreichen neugegründeten Städten halfen sehr bald Niederlassungen der Franziskaner und Dominikaner die gesteigerten Anforderungen an die Seelsorge zu befriedigen.

So sind im dreizehnten Jahrhundert die Grundlagen geschaffen worden, welche die Glanzzeit des Bistums im 14. Jahrhundert ermöglicht haben. Dafür, daß diese Zeit der Blüte und des Hochstandes dem Breslauer Bistum beschieden war, war es freilich auch Voraussetzung, daß damals auch die politischen und die allgemein kulturellen Verhältnisse sich in Schlesien sehr erfreulich gestaltet hatten. Nachdem schon seit dem Jahre 1153 Schlesien tatsächlich unabhängig von Polen war, erfolgte seit Beginn des 14. Jahrhunderts der Anschluß der einzelnen schlesischen — auch der ober Schlesischen — Teilherzogtümer an die Krone Böhmen, an Böhmen, das damals unter der Herrschaft der Luxemburger als ein deutsches Land angesprochen werden konnte. Und nun war es Schlesien vergönnt, an den Segnungen teilzunehmen, welche Karls IV. Regiment seinen Erblanden brachte. Der durch eine starke Regierungsgewalt gewährleistete Landfrieden, die Ruhe und Ordnung, die an die Stelle des wüsten Fehdewesens früherer Zeit traten, die strenge Rechtspflege boten den Nährboden für das Auf-

---

<sup>1)</sup> Vgl. jetzt vor allem Pfizner, 95 ff., der in sorgfältiger Untersuchung die viel erörterte Frage nach der Bedeutung des Kirchenprivilegs vor 1290 geklärt und einer zutreffenden Beurteilung desselben Bahn gebrochen hat.

blühen der materiellen Kultur, des Aufschwunges von Handel und Gewerbe; ſie ſicherten auch den Beſtrebungen auf Förderung der geiſtigen Kultur das Gelingen, ſo daß im Jahre 1348 auf dem neu gewonnenen kolonialen Boden des Oſtens als erſte deutſche Univerſität die zu Prag begründet werden konnte. Gerade in dieſen Zeiten hatte nun das Breslauer Biſtum wiederum das Glück, an ſeiner Spitze Männer zu ſehen, welche die Gunſt der Zeit im Intereſſe von Biſtum und Kirche zu nutzen wußten. Da iſt zunächſt Heinrich von Würben zu nennen, Breslaus erſter, einem deutſchen Geſchlecht entſtammender Biſchof (1302—1319). Unter ihm iſt der Hauptſache nach der Bau der Domkirche vollendet worden. Seiner Initiative iſt zu danken die Abfaſſung des Liber fundacionis episcopatus Wratislaviensis, der uns nicht nur wertvolle Einblicke in die wiſſchaftlichen Zuſtände Schleiſiens im Beginn des 13. Jahrhunderts gewährt, ſondern vor allem auch wichtige Aufſchlüſſe liefert über Umfang und Form der biſchöflichen Verwaltung und die reichen Einkünfte des Biſtums. Von der wohlgeordneten Biſtumsverwaltung gibt uns auch das Formelbuch des Arnold von Brohan Zeugnis, in das vornehmlich Urkunden aus der Zeit ſeiner Regierung Aufnahme gefunden haben. Bedeutender noch iſt Heinrichs von Würben zweiter Nachfolger Preczlaw von Bogarell (1341—1376), wohl der hervorragende unter Breslaus Biſchöfen im Mittelalter. Man kann ihn den Mehrer der Güter des Biſtums nennen. Er ordnete die unter ſeinem Vorgänger, dem aus Krafau transferierten Polen Kanfer, ſtark geſtörten Beziehungen zur Krone Böhmen, er rundete den Biſtumsbeſitz ab durch Kauf zahlreicher Ortſchaften, und vor allem vergrößerte er das Meiſſer Kirchenland durch Erwerb des Herzogtums Grottkau von dem verſchuldeten Herzog Boleslaw von Brieg und Liegnitz. Im Jahre 1341 nahm er das Herzogtum von der Krone Böhmens zu Lehen, und bei dem Anſchluß der ſchleiſiſchen Herzöge an Böhmen hat er einen maßgebenden Einfluß ausgeübt. Wichtiger aber noch als dieſe materielle Erhöhung und Feſtigung des materiellen Wohlſtandes des Biſtums iſt es, daß Biſchof Preczlaw den Breslauer Biſchöfen die führende politische Stellung in Schleiſien errang, die dann auch noch im folgenden Jahrhundert behauptet werden konnte. So bildete ſein Pontifikat den Höhepunkt und die glücklichſte Zeit in Schleiſiens mittelalterlicher Kirchengeſchichte, und nicht mit Unrecht iſt es geſchehen, daß von ſeiner Zeit an das Breslauer Biſtum als *episcopatus aureus* bezeichnet wurde.

Mit ſeinem Tode — zwei Jahre ſpäter ſtarb auch Karl IV. — beginnt aber eine Zeit des Niederganges und Verfalles. Es wäre

falsch, die Schuld daran den Bischöfen dieser Zeit zumessen zu wollen; denn es waren treffliche Männer unter ihnen, wie der von Dlugosz aus nationaler Gehässigkeit zu Unrecht verleumdete Herzog Konrad von Ols (1417—1447), der unermüdlche, opferwillige Vorkämpfer Schlesiens und Organisator des Widerstandes gegen die Hussiten. Der Niedergang ist vielmehr im wesentlichen zurückzuführen auf die Rückwirkung der unbefriedigenden kirchlichen und politischen Allgemeinlage auf das Bistum, auf die Verschlechterung der politischen Verhältnisse in Böhmen und den Nebenländern seit der Regierungszeit Wenzels. Während also in den ersten Jahrhunderten der Bistumsgeschichte das Unerfreuliche der kirchlichen Lage im Bistum auf den Mangel an lebendigen Beziehungen zur Allgemeinkirche zurückgeführt werden darf, ergeben sich nun grade aus dem engen Zusammenhang mit derselben ungünstige Rückwirkungen. In die Wirren des großen abendländischen Schismas ist das Breslauer Bistum auch unmittelbar hineingezogen worden; der erwählte Bischof Dietrich von Alttau<sup>1)</sup> schloß sich dem avignonesischen Gegenpapst an, konnte sich aber schließlich im Bistum nicht behaupten. Viel schlimmer aber noch wurde das Bistum durch die hussitischen Wirren betroffen. Die Eroberungs- und Raubzüge der Hussiten haben ganz Schlesien furchtbar verwüstet; sonder Zweifel haben sie über das ganze Land ein weit größeres Unheil gebracht als der Mongolensturm des Jahres 1241; denn damals war Schlesien noch viel dünner besiedelt und noch lange nicht in so hoher Kultur wie nunmehr im 15. Jahrhundert, und die Holzbauten der slavischen Zeit und der anhebenden deutschen Besiedlung konnten wohl rasch und unschwer vernichtet werden, erhoben sich aber auch mit leichter Mühe wieder aus der Asche. Damals ist der materielle Wohlstand des Bistums und der kirchlichen Stiftungen vernichtet worden, und noch schlimmer wog die Verrohung und sittliche Verwilderung, welche die unausbleibliche Folge der wilden Kriegzeiten war.

Das Gesamtbild der kirchlichen Verhältnisse im Breslauer Bistum im Laufe des 15. Jahrhunderts bis zum Beginn der Reformation bietet im allgemeinen die typischen Züge, die sich auch sonst in dieser Zeit beobachten lassen. Es ist ein Bild, das tiefe Schatten aufweist, wenn auch lichtere Farben keineswegs fehlen. Auch im Breslauer Bistum begegnen wie anderwärts unerquickliche Streitigkeiten zwischen Welt- und Ordensklerus, unglückliche und vorschnelle Verhängung

1) Über die Schicksale Dietrichs von Alttau vgl. W. Schulte, Die politische Tendenz der *Chronica principum Poloniae*, Breslau 1906.



von Bann und Interdikt aus nichtigen Gründen, obwohl dieſe Waffen ſchon längſt ſtumpf und wirkungslos geworden waren, Pfründenhäufung und ſonſtige Mißſtände, beſonders arge Zuchtloſigkeit in den Klöſtern und im Klerus, im höheren ſowohl wie in dem allzu zahlreichen, in wiſchaftlich zumeiſt troſtloſer Lage befindlichen niederen Klerus, beſonders bei den Altariſten. Es fehlt nicht an Mißbräuchen im Ablaßweſen und im religiöſen Volksleben. Andererſeits aber machen ſich doch auch ernſte Reformbeſtrebungen geltend; man bemüht ſich ernſthaft Mißſtände abzuſtellen, die Tätigkeit von Männern wie Johannes Capistrano wirkt aufrüttelnd und kann Erfolge erzielen, die von nachhaltiger Wirkung ſind, man denke etwa an die durch Capistranos Predigten veranlaßte Gründung einer Reihe von Obſervantenklöſtern in den ſchleſiſchen Städten. Das Bruderkſchaftsweſen blüht auf, und es iſt viel und eifrig gepredigt worden, mancherorts ſogar zuviel, ſo daß gelegentlich wie in Liegnitz das Übermaß eingekränkt werden mußte. In Breslau wirkte verhängnisvoll der Mißbrauch der Kanzel zu politiſchen Hekreden, wie es beſonders geſchah in der Zeit, als die Stadt, damals mit dem Papſt aufs engſte verbündet, den erbitterten Kampf gegen Georg von Podiebrad führte. Die Biſchöfe in den letzten Jahrzehnten vor der Reformation ähneln in vielem ſehr den Renaiſſancepäpſten, ſowohl was ihre perſönliche Lebensführung betrifft, als auch darin, daß ſie in unnatürlicher Weiſe den eigentlichen Aufgaben ihres Kirchenamtes allzuwenig Aufmerkſamkeit zuwandten und untätig und verſtändnislos den erſten Regungen der reformatoriſchen Bewegung gegenüberſtanden. Ein grelles Schlaglicht, wie völlig die Kirche ihren Einfluß und ihre Machtſtellung verlor, liefert der Kolowratſche Vertrag vom Jahre 1504 <sup>1)</sup>. Streitigkeiten zwiſchen Klerus und weltlichen Behörden, von denen der beſondere Gerichtsſtand des Klerus nicht berückſichtigt worden war, hatten zuſammen mit einer ſchon lange zurückreichenden Mißſtimmung gegen die Geiſtlichen, denen man die Schuld an dem unglücklichen Verlauf der verluſtreichen Kämpfe gegen Podiebrad zuſchrieb, zu ſchwerer Feindſchaft gegen die Geiſtlichkeit geführt. In demütigender Weiſe hat man der Kirche in dem Vertrag ſeinen Willen aufgezwungen und mit rückſichtsloſer Schärfe deſſen Beſtimmungen durchgeführt, ohne daß die Kirche ihrem Widerſpruch Beachtung zu ſchaffen vermochte. Beſonderes Interesse unter den Beſtimmungen des Vertrages verdienen die Artikel, welche für den Breslauer Biſchofsſtuhl nur ſolche zuſaſſen wollen, die aus Schleſien

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu A. D. Meyer, Studien zur Vorgeſchichte der Reformation. Aus ſchleſiſchen Quellen, München 1903, 121 ff.

oder aus einem der Länder der Krone Böhmens stammen, und welche auch die Verleihung von Lehen und Benefizien, die Bischof und Kapitel zu vergeben haben, nur an Bewohner Schlesiens und der böhmischen Kronländer für zulässig erklären. Es zeigt sich also auch hier die allenthalben in vorreformatorischer Zeit zu beobachtende landeskirchliche Entwicklung. Die Folge hat gezeigt, daß diese durch den Vertrag festgelegte partikularistische Abkapselung und Isolierung des Breslauer Bistums gegenüber der allgemeinen Kirche schwere Gefahren in sich barg. Und so ist es vollkommen richtig, wenn man den Kolowratschen Vertrag als die tiefste Demütigung der Kirche vor der Reformation bezeichnet hat. Er war der Vorbote der bald über das Bistum Breslau hereinbrechenden Stürme.

---

## Kanonikus Peter Bitschen und die Tendenz seiner Fürstendchronik (*Cronica principum Polonie*).

Von

Adolf Schaub.

Die Reihe der „Darstellungen und Quellen zur schlesischen Geschichte“ hat Wilhelm Schulte mit einer eingehenden Untersuchung über die *Cronica principum Polonie* eröffnet, die sich durch eine sehr sorgsame und umfassende Behandlung ihres Gegenstandes auszeichnet, viel Neues erschließt und eine Menge von Einzelergebnissen gewonnen hat, die einen erheblichen Fortschritt in unserer Erkenntnis der schlesischen Geschichte des 14. Jahrhunderts bedeuten. So sehr ich das anerkenne, so kann ich mich doch gerade mit dem, was Schulte selbst als sein Hauptergebnis betrachtet hat, der Feststellung des politischen Gesichtspunktes, von dem aus das Werk geschrieben ist, nicht einverstanden erklären. Er schreibt der Chronik eine national-politische, d. h. national-polnische Tendenz zu, hält demgemäß ihren Verfasser für einen Polen, falls man nicht annehmen wolle, daß er seine Nationalität besonderen Interessen geopfert habe, und sieht in ihm einen Vorläufer des übelberücktigten Johannes Dlugosch von Krakau, wenn er auch nicht so leidenschaftlich und einseitig sei wie dieser <sup>1)</sup>. Alle diese für die Gesamtaufassung des allgemein zu den hervorragendsten schlesischen Quellen seiner Art im Mittelalter gezählten Werks entscheidenden Dinge werden trotz des ausgebotenen weitschichtigen Beweismaterials abzulehnen sein, weil Schulte's an sich wertvolles Material im Endergebnis doch den Beweis nicht erbringt, den es zu erbringen bestimmt ist.

Es liegt auf der Hand, daß für die Tendenz der Chronik die Feststellung der Person ihres Verfassers und seines Lebensganges von besonderer Bedeutung sein muß, und es wird immer ein Hauptverdienst Schulte's bleiben, daß er, nachdem schon Stenzel in dem Autor ein Mitglied des Brieger Kollegiatstiftes vermutet hatte, den Kanonikus Peter Bitschen als solches ermittelt hat <sup>2)</sup>. Stärker als er

<sup>1)</sup> Die politische Tendenz der *Cronica principum Polonie*. Darst. u. Quell. I (Breslau 1906) S. VIII und 159. Über die Nationalität des Verf. besonders S. 51, 58.

<sup>2)</sup> Stenzels Vorrede zu seiner Ausgabe der *Cronica principum Polonie* in Script. rer. Sil. I, S. X. Schulte, S. 62 f. und Beilage 7, S. 173 ff.



es gewagt, darf ich betonen, daß an dieser Autorschaft ein Zweifel nicht bestehen kann; bei Schulte erscheint dies wichtige Ergebnis als bloßes Beiwerk, das in der Darstellung selbst ganz zurücktritt. Ich habe für notwendig gehalten, die Person in den Vordergrund zu rücken; läßt sich doch auch für diese aus den Quellen, so fragmentarisch sie sind, erheblich mehr herausholen, als Schulte es unternahm.

Der Name Bitschen <sup>1)</sup> als der einer Brieger Familie begegnet schon am Ausgange des 13. Jahrhunderts. Zweifellos ist er von der Stadt Bitschen herzuleiten; das „de“ als Herkunftsbezeichnung begegnet noch in späteren Zeiten bei ihren Mitgliedern häufig. In der Urkunde von 1283, mit der Herzog Heinrich IV. den für Brieg höchst vorteilhaften Eintausch des Dorfes Winken gegen die unmittelbar angrenzenden Orte Rathau (Rathau) und Alt-Brieg (Briegisdorf) vornimmt, erscheint der damalige Pfarrer Hartmudus de Bisfina als besonders wichtiger Zeuge, und 1299 tritt der Brieger Bürger Hermann von Bitschen in gleicher Eigenschaft auf <sup>2)</sup>. Selbstverständlich gehörte die Familie den patrizischen Kreisen an. Heinrich von Bitschen ist es, der die nur recht lückenhaft zusammenstellbare Ratsliste von Brieg im Jahre 1314 als Bürgermeister der Stadt eröffnet, im Jahre 1315 als Ratsherr und 1316 in einem Privileg des Herzogs für Brieg unter den Edelleuten seiner Umgebung als Zeuge nachweisbar ist <sup>3)</sup>. Über ein Menschenalter hören wir dann nichts von der Familie. Gleich hier aber können wir sagen: wenn der Kanonikus der späteren Zeit dieser Familie irgendwie angehört hat, so kann er nur ein Deutscher gewesen sein; denn wie hätte diese Familie sonst der durchaus deutschen Stadt Brieg jemals den Bürgermeister stellen können? Als völlig gesichert kann ja der Zusammenhang wegen des zeitlichen Abstandes nicht ohne weiteres gelten; Schulte leugnet ihn nicht, hat sich aber (S. 173) mit einem „es scheint“ begnügt. Um so notwendiger ist es, auf die ältesten Nachrichten, die wir über Peter Bitschen selbst besitzen, genauer einzugehen.

1) Die Schreibung des Namens wechselt außerordentlich; selbst Piischin kommt vor. Während Schulte die Form Biczzin vorgezogen hat, scheint es mir zweckmäßiger, das einfache Bitschen zu wählen, das doch auch mehrfach erscheint. Ist es doch derselbe Name, den die sehr bekannte Liegnitzer Stadtschreiberfamilie trägt, die übrigens vielleicht aus Brieg stammt; ein Sohn des Ambrosius, der ein Opfer des Liegnitzer Lehnstreits wurde, Ladislaus Bitschen, hat um die Wende des 15. Jahrhunderts 40 Jahre lang an derselben Stelle wie einst Peter als Kanonikus von Brieg gewaltet. <sup>2)</sup> Cod. dipl. Sil. IX, S. 224. Schles. Regesten Nr. 2536.

<sup>3)</sup> Cod. dipl. Sil. IX, S. 272 und SR. Nr. 3438 (1314); Cod. dipl. Sil. IX, S. 229 (Heymannus de Bytschin consul 1315); ebenda S. 232 (Heymannus de Bytschin, 17. Nov. 1316).

Zuerst begegnet er uns am 18. September 1353 auf der Dominsel zu Breslau, wo er als Brieger Kaplan in einem Rechtsstreit vor dem bischöflichen Offizial in eigener Sache und als bevollmächtigter Vertreter des Pfarrers in Dietrichsdorf bei Bitschen, Henko Cogilman, sowie der Beghine Katharina, einer Verwandten von ihm, (cognate dicti domini Petri) austritt, während die Gegenseite, der Schulze und genannte Bauern von Schönfeld (südlich Brieg), die als Untertanen des Nikolaus von B. (subditi Niczconis de Byczin) bezeichnet sind, von Heinrich von Marschwitz als ihrem Prokurator vertreten werden <sup>1)</sup>. Das Erkenntnis des Offizials, Andreas von Roßlawitz, ergeht dahin, daß Peter Bitschen und seine Mandanten einen ewigen auf der Gegenpartei lastenden und jeweils zu Martini zahlbaren Zins von einer Mark Prager Groschen mit Genehmigung (cum voluntate et consensu) der Herzogin Katharina von Niczco Bitschen rechtmäßig erworben und mit 8 Mark vollständig bezahlt haben und daß die von den Schönfeldern erhobenen (nicht spezifizierten) Einwendungen abzuweisen sind.

Auf Zinseinkünfte des Kaplans vom platten Lande — alle hypothekarischen Belastungen dieser Art bedurften der landesfürstlichen Bestätigung — beziehen sich auch drei Eintragungen in dem ältesten uns erhaltenen Brieger Landbuche <sup>2)</sup>, das mit dem Regierungsantritte Herzog Ludwigs I. in Brieg nach dem Tode seiner Stiefmutter Katharina (Anfang März 1358), der Witwe Boleslaus' III., beginnt, und bis 1367 reicht. Aus ihnen ergibt sich folgendes: Schon zur Zeit Katharinas (sie ist im April 1352 in Brieg und Ohlau gefolgt, die ihr als Leibbedinge verschrieben waren) hat Peter Bitschen zwei Mark Prager Groschen (je 48 auf die Mark) auf Grüningen (nahe Brieg) und ebensoviel auf Dorf Schönfeld erworben; die darüber von der Herzogin ausgestellten Briefe werden von ihrem Nachfolger am 19. Januar 1359 einschließlich der Bestimmung bestätigt, daß der Kaplan diese 4 Mark Zins „sub forma laycali“ besitze und daß diese wiederkäuflichen Zinsen keinesfalls in geistliche Hände (in manus spirituales aut personas ecclesiasticas) übergehen dürften. Von den zwei auf Grüningen stehenden Mark erfahren wir sonst nichts Näheres — vielleicht besteht aber ein Zusammenhang mit der Tatsache, daß

<sup>1)</sup> Originalurkunde, die offenbar aus dem Nachlasse des Kanonikus an das Brieger Hedwigsstift gekommen ist. Staatsarchiv Breslau. Rep. 68. Nr. 31. Im Regest Grünhagens, Cod. dipl. Sil. IX, Nr. 135, steht am Rande irrtümlich 18. Kal. Oct. für XIII. Kal. Oct. <sup>2)</sup> Staatsarchiv Breslau, Rep. 21. F. Brieg III. 19 A. fol. 9 b und 75 b. Regesten im Cod. dipl. Sil. IX, Nr. 163, 205, 204. Das Landbuch ist von dem Hofnotar Johannes, zugleich Pfarrer von Ohlau, geführt.

Paul Bitschen am 13. November 1358 auf sein Grüninger Vorwerk einen Jahreszins von 4 Mark an den Brieger Bürger Peczo Roth verkauft hat <sup>1)</sup> — die Schönfelder Zinsen aber fanden im Jahre 1361 eine Erhöhung um weitere 2½ Mark; und aus der Bestätigung Herzog Ludwigs vom 27. August geht hervor, daß die 4½ Mark insgesamt auf den Gütern und Einkünften des Niczco von Dangelwitz standen und für 43 Mark Prager Groschen erworben worden waren. Da es dem Priester auf eine Daueranlage ankam, wurde die *vendicio* nun als eine quasi perpetua erklärt, womit die Wiederkäuflichkeit der Zinsen, an der dem Grundbesitzer wohl wegen mißlicher Vermögenslage nichts gelegen zu haben scheint, ziemlich ausgeschlossen war; auch wurde nunmehr der Ausschluß der geistlichen Hand in Fortfall gebracht: Peter Bitschen sollte lehtwillig über die 4½ Mark Zins frei verfügen dürfen, wobei indessen für die Ausführung dem Herzoge Vollmacht („*procuratorio nomine*“) erteilt war.

Dieser Eintragung im Landbuche folgt unmittelbar eine weitere vom selben Tage <sup>2)</sup>, laut welcher der Herzog seine Genehmigung dazu gibt, daß Peter den ehrbaren Mädchen, seinen Blutsverwandten (*honestis puellis suis consanguineis*) Margaretha und Agnes, Töchtern des verstorbenen Hermann Grolof <sup>3)</sup>, für den Fall seines Todes auf alle seine Habe und Einkünfte ein Legat von 2 Mark Jahreszins derart aussetzt, daß sie sich, so lange beide leben, darin zu teilen hätten, während nach ihrer beider Tode die 2 Mark Zins dem Universalerben zufallen sollten.

Für die persönlichen Verhältnisse Peter Bitschens ergibt sich aus diesen Zinsurkunden vor allem folgendes: Daß es sich um einen von auswärts zugezogenen Geistlichen handeln könnte, ist ausgeschlossen; er war in Brieg einheimisch, wo wir mehrere weibliche Verwandte von ihm, eine Beghine und die Töchter seiner mit dem Brieger Bürger Graurof verheiratet gewesenen Schwester kennen lernen. Angehörige des Geschlechts hatten in geringer Entfernung von Brieg nicht unbedeutenden Landbesitz; ein Paul Bitschen besaß in Grüningen ein Vorwerk von 4 Hufen und Nikolaus (Niczco) Bitschen war Grundherr über einen Teil von Schönfeld; da er den auf demselben lastenden

<sup>1)</sup> Staatsarchiv a. a. D., Landbuch A, fol. 11 b. Im Regest von Rob. Köhler, Zeitschr. f. Gesch. Schlesiens 6, S. 16, Nr. 141 (fehlt bei Grünhagen), ist irrig vom Verkauf von 4 Zinshufen für 40 Mark statt von 4 *marcarum redditus* die Rede; danach Schulte, S. 174. <sup>2)</sup> Bei Grünhagen Cod. dipl. Sil. IX, Nr. 204 und 205, ist hier eine dem Verständnis nicht förderliche Umstellung der beiden Eintragungen auf fol. 75 b des Landbuchs vorgenommen worden. <sup>3)</sup> Später begegnet für ihn die Namensform Grorof (Graurof); Staatsarchiv D 147, fol. 7.

Cod. dipl. Sil. IX, Nr. 512.



Grundzins, sei es ganz oder einen Anteil daran, an Peter und Verwandte von ihm verkauft hat, ist er jedenfalls auch mit ihm verwandt gewesen. Daß das deutsche Dorf Schönsfeld in besonders nahen, offenbar alten Beziehungen zum Geschlechte der Bitschen gestanden hat, geht auch aus der Erwerbung von  $4\frac{1}{2}$  Mark Zins durch Peter bei dem anderen Grundherrschaftsbefitzer, Nikolaus von Dangelwitz, hervor. Wenn Peter so in der Lage war, im ganzen etwa 65 Mark Prager Groschen anzulegen und damit eine Jahresrente von rund 7 Mark zu erzielen, so ist weiter klar, daß es sich dabei nur um Kapital handeln kann, das ihm im Erbwege von Vater- und Mutterseite zugefallen ist, nicht etwa um Überschüsse aus seinen Einnahmen als Kaplan; auf Auseinandersetzungen mit anderen Erben weisen ja auch die Urkunden von 1353 und 1361 deutlich genug hin. Um einen Anhalt dafür zu geben, was ein Jahreszins von 7 Mark etwa zu bedeuten hatte, führe ich an, daß z. B. die kärglich dotierten Stellen der Kanoniker und des Schulrektors am Hedwigsstift etwas über ein Jahrzehnt später mit 10 Mark jährlich ausgestattet waren. Groß war also Bitschens Kapitalbesitz nicht; aber man muß bedenken, daß Stadt und Land von Brieg stark verarmt waren, da die maßlose Verschwendungssucht des Landesfürsten Boleslaus III., des Vaters Ludwigs I., der sich seit 1342 auf Brieg allein hatte beschränken müssen, ihnen die schwersten Opfer auferlegt hatte, während gleichzeitig die Bewegungsfreiheit der Bürgerschaft durch ein achtzehnjähriges Interdikt empfindlich gehemmt war. Daß das Geschlecht Bitschen seine soziale Stellung trotz allem behauptet hatte, beweist vor allem der Umstand, daß in einer Streitsache zwischen Henning Ome und den Gebrüdern von Borsnitz, Heinrich und Konrad, in der es sich namentlich um den Besitz des Gutes Kochern (Weichbild Ohlau) handelt, der uns schon bekannte *N i k o l a u s v o n B i t s c h e n* neben Hannus von Gleswitz als berufener Schiedsrichter für Ome fungiert, während die Brüder durch Tiege von Borsnitz und Borwon von Lossow vertreten wurden. Ihre Entscheidung wurde von dem Obmann (Obirman) des Schiedsgerichts, Wilrich von Wangentin, unter Berufung auf die seinerzeit von der Herzogin Katharina ausgestellten Briefe in der Hauptsache gebilligt und am 27. Oktober 1361 von Herzog Ludwig bestätigt<sup>1)</sup>. Nikolaus Bitschen muß also entweder den Männern der

<sup>1)</sup> Stadtbuch von Brieg (im dortigen Ratsarchiv) I, fol. 77. Auszug bei Schönwälder, Platten zum Brieger I, 143 (mit der falschen Namensform Sitschen). Regest bei Rößler, Zeitschr. f. Gesch. Schlesiens 6, S. 39. Schon am Sonntag Invokavit 1358 (18. Febr.) hatte vor dem Hofgericht Katharinas über einen Vergleich zwischen Konrad von Borsnitz, der ein Drittel von Kochern beanspruchte,

Landschaft oder der diesen sozial gleichstehenden obersten Schicht der Brieger Bürgerschaft angehört haben, wonach anzunehmen ist, daß Kaplan Bittschen aus den gleichen Kreisen hervorgegangen ist. Damit wird es nun auch durchaus wahrscheinlich, daß er demselben deutschen Geschlecht wie der Bürgermeister von 1314 zuzurechnen ist; hat er doch auch nur mit den rein deutschen Dörfern auf der linken Oderseite in Beziehungen gestanden.

Wichtig sind endlich noch die Aufschlüsse, die wir aus jenen Zinsurkunden über die kirchliche Stellung Peter Bittschens erhalten. In dem Erkenntnis des Breslauer Offizials von 1353 wird er Capellanus fratrum ordinis S. Johannis hospitalis Jerusalem domus Bregensis genannt; er war also Kaplan des Brieger Hauses der Johanniter, denen schon seit 1284 die Brieger Stadtpfarrkirche zu St. Nikolai unterstand. Er wird wohl auch 1352 schon in dieser Stellung gewesen sein; wenigstens gibt er in seiner Chronik über den Tod des Herzogs Boleslaus im April dieses Jahres und die damit zusammenhängende Aufhebung des Interdiktes ungewöhnlich eingehende Nachricht <sup>1)</sup>. Es könnte sein, daß gerade diese Aufhebung seine Anstellung als Kaplan veranlaßt hat, da die geistliche Tätigkeit vorher sicher stark eingeschränkt gewesen ist. An der Spitze des Brieger Konvents, der in dem der Nikolaikirche benachbarten Kreuzhofe seinen Sitz hatte, stand damals der nur mit dem Vornamen bekannte Komtur Walthar; von einem gewissen Interesse ist für uns, daß auch er in Beziehungen gerade zu dem Dorfe Schönfeld gestanden und sich dort mit  $\frac{5}{4}$  Hufen angekauft hat <sup>2)</sup>; Herzog Ludwig hat diesen Ankauf am 14. Mai 1359 gegen Fortleistung des auf dem Gute lastenden Pfefferzinses von 1 Pfund bestätigt; nach des Komturs Tode sollten diese „quinque quartalia libere hereditatis in Schonynfelt“ den „fratribus et Cruciferis in Brega in Parochia apud S. Nicolaum commorantibus“ zufallen. Außer Kirche und Hospital versorgte der Orden in Brieg auch die Lateinschule, die naturgemäß zunächst der Heranbildung junger Kleriker diente und jedenfalls auch den jungen Peter zu ihren Schülern gezählt haben wird; in den Orden ist er aber niemals eingetreten.

Eine wichtige Änderung trat in seiner Stellung nach dem Tode der Herzogin Katharina im Jahre 1358 ein, als Herzog Ludwig und Henning Dme verhandelt werden sollen; letzterer war aber nicht erschienen und die Herzogin ist bald darauf gestorben. Schönwälder I, 173. Rößler, S. 12, Nr. 94. Zur Familie der Dme, Dhome s. das Register bei Grünhagen, Cod. dipl. Sil. IX, unter Deme.

<sup>1)</sup> Script. rer. Sil. I, 138 ff. <sup>2)</sup> Landbuch A, fol. 12 b. Regest bei Grünhagen, Cod. dipl. Sil. IX, Nr. 167. Als Komtur ist Walthar zuerst 1354 nachweisbar; ebenda Nr. 137.

im Brieger Schlosse seinen Sitz nahm, während der ältere Bruder Wenzel bis zu seinem Tode (1364) weiter in Liegnitz residierte. Schon die Bestätigungsurkunde des Herzogs vom 19. Januar 1359 ist ausgestellt in Gegenwart „discreti viri . . . Petri de Pitzschin sacerdotis nostri devoti capellani“<sup>1)</sup>; er hatte ihn also zu seinem Hofkaplan gemacht, und es ist eine Tatsache von erheblicher Bedeutung für uns, daß die enge Verbindung Bitschens mit seinem Fürsten, die aus der Cronica principum Polonie auf das deutlichste hervorgeht, schon so früh eingesezt hat. Die späteren Eintragungen im Landbuche (1361) begnügen sich damit, den bekannten Geistlichen einfach presbiter zu nennen. Wir können nicht erwarten, etwas Bestimmtes darüber zu erfahren, in welcher Weise sich die persönlichen Beziehungen zwischen dem frommen Fürsten und seinem Hofgeistlichen ausgewirkt haben; so sei hier nur kurz auf einige Tatsachen hingewiesen, die nachweislich gerade in die Jahre 1359—1361 fallen und beide Männer zusammengeführt haben müssen. In dieser Zeit hat der Herzog sein erstes Testament gemacht, das uns leider nur in einem Auszuge im Brieger Stadtbuche unter dem Jahre 1360 erhalten ist<sup>2)</sup>, der u. a. eine ganze Reihe von Büchern aufzählt und damit die geistigen Interessen des Herzogs beleuchtet. Im gleichen Jahre hat er die bekannte 1359 von einem Schreiber Johannes in Brieg hergestellte Handschrift angekauft, die außer philosophischen Schriften die Cronica Lechitarum enthält<sup>3)</sup>, dieselbe Chronik, die später Bitschens wichtigste Quelle für den älteren Teil seiner Fürstenchronik geworden ist — ein klares Zeugnis dafür, daß Fürst und Geistlicher einander schon früh in ihrem Interesse für heimische Geschichte begegnet sein müssen. Damals auch hat der Herzog mit dem Bau einer besonderen Schloßkapelle begonnen, während der Hof sich bis dahin der kleinen Liebfrauenkirche bedienen mußte, die vom Johanniterkomtur mit versehen wurde. Wir besitzen aus den Jahren 1360 und 1361 eine ganze Reihe urkundlicher Zeug-

1) Landbuch A, fol. 9 b mit der Inhaltsangabe am Rande: Litera confirmationis Pecconi de Pitzschin supra duabus marcis de Schonfelt et 2 m. in Grunyngin. 2) Brieger Ratsarchiv. Stadtbuch I, fol. 37. Cod. dipl. Sil. IX, S. 246 f. Bemerkungen zum Testament, Zeitschr. 5, 165. Veranlaßt kann es sein durch den Ausbruch einer Seuche in Brieg, von der wir zufällig erfahren; in einer Brieger Ratsitzung vom 16. Mai 1360 wird ein Schreiben des Rats von Landeshut betr. einen Diener der Brieger Kreuzherren bzw. seinen Nachlaß erörtert, der in Brieg an der Pestilenz gestorben sei. Cod. dipl. Sil. IX, Nr. 188. 3) Stenzels Vorrede in Script. rer. Sil. I, S. VII. Bemerkt sei, daß Martin Hande die Hs. aus der Brieger Gymnasial-Bibl. entlehnt hatte, daß er und seine Erben aber die Rücklieferung trotz des Stempels vergessen haben. Darüber, daß Bitschen eine andere Hs. benutzt hat, s. Schulte, S. 165 und Maetsche, Zeitschr. 59, 138.



nisse <sup>1)</sup>, die sich besonders auf die Dotierung von Vikarien oder Altaristen für die noch zu errichtende Schloß- oder Hedwigskapelle beziehen, die als Vorläuferin der späteren Kollegiatkirche anzusehen ist, an die dann auch Peter Bitschen berufen wurde.

Zunächst aber entbehren wir volle 12 Jahre hindurch, von 1362 bis 1373, jeder direkten Nachricht über ihn. Zwar könnte man annehmen, daß er inzwischen ruhig in seiner Stellung am Brieger Hofe verblieben sei, doch wird das unwahrscheinlich dadurch, daß gerade in dieser Zeit die urkundlichen Quellen für Brieg nicht so spärlich fließen. Mancherlei Spuren deuten vielmehr darauf, daß Peter Bitschen wenigstens einen erheblichen Teil dieser Zeit in Breslau zugebracht hat und daß es der damalige tüchtige Bischof Preczlaus von Bogarell (1342—1376) selber gewesen ist, der ihn nach Breslau gezogen hat. Preczlaus war, wie der Chronist selbst besonders hervorhebt <sup>2)</sup>, im Fürstentum Brieg geboren; nur wenig über eine Meile ist Bogarell, der alte Stammsitz dieses durch Jahrhunderte blühenden Geschlechts, von Brieg entfernt. Außer in Bogarell selbst war es auch in den nahen Dörfern Schönfeld und Pampitz reich begütert. Ein Namensvetter des Bischofs, wohl sein Neffe, hat 1361 seinen gesamten Besitz in Schönfeld seiner Frau Agnes als Leibgedinge überwiesen und zwei Jahre später den Domvikaren zu Breslau 10 Mark ewigen Zinses auf je 20 ihm gehörige Hufen zu Bogarell und zu Schönfeld für 100 Mark verkauft <sup>3)</sup>. In wie ungewöhnlich engen Beziehungen die Stadt mit dem Bischof stand, geht besonders daraus hervor, daß der Rat von Brieg im Jahre 1361 durch den Stadtschreiber eine Eintragung in das Stadtbuch aufnehmen ließ, in der die zahlreichen Wohltaten, die die Stadt dem Bischof als ihrem treuen Freunde zu verdanken hatte, verzeichnet wurden; selbst als sie 18 Jahre lang unter schwerstem Interdikte stand, habe er ihr geholfen, soviel er konnte, sie vor den Angriffen der Minoriten und Kreuzherren geschützt, ihren Bürgern als Bischof 11 Jahre hindurch sicheres Geleit zum Meißner Jahrmarkt gewährt und keine Bitte der Stadt abgeschlagen; jetzt zuletzt habe er der Stadt noch ungebeten hundert Mark Prager Groschen auf zwei Jahre geliehen <sup>4)</sup>. Die Eintragung schließt mit der Auf-

<sup>1)</sup> Regesten Grünhagens, Cod. dipl. Sil. IX, Nr. 181 (5. Febr. 1360), 182, 185, 197, 1611, 209, 210 (13. Dez. 1361). Dazu noch Köhler, Nr. 372 (Zeitschr. 6, S. 40). <sup>2)</sup> Script. rer. Sil. I, 139: de ducatu suo (Boleslaus III. ist gemeint) natus.

<sup>3)</sup> Landbuch A, fol. 74 u. 116. Regesten Grünhagens, Cod. dipl. Sil. IX, Nr. 208 u. 224. Zum Pampitzer Besitz, Nachtrag Nr. 1628. <sup>4)</sup> Rats-

archiv von Brieg, Stadtbuch I, fol. 16. Daraus Schönwälder, Papien I, 202. Cod. dipl. Sil. IX, Nr. 195.

jorderung an die Nachkommen, dieser Wohlthaten nie zu vergessen. Es liegt sehr nahe anzunehmen, daß diese freundliche Gesinnung des Bischofs sich auch den Brieger Geistlichen zugewandt hat, namentlich wenn sie sich durch Fähigkeit auszeichneten, was wir bei unserem Chronisten anzunehmen wohl berechtigt sind. Kam doch noch hinzu, daß der Bischof mit dem trefflichen Landesherrn, den Brieg seit 1358 hatte, stets in regem Verkehr und bestem Einvernehmen geblieben ist.

Von besonderer Wichtigkeit ist es nun, daß der Chronist uns gelegentlich intime Mittheilungen über die Person des Bischofs macht, die er aus dessen eigenem Munde gehört hat (*sicut audiui ab ejus ore*)<sup>1)</sup>. Gegenstand besonderer Verehrung sei ihm allezeit der heilige Gotthard gewesen. Als er noch ein kleiner Junge war, habe ihn seine Mutter ernstlich ermahnt, diesem Heiligen vor allen anderen seine Verehrung zu widmen, weil er an dessen Tage (5. Mai) geboren sei und fest glauben dürfe, daß ihm für die Zukunft durch die Verdienste dieses Heiligen noch viel Gutes aufbehalten sei. Und in der That sei dann auch seine Wahl zum Bischof gerade am Gotthardstage erfolgt<sup>2)</sup>. Als Bischof habe er dann in Dankbarkeit für den Heiligen an dessen Tage eine doppelte Feier angeordnet und an diesem Feste stets außergewöhnliche Verteilungen an die Kanoniker und Vikare vornehmen lassen (*distribuciones faciens pro canonicis et vicariis Wratislaviensibus ipso die fieri speciales*). Die Erwähnung derartiger kleiner Züge ist bei unserem Autor so selten, daß sich der Gedanke förmlich aufdrängt, er könne selbst unter den Beteiligten gewesen sein. Nicht ohne Belang ist auch, was er von Preczlaus' Erhebung zum Bischof mittheilt. Als er beim Erzbischof von Gnesen um die Bestätigung seiner Wahl eingekommen, habe der König von Polen, Kasimir (III.), diese zunächst verhindert, weil er einen seiner Krafauer Untertanen (Cracovite), deren mehrere damals Kanoniker in Breslau gewesen, zum Bischof machen wollte<sup>3)</sup>, so daß sich Preczlaus persönlich an die römische Kurie begeben mußte, wo er auch die Bestätigung erlangte. Nach irgendwelcher Polenfreundlichkeit sieht dieser Bericht jedenfalls nicht aus; ohne irgendwelchen Schaden hätte der Chronist ja diese ganze Einmischung des Polenkönigs mit Stillschweigen übergehen können. Aber Bitschen war eben keiner anderen Gesinnung als Bischof

<sup>1)</sup> Script. rer. Sil. I, 164.

<sup>2)</sup> Während dies zutrifft (5. Mai 1341), und auch, daß Preczlaus damals studienhalber in Bologna gewesen, irrt sich Bitschen doch darin, daß er von ihm gehört haben will, auch seine Konsekration sei am Gotthardstage (1342) erfolgt. Schulte, S. 27. Das ist eine Steigerung des Merkwürdigen, die sich im Lauf der Jahre allmählich bei ihm festgesetzt haben mag.

<sup>3)</sup> Script. rer. Sil. I, 135 u. 163.

Preczlaus selbst, unter dem die polnischen Kanoniker am Breslauer Dom allmählich verschwanden. Bei keinem der Bischöfe verweilt der Chronist länger als bei Preczlaus, und überall vermag man seine innere Anteilnahme an dessen Persönlichkeit durchzufühlen. Unter dem mancherlei Rühmenswerten hebt er in verhältnismäßig ausführlicher Darstellung noch die Erbauung der schönen Marienkapelle (des jetzt sogen. Kleinchors) hinter dem Chor des Doms für den Praecentor und die Mansionarien hervor, wo ununterbrochen in der Nacht wie am Tage zu Ehren der heiligen Jungfrau die Horen gesungen wurden; mit wohl zureichenden Einkünften <sup>1)</sup> habe Bischof Preczlaus die Kapelle selbst wie die Altäre, die er ebenfalls in ihr habe errichten lassen, ausgestattet. Auch diese Stelle sieht ganz nach persönlichen Beziehungen aus.

Auch sonst erklären sich mancherlei Stellen der Chronik am einfachsten daraus, daß der Verfasser lange Zeit in Breslau zugebracht und dort heimisch geworden, so sein Hinweis auf die Signaturen in den Archiven des Bischofs, seine Wundererzählung von dem lieblichen Gesange, den eine fromme Frau vernahm, als Bischof Mankers Seele den Körper verließ, der zugleich offenbart wurde, daß Engel die Seele emporgetragen hätten, ferner sein Bericht von den Erscheinungen, die einer Inklusä bei Sankt Mauritius zuteil geworden, die bei der furchtbaren Feuersbrunst, die Breslau bald nach der Ermordung des Inquisitors Johann von Schwentfeld verheerte, einen Engel Gottes über der Stadt erblickt habe, der das Schwert schwang und glühende Kohlen auf sie herabsandte <sup>2)</sup> — Dinge, die für einen Geschichtsschreiber freilich etwas gar zu wenig kritische Anlage verraten. Auch das besondere Interesse, das er an Johannes dem Täufer als dem Schutzheiligen der Breslauer Kirche, an ihrem Wappen sowie an der Tracht ihrer Kanoniker nahm, — daß er dies alles aus Lyon herleitete und mit dem von Bischof Walthcr 1148 am Dom eingeführten officium Lugdinensis ecclesie in Verbindung brachte <sup>3)</sup>, wird recht erklärlich doch nur durch die Annahme, daß er selbst längere Zeit hindurch der Breslauer Domgeistlichkeit angehört hat. Freilich wird man sogleich fragen: aber in welcher Stellung? Da ist es nun ein sehr merkwürdiges Zusammentreffen, das schwerlich als ein rein zufälliges angesehen werden kann, daß gerade das Jahr 1361, mit dem Bischof aus den Brieger Quellen verschwindet, es gewesen ist, in dem Bischof Preczlaus die neue Marienkapelle des Doms gestiftet und mit dem Praecentor und 10 Mansionarien besetzt hat; schon 1354 hatte Kaiser

<sup>1)</sup> Script. rer. Sil. I, 164.

<sup>2)</sup> Ebenda I, 137, 163.

<sup>3)</sup> Ebenda I, 159.



Karl IV. dem Bischof, der kurz zuvor sein Kanzler geworden, die Genehmigung zu dieser Stiftung erteilt, für die ursprünglich 12 Mansionarien in Aussicht genommen waren <sup>1)</sup>. Die an sich schon auffällige besondere Erwähnung, daß der Bischof diese Stiftung mit sufficientibus redditibus ausgestattet habe <sup>2)</sup>, kommt hinzu, wie auch die andere Bemerkung der Chronik über die bischöflichen Zuwendungen am Gottlebtag, an denen doch sicher wie die Domvikare, so auch die Mansionarien der Lieblingsstiftung des Bischofs beteiligt gewesen sind. Nach alledem und dem, was uns sonst über die engen Beziehungen des Bischofs gerade zu Brieg bekannt ist, halte ich es für nicht mehr zweifelhaft, daß damit die Stellung, die Bitschen innerhalb der Breslauer Domgeistlichkeit eingenommen hat, gefunden ist; in Verbindung mit seinem Fürsten, der ja auch oft genug nach Breslau kam, wird er dabei immer geblieben sein.

Um das Jahr 1373 begegnen wir Peter Bitschen wieder in Brieg. Mittlerweile hatte Herzog Ludwig seine große kirchliche Neugründung ins Werk gesetzt; hatten sich doch seine Verhältnisse in der Zwischenzeit wesentlich günstiger gestaltet. Sein Bruder Wenzel, der ihm viel Schwierigkeiten gemacht, war 1364 gestorben, 1367 auch dessen Gemahlin, worauf ihn die vier Söhne zu ihrem Vormunde erkoren; auf das gewissenhafteste hat er für sie gesorgt, so daß ihm die Brüder das größte Vertrauen entgegenbrachten und er seitdem als das anerkannte Haupt des Liegnitz-Brieger Herzogshauses erscheint. Auch Herzog Bolko II. starb 1368, und im gleichen Jahre konnten Kreuzburg und Bitschen durch einen glücklichen Feldzug zurückgewonnen werden. Sogleich begann der Herzog nun mit der Durchführung seines Lieblingsgedankens, bei der ihm Bischof Preczlaus von vornherein jede Förderung zuteil werden ließ. Schon am 9. Juni 1368 <sup>3)</sup> übertrug er ihm das Patronatsrecht über das Heiligengeisthospital zu Brieg und genehmigte die spätere Vereinigung desselben mit einer der Pfründen am Kollegiatstift, ließ sich dafür allerdings das Patronat über die Kirche des Dorfes Pampitz abtreten, an der seine Familie interessiert war. Am 8. Januar 1371 ist die Stiftungsurkunde für das neue Domstift, bei dem 12 Domherrenstellen vorgesehen waren, ausgestellt und

<sup>1)</sup> Johann Henne, Die Stiftungsurkunde der Mansionarien-Kapelle B. V. M. in Zeitschr. 2, 363 (Privileg Karls IV.) und 363—368: Stiftungsurf. vom 2. Juni 1361. <sup>2)</sup> Jede Stelle war mit 10 Mark dotiert (S. 364). Die Handschrift des Vinzenz Klosters der Fürstendchronik zeigt hier von dem sonst überlieferten Text eine Abweichung: Collegium mansionariorum b. Virginis in ecclesia Cathedrali bene dotatum erexit etc. Script. rer. Sil. I, 164. <sup>3)</sup> Cod. dipl. Sil. IX, Nr. 275.

vom Bischof schon am 24. Januar bestätigt worden <sup>1)</sup>. Am 4. März schlug der Herzog, selbstverständlich schon im Einvernehmen mit dem Bischof, den Pfarrer von Bresmir (Wüstebriese) zum Dechanten vor; gleichzeitig wurden die ersten fünf Kanonikate eingerichtet, denen dann am Anfang des Jahres 1373 fünf weitere gefolgt sind; Bischof Preczlaus hat die letzteren, nachdem sie nun mit Dotationen versehen seien, am 4. Februar von Ottmachau aus bestätigt <sup>2)</sup>. Ob nun Bitschen schon mit der ersten oder erst mit der zweiten Gruppe zum Brieger Kanonikus berufen worden ist, kann zweifelhaft erscheinen. Urkundlich können wir ihn als solchen erst am 3. Oktober 1374 nachweisen. Etwa zu gleicher Zeit erscheint er aber auch als Erzpriester des Archipresbyterats Brieg, und endlich wird er am 18. Januar 1376 urkundlich auch als Pfarrer (plebanus) von Grüningen bezeichnet. Die zeitliche Nachweisbarkeit ist in allen drei Fällen eine so zufällige, daß die Frage, wann Bitschen zu jeder dieser Würden gelangt sein mag, genau nicht beantwortet werden kann. Die Grüninger Pfarrei hat er sicher nicht erst 1376 erhalten. Ihrer Einkünfte wird er wohl von vornherein nur zu sehr bedurft haben, denn die Domherrenstellen waren, ganz besonders in der ersten Zeit, nur recht mangelhaft ausgestattet. Seht doch Bischof Preczlaus in der Urkunde, mit der er am 21. November 1375 seine Schenkung von Nieder-Ottag an das Hedwigsstift vollzogen hat (unter den Zeugen befindet sich als Kanonikus auch Herzog Wenzel von Liegnitz, sein späterer Nachfolger), ausdrücklich hervor, daß die Brieger Kanoniker so schlecht dotiert seien, daß sie die Würde der Kirche und ihre geistlichen Amtshandlungen genügend wahrzunehmen nicht imstande wären <sup>3)</sup>. Der Herzog hatte offenbar von Anfang an seine Kandidaten für alle Domherrenstellen und Bitschen wird sicher unter ihnen gewesen sein; der Bischof aber hemmte hier, eben mit Rücksicht auf ihre Dotierung; und so meine ich, daß Bitschen doch wohl erst zu der Gruppe von 1373 gehört haben wird, zumal wir ihn in dieser Zeit eine ganz besondere Tätigkeit entfalten sehen, die auf eine Fortdauer engster persönlicher Beziehungen zum Breslauer Dome hinweist.

Im Jahre 1371 war in Schlesien der große Minoritenstreit ent-

<sup>1)</sup> Glawnig im Briegischen Wochenblatt V (1794), S. 27 ff., 33 ff. Schönwälder, Urkunden zur Gesch. des Hedwigsstiftes (Brieger Gymnas.-Progr. 1848), S. 1 ff. Cod. dipl. Sil. IX, Nr. 305, 308. <sup>2)</sup> Ebenda, Nr. 311, 1625. <sup>3)</sup> Ebenda, Nr. 368. Schulte, S. 61 (ebenda die Zuwendung der Familie Pogarell an das Stift 1378, zwei Jahre nach dem Tode des Bischofs). Als Pfarrer in Grüningen vor Bitschen läßt sich nur (am Ende des Jahres 1361) ein Johannes nachweisen. Cod. dipl. Sil. IX, Nr. 210.

brannt<sup>1)</sup>. Die Spendung der Sakramente durch die beim Volke beliebten Bettelmönche wurde mit der Zeit vom Weltklerus als eine Gefahr für die geordnete Parochialseelsorge empfunden und hatte zweifellos vielfach zu empfindlichen finanziellen Einbußen für ihn geführt, deren er sich nach Möglichkeit, auf päpstliche Konstitutionen gestützt<sup>2)</sup>, zu erwehren suchte; teilweise hatte der Streit auf beiden Seiten recht unschöne Formen angenommen. Die Minoriten klagten über harten Druck und Verfolgungen; der von Gregor XI. mit der Untersuchung und Entscheidung beauftragte Patriarch Johannes von Alexandrien, apostolischer Legat in Deutschland, Böhmen und Polen, kam am 16. Februar 1372 nach Breslau und entschied hier durchaus für die Minoriten; am 17. März mußte Bischof Preczlaus dem schlesischen Klerus mit alleiniger Ausnahme der Bettelorden eine Steuer von sehr beträchtlicher Höhe (fast 1000 Goldgulden) für den Legaten auferlegen, zu denen noch Diäten von 15 Goldg. für jeden Tag seines schlesischen Aufenthalts aus diesem Anlaß kamen. Der Sieg der Minoriten war zu vollständig, um von Dauer zu sein. Sofort wurde von den Gegnern<sup>3)</sup> Protest gegen den Spruch des Legaten bei der Kurie eingelegt; kein Zweifel, daß sowohl der Bischof selbst wie Herzog Ludwig auf ihrer Seite standen. Im weiteren Fortgange dieses Streites, mit dessen Untersuchung und Erledigung nunmehr der Kardinal Johannes, Bischof von Sabina, betraut wurde, erscheint nun Peter Bitschen geradezu als der erste Vertrauensmann der gesamten Weltgeistlichkeit der Breslauer Diözese. In der päpstlichen Urkunde über die schließliche Entscheidung steht ein viele Seiten umfassendes Verzeichnis der Kläger voran, die durch den ständigen Procurator an der Kurie, Theodoricus de Puteo, vertreten wurden; wie es selbst sagt, führt es fast alle Pfarrer und Leiter der Parochialkirchen der Stadt und Diözese Breslau nach ihren Stellungen, leider nicht auch mit ihren Namen, auf<sup>4)</sup>; sie alle zu einer gemeinsamen Aktion zu vereinigen, hat es sicher großen Geschicks und schwerer Arbeit bedurft, die schwerlich wo anders als am Breslauer Dom geleistet werden konnte. Zur Wahrnehmung seiner Interessen erkor der Klerus sechs Spezial-Procuratoren, als ersten unter ihnen Peter Bitschen, den archi-

1) Ausführlich darüber Joh. Henne, Dokumentierte Geschichte des Bistums Breslau, Bd. II (Breslau 1864), S. 87—111.

2) Besonders auf die Konstitutionen de sepulturis, super cathedram (Dekretale Bonifaz VIII.). Ebenda, S. 96, Anm.

3) S. 91.

4) Ebenda, S. 96 Anm. 1: „pro parte fere omnium . . . plebanorum et rectorum ecclesiarum parochialium civitatis et diocesis Wratisl.“ Bitschen erscheint hier unter den Namensformen Peczo Pitzin und Petrus Pucjin; S. 96 u. 102, Anm.



presbyter sedis Bregensis. Die anderen, der Subkustos, der Vize-Archidiacon und drei Altaristen, unter denen der Magister Johann Goswin voransteht, gehören sämtlich dem Breslauer Dom an. Und wie Bitschen an der Spitze dieser Procuratoren steht, so ist es die Weltgeistlichkeit des Brieger Bezirks, die die lange Reihe der Kläger eröffnet, voran das junge Brieger Domkapitel, dem der Rektor des Hospitals und der Pfarrer der Nikolaikirche folgen, sodann vom Lande als erste die Pfarrer von Grünungen und Mollwitz mit einem zahlreichen Gefolge von Dorfgeistlichen des Weichbildes Brieg <sup>1)</sup>. Die „Wahl“ Bitschens wird ja nur vorschlagsmäßig erfolgt sein; aber es ist doch sehr bezeichnend für das Ansehen, das er in weiten Kreisen des schlesischen Alerus ebenso wie beim Bischof und dem Breslauer Domkapitel — von seiner Brieger Heimat ganz zu schweigen — genoß, daß er als erster der Bevollmächtigten für diese wichtige Streitfrage präsentiert werden konnte. In der Urkunde wird er nur als Archipresbyter bezeichnet; er ist aber doch wohl bei Aufstellung dieses Verzeichnisses auch schon Mitglied des Brieger Domkapitels gewesen, wie auch eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür besteht, daß er selbst gerade der Pfarrer von Grünungen war, der der Brieger Landgeistlichkeit vorangeht. In einem der Stadt mit ihrem Franziskanerkloster so nahe gelegenen Orte wie Grünungen mußten sich die Eingriffe der Mönche in die Tätigkeit des Ortsgeistlichen besonders bemerkbar machen, und für das in der ersten Entwicklung begriffene Domkapitel mit seinen ländlichen Pfründen bedeutete es geradezu eine Lebensfrage, daß einem Überwuchern ihrer doch auch mit sehr materiellen Interessen verbundenen Tätigkeit Einhalt getan wurde.

Wir vermögen nun nicht, die einzelnen Phasen des langwierigen Rechtsstreites, der sich an der römischen Kurie abspielte, zu verfolgen; nur soviel können wir gerade nachweisen, daß Bitschen doch auch persönlich an der Kurie in dieser Sache tätig gewesen sein muß. An einer Stelle seines Werkes bemerkt er nämlich ausdrücklich, daß die französischen Bischöfe sich allgemein des Lilienwappens bedienten, wie er selbst gesehen habe <sup>2)</sup>; eine solche allgemeine Beobachtung zu machen, hatte er natürlich nur in Avignon Gelegenheit. Selbstverständlich führte ihn die Reise auch über Lyon, das ihn wegen des „officium Lugdunensis ecclesie“ am Breslauer Dom besonders interessierte. Der genaue Zeitpunkt seiner Tätigkeit an der Kurie steht nicht fest.

<sup>1)</sup> Ebenda, S. 95. Cod. dipl. Sil. IX, Nr. 372. Im übrigen siehe auch Schulte, S. 174 und Schönfelder, Pfaffen zum Brieg I, 140, 200 f. (der Bitschen irrtümlich für den Pfarrer der Nikolaikirche hält). <sup>2)</sup> Communiter enim lilliorum armis utuntur episcopi regni Francie, sicut vidi. Script. rer. Sil. I, 159.

Theodoricus de Puteo vertrat als ständiger Procurator die Sache dauernd weiter; die Spezialprocuratoren des schlesischen Weltklerus aber lösten sich ab (wir können z. B. den Magister Goswin als solchen nachweisen), offenbar schon der persönlichen Berichterstattung wegen; die Franziskaner verfolgten eine Verschleppungstaktik <sup>1)</sup>). Vielleicht ist Bitschen erst 1375 nach Avignon gegangen, als es noch eine weitere Angelegenheit zu fördern galt. Der zweite Neffe Herzog Ludwigs, Wenzel, Domherr in Breslau, war damals gerade zum Bischof von Lebus erwählt und bedurfte wegen seines noch jugendlichen Alters eines päpstlichen Dispenses, der am Ende dieses Jahres auch erteilt worden ist <sup>2)</sup>). Wenig später wurde auch die päpstliche Entscheidung im Minoritenstreit offiziell an der Kurie verkündet (14. Januar 1376). Sie fiel dahin aus, daß der Patriarch von Alexandrien seine Vollmacht überschritten habe; seine Entscheidung wurde für nichtig erklärt und die Minoriten zur Tragung der Rechtskosten verurteilt <sup>3)</sup>). So hatte also die von Bitschen vertretene Sache den gewünschten Erfolg errungen. Persönlich hat er der Verkündung des Spruches, die ja auch nur von formeller Bedeutung war, nicht beigewohnt, denn gerade zur selben Zeit ist er in Brieg nachweisbar. Erwähnt sei noch, daß Bischof Preczlaus kurz vorher für Brieg auch einen Rangstreit bei kirchlichen Prozessionen geschlichtet hat. Den Vortritt haben sollten die Minoriten (in diesem Falle kein Vorzug!), denen die Dominikaner folgten; dann kamen die Johanniter mit Schule und Fahnen und zuletzt als die vornehmsten die gesamte Domgeistlichkeit, ebenfalls mit Fahnen und Scholaren <sup>4)</sup>); denn schon am 10. Januar 1372 hatte der Herzog zur Erziehung der jugendlichen an der Kollegiatkirche beim Gottesdienst tätigen Kleriker auch eine Domschule begründet <sup>5)</sup>). Gleichzeitig mit der Entscheidung des Rangstreits verlieh der Bischof dem Dechanten

1) Heyne, S. 95: M. Joh. Goswini als Substitut des Theod. de Puteo. Procuratoren der Gegner waren die Franziskaner Ludwig von Venedig und Barthol. von Genua; (bei Heyne, S. 107, ist aus Janua Jauer geworden). Goswin wurde 1377 von Gregor XI. zum Scholastikus providiert. Schulte, S. 240.

2) Theiner, Aug. Vetera Mon. Pol. I, 782 f., Nr. 982, 983. Dat. Avinione III. Non. Decemb.

3) Heyne, S. 111.

4) Cod. dipl. Sil. IX, Nr. 367 b; dazu S. 262. Ottmachau, 6. November 1375.

5) Ebenda, Nachtrag Nr. 1620: „pro erudicione parvulorum clericorum eandem ecclesiam divinis laudibus frequentancium.“ Zur Dotierung der Stelle des Rektors wies der Herzog zunächst 4 Mark jährlich an, wozu ein Jahr später 6 Mark Jahreszins kamen, die von zwei Brüdern von Mechwitz auf das Dorf Solosowitz gestiftet wurden. Cod. dipl. Sil. IX, Nr. 346; 8. Januar 1373. Grünhagen schrieb Sloschwitz und hielt es für Laskowitz; es ist aber ein längst verschwundenes Dorf, dessen Flur unter die Dörfer Gußen, Weisdorf und Runzen (Nr. Ohlau) aufgeteilt worden ist. Bei der Dotierung der Rektorstelle mit 10 Mark ist es dann geblieben.

und den Kanonikern auch das Recht, allen Klerikern und Scholaren die Sakramente spenden zu dürfen, d. h. also, sie sollten für diese Personen nicht an die engen Grenzen der neugegründeten Schloßparochie gebunden sein.

Aus dieser Zeit, 1374—1376, sind uns nun drei Originalurkunden, die Besitztitel des Kanonikus Bitschen darstellen, erhalten. Nach der ersten vom 3. Oktober 1374 haben ihm die Gebrüder Heinrich und Jacob von Quasniß (= Quosniß, Kr. Ohlau) 5 Mark Prager Groschen wiederkäuflicher Jahreszinsen auf ihre 4 Hufen in Goswindsdorf (Giesdorf bei Ohlau) für 50 Mark verkauft, derart, daß er über diese Zinsen freie, auch testamentarische Verfügung haben sollte, was der Herzog bestätigt. Sein Hofnotar Johannes, der nach dem schon 1372 erfolgten Tode des ersten Dechanten dessen Nachfolger geworden war, hat die Urkunde ausgefertigt, auf deren Rückseite vermerkt ist, daß die Witwe Heinrichs von Quosniß, Elisabeth, und ihr Sohn Johannes eine Mark davon zurückgekauft haben. Das kann aber erst beträchtlich später geschehen sein; denn am 18. Januar 1376 haben die Gebrüder noch eine weitere Mark Zins an den Kanonikus für den üblichen Preis von 10 Mark verkauft, so daß ihre 4 Hufen also mit 6 Mark Zins belastet waren. Deshalb ist offenbar auch bestimmt, daß die Verkäufer eine weitere Belastung ihres Gutes nicht vornehmen dürfen; die von dem neuen Hofnotar, Thomas von Guben (Gobin) ausgefertigte Urkunde beschränkt den Käufer dahin, daß eine testamentarische Verfügung an eine geistliche Person oder Stelle nur zugunsten der Brieger Kollegiatkirche zulässig sei, was offenbar dem Wunsch und Willen des Kanonikus selbst entsprach. Noch nicht zwei Monate darauf, am 7. März, hat Bitschen dann noch unter der gleichen Beschränkung einen Jahreszins von einer Mark von den Gebrüdern Wrokat auf eine Hufe in dem unmittelbar benachbarten Jähdorf erworben, so daß er im ganzen in dieser Zeit 70 Mark Kapital angelegt hat<sup>1)</sup>. Der Gedanke liegt nahe, daß es sich hier um finanzielle Ergebnisse seiner Prokuratur handeln könnte. Indessen wird sich uns aus seinem Testamente noch ergeben, daß hier nicht eine Erwerbung neuen, sondern nur eine Neuanlage alten Kapitals vorliegt. Ihr Zeitpunkt aber gibt uns einen recht bedeutsamen Fingerzeig. Ich erkläre mir die Anlage so, daß Bitschen schon bei seiner Übersiedelung nach Breslau sein auf Schönfeld und Grüningen stehendes Kapital wegen der Unbequemlichkeit der Zinserhebung zurückgezogen und in

<sup>1)</sup> Staatsarch. Breslau Rep. 68. Hedwigsstift Brieg. Nr. 65, 69, 71. Regesten bei Grünhagen, Cod. dipl. Sil. IX, Nr. 360 (der 4. Oktober irrig statt des dritten: feria quarta post festum S. Mich. Archangeli), 373 und 375.





Breslau untergebracht hat. Als er nun Kanonikus in Brieg geworden, schien es ihm doch vor seiner Reise nach Avignon zweckmäßiger, es wieder im Brieger Fürstentum anzulegen, zumal er es seinem Domkapitel zu vermachen gedachte. Daher die Urkunde vom 3. Oktober 1374<sup>1)</sup> mit der Anlegung von 50 Mark; den Rest behielt er zunächst für die Reise zur freien Verfügung und hat ihn dann nach seiner endgültigen Rückkehr Anfang 1376 in zwei Raten von je 10 Mark ebenfalls untergebracht.

Unter sehr eigenartigen Verhältnissen begegnen wir dann fünf Jahre später dem Brieger Kanonikus noch einmal in Breslau. Nach seinen letzten Gunstbeweisen für den Brieger Dom vom November 1375 war Bischof Preczlaus am 6. April 1376 in Ottmachau gestorben und in der Marienkapelle des Doms beigesetzt worden; eine sechsjährige Vakanz begann. Herzog Ludwigs Neffe Wenzel war kurz zuvor Bischof von Lebus geworden; dessen noch drei bis vier Jahre jüngerer Bruder Heinrich hatte 1379 die Würde eines Domdechanten in Breslau und zugleich die weltliche Administration des Bistums erlangt. Das Liegnitz-Brieger Fürstenhaus wünschte dringend die Transferierung des Lebuser Bischofs nach Breslau; nach Ausbruch des großen kirchlichen Schismas hatte sich auch Kaiser Karl IV. vor seinem im gleichen Jahre 1378 (29. November) erfolgten Tode noch mehrfach bei Urban VI. dafür verwandt. Indessen wählte das Breslauer Domkapitel 1380 zunächst, wohl mit Rücksicht auf einen Wunsch des Königs, den Olmüzer Bischof Johann von Neumarkt<sup>2)</sup> und erst, als dieser noch im selben Jahre gestorben war, postulierte es im Januar 1381 den Bischof von Lebus, übertrug diesem gleichzeitig die Administration des Breslauer Bistums und verlegte seinen Sitz aus besonderen Gründen vorläufig nach Reisse. Denn soeben war der sogenannte Pfaffenkrieg ausgebrochen. Das schroffe Vorgehen des Breslauer Rats gegen einen Fuhrmann, der eine Weihnachtssendung Goldberger Bieres von dem Liegnitzer Herzog Ruprecht an seinen Bruder Heinrich nach der Dominsel schaffen sollte, beantwortete der junge Dechant mit den schärfsten geistlichen Waffen gegen die Stadt, was dem noch jüngeren jähzornigen Könige Wenzel, der in dem böhmischen Herrn Andreas von Duba, Dechanten von Leitmeritz, einen genehmeren Kandidaten für den Breslauer Bischofssitz gefunden hatte, erwünschte

1) Die beiden Brüder von Quasnik waren übrigens erst seit kurzem im Besitz ihrer 4 Hufen von Giesdorf; am 28. Mai 1374 hatte Herzog Ludwig ihren Verkauf durch Andreas von Rathebor (Ragbor) an sie bestätigt. Köhler, Urkunden Herzog Ludwigs von Brieg. Zeitschr. 6, S. 85, Nr. 772. 2) Für diese und die folgenden Dinge verweise ich auf die ausführlichen Darlegungen Schulte's, S. 92 ff.



Gelegenheit zu seiner bewaffneten Intervention gegen das Domkapitel und dessen gesamten Anhang bot. Sehr merkwürdig ist es nun, daß sich bei der über die Lossprechung der Stadt Breslau vom Interdikt durch den Nuntius des päpstlichen Legaten am 15. September 1381 aufgenommenen Verhandlung <sup>1)</sup> unter den zugezogenen geistlichen Zeugen auch unser Peter Bitschen (Petrus de Piczcjin) befindet. Er und Johannes de Royn werden als Mansionarii der neuen Marienkapelle der Breslauer Kirche bezeichnet; hinter verschiedenen vornehmen Geistlichen (Kanoniker vom Dom fehlen natürlich), aber vor einer Anzahl Altaristen sind sie die einzigen Vertreter ihrer Gattung. Was hat das zu bedeuten? Ich finde keine andere Erklärung dafür, als daß Bitschen im Auftrage des Herzogs Ludwig und damit zugleich im Interesse des postulierten Bischofs hier unter den Mansionarien weilte, um dem Herzog als Vertrauensmann und Berichterstatter zu dienen. Wie war das aber möglich, da er doch Brieger Kanonikus war? Mit Wahrscheinlichkeit werden wir daraus schließen dürfen, daß er auch als solcher die Breslauer Pfründe weiter behalten hat. Die Stiftungsurkunde von 1361 schloß das zwar aus und setzte fest, daß, sobald ein Mansionar ein anderes kirchliches Benefiz annahm, seine Stelle sofort als vakant gelten und anderweit besetzt werden sollte. Aber solche Vorschriften blieben doch öfter nur auf dem Papier. Bischof Preczlaus, der Bitschen offenbar sehr wohlwollte, wie dessen dankbare Gesinnung in seiner Chronik auf das deutlichste bekundet, der zugleich auch, wie wir wissen, die ärmliche Dotierung der Brieger Domherrenstellen stark empfand, wird sich in diesem besonderen Falle über seine Bestimmung hinweggesetzt und den neuen Kanonikus im Genuße seiner Pfründe belassen haben, wobei es dann in den Jahren der Sedisvakanz, natürlich genug, auch geblieben ist. Selbst aber wenn wir das nicht annehmen wollten, würde der Administrator, Domdechant Heinrich, der Bruder Wenzels, sicher die Möglichkeit gefunden haben, ihn zu bestimmtem Zweck unter die Mansionarien einzureihen, bevor er selbst und das Domkapitel Breslau verließ. Angesichts der schweren Verwickelungen, die der Bierstreit hervorgerufen hatte, war die Aufrechterhaltung der Verbindung mit der Hauptstadt gerade im Jahre 1381 durch einen Mann von erprobter Zuverlässigkeit für das gesamte Liegnitz-Brieger Fürsten-

<sup>1)</sup> Das notarielle Protokoll darüber bei Schulte, Beilage 30, S. 239; merkwürdigerweise ist dem Herausgeber die Zeugnenschaft Bitschens hierbei entgangen. Die päpstliche Vollmacht für den Kardinal-Legaten vom 13. August ebenda 233 ff.

haus von höchster Bedeutung. Daß man derartige Verbindungen tatsächlich pflegte, dafür kann uns der Mansionar Johannes de Royn, der in der Verhandlung vom 15. September neben Bitschen als Zeuge zugezogen war, zum Beweise dienen. Da sein Geschlecht seinen Namen von einem Dorfe des Liegnitzer Weichbildes trägt, wird er wohl in erster Linie als der Vertrauensmann Ruprechts, des Liegnitzer Herzogs, anzusehen sein. Aber er stand auch unmittelbar mit dem Brieger Hofe in Verbindung. Zufällig hat sich ein Brief erhalten, den er als Mansionar der Breslauer Kirche 1379 oder 1380 an den Kanzler (Protonotar) Herzog Ludwigs und Kanonikus, Thomas von Guben, seinen *fautor carissimus*, mit allerlei vertraulichen Mitteilungen gerichtet hat<sup>1)</sup>. Inhaltlich für uns ohne Bedeutung, ist er als sicheres Zeugnis für das Bestehen einer solchen Korrespondenz bemerkenswert, und es ist sehr begreiflich, daß man bei den außergewöhnlich schwierigen Verhältnissen des Jahres 1381 von Seiten Herzog Ludwigs und des Bischofs von Lebus einen besonders geeigneten Vertreter auf der Dominikel zu haben wünschte. Näheres über seine Tätigkeit als solcher entzieht sich freilich ganz unserer Kenntnis.

Immerhin haben wir doch noch eine Spur, daß Bitschen auch noch weiter in der Streitsache zwischen seinem Fürstenhause und König Wenzel tätig geblieben ist. Aus seiner ausführlichen Erzählung von der Mordtat an dem Inquisitor Schwentkfeld, den Bischof Ranker noch in seiner letzten Lebenszeit zur Bekämpfung der ketzerischen Halsstarrigkeit der Breslauer hatte kommen lassen (1341), ergibt sich, daß er selbst in Prag gewesen ist. Er hat bei der Gelegenheit das Dominikanerkloster zu S. Clementis, wo der Mann, der ihm wie ein Heiliger erschien, seinen Tod gefunden, aufgesucht, hat dort die Grabkapelle mit seinem Grabe und dem an der gegenüberliegenden Wand befindlichen Bildnis-Epitaph besichtigt und sich von dem Mönche, unter dessen Obhut die Kapelle stand, mancherlei von ihm und den nächtlichen Visionen, in denen er ihm erschienen sei, erzählen lassen. Ein

---

<sup>1)</sup> Eingelegt im Brieger Landbuch A (Staatsarchiv), Teil 1, vor Blatt 20, datiert nur *Wratisl. in vigilia S. Trinitatis*. Da Blatt 20 mit 1380 beginnt, so wird auch der Brief in dieses oder in das vorhergehende Jahr gehören. Die Adresse (auf der Rückseite) lautet: *Honorab. et circumspecto viro . . . D. Thomae protonot. D. Ducis Breg. Dno suo gratioso*. Für die mannigfaltige Verwendung der Kanoniker mag übrigens als Beispiel dienen, daß der aus Lüben stammende Brieger Kanonikus Joh. Salsatoris im Jahre 1379 zugleich auch als Hofkaplan und herzoglicher Küchenmeister erscheint. *Cod. dipl. Sil. IX, Nr. 424*.

anderer Bruder, ein alter Mann, der schon zur Zeit des Mordes im Kloster gewesen, wußte ihm die Mordtat selbst genau zu schildern und zeigte ihm die Stelle, an der er sein Blut vergossen. Noch waren nach so langer Zeit die Blutstropfen an der Außenwand zu sehen, so rot, als wenn sie frisch wären, und kein Schnee und kein Regen habe sie zu vertilgen vermocht bis auf die Gegenwart (usque in presens) <sup>1)</sup>. Klar ergibt sich aus diesen Worten wie aus der ganzen lebendigen Darstellung, daß diese Anwesenheit Bittschens in Prag nicht allzuweit hinter dem Zeitpunkt zurückliegen kann, in dem er diese Stelle seiner Chronik niederschrieb. Wir wissen, daß ihre Fertigstellung in das Jahr 1385 fällt. Wir wissen ferner, daß die Herzöge und Bischof Wenzel Ende 1382 in Prag waren. König Wenzel hatte sich, auch nachdem Urban VI. den Bischof am 19. April 1382 providiert hatte, geweigert, ihn anzuerkennen, bis er endlich doch den dringenden Vorstellungen des Papstes für den Fall nachgab, daß die Bedingungen angenommen würden, die er an den neuen Bischof und die Liegnitz-Brieger Herzöge zu stellen hatte. Nach langen Verhandlungen darüber kam es endlich an der Wende des Jahres zum Abschluß <sup>2)</sup>. Am Hoflager des Königs zu Prag ist die Urkunde ausgestellt, in der Bischof Wenzel am 24. Dezember 1382 auf eine Summe von 4000 Mark zugunsten des Herrschers verzichtet hat, und der 6. Januar 1383 besiegelte mit der Huldigung des Bischofs für sein Fürstentum Grottkau, Erneuerung des Lehnseides durch alle weltlichen Fürsten des Hauses und Bestätigung der Privilegien durch den König den Friedensschluß. So ist Bittschen aller Wahrscheinlichkeit nach entweder in Begleitung seines Herzogs nach Prag gekommen oder schon vorher an den Verhandlungen daselbst über die notwendig gewordene Unterwerfung beteiligt gewesen. Hatten empfindliche Opfer namentlich in finanzieller Beziehung vom Breslauer Bistum gebracht werden müssen, so hatte sich doch das Fürstenhaus in dem überaus wichtigen Besitze desselben behauptet.

In der ruhigeren Zeit, die nun folgte, hat sodann der Brieger Kanonikus die Muße gefunden, sein Werk zu schreiben. Aus der kurzen Vorrede, die persönlich (vobis dominis meis) an die drei Repräsentanten des Fürstenhauses, den Bischof, den Brieger und den Liegnitzer Herzog gerichtet ist, ergibt sich, daß das Werk ihrer wiederholten Aufforderung (qui saepe postulastis hoc ipsum) seine Entstehung verdankt, während aus seinem letzten Abschnitte hervorgeht,

<sup>1)</sup> Script. rer. Sil. I, 136: qui guttatim adhuc apparet ad oculum in sustentaculi pariete, qui extra vertitur etc. <sup>2)</sup> Schulte, S. 145 ff., 251.

daß es, wie schon Stenzel erkannt hat <sup>1)</sup>, im Jahre 1385 abgeschlossen ist, wobei nur eine geringe Abweichung, sei es nach 1386, sei es nach 1384 hin, überhaupt möglich ist. Weniger sicher läßt sich naturgemäß bestimmen, wann es in Angriff genommen worden ist; soviel aber wird klar geworden sein, daß wir damit keinesfalls vor das Jahr 1383 zurückgehen dürfen. So wird das fertiggestellte Werk seinem Hauptförderer, dem Herzog Ludwig, spätestens Anfang 1386 vorgelegen haben, und es mutet wie ein Akt der Dankbarkeit an, daß der Fürst gerade zu Trinitatis dieses Jahres dem Domkapitel ein zusammenfassendes Privileg <sup>2)</sup> über alle ihm bisher gemachten und noch zu machenden Zuwendungen ausgestellt hat, aus dem sich auch ergibt, daß die Zahl der Bücher jeder Art <sup>3)</sup> schon so groß war, daß in dem Privileg auch von der Schenkung der bisher für ihre Aufbewahrung benutzten Räumlichkeiten als Bibliothek (pro liberaria) die Rede ist. Wir gehen sicher nicht fehl, wenn wir dem Kanonikus Bitschen nächst dem Herzog selbst ein besonderes Verdienst um Begründung und Einrichtung dieser Brieger Dombibliothek beimessen, von der Überreste noch heute in ihrer Nachfolgerin, der Gymnasialbibliothek, erhalten sind. Vom folgenden Jahre ab besitzen wir ein Zinsbuch des Hedwigsstifts, das uns besonders einen Einblick in die Geschäfte der Generalkapitel gewährt, die alljährlich am zweiten Tage nach Trinitatis abgehalten zu werden pflegten. Nächst dem Dechanten und dem Rustos zeigen uns zahlreiche Eintragungen in den Jahren 1387 und 1388 unsern Petrus Bitschen an der Spitze der Kanoniker <sup>4)</sup>. Im Jahre 1389 aber fehlt er im Generalkapitel; wohl kurz vor dem Juni dieses Jahres ist er gestorben. Sein Testament ist uns nicht erhalten, dagegen ein Kapitelsbeschluß vom 15. Juni und eine herzogliche Bestätigungsurkunde vom 24. Juni <sup>5)</sup>, die sich beide auf dasselbe beziehen und zeigen, daß er den Dechanten Günther von Rechenberg

<sup>1)</sup> Script. rer. Sil. I, Vorrede S. X. Weiteres bei Schulte, Beilage 6, S. 172 f. <sup>2)</sup> Cod. dipl. Sil. IX, S. 251 ff., ausgestellt in castro nostro Bregensi . . die sancte et individue trinitatis (17. Juni 1386), also unmittelbar vor dem Generalkapitel.

<sup>3)</sup> libros omnes et singulos chorales, cantuales, lectionales, — ecclesiasticos et tam scolasticos quam juris canonici vel arcium — et singulariter sacre pagine seu theologie volumina et quaternos.

<sup>4)</sup> Staatsarch. Breslau. D 147, S. 1—4: Zwei Eintragungen vom 3. Juni 1387 und sechs vom 25. Mai 1388. Regesten davon Cod. dipl. Sil. IX, Nr. 494 und 502 bis 507. In das Jahr 1388 gehört auch die undatierte Eintragung im Landbuch B, fol. 58 b, da sie Bitschen noch am Leben zeigt; Grünhagen hat sie um 1390 angefügt (Cod. dipl. Sil. IX, Nr. 519).

<sup>5)</sup> Staatsarch. Breslau D 147, S. 7, in capitulo generali (Cod. dipl. Sil. IX, Nr. 152). Die Bestätigung des Herzogs (ebenda Nr. 1650) im Wortlaut bei Schulte, S. 175.



(seit 1385 im Amt, vorher Stadtpfarrer in Haynau)<sup>1)</sup> zu seinem Testamentsvollstrecker ernannt und zum eigenen Seelenheil (in salutem animae) alle seine Zinseinkünfte dem Brieger Domkapitel vermacht hatte. Aus der Urkunde des Herzogs ergibt sich dabei, daß diese Einkünfte genau dieselben waren, die wir von 1374/76 her kennen, also im ganzen, da eine Mark zurückgekauft war, 6 Mark jährlich. Von diesen gingen noch 2 Mark Rente ab, da das Kapitel den vom Jahre 1361 herrührenden Anspruch der beiden Schwestern Graurochne, der Richten Bittschens, anerkannte<sup>2)</sup>. Bei solchem Sachverhalt ist es also völlig ausgeschlossen, daß es sich 1374/76 um eine Hinzuerwerbung gehandelt haben könnte; auf weltlichen Erwerb war er offenbar nicht bedacht. Bei dem Besitz, den er ererbt hatte, ist es geblieben; er hatte sich bei seinem Tode eher vermindert als vermehrt. Diese finanziellen Dinge könnten gleichgültig und nebensächlich erscheinen. Wir sind aber auf sie eingegangen, weil sie die volle Integrität des Mannes auf einem Gebiete erweisen, von dem nun einmal damals wie noch heut nur allzuviel des anderen abhängt. Von sonstigen Charakterzügen tritt sein Mitgefühl mit den Armen besonders hervor. Während er die Zustände in Polen zu seiner Zeit mit den Worten: *pauperes opprimuntur nec alicui redditur justitia* charakterisiert, rühmt er an seinem Herzoge vor allem: *pacem diligit, miseretur pauperum*<sup>3)</sup>. Doch war er keineswegs ein Speichellecker, wie man nach Schulte's Behauptung, daß die drei Fürsten, denen er sein Werk gewidmet, bei ihm ein uneingeschränktes, fast begeistertes Lob fänden, annehmen könnte. In Wahrheit wird Herzog Ruprecht eben nur genannt. Auch Wenzel, obwohl er doch sein Bischof war, wird nicht gelobt, nur Weisheit und Stärke werden ihm am Schlusse der Bischofschronik angesichts der mißlichen Lage seines Bistums von Herzen gewünscht. Seinen Herzog Ludwig rühmt er allerdings, aber nur mit kurzen, wie wir wohl sagen dürfen, gerechten Worten und in einer Weise, die man nur als eine durchaus würdige bezeichnen kann<sup>4)</sup>. Peter Bittsch wird etwa sechzigjährig gewesen sein, als er starb; wenn wir annehmen, daß er mit 25 Jahren zum Priester geweiht und sogleich 1353 Kaplan geworden sei, so wäre er 1328 geboren. Der alte Herzog, dem er so treu gedient, hat ihn fast noch um ein Jahrzehnt überlebt.

1) 1383: Zeitschr. 11, 431, Nr. 894. Defan 1385: Cod. dipl. Sil. IX, Nr. 482.

2) Übrigens heißt die 1361 Margaretha genannte Schwester hier Katharina Grorodinne; es liegt wohl nur eine Flüchtigkeit des Schreibers vor. 3) Script. rer. Sil. I, 156 u. 146. 4) Schulte, S. 5. Script. rer. Sil. I, S. 166, 156.

Wenn wir uns nun von der Person Peter Bitschens der von ihm mit seinem Werke verfolgten Tendenz zuwenden, so ziemt es sich wohl, ob wir ihm nun Glauben schenken wollen oder nicht, zunächst ihn selbst über seine Absichten zu hören. In seiner Vorrede äußert er sich dahin, daß er, der mehrfachen Aufforderung der drei Fürsten zu willfahren wünschend, sich vorgenommen habe, veterum principum Polonorum gesta plus notabilia, prout ex diversis conscripta codicibus cronicarum reperi, fideliter consignare, wobei er sich ihren Gebeten empfiehlt, auf daß sein Werk Gott angenehm und den Lesern, die den Sitten der Vorfahren, soweit sie lobenswert waren, nachzueifern wünschen, nützlich und förderlich werden möge. Denn das sei der hauptsächlichste Grund (potissima ratio) gewesen, weshalb er sich diesem Werke gewidmet habe: daß die Taten der guten Fürsten wie ein Spiegel zurückleuchtend die Nachkommen zum Guten führen, die der schlechten aber, die zweifellos immer auch ein schlechtes Ende nähmen, alle Jetztlebenden von üblen Taten zurückhalten möchten. Diese moralische Absicht wird also besonders betont und tritt in der Tat an zahlreichen Stellen des Werkes stark hervor<sup>1)</sup>. Mit ihr hängt innerlich zusammen, daß dem streng kirchlich gesinnten Verfasser die kirchlichen Dinge im Vordergrund seines Interesses stehen.

Unter den in der Vorrede genannten Fürsten hat Herzog Ruprecht Einfluß auf das Werk nicht gehabt. Dagegen wird es auf einen Wunsch Bischof Wenzels zurückzuführen sein, daß der Fürstendchronik als Anhang eine schlesische Bischofschronik beigelegt wurde<sup>2)</sup>. Der eigentliche Auftraggeber aber ist der Brieger Herzog Ludwig I. gewesen, in dem auch Schulte den Hauptförderer des Werkes erblickt. Ist doch gerade dieser schlesische Fürst in einem für jene Zeit ganz ungewöhnlichen Maße historisch interessiert gewesen. Geradezu modern mutet es an, daß er in Ritschen nahe der Oder Ausgrabungen hat vornehmen lassen, um die Überreste alter Bischofsgräber, die der Sage nach hier vorhanden gewesen sein sollten, aufzufinden<sup>3)</sup>. Allgemein bekannt ist, daß er der hl. Hedwig ein besonderes Interesse entgegenbrachte; hier sei nur erwähnt, daß er die Außenseite der

1) Beispiele bei Schulte, S. 5 ff.      2) Script. rer. Sil. I, 156—166. Der Anhang hat keinen besonderen Titel; die Aufschrift: De institutione ecclesie Wratislaviensis ist nur auf seinen Beginn zu beziehen, wie die Überschriften in dem Werke überhaupt der systematischen und logischen Durchführung entsprechen.      3) Schon Stenzel bekannt, wenn er es auch auf Rügen bezieht; ebenda S. 157, Anm. 6.

Brieger Kollegiatkirche mit dem trefflichen Standbild seiner Stamm-mutter schmücken ließ. In ihrem Inneren aber ließ er einen künstlerisch ausgeführten Stammbaum anbringen, der alle seine unmittelbaren Vorfahren bis auf den sagenhaften Piaſt zurück umfaßte. An die Inſchrift, die dem liegend dargestellten Ahnherrn des Geſchlechts beigegeben war, dachte Barthel Stein, als er in ſeiner Beſchreibung Schleiſiens darauf hinwies, daß die polniſche Herkunft der ſchleiſiſchen Fürſten auch durch kirchliche Inſchriften bewieſen werde<sup>1)</sup>. Dem gleichen Intereſſe wie dieſer Stammbaum iſt die Anregung entſprungen, die der Herzog zu dem Werke des Kanonikus an ſeiner Schloßkirche gegeben hat; um eine Darſtellung der Geſchichte ſeiner Vorfahren war es ihm zu thun. Für die ganze Beurteilung des Werks iſt von entſcheidendem Gewicht, daß es, wie auch der Titel beſagt, eine Fürſtenchronik iſt, und es iſt nicht richtig geſehen, wenn Schulte nach dem Vorgange von Zeißberg es eine ſchleiſiſche Landesgeſchichte nennt; alle Anſprüche, die an eine ſolche zu ſtellen wären, wie bezüglich der Darſtellung der deutſchen Beſiedelung Schleiſiens, entfallen damit<sup>2)</sup>.

Wenn der Herzog die bemerkenswertesten Taten ſeiner Vorfahren auf Grund der chronikaliſchen Quellen dargestellt zu ſehen wünſchte, ſo iſt Wiſchen in einer Beziehung darüber hinausgegangen; er hat das Werk bis auf ſeine Zeit fortgeführt, ſo daß es auch den faſt ein Jahrhundert langen Zeitraum mit umspannt, für den ihm ſolche *codices cronicarum* nicht mehr zu Gebote ſtanden und er Selbſtändiges zu geben genötigt war. Wenn er in den älteren Partien naturgemäß von ſeinen Quellen, unter denen das *Chronicon Polono-Silesiacum*<sup>3)</sup> die wichtigſte iſt, abhängig iſt und ſie, wie der Zeit all-gemein üblich, größtenteils ausſchreibt, ſo iſt es gerade dieſer ſelbſtändige Teil, von dem wir klare Aufſchlüſſe über die vermeintliche politiſche Tendenz der Chronik zu erwarten haben.

Er umfaßt den 74 Seiten der Stenzelſchen Ausgabe für die älteren Partien gegenüber immerhin 45 Seiten (112—156), denen

<sup>1)</sup> S. meinen Artikel über Stein in Zeiſſſchr. 60, S. 78, wobei ich den üblen Schreibfehler „Boleslaus“ für „Ludwig“ zu berichtigen bitte. Übrigens hat auch Fibiger in ſeinen Scholien zu Henels *Silesiogr. renovata* c. VII, 65 dieſe Inſchrift aus Lucae abgedruckt.

<sup>2)</sup> Schulte, S. 3 u. 57, wo er von dem Verfaſſer behauptet, er hätte den Einfluß der deutſchen Beſiedelung in Schleiſien mit Bewußtſein unbeachtet und ungewürdigt ge-laſſen.

<sup>3)</sup> So von Arndt genannt, identiſch mit der *Chronica Polonorum* bei Stenzel I, 1—32, am Ende der Hſ. vom Schreiber als *Coronica Lechitarum* bezeichnet, neuerdings behandelt von Erniſt Maetiſſke, Zeiſſſchr. 59, 137 ff.

noch 10 der Bischofschronik folgen. Deutlich zerfällt diese selbständige Partie in zwei ungleich große Teile. In dem ersten (bis S. 146) werden die Breslauer und Liegnitz-Brieger Herzöge von Heinrich V. bis auf Ludwig I. behandelt, wobei in zwei kurzen Abschnitten (S. 122 ff.) auch die Schweidnitzer und Münsterberger eingeschaltet sind. An einer Stelle, die die Zeit der schweren Differenzen unter Bischof Kanfer betrifft, drängt sich das kirchliche Interesse so stark hervor, daß der Charakter einer Fürstendchronik darüber in den Hintergrund tritt (S. 132—138). Im übrigen klingt dieser erste Teil in den Wunsch für Herzog Ludwig aus, es möge ihm noch eine lange Reihe glücklicher Tage und nach Ablauf dieses Lebens ewige Freude beschieden sein. Der Übergang zu dem weit kürzeren zweiten Teil (S. 146—156) gibt über den Grundcharakter des ganzen Werkes so klaren Aufschluß, daß ich ihn im Wortlaut hierhersetze: Sequitur alius ramus venerabilium ducum. (Überschrift): De ducibus Glogoviensibus. Descripta, quantum ex cronicis et nonnullis aliis scripturis poterat reperiri geneloya ducum Wratislaviensium, Legnicensium, Swidnicensium et Monsterbergensium et eorum actuum relatorum mihi per seniores fide dignos, quibus plus constare poterant, nunc ad geneloyam Glogoviensem stili seriem convertamus<sup>1)</sup>. Hier werden also außer den schriftlichen Quellen auch die ihm mündlich gewordenen Berichte älterer glaubwürdiger Personen angeführt, die am besten über die Dinge unterrichtet sein konnten; es liegt nahe, dabei an den alten Herzog Ludwig selbst zu denken, dessen Erinnerungen weiter zurückreichten und zugleich für alle die Fürsten betreffenden Dinge weit mehr in Betracht kamen als die irgend eines anderen. Eigentümlicherweise erscheinen dabei die *Taten* nur als Beiwerk, gerade so wie es ja auch im Titel, den das Buch trägt, heißt: Incipit cronica principum Polonie cum eorum gestis, während als Hauptsache die *geneloya* bezeichnet wird, die Genealogie also des weitverzweigten Hauses, dem der Herzog angehörte. Aus diesem Hauptzweck erklärt es sich, daß die Abschnitte über die Schweidnitzer und Münsterberger Fürsten da untergebracht wurden, wo diese Zweige sich vom Stamme loslösten; die älteren Abzweigungen aber galt es jetzt nachzuholen. Die Bearbeitung dieser Partien gestaltete sich nun, wie man deutlich sieht, für den Kanonikus recht schwierig. Am meisten Material brachte er noch für den Glogauer Zweig zusammen, für den außerdem ein besonderes Interesse vorlag,

<sup>1)</sup> Ähnlich heißt es auch in der Einleitung der Chron. Polonorum (Script. rer. Sil. I, 2): „ad solam principum ipsorum genealogiam pandendam.“



weil sowohl Herzog Ludwig wie Herzog Ruprecht sich ihre Gemahlinnen aus der Glogauer Linie geholt hatten. Um den Anschluß herzustellen, greift er hier auf seine Darstellung der älteren Zeit (*Script. rer. Sil. I*, 109) zurück, sieht sich aber genötigt, wie es dort schon an einer Stelle (*I*, 113) geschehen, jetzt an fünf verschiedenen Stellen für die Daten, die er zu geben beabsichtigte, Lücken zu lassen. Ganz kurz ist der Abschnitt: *De ducibus Olsnicensibus* (10 Zeilen) und auch dieser enthält noch eine Datumsücke<sup>1)</sup>. Und ein geradezu unbeschriebenes Blatt bietet der folgende: *De ducibus Opoliensibus*, in dem der Verfasser nur erklärt, da er nichts Sicheres über sie, ihre Aufeinanderfolge (*eorum successione*) und ihre Taten habe finden können, übergehe er sie für jetzt und wende sich den Fürsten Großpolens zu (*ad presens eos pertransiens, ad principes magne Polonie declinavi*). Auf diese Weise fehlen die oberschlesischen Fürsten, also gerade die, die für das Polentum noch am ehesten in Betracht kamen, und es waren nun nur noch die wirklich polnischen Zweige aus der Nachkommenchaft des Boleslaus (*III.*) *curvus* zu behandeln. Das geschieht unter der Überschrift *de ducibus Mazoviensibus et Coyaviensibus*, wobei er zunächst über das rein Genealogische nicht hinauskommt; Wendungen wie: *de quorum geneloya nihil reperio esse scriptum* oder *de quo eciam prolem (heredem, heredes) non invenio processisse* (*S.* 154 f.), kehren mehrfach wieder. Eine etwas eingehendere Darstellung ist dann, noch unter derselben Aufschrift, den Königen Wladislaus Lokietek, den er *Loctot* nennt, und Kasimir III. gewidmet; hier, am Schlusse des Werks, ist also der Ort, wo sich die polnische Tendenz des Verfassers besonders offenbaren mußte. Nun sind freilich von den 45 Seiten seiner selbständigen Arbeit nur ganze zwei diesen polnischen Dingen gewidmet, und ich muß gestehen, nicht imstande zu sein, aus diesen eine polnische Gesinnung des Autors herauszulesen. Wohl schildert er Kasimir als einen trefflichen Herrscher, nennt ihn aber nicht einmal den Großen und scheut sich auch nicht, das an ihm Tadelnswerte (*incestuosus et voluptuosus*) wiederzugeben. Da mit ihm das alte polnische Königshaus erloschen war (1370), gibt er zum Abschlusse seiner Fürstendchronik noch eine gedrängte Übersicht der Ereignisse bis zu dem Zeitpunkte, in dem er schreibt, und schließt mit einer kurzen Schilderung des gegenwärtigen üblen Zustandes des polnischen Reichs. Schulte findet (*S.* 67), daß

<sup>1)</sup> Eine solche findet sich außer den genannten Stellen sonst nur noch bei dem Tode Wenzels, des Bruders Herzog Ludwigs (*I*, 144).

der Verfasser hier „in beweglichen Worten die traurige Lage Polens beklage“ und nennt die Schilderung auch sonst eine beredte Klage; ich sehe in ihr nichts als eine wahrheitsgemäße, rein sachlich gehaltene Darstellung polnischer Zustände, deren Nüchternheit durch ein eingestreutes *sicut fertur* noch verstärkt wird. Und wie nahe, zwingend nahe hätte es gerade hier am Schlusse für einen Autor mit polnischer Tendenz gelegen, seiner Gesinnung einen beredten Ausdruck zu geben! Die Ökonomie seines Werkes hätte das im Falle einer solchen Tendenz geradezu erfordert. Am Schlusse der Bischofschronik stehen Wünsche für Bischof Wenzel, am Ende des ersten Hauptteils der selbständigen Partie der Fürstendchronik solche für Herzog Ludwig; was wäre natürlicher gewesen, als nun am Schlusse des zweiten Hauptteils und damit des Ganzen Wünsche für eine baldige Besserung der Verhältnisse in Polen anzufügen? Aber dies subjektive Moment fehlt eben an dieser Stelle ganz, — der Wunsch sowohl wie die Klage.

Auf die Auffassung Schulte's hat zweifellos der Titel des Werkes: *Cronica principum Polonie* einen starken Einfluß ausgeübt. Zwar hat er keineswegs übersehen, daß er aus dem Sprachgebrauch der Zeit heraus verstanden werden muß; hatte doch schon Stenzel darauf hingewiesen, daß selbst die Breslauer noch 1312 ihre Stadt als in Polen gelegen bezeichnet haben, und so hat er selbst eine Menge von Beispielen dafür beigebracht, daß man im 14. Jahrhundert Schlesien vielfach noch, ohne damit politisch etwas aussagen zu wollen, dem geographischen Begriffe „Polen“ einordnete <sup>1)</sup>. Es liegt hier eben nur ein neuer Beweis vor für die Zähigkeit des Fortlebens alten Sprachgebrauchs auch da, wo er durch die tatsächliche Entwicklung seine ursprüngliche Bedeutung vollständig eingebüßt hatte <sup>2)</sup>. Dennoch meint Schulte: „Sollte der Titel „*Cronica principum Polonie*“ und sein Inhalt, die Lobpreisung der glorreichen Vergangenheit Polens und seiner piastischen Herrscher, einem weitgehenden politischen Zwecke gedient haben?“ Wir sind uns nun schon klar darüber, daß Witschen mit seinem Werke so dunkle und ferne Ziele nicht verfolgt hat. Was er geben wollte, war nicht eine „Chronik der Fürsten P o l e n s“, — das wäre nichts als eine falsche Übersetzung — sondern eine Chronik der Fürsten des H a u s e s P o l e n <sup>3)</sup>, dem sein

<sup>1)</sup> Stenzel in *Script. rer. Sil.* I, 33, Anm. 1. Schulte, S. 10—15. <sup>2)</sup> Ein besonderes Beispiel dafür bewahrt ja unser Schlesien in dem „Böhm“, „Beem“ bis auf den heutigen Tag.

<sup>3)</sup> Deshalb nennt er auch (*Script. rer. Sil.* I. 154) Kasimir III. „ultimum regem Polonie“, was ja sonst gar nicht zutreffen würde, weil ihm seiner Schwester Sohn Ludwig (gest. 1382) in der Königswürde gefolgt war.

Herzog und alle schlesischen Fürsten gleichen Stammes angehörten, gerade so, wie wir vom Hause Brandenburg reden und ihm auch die fränkischen Fürsten gleicher Abstammung ohne weiteres zuweisen. Welchen anderen Titel hätte er für sein Werk auch wählen sollen? Hätte er principum Slezie gesagt, so wäre diese Bezeichnung gleichzeitig zu eng und zu weit gewesen. Zu eng, weil sie die zahlreichen polnischen Herrscher, die doch nun einmal wirklich die Vorfahren Herzog Ludwigs und seiner Nissen waren, nicht berücksichtigt; zu weit, weil sie auch Fürsten wie die Přemysliden Schlesiens mit umfaßt hätte, die einem anderen Hause angehörten, von dem zu reden außerhalb der Absicht des Werkes lag. Ein einfacher Ausdruck hätte allerdings den richtigsten Titel abgegeben: Chronik der Pfaffenfürsten. So geläufig uns diese Bezeichnung aber auch ist, so war sie doch dem Mittelalter noch fremd und ist, soviel ich sehe, erst gegen Ende des sechzehnten Jahrhunderts in Gebrauch gekommen. Was aber Schulte die Lobpreisung der glorreichen Vergangenheit Polens nennt, beschränkt sich darauf, daß im ersten Teile der Fürstchronik, ausnahmslos aus fremden Quellen übernommen, einige der polnischen Herrscher wie Boleslaus Chrobry u. a. gerühmt werden, nicht aus dem Gesichtspunkte heraus, daß sie Polen waren, sondern weil sie zu den Vorfahren seines Herzogs gehörten und weil der Chronist in seiner moralisierenden Tendenz auch durch leuchtende Vorbilder zu wirken wünschte.

Indessen sieht Schulte für seine Auffassung noch ein anderes Moment als besonders stark ins Gewicht fallend an. „Die auffällige Tatsache“, meint er S. 72, „werde sich nicht wegdeuten lassen, daß auf schlesischem Boden unter der Förderung dreier schlesischer Herzöge und Vasallen der Krone Böhmens ein größeres historisches Annalenwerk entstehen konnte, in welchem die lebendigsten Sympathien mit Polen und seiner Zukunft nicht bloß unverhüllt, sondern mit der feindlichen Spitze gegen die böhmische Oberherrschaft zum Ausdruck gelangen bzw. die ganze Darstellung beherrschen.“ Über diese feindliche Spitze ist es notwendig, noch ein Wort zu sagen. In der Tat äußert sich Bitschen bei Gelegenheit der Erwerbung der böhmischen Lehnshoheit durch König Johann nicht gerade freundlich. Was aber ist natürlicher? War diese Erwerbung doch tatsächlich nichts anderes als eine unter Ausnutzung der Notlage Herzog Boleslaus' III. vorgenommene Vergewaltigung, wenn die Notlage auch eine durch die Verschwendungssucht des Herzogs selbstverschuldete war. Nun war freilich bei Abfassung des Werkes

schon ein halbes Jahrhundert seit jenen Vorgängen verstrichen. Aber es war doch noch Herzog Ludwig selbst, der im Jahre 1331 mit Vater und Bruder zusammen jene erste Huldigung hatte leisten müssen. Vorher waren sie niemandem untertänig gewesen, freie Fürsten, gleichen Rechtes mit jedem Souverän, so gering ihre Macht war. Es ist selbstverständlich, daß diese einst selbständige Stellung nicht vergessen war und entspricht doch nur der Wahrheit, wenn der Chronist des Fürstenhauses diese ganze wichtige Änderung in ihrer einschneidenden Bedeutung in die Worte zusammenfaßte: „*Sic perdita est libertas principum Polonorum.*“ Moralisierend in seiner Art und resignierend zugleich fügt er im Hinblick auf Boleslaus hinzu, daß dieser Übergang der Herrschaft von den natürlichen Besitzern auf Fremde „*forsitan peccatis exigentibus*“ erfolgt sei. Hat er doch auch die schweren Fehler dieses Fürsten, des Vaters seines Herzogs, nicht verschwiegen, wenn er auch seine guten Seiten hervorhebt und mit besonderer Liebe bei seinem bußfertigen Tode verweilt. Und was hat diese für eine Fürstenchronik ganz natürliche Stellungnahme gegenüber der Erwerbung der Lehnshoheit durch die Krone Böhmen mit Polenfreundlichkeit des Verfassers und polnischer Tendenz zu tun? Seine Haltung wäre gegenüber einer polnischen Lehnshoheit genau die gleiche gewesen. Die angestammte Rechtsstellung seines Fürstenhauses war es, die er damit zum Ausdruck brachte und nichts anderes; kein Zweifel, daß er damit auch die Anschauung seines Fürsten wiedergab. Wenn aber Schulte (S. 71) soweit geht, zu behaupten, daß der Chronist seine Klagen über den Untergang der Freiheit und Selbständigkeit der schlesischen Herzöge und über ihre Abhängigkeit von der Krone Böhmen so oft wiederhole, so hat ihm offenbar sein Gedächtnis einen üblen Streich gespielt, denn Bitschen spricht davon nur da, wo es sich um die geschichtliche Darstellung des Ereignisses selbst handelt und kommt nicht weiter darauf zurück. Die Charakterisierung desselben bedeutete auch noch keine Auflehnung gegen die nun einmal vollzogene Tatsache. Bekannt genug ist es doch auch, daß Herzog Ludwig zu Kaiser Karl IV. immer im besten Verhältnis gestanden hat, daß beispielsweise sein Sohn Heinrich (VIII.) oft und lange im Reich wie in Böhmen als Hofrichter des Kaisers tätig gewesen <sup>1)</sup> und dieser sogar bei Papst Urban VI. wiederholt für die Transferierung Bischof Wenzels nach Breslau eingetreten ist. Und wenn Schulte behauptet (S. 49), daß sich in der ganzen Chronik von irgendwelcher

---

1) S. dazu Schulte selbst, S. 9.



Sympathie für die böhmischen Herrscher keine Spur finde und man sich durch eine gelegentliche höfische Wendung wie *serenissimus princeps dominus Carolus* nicht täuschen lassen dürfe, so verweise ich einfach auf die Stelle <sup>1)</sup>, wo Bittchen mit Ausdrücken größten Respekts und der Verehrung von dem Kaiser spricht, als dieser dem Könige von Cyprien bei ihrer gemeinsamen Anwesenheit in Breslau die schweren Plagen geschildert habe, die für die Breslauer der Ermordung Schwentfelds und der Vertreibung des Klerus gefolgt seien: *et si ausus sum dicere, retulit met dominus Imperator Karolus recolende memorie domino regi Cypri, cum secum esset in Wratislavia, qualiter magna plaga ect.*“ — eine Stelle übrigens auch, die ein weiteres Zeugnis für die Breslauer Zeit des Autors ist. Was aber die Einstellung Bittchens gegenüber dem Sohne des Kaisers, dem jungen Könige Wenzel, betrifft, so erwähnt ihn die Fürstendchronik überhaupt nicht. Die angeschlossene Bischofschronik konnte freilich an ihm nicht vorübergehen. Daß der geistliche Autor hier in seiner übrigens auf den engsten Raum zusammengedrängten Darstellung ganz auf der Seite seines Bischofs und des Domkapitels steht, ist bei dem Verhalten des Königs doch nur natürlich und hat weder mit böhmischer Lehnshoheit noch mit irgendwelcher Hinneigung zu Polen auch nur das Geringste zu tun <sup>2)</sup>.

Eine besondere Wichtigkeit hat Schulte für seine Untersuchung über die politische Tendenz der Chronik endlich noch den Heiraten Herzog Ruprechts von Liegnitz mit der Witwe Kasimirs III. und Herzog Heinrichs VIII. mit Margaretha von Masowien beigegeben (S. 68 f.) Nun war ja Kasimirs Witwe gar keine Polin, sondern eine Glogauerin, und die Masowier standen seit langem mit schlesischen Fürsten in nahen Beziehungen. Indessen bestreite ich keineswegs, daß diese Verbindungen sich von einem Autor, der irgendwie von national-polnischen Tendenzen beseelt war, auf das trefflichste für seine Zwecke verwerten und ausbeuten ließen, ja, daß es geradezu wunderbar erscheinen müßte, wenn er bei solcher Tendenz eine derartige Verwendung unterlassen hätte. Wie aber verhält sich unser angeblich polnisch gesinnter Kanonikus? — Auch nicht mit einer Silbe redet er von diesen Verbindungen.

Ich denke, es wird klar geworden sein, daß es ein Irrtum war, unserem Autor eine national-polnische Tendenz zuzuschreiben. Peter

<sup>1)</sup> Script. rer. Sil. I, 137. <sup>2)</sup> Ebenda, S. 165. Bemerkte sei nur noch, daß des Königs gewaltsames Vorgehen 1381 auch mit einer feindlichen Invasion des Gebiets Herzog Ludwigs verbunden war. Cod. dipl. Sil. IX, Nr. 1640; Urkunde vom 15. Mai 1383. Im Wortlaut bei Schulte. S. 232.

Bitschen war weder ein Pole <sup>1)</sup>, noch von polnischer Gesinnung. Umgekehrt wird man von ihm eine besondere Betonung seiner deutschen Nationalität, die für ihn inmitten seiner Umgebung etwas Gegebenes und Selbstverständliches war, auch nicht erwarten dürfen. Selbst Geistlicher von streng kirchlicher Färbung, nahm die Kirche und alles, was mit dieser zusammenhing, sein Interesse in erster Linie in Anspruch; in zweiter galt es seinem angestammten Fürsten, Herzog Ludwig und seinem Geschlecht. Die Geschichte dieses Fürstenhauses in ihren Hauptzügen bis zu seinen Anfängen zurück und mit Berücksichtigung aller seiner Verzweigungen und der genealogischen Zusammenhänge zu schreiben, war die Aufgabe, die der Kanonikus an der Brieger Kollegiatkirche von seinem auf das lebhafteste dafür interessierten Landesherrn übernommen. Dadurch, daß dieses Haus polnischen Ursprungs war und erst im Laufe der Zeit in Schlesien zu einem deutschen wurde, konnte der Schein entstehen, als gehörten die Sympathien des Verfassers, der selbstverständlich auch die polnischen Herrscher als Vorfahren seines Fürsten, wenn auch nur auf Grund der alten ihm überlieferten Quellen zu behandeln hatte, dem Polentum. Aber es ist durchaus unrichtig und geradezu ein Unrecht an dem deutschen Verfasser, in ihm einen Vorläufer des Johann Dlugosch sehen zu wollen. Der Kantor von Wislica und Kanonikus von Krakau des 15. Jahrhunderts war ein leidenschaftlicher Nationalpole, dem hinter seinem Polentum alles andere zurücktrat und der es mit der geschichtlichen Wahrheit in keiner Beziehung genau nahm, am wenigsten, wo sie seiner polnischen Tendenz entgegenstand; es genügt durchaus, auf Schulte's Ausführungen darüber hinzuweisen <sup>2)</sup>. Der Schlesier Peter Bitschen ist sein vollständiges Widerspiel. Politische Tendenz liegt ihm fern. Er ist durchaus ehrlich. Er wollte die Wahrheit sagen. Damit ist nicht gesagt, daß alles, was er sagt, auch objektiv wahr ist. Für die ältere Zeit hat sich die Kritik selbstverständlich an seine Quellen zu halten; aber auch für den selbständigen Teil seines Werkes erwächst ihr oft eine schwierige Aufgabe, um so schwieriger, je weiter der Abstand des Erzählten von der Abfassungszeit ist. Seine Gewährsmänner waren nicht immer zuverlässig oder genau unterrichtet, konnten auch mißverstanden sein; oft entlastet er mit einem *ut fertur*, *ut narratur* u. dergl. sich selbst. Häufig genug auch begegnen ge-

1) Schulte's Aufstellung, daß auch der Verfasser des Chron. Polono-Silesiacum, von dem wir leider gar nichts wissen, ein Pole gewesen, hat Maetschke in seinem Aufsatz über diese Chronik (Zeitschr. 59, 137 ff.) mit guten Gründen abgelehnt.

2) S. 26, A. 1, 33 ff., 91, A. 5 und sonst.

schichtliche Lücken. Aber er wollte ja gar nicht ein umfassendes Annalenwerk schreiben, wie Schulte es nennt, sondern, ich möchte sagen, eine erweiterte Genealogie: eine Fürstendchronik des Gesamthauses der Pjasten bis auf seine Zeit.

### Nachtrag (zu S. 14 f., 23 und 25).

Unter dem „Tractatus concordiarum“ des Brieger Stadtbuchs (I, fol. 42) steht als zweites Stück folgende in Grünhagens Urkundenbuch (Cod. dipl. Sil. IX) übergangene Eintragung vom 19. Juni 1358:

„Eodem anno in crastino beati Arnolfi Confessoris Consules concordiam effecerunt inter dominum Johannem plebanum in Olavia et in Grunyn gyn et suos fratres et sorores ex una parte et Paulum de Piczyna parte ex altera pro omni devolucione tam paterna quam materna in hunc modum, quod ipse dominus Johannes cum suis fratribus ipsi Paulo Piczyna tertium medium mansos (am Rande: ville Grunyn-gyn) feudales donant et tribuunt, quos eciam ipse Paulus accep-tavit, sponte renunciens omnibus Impeticionibus omnium bono-rum Adventicii sue uxoris nomine, Conditionibus hiis tamen salvis“ etc. (die Einzelheiten berühren uns nicht).

Aus dieser vor den Brieger Ratmannen beurkundeten „Einigung“ ergibt sich außer weiteren Nachrichten über Paul Bitschen die für uns wichtige Tatsache, daß der Amtsvorgänger Peter Bitschens in Grün-ingen, bisher nur durch eine Urkunde von 1361 bekannt (oben S. 23, Anm. 3), zugleich Pfarrer von Ohlau gewesen ist. Damit aber stellt sich heraus, daß dieser Pfarrer Johannes identisch ist mit dem Hof-notar Herzog Ludwigs (S. 14, Anm. 2), der sich schon seit 1345 in dieser einflußreichen Stellung befand (Cod. dipl. Sil. IX, S. 245). Als der erste Brieger Domdechant, Pfarrer Peter Poduscha von Bresmir, gegen Ende 1372 starb, wurde er zu dessen Nachfolger in beiden Würden bestellt, doch zog sich die Übernahme der Pfarrei etwas hin, da ein Verwandter des Verstorbenen das Patronatsrecht über diese beanspruchte, was Bischof Preczlaus aber zurückwies (ebenda Nr. 350). Damit ist nun in der Hauptsache aufgeklärt, unter welchen Umständen und wann unser Peter Bitschen seine Brieger Würde erhalten hat: in den ersten Monaten des Jahres 1373 ist er zum Nachfolger des Hof-notars Johannes in seinem Kanonikat und der Pfarrei Grüningen, auf die dieser bei Übernahme der Pfarrei Bresmir resigniert hatte, berufen und damit in engem Zusammenhange zum Archipresbyter der Sedes Bregensis ernannt worden.

### III.

## Aus Schreibstube und Bücherei des ehemaligen Zisterzienserklosters Heinrichau.

Von

C. H. Rother.

---

Unter den wenigen Bibliothekskatalogen, die von den 1811 säkularisierten schlesischen Klosterbibliotheken in der Staats- und Universitätsbibliothek Breslau heut noch vorhanden sind, befindet sich unter der Signatur IV F 283 a eine Foliohandschrift (35:22 cm, 421 S.) aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, die bislang unter dem Titel „catalogus incertae bibliothecae“ geführt wurde. Sie enthält zunächst ein Verzeichnis der gedruckten Bücher, die in 16 Repositorien sachlich und innerhalb dieser wieder nach dem Format geordnet sind, wobei die letzte datierte Eintragung aus dem Jahre 1777 stammt. Auf diesen Bücherkatalog folgt S. 413 unter dem Titel „Varia“ ein Verzeichnis der „Manuscripta antiquissimis characteribus in membrana exarata“, und zwar zunächst als „Repositorium I in folio“ 35 Handschriften, dann „in eodem repositoio I libri ex membrana in quarto“ und zwar 20 Titel, ferner das Repositorium II mit 40 (Folio-) Handschriften und zum Schluß „in eodem repositoio II super fenestram Abbatiae libri ex membrana in quarto“ mit 25 Titeln, denen noch, ohne Absatz von anderer Hand geschrieben, 9 Titel folgen, die zweifellos auf ganz junge Handschriften deuten. Schon die Tatsache, daß unter den Handschriften das Necrologium a primaeva fundatione monasterii Henrichoviensis aufgeführt wird, legt die Vermutung nahe, daß es sich um einen Katalog der Bibliothek des Zisterzienserklosters Heinrichau handelt. Diese Annahme findet ihre Bestätigung durch die Zusätze, die zu einzelnen Titeln gemacht wurden, so z. B. zu den Vitae sanctorum: authore Nicolai Teutheben, zu den Vitae patrum: conscriptae 1420 sub RR. DD. Abbate Nicolao per manus F. Wenceslai de Slatinka, oder zur Glossa super Psalmos: per manus F. Joannis de Strelin professi de Henrichovio;



denn diese Handschriften lassen sich noch heute als ehemaligen Bestand des Klosters Heinrichau nachweisen, und von den übrigen sind nur ganz wenige Titel, die sich nicht ohne weiteres mit den 132 heute noch in der Staats- und Universitätsbibliothek zu Breslau befindlichen Heinrichauer Handschriften identifizieren lassen.

Diese Handschriften, im wesentlichen der Bestand, den Johann Gustav Büsching als Staatskommissar 1812 bei der Auflösung des Klosters <sup>1)</sup> in der etwa 20 000 Druckwerke zählenden Bibliothek vor-  
 fand <sup>2)</sup>, sind fast durchweg, soweit nicht ältere Besitzvermerke schon für Heinrichau sprechen, kenntlich durch die Eintragung „Liber Beatae Mariae virginis in Heinrichau, catalogo inscriptus sub Henrico abbate anno 1687“. Nur einige wenige sind bereits in den Jahren 1658—62 verzeichnet worden. Die Katalogisierungsarbeiten fallen also in die Regierungszeit des Abtes Melchior Welzel (1656 bis 1680), den man den zweiten Gründer des Klosters genannt hat <sup>3)</sup>, und vor allem in die Zeit des Abtes Heinrich Kalert (1681 bis 1702), der die Bibliothek mit 4380 Werken, insbesondere durch Ankauf der sogenannten Rethelschen Bibliothek <sup>4)</sup> für eine Summe von 1760 Gulden vermehrte <sup>5)</sup>. Ob der öfters wiederkehrende Zusatz zu dem Eintrage von 1687: *catalogo „denuo“ inscriptus* sich auf den unter Abt Welzel angelegten Katalog, an dem nach der Handschrift IV F 18 *frater Casimirus Peplensis, professus in Prussia* im Jahre 1661 mitarbeitete, oder auf einen noch älteren Katalog bezieht, läßt sich leider nicht mehr entscheiden, da keiner der älteren Kataloge heute noch vorhanden ist. Eine gründliche Neuordnung der Bibliothek muß in dem Jahre 1729 erfolgt sein, wie der Eintrag „*Bibliothecae insertus 1729*“ in zahlreichen Handschriften wie auch

<sup>1)</sup> Leider sind die Angaben in Büschings Handakten (V, 24. 78, 96 b) gerade über Heinrichau sehr ungenau und lückenhaft. Vgl. Staender, Die Handschriften der Kgl. und Universitätsbibliothek zu Breslau (Zeitschr. d. Vereins f. Gesch. Schles. XXXIII. 1899), S. 47. <sup>2)</sup> Miltau, Die Kgl. und Universitätsbibliothek zu Breslau. (1911) S. 35, Anm. 1.

<sup>3)</sup> (Pfizner), Versuch einer Geschichte des vormaligen Fürstlichen Cistercienser-Stiftes Heinrichau bei Münsterberg in Schles. (1846) S. 195.

<sup>4)</sup> Aus der Rethelschen Bibliothek stammt die Handschrift I F 281, ein theologischer Sammelband aus der zweiten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts, die am unteren Rand von Bl. 20 den (später durchgestrichenen) Besitzvermerk trägt: *Fridericus Maximilianus a Rethel et Hennersdorf, dominus in Schmidefeldt et Elguth, Sacr. Caes. Majestatis consiliarius et assessor apud Capitaneatum ducatus Wratislaviensis, comes Palatinus, eques auratus A<sup>o</sup>. 1678.*

<sup>5)</sup> Sartorius, Cisterium bis - tertium (1700) S. 1118. — Rundmann, Academiae et scholae Germaniae praecipue ducatus Silesiae cum Bibliothecis ... (1741) S. 384. — Pfizner. a. a. O. S. 211.

in Druckwerken bezeugt. 1729 regierte Abt Gregorius Regnard, der die Stiftskirche neu ausschmücken ließ und die Bibliothek mit neuen kostbaren Werken, theologischen, historischen und asketischen Büchern, bereicherte <sup>1)</sup>).

Alte Signaturen, aus denen wir den älteren Bestand an Handschriften in Heinrichau zu erschließen vermöchten, fehlen den erhaltenen Kodizes ganz. Die heut noch vereinzelt auf dem Rücken der in Schweinsleder gebundenen Bände auftretenden Signaturen, wie z. B. in I F 144: Ms. II 22, in I F 281: Ms. I 27 sind jung und beziehen sich auf die Nummern des eingangs erwähnten Kataloges aus dem Ende des 18. Jahrhunderts.

Leider müssen wir für Heinrichau völlig auch ältere urkundliche Nachrichten entbehren, auf Grund deren wir das allmähliche Anwachsen der Bibliothek verfolgen könnten. Das wichtigste Quellenbuch für die Gründungszeit des Klosters, der liber foundationis claustris sancte Marie virginis in Henrichowe, dessen erster Teil von dem dritten Abt von Heinrichau, Peter I., wohl bald nach seiner Abdankung 1269 verfaßt und in unveränderter Form uns vorliegt <sup>2)</sup>, und dessen zweiter Teil um 1310 von einem unbekannten Mitgliede des Konvents niedergeschrieben wurde, versagt für unsere Zwecke vollständig, ebenso wie die Urkunden <sup>3)</sup> und das übrige archivalische Quellenmaterial <sup>4)</sup>. Nur dem älteren Nekrologium des Stiftes (IV F 127) verdanken wir vier kurze Notizen, die jedoch dadurch, daß die Jahreszahlen fehlen, an Wert einbüßen. Hier heißt es, geschrieben von einer Hand des vierzehnten Jahrhunderts:

Zum 2. April: (Obiit) Magister C l a u s A u r i f a b e r, familiaris, qui dedit unum psalterium pro conventu.

Zum 27. Juni: L u d e w i c u s s c r i p t o r d e B r e g a, qui dedit librū sentenciarum.

<sup>1)</sup> Pšizner a. a. O. S. 222.    <sup>2)</sup> Einst Eigentum des Kathol. Pfarramtes in Heinrichau, heut in der Breslauer Dombibliothek als Handschrift V, 5 aufbewahrt. — Zum ersten Male wurde es von Pšizner in seiner Geschichte von Heinrichau (1846) benützt. 1854 gab den Text Gustav Adolf Stenzel erläutert und durch Urkunden ergänzt heraus. Eine treffliche Orientierung gibt Paul Bretschneider in der Einleitung zu seiner Übersetzung des Heinrichauer Gründungsbuches. (Darstellung u. Quellen zur schlesischen Geschichte Bd. 29, Breslau 1927.)

<sup>3)</sup> Unter den „ältesten Urkunden über Bücher in Schlesien“, von mir zusammengestellt in den Schlesischen Geschichtsblättern 1925, S. 6 ff., findet sich keine Nachricht über Heinrichau.

<sup>4)</sup> Für das Breslauer Domarchiv zusammengestellt von W. Schulte in seinen „Kleinen Schriften“ (Darstellungen u. Quellen zur schlesischen Geschichte Bd. 23). 1918 S. 124—127.

Zum 7. November: Magister Henricus de Lemberg<sup>1)</sup>, qui dedit conventui unum decretum.

Zum 26. Dezember: Magister Tilo<sup>2)</sup>, canonicus Lubucensis, qui dedit sextum decretalium.

Schon die Tatsache, daß wir von den im Nekrolog genannten Handschriften nicht eine einzige heute mehr vorfinden, spricht für die Annahme, daß wir in dem überkommenen Handschriftenbestand von 1812 nur Reste einer viel reicheren Sammlung zu sehen haben, zumal bei den zahlreichen Verwüstungen und Plünderungen, denen das Kloster Heinrichau ausgesetzt war, auch manches wertvolle Manuskript Beute des Eroberers oder des Feuers geworden sein wird. So wurde bereits 1241, also nur 14 Jahre nach der Gründung, bei dem Mongoleneinfall das Klostergebäude und die Stiftskirche ein Raub der Flammen. In einem Bericht an den Abt Rannard von Morimund vom 3. Juni 1336 wird unter den Bedrückungen, die das Kloster von dem damaligen Landesherrn, Herzog Bolko, zu erleiden hatte, nachdrücklich auch die gewaltsame Wegnahme von Büchern erwähnt<sup>3)</sup>. Während der Hussitenkriege mußte Abt Nikolaus 1428 mit dem gesamten Konvent das Kloster verlassen, das 1429 von den Hussiten niedergebrannt wurde, und erst 1435 konnte nach kurzen Unterbrechungen die Rückkehr der Klosterbrüder erfolgen. 1438 und 1441 wurden abermals das Kloster und die dazugehörigen Wirtschaftsgebäude geplündert und aller Gerätschaften beraubt<sup>4)</sup>. Das von Abt Jakob (1447—53) wieder aufgebaute Kloster suchten 1459 die Kriegsscharen Georg Podiebrads heim, das 1470 nochmals von ihnen geplündert wurde. Ob bei den Religionskämpfen in den sechziger Jahren des sechzehnten Jahrhunderts, als Abt Vinzenz (1504—54) mit seinen Geistlichen das Kloster verlassen mußte, auch die Bibliothek gelitten

<sup>1)</sup> In den Monumenta Lubensia (Hrsg. von Wattenbach, 1861) S. 54 heißt es zum 7. November: Item obiit Magister Henricus de Lemberg, canonicus Wratislaviensis, qui benefecit domui. <sup>2)</sup> Schwerlich dieselbe Persönlichkeit, die in den Monumenta Lubensia zum 9. Februar erwähnt wird: Obiit Pater Thylo MCCCCLXXX confessarius Lub. sepultus in Grissovia tempore expulsionis. (1379 verwüstet Herzog Conrad von Ols Stift und Güter von Grüssau und nimmt Abt Johann III. gefangen.) Eher ist an den Schreiber des Evangelistarium per totum annum (IF 459) aus der Bibliothek des Kollegiatstiftes zu Glogau zu denken, wo es in der Schlußschrift heißt: Anno domini Millesimo CCC Quadragesimo VIII<sup>o</sup> Magister Tilo canonicus Glogoviensis prothonotarius illustris principis Primkonis ducis Slezie et domini Glogovie dedit hunc librum ecclesie sancte Marie. Bei Wohlbrück, Geschichte des Bistums Lebus (1829), ist ein Kanonikus Tilo nicht zu ermitteln. <sup>3)</sup> Pfizner a. a. O. S. 113.

<sup>4)</sup> Nicol. Henel v. Hennefeld, Silesia renovata (1704) II. 666.



hat, läßt sich nicht erweisen. Aber über ihr Schicksal, als 1632 die Schweden in Heinrichau hausten, weiß die *historia domestica* zu berichten, daß die sehr reiche und schätzbare, aus gedruckten Werken und Handschriften bestehende Bibliothek teils verschleudert, teils von den Räubern auf zehn Wagen nach Brieg gebracht wurde, die übrigen Bücher und Hausgerätschaften in den Kreuzgängen durch Feuer vernichtet worden seien<sup>1)</sup>. Ein gleiches Schicksal durch die Schweden erlitten außer vielen anderen schlesischen Klosterbibliotheken auch die Büchereien des Mutterklosters Leubus und des Tochterklosters Grüssau. Während aber von Leubus nur sehr wenige alte Handschriften erhalten sind<sup>2)</sup> und der gesamte alte Bestand an Manuskripten in Grüssau vernichtet wurde<sup>3)</sup>, ist es den Heinrichauer Mönchen gelungen, augenscheinlich wenigstens einen Teil ihrer Bibliothek in Sicherheit zu bringen, und dieser Umsicht ist es zu danken, daß wenigstens aus den Restbeständen Streiflichter auf das geistige Leben im Heinrichauer Kloster, das nahezu 700 Jahre eine Kulturstätte von hervorragender Bedeutung war, fallen.

Der Zeit der Niederschrift nach — und diese muß notgedrungen dem Folgenden zugrunde gelegt werden — gehören von dem heut noch erhaltenen Handschriftenbestande dem elften Jahrhundert 1, dem zwölften Jahrhundert 5 Kodizes an. In die erste Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts sind 6, in die zweite Hälfte 9 Handschriften zu setzen. Einen wesentlichen Anteil nimmt das vierzehnte Jahrhundert in Anspruch mit 28 aus der ersten und 22 aus der zweiten Hälfte. Auf die Zeit von 1400—1450 entfallen 23, auf die Jahre 1450 bis 1500 vierzehn Handschriften. Zwischen 1500 und 1600 sind 9 Handschriften geschrieben und der Rest von 6 fällt in das siebzehnte und achtzehnte Jahrhundert. Die überwiegende Zahl — 92 — ist auf Pergament geschrieben und zwar mit wenigen Ausnahmen von Händen, die sich durch Ebenmäßigkeit und Klarheit der Schrift auszeichnen. Dadurch und auch durch die äußere gute Erhaltung ragen die Handschriften von Heinrichau über den Durchschnitt der aus sämtlichen schlesischen Klöstern erhaltenen Handschriften hinaus. Daß die Liebe zu den Büchern im Heinrichauer Kloster nicht nur pflichtgemäß gepflegt wurde, zeigt das Vorhandensein zahlreicher mit Kunstsin-

1) Nach Pfizner a. a. O. S. 182. 2) Über das Schicksal der Leubuser Bibliothek, die von den Schweden nach Stettin entführt wurde und hier zugrunde gegangen ist, unterrichtet, leider zu knapp, Wattenbach in der Einleitung zu den *Monumenta Lubensia*. 3) Rother, Die Säkularisation der Bibliothek des Zisterzienser-Klosters Grüssau in „Wanderer im Riesengebirge“ (1925) S. 88.



und Kunstfertigkeit durch Initialen und Miniaturen ausgeschmückter Handschriften, die in einer uns heute leider noch fehlenden Darstellung der schlesischen Buchmalerei nicht den letzten Platz beanspruchen können. Auch für den Einband der Handschriften zeigen die Mönche von Heinrichau viel Geschmack. Hervorgehoben seien nur die Einbände von I F 101, I F 634, I F 661, I F 67, I F 148, I F 252, I F 43, I F 309, I F 65, IV F 96, deren Holzdeckel mit glattem Leder überzogen an den Ecken Kupferbeschläge aufweisen, in die Tierzenen und Blattornamente nicht ohne Kunst getrieben sind. Die jüngste dieser Handschriften (IV F 96) ist 1379 in Heinrichau geschrieben, und man darf annehmen, daß der Schmuck des Einbandes nicht viel später in der Klosterwerkstatt entstanden sein wird. Für die im vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert üblichen Einzelstempel hat man in Heinrichau nur spärliche Verwendung gehabt; erst die Rollen- und Plattenstempel wurden häufig gebraucht. Die Äbte ließen es sich nicht nehmen, bei dem Neubinden von Handschriften ihr Wappen oder ihren Namen in Gold einprägen zu lassen. Glatte, gefällig aussehende Schweinslederbände bevorzugte man im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert; auch diese sind häufig mit Goldprägungen geziert. Von der im Mittelalter üblichen Ankettung der Handschriften hat man in Heinrichau Abstand genommen. Die wenigen Kodizes (z. B. I Q 264, IV F 35), die Kettenspuren aufweisen, sind wahrscheinlich nicht in Heinrichau geschrieben und erst aus zweiter Hand in die Klosterbibliothek gelangt.

Was nun die Herkunft der Heinrichauer Handschriften betrifft, so ist — ohne hier Einzelheiten vorzugreifen — auch für Heinrichau dem Ordensbrauch entsprechend anzunehmen, daß die ersten Mönche aus ihrem Mutterkloster (Leubus) die für den Gottesdienst und die täglichen Lesungen wichtigsten Bücher, Ordensregeln u. dgl. mitbrachten. So berichtet von Büchern, die Pforta, das Mutterkloster von Leubus, den Mönchen von Altzelle mitgab, G. A. B. Wolff in seiner Chronik des Klosters Pforta <sup>1)</sup> auf Grund eines alten Bücherverzeichnisses, das sich heute in der Leipziger Universitätsbibliothek befindet. Wenn wir den Stammbaum der schlesischen Zisterzienserklöster verfolgen: Morimund, Altenkampen, Walkenried (1123), Pforta (1132), Altzelle (1162), Leubus (1163), Heinrichau (1227), Grüssau (1292), so ist damit wenigstens ein Weg gegeben, auf dem Handschriften nicht schlesischer Herkunft in die Bibliothek von Heinrichau

<sup>1)</sup> Wolff, Chronik des Klosters Pforta, (1846) Anhang S. 9.

gelaugt sein können. Die streng militärische Gliederung im Zisterziensorden <sup>1)</sup> und der ständige Einfluß, den jedes höherstehende Kloster auf die jüngeren ausübte, geben die Sicherheit, daß auch in geistiger Beziehung ein reger Verkehr unter den einzelnen Klöstern bestand. Ein Beispiel hierfür kann die Handschrift I Q 74 bieten, in der die Krafauer Synodalstatuten des Bischofs Ranke vom Jahre 1320 im polnischen Zisterzienserkloster Clara tumba (Mogila) von einem Bruder N. für das Kloster Pforta im Jahre 1441 abgeschrieben wurden <sup>2)</sup>. Von Pforta aus ist die Handschrift noch im fünfzehnten Jahrhundert nach Heinrichau gekommen, da die Besitznotiz „Liber domus gracie sancte Marie in Heinrichau“ noch in das Ende dieses Jahrhunderts fällt. Die Bilderhandschrift des frühen fünfzehnten Jahrhunderts I F 108 a, die Bruchstücke des *speculum humanae salvationis* in lateinischer Reimprosa mit Miniaturdarstellungen, die je zwei auf einer Seite regelmäßig das obere Drittel der Blätter ausfüllen <sup>3)</sup>, enthält, stammt nach dem Eigentumsvermerk in rot-blauer Kapitalschrift: LIBER VETERIS CELLE SANCTE MARIE · aus dem sächsischen Zisterzienserkloster Altzelle und ist zweifellos nur über ein schlesisches Zisterzienserkloster — ich vermute, obwohl jede Besitzeintragung fehlt, Heinrichau — bei der Säkularisation in den Besitz der Staats- und Universitätsbibliothek Breslau gelangt.

Die zahlreichen Reisen zum Generalkapitel nach Frankreich, zu denen jeder Zisterzienserrat unter schwerer Strafe bei Nichterfüllung verpflichtet war, boten ferner Gelegenheit genug, Handschriften in Frankreich zu erwerben oder aus dortigen Klöstern mitzubringen. Wenn auch für Heinrichau hierfür einzelne urkundliche Belege fehlen, so ist doch für das obereschlesische Zisterzienserkloster Rauden der Ankauf von Büchern in Morimund im dreizehnten Jahrhundert bereits nachweisbar <sup>4)</sup>, und das Vorhandensein zahlreicher französischer Hand-

<sup>1)</sup> Fr. Winter, Die Zisterzienser des nordöstlichen Deutschland (1868—71), I S. 9. <sup>2)</sup> Die Schlußschrift (Bl. 176) lautet: Scripte vero anno domini MCCCC<sup>o</sup>XL1 in monasterio Claretumba per fratrem N. ad utilitatem curae animarum in Porta existencium, ut custos quilibet sciat, qualiter se gerat circa ecclesiam et animarum curam. Finito libro sit laus et gloria Christo

Die Statuten sind gedruckt bei Henzmann, Starodawne Prawa polskiego Pomniki IV (1875) 1. <sup>3)</sup> Näheres bei Molsdorf, „Eine Handschrift des *speculum humanae salvationis* in Breslau“ im Zentralblatt für Bibliothekswesen 22 (1905) S. 201. In der neuesten Ausgabe des Werkes von Luz und Berdigol (Muhlhouse 1907) ist sie T. I p. IX erwähnt, aber irrtümlich dem vierzehnten Jahrhundert zugeschrieben. <sup>4)</sup> In der aus Rauden stammenden Bibelhandschrift vom Jahre 1275 wird in einem Bücherverzeichnis, das am unteren

(schriften<sup>1)</sup> in Heinrichau fordert, für dieses Kloster den gleichen Schluß zu ziehen. Eine Mehrung des Bestandes der Bücherei erfolgte naturgemäß auch durch jene Brüder, die laut Ordensstatuten zum Studium generale nach auswärtigen Hochschulen geschickt wurden und von dort ihre Kolleghefte und Textabschriften in die Heimat mitbrachten. Merkwürdigerweise fehlt in Heinrichauer Handschriften jeder Hinweis darauf, daß Brüder bei ihrem Eintritt ins Kloster diesem Bücher zuführten, wie wir es z. B. recht häufig bei Handschriften des Saganer Augustinerklosters erfahren<sup>2)</sup>. Fleißig wurde im Kloster selbst, das frühzeitig schon eine Schule besaß und darum schon die notwendigsten Bücher für den Unterricht und die gelehrten Studien benötigte, von Mönchen wie von Lohnschreibern geschrieben. Zur Ergänzung der in den Handschriften selbst sich nennenden Schreiber sei hier auf die im Nekrologium häufig wiederkehrenden Zusätze „scriptor“ zu dem Eigennamen hingewiesen; so z. B. zum 21. Februar „Johannes scriptor de Fridberg“, zum 28. Juli „obiit Tiloscriptor, qui emit conventui marcam super tabernam in Bertoldi villa“ (Bertelsdorf, Berzdorf, seit 1312 dem Kloster gehörig); zum 13. Dezember „Bertoldus scriptor, pater fratris Siffridi“.

Zu dem ältesten Bestandteil der Bibliothek des Klosters Heinrichau gehört eine Gruppe von Handschriften, die am unteren Rand des ersten Blattes die Eintragung: „Liber sancte Marie in Heinrichow“ in schwarzen Majuskeln, von einer Hand des frühen vierzehnten Jahrhunderts geschrieben, führen. Es sind dies die Kodizes I oct 22, I F 101, I Q 176, I F 13, I F 634, I Q 25, I F 148, I F 252, I F 403, I Q 434, I Q 427<sup>3)</sup>. Der älteste von ihnen, I oct 22 (59 Bl., 17 : 11 cm) gehört dem elften Jahrhundert an und enthält in karolingischer Minuskel des hl. Bernhard von Clairvaux Schrift de consideratione. Außer der bereits erwähnten Besitznotiz sprechen die Eintragungen von einer Hand des angehenden vierzehnten Jahrhunderts auf dem vorderen und hinteren Schutzblatt für frühes Heinrichauer Eigentum. Zwar sind durch ungeschickte Bearbeitung mit Reagenzien die meisten Notizen unleserlich gemacht worden, aber deutlich erkennbar ist noch: G o t f r i d u s a b b a s in Henrichow (1269

Rand von Bl. 1 von einer Hand des angehenden vierzehnten Jahrhunderts geschrieben ist, ein „collectare“ erwähnt, quod fuit emptum in Morimundo.

1) So z. B. IV oct 11, I F 101, I F 634, I F 208, I Q 1, I F 144, I Q 394.

2) Vgl. Rother, „Ein Ausleihregister der Augustiner-Chorherren zu Sagan: ein Beitrag zur Geschichte der Bibliothek“ in Zentralblatt f. Bibliotheksweisen 1926 S. 1 ff.

3) Vermutlich auch I F 661 und IV F 33; hier fehlen die ersten Blätter.



bis 1273), ferner von Ortsnamen Breslau und das von Heinrichau nicht allzuweit entfernte Städtchen Strehlen. Als Buchschmuck weist diese Handschrift auf Bl. 1 eine rot-gelbe Initiale in Bandmuster auf. In das zwölfte Jahrhundert ist zunächst die Handschrift I F 42 (241 Bl. 27 $\frac{1}{2}$ : 18 cm) zu setzen; ihr Inhalt, das Psalterium mit Rand- und Interlinearglossen <sup>1)</sup>, läßt die Vermutung zu, daß sie zu den bei der Gründung nach Heinrichau übernommenen Handschriften gehört haben mag. Der zwischen Rasuren auf Bl. 237 b gemachte Vermerk: Anno domini millesimo quadringentesimo V<sup>o</sup> VIII<sup>o</sup> idus septembris, ist ein späterer Nachtrag aus der Zeit, in der die Handschrift in einen mit einfach ornamentiertem Leder bezogenen Holzband neu gebunden wurde. Auch die wichtigsten Ordensregeln waren für die Mönche der neuen Niederlassung notwendig; die Handschrift I Q 176 (12. Jh., 125 Bl., 22: 16 cm) enthält die „consuetudines Cisterciensium“ und den „liber usuum Cisterciensium“ mit Stücken, die mit Ausnahme eines Zusatzes (Bl. 122 b) de grangario, de magistro conversorum in dem Nomasticon Cisterciense (nov. ed. 1670), gedruckt sind. Auf deutsche Herkunft dieser Handschrift weist unter Federproben auf Bl. 125 das Sprichwort: „Freunde ihn der noht, gehen 24 auf ein lott“. Der Abt Andreas II. (1611—1627), den die Chronik als Mann von ausgezeichneten Talenten und großer Gelehrsamkeit preist <sup>2)</sup>, ließ die Handschrift 1616 neu in braunes gepreßtes Leder binden, wie der Ausdruck im Mittelfelde des Vorderdeckels: A. A. H. 1616 beweist, und im Jahre 1687 trug ein f r a t e r B a l t h a s a r die Handschrift in den damals neu angelegten Katalog ein. Im Gegensatz zu dieser Handschrift deutscher Herkunft wurde IV oct 11. (12. Jh., 106 Bl., 12 $\frac{1}{2}$ : 10 cm), heut in einen modernen Pappband gekleidet, in Frankreich geschrieben, wofür französische Sprachformen, z. B. Bl. 100 die Form „secondus“ bürgen. Sie ist ein Sammelband meist astronomisch-mathematischen Inhalts <sup>3)</sup>. An erster Stelle steht die Schrift dictaminum radii des Alberich von Monte Cassino, die in einem aus St. Emmeran stammenden Münchener Kodex (Clm 14784, 12. Jh.) als „Flores rhetorici“ überliefert ist, und deren Einleitung Rodinger in „Briefsteller und Formelbücher

1) Die Glosse des unbekannten Verfassers (Bl. 2) beginnt: Primus psalmus quasi titulus et prefacio totius libri. Non videtur carere titulo, quia de commendacione Christi principaliter loquitur ... 2) Pfigner a. a. O. S. 175.

3) Unvollständig gibt den Inhalt wieder A. G. E. Th. Henschel in „Catalogus codicum medii aevi medicorum ac physicorum, qui in bibliothecis Vratislaviensibus asservantur“ I (1847) p. 31—33.



des 11.—14. Jahrhunderts“ (Quellen zur bayrischen und deutschen Geschichte IX) I, 3 ff. abgedruckt hat. Rödinger hat unsere „wie es scheint treffliche Handschrift“ auf S. 4 nur erwähnt. Den Hauptteil der Handschrift bildet ein opusculum de ratione sphere ex summorum disciplinis philosophorum cum multo labore et diligencia excerptum, das ein durch Figuren erläutertes Compendium der astronomischen und physischen Geographie in vier Büchern darstellt, von denen jedes mit einem eigenen Prologe versehen ist <sup>1)</sup>. In das dritte Buch ist die „epistola Adelwoldi ad Gerbertum“ (Papst Silvester II., 999—1003, gedruckt in Oeuvres ed. Olleris, p. 471 ff.) eingefügt, und dem Prologe des vierten Buches folgen Auszüge aus der Astronomie des Hygin <sup>2)</sup>. Zu erwähnen sind ferner zwei Bücher eines Kommentars über die Arithmetik des Boethius <sup>3)</sup> und eine Abhandlung mit Reminiszenzen aus der Antike „de sex habitacionibus deorum“. In dieser Handschrift spiegelt sich das frühzeitige Interesse der Heinrichauer Mönche auch für außertheologische Wissenschaften wieder, das durch das Vorhandensein der antiquitates Judaicae des Flavius Josephus in der Übersetzung des Pseudo-Rufinus, die der Codex IF 101 (12. Jh., 185 Bl., 30: 21 cm) enthält, verstärkt wird. Woher diese Handschrift stammt, läßt sich kaum bestimmen, wenn man nicht aus einer Notiz auf der Rückseite des Vorsatzblattes „de concilio Remensi Innocencii pape II. (Provinzial-Konzil zu Reims i. J. 1131) <sup>4)</sup> Schlüsse auf etwaige gleichzeitige Niederschrift und französische Herkunft ziehen will. Zur Theologie zurück führt uns die um die Wende des zwölften zum dreizehnten Jahrhundert geschriebene Handschrift I Q 265 (247 Bl., 22½: 14 cm), ein Sammelband von Predigten, die nach dem Stückregister in zwei Bücher geteilt sind. Es sind dies Predigten von Innozenz III., von Petrus Chrysologus, Petrus Comestor, Hildebertus Cenomanensis, Petrus Damianus, Ogerius. Der Wert der Handschrift besteht nicht nur darin, daß die Innozenzpredigten noch zu Lebzeiten des Papstes (er regierte 1198—1216) niedergeschrieben sind, sondern auch darin, daß 23 Predigten dieser Sammlung sich als gedruckt nicht haben erweisen lassen <sup>5)</sup>, und deren

1) Anf. des ersten Prologes: Quicunque mundane sphere rationem et astrorum legem seu stellarum in ea existencium nosse desiderat . . .

2) Bl. 66 b: Buch 1 (Anf. Eginus Fabrio suo salutem. Etsi te studio . . .), Buch 2 Einleitung, Buch 3 u. 4, dann noch Bl. 87 das bekannte Bruchstück Duo sunt extremi vertices mundi (ed. Bunte p. 12) und am Ende (Bl. 90) Notizen und Verse über die divisiones mensurarum.

3) Anf. Ne subesse possit similitudo falsitatis in auctore tria requiruntur . . .

4) Mansi, Sac. conciliorum nova collectio XXI, 463.

5) Es sind dies die Predigten

Autoren festzustellen einer Spezialarbeit vorbehalten bleiben muß. Besondere Beachtung verdient auch ein anonymes „carmen rhythmicum de archicantore quodam“ in 66 Versen mit dem Anfang: Archicantor reverende, cleri choro proferende . . ., für das sich eine Parallele in anderen Handschriften bisher nicht hat feststellen lassen.

Aus der ersten Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts, in die die Gründung des Klosters (1227) fällt, sind insgesamt sechs Handschriften (I F 13, I F 626, I F 634, I F 661, I Q 25, I Q 373) erhalten, von denen wohl keine den Anspruch erheben kann, in Heinrichau selbst geschrieben worden zu sein. Allzugroß wird überhaupt in den ersten Jahrzehnten nach der Gründung die Schreibtätigkeit der durchweg deutschen Mönche nicht gewesen sein. Ihre Haupttätigkeit lag zunächst in der Urbarmachung des Landes in einer Umgebung, in der die niedrige und entwicklungsunfähige Wirtschaftsstufe des damaligen Polentums herrschte<sup>1)</sup>, in einem Gelände, das fast durchweg von Urwald bedeckt war und in dem nur kleine und dürftige slavische Siedlungen lagen. Daß aber auch in dieser Zeit die literarischen Interessen nicht völlig brachlagen, dafür bürgt das 1269 abgefaßte, auch stilistisch beachtenswerte Gründungsbuch des Klosters mit seinen wertvollen Hinweisen auf die Art des Ackerbaues, die Wohn- und Lebensweise im allgemeinen, die Moral der Bauern und der Ritter, die Eigenart der Hörigendörfer und der kleinen ritterlichen Erbbesitze, vor allem aber auf die Eigenart des polnischen Erbrechts<sup>2)</sup>. Ohne Tradition gelehrter Studien — hier allerdings vornehmlich archivalischer Forschungen — ist eine derartige Arbeit, die Gustav Freytag als „Hauptquelle des schlesischen Geschäftsverkehrs und Gütererwerbs im 13. Jahrhundert“ preist, nicht denkbar. — Für die Handschrift I F 634 (265 Bl., 33<sup>1</sup>/<sub>2</sub>: 24 cm) möchte ich französischen Ursprung annehmen. Einmal verrät die Ausgestaltung des großen Anfangsbuchstaben F in ein Tierornament romanischen Einfluß (ebenso wie eine kleinere Miniatur Bl. 11), zum anderen weist der Inhalt der Handschrift, sermones domini Odonis Morimundensis abbatis, auf das französische Mutterkloster hin, zumal die Predigten Odos, von vereinzelt Handschriften in der Münchener Staatsbibliothek abgesehen, vorwiegend durch französische Klöster überliefert sind. Die vorliegende

auf Bl. 133, 137, 139, 145, 147, 150 b, 153 b, 156, 158b, 160 b, 162 b, 165 b, 167, 170, 172, 183, 186 b, 190 b, 218, 219, 220 b, 221 b, 223.

1) Schulte, Kleine Schriften, S. 104.      2) Bretschneider, Das Gründungsbuch des Klosters Heinrichau (1927) S. 8.

Sammlung folgt in der Reihenfolge den biblischen Büchern, denen die Themata entnommen sind. Sie gliedert sich also von vornherein in zwei Teile, das Alte und das Neue Testament. Die Vorrede zum ersten Teil, wie sie z. B. die Handschrift aus Troyes (Catal. génér. des mss. des biblioth. publ. des départements II, p. 202) bietet, fehlt in unserer Handschrift. Der Text beginnt vielmehr sofort mit dem sermo primus mit dem Anfang: *Factura luminarium, si tropologice consideracionis sacramentum intuemur*. Die Predigt de verbis Ysaie: *Sibillabit dominus musce*, mit der nach *Histoire littéraire de la France* XII 611 der *Rodex* 3010 der *Bibliothèque du Roi* beginnt, folgt hier erst an dritter Stelle. Den 39 Predigten *Odos*, von denen nur fünf in der *Patrologia latina* (Migne, Bd. 188, 1645 ff.) gedruckt sind, folgt die *confessio beati Bernardi Clarevallensis abbatis* (dem Drucke, Migne 184, 485 ff., gegenüber stark gefürzt und an Stelle von Kapitel 14 und 15 mit völlig anderem Schlusse), mit der vom Schreiber in der Reihenfolge der Wörter absichtlich gestörten metrischen Subscriptio: *Qui me scribebat, nomen Albertus / scriptori munus detur bos aut / habebat ecus unus minimum*, die in die Verse: *Qui me scribebat / Albertus nomen habebat / scriptori munus detur bos / aut equus unus minimum* aufzulösen ist <sup>1)</sup>. — Mit romanischer Rankenornamentik sind auch die größeren Initialen der Bibelhandschrift I F 13 ausgefüllt, die allerdings auch fränkische Einflüsse unter Vereinfachung der Stilisierung nicht verkennen läßt. Da diese nach 1539 neu gebundene <sup>2)</sup> Handschrift nur einen Teil der biblischen Schriften (Bücher 3, 4 der Könige bis zu den Makkabäerbüchern) faßt, ist mit dem Verluste der übrigen Teile zu rechnen. Auch von der metrischen Ausgestaltung der Bibel durch Petrus de Riga in seinem Werke *Aurora* sind nur einzelne Teile in der sorgfältig und schön geschriebenen Handschrift I Q 25 (217 Bl., 24: 15½ cm) erhalten. Für ihre Herkunft, ebenso wie für I F 661 (159 Bl., 44: 37 cm) mit *Homiliae et Sermones SS. Patrum* und für I F 626 (144 Bl., 33: 23 cm), enthaltend vornehmlich Predigten des hl. Bernhard, lassen sich nähere Anhaltspunkte nicht finden. Anders verhält es sich mit I Q 373 (142 Bl., 24: 16 cm). Hier gewinnen wir in der Abschrift der Bulle des Papstes Innozenz III. vom April des Jahres 1213 <sup>3)</sup> mit der Aufforderung zum Türkenkrieg nicht nur den

<sup>1)</sup> Vgl. Wattenbach, *Schriftwesen* (3. Aufl.) S. 513, und J. Klapper, *Mitteilungen d. schles. Gesellschaft für Volkskunde* XIX, S. 25, Nr. 162—164.  
<sup>2)</sup> Auf den Rollenstempeln die Jahreszahl 1539. <sup>3)</sup> Potthast, *Reg. Pont. Roman.* I Nr. 4725.

Anhalt für ungefähre Datierung — Interesse kann nur unmittelbar nach Erlaß der Bulle bestanden haben — sondern, da diese Abschrift an die Bistümer Magdeburg und Bremen gerichtet ist, die Möglichkeit des Schlusses, daß diese Handschrift aus dem damals zur Diözese Magdeburg gehörenden Kloster Pforta stammt. Die Handschrift beginnt mit einem Traktat de confessione (Anf. *Convertimini ad me . . . Non est mirum fratres, si servus rogat dominum . . .*), der in einem Kodex von Klosterneuburg, geschrieben 1405, als *sermo Acconensis episcopi Jacobi (de Vitriaco) de confessione* bezeichnet wird <sup>1)</sup>, und auch in einem Manuskript der Prager Universitätsbibliothek aus der Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts dem *Jacobus de Vitriaco* zugeschrieben wird <sup>2)</sup>, während derselbe Traktat in der Handschrift 311 des Wiener Schottenklosters (15. Jahrh.) unter Bernhards Namen geht. Wenn Junf in seinem Buche „Jakob von Vitry“ (Beiträge zur Kulturgeschichte des Mittelalters, hrsg. v. Götz, Heft 2, 1909) der Angabe von Possevin (*Apparatus sacer* I, 794), Jakob habe einen Traktat de confessione geschrieben, keinen Glauben schenkt und (S. 80) behauptet, daß sich über eine Schrift de confessione gar nichts Bestimmtes sagen läßt, so wird auf Grund unserer wohl ältesten Abschrift — Jakob wurde 1217 zum Bischof von Acco gewählt und starb 1244 — zu untersuchen sein, ob der Traktat nicht doch den Schriften des großen Kreuzzugpredigers unter Innozenz III. und Verfasser der *historia orientalis* zuzusprechen sein wird. Wie dieser Beichttraktat, so deutet auch die folgende Abhandlung de poenitentia (Anf. *Penitencia a deo longe positis necessaria est . . .*), der *liber poenitentialis* des Magisters Alanus de monte Pessulano (Migne 210, 81) und Augustins *liber de poenitentia* (Migne 40, 1173) sowie das Schlußstück: „*liber penitencie qui corrector et medicus vocatur*“, (dem Sammelwerke „*Decretum*“ des Bischofs Burchard von Worms entnommen) darauf hin, daß die Handschrift als Anleitung für die praktische Seelsorge zu dienen hatte.

In der zweiten Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts begegnen wir in dem dritten Abte Peter I., der als Mönch 1227 unter Abt Heinrich (1227—34) in das Kloster eingezogen, unter Abt Bodo (1234—59) Kellermeister und ein gelehrter Mitschüler des Notars

1) Pfeiffer, *Catalogus codicum manuscr. in bibliotheca Claustroneoburgi* I. (1922) S. 171. 2) Truhlar, *Catalogus codicum manuscr. latin., qui in biblioth. publ. Univers. Pragensis asservantur*. Nr. 2138. 3) Hübl, *Catalogus codicum mss., qui in bibliotheca monasterii B. Mariae Virg. ad Scotos Vindobonae servantur* (1905), S. 338.



des Herzogs Bolko II., Konrad von Drehnow, war, der ersten nachweislich literarisch tätigen Persönlichkeit des Heinrichauer Konventes. Sein Werk ist das bereits mehrfach erwähnte Heinrichauer Gründungsbuch <sup>1)</sup>, das nach dem Eintrage eines Heinrichauer Mönches im siebenzehnten Jahrhundert „sorgsamer als Gold und Topas zu verwahren sei“, und das als Grundlage für geschichtliche, literaturgeschichtliche und landeskundliche Arbeiten noch viel zu wenig erschöpft ist. Aber mit Abt Peter versinkt alles wieder ins Dunkle. Wir kennen nicht einmal die Namen derer, die sein Werk bis 1310 fortsetzten, und keine der neun Handschriften, die der zweiten Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts angehören, gibt Aufschluß über einzelne Persönlichkeiten von Schreibern u. dgl., weder I F 252 (157 Bl., 34: 25½ cm), mit einer Niederschrift der *summa virtutum* des Guilelmus Peraldus, die nicht allzulange nach dem Tode des Verfassers erfolgt sein muß, noch I Q 434 (143 Bl., 19: 14 cm) mit der dem Bonaventura fälschlich zugewiesenen Schrift *Pharetra fidei*. Dem Schriftduktus wie den Initialen nach stammt aus Frankreich die *summa super sententias* des Guilelmus Antissiodonensis in I F 208 (284 Bl., 31: 20 cm) <sup>2)</sup>. Schwerlich in Heinrichau geschrieben ist auch der Band *Predigten eines frater Adelbrinus urbis veteris ordinis predicatorum* (I Q 427, 303 Bl., 24: 16½ cm); es ist dies der Bischof von Perugia Aldobrandinus de Calvalcantibus, dessen *sermones dominicales* und *quadragesimales* wir aus einer Handschrift des Prager Metropolitan-Kapitels aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts <sup>3)</sup> und außerdem, verbunden mit *sermones de sanctis*, aus einer gleichaltrigen aus dem Bamberger Dominikanerkloster <sup>4)</sup> stammenden Handschrift kennen. In unserem Kodex geht den *sermones super evangelia et epistolas per annum* ein *processus generalis per totum adventum* voran, wie auch die *sermones de beata virgine*, die *sermones de nocturnis* u. a. sich in den genannten Handschriften nicht finden. — Daß in dem *Proprium de sanctis* des Antiphonars I F 403 (VII + 177 Bl., 30½: 21 cm) die für den Osten typischen Heiligen fehlen, macht schlesische Herkunft zweifelhaft. Auch die großen bunten Initialen (z. B. Bl. 1 b, 7 b, 13, 32, 44, 136 b) möchte ich nicht

1) S. o. S. 46 Anm. 2. 2) Gedruckt Paris 1500 (Hain 8324). Die Einteilung des Werkes in Capitula und Tractatus fehlt in unserer Handschrift ebenso wie in dem Berliner Kodex 397. 3) Ad. Patera a Ant. Podlaha, *Soupis rukopisu Knihovny metropolitni Kapitoly Pražské* (1910) Nr. 217.

4) Leitschuh u. Fischer, *Katalog der Hss. der Biblioth. zu Bamberg* (1895) I, 1, S. 556.

als schlesisch ansprechen. Jedenfalls aber befand sich nach einer Besitznotiz diese Handschrift bereits zu Anfang des 14. Jahrhunderts in Heinrichau; Abt Andreas II. ließ sie 1615 neu binden <sup>1)</sup>, und noch Abt Kaspar II. (1651—1656) scheint sie für gottesdienstliche Zwecke selbst benutzt zu haben, da sein Name auf dem Innern des Vorderdeckels eingetragen ist. — Fernab der Theologie liegt der Hauptinhalt der Handschrift IV F 33 (172 Bl., 32 $\frac{1}{2}$ : 24 cm). Sie beginnt mit der *vita Alexandri Magni* (*Historia de preliis*, Rezension I <sup>2)</sup>). Der Text ist leider so schlecht überliefert, daß die Handschrift für die Textkritik ausscheidet <sup>3)</sup>. Auf den Brief des Presbyter Johannes Comnenus folgt die *historia de devastatione Troiae* des Dares Phrygius; Bl. 41 incipit *origo Troianorum* (Anf. Dardanus ex Jove et Electra . . .); Bl. 48 incipit „*liber Eneydum de itinere Enee*“ bis zur Gründung Roms, der dann in der *historia Romana* des Paulus Diaconus (doch nur lib. I—XII der *historia miscella* bei Migne 95, 743 ff.) fortgeführt wird; Bl. 94 schließt sich die Chronik des Augustin und Hieronymus an und Bl. 103 eine Abhandlung *de sex aetatibus mundi*, die auch z. B. in der Handschrift 12, C, XIX der Royal manuscripts im Britischen Museum vorkommt <sup>3)</sup>. Das folgende Stück „*historia de Pysanis et de Tunino rege*“ (Anf. *Inclitorum Pisanorum scripturus historiam* . . .) ist ein Gedicht, betreffend den Sieg der Pisaner im Jahre 1088 über die Sarazenen und aus einer Brüsseler Handschrift des zwölften Jahrhunderts zuerst von Rosenberg im Bulletin de l'Academie de Bruxelles (X, 1, 524) und nochmalig von Du Ménil in seinen *Poésies latines du moyen âge* (1847, S. 234—51) veröffentlicht worden. Dann werden unter den Überschriften *de regnis milicieque vocabulis liber secundus* und *liber tercius de divisione orbis* in hunder Auswahl Teile aus Isidors *Origines* abgeschrieben und zwar aus Buch X, XIX und XIV. Den Schluß der Handschrift bilden einige Heiligenlegenden (Alexius, Johannes Baptista, Aegidius), die *historia Apollonii regis Tyri*, eine anonyme *summa iuris* <sup>4)</sup> und endlich einzelne Predigten. Schon allein die Fülle des Stoffes macht es unwahrscheinlich, daß um diese Zeit einem Heinrichauer Mönche so mannigfache Vorlagen zur Ver-

<sup>1)</sup> Auf dem Vorderdedel A. A. H. 1615.

<sup>2)</sup> Vgl. Hilka, Der altfranzösische Prosa-Alexanderroman nach d. Berliner Silberhandschrift nebst dem lateinischen Original der *historia de preliis*. 1920.

<sup>3)</sup> Gilson, Catalogue of Western Manuscripts in the Old Royal and King's Collections. 1926. II p. 33. <sup>4)</sup> Dieselbe Summa z. B. in einer Handschrift des Peters-Klosters zu Erfurt. Vgl. Theele, die Handschriften d. Benediktiner-Klosters S. Petri zu Erfurt (1920) S. 168.

fügung standen. Hingegen ist gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts in Heinrichau geschrieben die Handschrift IF 67 (164 Bl., 35<sup>1</sup>/<sub>2</sub>:26<sup>1</sup>/<sub>2</sub> cm) enthaltend die catena aurea in evangelium Johannis von Thomas von Aquin; denn der Besitzvermerk für Heinrichau in rot-blauen Majuskeln stammt von gleichzeitiger Hand. Als Erzeugnis Heinrichauer Schreibearbeit sind auch die heut unter der Signatur IF 148 vereinigten fünf Bände der Moralia in Job des Gregorius Magnus anzusehen, da auch hier die Eintragung des Besitzvermerkes die Hand des Schreibers nicht verleugnet. Ein sechster Band, der die Bücher XIX—XXIII enthielt, ist verloren gegangen. In alle Bände sind Nachträge von einer Hand aus der zweiten Hälfte des vierzehnten Jahrhunderts eingetragen, von denen ich in Band I die nicht allzuhäufig vorkommenden Predigten des Praepositinus de Cremona erwähne und in Band IV einen kurzen Marientractat (Anf. Videamus que et quanta virgo fecerit. Formavit enim . . .), als dessen Verfasser in der Schlußschrift ein Johannes de Vibraco doctor sacre theologie ordinis fratrum minorum, lector Argentinensis genannt wird, über den ich aber trotz der Hilfe, die mir P. Dölle O. F. M. in Bonn zuteil werden ließ, nichts Näheres habe in Erfahrung bringen können.

Die ältesten, genau datierten Handschriften begegnen uns in der ersten Hälfte des vierzehnten Jahrhunderts, in einer Zeit, wo sich auch die wirtschaftliche Lage des Klosters hob und vor allem Abt Johannes II. (1321—28) eifrig bemüht war, das wissenschaftliche Studium in seinem Kloster zu fördern, wo viele junge Edelleute in der Klosterschule Unterricht erhielten, und Herzog Bolko I. von Münsterberg seinen Sohn und Thronfolger an demselben teilnehmen ließ<sup>1)</sup>. Durch die Subskription: „Anno domini M<sup>o</sup>CCC<sup>o</sup>III<sup>o</sup> scriptus est liber iste“ ist die Niederschrift IF 400, des Winterteils eines Antiphonars (ohne die schlesischen Heiligen), genau bestimmt; als Buchschmuck weist die Handschrift größere rot-blaue Initialen auf, deren Buchstabenkörper mit filigranartigen Rantengewinden ausgefüllt sind. Ein Johannes de Strelin (Strehlen 15 km nördlich von Heinrichau) vollendete 1326 an der Vigil des Apostels Matthäus zwei Bände Psalmen-erklärungen des Petrus Lombardus (IF 43). In dem theologischen Miszellantodex IV F 195 (107 Bl., 31:22 cm, Schriften des Bernardus de Monte Cassino, Hugo de Sancto Victore, Hieronymus) lautet die Schlußschrift (Bl. 105 b) Anno domini M<sup>o</sup>CCCXLI frater

<sup>1)</sup> Pfitzner a. a. O. S. 108.

Wilhelmus dictus Kolve conscripsit hunc librum ad honorem dei et sue gloriose genetricis Marie ob remissionem suorum scelerum et participationem celestium gaudiorum. Amen. Das meiste Interesse beansprucht die Handschrift IV Q 92 (192 Bl., 17:13 cm), eine Sammlung von Schriften verschiedensten Inhalts, geschrieben und zum Teil verfaßt von Frater Conradus ordinis Cisterciensis in Heinrichau im Jahre 1340<sup>1)</sup>. Sie beginnt mit einem libellus de expositione diversorum vocabulorum (naturkundliche Namen mit allegorischen Deutungen). Der Prolog, der auch die Quellen angibt, lautet: Ad utilitatem multorum subscripta vocabula ex diversis libris studiose collegi et ea cum suis expositionibus sub compendio secundum ordinem alphabeti huic volumini inserui, constituens in eo premium laboris, qui se ipsum pro nobis obtulit in precium redemptionis. Expositores autem principales horum vocabulorum sunt isti, videlicet Papias, Isidorus, Hugwicio, Brito, magister Moyses grecus et quidam alii fide digni. Daß Bruder Konrad der Verfasser ist, lehrt ein Vergleich dieses Prologs mit der Einleitung in novum computum ecclesiasticum, (Bl. 80), der wie folgt lautet: In nomine Jesu Christi. . . Hunc novum computum ecclesiasticum ex dictis peritorum doctorum studiose collectis divina gracia auxiliante conpegi constituens in eo premium laboris, qui se ipsum pro nobis obtulit in precium redemptionis. Denn Konrad nennt sich als Verfasser in der Schlußschrift (Bl. 100 b): Explicit computus novus ecclesiasticus compilatus et scriptus a fratre Conrado ordinis Cisterciensis (de Henrichowe ausradiert) anno domini millesimo trecentesimo quadragesimo et finitus in proxima die post festum beati Urbani. Bruder Konrad gilt auch als der Verfasser der analistischen Aufzeichnungen „de cronica Polonorum“ (Bl. 121 b bis 123) vom Jahre 971 bis 1326, die unter Benutzung dieser und anderer Handschriften öfter (z. B. Mon. Germ. hist. SS. XIX, 543) gedruckt sind<sup>2)</sup>. Hingegen sind die dem Libellus de expositione vocabulorum folgenden kleineren lateinisch-deutschen Vocabulare (Bl. 67—74) nicht Konrads eigene Arbeit; sie sind, von Reihenfolge und kleinen Abweichungen abgesehen, identisch mit

<sup>1)</sup> Über diese mehrfach benutzte Handschrift und den Bruder Conrad vgl. Hoffmann v. Fallersleben, Fundgruben I, 349; Henschel, Schlesische wissenschaftl. Zustände, S. 7, 14, 16; Gusinde, Mitteilungen d. schles. Ges. f. Volkskunde XIII/XIV, S. 375 ff. E. Baesecke, Wiener Oswald. <sup>2)</sup> Vgl. Grünhagen, Wegweiser durch die schlesischen Geschichtsquellen (1889) S. 1.



Stücken, die aus einer anderen schlesischen, leider nicht genannten Handschrift von Birlinger in den „Altdeutschen Neujahrsblättern für 1874“, Sp. 73 veröffentlicht sind. Konrads Sinn für Naturwissenschaft, vornehmlich Astrologie und Astronomie, offenbart sich in der Niederschrift des computus manualis des Magisters Johannes de Pulchro Rivo, einer Abhandlung „de celis et spheris planetarum et de quatuor elementis“<sup>1)</sup>, einer „Tabula invencionis lune“ und einer kurzen Himmelskunde. Die Annalen des Bruder Konrad finden wir nochmals am Schlusse der Handschrift IV F 191 (165 Bl., 30:22 cm), in der die von dem (Leubuser?) Zisterzienser Engelbert verfaßte Vita Sanctae Hedwigis und ihre legenda minor<sup>2)</sup>, die Chronik des Martinus Polonus, die historia Jerosolimitana des Robertus Monachus, die descriptio terrae sanctae des Burchardus de Monte Sion<sup>3)</sup>, ferner der dem Seneca zugeschriebene Traktat de quatuor virtutibus principalibus und die Prosafassung der Visio Tungdali<sup>4)</sup> von einem unbekannten Heinrichauer Mönche niedergeschrieben wurden. Anfang des vierzehnten Jahrhunderts wurde auch der „liber vite sancte Marie virginis in Henrichow“, das Totenbuch (IV F 217, 63 Bl., 27: 19 cm) begonnen, das spätere Hände bis zum siebzehnten Jahrhundert fortführten und das im Auszug samt den angeführten Notizen zur schlesischen Geschichte, besonders über die Hussitenkriege, in der Zeitschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens, Bd. IV, 278 ff., abgedruckt ist. Als Besitzer des mit vieler Sorgfalt geschriebenen Breviers I Q 244 (273 Bl., 21: 16 cm) kommt nach der Eintragung in rot-blauen Majuskeln am unteren Rand von Bl. 9 und 10: Iste est liber fratris Johannis de Henrichow der bereits erwähnte Abt Johannes II. (1321 bis 1328) in Frage. Aus der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts stammt das sogenannte Heinrichauer Formelbuch, I Q 102 (211 Bl., 20 $\frac{1}{2}$ : 14 $\frac{1}{2}$  cm), an dessen Anfang die Schrift de oculo morali des Petrus de Cyperia (Petrus Lemovicensis) steht, und dessen Excerpta de summa artis dictandi (Bl. 156 b bis 179 b) Beispiele aus der Korrespondenz der Klöster des Ordens Heinrichau, Grüssau, Ramenz, sowie der Breslauer Herzöge und Bischöfe enthalten<sup>5)</sup>. Es

1) Die Schrift fehlt unter seinen Werken bei Fabricius, Bibliotheca latina mediae et infimae latinitatis VI, 227. 2) Gedruckt in Scriptorum rerum Silesiacarum I, 1—105. 3) Aufgeführt bei Röhrich, Bibliotheca geographica Palaestinae, S. 56. 4) Die Hs. ist nachzutragen in dem Verzeichnis bei A. Wagner, Visio Tungdali 1882. S. X. 5) Vgl. Wuffe, über schlesische Formelbücher des Mittelalters (1919), S. 10.

sind Anweisungen über die Behandlung der verschiedensten Arten von Schreiben, deren wesentlichste Beispiele Peiper in der Zeitschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens XI, 466 ff., veröffentlicht hat. Keine schlesischen Verhältnisse berühren die übrigen Werke über die Notariatskunst, die *summa de arte notaria* des Dominicus Visentinus (Bl. 185 bis 192)<sup>1)</sup>, ferner eine Sammlung von Formularen zu Briefen, Propositionen und Reden und eine am Anfang unvollständige *ars epistolandi* (Bl. 208—210). Aus dem übrigen reichhaltigen Inhalt der Handschrift seien hier von metrischen Stücken hervorgehoben der Streit zwischen Körper und Seele (die sogenannte *Visio Philiberti*)<sup>2)</sup>, das Gedicht des sogenannten Archipoeta<sup>3)</sup>, und der *dialogus fidei et rationis compositus a Phylippo (de Grevia) Cancellario Parisiensi*<sup>4)</sup>. Die beiden für den Dienst in der Kirche bestimmten Gradualien mit Choralnoten auf vierzeiligem Schema, I F 416 (196 Bl., 39: 30 cm) und I F 417 (172 Bl., 30 $\frac{1}{2}$ : 22 cm) sind sicherlich schlesischer — in beiden werden die Heiligen Adalbert, Stanislaus, Wenzeslaus, Hedwig berücksichtigt — und wohl auch Heinrichauer Herkunft<sup>5)</sup>. Der Buchschmuck von I F 416<sup>6)</sup> zeigt starke Anklänge an die Ausmalung der Initialen in dem Antiphonar I F 400 (s. o. S. 59), und die zahlreichen Miniaturen, in bunten Farben und zum Teil mit Gold ausgelegt und mit Rankenwerk verziert, in I F 417 verleugnen den Einfluß der Prager Malerschule nicht. Von den drei Bibelhandschriften aus dieser Zeit ist I Q 3 (144 Bl., 17 $\frac{1}{2}$ : 12 $\frac{1}{2}$  cm) ohne jeden bildlichen Schmuck; die beiden bildlichen Darstellungen (Lukas und Papst Damasus) in I F 30 (162 Bl., 31: 28 $\frac{1}{2}$  cm) sind künstlerisch wenig wertvoll; aber die vielen fein ausgeführten Miniaturen von I Q 1 (472 Bl., 21: 14 cm), meist Darstellungen von Personen und biblischen Vorgängen in bunten, leuchtenden Emailfarben, gehören zu dem trefflichsten, was an Buchschmuck in Handschriften

1) Nach anderen Handschriften herausgegeben von Rodinger in Quellen und Erörterungen zur bayr. Geschichte IX, 2, S. 513, wo S. 524, Anm. 10 diese Handschrift genannt ist. Drei Stücke unserer Handschrift fehlen bei Rodinger. 2) Vgl. H. Walthers, Das Streitgedicht in der lat. Literatur des Mittelalters (1920) S. 63 ff. u. S. 213, wo diese Handschrift unter Nr. 80 genannt ist. 3) Aus der Göttinger Handschrift Philol. 170 herausgegeben von Jak. Grimm, Abhdl. d. Berl. Akad. 1843, S. 189. Die Strophen 38—39 u. 41—45 des Grimmschen Textes fehlen. 4) Aus dieser Handschrift gedruckt von Peiper, Archiv f. Lit.-Gesch. VII 420. Vgl. auch Walthers, Streitgedicht, S. 104. 5) In I F 416 findet sich in einem Nachtrag auf Bl. 192 vom 16. Jahrhundert das Wappen des Abtes Andreas I. und die Jahreszahl 1564, auf Bl. 192 b am unteren Rand eine Federzeichnung mit dem Namen des Zeichners: Er. Jacobus Modler Silesius anno nostrae redemptionis 1564.

aus schlesischen Klöstern erhalten ist. Leider kann diese Arbeit nicht als Werk der Heinrichauer Mönche in Anspruch genommen werden. Die Handschrift ist vielmehr, wie mit Sicherheit angenommen werden darf, in (Nord-)Frankreich geschrieben und ausgemalt. In I Q 20 (104 Bl., 16 $\frac{1}{2}$ :12 $\frac{1}{2}$  cm), mit einem Auszug aus der *historia scolastica* des Petrus Comestor und „*mysticationes biblie*“ (Stellen des Alten Testaments mit allegorischer Deutung) sind die Innendeckel beklebt mit einer unter geringem Textverlust zerschnittenen Pergamenturkunde, in der Abt Nikolaus IV. von Heinrichau (1420 bis 1447) bekundet, daß Abt Nikolaus III. von Leubus (1420 bis 1425) sein Erbrecht auf die Reisser Mühle an die Erben des Dietrich Rorich verkauft habe. Von den Schriften Gregors des Großen gehören dieser Epoche an die in Schlesien geschriebene Handschrift I F 153 (164 Bl., 32:23 $\frac{1}{2}$  cm), mit dem *liber dialogorum* und dem *liber curae pastoralis*, sowie I F 144 (506 Bl., 29:20 $\frac{1}{2}$  cm) mit den *Moralia beati Job*. Diese Handschrift ist vermutlich in Burgund oder Südfrankreich geschrieben, denn die Initialen der (35) Buchanfänge in prächtigen Farben und die Miniaturen (Bl. 1 und 2) mit Darstellungen Gregors des Großen sind in Art und Stil der französischen Schule gehalten. Die Handschrift muß vor 1423 nach Schlesien gebracht worden sein; in diesem Jahre fügte ein *frater Stephanus de Gewitzka* (Gewitsch in Mähren) in Breslau ein alphabetisches Register zu dem Werke bei<sup>1)</sup>. In I F 309 (135 Bl., 35:25 $\frac{1}{2}$  cm) ist außer bekannten theologischen Abhandlungen ein Traktat enthalten, „*de discrecione viciorum et virtutum*“ für den trotz der Andeutungen im Prolog der Verfasser nicht festzustellen war. Der Prolog lautet: *Domino reverendo abbati et dilectis filiis patribus in N., W. et ipse abbas in vero salutari salutis habundanciam. Vestre sanctitatis devocioni et laudabili congratulans studio . . . tractatum quendam de discrecione viciorum et virtutum, quem conscripseram . . . caritati vestre destinare curavi*. Etwa an einen der beiden Heinrichauer Äbte Winand, die 1328—1332 und 1332 bis 1340 regierten, zu denken, liegt keine Veranlassung vor. Thomas von Aquin ist vertreten mit der *catena aurea in evangelium Marci* I F 65 (165 Bl., 36:26 cm). und der *secunda secundae* der *Summa* in I F 199 (288 Bl., 35:24 cm). Für Predigtzwecke konnten die Heinrichauer Mönche benutzen: die Erklärungen von Predigtperikopen im

<sup>1)</sup> Bl. 493: *Hec tabula quottata est per manus fratris Stephani de Gewitzka in Wratislavia anno domini M<sup>o</sup>CCCC<sup>o</sup>XIII<sup>o</sup> completa feria III in die commemoracionis sancti Pauli.*

Anschluß an die Glosse des Nikolaus von Lyra, I Q 305 (21: 15 cm, 162 Bl.), die Predigten für Sonntage und Heiligenfeste des Jakobus de Voragine I Q 264, 17: 12 cm), eine anonyme Sammlung sermonum de tempore, (I Q 272, 21 $\frac{1}{2}$ : 13 $\frac{1}{2}$  cm, 158 Bl.), die Epistel- und Evangelienpredigten des Martinus Polonus I Q 403, (166 Bl., 21: 15 cm) und sermones Gylberti per circulum anni I Q 21 (177 Bl., 17: 13 cm). Der Verfasser der letzteren war ein Deutscher, wie die deutschen Benedictionen in der Osterpredigt und das deutsche Schlußgebet in der Predigt für den 22. Sonntag nach Pfingsten bezeugen. Da es den Zisterziensern — wenigstens anfänglich — untersagt war, juristische und medizinische Studien zu treiben, so sind Bücher aus diesen Fächern verhältnismäßig schwach vertreten. Medizinischen Manuskripten sind wir bisher noch nicht begegnet; von Handschriften, die das kanonische Recht behandeln, treten uns in diesem Zeitabschnitt drei entgegen: II F 30 (316 Bl., 46: 38 cm) eine aus Italien stammende Prachthandschrift mit zahlreichen kunstvollen Miniaturen, die Gregors IX. Dekretalen mit einem noch nicht ausgewerteten Kommentar, die Institutionen Innozenz' IV. und die Konstitutionen Gregor X. enthält; II F 87 (228 Bl., 33: 23 cm), die summa de iure canonico des Franziskaners Monaldus, und ferner die von Schulte in der „Geschichte der Quellen und Literatur des Kanonischen Rechtes“ II, 415 als „interessant“ bezeichnete Handschrift II Q 28 (394 Bl., 21: 16 cm), deren Inhalt die summa des Raimundus de Pennafort mit dem Apparat des Guilelmus Redonensis bildet. Allgemeinen Bildungszwecken konnte das einst hochangesehene Wörterbuch des Johannes Balbi, Catholicon genannt, dienen (IV F 70, zwei Bände).

1350 bestieg den Abtstuhl von Heinrichau Nikolaus, mit dem Beinamen Cuius. Sein Todesjahr wurde bisher allgemein auf das Jahr 1359 festgesetzt <sup>1)</sup>, ein Irrtum, der durch die Schlußschrift von I F 135 (235 Bl., 26 $\frac{1}{2}$ : 21 $\frac{1}{2}$  cm) korrigiert wird. Sie lautet am Ende des Inhaltsverzeichnisses des Bandes: Scriptum est autem et finitum per fratrem Nicolaum cognominatum Cuius anno incarnationis domini millesimo CCCLXXII<sup>o</sup>, anno nativitatis eiusdem Cuius LXXII, monachus vero ipsius Cuius anno quinquagesimo octavo. Nikolaus Cuius, der demnach mit 14 Jahren 1314 in den Orden eintrat, in einer Urkunde vom 1. Oktober 1344 <sup>2)</sup> als

1) So u. a. Wattenbach in seiner Heinrichauer Abtliste, Zf. d. Vereins f. Gesch. Schlef. IV, 280.     2) Breslauer Staatsarchiv Rep. 84 Urk. Nr. 105.



sacerdos et monachus professus monasterii in Heynrichow verus et legitimus procurator seu syndicus abbatis et conventus bezeichnet wurde, kann 1359 also nur resigniert haben. Seine 1372 niedergeschriebenen Texte zeugen von einer so schönen, klaren Schrift und von einem künstlerischen Blick für die Raumverteilung des Schriftsatzes, daß wir die Leistung des Zweiundsiebzigjährigen nur bewundern können. Der theologische Sammelband I F 135, beginnend mit Augustins Enchiridion und Manuale, enthält u. a. von Boethius die Schriften de disciplina scolarium und de consolatione philosophiae mit zahlreichen Rand- und Interlinearglossen, den ausführlichen Kommentar des Guilelmus medicus regis Arragoniae, des Alanus de Insulis Anticlaudianus und liber de planctu naturae, denen ein ungedruckter „Rigmus magistri Alani de effectu amoris“ folgt. Eine auffallende Ähnlichkeit mit der feinen zierlichen Schrift von I F 135 zeigen — sogar dieselbe braunschwarze Tinte scheint verwendet zu sein — die vier Handschriften I Q 357, I Q 375, I oct 129, I oct 133. Es sind dies Sammelbände von ungeordneten sermones de tempore et sanctis und zwar größtenteils Originalpredigten, zwischen die zahlreiche prothemata und auctoritates sowie theologische Notate verschiedener Art eingestreut sind. Eine praktische Verwendung wird in allen diesen Handschriften durch alphabetische Sachregister und Register für die Verteilung der Predigten auf das Kirchenjahr angestrebt. In diesen Registern werden die Anfangsbuchstaben genau in derselben Art wie die Anfangsbuchstaben der einzelnen Verse der Dichtungen des Alanus in I F 135 durch Abtrennung in Doppellinien hervorgehoben. Gemeinsam ist den Handschriften ferner die Zählung der Predigten in römischen Zahlen am oberen Rand und die Gliederung in Abschnitte durch Verwendung von Randbuchstaben mit deutschen Zahlenexponenten. Ich vermute, — abgesehen von diesen rein äußeren Momenten und der Tatsache, daß die Schrift in die Jahre nach 1350 zu weisen scheint — Nikolaus Cuius als den Verfasser der Originalpredigten aus folgenden Gründen. Erstens war der Verfasser Zisterzienser. Die Bevorzugung von Predigten zum Lobe Mariens, deren besonderem Schutze alle Zisterzienserklöster sich unterstellten, die Erwähnung des Ordensstifters Benedikt<sup>1)</sup> als „unseren Vater“ und die Bezeichnung noster pater für den Hauptrepräsentanten des

1) Z. B. in I oct 133 in einer Predigt über den hl. Benedikt, Bl. 41b: Benedictus pater noster; Bl. 42b: Igitur karissimi non pigeat nos imitari (S. Benedictum), quem colimus.

Ordens, den hl. Bernhard <sup>1)</sup>, lassen darüber keinen Zweifel. Zum zweiten war der Verfasser Abt; darauf läßt die auffallende Hervorhebung der Pflichten und Aufgaben des praelatus — eine noch heut übliche Bezeichnung für den Abt — an zahlreichen Stellen der Handschrift I oct 129 (z. B. Bl. 96 b, 98 b, 119, 139 b, 143 b, 157 b, 174, 175 b, 188 b, 189, 198 b, 209 b, 231 b, 255 b) schließen. Zum dritten kann der Verfasser nach den in I oct 129 eingestreuten deutschen Glossen seiner Sprache nach als Ostmitteldeutscher, ja gut als Schlesier angesprochen werden <sup>2)</sup>. Und zum letzten: Als hinteres Pergament-Schutzblatt von I Q 357 ist eine nur geraume Zeit vor Abfassung der Predigtbände, am 6. November 1344 in Münsterberg ausgestellte Urkunde verwendet, in der ein Angehöriger des Klosters Heinrichau, *Johannes von Wahrenrode* <sup>3)</sup> namentlich erwähnt wird <sup>4)</sup>. Von Angehörigen des Klosters lernen wir als Schreiber von IV F 96 den *frater Nicolaus Theutelebe* kennen <sup>5)</sup>, der das *speculum historiale* des Vinzenz von Beauvais in vier mächtigen Folioebänden, von denen nur zwei erhalten sind, im Jahre 1379 niederschrieb. Die Handschrift IF 256, die *summa vitiorum* des Guilelmus Peraldus u. a., schrieb und besaß der *Bruder Theoderich* laut Besitznotiz auf Bl. 68 b und 69: *Iste liber est beate virginis Marie et fratris Theodorici in Heinrichowe*. An den Schluß der *summa* schrieb er die Verse: *Celum si pellis / incaustum si mare stellis / comparo scriptores / sribent preconia mores / virginis incaustum / pennis totaliter haustum. Summam scriptorum superat cumulus meritorum. Non videt Christum, qui*

---

1) Z. B. I oct 133 Bl. 32: *Talem predicatorem commendat venerabilis et beatus pater noster Bernhardus*.      2) I oct 129 in einem Traktat „de gratia“ Bl. 166b *gracia . . . que vulgariter dicitur des herczin heymeliche zusekeit*; Bl. 167 *gracia . . . hicztcegin lybe stetikeit*; Bl. 167 b in einem *Notat de humilitate*: sie sei „eyn schepperine der vridczamkeit (Bl. 186), eyn behelderinne der heylikeit . . . eyn beslyserinne der wysheit . . .“      3) Von seinen Verwandten wird im Heinr. Totenbuch erwähnt: (27. 5) *Adilhedis de Watzinrod, mater fratris Johannis a. d. M<sup>o</sup>CCC<sup>o</sup>XIII<sup>o</sup>*.      4) In dieser Urkunde substituiert dominus Johannes de Alta muta plebanus in Novoforo protonotarius Nicolai ducis Slesie et domini in Munstirberg für sich den fr. Johannes de Watzinrod ordin. Cisterc. plebanus in Sycz (Seitsch bei Gubrau). — Josef Klapper hat in einem im Februar 1927 im Verein für Geschichte Schlesiens gehaltenen Vortrag nachgewiesen, daß der berühmte Kanzler Karls IV., Johann von Neumarkt, nicht aus Schlesien, sondern aus Hohenmauth in Böhmen stammt.      5) Seine Eltern stehen im *Necrologium*. Zum 11. 6 obiit Agnes

librum subtrahat istum. Amen finale, pro fiat dicitur Amen <sup>1)</sup>. Für Wenceslaus de Tachovia (Tachau in Böhmen), der 1380 den Traktat des Robert Holgot super librum sapientiae (IF 56) schrieb, ist, da sein Name auch im Heinrichauer Totenbuch fehlt, die Zugehörigkeit zum Heinrichauer Konvent unsicher. Raum anzunehmen ist sie für Ulrich aus Baiern, der sich in der Schlußschrift des Bibelfodex IF 12 nennt:

Nu hat daz buch ein ende.  
 Got geb uns nach disem ellende  
 di ewigen ru.  
 do helf uns Maria czu.  
 et cetera schrib er.  
 dem ist der beitel ler  
 darein muz er phennig han  
 und dar czu ein meidel wol getan.  
 der ist Ulrich genannt  
 und geborn uz beierlant <sup>2)</sup>.

Die Eintragung auf der hinteren Deckelbefelegung „L. Monsterberg“ läßt vermuten, daß die Handschrift zunächst in Münsterberg gewesen sein muß. Eine tabula brevis super sermones dominicales fratris Jacobi de Voragine als erstes Stück der Sammelhandschrift<sup>3)</sup> IF 569 wurde verfaßt (? composita) von Bruder Wenzeslaus, der sich selbst als Angehörigen des böhmischen Zisterzienserklosters Sedleß (Sedlecium, Czedlicz) bekennt <sup>4)</sup>. Durch Rasur unkenntlich gemacht ist der Vorbesitz der Handschrift I Q 342 (speculum b. virginis editum a fratre Nicolao Lyra) <sup>5)</sup>. In Heinrichau selbst geschrieben sind mit aller Wahrscheinlichkeit die Handschriften IV Q 180 mit der bekannten charta charitatis und Konstitutionen und Defini-

mater fratris Nicolai de Theuthelhelm (!); zum 18. 12: Petrus Theuteleube pater fratris Nicolai.

<sup>1)</sup> Über ähnliche Gedichte „Und wär der Himmel nur Papier“ vgl. Reinh. Köhler, Kleinere Schriften, III, 293. <sup>2)</sup> Auf einen ähnlichen Vers aus einer

Schweidnitzer Richtsteighandschrift verweist Klapper in den Mitteilungen der Schles. Gesellsch. f. Volkskunde XIX, 26 Anm. 4. <sup>3)</sup> Darin in ostmitteldeutscher Mund-

art eine Weihnachtspredigt und eine Predigt über das Thema: Christus als Blume des Libanon. <sup>4)</sup> Bl. 74: Incipit tabula . . . composita per fratrem

Wenceslaum humilem monachum de Czedlicz ordinis Cisterciensis. Die Handschrift ist nach 1361 geschrieben. <sup>5)</sup> Bei Sbaralea, Supplementum ad

Scriptores trium ordinum S. Francisci (1921) II. S. 276 nicht unter den Schriften des Nikolaus de Lyra.

tionen des Zisterzienserklosters<sup>1)</sup> und die beiden liturgischen Handschriften I F 397, ein Antiphonale Zisterziense mit rot, blau und grünen z. T. herausgeschnittenen Initialen, in dem die hl. Hedwig erwähnt wird und ein Missale (I Q 192), in dem der hl. Stanislaus ein eigenes Meßformular hat. Daß die Anleitung zur christlichen und klösterlichen Vollkommenheit, die der Abt des Zisterzienserklosters Königssaal in Böhmen, Gallus (1350—1386), unter dem Titel *Malogranatum* schrieb, bald nach der Abfassungszeit in Abschrift in Heinrichau Eingang fand, ist gut zu verstehen. Leider ist nur das dritte Buch (I F 307) erhalten. Geschichtlichen Inhalts ist die Handschrift I F 127, in der die Chronik des Hieronymus und Augustin, die Kirchengeschichte des Eusebius in der Übersetzung des Rufinus und die *historia ecclesiastica* des Hugo Floriacensis (Mon. Germ. hist. SS. IX) kopiert wurden. Am leßteren schließt sich eine Liste der deutschen Kaiser bis zum Jahre 1190 an. Zu Heinrich II. wird bemerkt: *Ruczi, Poloni et Ungari Christiani efficiuntur*. Die beiden Handschriften I F 59, die *Postilla super Isaiam* des Hugo a Sancto Caro, und I Q 355, ein Predigtsammelband aus schlesischen Dominikanerkreisen, waren, bevor sie nach Heinrichau kamen, in anderen Händen. In I F 59 ist auf einem gegen den Vorderdeckel geklebten Papierstreifen von einer Hand des angehenden fünfzehnten Jahrhunderts eingetragen: *Discreto viro Augustino de Wygansdorf altariste Nysensi d(ono) d(atum)*, und auf dem Hinterdeckel: *unserm liben getruwen herre Merthen Scheyban pfarrer zur Neyse*<sup>2)</sup>. I Q 355 besaß nach dem Eintrag auf dem hinteren Pergamentschußblatt *Cunrad Eysenrod in Jacobsdorf* (bei Ramlau). Die Herkunft des Predigtsammelbandes I Q 394 aus Frankreich ist durch die zahlreichen altfranzösischen Sprichwörter, die bisher Beachtung weder von seiten der Romanisten noch der volkskundlichen Forscher gefunden haben, gesichert.

Als Schreibstoff war für die bisher genannten Handschriften mit Ausnahme von I F 56 nur Pergament verwendet worden. Auf Papier sind geschrieben die Handschrift II F 74 im Jahre 1376, enthaltend die *summa Pisana* des Juristen Bartholomaeus a Sancto Concordio, und ohne Jahresangabe I oct 92 und I Q 239. In den beiden letztgenannten Handschriften trugen die Mönche von Heinrichau dem

1) Darin Bl. 114 b die später eingetragene Notiz: *Ao. 1413 directi sunt duo fratres Cistercium versus cum contribucionibus, unus de Lubens, alter de Henrichau, pro septem monasteriis scilicet pro Lubensi, de Clara tumba, de Henrichaw, Camentz, Ruda, Gemielnicz et Grissaw.* 2) Fehlt bei Rastner: Meißner Pfarrer. In *Schlesiſches Kirchenblatt* 1862. S. 312.



Streben nach religiöser Betätigung in der Muttersprache, das am Hofe Karls IV. in Prag Eingang gefunden hatte, Rechnung, indem sie liturgische Gebetshandschriften in ostmitteldeutscher Mundart niederschrieben, in I oct 92 die „gezeiten von dem leichnam unsers herren Ihesu Christi“ und in I Q 239 das Psalterium und die „vylgen (Vigilien) von allen glewbigen selen“. In I Q 239 schließt sich noch eine deutsche Passion an, die uns in schlesischen Handschriften häufiger, z. B. in der aus Sagan stammenden Handschrift der Augustiner-Chorherren I F 594, begegnet <sup>1)</sup>.

Wir kommen nun zum fünfzehnten Jahrhundert. Unter Abt Martin I. (1384—1413), der auch Bedeutendes für die Verschönerung der Klosterkirche tat, hatte sich der Wohlstand des Klosters ungemein gehoben. Und wie immer die Entwicklung des geistigen Lebens und so auch des Bibliothekswesens allgemein günstig beeinflusst wird von wirtschaftlichem Aufschwung, so darf auch für Heinrichau angenommen werden, daß die Studien immer mehr Raum gewannen gegenüber der bisher in erster Linie auf Kolonisation und Güterbewirtschaftung eingestellten Arbeit, und daß damit Hand in Hand eine Vermehrung des Bücherbestandes erfolgen mußte <sup>2)</sup>. Aus Abt Martins eigenem Bücherbesitz ist uns noch erhalten die Handschrift I F 155, ein Sammelband größtenteils mit Schriften der Väter, geschrieben per Michael em de Moravia tunc Prage commorantem <sup>3)</sup>, und die Martin für zwei Mark erworben hatte. Sie enthält als Nachträge späterer Hand historische Notizen über die Jahre 1417 und 1418 (Wahl des Königs Sigismund, Resignation des Bischofs Wenzel und Wahl des Herzogs Konrad des Älteren von Ols zum Bischof von Breslau und Tod Wenzels IV. von Böhmen). Von Abt Martin stammt auch der Nachtrag in IV Q 92, wo nach Federproben (genannt sind Wenzel, Bischof von Breslau (1382—1417) und frater Martinus abbas in Heynrichow) ein längeres (von Martin verfaßtes?) lateinisch-deutsches Gedicht über die Schulzucht <sup>4)</sup> folgt mit der Schlußschrift: scripta sunt hec per fratrem Martinum in Heynrichow dyoc. ect. In seine Regierungszeit fällt auch die Niederschrift von I F 38 (Nicolaus de Lyra, postillae morales super biblia) im

<sup>1)</sup> Vgl. Rother in Zentralblatt f. Bibliothekswesen 1926. S. 1 ff.

<sup>2)</sup> Die gleiche Entwicklung stellt G. Abb für das Cistercienser-Kloster Lehnin fest in der Festschrift für Degering, 1927, S. 1 ff. <sup>3)</sup> Ein Michael de Moravia wird nach der Prager Matrifel 1373 baccalaurus. <sup>4)</sup> Anfang und Ende bei Gufinde a. a. O. S. 378.

Jahre 1410 durch Petrus de Krelkau, der zwei Jahre später drei stattliche, mit bunten, goldverzierten Initialen und Miniaturen geschmückte Volumina mit der ungefüzten Postille des Nicolaus de Lyra (IF 39) und ohne Angabe des Jahres die Handschrift IF 100, beginnend mit dem liber de semine scripturarum des Joachim de Floris schrieb. Martins Nachfolger Nicolaus IV. von Brieg (1413—1447) gab 1420 einem Wenceslaus de Slatinka (Lohnschreiber?) den Auftrag, die vitas Patrum (IV F 179) abzuschreiben<sup>1)</sup>. Auch den Namen des Buchmalers, Johannes von Zittau, der diese Handschrift mit abwechslungsreichen Darstellungen der Heiligen versah, lernen wir aus einem goldenen Schriftband auf Bl. 1 kennen. IF 33 (das Alte Testament im Auszug) ist 1417 geschrieben, während IF 10 und IF 15<sup>2)</sup>, beides Teile der Bibel, undatiert sind. Der Bruder Martinus Eberhard de Swebesin (Schwiebus)<sup>3)</sup> besaß des Nicolaus de Lyra postilla in psalterium (IF 47). Nicolaus Schonaw nennt sich als Schreiber des ersten Stückes (sermo synodalis des Matthaeus von Krakau) in dem theologischen Miszellenbände IQ 383. Schlesiische Herkunft ist anzunehmen für das Psalterium (IQ 236) mit den ostdeutschen Heiligen und für die Rechtshandschrift IIF 8, in der an erster Stelle die lateinische Übersetzung des sächsischen Landrechts steht, die auf Betreiben des Bischofs Thomas II. von Breslau (1270—1291) gefertigt wurde, und die als älteste der drei selbständigen Versionen des Landrechts zu gelten hat<sup>4)</sup>. Die schwülstige Vorrede lautet:

„Hic incipiunt jura Magdeburgensis civitatis latino sermone et dicitur sic: Deus iudex justus, qui cum acceperit tempus justicias iudicabit sensus meos renovet senescentes, quatenus ad mandatum dilecti domini

<sup>1)</sup> Bl. 177: Explicit liber qui dicitur vitas patrum sub anno incarnationis domini millesimo quadringentesimo vicesimo ad mandatum venerabilis in Christo patris et domini Nicolai abbatis monasterii inclite genetricis virginis Marie in Heinrichow anno ipsius septimo per brachium Wenceslai de Slatinka. Sit laus deo. Finis adest vere, finales posco habere.

<sup>2)</sup> Auf dem Perg. Vorschlagsstreifen die Notiz: Anno domini 1448 statim post festum S. Stanislai post pascha incepti S. Johannem evangelistam legere et finivi ante festum S. Joh. Baptiste eodem anno et habet 21 cap. Item anno domini 1448 2a feria post Egidii incepti prophetas minores.

<sup>3)</sup> Sein Todestag aus Necrologium Heinrichov. am 24. Dezember.

<sup>4)</sup> Homeyer, Deutsche Rechtsbücher des Mittelalters (1856) S. 11. — Sachsenspiegel, ed. Homeyer. I<sup>3</sup>, (1861) S. 55. — Meinardus, Das Neumarkter Rechtsbuch und andere Neumarkter Rechtsquellen. Darstellungen u. Quellen zur schles. Geschichte, Bd. 2 (1906) S. 13.

mei Thome Wratislaviensis episcopi jus theutonicum competenter transferam in latinum, quo clarius elusens iustos in iure suo protegat, et iniustos debita pena puniens, quod suum est, unicuique tribuat et conservet. In primis igitur lectori prudencie supplico cum affectu, qui cum in opere summa sit necessitas planis verbis et non obscuris causis et sentencias simplicitatis mee non imputet ruditati. Si enim sentenciis scabinorum colores rethoricos inserere niterer, contingeret ex hoc dictas sentencias permutari et causarum merita finem debitum non sorti. Supplicat eciam huius iuris confector, Eyko vir nobilis de Repecon, quatenus, si quid minus perfecte in causis aut sentenciis in libro presenti reperiri contingat, prudencia iudicum et scabinorum legaliter suppleat et excuset. Non enim hoc jus Saxonum invenisse vel statuisse sibi vendicat, commemorans illud ab imperatoribus Constantino et Karulo editum et statutum. Cum eciam mee sit intencionis sentenciam unamquamque nil addendo vel diminuendo exponere, non miretur lector, si sentencias cause quilibet oportunas in ipsis non inveniat ordinatas, cum non fuerit voluntas ipsas causas annectere, sed potius in distractas locis plurimis annotare, ostendens per hoc solam sentenciam in causis multis fine debito terminandis locum obtinere. Et quoniam autor memoratus soli iure theutunico innixus in ordine scribendi, distingwendi et sentencias proferendi juris canonici et civilis modum penitus pretermisit, michi nemo miretur, quod vexigia subsequendo solum ius theutunicum secundum ritum et consuetudinem Saxonum presentibus studentem enodare.“

Die Übersetzung ist eine ziemlich freie und weicht völlig von den gedruckten lateinischen Ausgaben ab. Sie findet sich außerdem nur noch in vier Handschriften der Krafauer Universitätsbibliothek<sup>1)</sup>. Auffallend ist die Übereinstimmung unseres Heinrichauer Codex mit der Krafauer Handschrift Nr. 169 (PP III). In beiden folgt auf die lateinische Übersetzung des sächsischen Landrechtes eine solche des sächsischen Lehnsrechtes, und zwar von dem nämlichen Übersetzer, der im Vorwort von sich sagt: quoniam in prima parte huius libelli provinciale ius competenter transtuli in latinum, oportet me in hac parte secundum ius feudale convenienter proseguire transferendo, ut juris utriusque provincialis secundum et feodalis cognita veritate iudicium iniquorum astucia reveletur verasque sentencias pervertencium scabinorum iniquitas detegatur ac eciam justos et pauperes deprimencium superborum audacia compescatur. In beiden Codizes schließt sich an der deutsche Text des sächsischen Landrechtes, gleichfalls mit starken Abweichungen von

1) Wislotti, Catalogus codicum manuscriptorum Bibliothecae universitatis Jagellonicae Cracoviensis. (1877—81) Nr. 169, 170, 399, 4171. Hömeyer (Deutsche Rechtsbücher) kennt nur drei Krafauer Handschriften.

den gedruckten Ausgaben. Wenn man die beiden diesem Text vorangehenden Prologe vergleicht:

### Heinrichau II F 8

Mich hat geschreben eines meisters  
Cunrat ist er genant [hant  
Cusvelt Henrico  
in dem jare millesimo  
Gotis unde trecentesimo VIo  
in sende Jacobis festo,  
do wart ich allir vollbracht  
als es im Heinrich hatte gedacht.  
Got, der do ist begynnen und ende,  
Maria und die vierundzwencig alden  
al sundir missewende  
helffen uns gerechtigkeit behalden

### Krautau N. 169

Mich hat gesriben eynes meystirs hant  
Cunrat von Opulle ist he genant  
der stat und den burgern zcu Cracowe  
daz si got in syme ryche schowe.  
In dem Jare millesimo  
gotis unde tricesimo (!) VIIIo  
in sende Jacobis festo  
wart ich allir vollenbracht  
als die burger in hatten gedacht.  
Got der da ist begin und ende  
Maria und di vir und zwenzig alden  
al sundir missewenden  
helf uns gerechtekeit behaldin.

So führt dies zu der Annahme, daß in dem Heinrichauer Kodex eine getreue Abschrift des 1306 in Breslau von Konrad von Oppeln für Heinrich Rusvelt niedergeschriebenen, leider verloren gegangenen Originals <sup>1)</sup> überliefert ist als in dem Krafauer Exemplar, das zwei Jahre später in Krafau geschrieben, die Einzelheiten der Abfassung für den Breslauer Bürger Rusvelt <sup>2)</sup> zu verwischen sucht. Beide Handschriften enthalten ferner noch gemeinsam den deutschen Text des sächsischen Lehnrechtes und des Weichbildes, während in dem Heinrichauer Manuskript allein noch das Recht folgt, welches Herzog Heinrich IV. im Jahre 1285 der Stadt Breslau bestätigte, und ferner eine Anzahl von Rechtsfägen, die in ihrer Mehrzahl vom Räte, den städtischen Gerichten und Vermögensrechten handeln, also alles Stücke, die für die Krafauer Bürgerschaft kein unmittelbares Interesse beanspruchten. — Die Bibelhandschrift des frühen fünfzehnten Jahrhunderts I F 7 (Genes.-Ecclesiasticus), nach den Initialen zu schließen wohl schlesischer Herkunft, erwarb für das Kloster 1495 der Professbruder Martin Gorer <sup>3)</sup>, während für die Predigtbände I F 601, sermones de sanctis eines Unbekannten <sup>4)</sup>, und I F 748, ein Sammelband, beginnend mit den Predigten des Nicolaus de Ausculo sich ebensowenig Anhaltspunkte für den Zeitpunkt der Erwerbung durch

<sup>1)</sup> E. Th. Gaupp, Das alte Magdeburgische und Hallische Recht, 1826, S. 194 sieht in dem Heinrichauer Kodex fälschlich das Original selbst, eine Ansicht, gegen die sich mit Recht bereits Homeyer, Sachsenpiegel II, 1, S. 12, wendet. <sup>2)</sup> Ein Arnold Ruswelth ist 1319, 1327 u. 1334 als Ratsherr, 1335 als Schöppe nachweisbar, ein Hantko Rusfelt 1359 als Ratsherr. <sup>3)</sup> Bl. I: Hunc librum comparavit frater Martinus Gorer professor monasterii Henrichow anno etc. XCV. <sup>4)</sup> Dieselbe Sammlung finden wir in der Saganer Handschrift I F 52 wieder. Anf. der Einleitung: Quoniam secundum sanctum Thomam in secunda secunde . . . pertinet honorare sanctos, stilo Hugonis postillatoris intendo . . .



die Heinrichauer Mönche finden lassen wie für das vielverbreitete „Vocabularium ex quo“ (IV F 83). Das gleiche gilt für den in zierlicher italienischer Humanistenschrift niedergeschriebenen Codex IV F 35. Der Schreiber der ganzen Handschrift nennt sich Bl. 256: „Finitum est presens opus per me Galeam de Cax (sic!) inter scriptores minimum scriptorem sub anno domini M<sup>o</sup>CCCC<sup>o</sup>XXXII III<sup>o</sup> mensis februarii. Non per principium laus requiritur, sed per finem initium commendatur“. Den Hauptinhalt bilden zunächst Dichtungen Vergils und zwar die *Bucolica*, *Georgica* und *Äneis* <sup>1)</sup>; dann folgt das dreizehnte Buch der *Äneis* des Mapheus Vegius <sup>2)</sup> und zwar zunächst mit versus super XIII<sup>o</sup> libro eneidorum (Muse omnes gaudete, novus surrexit ab urbe / Laude Maro, Vegius sua nomina dicta Mafeus . . . 6 Verse), dann eine Inhaltsangabe in 11 Hexametern, von denen die ersten ungedruckten Verse:

„Victor ut Aeneas belli fuit, ilico subdunt  
Imperio sese Rutuli, datur inde per ipsum  
victima lausque deis . .“

durchstrichen und am Rande durch die Form des in den Drucken erscheinenden argumentum ersetzt sind. Der Text schließt mit den Versen:

„Pastor oves et arator agros et praelia miles  
instruxi aeterno clarus honore Maro“.

Ex castris pp (= papae) 6<sup>a</sup> idus octobris 1428.

Dies Datum bezieht sich offenbar auf die Beendigung der Dichtung des Mapheus Vegius. Da der Dichter 1458 gestorben, erfolgte die Niederschrift in IV F 35 noch zu seinen Lebzeiten. Seines Zeitgenossen Antonius Pessina vier kleine, in Distichen abgefaßte Gedichte bilden den Schluß der Handschrift <sup>3)</sup>. — Ziemlich genau verfolgen läßt sich der Weg, den die inhaltlich nicht besonders bemerkenswerte theologische Sammelhandschrift I oct 46 zurücklegte, bevor sie dem Bestande der Heinrichauer Bücherei einverleibt wurde. Dem im Jahre 1372 gegründeten Karthäuserkloster zu Erfurt, das eine an mystisch-asketischer Literatur reiche Bibliothek besaß <sup>4)</sup>, wurde die Handschrift durch den

1) Zu Anfang der Texte drei Miniaturen: Bl. 2 Tityrus und Melibaeus, Bl. 21 b Pflügender Landmann, Bl. 66 Schreiber (mittelalterlicher Mönch).

2) Gedruckt in den alten Vergilausgaben sowie in Maxima bibliotheca vet. patrum XXVI, 759.

3) Über andere in Handschriften der Ambrosiana enthaltenen Schriften des Antonius Pessina vgl. Argelati, Bibl. script. Mediolan. II, 1063.

4) Vgl. Lehmann, Erfurter Bibliotheken im Mittelalter in Jahresbericht der Erfurter Bibliotheks-Gesellschaft I (1925) S. 21.

Karthäuser Erhard Leytman geschenkt. Auf dem hinteren Pergament-  
 schutzblatt, und 3. T. getilgt auf dem vorderen Schutzblatt, lesen wir  
 die Notiz: Iste liber pertinet ad domum sancti Salvatoris prope  
 Erffordiam, qui comparatus est per dominum Erhardum Leyt-  
 man eiusdem domus. Als von Erfurt 1423 ein Teil der Mönche aus-  
 zogen und das Liegnitzer Kloster gründeten, nahmen sie mit anderen  
 Büchern auch diese Handschrift mit <sup>1)</sup>, und die neuen Besitzer wahrten  
 sich ihr Eigentumsrecht durch die öftere (so Bl. 5, 140, 240) Ein-  
 tragung: Liber Carthusiensium prope Legnicz. 1547 wurde das  
 Liegnitzer Karthäuserkloster aufgelöst, und die Handschrift gelangte in  
 Privathände. Die Namen der Besitzer lernen wir aus einem Eintrag  
 auf dem hinteren Pergamentschutzblatt kennen, der da lautet: Hunc  
 librum, cuius possessor olim fuit Georgius Jeske, cano-  
 nicus Wratislaviensis, a quo eundem accepit Georgius  
 Jeske 2., huius successor Christophorus Behr Georgio  
 Jeskio 3. affini dono dedit 15. Februarii Anno 1590. Für Hein-  
 richau läßt sich der Besitz nicht eher als für 1687 nachweisen. Viel-  
 leicht hat sie erst Abt Heinrich Kalert erworben, der auch die  
 folgenden drei Handschriften dem Kloster zuführte, nämlich IV Q 48,  
 geschrieben 1447 mit Guido de Columna, Historia Troiana und den  
 Briefen des Petrus Blesensis, IV F 48 des Philosophen und Ethikers  
 Johannes von Salesbury Schrift Policratus im Jahre 1421 nieder-  
 geschrieben, und I F 546, die Postilla epistolarum dominicalium des  
 Matthias von Liegnitz, die in schlesischen Klosterbibliotheken weit ver-  
 breitet war <sup>2)</sup>).

Der Siegeszug, den in der zweiten Hälfte des fünfzehnten Jahr-  
 hunderts, der wir uns jetzt zuwenden, die schwarze Kunst Gutenbergs  
 hielt, konnte zunächst nicht verhindern, daß man das Abschreiben von  
 Texten völlig aufgab und nach wie vor auf den Erwerb von Hand-  
 schriften Wert legte. So finden wir auch in Heinrichau neben der nicht un-  
 beträchtlichen Zahl von 66 Wiegendrucke <sup>3)</sup>, die sich aus dem Bestande

1) Auf dem vorderen Schutzblatt: Liber Carthusiensium prope Legnicz,  
 quem cum aliis libris ex consensu attulerunt primi patres, qui venerunt ab  
 Erffordia, ut patet in remissoriis librerie huius domus passionis Christi sub  
 littera 6 XIX. 2) Vgl. A. Franz in dem „Katholik“, Bd. 78, I. S. 5. 3) Es  
 sind dies folgende vor 1500 gedruckte Werke: Alexander Alesius, Summa theo-  
 logica I—IV, Papiæ 1489. — Antonius Florentinus, Summa theologica I—IV,  
 Nürnberg. 1486—87. — Ars moriendi. s. l. et. a. — Astesanus, Summa de casibus  
 conscientiae. Nürnberg. 1482. — Aegid. Aurifaber, speculum exemplorum.  
 Argent. 1495. — Avicenna, Canonum libri V, Argent. s. a. — Avicenna, Ca-  
 nonum libri V, Venet. 1486. — Avicenna, Canonum libri V, Lugdun. 1498. —

der mehr als 4500 zählenden Infunabeln der Breslauer Staats- und Universitätsbibliothek als Heinrichauer Besitz feststellen lassen konnten, noch zahlreiche Handschriften, die z. T. in einer Zeit geschrieben wurden, wo Druckwerke bereits billiger zu stehen kamen als halbwegs feint ausgeführte Manuskripte. Im Jahre 1458 schrieb auch Johannes clericus Wratislaviensis den medizinischen Sammelband III F 24, der an erster Stelle die Practica des Prager Erzbischofs

Em. Barbaro, Castigationes Plinianae s. l. et. a. — Bonifatius VIII, Liber VI. decretalium. Nürnberg. 1486 mit beige gebundenen Constitutiones 1486. — Bonifatius, Liber VI. decretalium, Venet. 1489. — Breviarium secundum usum Romanum Bas. 1493. — Bernardus de Breydenbach, Peregrinatio sancta, Spir. 1490. — Angelus de Clavasio, Summa angelica de casibus conscientiae. Nürnberg. 1492. — Cicero, Orationes, Vened. 1499. — Euclides, cum annotationibus Campani. Vinc. 1491. **Beige gebunden:** Albozoar Haly, de fatis astrorum Venet. 1845. — Eusebius, de evangelica preparatione. Venet. 1500. — Antonio Gazio, Corona florida medicinae. Venet. 1491. — Bernardus Giustinianus, Historia de origine urbis Venetarum. Venet. 1492. **Beige gebunden:** Diogenes Laertius, Vitae philosophorum. Venet. 1497. — Gratianus, Decretum, Venet. 1491. — Gregorius IX, Decretalium libri V, Basil. 1486. — Gregorius IX, Decretales, Venet. 1491. — Guido de Columna, Historia Troiana, Colon. 1477. — Joh. Herolt, Sermones de tempore et sanctis, Nürnberg. 1493. — S. Hieronymus, Epistolarum pars 1—3. Basil. 1492. — Homiliarius doctorum a Pauli Diacono collectus, Colon. s. a. — Hugo Senensis, Super aphorismos Hippocratis, Ferrariae 1493. **Beige gebunden:** Hugo Senensis, Super I. Fen primi Canonis Avicennae. Ferrariae 1491. — Jacobus de Voragine, Lombardica historia, Basil. 1486. — Jacobus de Voragine, Historia Lombardica s. l. 1482. — Jacobus de Voragine, Historia Lombardica, Arg. 1485. — Jacobus de Voragine, Historia Lomb., Nürnberg. 1496. — Johannes de Verdena, Sermones dormisecure de tempore et sanctis s. l. 1500. — Flavius Josephus, opera, Veron. 1480. **Beige gebunden:** Platina, Vitae pontificum Tarvis. 1485 u. Thukidides in der lat. Übersetzung des Laurentius Valla. s. l. et. a. — Lambertus de Monte, Copulata super 3 libros de anima Aristotelis s. l. et. a. **Beige gebunden:** Gerardus Harderwyck, Copulata super omnes tractatus parvorum logicalium Petri Hispani. s. l. 1488. — Lucianus, Opera Venet. 1500. — Ludolphus Carthusiensis, Meditationes vitae Jesu Christi, Argent. 1483. (Von dem Holzdeckel sind zwei wertvolle Holzschnitte abgelöst: Die Dreieinigkeit und das Bild, wie Jungfrau Maria dem Papst Sixtus IV. in seiner Krankheit erscheint.) Baptista Mantuanus, de patientia aurei libri tres. Basil. 1499. — Baptista Mantuanus, contra poetas impudice loquentes. Lpz. 1499. — Johannes Mesve opera (de consolatione medicinarum) Vent. 1484. — Musaeus, de Herone et Leandro s. l. a. — Nicodemus, evangelium s. l. et. a. — Franciscus Niger, Grammatica, Venet. 1480. — Papias Vocabularium, Venet. 1485. — Petrarca, opuscula, Basil. 1496. — Petrus Lombardus, Textus sententiarum, Basil. 1488. — Pius II., Epistolae familiares, Nürnberg. 1486. — Plato, opera, latine. Venet. 1491. — Rhasis, Liber ad Almansorem, Venet. 1497. — Sallustius, opera, Venet. s. a. **Beige gebunden:** Valerius Maximus, lib. I. s. l. et. a. und als Handschrift die Episteln des Horaz. — Hartmann Schedel,

Magister Albicus enthält <sup>1)</sup>). Dann folgen ein Traktat de virtutibus herbarum (Anf.: Galganum est siccum et calidum et habet octo virtutes . . .), das Antidotarium Nicolai Praepositi Salernitani, und ein deutsch-lateinisches Herbar. Von jüngerer Hand — etwa um 1500 — wurden Rezepte nachgetragen, die am Ende die Notiz aufweisen: per me Petrum Hectorem Appothekarium de civitate Ollomicensi. Der medizinische Codex III F 25 kam erst aus zweiter Hand nach Heinrichau. Teile des Canon des Avicenna und pars nova Almansoris (Verfasser: Rhases) wurden, wie die Subskriptionen am Ende kleinerer oder größerer Abschnitte erweisen, niedergeschrieben in Wien in den Jahren 1468 und 1469 von einem Wolfgang Stichenpo(ck). Dieser begegnet uns in den acta facultatis medicae universitatis Vindobonensis (II 136 und 214) als Wolfgang Stichenpock de Nussdorf (mortuus doctor Paduanus in Grez anno domini 1477, in die visitationis Marie). Die Handschrift besaß Anfang des sechzehnten Jahrhunderts ein Ladislaus Skirff. Eine dritte medizinische Handschrift (III Q 11) mit einem Kommentar zum Antidotarium Mesue und zum Antidotarium Nicolai Praepositi und alphabetisch geordneten Rezepten „ex antidotario Bar. Montiniani (d. i. Bartolomeo de Montegnana) wurde 1476 in Perugia geschrieben, und weist auf dem Innendeckel von einer Hand des siebzehnten Jahrhunderts den Namen eines Vorbesitzers, nämlich Jacobi Arthopoeide Byetsch <sup>2)</sup> signatoris Nissensis auf. Fastenpredigten, eine Passion mit deutschen Glossen im Text und das evangelium Nicodemi in I Q 413 sind datiert durch die Schlußschrift: Finita sunt hec evangelia Nicodemi de resurreccione domini in vigilia sancti Andree anno domini M<sup>o</sup>CCCC<sup>o</sup>LXIX. 1474 wurde I F 99 geschrieben (Vocabularium

Liber chronicarum. Nürnberg. 1493. — Hartmann Schedel, Liber chronicarum, August. Vind. 1497. — Sequentiarum textus cum expos. s. l. et. a. — Silius Italicus mit dem Kommentar des Petrus Marsus. Ven. 1483. Beigebunden: Persius. Venet. 1482. — Strabo, Geographiae, Romae 1473. — Thomas a Kempis, Eine wahre Nachahmung Christi, Augsburg 1486. — Johannes Tortellius, commentariorum grammaticorum opus, Venet. 1479. — Vitae patrum Nbg. 1478. — Nach Pfizner a. a. O., S. 150, sollen bereits am 30. November 1460 die ersten gedruckten Breviarien dem Kloster Heinrichau vom Stifte Cîteaux zugesandt worden sein!

<sup>1)</sup> Über andere Handschriften (darunter Breslau U. B. III Q 5 und IV F 86) vgl. Archiv f. Geschichte der Medizin VII, 91, über den Verfasser außerdem v. Hasner in Vierteljahrsschrift f. d. praktische Heilkunde 90, (1886) S. 19 ff.

<sup>2)</sup> Beitsch, Bycza, Bytcz (im Kreise Freistadt) vgl. Cod. dipl. Sil. XIV, 155.



biblicum, liber de exemplis des Nicolaus de Hanapis und eine Bibelfonkordanz), 1475 die Handschrift I Q 155, die auf Vorgänge im benachbarten Böhmen Bezug nimmt. Denn außer einem Bußtraktat mit deutschen Merkversen und einer *descriptio totius orbis terrarum* mit einigen mitteldeutschen Glossen, etwa zwischen 1420 und 1450 unter starker Ausnützung des Johannes de Mandevilla verfaßt, finden wir in ihr die *disputationes Aenei Sylvii cum Georgio Podiebrad de Taboritis* <sup>1)</sup> geschichtliche Notizen über die Verhandlungen des Prokop von Rabenstein vor dem Papste <sup>2)</sup>, den Brief des „Erzhäretikers“ Kotizan an Johannes von Capistrano und das Antwortschreiben des letzteren <sup>3)</sup>. Mit einer geschichtlichen Abhandlung über die Hussitenkriege, die leider durch Blattaussfall am Anfang unvollständig ist, beginnt auch die Handschrift IV Q 229, die außer zahlreichen deutschen Gebeten und Religionsübungen, der Übersetzung der Hieronymus-Cyriillbriefe durch den Kanzler Karls IV., Johannes von Neumarkt, ein für die Volkskunde durch Hinweise auf Zauberei, Zukunftskündung und Aberglauben bemerkenswertes „Beichtbüchlein“ enthält. Zu diesem auch sonst in schlesischen und außerschlesischen Handschriften vorkommenden Text, — so z. B. in IV Q 38 — hat der Schreiber, der sich am Schluß der Handschrift durch die Subskription: Dies buch ist geschrebin und geendt nach Christi geburt MCCCCLXXX Jare zum Rodenstocke (Rohnstock), durch mich Nicolaum Czobtener am Tage der Teylunge allir XII botenn in die werldt zu erkennen gibt, wertvolle, für Schlesien bezeichnende Erweiterungen hinzugefügt <sup>4)</sup>. Der Dialekt der Handschrift I Ddz 41 a, einer Miszellenhandschrift vom Jahre 1492, meist deutsche Visionsliteratur enthaltend, weist auf Heinrichau als Abfassungsort <sup>5)</sup>. Hier liegen in Abschrift vor eine deutsche Passion, eine Übersetzung der lateinischen *Visio Tugdali* <sup>6)</sup> mit verändertem Anfang und einem angehängten erbaulichen Schluß, deutsche Sprüche der Altväter, eine Abhandlung „von dem fegfewer sancti Patricii in Ybernia“, „ein

1) Vgl. Prag, Metropolitankapitel Handschr. Nr. 1022/314 und Prag, Universitätsbibliothek Handschr. Nr. 2033/208. 2) Vgl. Palacki, Geschichte von Böhmen IV, 217.

3) Auf der Innenseite des Borderdeckels ein Originalbreve des Bischofs Rudolf von Breslau vom 28. April 1470, betreffend die Aufhebung des Interdiktes in Strehlen für drei Tage anläßlich einer Primizfeier. 4) Vgl. Klapper, Schlesische Volkskunde (1925) S. 257.

5) Vgl. Baesecke, Wiener Oswald, (1912) S. XCVI ff. Die Beweisführung von Baesecke, daß in Heinrichau schon frühzeitig sich eine Niederschrift des Gedichtes vom König Oswald befunden haben soll, kann ich, abgesehen von mancherlei historischen Irrtümern, nicht als geglückt ansehen. 6) S. v. S. 61.

loblich habsch exemplum von offenbarung von dem irdischen Paradisi“<sup>1)</sup> und „eyne offenbarung eines geystes“, nämlich die Mirafel des Arnold Buschmann in Medrich (Meiderich) vom Jahre 1437/38<sup>2)</sup>. Auf dem Innendeckel der Handschrift steht als gleichzeitige Besiznotiz: Iste libellus est fratris Germani de Tribul<sup>3)</sup>. Abhandlungen über Mathematik, Astronomie und Astrologie (u. a. Algorismus communis; tabula Torleti, que orizon dicitur; Alchabitii tractatus de iudiciis astrorum) füllen die Handschrift IV F 18, die ein „frater Valentinus arcium liberalium baccalaureus anno 1495“ in Breslau schrieb. In Breslauer Klöstern sind entstanden I oct 78, ein Brevier geschrieben 1483 durch Mathaeus de Wartinberg in arena Wratislavie canonicus und I oct 24, ein theologischer Sammelband, die ein Breslauer Dominikaner Mauriti<sup>4)</sup> im Jahre 1489 und später zusammenschrieb. Undatiert sind die Handschriften I Q 198, ein Missale mit Sequenzen, auf dessen Innendeckel sich ein Schrotblatt: Christus am Kreuz mit Johannes und Maria befand<sup>5)</sup>, ferner IV Q 160 die legendae sanctorum mit starker Anlehnung an die legenda aurea des Jacobus de Voragine, aber unter Hinzufügung der Legenden der Heiligen Adalbert, Wenzeslaus und Stanislaus, und endlich I F 281 mit theologischen Traktaten verschiedenster Art, die 1678 noch Eigentum des Kaiserlichen Rates Friedrich Maximilian von Rethel und Henersdorf war<sup>6)</sup>, nachdem sie vorher ein Marcus Lwder (so der Eintrag auf dem ursprünglichen Pergamentumschlag) besessen hatte.

1) Nach anderen Handschriften herausgegeben von Bolte in Reinhold Köhlers Kleinen Schriften II, 227 ff.    2) Vgl. Jahrbuch d. Vereins f. niederdeutsche Sprachkunde VI, 32 u. Zeitschrift des Vereins für Volkskunde XXI, 179.

3) Tribul = Triebel, Kr. Sorau. Ein fr. Germanus de Tribul findet sich nicht im Heinrichauer Nekrolog.    4) Von seiner Hand ist auch die Handschrift I Q 324, aus dem Breslauer Dominikanerkloster stammend, geschrieben. Sie enthält u. a. literarische Produkte des Doktors Martin Kestner, der 1474—78 und 1488 Prior im Breslauer Dominikanerkloster war. (Vgl. Blasch, Geschichte von Kloster und Kirche St. Adalbert in Breslau, (1912) S. 27.) — Martin Kestner besaß auch den Wiegendruck des Confessionale von Antoninus Florentinus, ohne Jahresangabe gedruckt, in dem der Eintrag „pro medio renensi comparavi confessionale istud existens in studio Coloniensi anno domini 1469 Ego frater Martinus Kestner“ bisher den einzigen Anhalt für die Zeit des Druckes bietet. Vgl. Gesamtkatalog der Wiegendrucke (1927) Bd. II, Nr. 2080.    5) Veröffentlicht von Molsdorf, Holzschnitte und Schnittblätter in der Kgl. u. Universitätsbibliothek Breslau. (Einblattdrucke des 15. Jahrhunderts, hrsg. von Heiß, Nr. 10.)

6) S. v. S. 45 Anm. 4.

Für die nach 1500 geschriebenen Handschriften kann ich mich kurz fassen. Das Ausblühen des Humanismus in Schlesien, der in dem Breslauer Bischof Johannes Roth († 1506) einen begeisterten Vorkämpfer fand, spiegelt sich in der Handschrift IV Q 42, die im Jahre 1504 geschrieben wurde, wider. Aus ihrem reichen Inhalt seien hier hervorgehoben die Übersetzung Hesiods durch Laurentius Valla, eine Elegie des Leipziger Magisters Jakob Warin (1488), das *carmen de facecia mense* des Sulpicius Verulanus, Schriften von Mapheus Vegius (öfters), Philippus Beroaldus, Konrad Celtis, Sebastian Brant. Den Geist der Reformation atmet bereits die Psalmenerklärung des Bernhard Ziegler vom Jahre 1516 (I oct 4), der vordem Zisterziensermönch zu Altzelle, später ein Anhänger Luthers und Freund Melanchthons wurde. Ein Pontificale (IF 318) ließ Abt Vinzenz von Heinrichau (1504—1554) schreiben und mit goldausgelegten Initialen schmücken. Auf den Renaissanceeinband, der in den Ecken die vier Teile des Breslauer Stadtwappens und auf dem mittleren Plattenstempel (Auferstehung Christi) die Buchstaben HB des Formengießers aufweist <sup>1)</sup>, ist in Gold aufgedruckt: Pontificale anno MDXLII Vincen(tius) Abbas. Eine Agende vom Jahre 1509 (I oct 67), eine flüchtig geschriebene Psalmenerklärung (nach 1559, I oct 5) und die Regel des hl. Benedikt (IV F 196) gehören in das Gebiet der Theologie. In der letztgenannten Handschrift hat man die leer gebliebenen Seiten für das im April 1658 begonnene Mortilogium novum verwendet, das mit Nachträgen bis Anfang des achtzehnten Jahrhunderts

<sup>1)</sup> Herrn Kollegen Dr. H. Jessen verdanke ich den Hinweis auf folgende in der Staats- und Universitätsbibliothek Breslau vorhandenen Bände dieses Meisters H. B.: 1. *Chronica* von allen Kayssern, Augsburg 1480. (Breslauer Wappenschilder); 2. *Cicero Epistolae familiares*, Mainz 1521. (Breslauer Johanneskopf); 3. *Petrus Appianus, Introductio geographica*, Ingolstadt 1533; 4. *Des heyligen Römischen Reichs Ordenungen*. Worms 1536; 5. *Hieronymus: opera*, Basel 1537; 6. *Gellius, Noctes Atticae*, Köln 1541. (Breslauer Wappenschilder); 7. *Hippolytus de Marsiliis, Index*, Lyon 1543. (Breslauer Wappenschilder); 8. *Lexicon Graeco-Latinum*, Basel 1550. (Breslauer Wappenschilder); 9. *Francesco Zoanetti, Interpretationes*, Ingolstadt 1554. (Breslauer Wappenschilder); 10. *Leonhard Fuchs de curandi ratione*, Basel 1569 (Breslauer Wappenschilder); — Die Auftraggeber sind nicht zu ermitteln. Doch müssen es Breslauer Geistliche und Bürger gewesen sein, da die Mehrzahl der Bände an Breslauer Klöster durch Schenkung kamen. Nur Nr. 3 kam an die Kapuziner in Meisse und Nr. 8 nach Leubus. Der Zeit nach ist Nr. 2 zuerst gebunden und zwar 1526. Die letzte Verwendung der H. B.-Rolle ist auf einer *Ars medica* des Antonius Donatus (Venedig 1565) nachweisbar, die auf dem Einband auch einen Plattenstempel des Meisters L B vom Jahre 1595 zeigt.

reicht. Die übrigen Handschriften sind mit Ausnahme eines 1607 geschriebenen „Khunst Buchlein zu allerley notwendigen sachen insonderheit waz zu Wein und Essig nutz und dienstlich sein mag“ (IV oct 5) historischen Inhalts: so IV F 115 eine schlesische Chronik von der ersten Absonderung von Polen bis zum Jahre 1537, II Q 6 Gerichtsprozeß zu Breslau 1546 mit Ordnungen und Satzungen der Stadt, IV F 121 eine Chronik von allen deutschen Kaisern bis 1573, IV Q 132 die schlesische Geschichte des Breslauer Rats Herrn und Syndikus Daniel Rapold († 1565)<sup>1)</sup>, IV oct 30 eine „Schlesische Münz-Valuation“ (1626), und IV F 143 die „Chronika oder Landesbeschreibung des Münsterbergischen Fürstenthums undt Grandensteinischen Weichbildes“ von Nikolaus Henel von Hennensfeld descripta anno hVMana negoClaLVDI(1662)<sup>2)</sup>. Wann und auf welche Weise die Handschrift IV F 273, der 1615 von Friedrich Berghius verfaßte Katalog der Dombibliothek zu Breslau, nach Heinrichau gekommen ist, vermag ich ebensowenig wie Maria Fliedel in ihrer Dissertation: Die Dombibliothek zu Breslau im ausgehenden Mittelalter (Breslau 1919, S. 20) zu erklären.

In den vorangehenden Zeilen ist der Versuch gemacht worden, aus den heute noch erhaltenen Handschriften des Klosters Heinrichau alles das zusammenzutragen, was sich über die Bücherammlung bis jetzt ermitteln ließ, um so ein Weniges dazu beizutragen, in die vielfach verschütteten Gänge versunkenen geistigen Lebens des Klosters einzudringen. Wir müssen uns mit der Erkenntnis bescheiden, daß die heutige Heinrichauer Handschriftensammlung sowohl der Zahl als auch dem Alter und Inhalt nach im Vergleich zu manchen klösterlichen Kulturzentren des Westens und Südens nichts Außergewöhnliches oder besonders Rühmenswertes bietet. Andererseits können wir den Mönchen von Heinrichau nicht dankbar genug sein, daß sie trotz der Ungunst der Verhältnisse uns so manchen Kodex überliefert haben, aus dem Forscher verschiedenes wertvolle Material finden konnten und finden werden.

---

1) Gedruckt bei Sommersberg, *Scriptores rerum Silesiacarum* I, (1729) S. 98 (Auszug).      2) Gedruckt ebenda. I, S. 114.



#### IV.

### Die fränkische Hufe.<sup>1)</sup>

Von

Heinrich von Loesch.

---

Das weite Gebiet des fränkischen Stammes, speziell auch Mainfranken, hat viele verschiedene Hufenmaße<sup>2)</sup>. Die „fränkische“ Hufe, von welcher hier die Rede ist, ist die Waldkolonisationshufe der fränkischen Siedler im Sorbenlande. Sie ist von hier etwa seit 1200 durch Franken und andere Deutsche nach Osten getragen worden, nach Schlesien mit angrenzenden Teilen Böhmens, nach Polen, besonders Klempolen, nach Galizien und Nordungarn, und ist auch von slawischen Kolonisten übernommen worden. Ganz überwiegend ist sie eine Rodungshufe geblieben; infolgedessen tritt sie in den genannten Ländern nicht als die einzige Hufenart auf. Im weitaus größten Teile ihres Bereiches steht ihr die „flämische“ Hufe als diejenige Hufenart gegenüber, mit welcher das offene Land besiedelt zu werden pflegt. Diejenige Abart der flämischen Hufe, mit welcher allein die fränkische Hufe in dem weiten Gebiet östlich der Elbe benachbart ist, zum Teil auch im Gemenge liegt, ist ihrem Maße nach längst bekannt. Sie enthält 30 Morgen zu je 300 Quadratruten bei einer Rute von 7½ Ellen = 15 Fuß; ihr Flächeninhalt nach heutigem Maß ist 16,80 ha<sup>3)</sup>.

---

<sup>1)</sup> Für gütige Hinweise auf Literatur danke ich den Herren Professor Köhsche in Leipzig, Landesarchivdirektor i. R., Professor Bretholz in Brünn und Staatsarchivrat Randt in Breslau. — Die Regesten zur Geschichte Schlesiens (Cod. dipl. Sil., Bd. VII, XVI, XVIII, XXII, XXIX und XXX), hggb. von Grünhagen, fortgesetzt von ihm und Butke, dann von Butke, Randt und Bellée, sind hier mit SR. und der Nummer zitiert. <sup>2)</sup> August Meitzen, Urkunden schlesischer Dörfer

(Cod. dipl. Sil. IV), 1864, Einleitung S. 84, weist zum Vergleich mit den schlesischen großen (fränkischen) und kleinen (flämischen) Hufen auf eine Nachricht hin, nach welcher die Fuldaer Hufe 60 Morgen, die Frankfurter (schlichte) Hufe 30 hielt. Ihm war damals noch unbekannt, daß die Fuldaer Hufe mit 11 ha 96 ar noch nicht halb so groß war als die fränkische des Ostens, auch noch ganz abweichenden Maßeinheiten berechnet wurde. Vergleiche die Nachweisung der Längen- und Flächenmaße nach F. G. Gauß bei Meitzen, Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Preussischen Staates III (1871), S. 615;

<sup>3)</sup> Vergl. Meitzen, Urkunden schlesischer Dörfer, Einleitung S. 47 und Anmerkung 1; Zeitschr. d. Vereins f. Geschichte Schlesiens. Bd. LXI.

Dagegen ist man in Deutschland über den Flächeninhalt und die Messungsweise der fränkischen Hufe lange im Dunkeln gewesen. Der gründliche Stenzel stellte 1832 eine Anzahl schlesischer Nachrichten über Abgaben von großen (fränkischen) und kleinen (slämischen) Hufen zusammen<sup>1)</sup>. Diese Angaben ließen, obwohl die Relation nicht immer ganz dieselbe war, auf ein ungefähres Verhältnis des Inhalts der slämischen zu dem der fränkischen Hufe wie 2:3 schließen. Nur reihte Stenzel irrtümlich eine Nachricht von 1262 ein, welche für ein kleines und ein großes polnisches Pflugmaß (radło und plug) das Verhältnis 1:2 ergibt<sup>2)</sup>. 1853 ließ sich Stenzel durch einen aus Magdeburg, also nicht aus dem Bereich der fränkischen Hufe, stammenden Spruch verleiten, die große Hufe Schlesiens mit 60 Morgen, also dem Doppelten der kleinen (slämischen) Hufe anzusetzen<sup>3)</sup>.

Auf anderem Wege versuchte 1863 Meitzen die Größe der fränkischen Hufe in Schlesien zu ermitteln. Er bemühte sich, für einzelne Dörfer die tatsächliche Größe der Hufen festzustellen, und gelangte auf unzureichender Grundlage zu dem Ergebnis, daß die fränkische Hufe etwa 140—150 preußische Morgen, also 35—37,5 ha ausmachte<sup>4)</sup>.

derselbe, Boden des Preussischen Staates VI, S. 97, III, S. 610 und 618. Diese Hufe wird auch kleine Hufe genannt, in Polen gegendweise kulmische oder auch Neumarkter Hufe. Vgl. Franciszek Piekosinski, O łanach w Polsce wieków średnich (Über die Hufen im mittelalterlichen Polen). Rozprawy wydziału historyczno-filozoficznego akademii umiejętności (Abhandlungen der historisch-philosophischen Abteilung der Akademie der Wissenschaften zu Krakau), Bd. XXI (1888), S. 74 ff.

1) Tzschoppe und Stenzel, Urkundenammlung zur Geschichte des Ursprungs der Städte und der Einführung und Verbreitung deutscher Kolonisten und Rechte in Schlesien und der Ober-Lausitz (1832), S. 173 f. 2) Synodalbeschluß, Cod. dipl. Maioris Poloniae I, Nr. 402, vgl. Stenzel, Einleitung zu „Urkunden zur Geschichte des Bistums Breslau“ (1845), S. 44. Zu diesen polnischen Landmaßen (Schätzungsmaßen) vergl. Franciszek Bujak, Studya nad osadnictwem Małopolski (Studien über die Besiedlung Kleinpolens) in den angeführten Abhandlungen d. Akad. d. Wissensch. zu Krakau, histor.-philos. Abt., Serie 2, Bd. 22 (1905), S. 353—390 (Abschnitt über die Wirtschaftseinheit). Ein Teil des wertvollen schlesischen Materials wird hier S. 365 f. verwertet. Zur vorläufigen Orientierung s. Stanisław Kutrzeba, Historia ustroju Polski w zarysie I, 6. Aufl., 1925, S. 50; deutsche Übersetzung von Christiani nach der 3. Aufl.: Grundriß der Polnischen Verfassungsgeschichte (1912), S. 14. 3) Geschichte Schlesiens, S. 307. Ein Magdeburger Spruch kann sich nicht auf fränkische „große“ Hufen beziehen, welche der dortigen Gegend fremd sind, sondern nur auf große slämische Hufen von 60 Morgen, wie solche schon für das 1154 angelegte Rühren bei Wurzen (Freistaat Sachsen) bekannt sind. Vgl. Rudolf Köhlsche, Quellen zur Geschichte der ostdeutschen Kolonisation (1912), Anhang, S. 141. 4) Meitzen, Urkunden schles. Dörfer, Einleitung, S. 86; vgl. S. 76 u. 81.

Dagegen ermittelte derselbe Forscher 1895 für die fränkischen Siedlungen Frankenu und Taubenheim bei Meissen eine Hufengröße von etwa  $27\frac{1}{2}$  ha <sup>1)</sup>. Die Annahme, daß die fränkische Hufe als die Hälfte der Königshufe anzusehen sei <sup>2)</sup>, fand durch einen wichtigen Fund Meiches eine Bestätigung. Er wies 1920 auf eine bisher unbeachtet gebliebene Meßanweisung hin, welche in einer Schöffenspruchsammlung der Dresdener Staatsbibliothek enthalten ist <sup>3)</sup>. Aus ihr ergibt sich für die Feldvermessung eine Größe der fränkischen Hufe von etwas über 24 ha.

In Polen ist die Kenntnis der Ausmessung der fränkischen Hufe nie ganz abgebrochen. Seit Grzepski 1566 in seiner Geometria die Ergebnisse seiner Erkundigungen über die Ausmessung der Hufen veröffentlicht hatte, hat hier fortlaufend eine Literatur von Feldmessern und Agrarschriftstellern die Hufenmaße behandelt. Franciszek Piekosiński hat dann 1888 den Hufen Polens eine gründliche, in Deutschland nicht beachtete Abhandlung gewidmet <sup>4)</sup>. Er stellte als das Grundmaß der fränkischen Hufe den Flächeninhalt von  $43\frac{1}{5}$  polnischen (= flämischen) Morgen fest, also 24,19 ha <sup>5)</sup>.

Die fränkische Hufe wird in Meissen und dem Vogtlande lehen genannt; das Wort wird lateinisch durch beneficium, auch feodum wiedergegeben <sup>6)</sup>. Das älteste Zeugnis ist von 1162: mansi, qui franconica lingua lehen appellantur <sup>7)</sup>. Wie Heinrich Felix Schmid darlegt, kennzeichnet das Wort diese Hufe als Leihhufe, und zwar als Kolonistenhufe. In Franken und anderen Teilen Süddeutschlands finden wir „Lehen“ für bäuerliche Wirtschaftseinheiten gebraucht <sup>8)</sup>;

1) Meitzen, Siedelung und Agrarwesen der Westgermanen und Ostgermanen, der Kelten, Römer, Finnen und Slawen III (1895), S. 428. 2) Rudolf Köhlschke, Grundzüge der deutschen Wirtschaftsgeschichte bis zum 17. Jahrhundert, 1. Aufl. (1908), S. 116; 2. Aufl., S. 153; derselbe, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters, S. 404, Anmerkung 1. 3) Alfred Meiche, Der alte Zellwald an der Freiburger Mulde, ein Beitrag zur Geschichte der ostmitteldeutschen Kolonisation mit einer Nebenuntersuchung über die fränkische Hufe. Neues Archiv für sächsische Gesch. u. Altertumskde 41, S. 29 f. 4) In der in Anmerkung 3, S. 81, zitierten Schrift. Obige Mitteilung über die ältere Literatur folgt seinen ausführlichen Angaben S. 50–52. 5) Piekosiński a. a. D., S. 60. Vgl. Rutzeba a. a. D. S. 55, Übersetzung S. 35. 6) Heinrich Felix Schmid, Lehn = Hufe, Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte 44, Germanistische Abteilung (1924), S. 289–291. 7) Rudolf Köhlschke, Quellen zur Geschichte der ostdeutschen Kolonisation, Nr. 24 a. 8) Belege für bäuerliche Lehen aus Franken bei Grimm, Weistümer III, S. 527, 613; VI, 83, 85 ff. (vgl. 37 u. 59); dazu Fritz Löwe, Die rechtliche Stellung der fränkischen Bauern im Mittelalter, Heidelberger Dissertation, 1888, S. 9 ff. Belege aus dem Elsaß bei Grimm V, 390 u. 393 (vgl. IV, 3 f.).

manchmal werden die Lehen den Huben gegenübergestellt. Ein zweites Gebiet der Waldkolonisation, in welchem das Wort Lehen das Wort Hufe vollständig ersetzt, finden wir in einem Teile Österreichs, besonders auf dem linken Donauufer, nebst dem Passauer Walde <sup>1)</sup>).

Vom Sorbenlande aus ist, wie Schmid darlegt, der Ausdruck lehen nach Böhmen und Mähren gelangt; hier ist daraus das slawische Wort lan, latinisiert laneus, geworden <sup>2)</sup>). Diese Worte ohne Zusatz haben die allgemeine Bedeutung Hufe, bezeichnen also nicht speziell die fränkische Hufe. Aus Böhmen und Mähren sind sie nach Oberschlesien und Polen und nach anderen Ländern des Ostens gedrungen. Dagegen ist laneus der Urkundensprache Nieder- und Mittelschlesiens fast ganz fremd geblieben <sup>3)</sup>), abgesehen von den schlesische Orte betreffenden Urkunden der böhmischen Kanzlei <sup>4)</sup>).

In Schlesien wird die fränkische Hufe nie als lehen (beneficium) bezeichnet; vielmehr wird sie hier und in Polen mansus franconicus oder m. magnus (maior) genannt im Gegensatz zur flämischen Hufe, dem mansus flamingicus oder parvus <sup>5)</sup>). An der stets angenommenen

---

Ferner Theodor Knapp, Gesammelte Beiträge zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte, 1902, Wort- und Sachverzeichnis unter: Lehen = Bauerlehen. Für Thüringen scheinen Belege zu fehlen; Hellingen (Meißen, Boden des Preuß. Staates VI, S. 172, Anmerkung) bei Koburg ist fränkisch. Wegen der lanei in Trömmstedt siehe Schmid a. a. O. S. 290, Anmerkung 5.

1) Siehe Alfons Dopf, Die landesfürstlichen Urbare Nieder- und Oberösterreichs (Österreichische Urbare I, 1), Einleitung S. CIII—CV, CXX. Vgl. Waig, Deutsche Verfassungsgeschichte VI, 2. Aufl., bearbeitet von Seeliger, S. 12, Anmerkung 1; Monumenta Boica 28, 2, S. 178 ff. (feoda, beneficia, lanea); Grimm, Weistümer VI, S. 125 f.; Schmid, Streitberg-Festgabe, S. 333, Anmerkung 1. 2) Schmid an der, S. 83, Anmerkung 6, angezogenen Stelle; derselbe in der Streitberg-Festgabe (1924), S. 331—335; vgl. denselben, Savigny-Zeitschrift 46, Kanonistische Abt., S. 93, Anmerkung 4. Schmid weist die bisher umstrittene Herleitung des Wortes lan von lehen als richtig nach. 3) Das Wort findet sich hier zuerst in einer Urkunde vom 29. Aug. 1284, Auszug bei Grünhagen, Urkunden der Stadt Brieg (Cod. dipl. Sil. IX), Nr. 1592, S. 258. Zur Lage von Miristow vergl. Markgraf, Cod. dipl. Sil. XIV, S. 165, Anmerkung 1 a. Auch eine Urkunde des Breslauer Landeshauptmanns von 1349 spricht von lanei seu mansi in der Breslauer Gegend. Meißen, Urkunden schlesischer Dörfer, S. 13, Nr. 16. 4) Vgl. SR. 5636 (1336); Auszug aus Urkunde von 1345 bei Stenzel, Jahresbericht 1842 der Schles. Ges. f. vaterl. Kultur, S. 77, Anmerkung 75. Entsprechende Fälle für die Oberlausitz und Thüringen bei Schmid, Savigny-Zeitschrift 44, Germ. Abt., S. 290, Anmerkung 5. 5) In schlesischen Urkunden erscheinen maiores mansi in der Urkunde von angeblich 1218 (wahrscheinlich Fälschung, lag spätestens 1235 schon vor), Büßching, Urkunden des Klosters Leubus (1821), Nr. 22, S. 65 = SR. 199; mansi magni, abgesehen von den Fälschungen SR. 76 a, 93 u. 103, zuerst 1228 SR. 336 (die vorliegende Abschrift wohl nur interpoliert; Schulte,



Identität der fränkischen und der großen Hufen in diesen Gegenden kann nicht gezweifelt werden. Z. B. erscheinen die 3000 dem Kloster Leubus von dem großpolnischen Herzog verliehenen Hufen bei Jilehne 1233 als große, 1234 als fränkische Hufen <sup>1)</sup>. Ebenso sind in Schlesien und in Polen die flämischen und die kleinen Hufen identisch. Meitzen nahm allerdings an, daß in Schlesien als kleine Hufe nicht nur die flämische, sondern auch eine von ihr zu unterscheidende „Landhufe“ von 65,81 preußischen Morgen (= 16,80 ha) bezeichnet worden sei; nur diese letztere habe in Gewannen gelegen <sup>2)</sup>. Diesen Behauptungen hat er selbst später, ohne sie vollständig zu widerrufen, die Grundlagen entzogen. 16,80 ha sind gerade das Maß der flämischen Hufe rechts der Elbe, abgesehen von Pommern und teilweise der Mark Brandenburg. Gewannlage ist schon früh bei flämischen Hufen die Regel. Bereits das 1154 von Flamen angelegte Rühren bei Wurzen, östlich von Leipzig, liegt in Gewannen, ebenso das 1159 von Flamen besiedelte Raundorf, östlich von Dessau <sup>3)</sup>. Gewannlage herrscht in der Ebene der Mark Meissen und desgleichen, abgesehen von den Holländerhufen der Elbniederung, in der Mark Brandenburg <sup>4)</sup>. In Schlesien liegen die flämischen Hufen vorwiegend in Gewannen; besonders im Hügellande bilden sie mit manchen Übergängen auch geschlossene Streifen.

Kleine Schriften I, Darst. u. Quell. z. schles. Gesch. 23, S. 127 ff. geht zu weit); dann 1230, Urkunden des Klosters Ramenz (Cod. dipl. Sil. X) Nr. 3 und oft; mansi franconici 1237, SR. 499 b (vgl. Meitzen a. a. O., Einleitung, S. 85, Anmerkung 3) und dann oft. Für Polen siehe die Nachweisungen bei Piełosiński a. a. O. S. 74 ff.

<sup>1)</sup> Büßching a. a. O., Nr. 49 = SR. 416; Cod. dipl. Majoris Poloniae I, Nr. 170 = SR. 435. Dieselben Hufen erscheinen in einer weiteren Urkunde von 1233 bei Röhsche, Quellen, Nr. 54 b = SR. 400 als: tria milia mansorum talium, qualium sunt circa Aureum montem in terra . . . H. ducis Zlesie. <sup>2)</sup> Urkunden schlesischer Dörfer, Einleitung, S. 87, 93 ff. Die behauptete nachträgliche Umlegung geschlossener Hufen zu Gewannhufen hat Meitzen in keinem Falle erwiesen, auch nicht in dem Seite 93 behandelten von Bisdorf, Kreis Neumarkt. Zu den auseinandergehenden älteren Angaben der Hufenzahl für diesen Ort, etwa 72 nach dem Lokationsplan von 1256, 44 im Jahre 1353, ist übrigens noch eine dritte getreten: 56 um 1305, Liber foundationis episcopatus Vratislaviensis D 5 (Cod. dipl. Sil. XIV). <sup>3)</sup> Boden des Preussischen Staates VI, S. 96 u. 123.

<sup>4)</sup> Meitzen, Siedelung und Agrarwesen II, 448 ff., III, 433. Vgl. ferner Eduard Otto Schulze, Die Kolonisierung und Germanisierung der Gebiete zwischen Saale und Elbe (Preischriften der fürstlich Jablonowskischen Gesellsch., Nr. 33, 1896), S. 155, dazu Vorwort, S. IX; Meitzen, Boden des Preussischen Staates VI, S. 96 f., 107 ff.; Gien, Die Besiedelung der Mittelmark (Forschungen zum Deutschtum der Ostmarken, 2. Folge, H. 1, 1926), S. 68 ff.

In Nieder- und Mittelschlesien treten im allgemeinen bei den Hufen im Laufe des dreizehnten Jahrhunderts die Bezeichnungen „fränkisch“ und „flämisch“ allmählich hinter den Ausdrücken „groß“ und „klein“ zurück. In Oberschlesien und Polen halten sich erstere Bezeichnungen auch weiter neben den letzteren. Ein weiteres Synonymum für „fränkische“ Hufe ist „deutsche“ Hufe. In Schlesien erscheint der Ausdruck nicht oft. 1221 wird dem Heiligengeist-Hospital zu Breslau der Bezug einer Getreideabgabe (Anteil am fixierten Zehnt) bestätigt *de quolibet manso teutonicali circa Aureum montem et in Olava*<sup>1)</sup>. Vielleicht ist hier das Beiwort „deutsch“ nur so zu verstehen, daß diese Hufen von Deutschen bebaut wurden; freilich wissen wir wenigstens von den Hufen um Goldberg, daß es fränkische waren<sup>2)</sup>. Dagegen sind sicher auf das Maß der fränkischen Hufen zu beziehen die Bezeichnungen „große deutsche“, auch kurzweg „deutsche“ Hufen, welche um die Mitte des vierzehnten Jahrhunderts in der weiteren Umgebung von Liegnitz mehrfach auftreten<sup>3)</sup>. In Polen wird die fränkische Hufe auch deutsche Hufe genannt<sup>4)</sup>. Irrtümlich hat man die letztere als eine besondere Hufenart angesehen. Z. B. hat nach Piefosiński's Mitteilung Czacki 1844 gerade diejenige Hufe als die deutsche von der fränkischen unterschieden, welche das alte Maß von 729 000 Quadratellen getreu bewahrt<sup>5)</sup>.

Der durchgehende Unterschied der fränkischen (großen) und der flämischen (kleinen) Hufe liegt in der Größe. Gewöhnlich unterscheiden sie sich noch durch weitere Merkmale. Die fränkische Hufe ist, wie erwähnt, als Rodungshufe ausgebildet und vorwiegend verwendet worden, während die flämische in den Gegenden, in welchen neben ihr die fränkische auftritt, auf dem alten Kulturlande und sonstigem leicht urbar zu machendem Lande zur Verwendung zu kommen pflegt. Es gibt aber Ausnahmen. Auch Wälder sind zu flämischen Hufen ausgesetzt worden. So hat der Bischof von Breslau 1237 einen Wald

1) Korn, Breslauer Urkundenbuch, Nr. 3 = SR. 246. Ähnlich 1267 in den S. 87, Anmerkung 2, angezogenen Urkunden. 2) Siehe S. 85, Anmerkung 1. Vgl. auch die *mensura teutonicalis* und die *virgae teutonicales*, siehe unten den Text S. 96, Anmerkung 3. 3) Schirmacher, Urkundenbuch der Stadt Liegnitz und ihres Weichbildes (1866), Nr. 185 u. 197; Röhler, Zeitschrift f. Gesch. Schlef. VI, 1, S. 45, Nr. 413; Klose, Mitteil. d. Geschichtsver. zu Liegnitz IV, S. 171, unter Nr. 31. Deutsche Hufen ferner 1367 zu Olze, Kreis Striegau. Bresl. Staatsarchiv, Landbuch A des Fürstent. Schweidnitz-Jauer, f. 28 verso. 4) Piefosiński a. a. O. S. 60 u. 79. Die weitere Benennung „Magdeburger Hufen“ erklärt sich aus der häufigen Verbindung der Verleihung von Magdeburger Recht und von fränkischen Hufen; vgl. a. a. O. S. 74. 5) Piefosiński a. a. O., S. 62.

an der Gläzer Reize zu 200 flämischen Hufen aussetzen lassen <sup>1)</sup>. Hier sind die heutigen Dörfer Petersheide, Schönheide, Friedewalde und Großbriesen, sämtlich Kreis Grottkau, entstanden. Andererseits sind in Niederschlesien in beträchtlichem Maße slawische Feldfluren in deutschrechtliche Dörfer mit fränkischen (großen) Hufen umgewandelt worden. Im Jahre 1267 vergleicht sich der Liegnitzer Herzog Boleslaw mit dem Bischof von Breslau über den zurückgehaltenen Zehnten des abgelaufenen Jahres vom kolonisierten Lande <sup>2)</sup>. Auf eine Bestimmung über die Zehnten der durch Waldrodung gewonnenen deutschen Hufen folgen solche über das bisher garbenzehntpflichtige Land, also das alte Kulturland. Bei diesem wird unterschieden zwischen den nach großen (fränkischen) und den nach kleinen (slämischen) Hufen besiedelten Flächen.

Ein weiterer typischer Unterschied der fränkischen und der slämischen Hufe unseres Gebietes liegt in ihren Formen; er hängt mit der eben besprochenen Verschiedenheit zusammen. Für die fränkische Hufe des Ostens sind die langen, in Anpassung an das meist bergige oder hügelige Gelände gewundenen Hufenstreifen und der breite, vom Dorfe aus die ganze Flur durchziehende Viehweg charakteristisch <sup>3)</sup>. Die slämischen Hufen dagegen liegen vorwiegend in Gewannen <sup>4)</sup>. Wo sie mit allmählichen Übergängen in größeren Streifen liegen, unterscheiden sich diese durch gerade Linien und größere Schmalheit von den erwähnten fränkischen Streifen. Weizen führt aus Schlesien eine größere Zahl solcher in „slämischen“ Parallelstreifen liegenden Fluren an <sup>5)</sup>. Nun ist bei einigen dieser Fluren die Hufenart urkundlich bezeugt. Da zeigt sich, daß Schwammelwitz, Kreis Reisse, Ubersdorf, Kreis Ols, und Falkowitz, Kreis Oppeln, in der Tat slämische (kleine) Hufen haben <sup>6)</sup>. Dagegen liegen Kosel, Ritterswalde und

<sup>1)</sup> SR. 503. Vgl. Schulte, Cod. dipl. Sil. XIV, S. 6, Anmerkung 53.

<sup>2)</sup> Stenzel, Urkunden zur Geschichte des Bistums Breslau, Nr. 26 u. 27 = SR. 1278 u. 1281.

<sup>3)</sup> Vgl. Weizen, Urkunden schlesischer Dörfer, Einleitung, S. 86 u. 90, Anmerkung 1; Max Hellmich, Das schlesische Dorf, in Schlesische Landeskunde, Geschichtl. Abt., hggb. von Rumpers, 1913, S. 396 ff. mit Übersichtskarte der schlesischen Reihendörfer. Über die Form der fränkischen Hufenstreifen geben zwei im Neuen Lausitzischen Magazin, Bd. 102 (1926), erschienene Abhandlungen Aufschlüsse: Walter Heinich, Die fränkische Hufe in der Oberlausitz, S. 50—76, und Johannes Langer, Siedlungsgeographische Studie über Flurgrößen der südlichen Waldzone zwischen Elbe und Reisse, S. 77—125. Beiden Arbeiten sind Flurskizzen beigegeben. Auf die in beiden Aufsätzen enthaltenen Bestimmungen der Hufengröße komme ich im zweiten Teil dieser Arbeit zu sprechen.

<sup>4)</sup> Siehe oben S. 85.

<sup>5)</sup> Weizen, Urkunden, Einleitung, S. 90 f.

<sup>6)</sup> Lib. fund. ep. Vratisl. A 222 (Cod. dipl. Sil. XIV); SR. 2054 u. 3043.

Altewalde, sämtlich Kreis Meisse, und Pawlowitz, Kreis Pleß, in fränkischen (großen) Hufen <sup>1)</sup>. Es zeigt sich also, daß an diesen Mittelformen sowohl fränkische wie slämische Hufen beteiligt sind.

Meitzen hat ferner Fälle angezogen, in welchen fränkische Hufen in Schlesiens in Gewannen liegen <sup>2)</sup>. Für seine Meinung, daß dies erst auf nachträglicher Umwandlung beruhe, hat er den Beweis nicht erbracht. Ich halte diese Auffassung um so weniger für stichhaltig, als, wie Meitzen selbst festgestellt hat <sup>3)</sup>, schon die im Anfang des zwölften Jahrhunderts angelegten Hufen der fränkischen Kolonisten des Wiprecht von Großsch, südöstlich von Leipzig, in Gewannen liegen. Das Flächenmaß „fränkische Hufe“ war nicht notwendig mit der üblichen Streifenform verbunden; in welchem Umfange tatsächlich Hufen dieser Größe in Gewannen liegen, müßten erst Einzeluntersuchungen zeigen.

Wir wenden uns jetzt der Feststellung der Größe der fränkischen Hufe zu. Zur Ermittlung der Größe alter Landmaße stehen uns zwei Erkenntnisquellen zur Verfügung. Die eine sind die Quellangaben über die Größe des Landmaßes und über die Größe der einzelnen Maße, nach welchen es gemessen wurde; von ihnen soll in diesem ersten Teile gehandelt werden. Der andere Weg besteht in der Ermittlung des Flächeninhalts bestimmter Güter, Gemarkungen oder Komplexe von Gemarkungen, sofern entweder ihre Größe, in dem Landmaße ausgedrückt, uns überliefert ist, oder das gleichmäßige Wiederkehren bestimmter Flächengrößen das Vorliegen eines alten Landmaßes anzeigt. Hier soll der zweite Teil nach fremder und eigener Forschung eine Ergänzung bieten. Es wird dabei auf die Fehlerquellen hinzuweisen sein, welche bei dem zuerst von Meitzen eingeschlagenen Verfahren, aus der Gemarkungsgröße und der überlieferten Hufenzahl die Hufengröße zu ermitteln, bestehen.

Alle für die Messung der fränkischen Hufe erforderlichen Angaben mit Ausnahme der Länge der Elle (Landelle) sind in einer Anzahl von Messungsanweisungen enthalten, welche ihrer handschriftlichen Überlieferung nach in die Zeit von ungefähr 1400 bis 1600 fallen. Die einzige in deutscher Sprache vorliegende Anweisung ist schon oben erwähnt worden. Obwohl dieser Text schon mehrfach veröffentlicht

---

<sup>1)</sup> Lib. fund. ep. Vratisl. A 213, 99, 116; SR. 2302, wo statt „Morgen“ gewiß Hufen einzusetzen sind. <sup>2)</sup> M. a. D., S. 89 f. <sup>3)</sup> Siedelung und Agrarwesen II, S. 442.



worden ist <sup>1)</sup>, bringe ich ihn hier noch einmal, da ich öfters auf ihn zurückkommen muß:

Hort das recht, wie man ffrenckischze hube sal awsmessen<sup>2)</sup>).

Wisset, das eyne mosrute sal seyn XV eln lank uff schonem lande, und der ruten sal drey eyne seil habin und das seil sal habin XLV eln und der seil czwey machin eine halbe hube obir die thwer. Und so zal man denne mitten yn dem dorffe anhebin und messen die lenge. Derselbin zeil XXX behaldin eyne lenge eynes feldis und LX zeil die behaldin czwey feld und XC zeil die behaldin eyne lenge von rechte.

Und wo do ist vor eyne felt, do sol man lengen drey huben vor eyne hube. Und wo do sint czwey felt, do sal man lengen czwu <sup>3)</sup> huben vor eyne. Und wo is hat czwey felt, do sal man lengen eyne hube vor VIII ruten.

Und wo do poschz adir walt ist, do sal eyne yde rute haben XVI eln, wenne man nicht kan das seil alzo gerichtete czyen alzo uff gerichtem lande.

Alzo ist is zcu uns eyne recht.

Die obige Meßanweisung ist in der Handschrift M 34 b der Landesbibliothek Dresden (früher in der dortigen Stadtratsbibliothek), nach Risch etwa aus der Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts, enthalten. Vor einer zweiten, in Dresden selbst entstandenen Spruchsammlung <sup>4)</sup> ist hier eine Sammlung Magdeburger Schöffensprüche eingetragen, in welcher das obige Schreiben als Kapitel 103 steht. Es ist, wie seine Form deutlich zeigt, kein Schöffenspruch, sondern eine Auskunft über das Recht der Hufenmessung, es bildet also hier einen „Fremdkörper“ <sup>5)</sup>. Die Bestandteile dieser Sammlung, welche auf ältere Sammlungen zurückgeht, sind teils schlesischer, teils Krakauer

<sup>1)</sup> Die unten bezeichnete Spruchsammlung ist, soweit sie inhaltlich nicht schon bekannt war, von H. Wasserschleben, Sammlung deutscher Rechtsquellen I, 1860, S. 80—120, veröffentlicht worden, darin die Meßanweisung S. 91 als Kapitel 103. Alfred Meiche hat dieses Kapitel nach der Handschrift an dem S. 83, Anmerkung 3, angegebenen Orte abgedruckt und erläutert. Weiterer Druck nach Meiche bei Heinrich a. a. O., S. 52. Ich bringe den Text nach Meiche. <sup>2)</sup> Fast alle Kapitel der Sammlung sind mit solchen Überschriften versehen worden.

<sup>3)</sup> „czwu“ ist Entstellung für 1½. Die Begründung folgt unten bei der Besprechung der Länge und Breite der Hufe. <sup>4)</sup> Auf diese andere Sammlung bezieht sich die Feststellung von Guido Risch, Leipziger Schöffenspruchsammlung (1919), Einleitung, S. 63, daß hier eine Anzahl Magdeburger Sprüche für Raumburg enthalten sind. Ich stelle dies fest wegen Meiches Bemerkung a. a. O., S. 29, Anmerkung 2.

<sup>5)</sup> Solche finden sich auch sonst in den Spruchsammlungen. Vgl. z. B. Risch a. a. O., Einleitung, S. 73 f.

Herkunft<sup>1)</sup>, Behrend vermutet mit Grund in Krafau den Entstehungsort der Sammlung<sup>2)</sup>. Nach einer schlesischen oder einer kleinpolnischen Stadt dürfte also auch das obige Schreiben gerichtet gewesen sein. Die Sammlung ist gegen Ende des vierzehnten Jahrhunderts entstanden, das Schreiben gehört vermutlich der zweiten Hälfte desselben an. Leider ist über den Ausgangsort nicht einmal eine Vermutung möglich. Magdeburg kann es nicht sein, da seine Umgebung nicht mit fränkischen Hufen besiedelt ist. Während die große Mehrzahl der Kapitel sich in einer oder mehreren Parallelsammlungen wiederfindet, ist Kapitel 103 wie ein kleiner Teil der übrigen in keiner derselben enthalten; es fehlt auch<sup>3)</sup> in der von Guido Risch<sup>4)</sup> aufgefundenen, nahestehenden Sammlung, welche einen Bestandteil einer in den großen Görlicher Codex Varia 4 abschriftlich aufgenommenen Liegnitzer Spruchsammlung bildet. Aus dem Fehlen in anderen Sammlungen darf man schwerlich schließen, daß dieses Schreiben besonders jung sei. Nicht überall, wo solche Sammlungen entstanden, hatte man für das Maß fränkischer Hufen Interesse.

Alle anderen Anweisungen stammen aus Polen. Zwei unter sich unabhängige Anweisungen, beide von Grzepski 1566 überliefert, ergeben ebenfalls einen Flächeninhalt von 729 000 Quadratellen<sup>5)</sup>. Einige weitere Anweisungen aus Polen weichen nur durch kürzere Rutenlänge ab, wodurch sich ein kleinerer Flächeninhalt ergibt. Die älteste derselben ist wie alle diese Texte aus Polen in lateinischer Sprache abgefaßt; sie allein hat Versform<sup>6)</sup>. Sie liegt in zwei Fassungen vor. Die eine, vollständige, ist im fünfzehnten Jahrhundert in eine Sachsenspiegelhandschrift eingetragen worden, welche sich im Besitz des Grafen Djalinski in Posen befand<sup>7)</sup>. Eine inhaltlich übereinstimmende, geschicktere Fassung, welche die letzten zwei der sechs Verszeilen wegläßt, aber durch etc. andeutet, ist wohl um 1400<sup>8)</sup>

1) Von der Entstehung der Sammlung handeln Wasserschleben a. a. O., S. XIV f. und gründlicher J. Fr. Behrend, Die Magdeburger Fragen (1865), Einleitung, S. XVI ff. 2) Behrend a. a. O. S. XVII. 3) Dies habe ich durch freundlichst gestattete Durchsicht der Handschrift, Bl. 148 a bis 187 a, im Görlicher Ratsarchiv festgestellt. 4) Schöffenspruchsammlungen, Zeitschrift der Savigny-

Stiftung für Rechtsgeschichte XXXIX, Germ. Abt., S. 348 ff. Auf die Bedeutung dieser Handschrift für die Geschichte der Stadt Liegnitz sei bei dieser Gelegenheit hingewiesen. 5) Beide bei Piesosiński a. a. O. S. 60, als Nr. 3 u. 4 veröffentlicht.

6) Vermutlich sind diese Verse in Krafau entstanden, da die aus dem Krafauer Stadtbuche stammende Beschreibung fast dieselbe Hufengröße ergibt.

7) Veröffentlicht von G. Waiz, Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtsfunde XI (1858), S. 398.

8) Nach Piesosiński Ende des vierzehnten, nach Meinardus im fünfzehnten Jahrhundert.

ebenfalls in eine Sachsenspiegelhandschrift (Nr. 182 der Jagellonischen Bibliothek in Krakau) eingetragen worden <sup>1)</sup>. Fast genau dieselbe Fläche ergibt eine von dem genannten Grzepski einer Abschrift aus einem Krakauer Stadtbuche entnommene Anweisung <sup>2)</sup>. Ein weiterer in den księgi podkarbińskie (Büchern des Kronschatzmeisters) 1576 bis 1586 enthaltener Text stimmt, abgesehen von einer Ergänzung und zwei Versetzen, mit dem letztgenannten überein <sup>3)</sup>.

Die stärksten Abweichungen zeigt eine Meßanweisung, welche in die schon genannte Posener Sachsenspiegelhandschrift vor dem erwähnten Merkvers eingetragen worden ist <sup>4)</sup>. Sie allein weicht in bezug auf die Länge der Hufe, in Ruten ausgedrückt, von den übrigen ab.

Piekosiński bringt weiter Anweisungen für die flämische (kulmische) Hufe, ferner für die großen königlichen Hufen und die kleinen „Bauernhufen“. Die beiden letzteren spät bezugten Hufenarten sind von der fränkischen Hufe zu unterscheiden. Piekosiński sieht in beiden Neubildungen, wogegen Bujak die königliche Hufe von dem altpolnischen aratrum magnum ableitet, auch ein Fortleben des Maßes des radło (uncus) annimmt <sup>5)</sup>.

Den Angaben, welche Meizen nach Mitteilungen des Staatsrats W. von Colberg über dreierlei fränkische Hufen in Polen

1) Gedruckt bei Piekosiński a. a. O., S. 61, als Nr. 5 und bei Meinardus, Das Neumarkter Rechtsbuch (Darst. u. Quell. z. schles. Gesch. II, 1906), S. 94. Das letzte Wort des ersten Verses, pugnum bei Piekosiński, pinginum oder pinguum bei Meinardus, ist natürlich für pugnum verschrieben. 2) Gedruckt bei Piekosiński, S. 59, als Nr. 1 u. 2. 3) Gedruckt bei Piekosiński, S. 61, als Nr. 6.

Dieser hat den Rechenfehler des Verfassers übersehen, welcher, um die Länge von 12 palmae zu erhalten, die Zahl 168 statt der Zahl 12 durch 8 dividiert. Außerdem ist bei der Hufenlänge 260 offenbar auch ein Flüchtigkeitsfehler für 270.

4) Gedruckt bei Waiz a. a. O., S. 398. Der Text ist verworren überliefert. Wegen der Rutenlänge siehe unten. 5) Piekosiński, S. 53 ff., 63 ff., 81 ff.; Bujak a. a. O., S. 379 ff.

— Hier möchte ich auf die interessante mensura de Traiecto aufmerksam machen. Nach einer Urkunde von 1379 gilt dieses Maß für acht ältere und zwölf neu auszufehende Hufen in Łączyń (Lantczyń) bei Andrejew, südwestlich von Kielce; die Hufen sollen 12 Ruten zu  $7\frac{1}{2}$  Ellen breit und 42 Morgen lang sein. Piekosiński, Cod. dipl. Poloniae Minoris III, Nr. 347. In der angeführten Abhandlung, S. 77, deutet Piekosiński Traiectum als Frankfurt a. M. Diese Stadt hat aber nicht die von ihm angenommene Beziehung zu den fränkischen Hufen. Vielmehr wird Utrecht gemeint sein. Die angegebenen Maße weisen nicht auf fränkische Hufen. Die Beschreibung ist nicht unvollständig, wie Piekosiński S. 76 meint. Der Morgen wird als Längenmaß gebraucht; darunter dürfte die bei Neumarkter (flämischen) Morgen übliche Länge von 30 flämischen Ruten zu verstehen sein. Nach der Urkunde sind diese Hufen größer als die Neumarkter Hufen. Es ergeben sich 50,4 Morgen = 28,2 Hektar.

bringt <sup>1)</sup>, scheinen nur neuere Quellen zugrunde zu liegen, da durchweg mit der kurzen flämischen Rute von  $7\frac{1}{2}$  oder auch  $7\frac{1}{4}$  Ellen gemessen wird. Die zu c genannte „deutsche“ Hufe ist die gewöhnliche fränkische von 729 000 Quadratellen. Meitzen berechnet diese Hufe falsch, da er die Rutenlänge von  $7\frac{1}{2}$  Ellen versehentlich zu 4,22 statt 4,32 m ansetzt.

Sodann liegen Urkundenangaben vor über die Länge der fränkischen Rute, des Gewendes, der mensura teutonicalis, ferner über die Einteilung der Hufe. Diese Angaben führen bedeutend weiter zurück als die angeführten Beschreibungen der Hufe. Es ist zu vermuten, daß noch manche Angaben dieser Art zu finden sind.

Wir betrachten zunächst die einzelnen Maße, von deren Länge der Flächeninhalt der fränkischen Hufe abhängt. In unserem Gebiet ist gewöhnlich die Elle das kleine Längenmaß für Landmessungen gewesen, seltener der Fuß, welcher hier die Hälfte der Elle ist. Es fehlt an älteren Angaben über die Länge der Landelle. Für Schlesien wird ihre Länge 1736 mit 255,3 Pariser Linien (= 0,5759 m) angegeben<sup>2)</sup>. Später wurde amtlich die schlesische Landelle genauer 255,39 Pariser Linien gleichgesetzt, was zirka 0,5761 m entspricht<sup>3)</sup>. Fast genau gleich ist die altkulmische Landelle mit zirka 0,5762 m. Diese Übereinstimmung, welche auf die Kolonisationszeit zurückgehen muß, zeigt, daß die Landelle jener Zeit in Schlesien und Preußen treu erhalten geblieben ist. Der Werkfuß in Halle a. d. S., von welchem 15 auf die Rute gehen, beträgt 0,288 633 3 m<sup>4)</sup>, ist also wenig größer als der Fuß Schlesiens und Preußens. In anderen Gebieten, welche von demselben Kolonisationsstrom ergriffen worden waren, ist das Ellen- oder das Rutenmaß in der Neuzeit durch landesherrliche Verordnungen festgelegt worden. So ist die kursächsische Rute, welche von alters her  $7\frac{1}{2}$  Ellen lang war, auf  $7\frac{7}{12}$  Leipziger Ellen zu 0,566 m festgelegt worden<sup>5)</sup>. Daraus ergibt sich, daß die Landelle größer war. Bei Annahme genauer Umrechnung käme man auf eine Landelle von 0,5727 m. Die polnische Elle beträgt genau 0,576 m<sup>6)</sup>, ist also auf französisches Maß

1) Boden des Preussischen Staates VI, S. 128, Anmerkung 1. 2) Angaben auf der Karte des Fürstentums Breslau von J. W. Wieland, berichtigt von M. Schubarth.

3) Nachweisung der Längenmaße bei Meitzen, Boden des Preussischen Staates III, S. 600 f. 4) Ebda. S. 601. Dasselbe Maß von 127,95 französischen Linien gibt Johann Tobias Mayer, Gründlicher und ausführlicher Unterricht zur praktischen Geometrie, 1. Teil (4. Aufl., 1814), in der Tabelle zu S. 60 nach Meinerts Feldmessenkunst an.

5) C. G. Ludovici, Kaufmannslexikon, umgearbeitet von J. C. Schedel, Bd. V (1800), Sp. 1203; Meitzen, Boden des Preussischen Staates III, S. 604. 6) Meitzen, ebda. S. 606.



reduziert. Die sogenannte altpolnische Elle war die im Jahre 1565 im ganzen Lande eingeführte Krakauer Elle. Nach Piekosiński machen 16 875 Quadratellen dieses Maßes 59 ar 90 qm aus <sup>1)</sup>; darnach hat die alte Krakauer Elle 0,596 m betragen. Für die nicht überlieferte Länge der Landelle Polens in der Kolonisationszeit ist wahrscheinlich der gleiche Wert von zirka 0,576 m anzusetzen wie in Schlesien und Preußen.

Die fränkische Rute war schon im Mittelalter verschieden lang. Die Angaben schwanken zwischen  $14\frac{1}{8}$  und  $16\frac{1}{8}$  Ellen, also  $28\frac{1}{4}$  und  $32\frac{1}{4}$  Fuß, oder, von lokalen Schwankungen des zugrunde liegenden Ellenmaßes zunächst abgesehen, zwischen 8,136 und 9,288 m. Die verbreitetste und m. E. ursprüngliche Länge war 15 Ellen (30 Fuß) = 8,64 m. Das ist eine sehr große Länge. Die in Deutschland angewendeten Ruten schwankten vorwiegend zwischen 10 und 16 Fuß<sup>2)</sup>; diejenige von 16 Fuß, je nach Fußmaß um 4,6 m sich bewegend, war besonders im Norden und Westen, aber auch in anderen Teilen Deutschlands sehr verbreitet <sup>3)</sup>. Schon seltener sind Ruten bis zu 20 Fuß Länge. Bei Salzburg kommt eine Rute von  $26\frac{1}{2}$  Fuß vor; auch diese wird von der „fränkischen“ Rute übertroffen <sup>4)</sup>.

15 Ellen lang ist die Rute nach der Anweisung der Dresdener Handschrift und ebenso groß nach der durch Grzepski überlieferten Beschreibung (Nr. 3 bei Piekosiński <sup>5)</sup>). Das älteste mir bekannte urkundliche Zeugnis für die Rute von 15 Ellen ist von 1359 und bezieht sich auf Giersdorf, Kreis Frankenstein in Schlesien <sup>6)</sup>, also im Bereich der fränkischen Hufe. Das Hufenmaß von zirka 24,2 ha, welches sich bei 3240 Quadratruten dieser Größe ergibt <sup>7)</sup>, ist, wie unten gezeigt wird, alt; insbesondere ist das schlesische Gebirgsland schon im Anfang der deutschen Besiedlung Schlesiens mit Hufen dieser Größe besiedelt worden.

<sup>1)</sup> Piekosiński a. a. O., S. 53, Anmerkung 4. <sup>2)</sup> J. L. Mayer a. a. O., Bd. III (4. Aufl. 1818), S. 149 f.; ferner die Nachweisung bei Meitzen, Boden des Preussischen Staates III, S. 600—607. <sup>3)</sup> Vgl. Meitzen, Siedlung und Agrarwesen II, S. 565 f., wo aber die älteren Maße Süddeutschlands zu wenig berücksichtigt sind. Auf die Königsrute bei Bremen von zirka 4,7 m komme ich unten zu sprechen.

<sup>4)</sup> Meitzen, Volkshufe und Königshufe (Sonderabdruck aus der Festgabe für Hanßen, 1889), S. 25. — Im übrigen vergleiche von Inama-Sternegg, Deutsche Wirtschaftsgeschichte II (1891), S. 497; III, 1 (1899), S. 444; Meitzen, Boden des Preussischen Staates VI, S. 601 f. <sup>5)</sup> Piekosiński a. a. O., S. 60.

<sup>6)</sup> (Zimmermann) Beiträge zur Beschreibung von Schlesien IV (1785), S. 155.

<sup>7)</sup> Anweisung 4 nach Grzepski bei Piekosiński a. a. O., S. 60, beschreibt eine ebenso große Hufe, nur ist hier bereits an die Stelle der fränkischen Rute die gewöhnliche flämische von  $7\frac{1}{2}$  Ellen getreten, so daß die Hufe 12 960 Quadratruten enthält.

Alte Zeugnisse liegen auch für Ruten von 16 und von  $16\frac{1}{8}$  Ellen vor. Eine Rute von 16 Ellen ist 1274 zu Kreuzburg in Schlefien bezeugt <sup>1)</sup>. Der Stadt wurde damals bei ihrer Gründung eine Viehweide von 40 Ruten gewährt; das sind  $3\frac{1}{2}$  Hufen <sup>2)</sup>, da die Hufe in 12 „Ruten“ zerfiel. Durch die Zusatzbestimmung, daß jede Rute 16 Ellen lang sein soll, wird der Stadt eine im Verhältnis 256:225 oder annähernd 1,138:1 größere Fläche gewährt als bei Anwendung der normalen Rute von 15 Ellen. Ein ähnliches Zeugnis liegt für Bernár im nordungarischen Komitat Gomör, dicht an der Grenze der Zips, vor <sup>3)</sup>. Nach dem Freibrief von 1295 umfaßt der Lan 12 Ruten und jede Rute hat 16 Ellen und eine Querhand (palma). Wie in der schlesischen Urkunde wird das Wort virga einmal mit der Bedeutung eines Flächenmaßes und gleich darauf mit der eines Längenmaßes angewendet. Auf den engen Zusammenhang beider Bedeutungen komme ich weiterhin zu sprechen. Die Querhand = 3 Zoll oder  $\frac{1}{8}$  Elle <sup>4)</sup> wird als hier übliche Zugabe aufzufassen sein. Auch die Anweisung des Dresdener Roder <sup>5)</sup> kennt neben der Rute von 15 Ellen eine solche von 16 Ellen, und zwar für die Messung von Wäldern, wie denn auch anderwärts neben den Feldruten größere Waldruten vorkommen <sup>6)</sup>. Der Text gibt die Begründung, daß man im Walde das Meßseil nicht so gerade ziehen kann wie im offenen Gelände. Anscheinend ist man sich also hier des ursprünglichen Sinnes der Vergrößerung der Rute um eine Elle bewußt geblieben <sup>7)</sup>.

Aus Polen ist mir kein Zeugnis für die Rute von 16 Ellen bekannt. Dagegen erscheinen nur hier neben der Rute von 15 Ellen kürzere Ruten. Nach den angeführten Merkversen ist die Rute 14 Ellen und eine Faust lang, nach einem Krafauer Stadtbuche 14 Ellen und eine Querhand (palma) <sup>8)</sup>. Für die (geballte) Faust werden rund 4 Zoll, also  $\frac{1}{8}$  Elle, zu rechnen sein <sup>9)</sup>. Die Querhand (dłoń) enthält

1) Tzschoppe und Stenzel a. a. D., Nr. 66. 2) Meitzen, Siedelung und Agrarwesen II, S. 568 f., errechnet versehentlich  $3\frac{1}{2}$  Hufen. Die 16 Ellen bedeuten die Länge der Meßrute; die Elle ist hier nicht, wie Meitzen annimmt, ein Flächenmaß. Auf die Einteilung der Hufe in Flächenruten (nicht Quadratruten) gehe ich weiterhin ein. 3) Raimund Friedrich Rindl, Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern II (1907), S. 220, Anmerkung 1, wo schon bemerkt ist, daß dies Maß „an schlesische Verhältnisse erinnert“. Das Wort palma übersetzt er falsch mit „Spanne“. 4) Vgl. unten die Rute von 14 Ellen und 1 Querhand. 5) Oben S. 89. 6) Vgl. Meitzen, Boden des Preussischen Staates III, S. 604 f. u. 615 f. 7) Darauf weist Herr Professor Röhschke brieflich hin. 8) Oben S. 91. 9) Vgl. Ludovici a. a. D. VI, Sp. 1600: „Eine Faust, darnach man in Österreich die Pferde mißt, hat 4 Wiener Zoll.“

3 Zoll, da nach Beschreibung 6 bei Piekosiński 8 palmae auf die Elle kommen <sup>1)</sup>. Damit steht es im Einklang, daß nach Hajek (1541) als tschechische Handbreite (dlaň) die Breite von 16 aneinander gelegten Gerstenkörnern gerechnet wird <sup>2)</sup>; das führt auf reichlich 3 Zoll. Die Rute faßt also hier  $14\frac{1}{8}$  bis  $14\frac{1}{6}$  Ellen. Wie weit diese kürzeste „fränkische“ Rute über Krakau hinaus im Mittelalter Geltung hatte, ist zweifelhaft. Spätere polnische Schriftsteller sind nach Piekosiński's Mitteilung <sup>3)</sup> über die Größe der palma im Zweifel gewesen. Man hat sie für eine halbe Elle oder für 8 Zoll ( $=\frac{1}{3}$  Elle) erklärt. Solche Annahmen wurden vermutlich durch Lokalmaße der Rute nahe gelegt. Die Prosabeschreibung des Posener Kodex kennt schon für das fünfzehnte Jahrhundert eine Rute von  $14\frac{2}{3}$  Ellen <sup>4)</sup>. Auf eine fränkische Rute von  $14\frac{1}{2}$  Ellen scheinen neuere Nachrichten zu weisen, nach welchen polnische fränkische Hufen mit einer (flämischen) Elle von  $7\frac{1}{4}$  Ellen gemessen wurden <sup>5)</sup>.

Seit dem sechzehnten Jahrhundert ist für Polen die Messung fränkischer Hufen mit der gewöhnlichen (flämischen) Rute von  $7\frac{1}{2}$  Ellen bezeugt <sup>6)</sup>. Das bedeutet natürlich nicht eine Verkleinerung der Hufe, welche eben entsprechend mehr Quadratruten enthält.

Vermutlich sind noch zahlreiche Quellenangaben über die Länge der fränkischen Rute zu finden. Die Beibringung weiteren Materials wäre gerade hier sehr erwünscht.

Drei Ruten machen ein Seil aus nach der Beschreibung im Dresdener Kodex, desgleichen nach einer solchen bei Grzepski (Piekosiński, Nr. 3) <sup>7)</sup>.

Die fränkische Hufe hat eine normale Breite von 12 Ruten und Länge von 270 Ruten. Diese Maße geben an der Dresdener Kodex, die Merkverse im Krakauer und im Posener Kodex, ein Krakauer Stadtbuch nach Grzepski (Piek. Nr. 1) und eine andere Beschreibung

<sup>1)</sup> Piekosiński a. a. D., S. 61.

<sup>2)</sup> Siehe unten S. 106, Anmerkung 2. Die

Spanne (pid') faßt hier 40 Gerstenkörner.

<sup>3)</sup> A. a. D., S. 59.  $\frac{1}{3}$  Elle ist die

Spanne (piedz).

<sup>4)</sup> Siehe oben S. 91. Text bei Waiß: Virga XIII  $\frac{1}{2}$  (?) ulnas cum quarta ulna. Die weiteren Angaben der offenbar schlecht überlieferten Meßanweisung fordern aber eine Rutenlänge von  $14\frac{2}{3}$  Ellen, also: cum sexta ulna. Die Hufe soll nämlich 176 Ellen breit, 4488 lang sein. Bei den Worten Item sunt 12 virge in longo muß hinter virge ausgefallen sein: in lato, 306 virge, da 12 Ruten sicher die Breite sind. Auf die Entstellung  $14\frac{3}{4}$  statt  $14\frac{2}{3}$  weist auch Herr Professor Stolle in Glatz in einem mir zur Kenntnisnahme freundlichst übersandten Manuskript hin.

<sup>5)</sup> Oben S. 91.

<sup>6)</sup> Nach

der von Grzepski (1566) überlieferten Beschreibung bei Piekosiński, Nr. 4, S. 60.

<sup>7)</sup> A. a. D. S. 60.

nach Grzepski (Bief. Nr. 3) <sup>1)</sup>. Das Alter der Breite von 12 Ruten ist durch die weiterhin zu behandelnde Einteilung der Hufe in 12 Flächenruten gesichert.

Für die Länge von 270 Ruten ist meines Wissens die Urkunde von angeblich 1249 für die Eremiten in Grüssau, Kreis Landeshut in Schlesien<sup>2)</sup>, das älteste Zeugnis. In der überlieferten Gestalt gehört diese Urkunde vermutlich dem Ausgang des dreizehnten Jahrhunderts an <sup>3)</sup>. Die Herzöge verleihen hier den Grüssauern unter anderem eine Landfläche längs des Bobers von der Mündung der Zieder bis zu derjenigen der Lässig. Die Breite dieser Fläche soll betragen *mensuram teutonicalem videlicet ducentas et septuaginta virgas teutonicas*. Die Übereinstimmung dieser *mensura teutonica* mit der Länge der fränkischen Hufen, mit welchen dieser Gebirgskreis besiedelt ist, beruht gewiß nicht auf Zufall. Der den Eremiten zugeschriebene Streifen am Bober soll so breit sein, daß in ihm senkrecht zum Bober Hufen mit rechter Länge angelegt werden können. In einer Urkunde von 1333, betreffend Schreibendorf, Kreis Landeshut <sup>4)</sup>, ist von den Bauern daselbst die Rede, deren Äcker eine „gelenge“ betragen und an einen Hain anstoßen, der jetzt diesen Bauern verkauft wird. Hier haben wir also den deutschen Ausdruck für die volle Hufenlänge. Um 1305 oder wenig später erfahren wir von Hufen in der Gegend von Steinau a. D. *non habentes plenam longitudinem in tercia parte totius* <sup>5)</sup>. 1349 werden Hufen am Schnellen Wasser bei Liegnitz verliehen, *qui in latitudine et longitudine suam plenam habeant amplitudinem, sicut alii mansi magni vel teutunici mensurantur* <sup>6)</sup>. Diese Wendungen entsprechen der *leng* von rechte im Dresdener Kodex.

Eine abweichende Hufenlänge hat nur die Prosabeschreibung der Posener Handschrift. Hier ist die Länge 4488 Ellen, nämlich 306 Ruten

1) Siehe oben S. 88 ff. 2) Tzschoppe und Stenzel a. a. O. Nr. 29 = SR. 687.

3) H. Grotefend hat in dieser Zeitschrift, Bd. XI, S. 1, S. 180, diese Urkunde Grüssau 4 für verdächtig erklärt; ich verweise auf seine eingehenden Darlegungen. Herr Staatsarchivrat Dr. Randt hatte die Güte, auf meine Bitte um sein Urteil, die Urkunde mit den anderen Grüssauer Urkunden zu vergleichen. Er bestätigt Grotefends Urteil und gelangt zu dem im Texte wiedergegebenen Zeitansatz. Dem Schriftcharakter nach scheine die Urkunde mit der ebenfalls verdächtigen Urkunde Grüssau 9 (SR. 1288) am meisten übereinzustimmen.

4) SR. 5278. 5) Cod. dipl. Sil. XIV, S. 162 (verstümmelte oder unvollendete Notiz).

6) Schirmacher a. a. O., Nr. 159, ähnlich ebda. S. 130, Nr. 185 (1352). 1289 werden an die Kirche in Alt-Guhrau 1½ Hufen vertauscht, sich erstreckend in *longitudine et latitudine magnorum mansorum*. Edmund Michael, Die schlesische Kirche und ihr Patronat I (1926), S. 110, Anmerkung 112.



zu  $14\frac{2}{3}$  Ellen, während die Breite wie gewöhnlich 12 Ruten beträgt<sup>1)</sup>. Diese Länge ist offenbar eine Besonderheit Polens und auch dort nur wenig verbreitet gewesen. Piekosiński ist sie unbekannt geblieben.

Die Hufenlänge teilt sich in Gewende. Dies ist von allen Maßeinheiten der fränkischen Hufe diejenige, über deren Größe wir die älteste Angabe haben. In seiner Urkunde vom 2. August 1185<sup>2)</sup> setzt Markgraf Otto von Meißen für die 1162<sup>3)</sup> dem Kloster Altzelle verliehenen 800 Hufen im Zellwalde bestimmte Grenzen fest. Die Westgrenze folgt von der Quelle ab dem rechten Ufer der großen Striegis bis zu den Dörfern des Echard<sup>4)</sup>; dort sind ausgenommen sieben Maße von (je) dreißig Ruten, welche (Maße) in fränkischer Sprache Gewende genannt werden (*ibi exceptis quatenus septem mensuris triginta perticarum, que franconica lingua gwende dicuntur, ad complementum quatuor villarum Echardi pertinentibus*)<sup>5)</sup>. Darauf kehrt die Grenze wieder zur Striegis zurück. Das Gewende wird, wie Klotzsch feststellt<sup>6)</sup>, hier wie auch sonst oft als Längenmaß verwendet; es ist die Strecke, welche der Pflug bis zum Wenden zurücklegt. Die Rute hier im fränkisch besiedelten Erzgebirge kann nur die fränkische sein, deren Länge mit ihren Schwankungen wir oben kennen gelernt haben; die flämische Rute von  $7\frac{1}{2}$  Ellen kann hier in dieser frühen Zeit nicht vorausgesetzt werden. Ob hier die Rute von 16 Ellen = 9,22 Metern vorliegt, wie sie Meiche für die Messung der Hufen im Zellwalde erschließt<sup>7)</sup>, oder die verbreitetste Rute von 15 Ellen

<sup>1)</sup> Siehe S. 91, Anmerkung 4, u. S. 95, Anmerkung 4. Cod. dipl. Saxoniae Regiae I, 2, Nr. 510 = Röhschte, Quellen zur Geschichte der ostdeutschen Kolonisation, Nr. 24 b. <sup>3)</sup> Röhschte a. a. O. Nr. 24 a. <sup>4)</sup> Die Feststellung des Grenz-

zuges verdanken wir Pfarrer Klotzsch in Oberschöna, Der Ritteritz Oberschöna, die vier Dörfer Echards, Mitteilungen des Freiburger Altertumsvereins, S. 35 (Freiburg 1899), S. 17—34, und namentlich Alfred Meiche, Der alte Zellwald an der Freiburger Mulde, Neues Archiv für Sächsische Geschichte und Altertumskunde 41 (1920), S. 3—19. Vgl. das letzterem Aufsatz auf S. 5 beigegebene Rärtchen. <sup>5)</sup> Klotzsch, S. 22, Anmerkung 3, übersetzt: „37 Maßruten, welche . . . Gewende genannt werden“, und Meiche, S. 10, erklärt diese grammatisch unmögliche Übersetzung für die allein sinngemäße. Beide Forscher setzen hier das Gewende mit 60 (flämischen) Ruten zu  $7\frac{1}{2}$  Ellen an. <sup>6)</sup> Klotzsch a. a. O., S. 24.

<sup>7)</sup> Meiches Gründe für die Annahme der Rute von 16 Ellen sind nicht zwingend. Am schwersten wiegt der Hinweis S. 33 auf die von Meichen, Siedelung und Agrarwesen III, S. 428 f., ermittelten Hufengrößen in den nahen Orten Frankenau und Taubenheim. Für die Hufen im Zellwalde selbst ist das Ergebnis S. 27 und 29 unsicher, weil es von der Annahme über die Größe des einstigen unverhuften Waldes abhängt. Die Meßanweisung im Dresdener Rodex (siehe oben S. 89) kann nicht mit Meiche, S. 31, für die Rutenlänge von 16 Ellen an-

= 8,64 Metern muß dahingestellt bleiben. Im ersteren Falle ist das Gewende 276,5, im letzteren 259,2 Meter lang.

Dieselbe Länge von 450 Ellen wie das fränkische Gewende von 30 Ruten zu 15 Ellen hat auch das Gewende (Acker) nach Magdeburger und Leipziger Meilenrecht, nur daß es zu 60 Ruten zu  $7\frac{1}{2}$  Ellen berechnet wird; 60 Gewende machen eine Meile aus <sup>1)</sup>. Von der Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts ab liegen zahlreiche Zeugnisse für diese Meilenmessung vor, welche u. a. um 1470 in das Freiburger Stadtbuch aufgenommen worden ist.

Die sieben Gewende von 1185 machen 210 Ruten, also 1936 bzw. 1814 m aus. Das sind sieben Neuntel der Hufenlänge von 270 Ruten. Nach der Urkunde dienen diese sieben Gewende zur Ergänzung der vier Dörfer des Eckhard; ihre Gemarkungsfläche liegt vorwiegend auf dem linken Ufer. Die Strecke von sieben Gewenden kann nur die Breitseite des zu den vier Dörfern gehörenden Landes auf dem rechten Ufer sein <sup>2)</sup>, senkrecht zum Flusse gehen die Hufenstreifen ungefähr 1800 oder 1900 Meter landeinwärts. Die Länge des complementum ist durch den Lauf der Striegis vom Eintritt in die Dorfgemarkungen des Eckhard bis zum Wiederaustritt gegeben; diese Punkte werden als bekannt vorausgesetzt. Unsere Urkunde für sich gibt also keinen Aufschluß über die Länge und damit über den ungefähren Flächeninhalt des complementum.

Nach dem Krafauer Stadtbuche <sup>3)</sup> soll die fränkische Hufe 18 Gewende zu 15 Ruten enthalten. Das Gewende wird hier als stadium bezeichnet, der polnische Ausdruck ist staja <sup>4)</sup>.

Außer Zusammenhang mit der fränkischen Hufe steht das schlesische Gewende von 50 flämischen Ruten zu  $7\frac{1}{2}$  Ellen. 30 dieser Gewende gehen auf die schlesische Meile <sup>5)</sup>.

Als letzte dieser Maßangaben ist noch anzuführen, daß nach der Dresdener Handschrift die Hufenlänge sich aus drei Feldlängen zu je 30 Seilen oder 90 Ruten zusammensetzt.

geführt werden, da nach ihr diese Rute für die Messung von Wald angewendet werden soll, nicht aber für die von Rodungsland. Zum Ellenmaß vgl. oben S. 92.

<sup>1)</sup> Siehe Meiche a. a. O., S. 10 und Anmerkung 5; Risch, Leipziger Schöffen-spruchsammlung S. 255 und Anmerkung 3, S. 328; Meichen, Urkunden schlesischer Dörfer, Einleitung, S. 47, Anmerkung 2. <sup>2)</sup> Die sieben Gewende können nicht

die Rainlänge der Dörfer des Eckhard mit den Nachbarfluren auf der rechten Seite der Striegis sein, wie Alojsch S. 24 und Meiche S. 11 die angeblichen sieben- unddreißig Gewende deuten. <sup>3)</sup> Piefosiński, Nr. 2 (S. 59), nach der von Grzepski überlieferten Abschrift. <sup>4)</sup> Piefosiński, S. 53. <sup>5)</sup> Meichen, Urkunden

schlesischer Dörfer, Einleitung, S. 47, Anmerkung 2.

Die geometrische Form des zur Anlage eines Dorfes zur Verfügung stehenden Grundbesitzes oder auch die Bodenformation bewirkten oft, daß die richtige Länge der Hufen von 270 Ruten nicht innegehalten werden konnte. Dann mußte man, um die volle Fläche zu erhalten, an der Breite zulegen, was an der Länge fehlte. Dies besagt die Meßanweisung der Dresdener Handschrift<sup>1)</sup>. Sie spricht es nicht abstrakt aus, sondern bringt einige einfache konkrete Fälle. Wo (nur) für ein Feld (Raum vorhanden) ist, da soll man „längen“ drei Hufen statt einer Hufe; d. h. man soll der einen Hufe, welche nur die Länge eines Feldes, also ein Drittel der richtigen Länge, hat, die Breite von drei Hufen geben.

Wo zwei Felder da sind, also die Hufe zwei Drittel der richtigen Länge hat, soll man anderthalb Hufen statt einer „längen“. Im Texte steht hier czwu huben. Das halte ich für eine Entstellung, wie sie leicht möglich war. Der vorliegende Text ist schwerlich eine unmittelbare Abschrift vom Original der Mitteilung über die Hufenmessung. In diesem oder in einem Mittelgliede der Textüberlieferung dürfte hier die Zahl 17 ( $1\frac{1}{2}$ ) mit römischen Ziffern geschrieben gewesen sein, wie in unserem Texte die größeren Zahlen gegeben sind<sup>2)</sup>. Der Abschreiber des letzteren oder ein Vorgänger hat den Querstrich übersehen und gedankenlos zwei Hufen angelegt. Zahlen werden ja in mittelalterlichen Abschriften oft entstellt, besonders leicht wird ein solcher Querstrich übersehen.

Der Text fährt mit einer Variation des letzten Falles fort. Wo es zwei Felder gibt, soll man eine Hufe statt acht Ruten „längen“; d. h., wenn man acht Ruten (zwei Drittel einer Hufe) zuteilen will, soll man den Block der Länge nach so teilen, daß das Achtrutenstück die Breite einer Hufe, nämlich zwölf Ruten, erhält.

Meiche legt, übrigens unter Vorbehalt, in diese Stelle sehr viel hinein<sup>3)</sup>. Er nimmt an, daß hier von Feldern die Rede ist, welche sich bereits vor der Anlegung der Siedlung in Kultur befanden, und daß der Anteil an dem alten Kulturlande siebenmal so hoch bewertet worden sei als die gleiche Fläche Rodeland. Entsprechend schmaler

1) Siehe oben S. 89. 2) So schon Meiche a. a. O. S. 32, nur daß er die Zahl anders verbessert. 3) A. a. O. S. 31 f. Herr Professor Köhsche, welchem ich den ersten Hinweis auf Meiches Aufsatz verdanke, hält nach freundlicher Mitteilung dessen Auffassung, daß von bereits gerodeten Feldern die Rede ist, nicht für zutreffend. Ohne eine Textkorrektur ist allerdings m. E. nicht auszukommen. Meiches Auslegung folgt H. F. Schmid, Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte 44, Kanonistische Abt., 1924, S. 13; ebenso Heinrich a. a. O. S. 55, der aber Meiches Ergebnisse ohne mir erkennbaren Grund abändert.

sei die Hufe zugewiesen worden. Wenn ein Drittel derselben bereits Kulturland war, so sei sie vier statt zwölf Ruten breit zugemessen worden. Wenn zwei Drittel bereits in Kultur waren, sei nur eine Breite von  $2\frac{2}{3}$  Ruten gegeben worden. Das Verhältnis stimmt nicht genau, obwohl auch Meide die czwu huben verbessert, und zwar in drey huben. In Wirklichkeit wurde den Schwierigkeiten der Rodlandsbebauung gegenüber der Übernahme alten Kulturlandes durch lange Ausdehnung der Freijahre Rechnung getragen. Erwies sich der Boden als dauernd ertragsarm, so konnten für die Entrichtung von Abgaben große Hufen als kleine angerechnet werden oder noch weitergehend zwei oder mehr Hufen als eine angerechnet werden <sup>1)</sup>. Mit der Hufenmessung haben solche Erleichterungen nichts zu tun.

Auf Grund des oben angeführten Materials gibt die folgende Tabelle die Rutenlänge und den Flächeninhalt der einzelnen Abarten der fränkischen Hufe an. Die Ellenlänge von 0,576 m ist zugrunde gelegt, nur bei Nr. 4 und 5 die alte Krafauer Elle von 0,596 m <sup>2)</sup>. Wo neben der Rutenlänge die Länge der Hufe nicht ausdrücklich angegeben ist, ist der Flächeninhalt in Klammern gesetzt worden.

Hufenart	Länge der Rute		Flächeninhalt der Hufe	
	Ellen	Meter	Quadratruten	Hektar
1. Normale Hufe	15	8,64	3240	24,19
2. Kreuzburg	16	9,22	[3240]	[27,52]
3. Nordungarn	$16\frac{1}{8}$	9,29	[3240]	[27,95]
4. Polen	$14\frac{1}{6}$	8,44	3240	23,10
5. Polen	$14\frac{1}{8}$	8,42	3240	22,96
6. Polen	$14\frac{2}{3}$	8,45	3672	26,21

Die Größe der fränkischen Hufe schwankt hiernach ungefähr zwischen 23 und 28 Hektar; Größen unter 24 Hektar sind nur für Polen überliefert. Unten wird sich ergeben, daß für Schlesien und die Oberlausitz um 24 Hektar die ursprüngliche Größe der fränkischen Hufe sind. Im Einklang mit den besprochenen Maßangaben führt dies darauf, auch für das Sorbenland, welches für die Einwanderung in die genannten Länder das Aus- oder Durchgangsland war, die ursprüngliche Größe unserer Hufe mit etwa 24,2 Hektar anzusetzen.

Dieses Ergebnis spricht für die Richtigkeit der herrschenden Annahme, daß die fränkische Hufe als die Hälfte der Königshufe auf-

<sup>1)</sup> Vgl. Tzschoppe u. Stenzel a. a. O., Einleitung S. 155. Zahlreiche Beispiele für die Abgabenermäßigung im Gründungsbucho des Bistums Breslau (Cod. dipl. Sil. XIV), vgl. die Einleitung S. LI, LVI und LXXI f. <sup>2)</sup> Vgl. oben S. 92—95.



zufassen ist. Gerade für das Sorbenland sind bekanntlich Verleihungen von Königshufen reichlich und lange bekundet <sup>1)</sup>. Die Größe dieser Hufe wird mit 48 bis 50 Hektar angenommen <sup>2)</sup>, erstere Zahl ist besser beglaubigt. Unsere Kenntnisse von der Größe der Königshufe sind dürftig; meines Wissens ist keine Quellenangabe bekannt, welche diese Hufe so vollständig beschrieb, daß sich ihre Größe in Quadratfuß berechnen ließe. Die zuverlässigsten Angaben liegen für die holländischen Kolonistenhufen der Bremer Wesermarsch vor. In der bekannten Urkunde von 1106 <sup>3)</sup> werden sie zwar nicht ausdrücklich als Königshufen bezeichnet, wir erfahren aber, daß sie 720 Ruten lang und 30 breit waren, und daß sie mit der Königsrute gemessen wurden. Die auf Meißens Veranlassung vorgenommenen Berechnungen nach den Katasterkarten ergaben für die Hufe eine Größe von 47,25 bis 48,5, im Durchschnitt von 47,7 ha, woraus sich eine Rutenlänge von zirka 4,7 m ergibt <sup>4)</sup>. Die Angaben über die Größe rheinischer Königshufen ergeben keine Klarheit, so lange die Morgengröße zweifelhaft ist. Meißens Annahmen in dieser Hinsicht sind willkürlich <sup>5)</sup>. Auf seine Ausführungen über Königshufen in Effelter in Oberfranken komme ich unten zu sprechen, desgleichen auf die Gölzinger Königshufen.

Für die Annahme, daß das Maßsystem der „fränkischen“ Hufe nicht etwa von den fränkischen Kolonisten aus ihrer Heimat, insbesondere aus dem Waldkolonisationsgebiet Oberfrankens, mitgebracht, sondern erst bei der Kolonisation des Sorbenlandes, — nicht vor ungefähr 1100 —, ausgebildet worden ist, spricht die Tatsache, daß die fränkische Rute mit 15 Ellen gerade doppelt so groß ist wie die der Messung der flämischen Hufen ungefähr im Bereich des Magdeburger Rechtes zugrunde liegende Rute von 7½ Ellen. Ferner spricht dafür der oben erwähnte Umstand, daß das Gewende sowohl 1185 nach fränkischen Brauch im Erzgebirge als auch nach Magdeburger Sprüchen 450 Ellen lang ist <sup>6)</sup>.

Die übliche Einteilung der fränkischen Hufe ist nicht diejenige in Morgen oder in Joche (Zucherte), wie sie bei den deutschen Hufen ge-

<sup>1)</sup> Vgl. die Zusammenstellung bei Meitzen, Siedelung und Agrarwesen III, S. 558 ff., welche sich leicht vervollständigen ließe. <sup>2)</sup> Köhsche, Allgemeine

Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters, S. 404, Anmerkung 1. <sup>3)</sup> Köhsche. Quellen zur Geschichte der ostdeutschen Kolonisation, Nr. 1 a. <sup>4)</sup> Meitzen,

Siedelung und Agrarwesen III, S. 266 f. Ebda. II, S. 554, schreibt er dieser nur hier bezeugten deutschen Königsrute allgemeine Geltung für die Messung der Königshufen zu. Das ist nicht erwiesen. <sup>5)</sup> A. a. O. III, S. 565. <sup>6)</sup> Dies

gilt wenigstens, wenn man, wie wahrscheinlich ist, die Rute von 15 Ellen, nicht die von 16 Ellen, als die ursprüngliche ansieht.

wöhnlich ist, sondern in „Ruten“ und weiter in Bruchteile dieser Ruten. Wir sahen oben, daß die Normalbreite unserer Hufe zwölf Ruten betrug. Dies legte eine Einteilung der Hufe in zwölf als Ruten bezeichnete Teile nahe <sup>1)</sup>. Z. B. waren 8 Ruten eine Fläche von 8 Ruten Breite und 270 Ruten Länge (Hufenlänge), also von 2160 Quadratruten. Weiterhin konnte dann die Rute ohne Rücksicht auf die wirkliche Breite des Streifens und selbst bei nicht geschlossen liegenden Hufen den zwölften Teil der Hufe bedeuten. Diese auf den ersten Blick auffällige Einteilung in zwölf Ruten ist nicht nur über das ganze Gebiet der fränkischen Hufe verbreitet; sie ist auch auf Hufen von abweichender Größe und Herkunft, welche in der Nachbarschaft von fränkischen Hufen vorkamen, übertragen worden.

Reichliche und frühe Zeugnisse für diese Flächenrute gehören Schlesien an: 1271 Herzogswaldau, Kreis Bunzlau, 1274 Kreuzburg, 1278 Kohlsdorf (nicht Kollanowitz), Kreis Neustadt <sup>2)</sup>; seitdem liegen bis zum neunzehnten Jahrhundert fortlaufend Zeugnisse in großer Fülle vor. Auf eine noch ältere Handlung bezieht sich eine Stelle in dem um 1270 geschriebenen älteren Teil des Liber foundationis des Klosters Heinrichau <sup>3)</sup>, in welcher zwar von iugera die Rede ist, aber „Ruten“ gemeint sein müssen. Bald nach 1241 wurden die Orte Cenkwiz und Cubiz <sup>4)</sup> im Kreise Münsterberg mit Tepliwoda ebenda zu einer deutschen Siedlung vereinigt, welche mit großen (fränkischen) Hufen ausgesetzt wurde. Eine Parzelle von Cenkwiz, durch welche sich der Name als Zinkwitz erhalten hat, in Größe von 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Hufen und

<sup>1)</sup> Meitzen, Siedelung und Agrarwesen II, S. 567, kam der Gedanke einer derartigen Entstehung der Einteilung in zwölf Ruten. Er verwarf ihn aber, weil er die kurzen Ruten, etwa von 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Ellen, voraussetzte; dann wäre in der Tat bei einer Breite von nur zwölf Ruten die Hufe zu lang geworden. Es würde zu weit führen, auf Meitzens verfehlte Gleichsetzung unserer Rute mit dem angeblich ebenso großen bonuarium einzugehen; vgl. Köhsche, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters, S. 258, Anmerkung 1.

<sup>2)</sup> SR. 1375, 1454, 1561. Auf die Anführung weiterer Quellenstellen verzichte ich. — Leider sind die schlesischen Publicationen nur teilweise durch Sachregister erschlossen, im Gegensatz zu der mustergültigen, öfters angeführten Ausgabe des Lib. fund. ep. Vrat. von Markgraf u. Schulte (Cod. dipl. Sil. XIV).

<sup>3)</sup> G. A. Stenzel, Liber foundationis claustrae sanctae Mariae virginis in Heinrichow, 1854, S. 19—22. Übersetzung von Paul Bretschneider: Das Gründungsbuch des Klosters Heinrichau (Darst. u. Quell. z. schles. Geschichte XXIX), 1927.

<sup>4)</sup> Nach dieser Angabe des Buches kann Cubiz trotz der Namensgleichheit nicht, wie Bretschneider a. a. O., Anmerkung 54 und 57, annimmt, mit dem etwa 6 Kilometer von Tepliwoda entfernten Ranitz, Kreis Frankenstein, identisch sein; vermutlich lagen wie so oft zwei gleichnamige slawische Orte in geringer Entfernung von einander.

1 iuger wurde von dem Grundherrschaft an das Kloster Heinrichau ver-  
tauscht; letzteres übernahm den auf diese Fläche entfallenden Anteil  
am Geldzehnt, welcher nach Vereinbarung des Grundherrschaft mit dem  
Bischof acht Skot von der Hufe betrug. Auf die Tauschfläche fielen  
21 Skot. Schon Stenzel bemerkt treffend <sup>1)</sup>, daß bei gleichmäßiger  
Verteilung hieraus eine Größe des iuger von  $\frac{1}{8}$  Hufe sich ergeben  
würde. Wenn hier der Morgen den dreißigsten oder sechsunddreißig-  
sten Teil der Hufe ausmachte, so würde die Leistung in einem Miß-  
verhältnis zur Fläche stehen. Wohl aber ist es glaubhaft, daß der  
Verfasser hier mit dem Worte iuger den gewöhnlich „Rute“ genann-  
ten zwölften Teil der Hufe bezeichnet; die auf ihn entfallenden  $\frac{2}{3}$  Skot  
wären auf 1 Skot abgerundet worden.

Das älteste bestimmte Zeugnis für die Rute als zwölften Teil der  
Hufe gehört dem Jahre 1290 und dem Dorfe Britsch in der damals  
zum schlesischen Herzogtum Glogau gehörenden Gegend von Fraustadt  
(heute Provinz Grenzmark) an <sup>2)</sup>. 15 fränkische Hufen dort sollten  
ihrer Unfruchtbarkeit wegen bei der Entrichtung des Zinses und  
anderen Zahlungen als 10 Hufen angerechnet werden, indem die Hufe  
für 8 Ruten galt. Daraus erhellt, daß die wirkliche Größe 12 Ruten  
betrug. Desgleichen ergibt sich, daß 1341 in Dörndorf, Kreis Franken-  
stein <sup>3)</sup>, 1356 in Schönbrunn, Kreis Sagan <sup>4)</sup>, 1368 in Frankenberg,  
Kreis Frankenstein <sup>5)</sup>, die Hufe in zwölf Ruten zerfiel. In einem in  
einer Handschrift von 1488 überlieferten, wahrscheinlich älteren Zehnt-  
register wird erwähnt, daß der Erbvogt von Kreuzburg sieben Hufen  
rutenweise an Bauern ausgelegt hat „et continet quilibet mansus  
12 virgas“ <sup>6)</sup>.

Für Schlessien läßt sich auf Grund eines reichen Materials die  
Verbreitung der Einteilung der Hufe in Ruten gut verfolgen. Sie ist  
häufig im schlesischen Gebirgs- und Vorgebirgslande zu belegen, weiter  
in Niederschlessien um Sagan, Sprottau, Gnesen, Luben, Hainau.  
Das sind zugleich die Hauptverbreitungsgebiete der fränkischen Hufe.  
Seltener begegnen wir dieser Rute auf dem rechten Oderufer, so  
namentlich in der Kreuzburger Gegend. Dagegen ist sie trotz sehr reich  
fließender Quellen nur ganz vereinzelt zu finden in den von alters

1) A. a. D., S. 22, Anmerkung 49. 2) Cod. dipl. Maioris Poloniae II  
(1878), Nr. 663 = Buttke, Städtebuch des Landes Posen, S. 143, als Collectio  
secunda Nr. 6. Die Fassung in SR. 2123 „als 10 Hufen (jede zu 8 Ruten)“ ist  
irreführend. 3) Pfothenhauer, Urkunden des Klosters Ramenz (Cod. dipl. Sil. X,  
1881), Nr. 179. 4) Meißner, Urkunden schlesischer Dörfer (Cod. dipl. Sil. IV),  
S. 299, Nr. 9. 5) Pfothenhauer a. a. D. Nr. 260, vgl. Nr. 103. 6) Siehe  
Cod. dipl. Sil. XIV, S. 169, vgl. die Vorbemerkung S. 168.



dicht besiedelten Ackerbaugebieten Mittelschlesiens <sup>1)</sup>, wo die flämische Hufe, hier regelmäßig in der Gewannlage, fast allein herrscht. Hier wird die Hufe in der Regel in Morgen eingeteilt. Wo dagegen fränkische Hufen mit flämischen im Gemenge liegen, überdies die flämische Hufe sich in ihrer Form oft der fränkischen nähert, ist die Einteilung in Ruten auch auf letztere Hufenart übertragen worden, so in der Gegend von Neisse <sup>2)</sup> und bei Sagan<sup>3)</sup>. Es ist daher nicht auffallend, daß in Zedlitz, Kreis Steinau, wo ungewöhnlicher Weise nach der Aussetzungsurkunde sowohl flämische als auch fränkische Hufen angelegt werden sollten, die Hufen später durchweg in Ruten eingeteilt sind <sup>4)</sup>.

In Polen zerfällt die fränkische Hufe ebenfalls in zwölf Ruten. Nach einer von Grzepski überlieferten Beschreibung der „fränkischen“ oder „deutschen“ Hufe <sup>5)</sup>, welche das Maß der normalen fränkischen Hufe ergibt, zerfällt die Hufe in zwölf Ruten (pret), die Rute in sechs wiertel genannte Teile. Die Bezeichnung des sechsten Teiles als Viertel ist hier offenbar zu erklären aus der gleichzeitigen Verbreitung einer anderen Einteilung der Hufe in achtzehn Ruten <sup>6)</sup>.

„Ruten“ finden wir ferner 1423 in Lemberg; 1378 erhielt Wietrznowa wola, Bezirkshauptmannschaft Krosno, also an der alten Grenze Kleinpolens und Galiziens, acht Ruten als Viehtrieb <sup>7)</sup>. In Bernár in Nordungarn wird 1295 der Lan in zwölf Ruten eingeteilt<sup>8)</sup>; die Länge der Meßrute erweist diese Hufen als fränkisch.

Im heutigen Freistaat Sachsen ist (nach freundlicher Mitteilung des Herrn Professor Köhsche) die Berechnung der Hufe nach zwölf Ruten in Quellen vom sechzehnten Jahrhundert ab als ziemlich ver-

<sup>1)</sup> Ich notiere einzelne Fälle: Breslau, Malengasse, Lib. fund. ep. Vrat. B 39 (Cod. dipl. Sil. XIV); 1338 Rothfürben, Landkreis Breslau, SR. 6150; 1362 Sitzmannsdorf, Kreis Dhlau, bei Köhler, Urkunden Herzog Ludwig I. von Brieg, wo die Ruten in dem großen Material aus der Brieger und Dhlauer Gegend sonst fehlen, während sie in der Lübener und Hannauer Gegend reichlich erscheinen, in dieser Zeitschrift Bd. VI, H. 1, S. 47, Nr. 432; Bohlisdorf, Kreis Neumarkt, mit großen Hufen, Verzeichnis der Dörfer im Kanther Weichbild von 1358 bei Stenzel, Jahresbericht 1842 der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur, S. 117, Nr. 400. <sup>2)</sup> Vgl. die Anmerkungen A 216, 217 und 222 zur eben zitierten Ausgabe des Lib. fund. ep. Vrat. <sup>3)</sup> SR. 5605 von 1336, betreffend Nieder-Briesnitz, Kreis Sagan, wo später flämische Ruten und flämische Hufen erscheinen. <sup>4)</sup> Dpiß, Die Arten des Rustikalbesitzes in Schlesien, Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, herausgegeben von Gierke, S. 293, Anmerkung 1. <sup>5)</sup> Meißner, Urkunden schlesischer Dörfer, Einleitung S. 81 ff. <sup>6)</sup> Gedruckt bei Piefosinßi a. a. O. S. 60, als Nr. 4. <sup>7)</sup> Vgl. Meißner, Boden des Preussischen Staates VI, S. 128, Anmerkung 1 (Hufe a und b). Vgl. oben S. 91 f. <sup>8)</sup> Raindl a. a. O. I, S. 173 und 179. <sup>9)</sup> Raindl a. a. O. II, S. 220, Anmerkung 1. Vgl. oben S. 94.



breitet zu erkennen. In der Oberlausitz wurden im achtzehnten Jahrhundert zwölf Ruten gleich einer Hufe gerechnet, über die Größe der Rute wußte man nicht mehr Bescheid <sup>1)</sup>. Ich notiere noch zwei Zeugnisse, die mir beiläufig begegnet sind. 1381 werden in Weigsdorf in der Oberlausitz neun Ruten der Küsterei gewidmet <sup>2)</sup>; in einem Güterverzeichnis des Leipziger Thomasklosters aus der zweiten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts werden erwähnt neun Ruten zu Königswalde, besät mit zehn Scheffeln auf jede Jahreszeit <sup>3)</sup>. Sicher ist diese Flächenrute im Sorbenlande weit älter als diese Zeugnisse, da sie seit Beginn des dreizehnten Jahrhunderts mit der fränkischen Hufe nach Schlesien und weiter nach dem Osten gebracht worden ist. So vermute ich, daß die Rechnung nach Ruten Ackerlandes, welche wir 1234 in der Holländersiedlung Flemmingen bei Raumburg finden <sup>4)</sup>, auf den Einfluß der Einteilung der fränkischen Hufen in der Umgegend zurückzuführen ist <sup>5)</sup>.

Auch in Böhmen war die Einteilung der Hufe in zwölf Ruten verbreitet. Zum Teil haben wir hier sicher fränkische Hufen vor uns; ihr Verbreitungsgebiet war ja auf der Nordseite des Erzgebirges und der Sudeten Böhmen unmittelbar benachbart. In der Gegend von Braunau und Politz, also nahe der schlesischen Grenze, herrschte dreierlei Maß: Hufe, Rute und Viertel <sup>6)</sup>. Zwölf Ruten machen eine Hufe, vier Viertel eine Rute aus. Am frühesten, nämlich 1331, sind bei Glaz Ruten bezeugt <sup>7)</sup>. Zeugnisse für die charakteristischen Längen der fränkischen Meßrute und Hufe finde ich hier nicht. Im größten Teile Böhmens herrschten andere Maße. Die Landmaße Böhmens, insbesondere die Einteilungen der Hufen, sind sehr mannigfaltig, offenbar unter dem Einfluß der Maße der deutschen Nachbarländer und einheimischer Schätzungsmaße. Die Hufe wird in eine sehr verschiedene

1) Siehe E. D. Schulze, Kolonisierung und Germanisierung der Gebiete zwischen Saale und Elbe, S. 227, Anmerkung 2. 2) H. J. Schmid, Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte 44, Kanonistische Abt., S. 204, Anmerkung 2. 3) Schulze a. a. O. S. 227, Anmerkung 2. 4) Paul Böhme, Urkundenbuch des Klosters Pforta I, 1 (1893), Nr. 107. Vgl. Köhlschke, Quellen zur Geschichte der ostdeutschen Kolonisation Nr. 9, von 1152, mit den dort angezogenen weiteren Urkundenstellen. — L. Naumann, Dorf und Flur Flemmingen, Raumburg 1914, war mir nicht zugänglich. 5) Man könnte hier auch an die alte friesishe und niederländische Rechnung nach Ruten Landes (vgl. unten) denken, doch scheint sie bei den niederländischen Kolonien in Deutschland sonst nicht vorzukommen. 6) August Sedláček, Paměti a doklady o staročeských mírách a váhách (Denkwürdigkeiten und Belege über altböhmische Maße und Gewichte) in Rozpravy České akademie věd a umění (Abhandlungen der Böhmischen Akademie der Wissenschaften zu Prag), Klasse 1, Nr. 66, 1923, S. 47 und 215. 7) Sedláček, ebda. S. 47; SR. 5049.

Zahl von Strichen (Scheffeln) Aussaat oder von Morgen eingeteilt, auch ist die Messungsweise verschieden <sup>1)</sup>. Die Einteilung in Ruten findet sich nun auch bei Hufen, welche von der fränkischen ganz abweichen. So wird die in Hajeks Chronik von 1541<sup>2)</sup> beschriebene Hufe in zwölf Ruten eingeteilt. Scheinbar wird hier die Rute ebenso wie die Hufe selbst zugleich als Längenmaß verwendet: die Rute hält 1050, die Hufe 12 600 Ellen (zugleich Länge der Meile). In Wahrheit dienen diese Angaben nur der Ermittlung des Flächeninhalts, indem jedesmal wie bei dem Morgen die Breite von einem Seile (42 Ellen) vorausgesetzt wird <sup>3)</sup>. Mehrfach ist auch eine Einteilung böhmischer Hufen in acht Ruten bezeugt. Die Mehroute ist gewöhnlich acht Ellen = sechzehn Fuß lang <sup>4)</sup>.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß die Bezeichnung Rute für den zwölften Teil der Hufe ebenso wie das Wort Lehn (lan) für Hufe von der fränkischen Hufe, bei welcher sie ihre natürliche Erklärung findet, auf Hufen anderer Größe und Messungsweise übertragen worden ist.

Wie erwähnt, geht die Einteilung der fränkischen Hufe in zwölf Ruten von der üblichen Breite dieser Hufen bei bestimmter Länge aus. Die Bezeichnung von Grundstücken nach der Breite in Ruten werden die Kolonisten aus ihrer fränkischen Heimat mitgebracht haben <sup>5)</sup>. Köhlsche weist nach, daß eine solche Bezeichnungsweise altgermanisch ist <sup>6)</sup>. Sie findet sich in verschiedenen Gegenden in verschiedener Weise. So werden schon früh in Friesland „durchlaufende Anteile an den Gewannen“ Ruten, Füße usw. genannt; Grundstücke in Thüringen werden ohne Bestimmung des Flächeninhalts nur nach der Breite als Gelenge, Sottel usw. bezeichnet. Dagegen ist Köhlsches Vermutung <sup>7)</sup>, daß die Zwölfrutenhufe mit römischer Landmessungstechnik zusammenhänge, m. E. nicht haltbar. Die scheinbar gleiche Breite beruht auf zufälliger Zahlenübereinstimmung. Denn 12 römische perticae zu

1) Sedláček a. a. O. S. 49—52, 45 ff. 2) Siehe den tschechischen Text des Abschnitts über die Maße und Gewichte bei Sedláček a. a. O. S. 321 ff. mit Erläuterungen; die deutsche Übersetzung von 1596 des von den Landmaßen handelnden Teils bei Meitzen, Urkunden schlesischer Dörfer (Cod. dipl. Sil. IV), Einleitung S. 48, Anmerkung 3. 3) Vgl. Sedláček (S. 324), welcher allerdings in dieser Rute ein wirklich gebrauchtes Längenmaß sieht. Noch im Unklaren war Lippert, Socialgeschichte Böhmens II (1898), S. 355. 4) Sedláček S. 47 f.

5) In einer Urkunde von 1286 wird in Rottendorf bei Würzburg neben nach „Äckern“ berechneten Grundstücken an zwei Stellen mensura duarum virgarum, wohl Rodeland, aufgeführt. Monumenta Boica XXXVII (1864), Nr. 486. 6) Allgemeine Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Mittelalters, (1924) S. 256 f., 261 f., 404. 7) A. a. O. S. 262.

10 Fuß waren zirka  $35\frac{1}{2}$  Meter, 12 „fränkische“ Ruten zu 15 Ellen zirka  $103\frac{1}{2}$  Meter.

Bei der fränkischen Hufe findet sich neben der hier gewöhnlichen Einteilung in Ruten auch eine solche in Morgen. Nach den anscheinend aus Kleinpolen stammenden Merkversen in ihrem vollständigen Text im Posener Kodex <sup>1)</sup> wird diese Hufe in 36 Morgen (iugera) eingeteilt, deren mithin 3 auf die Flächenrute gehen. Der Morgen ist nach demselben Texte 3 Ruten breit, 30 Ruten lang. Bei der hier vorgesehenen Länge der Rute von 14 Ellen und 1 Faust ( $14\frac{1}{6}$  Ellen, wohl altfrakauer Maß = 8,44 m) <sup>2)</sup> ist der Morgen zirka 64 Ar groß; er ist also um den siebenten Teil größer als der flämische Morgen Schlesiens und Polens von 56 Ar <sup>3)</sup>.  
(Schluß folgt)

---

<sup>1)</sup> Siehe oben S. 90.      <sup>2)</sup> Vgl. oben S. 94 und 100.      <sup>3)</sup> 1270 wird für das damals mährische Leobschütz die Größe der Hufe mit 36 Morgen festgesetzt. Tzschoppe und Stenzel a. a. O. Nr. 62 a, § 3. Ein Zusammenhang mit der Einteilung der fränkischen Hufe ist hier wohl nicht anzunehmen.

## V.

# Die Weiß- und Sämischgerberei in Breslau bis zum Dreißigjährigen Kriege\*).

Von  
Maria Breuer.

---

## I. Historisches über die Weiß- und Sämischgerberei.

Prähistorische Funde und Forschungen bei primitiven Völkern haben ergeben, daß die Lederherstellung bereits auf niederer Kulturstufe beginnt. Schon das durch Schaben und Waschen von den Fleischteilen befreite und gereinigte Fell bietet Verwertungsmöglichkeiten. Aber es bleibt der Fäulnis ausgesetzt oder wird hart und brüchig. Das zwang den Menschen frühzeitig, eine Gerbtechnik auszubilden, die den Häuten Widerstandsfähigkeit gegen chemische Einflüsse verlieh und sie geschmeidig und biegsam machte. Nach den Gerbstoffen, die diesem Zwecke dienen, pflegt man die Loh-, die Alaun- und die Fettgerbung zu unterscheiden. Der Rotgerber stellt mit Loh sehr schweres, derbes Sohlenleder her, der Weißgerber verwendet für sein zartes, weißes Leder Alaun und Kochsalz, während der Sämischgerber mit Hilfe von Tran gelbliches Waschleder erzeugt. Alter und Herkunft dieser Gerbmethode lassen sich nicht ermitteln. Es ist möglich, daß

---

\*) Die in den Anmerkungen ohne Orts- und Archivangabe angeführten Handschriften befinden sich im Stadtarchiv zu Breslau.

In der Arbeit werden folgende Abkürzungen gebraucht:

- H.U. = Handwerkerurkunden der Weißgerber.  
 Corr. = Korrespondenzen mit auswärtigen Zünften usw.  
 Weißgerber, Verschiedenes = Lose Akten.  
 L.D. I, ff. = Libri definitionum. 13 Bände. Ratsentscheide in Zunftangelegenheiten seit 1522 (Archivbezeichnung O. 144).  
 L.M. I, 1 u. 2 = Libri magni (Archivbezeichnung E. 1, 1 u. 2).  
 L. 37 = Mühlordnung 1567.  
 E. 26 = Hofexpeditiones von 1583.  
 O. 401 = Kopialbuch. Korrespondenzen der Oberzeche mit Auswärtigen 1614 bis 1659.  
 O. 404 = Gesellenbuch. Rechnungen u. a. 1610—48.  
 O. 406, 1 = Rechnungsbuch der Innungskasse. 1581—1647.



die Feltgerbung die älteste ist <sup>1)</sup>). Für die nordische Bronzezeit ist durch Ausgrabungen in Schleswig-Holstein bereits die Kenntnis einer Weißledergerbung mit Hilfe von Tonerdesalzen erwiesen <sup>2)</sup>). Aber kaum wird die Entwicklung von hier in fortlaufender Linie in die historische Zeit geführt haben. Nach dem gegenwärtigen Stande der Forschung gilt der Orient als die Heimat der Weißlederindustrie <sup>3)</sup>). Sie wurde von den Sarazenen nach Spanien verpflanzt <sup>4)</sup>). Bis dahin hatte man im Abendlande in der Hauptsache nur lohbares und Sämischleder hergestellt <sup>5)</sup>). Die Römer verstanden sich zwar auf das Verfertigen von weißlichem Leder (*aluta*), das aber nicht mit echtem Maun bereitet und mit dem feinen orientalischen Leder nicht zu vergleichen war <sup>6)</sup>). Wann die arabisch-spanische Weißledergerbung sich im übrigen Europa verbreitet hat, läßt sich nicht bestimmen. In Deutschland sind die ersten Weißgerber nicht vor dem 13. Jahrhundert nachweisbar <sup>7)</sup>). 1257 hören wir in Regensburg von einem Ahaldus

O. 407, 1 = Rechnungsbuch über die Walfgebühren 1540—87. (In der Innungsstube des Breslauer Kunstgewerbe-Museums.)

O. 408 = Verzeichnis der in die Walf gelieferten Felle 1668, 1669, 1671.

Libri signaturarum = Signaturbücher (Archivbezeichnung C 5).

Koeltisch = Koeltisch, Rechnungs- und Schuldbuch 1615—81.

Codex = Codex diplomaticus Silesiae, Bb. 3, 8, 11.

Korn = Korn, Breslauer Urkundenbuch. 1. Teil. 1870.

Script. rer. Sil. = Scriptorum rerum Silesiacarum.

Tischoppe und Stenzel = Urkundensammlung zur Geschichte des Ursprungs der Städte. 1832.

Ebert = Georg Ebert, Die Entwicklung der Weißgerberei. Bayerische Wirtschafts- und Verwaltungsstudien, hrsg. von Georg von Schanz. 48. Lpz. 1913.

Eulenburg 1892 = Franz Eulenburg, Über Innungen der Stadt Breslau vom 13. bis 15. Jhd. Diss. Berlin 1892.

Eulenburg (ohne Jahres- und Seitenangabe) = Ungedruckter Teil der vorgenannten Dissertation.

Eulenburg 1904 = Fr. Eulenburg, Drei Jahrhunderte städtischen Gewerbewesens. Zur Gewerbestatistik Alt-Breslaus 1470 bis 1790. Vierteljahrsschrift für Soz. und Wirtschaftsgeschichte. Bd. 2. 1904.

Krünitz = Ökonomische Encyclopädie v. Joh. Krünitz. 68. Teil. Leder.

v. Loeßch = Heinrich von Loeßch, Die Kölner Zunfturkunden. 2 Bd. Bonn 1907.

Markgraf = Hermann Markgraf, Die Straßen Breslaus. Mitt. aus dem Stadtarchiv. 2. H. Breslau 1896.

Schanz = Georg Schanz, Zur Geschichte der deutschen Gesellenverbände. Lpz. 1877.

1) Ebert, S. 239. 2) Reallexikon der germanischen Altertumskunde, hrsg. von Joh. Hoops. 2. Bd. 1913—15. S. 158 f. Art. „Gerberlohe“. Reallexikon der Vorgesch., hrsg. von Max Ebert. 7. Bd. 1926. S. 264 f., Art. „Leder“. 3) Ebert, S. 175. 4) Ebda, S. 205. 5) Ebda, S. 205. 6) Ebda, S. 50, 201.

7) Doch wird weißes Leder, das die Handschuhmacher liefern sollen, schon in dem ersten Straßburger Stadtrecht aus dem 12. Jahrhundert erwähnt. Es heißt dort: Quatuor inter cyrothecarios eunti ad curiam vel expeditionem dabunt quantumcunque fuerit necessarium de albo coreo ad thecas candelaborum, baccinorum et cyphorum (Keutgen, Urk. 3. städt. Verf.-Gesch., Berlin 1901, Nr. 126, S. 109).

cognomine Irhaer civis Ratisponensis <sup>1)</sup>). Ein Lübecker Verzeichnis der neu aufgenommenen Bürger erwähnt zum Jahre 1259 zwei *cerdones albi* <sup>2)</sup>). In Augsburg erscheinen sie urkundlich zum ersten Mal 1276 unter der Bezeichnung „wizmalar“ <sup>3)</sup>). „Wislederer“ ist in Basel Familienname vor 1289, in Freiburg im Breisgau 1292 <sup>4)</sup>). Wien kennt die „Ircher“ wahrscheinlich auch in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts <sup>5)</sup>, Breslau desgleichen. Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß die Weißgerberei im 13. Jahrhundert über das Reich verbreitet war <sup>6)</sup>).

Die Herstellung von fettgarem Leder, die vermutlich in die früheste Zeit zurückreicht, ist durch eine Salzburger Urkunde für das Ende des 11. Jahrhunderts bezeugt: *corium ad oleum comparandum* <sup>7)</sup>). 1375 spricht eine Hamburger Zunftrolle von „zemesch ledder“ <sup>8)</sup>). 1409 aber erscheint unter den Ausfuhrgütern Lübecker Kaufleute nach Venedig ein Posten sämischer Hosen <sup>9)</sup>).

Die Sämischgerberei wurde, wenn überhaupt, stets mit der Alaungerbung zusammen betrieben <sup>10)</sup>). Der Handwerker, der sich mit der Herstellung von Feinleder befaßt, heißt in den lateinischen Quellen *candidarius* <sup>11)</sup>, *albicerdo* oder *alutarius*. Der Name *alutarius* war im 12. Jahrhundert in Paris auch für die Schuster gebräuchlich <sup>12)</sup>). In Breslau führen die Weißgerber stets die Bezeichnung *albicerdones*, einmal *alutarii* <sup>13)</sup>). In deutschen Urkunden wird der Weißgerber häufig „Ircher“ genannt. Dieses Wort wird zu althochdeutsch *irah* „Bock“ gestellt <sup>14)</sup>, *irch* ist Bockleder, besonders von Rehen, Hirschen, Gemsen, der Ircher demnach der Bocklederbearbeiter <sup>15)</sup>).

1) Erwin Boldmann, *Alte Gewerbe und Gewerbegeassen*. Würzburg 1921. S. 151. 2) Cod. dipl. Lubecensis. 2. Teil. 1. Hälfte. S. 28. 3) Stadtbuch von Augsburg, hrsg. von Christian Meyer, 1872. S. 44. 4) Alfred Göze, *Familiennamen im badischen Oberland*. Heidelberg 1918. S. 83. 5) Karl Uhlirz, *Das Gewerbe in Wien. Geschichte der Stadt Wien*, hrsg. vom Altertumsverein zu Wien. 2, 2. 1905. S. 604. 6) In anderen Städten ist sie meist erst später nachweisbar. Schuld daran ist der Zufall der Überlieferung. 7) Ebert, S. 239. 8) Die Hamburger Zunftrollen, hrsg. von Otto Rüdiger. 1874. S. 92. „Sämisch“ non mndd. *semesch* = ölger. Vgl. Fr. Kluge, *Etymologisches Wb. der deutschen Sprache*. 1921. S. 380. 9) Wilh. Stieba, *Hanjsisch-Venetianische Handelsbeziehungen im 15. Jahrh.* Rostock 1894. S. 45. 10) Ebert, S. 240. 11) Moritz Heyne, *Fünf Bücher deutscher Hausaltertümer*. 3. Bd. Körperpflege und Kleidung. 1903. S. 211. — Du Cange II, 90. 12) Jean de Garlande, *Dictionnaire historique*. XXII. S. 590. Zitiert nach Wilh. Gallion, *Der Ursprung der Zünfte in Paris*. Berl., Lpz. 1910. S. 75. 13) L.D. I, Bl. 97 b. 14) Lexer, *Mittelhochdeutsches Handwörterbuch*. 1872. 1. Bd. S. 1449. 15) Der Versuch Eberts (S. 242 ff.), das Wort *ircher* als eine spezielle Bezeichnung des

## II. Die Breslauer Weiß- und Sämischgerberei bis zum Dreißigjährigen Kriege.

Die Weißgerberei gehört zu den ältesten Handwerken der deutschen Siedlung Breslau. Über das Gewerbeleben der vorausgehenden Jahrhunderte slavischer Siedlung ist wenig bekannt <sup>1)</sup>. Zweifellos war das slavisches Handwerk nur auf den notwendigsten lokalen Bedarf eingestellt. Entwicklungsmöglichkeiten waren erst mit der Niederlassung deutscher Kaufleute und deutscher Handwerker um 1200 gegeben. Zwar wurden diese ersten Keime deutschen Lebens durch den Mongoleneinfall von 1241 zerstört. Aber reicher und ständiger Nachschub aus dem Westen glückte den Verlust rasch wieder aus. Nach dem Mongolensturm erfolgte eine Neugründung. Breslau wurde nun Stadt im Rechtsinn und wuchs mit der Kolonialstädten eigenen Kraft und Schnelligkeit empor. Um 1300 bietet es das Bild einer aufblühenden Stadt mit reich entwickeltem Gewerbeleben. 28 Handwerke haben einen vielseitigen und über die Grenzen der Stadt reichenden Bedarf zu befriedigen <sup>2)</sup>. Die Spezialisierung der Lederindustrie in die sechs voneinander unabhängigen Gruppen der Schuster, Rotgerber, Sattler, Weißgerber, der Rierner und Gürtler und der Handschuhmacher beleuchtet die Ansprüche der Verbraucher und die Größe des Umsatzes.

Ein Verzeichnis der ältesten Gewerbe Breslaus findet sich in den sogenannten Handwerkerstatuten, die vermutlich um 1324 niedergeschrieben sind <sup>3)</sup>. Sie widmen den Weißgerbern vier knappe Paragraphen, die das Gästerecht, das Recht zum Handwerksbetrieb, einen Streit mit den Wollwebern und den Vorkauf betreffen. Der Inhalt dieser Sätze bezeugt, daß das Gewerbe schon einige Zeit bestanden

Sämischgerbers zu erweisen, ist abzulehnen. 1449 wird in Breslau die Ausarbeitung einer bestimmten Anzahl „Erich“ als Vorbedingung des Meisterwerdens aufgestellt. Damals war dort an das Sämischgerben überhaupt noch nicht zu denken. Gegen Eberts Auffassung spricht auch der in seiner Beweisführung S. 241 zitierte Paragraph einer Nürnberger Irherordnung von 1535, „es mögen auch die Irher gel gerben“. Findet sich wohl in mittelalterlichen Zunftstatuten irgendwo der Satz, „es mögen auch die Schneider schneiden“ oder „die Weißgerber weißgerben“? Sinn hat nur die Bestimmung, „es mögen auch die Weißgerber gel gerben“. Die Verbindung „Irher unnd Weißgerber“, die Eberts Behauptung stützen soll (Ebert 244), ist als Tautologie zu verstehen. Ihr läßt sich die Verbindung „semisch weihse fehle ond ehrriht“ (Handwerkerurkunden 1512, in einer Kopie von 1659, Stadtarchiv Liegnitz) entgegenstellen.

<sup>1)</sup> Codex 8, S. XVII.    <sup>2)</sup> Ebda S. 109 ff. Die Statuten nennen nicht alle Gewerbe.    <sup>3)</sup> Paul Rehme, Über die Breslauer Stadtbücher. Halle 1909. S. 11.



hat. Sicher nachweisbar ist es im Jahre 1299. Das älteste städtische Rechnungsbuch Breslaus verzeichnet in diesem Jahr: *cerdones albi de inunga 2 marc* <sup>1)</sup>. Etwa in die gleiche Zeit gehört die Notiz: . . . *albi cerdones 1 marcam de domo* <sup>2)</sup>. Wir können das Bestehen des Handwerks mit Sicherheit noch weiter zurückverfolgen: Im Jahre 1291 wurde die Ohle, die bis dahin in der Nähe der Frauenbrücke (heute Sandbrücke) <sup>3)</sup> in die Oder mündete, als Befestigungsgraben um die Stadt geleitet <sup>4)</sup>. Damals müssen die Weißgerber, deren Handwerksbetrieb die Nähe des Wassers verlangt, sich an der nordwestlichen Stadtgrenze auf den Ufern der neuen Mündung angesiedelt haben. So entstand die noch heute nach ihnen bezeichnete Gasse, bis ins 16. Jahrhundert „*undern weysgerbern*“ genannt <sup>5)</sup>. Auch der „Steg“ (später Weißgerbersteg), für dessen Instandhaltung die Weißgerber der Stadt einen Zins zahlten, führte damals (1299) schon über den Fluß <sup>6)</sup>. Dicht bei der Weißgerbergasse am Burgwall lag die oben erwähnte *domus*, das *Wscher- oder Gerbehaus*, das dem Handwerksbetrieb diente <sup>7)</sup>.

Die Weißgerberei kann immerhin schon vor 1291 in Breslau bestanden haben, ist aber unter den damals vorhandenen Gewerben eines der jüngsten; sie wird in den Statuten erst an 26. Stelle genannt, die ältesten und angesehensten Handwerke stehen an der Spitze.

Für das 14. und 15. Jahrhundert sind wir über das Schicksal der Weißgerber schlecht unterrichtet; die Zünfte mußten den Aufstand von 1418 mit dem Verlust aller Urkunden büßen. Außer den erwähnten Statuten ist die einzige Quelle für diese Zeit die Sigismundische Handwerksordnung vom Jahre 1420, aus der wir die im 14. Jahrhundert geltende Gewerbeordnung kennen lernen; denn gewerberechtlich brachte die Sigismundia keine Neuerung <sup>8)</sup>. Andere Nachrichten aus dem 15. Jahrhundert sind vereinzelt. Zahlreich und ergiebig werden die Quellen erst mit dem 16. Jahrhundert, in dem

<sup>1)</sup> Codex 3, S. 2.      <sup>2)</sup> Codex 11, S. LIX.      <sup>3)</sup> Markgraf, S. 177.

<sup>4)</sup> Ebda, S. 145 ff.      <sup>5)</sup> Bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts ging unter diesem Namen nur das Stück von der Oder bis zur Nikolaistraße. Seit 1824 wird die südliche Fortsetzung bis an die Reuschestraße (bisher Töpfergasse) mit darunter verstanden. (Markgraf, S. 235 f.). Nach dem Wenhnerschen Stadtplan von 1562 führte auch die Neue Weltgasse die Bezeichnung „*Under den Weißgerbern*“. Aus den Stadtbüchern (vgl. Markgraf) läßt sich das nicht nachweisen.

<sup>6)</sup> Codex 3, S. 2.      <sup>7)</sup> Liber ingrossatoris I, 48 und 76. Zitiert nach Markgraf 26 f. Markgraf bezieht die Erwähnung des *Wscher- oder Gerbhauses* von 1467 und 1471 fälschlich auf das Weißgerber-Zechhaus. Das wurde erst 1545 von der Zunft erworben.      <sup>8)</sup> Eulenburg 1892, S. 10.



die Sämischgerberei und damit die Blütezeit des Gewerbes beginnt. Ein für die Entwicklung des Handwerks wertvolles Zeugnis sind die mit dem Ausgang des 15. Jahrhunderts einsetzenden Zunftrollen (*catalogi collegiorum civitatis*), in denen die Zunftmitglieder für einzelne Jahre mit Namen aufgeführt sind. Sie sind von Eulenburg tabellarisch zusammengestellt <sup>1)</sup>. Auf Grund anderer Quellen konnten sie für einige Jahre um die Mitte des 16. Jahrhunderts ergänzt werden <sup>2)</sup>. Danach ergibt sich folgendes Bild: (siehe Tab. I, S. 162).

Diese Zahlen sind mit der Einschränkung, daß zwischen Steigen und Fallen der Meisterzahl und Produktionshöhe keinesfalls eine Gleichung besteht, als Gradmesser für das Gedeihen des Handwerks immerhin zu verwerten. Auffallend ist die scharfe Kurve in der Entwicklung gerade der Weißgerberei. Nur wenige unter den andern Handwerken haben im gleichen Zeitraum so starke Spannungen zwischen den Grenzziffern aufzuweisen. Unter diesen wenigen rechnet keines mit so hohen Zahlen. Schon am Ende des 15. Jahrhunderts vermag die Weißgerberei eine stattliche Zahl von Meistern zu ernähren. Der Rückgang um 1525 ist nichts gerade diesem Handwerk Eigentümliches, er ist bei allen Gewerben zu verzeichnen. Vielleicht ist er auf die Stockung des polnischen Handels infolge des Niederlagsstreites zurückzuführen <sup>3)</sup>. In den beiden folgenden Jahrzehnten erholt sich die gesamte Wirtschaft rasch, und gerade die Weißgerberei, mit der jetzt die Sämischgerbung verbunden ist, entwickelt sich in beständig aufsteigender Linie. Seit 1539 liegen Zeugnisse aus Breslau und der Provinz vor, daß das Handwerk „in eyynn solch grohs auffsteigenn gerathenn“ <sup>4)</sup>. 1576 ist der Höhepunkt erreicht. Die Meisterzahl hat sich im Laufe eines Jahrhunderts fast auf das viereinhalbfache erhöht, binnen dreißig Jahren verdoppelt. Damit mußte sich eine Überproduktion ergeben, und seit dem Ende der sechziger Jahre werden Klagen über eine Überfüllung des Handwerks laut <sup>5)</sup>. In den nächsten zehn Jahren erfolgt der unvermeidliche Rückschlag. Erhöhung der Lehrzeit von vier Jahren auf fünf und dreijähriger Wanderzwang sollen einem weiteren Andrang zum Handwerk steuern <sup>6)</sup>. Bis gegen das Ende des Jahrhunderts (1596) bleibt dann die Besetzung des Handwerks eine gleichmäßige und bedeutende, um

1) Eulenburg 1904, S. 278 f.

2) Hf. O. 407, 1.

3) Vgl. darüber

Max Rauprich, Breslaus Handelslage im Ausgange des Mittelalters, in dieser Zeitschr. Bd. 26, S. 1 ff., u. ders., Das polnische Niederlagsrecht, Bd. 27, S. 54 ff.

4) Hf. O. 406, 1, Bl. 2 a.

5) Corr. 12. Juni 1570, Wien. Corr. Nov. 1571,

Groß-Glogau. H. M. 18. Dez. 1574.

6) Ebda.

von 1600 bis 1617, also noch vor dem Dreißigjährigen Kriege, fast auf die Hälfte zu sinken. Das ist um so überraschender, als gerade in dieser Zeit die meisten anderen Handwerke, nach einem Rückschlag in in den letzten vier Jahren des 16. Jahrhunderts, ein Ansteigen der Meisterzahl zu verzeichnen haben. Das gilt vor allem auch für die Ledergewerbe mit alleiniger Ausnahme der Weißgerberei.

Um ein Kriterium für die Beurteilung dieser eigenartigen Entwicklung zu gewinnen, könnte man die Stärke der Breslauer Weißgerberzunft mit der in anderen Städten vergleichen. Aber einmal sind zu wenige auch zeitlich entsprechende Angaben vorhanden, und dann wäre der Vergleich bei der Unsicherheit über die Bevölkerungszahl der Städte von geringem Wert. Wir wollen statt dessen die Weißgerberzunft zu dem verwandten Gewerbe der Rotgerber in Beziehung setzen und das dabei gewonnene Ergebnis an den Verhältnissen anderer Städte messen <sup>1)</sup>:

Zwischen 1470 und 1525 steht die Weißgerberzunft in Breslau ziffernmäßig nur wenig hinter den Rotgerbern zurück (vgl. Tab. I, S. 162). In den vierziger Jahren hat sie sie bereits überholt. 1576 ist sie auf das dreifache angewachsen, zwischen 1590 und 1600 ist das Verhältnis 2:1, 1617 etwa 1:1. Für andere Städte steht uns nur wenig Vergleichsmaterial über die Besetzung beider Zünfte zur Verfügung:

Frankfurt a. M. <sup>2)</sup>	1387	1400
Weißgerber	18 (16)	10
Rotgerber	27	13
Dresden <sup>3)</sup>	1578	
Weißgerber	7	
Rotgerber	11 (an anderer Stelle 19).	

In Nürnberg <sup>4)</sup> übertrifft in den Jahren 1380—1570 die Zahl der Rotgerber die der Weißgerber immer, einige Male um das Mehrfache.

Der Vergleich ergibt, daß die Weißgerberzunft meist schwächer besetzt ist als die Rotgerberzunft. Ihr Verhältnis zur Rotgerberei schwankt zwischen 1:7 und 1:1. Das erklärt sich aus der verschiedenen Dauer des Gerbeprozesses, der es einer kleinen Zahl von Weißgerbern ermöglicht, in derselben Zeit ebensoviel Leder zu erzeugen wie eine weit größere Zahl Rotgerber <sup>5)</sup>.

1) Ebert, S. 345 f., bringt derartige Vergleiche für das 19. Jahrh. 2) Karl Bücher, Mittelalterliche Handwerksverbände. Zeitschr. f. d. ges. Staatswiss., hrsg. von Karl Bücher. 77. Jg. 1922/23. Tübingen 1923. S. 314. 3) Max Fleming, Die Dresdener Innungen, Mitteilungen des Vereins für Geschichte Dresdens 12—15. Dresden 1896. S. 281. 4) Ebert, S. 270. 5) Ebda, S. 270

Die Entwicklung der Breslauer Weißgerberzunft zwischen 1550 und 1600 muß demnach als ungewöhnlich bezeichnet werden. Wir wollen versuchen, die Gründe für die auffallend starke Befetzung des Handwerks aufzudecken und das Sprunghafte in seiner Entwicklung zu erklären.

Zwischen 1530 und 1540 wird die Zahl der Rot- und der Weißgerber etwa gleich gewesen sein. Seitdem setzt bei dem Weißgerberhandwerk in Breslau und den umliegenden Städten eine lebhafte Entwicklung ein. Dieses Anwachsen des Handwerks fällt mit dem Aufkommen der Sämischgerberei zusammen, ist durch sie bedingt. Sämischleder war als Importartikel der schlesischen Handelsmetropole längst bekannt. Sämische Bekleidungsstücke erscheinen schon 1411 und 1422 im Großhandel <sup>1)</sup>. Aber erst im Anfang des 16. Jahrhunderts beginnen auch in Breslau ein paar unternehmende Handwerker Sämischleder herzustellen. Noch zu Anfang der zwanziger Jahre befassen sich erst vier bis sechs Weißgerber mit dieser Lederbereitung <sup>2)</sup>. Sie ist dem Osten neu. 1524 fragen die Posener Weißgerber in Breslau an, ob sie sich der Weisung ihres Rates fügen und den Nestlern das Sämischgelb überlassen sollen <sup>3)</sup>. Um 1540 ist in Breslau wie in anderen Städten des Ostens jeder Weißgerber auch Sämischgerber, und zwar Sämischgerber in erster Linie, man arbeitet kaum noch „cunsch sonder epttel semmisch“ <sup>4)</sup>. Die Produktion hatte sich ganz überwiegend auf die Herstellung von Sämischleder eingestellt. Die Absatzmöglichkeiten für dieses Produkt führen in den siebziger Jahren eine Befetzung des Handwerks herbei, die es zur zweitstärksten Zunft in der Stadt erhebt (die Kreischmer haben 1579 174 Meister) <sup>5)</sup>. Nur eine bedeutende Ausfuhr kann einer Produktion, die dieser Meisterzahl entspricht, das Gleichgewicht gehalten haben. Unvermittelt beginnt gegen Ende des Jahrhunderts ein unaufhaltbarer Niedergang. Wenn dann die Zunft 1617 auf die Entwicklungsstufe von 1530/35 zurückgeworfen wird — wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die Einzelproduktion in Zeiten eines fortdauernden Niederganges notwendig geringer ist als in einer Epoche des Aufstiegs — so ist um 1617 der Lederexport günstigstenfalls noch dem Stande von 1530 gleichzusetzen, d. h. dem Anfangsstadium des Gewerbes. Es ist offenkundig, daß der Sämischexport, der zuvor bedeutend gewesen sein

1) Liber signaturarum 1411, S. 37 und 1422, S. 43. 2) Hj. O. 407, 1, S. 1. 3) Corr. 1524. November 19, Posen. 4) Hj. L. 37, Bl. 61 a. 5) Eulenburg 1904, S. 279.

muß, plötzlich und stark zurückgegangen ist. Das Handwerk erholt sich nicht wieder.

Ebert <sup>1)</sup> knüpft das Schicksal der Weiß- und Sämischgerberei in erster Linie an den Krieg. Er geht von dem Beispiel Nürnbergs aus, um darzulegen, daß in den bewegten, fehdelustigen Zeiten des 15. Jahrhunderts ein gesteigerter Heeresbedarf eine Blütezeit für die Rot- und Weißgerberei heraufgeführt hat, während der mehr friedliche Verlauf des 16. Jahrhunderts den Wohlstand dieser Gewerbe untergrub. Da ja Ebert Ircher und Sämischgerber gleichsetzt <sup>2)</sup> und die Herstellung von Weißleder in der Werkstatt des Irchers als Nebenbeschäftigung erweist <sup>3)</sup>, und dies wahrscheinlich mit Recht, so muß demnach die Zahlenreihe des Nürnberger Ircherhandwerks vor allem die Entwicklung der Sämischgerberei widerspiegeln. Er sagt wörtlich folgendes <sup>4)</sup>:

„Das 15. Jahrhundert bedeutet einen Höhepunkt der städtischen Politik, wobei besonders der Markgraf Albrecht von Ansbach und Friedrich der Siegreiche von der Pfalz als die beiden bedeutendsten Fürsten Deutschlands, dann die oberdeutschen Städte im Mittelpunkt aktivster Politik stehen; die fortwährenden Fehden führen zu keiner Entspannung, sondern nur zu einer Steigerung der Verhältnisse, und dies drückt sich gewerblich aus in der Zunahme der einschlägigen Handwerke. Ein Hauptverbraucher des Leders ist der Krieg. Erst als 1493 nach 53 jähriger schwacher Regierung Kaiser Friedrich III. starb, als der tatkräftige, jugendfrische Maximilian eine Neuausrichtung des Reiches ins Werk zu setzen beabsichtigte, als der Reichstag von Worms 1495 die Idee des ewigen Landfriedens proklamierte, als das neu anbrechende 16. Jahrhundert mit seinen ungeheuren inneren geistigen Bewegungen die tätigen Faktoren auf ganz andere Gebiete lenkte, als die Entdeckung Amerikas ganz andere Interessensphären geschaffen hatte, da hörte der große Bedarf für die Produkte der zur Bedarfsdeckung des vergangenen Jahrhunderts erzeugten Handwerke auf, die Gewerbe sanken in ihrer Bedeutung zurück auf die Bedarfsdeckung der ruhenden Stadt, schon das Ende des 16. Jahrhunderts erzeugt in den oberdeutschen Städten die Stille des ausgehenden Mittelalters, und diese ganze Bewegung spiegeln die Meisterzahlen der beiden hier in Frage stehenden Gewerbe (d. h. Rot- und Weißgerberei) wieder“ <sup>5)</sup>.

1) Ebert, S. 272.

2) Vgl. S. 110 f., Anm. 15.

3) Ebert, S. 240 ff.

4) Derf., S. 271 f.

5) Derf., S. 270.



Wenn Eberts Begründung gerechtfertigt ist, muß sie Allgemeingültigkeit beanspruchen. Kriegerische Ereignisse müßten starken Zugang zum Handwerk zeitigen, eine friedliche Epoche Absatzschwierigkeiten, Betriebseinschränkung und Abwanderung vom Handwerk herbeiführen. Die Entwicklung des Breslauer Weißgerberhandwerks bestätigt diese Auffassung nur zum Teil. Der gewichtigste Einwand ergibt sich aus der Tatsache, daß in Breslau die Sämischgerberei überhaupt erst im 16. Jahrhundert aufkommt, zu derselben Zeit, da sie in Nürnberg kaum mehr lebensfähig ist, und in eben diesem friedlichen Jahrhundert eine so glänzende Entwicklung erleben kann. Schon die Möglichkeit, dieses Gewerbe noch um 1500 in Breslau und anderen Städten des Ostens einzubürgern, macht es nicht wahrscheinlich, um diese Zeit eine schlechte Konjunktur für die Sämischindustrie vorauszusetzen, vielmehr muß Anlaß zur Verbreiterung der bisherigen Produktionsbasis bestanden haben. Das Gewerbe stand in seiner Entwicklung, noch um 1500. Nicht ein absterbendes Handwerk wird nach dem Osten verpflanzt, sondern ein blühendes Gewerbe mit reichen Absatzmöglichkeiten lockt über die bisherigen Grenzen hinaus zum Betrieb.

Ein weiteres Bedenken gegen Eberts Darlegung erwecken die Meisterzahlen im 17. Jahrhundert. Der Krieg scheint auf das Handwerk die entgegengesetzte Wirkung zu üben, die ihm von Ebert zugeschrieben wird. Genaue Kenntnis der Gesamtproduktion in diesen Jahren gibt erwünschten Aufschluß. (S. Tabelle II, S. 164 f.)<sup>1)</sup>

Die Tabelle bringt ein überraschendes Ergebnis: 1. Auf die 25 Meister im Jahre 1640 kommt eine Jahresleistung von 329 Walken gegenüber 46 Meistern mit 247 Walken im Jahre 1617. 2. Die jährliche Durchschnittsleistung des ganzen Handwerks beträgt im Kriege 327 Walken gegenüber 259 Walken in der Vorkriegszeit. 3. Die Durchschnittsleistung des einzelnen Handwerkers im Jahre 1640 ist mit jährlich 13 Walken die Rekordziffer in der ganzen Reihe von 1540 an, der eine Minimalleistung von jährlich 5 Walken im Jahre 1617 gegenübersteht. Der Vergleich der Jahre 1617 und 1640 ergibt mithin eine Steigerung der Arbeitsintensität um 156 %.

Dieses Resultat mahnt zur größten Vorsicht bei der Verwertung von Meisterzahlen, ohne ihnen deshalb jede Bedeutung zu nehmen. Sie gestatten keine unmittelbaren Schlüsse auf die Lage des Handwerks, deuten aber in ihrer Folge die Tendenz seiner Entwicklung an.

<sup>1)</sup> Tabelle II ist zusammengestellt aus den Hss. O. 407, 1, O. 406 und O. 408.

Es ist Ebert zuzugeben, daß die wirtschaftliche Lage des einzelnen Handwerkers oder doch wenigstens die Arbeitsmöglichkeit für ihn im Kriege ungleich günstiger war als in allen vorausgegangenen Zeiten. Auf eine trotz des großen Absatzes unzureichende Einnahme dürften die gerade jetzt beginnenden Kompetenzstreitigkeiten mit anderen Handwerken hindeuten. Die Weißgerber mögen bei der Schwierigkeit der Materialbeschaffung aus dem Auslande (f. S. 120 f.) und der zunehmenden Geldentwertung oft nicht auf ihre Kosten gekommen sein.

Andererseits aber ist festzustellen, daß die Gesamtproduktion eines Kriegsjahres auf ein Vorkriegsjahr bezogen nur eine Steigerung von 29% aufweist, die also durch den Kriegsbedarf hervorgerufen wäre, d. h., daß die seit 1600 stark reduzierte Lederausfuhr auch im Kriege nicht wesentlich gewachsen ist. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts fanden jährlich 700 bis 1300 Walfen Absatz, das ist das Doppelte bis Vierfache der Kriegsproduktion. Und wenn auch die Weißgerber im Kriege reichlich Arbeit fanden, so verdient es doch Beachtung, daß dieses Gewerbe bis 1640 einen Abgang hat, der prozentual bedeutend größer ist als bei den anderen Ledergerwerben. (Eine Ausnahme macht das Beutler- und Taschnerhandwerk, das seit langem in einem konstanten Niedergang begriffen ist.) Die Sattler behaupten sogar ihre Zahl.

Die Erörterung hat ergeben, daß die weltpolitischen Ereignisse zu der Blütezeit des Weiß- und Sämischgerberhandwerks nicht in ursächlichen Zusammenhang gebracht werden müssen. Der große Verbrauch einiger Jahrzehnte kann nicht beim Heer, sondern muß unter der übrigen Bevölkerung gesucht werden. Die Hauptverwertung fand Sämischleder zu Kleidungsstücken. Wenn die Lederproduktion plötzlich und für dauernd auf einen Bruchteil zusammenschrumpft, so kann das die Folge einer Bedarfsverschiebung sein, oder aber der bisherige Absatzmarkt ist an einen überlegenen Konkurrenten verloren gegangen. Vielleicht haben beide Momente zusammengewirkt. Mir scheint, daß der Nachdruck auf die erste Vermutung zu legen ist. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts entfaltet sich die Zeugweberei und verdrängt in ganz Süd- und Mitteldeutschland die Tuche aus der Mode <sup>1)</sup>. So mag auch der Verbrauch an Sämischleder einem stärkeren Verbrauch an Zeugen gewichen sein <sup>2)</sup>.

1) W. Tröltzsch, Über die Calwer Zeughandlungskompagnie und ihre Arbeiter. Jena 1897. S. 18. 2) Vielleicht steht die Entwicklung der Breslauer Parchnerzunft damit in Zusammenhang. Zwischen 1600 und 1617 wächst sie von 137 auf 231 Mitglieder an, vermehrt sich also zu der gleichen Zeit in demselben Verhältnis, in dem die Weißgerberzunft abnimmt.

Schädigung durch fremde Konkurrenz kam hinzu. Breslau klagt seit 1600 wiederholt, daß es zwischen den Jahrmärkten von den Glogauern, den Schweidnitzern <sup>1)</sup> und auswärtigen Händlern <sup>2)</sup> mit Leder überführt werde. Glaz beschwert sich über die unerträgliche Konkurrenz der Niederländer <sup>3)</sup>, ebenso Liegnitz <sup>4)</sup>. Der eidgenössische Kreis um Basel beginnt zur gleichen Zeit die Abwehr dieser Händler <sup>5)</sup>. Die Klagen über Niederländer hören nicht mehr auf, weder in Basel noch sonst im Reich. Leipzig verwahrt sich 1664 gegen sie <sup>6)</sup>. Fügen wir dem noch hinzu, daß Deutschland seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts im Welthandel allmählich an die zweite Stelle rückt <sup>7)</sup>, so dürften damit die wesentlichen Momente beigebracht sein, die das Schicksal dieses Feinlebergewerbes entschieden haben. Die Ausfuhr ging zurück, die Konkurrenz nahm zu.

Symptome des drohenden Niederganges machen sich schon in den 70er Jahren des 16. Jahrhunderts bemerkbar: Um 1570 schreiten die schlesischen und Lausitzer Zünfte energisch gegen die Überfüllung des Handwerks ein <sup>8)</sup>. Gegen Ende des Jahrhunderts schließen sich freiwillig viele böhmische und brandenburgische Zünfte an <sup>9)</sup>. Zur gleichen Zeit erschwert Nürnberg den Zugang zu seiner ohnedies schon kleinen Zunft <sup>10)</sup>. Frankfurt a. M. führt den Wanderzwang ein <sup>11)</sup>. Diese Maßnahme kann man nicht nur als Ausfluß von Konkurrenzfurcht erklären. Das Handwerk war so überfüllt, daß einer dem andern den Platz streitig machte; das Maximum des Sämischbedarfs war überschritten <sup>12)</sup>.

Zusammenfassend läßt sich sagen: In der Geschichte der Breslauer Weißgerberzunft beginnt mit dem Aufkommen der Sämischgerbung im Anfang des 16. Jahrhunderts ein neuer Abschnitt, die Glanzzeit des Handwerks. Die Weißgerberei wird dadurch in den Hintergrund gedrängt. Die Absatzmöglichkeiten für sämischgegerbtes

1) Hf. O. 401. Bl. 25 b. 2) L.D. IV. Bl. 279 a. 3) Corr. 1590. Okt. 10. Glaz. — Corr. 1607. Febr. 28. Glaz. — Corr. 1613. März 5. Glaz.  
4) Stadt-Archiv Liegnitz, Hf. A. 1387. Datum 1604. Nov. 13. 5) Traugott Geering, Handel und Industrie der Stadt Basel. Basel 1886. S. 570. 6) Paul Junghans, Die Gerberei in Leipzig, Grimma, Dschaz und Rossen. Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland. Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Nr. 66. Spz. 1896. S. 406. 7) Joh. Falke, Die Geschichte des deutschen Handels. 2. Teil. Spz. 1860. S. 129 f. und S. 137. — R. Köhlsche, Grundzüge der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Meisters Grundriß II, 1, S. 191 f. 8) L.D. II. Bl. 217 a ff. 9) Vgl. das Kap. „Oberzeche“ im nächsten Band dieser Zeitschr. 10) Ebert S. 271. 11) Frankfurter Amts- und Zunfturkunden, hrsg. von Karl Bücher und Benno Schmidt. Frankf. a. M. 1914. S. 432. Art. 2. 12) Vgl. Tab. II, S. 164 f.

Jeder müssen ungewöhnlich günstig gewesen sein, die Zunft kann nur zum kleinsten Teil für den heimischen Markt gearbeitet haben. Um so schwerer mußte sich der Rückschlag auswirken, der eintrat, als der Absatzmarkt sich versagte. Über die Gründe dafür lassen sich nur Vermutungen aussprechen: Wahrscheinlich war das Sämischerberhandwerk auf Gedeih und Verderb an die Mode gekettet. Deren Wandel brachte Absatzschwierigkeiten, die noch durch die Konkurrenz fremder Kaufleute vermehrt wurden. Erst die Handelsgeschichte und Untersuchungen über die Zunft in andern Städten können zu einer Lösung der Probleme führen.

### III. Der Gewerbebetrieb.

Dem Überblick über die äußere Entwicklung des Gewerbes soll eine Untersuchung des eigentlichen Gewerbebetriebes folgen.

Eine gesicherte Rohstoffzufuhr war eine Lebensbedingung für den Handwerker. Sein nächster Bedarf ging auf eine ausreichende Versorgung mit rohen Fellen. Der Weißgerbung unterzog man vorzugsweise <sup>1)</sup> Schaffelle und Merlizen (= die Felle gefallener Schafe, auch Stürblinge oder Sterblinge genannt), ferner Kalbfelle, sowie die Felle von Kaninchen, Hasen, Hunden <sup>2)</sup> und Katzen, die man unter dem Namen „Hauswerk“ <sup>3)</sup> zusammenfaßte. Für die Sämischerbearbeitung wurden Ziegenhäute bevorzugt, die wegen ihrer Feinheit und Festigkeit besonders dazu geeignet und hochgeschätzt waren <sup>4)</sup>. Auch Rehfelle wurden in großen Mengen sämisch gegerbt, sodann Elenshäute, Hirsch-, Gemsen- und Ochsenleder, seltener Schaffelle.

Die Handwerker kauften das Fellwerk teilweise auf dem Wochenmarkt <sup>5)</sup>, der von den Fleischern beschickt wurde. Wichtiger waren aber die Jahrmärkte, die reiche Zufuhr aus Polen erhielten. Der einträgliche Zwischenhandel mit Fellen lag zum großen Teil in Händen von Juden <sup>6)</sup>. Außer dem städtischen Markt stand den Weißgerbern in der Regel der Bezug von auswärts frei <sup>7)</sup>, und stets waren die Märkte zu Posen und Gnesen von schlesischen und Lausitzer Weißgerbern oder Kaufleuten besucht. Polen war für den Osten der Hauptfellelieferant, und je mehr das Handwerk wuchs, um so fühlbarer mußte die Abhängigkeit vom polnischen Markt werden. Polen wußte diesen Umstand finanzpolitisch auszuwerten: Seit 1579 beschwerte ein hoher Ausfuhrzoll die Fellkäufe im Lande. Der Anlaß

<sup>1)</sup> Koeltisch, S. 33, 35, 51 ff. Hj. O. 406, 1 u. ö. <sup>2)</sup> Corr. 1524 Posen.

<sup>3)</sup> Stadt-Archiv Piegñh. H. U. 1512 in einer Kopie von 1656. <sup>4)</sup> Ebert S. 29 ff.

<sup>5)</sup> L.D. I, Bl. 116 a b.

<sup>6)</sup> L.D. II, Bl. 46 a.

<sup>7)</sup> L.D. I, Bl. 116 a.



war folgender <sup>1)</sup>: Die Krafauer Weißgerber klagten 1579 bei König Stephan in Warschau, daß ihr Handwerk großen Schaden leide; denn die fremden Kaufleute mußten von Sämischleder in Klein-Polen mehr Zoll zahlen als in Groß-Polen, und während sie von 100 Stück sämisch gegerbten Schaf- und Ziegenledern 72 gr. 4 Pf. Zoll gaben, betrug der Zollsatz für die gleiche Menge roher Felle nur 12 gr. Die Folge waren Absatzschwierigkeiten für fertige Waren und bisweilen Mangel an rohen Häuten. Auf diese Beschwerde hin wurde der Zollsatz in Groß- und Klein-Polen übereinstimmend geregelt und von rohen Fellen künftig der gleiche Zoll verlangt wie von gegerbten. Die Meister in Breslau versuchten nun im Verein mit anderen schlesischen Städten (Liegnitz und Glogau) <sup>2)</sup> durch Fernbleiben vom polnischen Markt auf eine Herabsetzung des drückenden Zolls hinzuwirken. Sie gaben sich sogar der Hoffnung hin, die Polen würden, auf den Absatz in Schlesien angewiesen, selbst die Felle nach Breslau bringen <sup>3)</sup>. Polen aber war sich seiner Unentbehrlichkeit für den schlesischen Konsumenten zu klar bewußt, um sich zum Entgegenkommen bereit zu finden, und ein Jahr später sind die Breslauer Kaufleute wieder regelmäßig zum Felleinkauf nach Polen unterwegs, mit einem Vorschuß der Weißgerberzunft auf den hohen Zoll in der Tasche <sup>4)</sup>.

Beim Felleinkauf hatte jeder Meister seit alters eine Einkaufs-abgabe von einem Groschen, vermutlich für 100 Felle <sup>5)</sup>, an die Zunft zu entrichten. Dieses Geld wurde zur Instandhaltung des Ohlesteges verwendet <sup>6)</sup>.

Während der Häuteeinkauf stets dem einzelnen überlassen blieb, der entweder selbst danach auszog oder dem Kaufmann den Auftrag gab, wurde die Beschaffung der meisten anderen Rohstoffe im 16. Jahrhundert durch die Zunft vermittelt. Von ihr bezog der Handwerker den Kalk, der aus den schlesischen Bergen kam, von ihr gewöhnlich auch den Weinstein (zum Färben) und Maun. Schon 1327 werden in dem ältesten Breslauer Zolltarif Weinstein und Maun unter den Importgütern der „Gäste“ genannt <sup>7)</sup>. Den Weinstein durfte der Handwerker auch ohne Vermittelung der Zunft besorgen, weil das eine „freie Kaufmannschaft“ war. Doch mußte er dann den Einkauf der

<sup>1)</sup> Corr. 1579. Jan. 30. Warschau.      <sup>2)</sup> Corr. Liegnitz 1579. April 15. Corr. Glogau 1579. Mai 16.      <sup>3)</sup> Stadt-Archiv Glogau 307. 1579. Nov. 28.

Corr. Undatiert, Nr. 16 (1579).      <sup>4)</sup> Hj. O. 406, 1, Bl. 103 b u. ö.      <sup>5)</sup> In Liegnitz gaben die Weißgerber von je 100 Fellen 1 Weißgroschen an die Zunft (Stadt-Archiv Liegnitz, Hj. A. 1380. Datum 1537, Donnerstag nach Lätare).

<sup>6)</sup> L.D. I, Bl. 83 a b.      <sup>7)</sup> Korn Nr. 122.

Zunft ansagen, und sie behielt stets das Vorkaufsrecht <sup>1)</sup>). Alaun <sup>2)</sup> kam bis nach der Mitte des 15. Jahrhunderts, d. h. bis nach der Eroberung von Konstantinopel, durch die Vermittelung der oberitalienischen Städte, besonders Genuas, aus der Levante nach Europa. Von da an beherrschten die päpstlichen Alaunbergwerke von Civita Vecchia den europäischen Markt. Nach 1500 wurde diese Monopolstellung, die in einer rücksichtslosen Preispolitik ihren Ausdruck gefunden hatte, durch die Begründung einzelner Alaunbergwerke außerhalb Italiens erschüttert. Seit der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts wird auch in verschiedenen Gegenden Schlesiens und in der Grafschaft Glatz Bergbau auf Alaun getrieben <sup>3)</sup>).

Die Sämischerbung verlangte anstelle des Alauns Fischtran. Er war zumeist schwedischer Herkunft und wurde gewöhnlich über Danzig bezogen <sup>4)</sup>).

Es soll eine knappe Skizzierung des eigentlichen Gerbeprozesses folgen. Nur mit Hilfe der einschlägigen Literatur <sup>5)</sup> können die spärlichen Quellenangaben zu einem Bilde gestaltet werden <sup>6)</sup>). Die Technik der Weißgerberei pflanzte sich traditionell durch die Jahrhunderte fort. Zu Zunftverordnungen hierüber war wenig Anlaß gegeben. So sind ein paar technische Ausdrücke und zufällige Bemerkungen alles, was die geschriebenen Quellen bieten. Abbildungen von Handwerkszeug auf dem Zunftiegel und vor allem auf den drei Sargschilben aus dem 16. und 17. Jahrhundert <sup>7)</sup> kommen hinzu.

Die Behandlung der Felle beginnt mit einem Einweichen der rohen Häute in Wasser, um sie vom Schmutz zu befreien und die getrockneten Häute geschmeidig zu machen. Häufiges Wässern begleitet den ganzen Gerbeprozess; deshalb wird für diesen Gewerbebetrieb die Nähe eines Flusses bevorzugt. Nach dem Spülen werden die Häute mit Ausnahme der wolligen Felle in einen Kalkfäßer getan <sup>8)</sup>), ein in den Boden eingelassenes Gefäß, in welchem durch Kalkwasser die Haare gelockert werden. Die Felle von Schafen und Rehen werden statt dessen „angeschwödet“ <sup>9)</sup>), d. h. auf der Fleischseite mit einem Brei

1) L.D. I, Bl. 83 a b. 2) Das Folgende nach Ebert, S. 55 ff. 3) Vgl. Konr. Wutke, Die Bitriolgewinnung im Bistumslande Meisse, Zeitschr. 34, S. 197 ff. und die betreffenden Urkunden im Codex 21. 4) Corr. 1592. Aug. 14. Danzig.

5) Ebert, S. 89 ff., 129 ff. Krüniß, 68. Teil. Leder. S. 366 ff. 6) Für die folgende Darstellung sind zum Teil auch Nachrichten aus späterer Zeit und Material aus der Provinz verwertet. 7) Im Kunstgewerbemuseum zu Breslau erhalten.

8) Hf. O. 406, 1, Bl. 164 b. 9) L.D. II, Bl. 46 a.

aus gelöschtem Kalk und Asche bestrichen. Dadurch werden die Haare ebenfalls locker, Kalkwasser würde die Wolle zerstören. Danach kommen die Felle auf den Schabebaum, eine konvexe Unterlage, um mit einem konkaven Messer, dem Fleisch- oder Schabeisen <sup>1)</sup>, von der Wolle oder den Haaren befreit zu werden. Auch auf der Fleischseite wird das Leder durch Schaben bloßgelegt. Kopf, Schwanz und Extremitäten werden abgeschnitten und zum Leimleder <sup>2)</sup> geworfen, d. h. zu den von der eigentlichen Lederhaut abgeschnittenen Fleischteilen. Die Blößen <sup>3)</sup> werden hierauf in einer Beize von Weizenkleie entkalft und dadurch entschwellt, um für den Gerbstoff aufnahmefähig zu werden. Damit ist die Vorarbeit beendet, und es folgt der eigentliche Gerbeprozess, der in einem Durchtränken der weißen Leder mit einer Alaunbrühe besteht. Die nassen Leder werden zum Trocknen auf Stangen geschlagen. Dann beginnt die Nacharbeit, das Zurichten. Das trockene Alaunleder ist wieder hart. Um es zu dehnen und glatt und weich zu machen, wird es über dem scharfrandigen Ausbrech- oder Stolleisen <sup>4)</sup> ausgestrichen <sup>5)</sup>. Endlich werden mit dem Schlichtmond <sup>6)</sup>, einer runden Eisenscheibe mit geschliffenem Rand, die an einer kreisförmigen Öffnung in der Mitte gehalten wird, dem Leder die letzten Unebenheiten genommen. Nun ist es zum Verkauf fertig.

Die Sämischgerberei beruht auf dem Walken der Häute mit Tran. Die Vorarbeit ist im wesentlichen die gleiche wie bei der Weißgerberei, nur kommt noch das Abstoßen der Hautnarbe hinzu <sup>7)</sup>, die zu hart und spröde ist, um Fett anzunehmen. Sie wird mit einem stumpfen Eisen entfernt. Die Felle, die durch die Vorarbeit gegangen sind, werden einzeln mit Tran eingefettet und in einen Trog, das Walkloch, geworfen. Wenn der Trog beinahe gefüllt ist, wird mittels einer Welle eine Stampfe in Bewegung gesetzt <sup>8)</sup>, die die Felle beständig im Kreise umtreibt. Nach einigen Stunden haben sie sich erhitzt und müssen abgekühlt und auf Stangen getrocknet werden, im Sommer im Freien, im Winter im geheizten Raum. Die ganze Prozedur wird mehrmals wiederholt. Wenn die Leder sich hinreichend mit Tran verbunden haben, werden sie auf dem Baum ausgestrichen und in Sodalauge gewaschen, die das anhaftende Fett entfernt. Dabei bildet sich die Afterlauge, die zum Reinigen von sämischen Kleidungsstücken auf-

<sup>1)</sup> Sie werden als Berufsabzeichen im Zunftstempel geführt. <sup>2)</sup> Stadtarchiv Liegnitz, Hs. A. 1387. Dat. 1666. August 9. <sup>3)</sup> Stadtarchiv Liegnitz, Hs. A. 1389. Dat. 1593. <sup>4)</sup> Auf dem Sargchild von 1658. <sup>5)</sup> Corr. 1642. Febr. 1. Breslau. <sup>6)</sup> Sargchild von 1580 und 1582. Corr. 1615. Juni 20. Glogau. <sup>7)</sup> Corr. 1621. Febr. 30. Goldberg. <sup>8)</sup> Hs. O. 407, 1, S. 1.

bewahrt wird <sup>1)</sup>). Ausbrechen und Schlichten beendet auch hier die Behandlung.

Den Weißgerbern war eine Reihe von Produktionsmitteln gemeinsam. In dem Äscher- oder Gerbhaus am Burgwall, für das schon um 1300 der Stadt ein Zins gezahlt wird <sup>2)</sup>), ging das Äschern, Beizen oder Gerben in Alaun vor sich. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts werden zwei Gerbstuben in dem neu erworbenen Zechhause eingerichtet <sup>3)</sup>), die Mehrzahl der Meister hatte um diese Zeit anscheinend eine eigene Werkstätte. Die Stangen zum Trocknen der Felle waren Zunftbesitz und befanden sich am Burgwall <sup>4)</sup>).

Das wichtigste Betriebsmittel, das gemeinsamer Benutzung diente, war die Walkmühle. Sie war Eigentum der Stadt. Mehrmals hat sie den Standort gewechselt. Ihre Anfänge reichen in den Beginn der zwanziger Jahre des 16. Jahrhunderts zurück. Damals wurde für die ersten Sämischgerber eine Stampfe an die alte Siebenrademühle (an der Stelle der heutigen Stadtbibliothek) angebaut. Dafür zahlten sie der Stadt jährlich einen Zins von vier schweren Mark <sup>5)</sup>). (Das Sämischgerben hat sicher nicht erst in diesen Jahren in Breslau begonnen; denn der Rat wird sich nicht sofort zu einer besonderen Anlage für die wenigen Meister bereit gefunden haben <sup>6)</sup>). Die Weißgerber werden sich eine Reihe von Jahren mit der Tuchmacherwalke begnügt haben.) Die eine Stampfe erwies sich bald als unzureichend. Deshalb ließ die Stadt den Meistern drei Stampfen an die Walkmühle der Neustädter Tuchmacher gegenüber der Mittelmühle neben dem Wasserrad anbauen <sup>7)</sup>), für die sie zwölf Mark Zins zu zahlen hatten. Auch diese Anlage genügte bald nicht mehr. Vor den Jahrmärkten, wenn die Arbeit drängte, mußten die Weißgerber bis auf acht Meilen im Umkreis fremde Tuchermalken aufsuchen. Als dann die Neustädter Tuchmacherwalke eingerissen wurde, kamen die Weißgerber mit zwei Stampfen an die Altstädter Tuchermalken (bei der Werdermühle). Indes war die Zahl der Meister auf sechzig angewachsen. Die meisten unter ihnen mußten auswärtige Mühlen benutzen und brachten keine Walke unter 36 Groschen heim. Da entschloß sich der Rat 1540 auf vieles Bitten der Meister, ihnen eine

<sup>1)</sup> Bresl. Staatsarch. Rep. 29, VIII, 35 i, Liegnitz 1672. <sup>2)</sup> Codex 11, S. LIX. <sup>3)</sup> Hj. O. 406, 1, Bl. 94 a. <sup>4)</sup> Ebda Bl. 159 a. <sup>5)</sup> 1 schwere Mark = 48 Groschen.

<sup>6)</sup> Auch der Umstand, daß in der schlesischen Stadt Liegnitz die Sämischgerberei 1512 schon einen mehrjährigen Betrieb voraussetzt, legt es nahe, ihren Beginn in Breslau vielleicht schon in das erste Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts zurückzubathieren (vgl. Stadtarchiv Liegnitz, Handwerkerurkunden von 1659). <sup>7)</sup> Siehe S. 112, Anm. 6.



eigene Walkmühle an die Stelle der Neustädter Lucherwalke bauen zu lassen <sup>1)</sup>. Dafür mußte die Zunft der Stadt einen Jahreszins von 45 schweren Mark bewilligen. Die Stadt verpflichtete sich dagegen, die Mühle bauständig zu erhalten <sup>2)</sup>. Die Meister ergehen sich in beweglichen Klagen über diese drückende Belastung. Sie fühlen sich sogar gedrängt, vor den Nachkommen ihre Zustimmung dazu ausführlich zu rechtfertigen. 1549 wurde die neue Walkmühle in die alte Drahtmühle am großen Wehr verlegt; dort wurden den Weißgerbern sechs Stampfen gegeben <sup>3)</sup>, neben denen die alten Stampfen an der Rade- und Luchermühle auch noch benutzt wurden. Der Rat hatte indes gesehen, daß er das aufblühende Handwerk viel stärker belasten könne, und ersetzte unter dem Vorwand, bei dem bisherigen Zins mehr zu verbauen, als die Mühle einbrachte, die Pauschalsumme von 45 Mark durch eine Gebühr von 8 Groschen für jede Walke <sup>4)</sup>. Damit erhöhte er seine Einnahme aus der Mühle schon damals auf das Doppelte bis Dreifache. 1576 wurde auch diese Mühle niedergerissen und von Grund aus neu gebaut und erweitert <sup>5)</sup>. Damit der Bau schneller vonstatten ginge, besorgten die Meister, damals 145 an der Zahl, das Rammstoßen selbst. Seitdem wird bis zum Dreißigjährigen Kriege von einem Umbau nichts mehr erwähnt.

Für die Benutzung der Mühle war die Reihenfolge des Meisterwerdens maßgebend. Die Witwen behielten die Rangordnung ihres Mannes, während sie z. B. in Liegnitz an den Schluß rückten <sup>6)</sup>. Bis 1557 wurden für jede Walke der Zunft 6 Groschen gegeben, dem Walkdiener 4 Heller. Von da an erhob der Rat, wie wir sahen, 8 Groschen, die Zunft einen, der Bote bekam 6 Heller. Seit 1590 erhielt die Stadt 9 Groschen <sup>7)</sup>. Schon nach 1557 äußerten die Meister ihren Widerspruch gegen die Erhöhung der Gebühren dadurch, daß sie von nun an die Butten mit den Häuten überfüllt zur Mühle brachten. Dagegen wendet sich ein Ratsbeschluß von 1559 <sup>8)</sup>: Ein jeder, bei dem im Abstreichen der Butten etwas befunden wird, soll es mit  $\frac{1}{2}$  Taler büßen, beim zweiten Male mit 1, beim dritten Mal mit  $1\frac{1}{2}$  Taler. Die Strafe schreckte die Meister, und sie brachten von nun an die überschüssigen Häute lieber unter ihren Röcken oder in den Schmalztöpfen nach <sup>9)</sup>. Um 1560 reißt eine andere Unsitte ein, dem

1) Dort wurde später eine Walkmühle errichtet (Hj. L. 37, Bl. 45 a). 2) Hj. O. 407, 1, S. 1 ff. L.M. I, Bl. 162 b. 3) L.D. I, Bl. 234 a. 4) Hj. L. 37, Bl. 45 a. 5) L.D. III, Bl. 22 b f. 6) Hj. O. 407, 1, S. 7. 7) Hj. K 35, 4. In Liegnitz wurden dem Fürsten für eine Walke 12 Groschen gezahlt (Stadtarchiv Liegnitz, Hj. A 1394). 8) L.D. I, Bl. 290 a. 9) Hj. L 37, Bl. 131 a ff.

Stadtſäckel zum Schaden: Die Meiſter bringen die Felle nicht getrocknet zur Mühle, ſondern walken die feuchten Häute trocken. Zu dieſem „treug oder ruhe walkenn“ brauchten ſie faſt die doppelte Zeit, zumal für die dick geſchwollenen Elen-, Hirsch- und Ochſenhäute <sup>1)</sup>. Deſhalb wird 1574 vom Rat verfügt, daß einer nicht länger als vier Tage walken darf, ſonſt muß er für die folgende Zeit entſprechend bezahlen <sup>2)</sup>.

Zur Überwachung der Mühlordnung und Beauffichtigung der Mühle mußten die Weißgerber einen vom Rat vereidigten Diener, den „Aufſchauer“ oder Mühlſchreiber, darin wohnen laſſen, ihm außer der freien Wohnung auch frei Holz und von jeder Walke 6 Heller geben. Damit war er dafür gewonnen, daß alle Walken angeſchrieben wurden. Seine langen Berichte an die Behörde über widerſpenſtige Meiſter und ſeine guten Ratschläge zur Vermehrung der Einnahmen bekundeten ſeinen Eifer im Dienſt der Stadt und im wohlverſtandenem eigenen Intereſſe.

Für die Inſtandhaltung des Mühlwerks durften die Weißgerber einen Zimmermann anſtellen. Der lebhaſte Betrieb gab ihm ſtändig zu tun. Der Zuſtand der Walke verlangte große Aufmerkſamkeit; ein kleiner Splitter an der Stampfe konnte viele Felle zerreißen <sup>3)</sup>. Der Zimmermann erhielt im Sommer 24 Groschen Wochenlohn, im Winter 18 (ſeit 1575 3 Groschen mehr), dazu freie Herberge und Holz.

Über die durchſchnittliche Größe eines Einzelbetriebes ſind keine unmittelbaren Nachrichten gegeben. Im 16. Jahrhundert war die Zahl der Hilfskräfte, die ein Meiſter beſchäftigen durfte, theoretisch unbefchränkt. Jeder Meiſter hatte Anrecht auf einen Geſellen und einen Lehrling. Dieſe Zahl durfte überſchritten werden, wenn alle Ansprüche befriedigt waren <sup>4)</sup>. Dieſe Beſtimmung wurde ausdrücklich zum Schutz der ärmeren Meiſter getroffen und richtete ſich gegen einzelne Handwerker, die drei oder vier Geſellen förderten. — Wir ſind in der Lage, für einige Jahre das Zahlenverhältnis zwischen

1) Solches Trockenwalken war z. B. in Frankreich üblich. Vgl. Die Kunſt des Weißgerbens von dem Herrn de la Lande. Schauplatz der Künſte und Handwerke oder vollſtändige Beſchreibung derſelben, verfertigt oder gebilligt von den Herren der Akademie der Wiſſ. zu Paris. 4. Bd. S. 10. 2) Siehe S. 115, Anm. 3.

3) Krüniz, S. 445. 4) L.D. II, Bl. 2 a ff. In Görliß, das die gleiche Ordnung hatte, wird 1576 die Klausel, daß bei genügendem Angebot von Hilfskräften jeder eine unbefchränkte Zahl von Geſellen halten dürfe, abgeſchafft, weil das den armen Meiſtern höchſt ſchädlich ſei. Zwei Geſellen und ein Lehrling wurden die Höchſtzahl (Görlißer Stadtarchiv, Hj. Varia 44, fol. 162 ff.) In Breslau kam eine ſolche Beſtimmung nie.

Meistern und Gesellen anzugeben <sup>1)</sup>. Es stellt sich heraus, daß 1506 und 1548 nur auf etwa jeden sechsten Meister ein Gesell kommt, 1563 auf jeden vierten Meister und 1582 auf jeden dritten; d. h., die Mehrzahl der Betriebe begnügte sich mit der billigen Hilfskraft eines Lehrlings. Bei der langen Lehrzeit von vier und später von fünf Jahren ersetzte der Lehrling dem Meister in den letzten Jahren einen Gesellen. Eine kleine Zahl von Meistern hatte einen Gesellen, einzelne Meister konnten mehrere bezahlte Kräfte beschäftigen.

Die Menge der Felle, die jährlich aus einer Breslauer Werkstatt hervorgingen, wird bis 1668 nirgends genannt. Der Inhalt einer Walke ist für das 16. und 17. Jahrhundert nicht bekannt <sup>2)</sup>, und über den Anteil der Weißgerberei an der Gesamtproduktion fehlt jedes Zeugnis. Spätere Nachrichten aus Breslau und gleichzeitige Berichte aus umliegenden Städten können einige Anschauung vermitteln: 1668 betrug die jährliche Durchschnittsleistung eines Breslauer Meisters 6 Walken, dabei kamen auf jeden 1600 Felle (also kleinere, Reh-, Ziegen-, Kalbfelle), 34 Leder (Hirsch-, Ochsen-, Elenhäute), 51 Stiefelfelle und 411 Weißfelle <sup>3)</sup>. Wenn man diese Zahlen um 40 bis 80 % erhöht, erhält man die Durchschnittsarbeit eines Meisters in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, während die Höchstleistungen das Drei- bis Vierfache betrug <sup>4)</sup>. Dazu stimmen folgende Angaben: In Görlitz wird 1582 während einer Absatzkrise die Jahresproduktion an Sämischkellen für die nächsten drei Jahre auf 2000 Stück herabgesetzt <sup>5)</sup>. Die Herstellung weißgaren Leders unterlag keiner Einschränkung. Noch besser zu verwerten ist eine Urkunde aus Liegnitz vom Jahre 1585 <sup>6)</sup>, die besagt, daß die Zunft gegen zwei besonders eifrige Meister einschritt und an den Herzog die Bitte richtete, als Maximalleistung an Sämischk- und Weißfellen eine Summe von 4000 Stück anzusetzen, eine Arbeit, die, wie die

<sup>1)</sup> Zahl der Gesellen in Breslau:

1506:	1548:	1563:	1582:
7 Gesellen (a)	16 Gesellen (b)	25 Gesellen (c)	42 Gesellen (d)
(40) Meister	88 Meister	(108) Meister	(122) Meister

a) H. U. 1506. März 20. b) H. U. 1548. Juli 10. c) H. U. 1563. August 17. (Kunstgewerbemuseum Breslau.) d) L. D. III, Bl. 136 a ff. (Die eingeklammerten Zahlen sind aus Tabelle I, S. 162, errechnet.) <sup>2)</sup> Wenn wir annehmen dürfen,

daß 1755 die Größe der Walke in Breslau noch die gleiche war wie um 1600 — und dies ist wahrscheinlich — so sollte eine Walke nicht mehr enthalten als 20 Hirschleder oder 10 Ochsen- oder Elenleder, von den kleinen Narben- und anderen Fellen 14 Dächer (= 140 Felle). L. D. XIII, Bl. 172 b ff. <sup>3)</sup> H. J. O. 408, S. 1 ff. <sup>4)</sup> Vgl. Tabelle II, S. 164 f. <sup>5)</sup> Stadtarchiv Görlitz. H. J. Varia 44 II, fol. 215 b. <sup>6)</sup> Stadtarchiv Liegnitz. H. J. A. 1389. Dat. 1585. Sept. 26.

beiden Betroffenen klagten, gut in einem Vierteljahr geschafft werden könne. 4000 Felle dürften demnach in der Blütezeit des Gewerbes etwa die durchschnittliche Jahresleistung eines Handwerkers gewesen sein, der dabei wohl bestehen konnte. Wenn noch um das Jahr 1800 die jährliche Höchstleistung eines einzelnen Arbeiters bei zwölfstündiger Arbeitszeit 4000 Ziegenfelle sind <sup>1)</sup>, so spricht das nur für obige Zahlen.

Aus dem Gesagten ergibt sich folgendes: Die große Mehrzahl der Betriebe verfügte nur über ein oder zwei Hilfskräfte. Ein Zwang zur Kleinhaltung der Betriebe wurde nicht geübt. Gelegentlich machte sich der Druck der Mittelmäßigkeit, der von der Allgemeinheit ausging, auf Meister, die vorwärts strebten, geltend. Zumeist entfernten sich die Höchstleistungen nicht erheblich vom Durchschnitt. Es bestand eine relative Gleichheit in der Quantität der Gütererzeugung und demgemäß in der ganzen Lebensführung.

Angaben, aus denen sich der Verdienst eines Meisters berechnen ließe, fehlen. 1573 werden in Liegnitz als Minimalpreis für das Ausarbeiten eines Lohnfelles, es sei Bock-, Kalb- oder Schaffell, drei Weißgrotschen angesetzt. Um die Wolle durfte das Fell nicht ausgearbeitet werden <sup>2)</sup>.

Das Recht zum Gewerbebetrieb gab auch ein Recht auf den Verkauf der selbst hergestellten Ware. Dieser Verkauf durfte nur auf dem Markt vor sich gehen, nicht auf der Gasse oder in den Herbergen <sup>3)</sup>. Das Feilhalten auf dem Markt war Sache der Meistersfrau. Die Notwendigkeit zwang dazu; den Meister hielt die Arbeit oft bei der Walke oder am Kalkfächer fest. In Liegnitz wird einer jungen Meistersfrau von sträflichem Wandel das Recht des Verkaufs auf dem Markt von der Zunft nicht zugebilligt.

Solange das Handwerk klein war und in erster Linie dem städtischen Bedarf diente, vollzog sich der Umsatz hauptsächlich auf dem Wochenmarkt, zum kleineren Teil auf den Jahrmärkten. Sobald ein Handwerk Exportgewerbe wird, muß sich das Schwergewicht auf den Jahrmarkt verlegen, der Verkauf auf dem Wochenmarkt tritt zurück. Das bezeugt auch eine Notiz aus dem Jahre 1623, die besagt, daß die Weißgerberzunft noch immer vom Schmetterhaus, in dem die Verkaufsplätze lagen, einen Zins zahlt, obschon seit über 60 Jahren dort nicht mehr feilgehalten wird <sup>4)</sup>. Die Jahrmärkte fanden viermal jährlich statt, nur zwei davon wurden von den Weißgerbern richtig

<sup>1)</sup> Ebert, S. 172.

<sup>2)</sup> Stadtarchiv Liegnitz. Hj. A. 1391, Dat. 1573.

<sup>3)</sup> H. II. 1420.

<sup>4)</sup> Hj. O. 401, Bl. 163 b.



gehalten, zu Johannis und zu Elisabeth (Ende November). Über den Absatz an die Kaufleute fehlt es an jeder Nachricht mit Ausnahme einer einzigen Notiz in den Handwerkerstatuten von 1324 <sup>1)</sup>. Danach dürfen die „Gäste“ das Leder bei den Weißgerbern nicht einzeln einkaufen, sondern nur in Mengen von 100 Stück; es sollte der Preistreiberei durch die Fremden eine Schranke gesetzt werden <sup>2)</sup>. Zugleich war damit der städtischen Zollpolitik gedient: der Ausfuhrzoll für ein großes Leder oder für zwei kleine betrug nach dem Zolltarif von 1327 1 Pfennig <sup>3)</sup>.

Gegerbte Leder waren ein beliebtes Geschenk der Zunft und werden in ihrem Rechnungsbuche oft vermerkt. Diesem Umstand verdanken wir Nachrichten über die Lederpreise <sup>4)</sup>:

1 Bockfell 1541 40 gr. <sup>5)</sup>	1590 24 gr. <sup>6)</sup>	1602 1 tal. 3 gr. 7 h.
1 Kalbfell <sup>7)</sup> 1581 14—16 gr.	1604 24 gr.	
1586 18 gr.	1611 30 =	
1588 12 =	1619 1 tal.	
1596 24 =		
1 Rehfell 1583 31 gr. 6 h. bis 1 tal.	1604 30 gr. 24 gr.	
1584 31 gr. 6 h.	1613 24 =	
1589 19 = 6 =	1614 27 =	
1 M. 1 gr. 9 h.	1615 22 = 6 h.	
28 gr. 6 h.	1616 24 =	
1590 26 =	1617 27 =	
1600 30 =	1618 24 =	
	19 = 6 h.	
1 Elenleder 1583 8 tal.	1597 3 M. 30 gr.	
1590 3 =	1600 7 tal.	
	1 rohes Schaffell 1590 3 gr. 2 h.	
	Gewinn aus der Wolle von 1 Schaffell 1590 8 gr.	
	1 Paar Strumpffelle 1590 13 gr. 6 h.	
	1 Schaffell 1597 12 gr.	1 Futterfell <sup>8)</sup> 1545 3 gr. 6 h.

Es zeigen sich keine nennenswerten Preisschwankungen. Unterschiede bis zu 100 % bei der gleichen Ware und im selben Jahr erklären sich aus der verschiedenen Größe und Qualität. Kalbleder scheint im Werte zu steigen, während Rehleder den Preis behält.

Ein wertvolles Nebenprodukt war dem Weißgerber die Wolle. Die lautere oder Ziegenwolle und die Land- oder Raufwolle <sup>9)</sup> des Schafes standen damals hoch im Preis. 1590 werden für 16 rohe

<sup>1)</sup> Codex 8, S. 114.

<sup>2)</sup> So Eulenburg.

<sup>3)</sup> Korn, Nr. 122, § 29.

<sup>4)</sup> 1 tal. = 36 gr.; 1 fl. M. = 32 gr.; 1 gr. = 12 heller.

<sup>5)</sup> Hj. O. 407, 1,

S. 17 a.

<sup>6)</sup> Hj. O. 406, 1.

<sup>7)</sup> Hj. O. 407, 1, S. 412 und Hj. O. 406, 1.

<sup>8)</sup> Hj. O. 407, 1, S. 43.

<sup>9)</sup> Corr. Undatiert Jägerndorf.

Schaffelle 128 gr. gezählt, der Ertrag aus der Wolle bringt 51 gr., damit war mehr als ein Drittel des Einkaufspreises gedeckt.

Das Leimleder wurde zum Leimsieden verwertet oder an den Papiermacher verkauft.

Die Hauptverwendung fand das Sämischleder im Mittelalter zu Kleidungsstücken. Sämische Hosen werden zu ungezählten Malen unter den Geschenken der Zunft genannt <sup>1)</sup>. Die Bornehmen trugen feines Rehleder, der Handwerker begnügte sich mit Schaffell. Beliebte waren sodann lederne Koller, die aus Elen- oder Ochsenhäuten geschnitten wurden. Auch lederne Strümpfe waren in Mode (gemeint sind Strumpfhosen). Ein junger Adliger wird zu einer Reise um 1575 unter anderem ausgestattet mit zwei Paar ledernen Hosen, einem Paar schwarzen und einem Paar gelben, ausgezogen nach deutscher Art, und einem Paar Strümpfen, alles von Bockfell <sup>2)</sup>. Auch Gürtel und Handschuhe wurden aus Sämischleder gefertigt <sup>3)</sup>. Der Handwerker trug bei seiner Arbeit ein sämisches Schurzfell, und im Haushalt waren lederne Vasen in Gebrauch <sup>4)</sup>. Das weißgare Leder fand Absatz bei Senkflern und Fellsärbern, die Riemen und Nestel daraus schnitten und bunte Leder herstellten. Weißes Hundeleder wurde in größeren Posten vom Handschuhmacher gekauft <sup>5)</sup> oder wanderte als Schuhfutter in die Werkstatt des Schusters. Weiße Lederschuhe waren bei Frauen geschätzt <sup>6)</sup>. Auch Pergament wurde vom Weißgerber hergestellt und kam unter anderem in die Hände des Goldschlägers <sup>7)</sup>. Damit ist der Kreis der Verwertungs- und Absatzmöglichkeiten im wesentlichen umschrieben. Die Verarbeitung der Leder durch die Weißgerber selbst liegt hinter unserer Periode und ist ein mühsam erkämpftes Recht des in seiner Existenz gefährdeten Handwerks. In unserer Zeit war der Gewinn aus der Herstellung des Leders ausreichend.

Das Rohmaterial war Eigentum des Handwerkers. Lohnwerk war verboten oder doch nur in geringem Umfange gestattet <sup>8)</sup>.

#### IV. Zunftverfassung.

Die gewerbliche Betätigung des Handwerkers vollzieht sich im Rahmen der Zunft, von ihr geschützt und gefördert, von ihr auch

<sup>1)</sup> Hj. O. 406, 1. Desterley 1878, S. 27.

<sup>2)</sup> Ventwürdigkeiten v. Hans v. Schweinichen, hrsg. v. Liber signaturarum 1422, S. 43 u. 1411, S. 37.

<sup>4)</sup> Ebda 1422, S. 43.

<sup>5)</sup> Weißgerber-Zinnungspapiere 80. 1659. Jan. 13.

<sup>6)</sup> Stadtarchiv Liegnitz. Hj. A. 1387.

Dat. 1635. Nov. 20.

<sup>7)</sup> Stadtarchiv

Liegnitz. Hj. A. 1389. Dat. 1585. Sept. 16. H.U. (Breslau) 1582. Sept. 18.

<sup>8)</sup> Siehe S. 158. Lohnwerk ist Arbeit an Material, das der Auftraggeber liefert (Gegensatz „Preiswerk“).

beschränkt und gehemmt. Die Zunft gibt nicht nur dem Gewerbeleben Richtung und Ziel, sie überwacht ihre Mitglieder auch bei Erfüllung religiöser und sittlicher Pflichten, sie übernimmt für ihre militärische Ausrüstung die Verantwortung gegenüber der Stadt, sie gibt dem geselligen Leben Inhalt und Ordnung, sie vereint die Genossen zu einer Gemeinschaft, die gleiche Gesetze bestimmen und binden.

Das Maß eigener Initiative, die die Zunft bei der Erfüllung ihrer vielgestaltigen Zwecke betätigt, der Grad ihrer Selbstständigkeit in der Regelung ihrer Angelegenheiten ist zu einem wesentlichen Teil durch ihr Verhältnis zu der städtischen Obrigkeit bedingt. In Breslau war die Abhängigkeit der Zünfte vom Rat von jeher groß; Breslau war in erster Linie Handelsstadt, der Kaufmannsstand hatte daher das wirtschaftliche und politische Übergewicht, und er behielt es <sup>1)</sup>. Zwar suchen die Zünfte seit dem Ende des 13. Jahrhunderts sich dieser Abhängigkeit zu entwinden, sie ringen um Anteilnahme am Stadtreghment. 150 Jahre lang schwankt der Kampf hin und her. Das Jahr 1418 bringt den Höhepunkt und die Entscheidung: die Zünfte wollen den patrizischen Rat stürzen, aber ihr Aufstand wird blutig niedergeschlagen. Von diesem Augenblick an ist die Frage, ob Zunftregiment oder Ratsherrschaft, kein Problem mehr.

Die einzelnen Phasen dieses wechselvollen Kampfes sind hier nicht zu verfolgen. Es genügt, an einem Querschnitt zu zeigen, wie die Zünfte am Ausgang des 13. Jahrhunderts, wie sie am Ende des 14. Jahrhundert zum Rat standen.

Gegen Schluß des 13. Jahrhunderts werden die Zunftvertreter vom Rat gesetzt <sup>2)</sup>. Die Handwerker dürfen keine Gesetze machen ohne des Rates Wissen. Die Aufnahmegelder der Zunft fallen zu zwei Drittel an den Rat. Der gleiche Anteil gebührt ihm an den Bußen. Selbst das letzte Drittel kann er für den Nutzen der Stadt beanspruchen <sup>3)</sup>. Die Zunftgeschworenen können von der Obrigkeit zu Beratungen zugezogen werden, eine Verpflichtung dazu besteht nicht. Bis 1288 sind die Handwerker am Ratstisch nicht vertreten. Seit diesem Jahre gelangen die ersten Zünftler ins Schöffentkolleg und 1295 in den Rat <sup>4)</sup>. Der Rat reagiert auf dieses Vordringen des dritten Standes mit einer Vermehrung der Ratsitze; so will er das Übergewicht des Patriziats halten. Der Grund zu dieser neuen Entwicklung, die die Ratsherrschaft zu gefährden begann, war in

<sup>1)</sup> Nach Eulenburg.    <sup>2)</sup> Tzschoppe und Stenzel Nr. 125, § 6.    <sup>3)</sup> Ebda § 7.

<sup>4)</sup> Codex 11, S. 3 f.

dem wirtschaftlichen Erstarken der gewerblichen Bevölkerung gegeben, den Anlaß gab die finanzielle Mißwirtschaft des Rats.

Hundert Jahre später haben die Innungen eigene Geschworenenwahl. Ihren Versammlungen scheinen keine Ratsvertreter beige-wohnt zu haben <sup>1)</sup>. Leichtere Vergehen ihrer Mitglieder unterstehen ihrem Gericht. Über einen Teil der Straf gelder verfügen sie <sup>2)</sup>. Aber ihr Verhältnis zum Rat hat sich nicht geklärt, die Spannung ist schärfer geworden, und während zu Ende des 13. Jahrhunderts die Bewegung nur die angesehensten und größten Handwerke ergriffen hatte, stehen ein Jahrhundert später alle 28 Innungen einmütig zusammen <sup>3)</sup>. Sie wollen grundsätzlich gegen Bedrückungen von seiten des Rats beim König Recht suchen dürfen. Ein jeder Handwerker soll auf diesen Beschluß vereidigt werden. 1389 tragen sie dem König Wenzel ihre Bitte vor. Des schwachen Königs prinzipienlose Haltung gegenüber beiden Parteien konnte zu keinem Ausgleich führen. Der angreifende Teil sah sich auf die eigene Kraft gewiesen. Durch einen Gewaltstreik wollen die Zünfte sich selbst an die Stelle des Rates setzen. Das Scheitern dieses Unternehmens entscheidet ihr Schicksal. Ihnen wird hinfort jede Möglichkeit eigener politischer Betätigung genommen, ihre bedingungslose Unterordnung unter den Rat sichergestellt. Dem dienen folgende Bestimmungen Sigismunds von 1420 <sup>4)</sup>: Die Zünfte müssen auf ihr wichtigstes Genossenschaftsrecht, die Versammlungsfreiheit, verzichten. Ein Jahr später muß der Rat ihnen die Zusammenkünfte zwar wieder zulassen, aber Ratsbeisitzer werden zugeordnet. Nicht mehr als sechs sollen „über des Handwerks Gebrechen gemeinsam beraten“ <sup>5)</sup>. Die Zunftvertreter werden vom Rat gewählt. Die Zunftbußen und die Aufnahmegelder fließen restlos in die Ratskasse. Die Gewerbe gesetzgebung steht beim Rat.

Damit war den Zünften jede Autonomie genommen, ihr Verhältnis zum Rat war grundsätzlich geregelt. Es wird im Verlauf dieser Untersuchung festzustellen sein, in welchem Sinne diese Grundsätze vom Rat unserer Zunft gegenüber angewandt wurden, und es wird sich zeigen, daß die Praxis sehr viel milder war, als die schroffen Forderungen es meinten. Der Rat war zu einer so weitgehenden Überwachung und Bevormundung der Zünfte weder in der Lage noch vor allem dazu genötigt: den Zünften war seit 1420 die Lust zu gewaltsamen politischen Umwälzungen für immer benommen.

1) Eulenburg. 2) Codex 8, Nr. 60, § 1, 5 u. ö. 3) Codex 8, S. 84.  
4) Eulenburg 1892, S. 6 ff. 5) Siehe S. 149.



Die Entstehung der Weißgerberzunft wie die der anderen alten Zünfte Breslaus liegt im Dunkel. Stiftungsurkunden sind nicht erhalten. Die Handwerkerstatuten von 1324 <sup>1)</sup> setzen das Bestehen von Zünften bereits voraus. Zwar sprechen sie nicht von „Innung“, und nirgends nehmen sie auf deren Vorhandensein ausdrücklich Bezug. Eine Benennung kann dahin gedeutet werden: In der Überschrift begegnet das Wort *opus*, „Werk“, „Gewerk“, von dessen Rechten im folgenden gehandelt werden soll. Ältere Zeugnisse sind beweisend. Im Jahre 1273 überträgt Herzog Heinrich IV. der Stadt Breslau die „Innung“, die nicht teurer verkauft werden soll als für 3 Bierdung (=  $\frac{3}{4}$  Mark). Unter „Innung“ ist hier die Aufnahme in die Zunft zu verstehen <sup>2)</sup>, ein Recht, das bisher jedenfalls dem Erbvogt zugestanden hatte <sup>3)</sup>. Demnach hat es schon vor diesem Jahr in Breslau Zünfte gegeben, und es ist a priori anzunehmen, daß in dem deutschen Breslau Entstehen des Handwerks und der Zunft bei den meisten Gewerben wo nicht zusammenfielen, so doch rasch einander folgte; Breslau war Pflanzstadt, die Kolonisten brachten nicht nur die Handwerke mit, sie übertrugen auch deren Organisation, dadurch wurde die Entwicklung beschleunigt. Das Bedürfnis nach einem Zunftverband blieb natürlich erste Voraussetzung.

Während somit die Existenz von Zünften für die 70er Jahre des 13. Jahrhunderts erwiesen ist, ist über ihre Verbreitung nichts gesagt. In dieser Hinsicht sind zwei weitere Zeugnisse von Wert: Eine Mitteilung des Breslauer Rats nach Brieg vom Jahre 1292 gebietet, daß der Rat aus „lichem hantwerke“ zwei Männer soll schwören heißen, die auf Befehl der Obrigkeit mit der Stadt raten und ihr Handwerk vertreten <sup>4)</sup>. Wie erwähnt, erscheinen seit 1295 Vertreter des Handwerks im Breslauer Rat, seit 1288 schon im Schöffenkolleg. Diese Tatsache zeigt, daß das gewerbliche Element der Bevölkerung ein Machtfaktor im städtischen Organismus zu werden beginnt, und das setzt Organisation voraus. Die meisten Handwerke waren also mindestens seit den 80er Jahren in Zunftverbänden geeint, und es ist berechtigt, die 28 Handwerke in den Statuten als Zünfte anzusprechen.

Für das Vorhandensein der Weißgerberzunft ist der älteste Beleg die schon erwähnte Notiz in dem Breslauer Rechnungsbuch von 1299: *cerdone albi de inunga 2 marc*. Für das Aufkommen

<sup>1)</sup> Codex 8, S. 109 ff.      <sup>2)</sup> Über die Bedeutungsverschiebung bei dem Worte „Innung“ vgl. H. von Loeßch, Westdeutsche Zeitschrift 23. 1904. S. 78.  
<sup>3)</sup> Eulenburg.      <sup>4)</sup> Tzschoppe und Stenzel Nr. 125, § 6 f.

der Weißgerberei hatten wir als terminus ad quem das Jahr 1291 angesetzt. Die Zunftgründung würde demnach spätestens zwischen 1291 und 1298 erfolgt sein. Der Neigung zu korporativem Zusammenschluß kam die räumliche Konzentration dieses Gewerbes fördernd entgegen.

Ein Hauptzweck der Zunftgründung ist es, alle, die daselbe Gewerbe betreiben, unter die gleichen Gesetze zu stellen. Demnach gehört Zunftzwang, d. h. der Zwang, dem Innungsverbande beizutreten, zum Wesen der Zunft, er ist, wie von Below scharf betont, ihre erste Voraussetzung <sup>1)</sup>.

Bei unserer Zunft findet der Zunftzwang seine erste und einzige Formulierung in der Sigismundia <sup>2)</sup>: „Wer auch das hantwerk trenbet und seyne Inunge nichten hette, ader sulche ding, das das hantwerk trenbet und seyne Inunge nicht hette, ader sulchs dinges, das das hantwerk antrñst, heymelich in der wochen vorkauffen welle, wo das erfarn wirt, das mogen dy meister nemen und der Stat antworten“. D. h., jeder Weißgerber ist verpflichtet, der Zunft beizutreten, sie besitzt Zwangscharakter. Nur der Zunftgenosse hat Anrecht auf ein genau umgrenztes Arbeitsgebiet. Oder negativ gesprochen: unzüngliche Arbeit und Verkauf derselben ist verboten. Übergriffe in das Arbeitsgebiet des Weißgerbers, etwa durch andere Handwerke, sind strafbar. Der Rat setzt sich für die Durchführung des Zunftzwanges ein, überläßt aber den Zunftvorstehern eine begrenzte Strafgewalt: sie dürfen unzüngliche Arbeit beschlagnahmen und der Stadt überantworten. Die Handhabung des Zunftzwanges führt so mit Notwendigkeit zur Bekämpfung der Konkurrenz, sei es in Form unzünglicher Arbeit oder als Kompetenzüberschreitung durch andere Handwerke. Davon berichten schon die Statuten um 1324. Dort heißt es <sup>3)</sup>: nullus debet colere officia cerdonum nisi ipsimet cerdones, keiner darf die Geschäfte der Weißgerber betreiben, als sie selbst.

Es ist verständlich, daß die Störrarbeit im 16. Jahrhundert zunahm, als das Handwerk sich so günstig entwickelte. Mancher Geselle oder Handwerksfremde strich gern den guten Verdienst eines Meisters ein, ohne die Lasten eines Zechgenossen tragen zu wollen. Wir hören im Jahre 1548, der „stretter“ <sup>4)</sup> und „pfösser“ (= Pfüsser) oder „huttler“ <sup>5)</sup> seien viel im Land <sup>6)</sup>, und die Juden, die den

<sup>1)</sup> von Below, Probleme der Wirtschaftsgech. 1920. S. 271. von Loesch, 1. Bd. Einl. S. 51 f. <sup>2)</sup> H. U. 1420. <sup>3)</sup> Codex 8, S. 114. <sup>4)</sup> = Pfüsser, Grimm, Deutsches Wb. 4, I, 1. Sp. 140. <sup>5)</sup> = Berlumpter Kerl. Ebda 4, II, Sp. 1865. <sup>6)</sup> Corr. 1548, Dienstag vor Martini, Posen. Corr. Undatiert Nr. 14 (ca. 1600).

Sämischhandel in Händen haben, nehmen sich auch des Sämischmachens an <sup>1)</sup>. Aber diese Nachrichten betreffen Unzünftige außerhalb der Stadtgrenze, gegen die die Zunft nur mittelbar, durch Berufserklärungen einschreiten konnte. In Breslau sind Klagen über Störarbeit selten. Erschwert war die Pfüscherei beim Sämischgerben durch das Erfordernis der Walke. Aber Bestechung eines Gerbers oder Tuchmachers mochte auch da die Pfüscherware in die Walke schmuggeln. Und schließlich konnte man mit einer Graupenstampfe auch im eigenen Zimmer walken <sup>2)</sup>.

Um die unzüchtige Arbeit einzuschränken, setzte die Zunft eine Strafe fest für jeden Meister, der Leute, die nicht vom Handwerk waren, bei seiner Arbeit zuschauen ließ oder ihnen gar Eintritt in die Walke verschaffte. Er sollte auch nicht freie Räume in seinem Hause an Handwerksfremde vermieten. Mindestens mußte er zuvor den Zunftältesten Kunde davon geben und den Zugang zur Werkstatt sperren <sup>3)</sup>. Gab ein Lehrling das Handwerk auf, so mußte er vor geöffneter Lade feierlich versprechen, nie Pfüscherei zu treiben <sup>4)</sup>. Sehr wirksam können solche Maßnahmen gegen die Störarbeit nicht gewesen sein. Die Zunft war da machtlos.

Grenzstreitigkeiten mit anderen Handwerken sind nicht eben zahlreich. Bemerkenswert ist, daß in der Zeit bis zum Dreißigjährigen Kriege nicht ein einziger Fall überliefert ist, in dem Übergriffe der Weißgerber in ein anderes Gewerbe zurückgewiesen werden; die Weißgerber fanden in ihrem Handwerk ausreichenden Unterhalt. Seit Beginn des Dreißigjährigen Krieges häufen sich, wie derartige Streitigkeiten überhaupt, auch die Klagen gegen die Weißgerber, denen die Herstellung des Leders und dessen Verkauf nicht mehr genügt. Überblicken wir die Streitfälle in der vorangehenden Zeit: Sie sind veranlaßt durch Übergriffe der Wollweber, Handschuhmacher, Goldschläger, der Senkler und Fellsärber. Die Statuten von 1324 verbieten den Wollwebern das Wollerauszen und den Einzelverkauf der Felle <sup>5)</sup>. Beides war Privileg des Weißgerbers. Den Handschuhmachern wird in der gleichen Urkunde eingeschärft, nur für ihren Bedarf zu gerben und nicht zum Verkauf. 1420 wird den Garnziehern verboten, Felle zu kaufen und zu verkaufen <sup>6)</sup>; sie sollen die Wolle bei den Weißgerbern erhandeln. Die Weißgerber mochten die Abhängigkeit anderer Handwerke von ihren Erzeugnissen zur Übervor-

1) L.D. II, Bl. 46 a.

2) Corr. Undatiert Nr. 14 (ca. 1600).

3) H.U.

1575, Aug. 5. 4) Corr. 1596, Nov. 18. Brieg. — Sj. O. 401, Bl. 15 b f.

5) Codex 8, S. 114.

6) H.U. 1420.

teilung im Preise ausnützen, deshalb hielten sich die Goldschläger, die zu ihrem Gewerbe Pergament brauchten, an die Ware, die auswärtige Meister in die Stadt brachten. Im Jahre 1494 verbietet der Rat ihnen das, es sei denn, sie holten die Ware selbst von auswärts; andernfalls dürfen die Weißgerber den Goldschlägern ihren Einkauf beschlagnahmen und der Obrigkeit ausliefern <sup>1)</sup>. Schließlich versuchen die Goldschläger ihren Bedarf an Häuten selbst zu gerben. Darauf entscheidet der Rat, daß nur die Weißgerber zum Gerben von „rauhem Scheffen, Merlihen oder Stürblingen“ befugt seien (1582) <sup>2)</sup>. 1626 hatte er Anlaß, das Verbot zu erneuern <sup>3)</sup>. — Mehrmals kam es zu Reibungen mit den Senkflern und Fellsärbern. Denen läßt der Rat trotz der Beschwerde der Weißgerber den Ein- und Verkauf von Sämisch (1576) <sup>4)</sup>, weil eine gewisse Konkurrenz gegen die Weißgerber im Interesse der Käufer erwünscht war und das Weißgerberhandwerk es damals vertragen konnte. Als aber die Senkler sich auch auf das Ledergerben verlegten, zieht der Rat die Grenze: das Gerben rauher Felle mit Weinstein, Alaun und Fischtran steht nur den Gerbern zu <sup>5)</sup>.

Aus den vorliegenden Beispielen ergibt sich unter anderem, daß während unserer Zeit bei den Weißgerbern ein Zunftzwang im Sinne eines bedingungslosen Zwanges auf den Verbraucher nicht bestanden hat. Das Privileg des Feinlederverkaufs, das dem Weißgerber zukam, lieferte die Verbraucher nicht machtlos diesem Erzeuger aus. Außer der freien Konkurrenz, die die Jahrmärkte eröffneten, hat der Rat auch in der Zwischenzeit solchen Wettbewerb nach Gutdünken zugelassen und den Lederkäufern bedingungsweise den Bezug bei auswärtigen Meistern freigegeben, oder aber ihnen stand die Ledergerbung zur Selbstverarbeitung zu.

Der Zunftzwang als Beitrittszwang betrifft die Handwerksmeister. Sie bilden die Zunft. Für ihre Aufnahme in die Zunft war im 13. und 14. Jahrhundert nur die Zahlung einer Aufnahmegebühr von 3 Bierdung erforderlich <sup>6)</sup>. Zwei Drittel davon bekam die Stadt zum Bau von Brücken und Wegen, ein Drittel fiel ans Handwerk. Die Höhe der Aufnahmegebühren war noch im 15. Jahrhundert die gleiche, aber die Zunft hatte keinen Anteil mehr daran. Der Meistersohn, der eine Meisterstochter heiratete, zahlte nichts, jedenfalls seit 1420. Andere Anforderungen gesellten sich seit dieser Zeit dazu: Wer

1) H.U. 1494.

2) H.U. 1582. September 18.

3) L.D. V, Bl. 227 a.

4) H.U. 1576. Juni 2.

5) L.D. III, Bl. 41 a b.

6) H.U. 1420.



die Zunft gewinnen will, muß Briefe bringen, daß er sich ehrlich und redlich gehalten, und er muß Bürgen setzen, daß er der Stadt mindestens ein Jahr „Rat und Recht tue“. Die Aufnahme in die Zunft ging der Erwerbung des Bürgerrechts voraus. Sobald sich Gelegenheit bot, wurde der neue Meister von den Ältesten dem Rat vorgestellt und vereidigt. Blieb ein Meister Jahr und Tag von der Stadt fern, so verlor er seine Zugehörigkeit zur Zunft und konnte sie dort nicht wiedergewinnen. Seit 1442 wurde ein Befähigungsnachweis gefordert: In die Zechen wurde nur aufgenommen, wer 100 Stück „Erichfell“ ausarbeiten konnte <sup>1)</sup>. Bedeutung hat das Meisterstück bei den Weißgerbern nie erlangt. Ohne Zweifel wurden nur Ortsfremde damit beschwert. Seit der gleichen Zeit wurde von dem Lehrling als dem künftigen Meister eheliche Geburt und deutsche Herkunft gefordert <sup>2)</sup>. Im 16. Jahrhundert wurden die Bedingungen vermehrt. Der Bewerber durfte von keiner „pfeiffer, lautenſchloer, moller, scheffer unnd sunst von keiner untöglischen art, wie man die benennen möchte“, herſtammen <sup>3)</sup>. Eine bestimmte Zahl von Lehr- und Wanderjahren war im 16. Jahrhundert Vorbedingung der Meisterschaft. Der Gesell, der sich danach selbständig zu machen wünschte, war verpflichtet, seine Lebensgefährtin gefunden zu haben. Erst dann wurde er aus dem Gesellenmittel entlassen. Seit dem Ausgang des 16. Jahrhunderts durfte laut Ratsbeschluß in die Zunft nur aufgenommen werden, wer eine gute Rüstung vorweisen konnte <sup>4)</sup>. Im 16. Jahrhundert wurde auch wieder eine Aufnahmegebühr an die Zechen entrichtet. Sie war um 1600 auf 3 Taler 5 Groschen angewachsen <sup>5)</sup>. Die Zahl der Zunftmitglieder wurde nie normiert (wie z. B. in Danzig) <sup>6)</sup>. Eine Ausschließung der Ortsfremden (wie in München) <sup>7)</sup> ist bei aller Begünstigung der Meisterkinder ebenfalls nicht erfolgt.

Eine „Ieremend“ oder „Iereſraue“ (Frankfurt a. M.) <sup>8)</sup> kannte die Zunft nicht. Dagegen war die Meisterswitwe grundsätzlich zur Fortführung des Geschäfts berechtigt. Sie wurde bei der Versorgung mit Gesellen bevorzugt <sup>9)</sup>. Ihr gewährte die Zunft manche finanziellen Erleichterungen <sup>10)</sup> und, wenn es not tat, eine Unterstützung. Zum

1) L.M. I, Bl. 34 a. 2) Corr. 1467. Krafau. 3) Stadtarchiv Biegnitz 1383. Urkunde 1517. 4) Hf. O. 406, 1, Bl. 257 b. 5) Ebda 272 b. 6) Corr. 1599. Dienstag vor Ätare. Posen. 7) L.D. II, Bl. 178 a ff. 8) Frankfurter Amts- und Zunfturkunden, hrsg. von B. Schmidt und R. Bücher. Frankfurt a. M. 1914. S. 142, § 10. 9) L.D. II, Bl. 2 a f. 10) Inforporierte Witwen zahlten die halbe Aufnahmegebühr. Hf. O. 401, Bl. 263 a.

Besuch der Zechversammlungen war auch sie verpflichtet <sup>1)</sup>; sie war vollberechtigtes Mitglied. Wenn man das Walfbuch durchsieht, erweckt es den Anschein, als habe die Frau von ihrem Anrecht auf das Handwerk in der Regel keinen Gebrauch gemacht (vgl. Tab. III, S. 163). Eine Meisterswitwe mit einer Walfzahl, die sogar den Jahresdurchschnitt übertrifft, macht die Ausnahme. Die übrigen haben ein oder zwei Walfen, zumeist gar keine. Da sie aber die Jahre hindurch in dem Meisterverzeichnis mitgeführt werden und ihren Zechbeitrag entrichten, können sie das Handwerk nicht aufgegeben haben. Eine Liegnitzer Urkunde <sup>2)</sup> belehrt uns, daß die Witwen sich mit der Bearbeitung der leichten Felle, der Merlizen und des Hauswerks, gewiß auch der Schaffelle und dem Wollverkauf begnügten, d. h., ihr Gebiet war in der Regel nur die Weißgerberei. Die teuren und schwer zu bearbeitenden Sämischleder kamen gewöhnlich nicht in ihre Werkstatt. Daraus ergibt sich ferner, daß sie bei der Arbeit selbst mit Hand anlegten, sonst hätten sie nicht auf die Sämischgerbung verzichtet. Mit der Wiederverheiratung der Witwen erlischt ihr Anrecht auf das Handwerk.

Die ersten Nachrichten über das Gesinde gehören dem ausgehenden Mittelalter an, ausführliche Kunde erst dem 16. Jahrhundert. Dem entsprechend sind die Bestimmungen sehr ins einzelne gehend, die Anforderungen werden ständig gesteigert. Schon um die Mitte des 15. Jahrhunderts muß sich der Lehrknecht über seine eheliche Geburt ausweisen, und daß er von „guter deutscher Art“ sei, ein übliches Erfordernis in den Grenzländern des Ostens <sup>3)</sup>. Auch deutsche Lehrlingen aus Reußen <sup>4)</sup> dürfen angenommen werden, sofern sie „crysten glaubens und im gehorsam des römischen stuls befunden“ <sup>5)</sup>. Griechisch-katholische waren also ausgeschlossen. Dem Aufdingen geht im 16. Jahrhundert eine vierzehntägige Probezeit voraus <sup>6)</sup>. Sind danach beide Parteien einig, so erscheint der Meister mit dem jungen Lehrling in der Zechversammlung <sup>7)</sup>, der Junge legt seinen Geburtsbrief in die Lade, entrichtet dem Handwerk eine schwere Mark und stellt zwei Bürgen für sechs Mark, daß er dem Handwerk „genugtue und redlich auslerne“. Wenn er entläuft, verfällt das Geld dem Handwerk, nicht dem Meister. Gibt der Lehrling das Gewerbe auf, so ist das Bürgschafts=

<sup>1)</sup> Hj. O. 406, 1, Bl. 12 a und O. 407, 1, S. 202. <sup>2)</sup> Stadtarchiv Liegnitz. Hj. A. 1389 undatiert (zirka 1590). <sup>3)</sup> von Below, Art. „Befähigungsnachweis“ im Wörterbuch der Volkswirtsch., hrsg. von Ludw. Elster. Bd. I. Jena 1911. S. 404 f.

<sup>4)</sup> D. i. der ruthenische Teil Galiziens. <sup>5)</sup> H. U. 1506. <sup>6)</sup> Stadtarchiv Liegnitz. Hj. A. 1390. Dat. 1575. Nov. 5. (Nach Vereinbarungen mit Breslau.) <sup>7)</sup> Hj. O. 406, 1, Bl. 2 a f.

geld gleichfalls zu entrichten, und er muß geloben, daß er dem Handwerk „keinen Schaden noch Eingriff“ tun wolle <sup>1)</sup>. Darauf werden ihm die Briefe ausgehändigt. Hat der Lehrling seinen Meister mutwillig verlassen, so darf er nicht anderwärts in die Lehre gehen, und der Meister kann, nachdem er Jahr und Tag gewartet, einen neuen Lehrlingen annehmen. Liegt dagegen die Schuld beim Meister, so hat der Lehrling Anspruch darauf, anderswo seine Lehrjahre fortsetzen zu dürfen, sein erster Meister aber darf die Zeit hindurch, die der Lehrling noch hätte ausdienen müssen, keinen neuen annehmen <sup>2)</sup>. Diese Klausel, sowie jene Bestimmung, die das Bürgschaftsgeld der Zechen zuweist, sollten den Knaben gegen Willkür des Meisters schützen und deuten darauf hin, daß die Fälle sich mehrten, in denen das Gesinde einer ungebührlichen Behandlung preisgegeben war. Der Lehrling hatte bei seinem Meister Wohnung, Kost und Kleidung. Er sollte Kleider nicht nach seinem Gefallen beanspruchen; wenn er fleißig war, konnte ihm der Meister „lindisch“ (das ist wahrscheinlich Londoner Tuch) schenken. Des Sonntags durfte er ohne Wissen des Meisters das Haus nicht verlassen und wochentags nach 23 Uhr (= 1/2 Stunde vor Sonnenuntergang) nicht ohne „redliche Ursache“ ausbleiben <sup>3)</sup>. Seine Pflicht war es, in des Meisters Hause alle gebührende Arbeit zu verrichten. Lehrgeld wurde dem Meister nicht gezahlt. Der Lehrling entschädigte in den späteren Jahren mit seiner Arbeit. Hatte er seine Lehrzeit „ausgestanden“, so wurde er, wieder vor versammeltem Handwerk, „freigesagt“ oder „losgezählt“. Er mußte danach vierzehn Tage wandern, ehe er ins Gesellenmittel einwerben durfte <sup>4)</sup>. Sein Lehrbrief kam zum Geburtsbrief in die Lade und blieb dort, bis er Meisterrecht begehrte. Beim Freisprechen mußte wohl der Meister dem Handwerk eine Summe zahlen; denn es wird als Belastung empfunden, wenn ein Meister den Lehrlingen, den er nur im letzten Jahr bei sich hatte, auch loszählen muß <sup>5)</sup>. Bis 1539 betrug die Dauer der Lehrzeit drei Jahre. Sie wurde dann auf vier erhöht in der ausgesprochenen Absicht, dem Andrang zum Handwerk zu steuern. Als der gewünschte Erfolg sich nicht einstellte, wurde (1574) noch ein Jahr zugelegt. Bei sehr jungen Lehrlingen wurde die Lehrzeit um ein weiteres Jahr verlängert <sup>6)</sup>. Vorschriften über ein Mindestalter bestanden nicht. Aus einer Urkunde geht hervor, daß ein Junge seinen

<sup>1)</sup> H. O. 407, 1, Bl. 15 b f.    <sup>2)</sup> L.D. II, Bl. 44 b.    <sup>3)</sup> Stadtarchiv Liegnitz. H. A. 1390 (1560).    <sup>4)</sup> Corr. 1587. Mai 10. Troppau.    <sup>5)</sup> Nach der Handwerksordnung von 1709 (L.D. XII, Bl. 304 b ff., Art. 9) zahlt beim Aufdingen der Lehrling, beim Freisagen der Meister.    <sup>6)</sup> Ebda.



Dienst mit zwölf Jahren angetreten hatte <sup>1)</sup>. Meistersöhne konnten mit der Lehrzeit „begnadigt“ werden. Zum Teil aus dem gleichen Motiv, dem die Verlängerung der Lehrzeit entsprang, ergab sich die Normierung der Zahl der Lehrlinge, die ein Meister halten durfte. Seit 1560 wurde ihm nur ein Lehrknecht oder fremder Meistersohn gestattet, während die Zahl der Gesellen bei ausreichendem Angebot unbeschränkt blieb <sup>2)</sup>. Um die Heranbildung des Nachwuchses einzuschränken, wurde ferner die Verfügung erlassen, daß ein Meister nach Auslernung eines Lehrknechts ein Jahr, seit 1574 zwei Jahre mit der Annahme eines neuen „stillhalten“ müsse, der junge Meister aber, der erst die Zunftmitgliedschaft erworben hatte, mußte drei Jahre warten. Voraussetzung für die Annahme eines Lehrlingen war es in jedem Fall, daß der Meister schon ein Vierteljahr lang einen Gesellen gefördert hatte und den Jungen ausreichend mit Arbeit versorgen konnte. Eine Bestimmung oder Einrichtung, die eine gute Ausbildung des Lehrlings gewährleistet hätte, gab es nicht. Eine gewisse Garantie lag in dem Umstande, daß der Meister nur den einen zu unterweisen hatte und ihm daran liegen mußte, sich in dem Lehrling rasch eine tüchtige Hilfe heranzubilden.

Der bezahlte Gehilfe des Meisters heißt in den Urkunden des 15. Jahrhunderts meist Knecht, im 16. Jahrhundert ist Gesell die übliche Bezeichnung. Von der Sigismundia abgesehen, in der nur ein Spielverbot an die Knechte erwähnt wird, stammt das früheste Zeugnis über sie erst aus dem Jahre 1467 <sup>3)</sup>. Es betrifft folgenden Tatbestand: Krafauer Gesellen sind nach Breslau in Arbeit gegangen und beschwerten sich dort, daß ihre früheren Meister ihre Mitgesellen um Geld abstrafen und von der Buße Wachs kaufen, daß sie ferner Lehrlinge ohne Geburtsbrief annehmen. Die Kläger fordern die Krafauer Meister zu ihrer Rechtfertigung vor den nächsten Breslauer Jahrmarkt, andernfalls soll kein Gesell mehr bei ihnen arbeiten. Dieser Urkunde entnehmen wir zunächst folgendes: Das Wandern ist, wie für diese Zeit ohne weiteres voraussetzen war, bei dem Weißgerberhandwerk üblich. Die Gesellen stehen in Opposition zu ihren früheren Meistern. Die Streitfragen betreffen das Lehrlingswesen und vor allem den Anteil der Gesellen an der Gerichtsbarkeit über die Mitgesellen. Die Gesellen setzen sich mit Nachdruck für ihre Forderungen ein und drohen den Meistern mit Bonfott. Ihnen eignet ein lebendiges Gefühl der Zusammengehörigkeit, die selbst durch Landesgrenzen nicht

1) Corr. 1664. Jan. 3. Troppau.

2) L.D. II, Bl. 2 a f.

3) Corr. 1467.



zerrissen wird. Allem Anschein nach finden sie in Breslau für ihren Standpunkt und ihre Wünsche einen Rückhalt. Der Brief versetzt uns mitten in ein Stadium des Gesellenwesens, in dem von einem engen, vertrauten Verhältnis zwischen Meister und Gesell keine Rede mehr ist. Der Gesell trägt in sich das Klassenbewußtsein eines Standes, der auf Kosten des Arbeitgebers sich Rechte zu erkämpfen sucht.

Es fehlt in diesem Brief und in den späteren Urkunden aus dem Anfang des 16. Jahrhunderts an einem deutlichen Hinweis auf das Vorhandensein eines organisierten Gesellenverbandes. Er kann bereits bestanden haben. Nachweisbar ist er erst im Verlauf des 16. Jahrhunderts. Im folgenden soll seine Organisation untersucht und das Verhältnis zwischen Meister- und Gesellenschaft dargestellt werden.

Die Korporation hatte ihre Vertreter in den beiden Altknechten. Sie waren die Sprecher für ihre Genossen in der Meisterversammlung und vor dem Rat. Sie wurden bei jedem Jahrmarkt neu gewählt: <sup>1)</sup>. Die Gesellenschaft hatte ihre regelmäßigen Zusammenkünfte am Sonntag <sup>2)</sup>. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts wurde es überall im Osten, in ganz Schlesien, in Polen, in Wien, Brauch, auch in der Woche nach dem Feierabend zu einer „Collation“ oder dem „Abendgeschenk“ sich zu versammeln <sup>3)</sup>. Es gelingt in Breslau, diesem lockeren Treiben ein Ende zu setzen, und die Gesellen müssen versprechen, nicht mehr in der Woche ohne der Ältesten Vorwissen zusammenzukommen, es sei denn in besonderem Notfall. Die feierlichen Sitzungen bei geöffneter Lade gingen wohl dem geselligen Beisammensein voraus. Dabei wurden Fragen, die das Handwerk betrafen, erörtert, Gesellen ins Mittel aufgenommen, andere daraus entlassen und Gericht gehalten. Vor das Gesellengericht gehörten jedenfalls alle kleineren Vergehen der Genossen gegen die Sitte; hierher gehörte die Entscheidung über die Aufnahme in das Gesellenmittel <sup>4)</sup>. Wenn Lehrlinge ihre Lehrjahre bei bescholtenen Meistern ausgedient hatten, konnten sie zurückgewiesen werden. Berufung an die Zunft war möglich. Kamen Gesellen von solchen Meistern, so wurden sie, wofern man ihnen nicht überhaupt die Aufnahme verweigerte, um Geld gestraft, das in die Gesellenlade fiel. Die Geldstrafe für Kontraktbruch, zumal für das Aufssagen der Arbeit kurz vor dem Jahrmarkt, wies der Rat ausdrücklich dem Gesellenmittel zu <sup>5)</sup>. Das war ein Zugeständnis an die

<sup>1)</sup> Hj. O. 404.    <sup>2)</sup> L.D. II, Bl. 47 b.    <sup>3)</sup> H.U. 1548. Juli 10. Breslau. Corr. 1548. Dienstag vor Martini. Posen. Corr. 1548. Jahrmarkt Nov. Wien.  
<sup>4)</sup> Corr. 1570. April 12. Brieg, und Corr. 1570. Dez. 19. Wien.    <sup>5)</sup> L.D. III. Bl. 31 b ff. (1579).

Gesellen und zugleich die beste Gewähr für die Aufrechterhaltung der Bestimmungen; unter den drei Instanzen Rat, Zunft und Gesellenmittel hatten die Gesellen allein über die Grenzen der Stadt hinaus eine „wirksame Exekutive“ <sup>1)</sup>. Die Gesellengerichtbarkeit wurde, wie das Beispiel zeigt, vom Rat ausdrücklich anerkannt. Gegen Ausschreitungen der Gesellen sollte (seit 1561) die Anwesenheit zweier Meister schützen <sup>2)</sup>. Sie mußten allen Versammlungen der Gesellen beiwohnen, ihre Rechtsprechung und ihre Strafen, ihre Einnahmen und Ausgaben überwachen. Leichtere Vergehen der Gesellen gegen ihre Meister gehörten vor das Zunftgericht, aber die Gesellen mußten zugezogen werden <sup>3)</sup>. Schwere Vergehen wurden der Obrigkeit überwiesen <sup>4)</sup>.

Der Sammelpunkt des genossenschaftlichen Lebens war die Gesellenherberge. Sie stützte den Weiterbestand der Korporation trotz des ständigen Wechsels ihrer Mitglieder. Zum Besuch der Herberge war Sonntags und beim Jahrmarkt ein jeder verpflichtet. Der ohne Grund Abwesende mußte das volle „Jahrmarktrecht“ geben <sup>5)</sup>.

Ein Hauptziel der organisierten Gesellschaft mußte es sein, sich möglichst günstige Arbeitsbedingungen zu erkämpfen <sup>6)</sup>. Es war eine Machtprobe, ob sie hierbei erfolgreich war. — Wenn der zugewanderte Gesell eine Arbeitsstelle gefunden hatte, folgte eine vierzehntätige Probezeit <sup>7)</sup>, nach der beide Teile einen Kontrakt schließen konnten, dessen Dauer der freien Vereinbarung überlassen blieb, und der wohl meist bis zum nächsten Jahrmarkt lief. Kündigungstermin war der Sonntag. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts geschah es immer häufiger, daß Gesellen mitten in der Woche von der Arbeit „aufstanden“ oder kurz vor dem Jahrmarkt, wenn die Arbeit sich häufte, davongingen. Andererseits gab es Meister, die den Gesellen wenige Tage vor dem Markt ohne Grund „umtrieben“, um die Jahrmarktszulage zu sparen <sup>8)</sup>. Der Rat als Schiedsrichter findet eine beide Teile befriedigende Lösung: Den Gesellen wird verboten, in der Woche Urlaub zu nehmen. Sie müssen spätestens vierzehn Tage vor dem Jahrmarkt die Arbeit aufgeben, sonst haben sie den andern Gesellen das halbe Jahrmarktsgeld zu erlegen. Die gleiche Frist ist für den Meister bindend. Wenn er trotzdem den Gesellen später entläßt, so schuldet er ihm das halbe Jahrmarktsgeld. — Der Gesell arbeitete für Wochenlohn und erhielt beim Meister Wohnung und Beköstigung.

1) Schanz, S. 120. 2) L.D. II, Bl. 46 b, Art. 5. 3) L.D. II, Bl. 32 a ff. (1560). 4) L.D. I, Bl. 97 b ff. (1522). 5) Hf. O. 401, Bl. 83 a. 6) Schanz, S. 108 ff. 7) L.D. II, Bl. 47 a, Art. 7. 8) Siehe S. 141, Anm. 5.

1562 werden einem Gesellen, der dem Meister die Werkstatt ordentlich versorgen kann, sechs Groschen für die Woche zugestanden, „damit das Gefinde sich nicht über zu geringen Lohn beklage“. Es war hiermit, einem Druck der Gesellenschaft zufolge, eine Lohnerhöhung eingetreten. Um aber den Meister nicht zu sehr zu belasten, erlaubt ihm die gleiche Ordnung, den Gesellen während der kürzeren Arbeitszeit im Winter das Vesperbrot zu entziehen; statt dessen sollten sie für  $\frac{1}{2}$  Groschen Bier oder das Geld dafür erhalten. Die Ordnung trägt wieder den Charakter eines Kompromisses, den der Rat für die fordernde Partei der Gesellen und ihre zugeknöpften Meister gefunden hat. Noch im Jahre 1621 beträgt der Lohn sechs Groschen. Auf eine Bitte der Gesellen um Erhöhung wird von den Meistern jede Erörterung darüber rundweg abgelehnt mit der unwiderleglichen Begründung: „Kan solches nicht sein, denn es eine neuerung ist“ <sup>1)</sup>. Doch wird tröstend hinzugefügt: „Es wurd sich ein ieglicher meister gegen seinem gesellen, wan ehr ihme fleißig ist, wol zu verhalten wiessen.“ Praktisch sahen sich eben die Meister zu manchen Zugeständnissen genötigt, sonst blieben die tüchtigen Gesellen aus. 1561 hatte der Rat den Meistern verboten müssen, auswärtige Gesellen in einem „Zuschreiben“ mit Aufgeld <sup>2)</sup> zu locken, sodaß schließlich kein Gesell mehr einwanderte, dem nicht ein besonderes Geld über seinen Wochenlohn zugesagt wurde. Die Lohnregelung von 1562 wird hiermit in Zusammenhang stehen.

Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß Wochenlohn und Biergeld die ganze Gefelleneinnahme ausmachten. Bei den Kürschnern betrug der Gefellenlohn 1688 vier Groschen, und so war es schon seit Menschengedenken. Aber ein fleißiger Gesell brachte es um 1690 auf 1 Gulden bis 1 Reichstaler <sup>3)</sup>, also das Neunfache des Tariflohnes. Bei den Weißgerbern darf man ähnliche Verhältnisse voraussetzen. Mißtrauisch wird man gegen ihren Sechsgroschenlohn vor allem, wenn man die Höhe der Strafgeelder sieht, die die Gesellen mitteillos von ihren Genossen forderten und auch erhielten <sup>4)</sup>. Ein Gesell, der jährlich 9 bis 12 Taler verdient, kann und wird nicht wegen einer Kleinigkeit 2 und mehr Taler Strafe zahlen.

Was im folgenden noch an Einnahmequellen der Gesellen genannt wird, ist entweder seinem Werte nach nicht bekannt oder überhaupt bloße Vermutung. Es sind dies: 1. Zuzeiten besondere Zu-

<sup>1)</sup> Hj. O. 401, Bl. 140 a.    <sup>2)</sup> L.D. II, Bl. 2 a f.    <sup>3)</sup> Fritz Wiggert, Entstehung und Entwicklung des altshles. Kürschnerhandwerks. Breslau 1926. S. 91.

<sup>4)</sup> Hj. O. 401.



lagen zu dem üblichen Wochenlohn, wie sich aus dem Verbot der „Zuschreiben“ und der Urkunde von 1621 ergibt; 2. das „Jahrmarktrecht“, meist so viel, wie der Gesell auf dem vorigen Jahrmarkt verzehrt hatte; um 1600 waren das 1 bis 2 Taler; 3. eine Entschädigung für Feiertags- und Nachtarbeit in der Walke; 4. Einnahmen aus Arbeiten für eigene Rechnung<sup>1)</sup>; 5. das damals allgemein übliche Badegeld; 6. Geschenke an Kleidungsstücken (Leder). Doch ist das eine Rechnung mit lauter Unbekannten. Das tatsächliche Einkommen der Gesellen läßt sich demnach nicht ermitteln.

Die Frage, ob die wirtschaftliche Lage der Gesellen sich im Laufe des 16. Jahrhunderts verschlechtert hat, ist unbedingt zu bejahen. Während der Preisrevolution des 16. und 17. Jahrhunderts haben die Löhne mit dem Steigen der Warenpreise nirgends Schritt gehalten<sup>2)</sup>. Aber andere Handwerke erkannten doch die Notwendigkeit einer begrenzten Lohnaufbesserung an. Die Breslauer Mälzer z. B. setzen in der Zeit von 1581 bis 1608 viermal eine Lohnerhöhung von insgesamt 30 % durch<sup>3)</sup>. Die Weißgerber behielten den Sechsgroschenlohn — nicht de facto, wie wir sahen; da waren Ausweichungen möglich und nötig — aber als Tariflohn, und das war das Entscheidende; denn auf diese Weise waren die Meister in der Lage, die freiwilligen Zulagen den Verhältnissen anzupassen. Sie gaben als Geschenk, was die Gesellen als ein Recht zu fordern allen Grund hatten. Der beginnende Niedergang des Gewerbes machte sich eben fühlbar. Der Überfluß an Hilfskräften und die schlechte Konjunktur drückten auf den Lohn.

Waren die Gesellen im Kampf um die Arbeitszeit glücklicher? 1561 und 1580 kommen Vereinbarungen darüber zustande: Im Sommer sollen die Gesellen aufstehen und an die Arbeit gehen, sobald das Taglicht beginnt, im Winter, „wan der wechter oder stehe auff pfllegt zu pfeiffen und aufzuwecken, das ist um vier der halben Uhr“. Feierabend soll sein, wenn die Gebetglocke schlägt, um 23 „nach dem alten ganzen Seiger“ (=  $\frac{1}{2}$  Stunde vor Sonnenuntergang)<sup>4)</sup>. Mehr konnte die Arbeitskraft der Gesellen schlechterdings nicht ausgenutzt werden. Diesem Beschluß müssen Widerstände von seiten der Gesellenschaft vorausgegangen sein. Sie waren hiermit niedergeschlagen; denn

<sup>1)</sup> Den Rotgerbergesellen war es erlaubt, wöchentlich drei Kalbselle zu kaufen und auszuarbeiten. H.U. 1577. Rotgerber. <sup>2)</sup> Vgl. Georg Wiebe, Zur Geschichte der Preisrevolution im 16. und 17. Jahrh. Spz. 1895. — Th. Sommerlad, Zur Geschichte der Preise des Mittelalters und 16. Jahrh., Elsters Handwörterb. d. Staatswiss.<sup>4</sup> Bd. 6. <sup>3)</sup> H.U. Mälzer 1581. November 10; 1601. Oktober 19; 1603. November 18; 1608. November 10. <sup>4)</sup> Liber signaturarum 1580. S. 123.



noch länger kann man vorher nicht gut gearbeitet haben. Im Mittelalter war eine so lange Tagesarbeit üblich. Die Gesellen verschafften sich durch einen freien Montag Luft. Es ist Zufall, daß keine Weißgerberurkunde vom „guten Montag“ <sup>1)</sup> spricht. Bei den anderen Handwerken wiederholt sich das Verbot, diesen Tag zu feiern, in allen Jahrhunderten immer aufs neue und beweist klärlieh, welchen Gehorsam die Stadtväter fanden. Um 1500 war den Breslauer Gesellen nach den Jahrmärkten ein Feiertag zugestanden <sup>2)</sup>; in einigen Gewerken war jeder zweite Montag nachmittag fürs Baden frei.

Schanz <sup>3)</sup> und andere betonen, daß die Regelung des Arbeitsangebotes, die bei den Gesellen lag, ihnen einen großen Einfluß sicherte. Solches ist aus den Quellen über unsere Zunft nicht ohne weiteres zu entnehmen. Voraussetzung für ein derartiges Verhältnis, das den Meister gleichsam der Gnade oder Ungnade der Vermittlungsstelle ausliefert, ist starke Nachfrage bei geringem Arbeitsangebot. Diese Vorbedingung war hier nicht gegeben. Gesellenmangel herrschte in der Zeit, über die wir Kunde haben, nur selten (um 1560 <sup>4)</sup> und 1610 <sup>5)</sup>) und vorübergehend. Das Handwerk litt vielmehr unter Überfüllung und suchte sie mit allen Mitteln zu bekämpfen. Wenn aber die Bewerber überzählig sind, so können sie keine Bedingungen stellen, das natürliche Übergewicht liegt auf der Seite des Meisters. Allerdings war die Gesellenschaft in der Lage, Knechte, die von einer auswärtigen Zunft kamen, mit der man in Streit lag, fortzuschicken und ihnen das übliche Geschenk „in der Lade zu behalten“ <sup>6)</sup>. Diese Macht war für die Meister in Breslau so lange keine Gefahr, als die erwähnten Verhältnisse fortbestanden. Gestraft waren damit nur die fremden Meister und deren Gesinde, und als Strafe gegen sie war eine solche Maßnahme gedacht. Demgemäß war die Rolle der Altknechte bei dem Vermittelungsgeschäft eine mehr nebensächliche, auf die Zeremonien beschränkte. Ihre Aufgabe war es, den Wandergefallen dem Handwerksbrauch nach zu ehren und für sein Fortkommen zu sorgen. Der einwandernde Knecht erhielt in der Herberge zum Willkommen einen „Ehrtrunk“, jeder redliche Bursch drei Kannen Bier <sup>7)</sup>. Dann ließ er durch den Altknecht um Arbeit „einschicken“. War keine Nachfrage vorhanden, so ließ man den Wanderer mit einem

<sup>1)</sup> Vgl. H. F. Singer, Der Blaue Montag, Mainz 1917, und über dieses Buch Carl Roehne in Wolfs Zeitschr. f. Sozialwiss. N. F. X. Jahrg. 1919. S. 599 ff. <sup>2)</sup> Stadtarchiv Görlitz, Liber actorum, Bl. 1. <sup>3)</sup> Schanz, S. 126 f.

<sup>4)</sup> L.D. II, Bl. 2 a ff. <sup>5)</sup> Während eines Streites mit Wien. L.D. V, Bl. 66 b ff.

<sup>6)</sup> Corr. 1570. April 12. Brieg; 1578. Juni 25. Wilna; Corr. Undatiert, Nr. 19 (1585).

<sup>7)</sup> H. O. 401, Bl. 157 b.

Zehrpennig in der Tasche weiterziehen. Wenn dagegen ein Meister Hilfe brauchte, so kam er selbst oder schickte sein Gesinde, um mit dem Bewerber zu verhandeln <sup>1)</sup>. War eine Einigung erzielt, so wurde der neue Gesell vom Altknecht zu seinem Meister „einblettet“ <sup>2)</sup>. Für das Geschenk an den wandernden Knecht mußten die Gesellen am Ort aufkommen. Es scheint, daß die Beiträge dazu nach Bedarf erhoben wurden <sup>3)</sup>. Meistersöhne, die bei ihrem Vater keine Arbeit hatten, blieben davon befreit <sup>4)</sup>. Gegen übertriebene Anforderungen der Wandergesellen schritt der Rat ein. Als die Zuwandernden von denen, die sie in der Werkstatt antrafen, außer dem Ehrtrunk noch einen „einfuhr bemischen groschen“ zu fordern begannen, wurde das unter-  
sagt <sup>5)</sup>. Der Gesindewechsel vollzog sich in der Hauptsache zu den beiden Jahrmärkten. In den letzten zwei Wochen vor dem Markt fanden sich die zuwandernden Gesellen auf der Herberge ein, und den fremden und einheimischen Meistern war somit Gelegenheit geboten, sich Arbeitskräfte zu sichern. Gesellen, die ihre Lehrzeit in Breslau zugebracht hatten und später dorthin zurückkehrten, hatten ein Vorrecht auf eine freie Stelle bei ihrem alten Meister <sup>6)</sup>.

Eine Zusammenfassung des Gesagten ergibt dies: Die Gesellenschaft hat Versammlungsrecht, sie hat eine eigene Lade, sie hat Gerichtsbarkeit. Aber durch die Kontrolle der Beisitzer sind diese Rechte eingeschränkt. Die Organisation kämpft für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, ihre Erfolge sind gering. Die Arbeitsvermittlung liegt bei den Gesellen, ihr Einfluß darauf ist nicht nennenswert. Schuld an diesen Mißerfolgen auf der ganzen Linie ist vor allem das Überangebot an Hilfskräften. Den Gesellenverband darum für bedeutungslos anzusehen, wäre falsch. So urteilten die Zeitgenossen nicht: Die Wahl der Gesellenbeisitzer zeigt, daß die Zunft in dem Verband eine Gefahr sah. Der bedeutende Anteil der Gesellen an der Zunftgerichtsbarkeit über Auswärtige beweist, daß die Meister zu großen Zugeständnissen auf der einen Seite genötigt waren, wenn sie auf der andern versagten. Die Haltung des Rats endlich und die vorsichtige Formulierung seiner Entscheide zwischen Meistern und Gesellen <sup>7)</sup> ergibt, daß der Gesellenverband auch in den Augen der Obrigkeit als ein der Meisterzunft

1) L.D. II, Bl. 2 a ff.      2) L.D. II, Bl. 47 a, Art. 7.      3) Corr. 1576, Juni 11. Umburg; Hj. O. 401, Bl. 118 a.      4) Stadtarchiv Liegnitz. Hj. A. 1387. Dat. 1575. Juli 15.      5) H.U. 1563. August 17. Im Breslauer Kunstgewerbe-Museum, Innungstube.      6) L.D. II, Bl. 3 a.      7) L.D. II, Bl. 32 b ff.; L.D. III, Bl. 31 b ff.; Hj. E 26. Dat. 1583, Juni 10.; u. ö.

gleichberechtigter und nichts weniger als machtloser Kontrahent gewertet wurde. Es fehlte der Gesellschaft ja nicht an innerer Kraft, sie war mehr unterdrückt als besiegt. Hatten die Meister die Gunst der Umstände für sich, so waren die Gesellen im Vorteil durch ihre Ungebundenheit und durch das Übergewicht eines Verbandes, der einen ganzen Länderkomplex umfaßte. Wo dieses Übergewicht zur Geltung kam, setzten sie sich durch. Das zeigt folgendes Beispiel: Die Gesellen mußten, um einer weiteren Verschlechterung ihrer sozialen Lage wirksam entgegen zu arbeiten und ihre Aussichten für die Zukunft besser zu gestalten, den Andrang zum Handwerk bekämpfen. Um 1570 muß eine Bewegung unter der Gesellschaft bestanden haben, die sich das zum Ziele setzte. Durch diese Stimmung gestützt, verlangen die Gesellen in Wien, daß ihre Meister nach Auslernung eines Lehrknichts ein Jahr stillhalten, wie das in Bayern, Böhmen, Schlesien und Polen üblich sei <sup>1)</sup>. Als die Meister sich dessen weigern, verlassen alle 21 Gesellen stehenden Fußes und ohne Kündigung die Stadt und ziehen nach Schlesien. 1571 geht ein genau formulierter Vorschlag aus dem Kreise der Glogauer Gesellschaft hervor und wird von ihren Meistern der Breslauer Zunft zur Erwägung unterbreitet <sup>2)</sup>: 1. Die Lehrzeit ist auf 5 Jahre zu verlängern. 2. Jeder Gesell, auch der Meistersohn, soll 3 Jahre wandern. 3. Ein junger Meister darf in den ersten drei Jahren keinen Lehrknicht annehmen. 4. Jeder Meister muß nach Auslernung eines Lehrknichts 2 Jahre „stillhalten“. — Der Vorgang in Wien zeigt, welche Erregung sich der Gesellschaft bemächtigt hatte, und wie sehr die Meister sich gegen diese Ordnung sträubten, die ihnen 1—2 Jahre lang die billige Hilfe eines Lehrlings raubte. Und wenn die Breslauer Zunft auf den Glogauer Vorschlag 3 Jahre lang schweigt, so läßt das darauf schließen, daß die Mehrzahl der Meister auch dort sich einem solchen Programm abgeneigt zeigte. 1574 bringt Glogau auf dem Breslauer Jahrmarkt vor fremden und einheimischen Meistern und Gesellen die Angelegenheit zur Sprache <sup>3)</sup> mit dem Erfolg, daß noch im selben Jahre die neue Ordnung in ganz Schlesien und der Lausitz <sup>4)</sup>, später auch in Wien und Polen angenommen wird. Nur einem allseitigen Druck der Gesellschaft werden die Meister ihr Interesse geopfert haben. Meister, die eine Hilfskraft brauchten, waren nun nach der Freilagung eines Lehrlings gezwungen, einen Gesellen

<sup>1)</sup> Corr. 1570, Juni 12. u. Dez. 19. Wien.

<sup>2)</sup> Corr. 1571, Nov. Groß-Glogau.

<sup>3)</sup> Corr. 1574, Nov. 16. Groß-Glogau.

<sup>4)</sup> H. II. 1574, Dez. 18.

anzunehmen. Die Wirkung auf den Arbeitsmarkt ist deutlich <sup>1)</sup>: 1506 war das Zahlenverhältnis zwischen Gesellen und Meistern 1 : 6, 1548 1 : 5 und 1563 1 : 4 $\frac{1}{3}$ ; 1582 aber hat jeder 3. Meister einen Gesellen, obwohl die Einzelproduktion gegenüber dem Jahre 1563 ohne Zweifel zurückgegangen ist <sup>2)</sup>.

Die Ordnung von 1574 hat auch im 18. Jahrhundert noch unverändert gegolten <sup>3)</sup>. Mit ihr war der Wanderzwang im Handwerk eingeführt, der bis dahin nicht bestanden hatte. Meisteröhne durften diese Zeit auch am Ort zubringen, der Zweck der Ordnung war ja nur, die Gesellen 3 Jahre länger von der Meisterschaft fernzuhalten.

Zum Schluß dieses Abschnitts soll noch die Frage der räumlichen Ausdehnung der Gesellenwanderung gestreift werden. Die Grundlage für eine Statistik darüber ist in den Quellen nicht gegeben. Es kann nur die Zone angedeutet werden, innerhalb deren sich die Wanderungen vollziehen. Die Mitte und der Norden von Westdeutschland scheiden ganz aus. Der Gesellenaustausch erfolgt zwischen Schlesien, Böhmen, Mähren, Österreich, der Lausitz, Polen, Preußen, auch Ungarn, Bayern, Brandenburg und Pommern. Schärfer als politische und nationale Grenzen trennten fremde Handwerksordnungen. Wer eine solche Grenze überschritt, verlor die Handwerksredlichkeit. Oft gingen Weißgerbergesellen nach Schweden, Livland, Litauen oder Rußen, wo sie gern gesehen und gut bezahlt wurden <sup>4)</sup>. Deshalb wird 1561 in Breslau beschlossen, solchen Gesellen, die sich dort ein paar Jahre lang die Taschen füllen und dann in ihrer Heimat gleich anderen Gesellen Förderung beanspruchen, die Aufnahme zu verweigern. Wenn sie in den verrufenen Ländern arbeiten, mögen sie sich auch dort als Meister niederlassen.

An Herkunftsorten der Gesellen werden genannt:

In Schlesien: Breslau, Bolkenhain, Canth, Ranslau, Schweidnitz, Wartenberg, Groß-Glogau, Hirschberg, Jauer, Liegnitz, Sagan; Kosel, Reisse.

In Böhmen: Eger, Jaromir, Prag, Rakonitz, Reichenberg, Schlackenwald, Schlan, Tachau.

In Österreich: Efferding, Linz, Mautte, Teschen, Troppau, Waging, Wien, Wiener Neustadt.

In Mähren: Iglau, Littau, Olmütz.

1) Vgl. S. 127, Anm. 1. 2) Für 1563 können als Durchschnittsleistung eines Meisters 12 Balken angesehen werden, für 1582 etwa 9. Diese errechneten Zahlen haben natürlich nicht streng statistischen Wert; doch ist wohl dies sicher, daß die Arbeit sich nicht vermehrt hat, aber die Gesellenzahl gewachsen ist. 3) H.U. 1709, Okt. 16. 4) L.D. II, Bl. 45 b f.



In der Steiermark: Fürstenfeld.

In Krain: Neustadt.

In Tirol: Bozen, Brixen.

In der Lausitz: Bautzen, Görlitz, Zittau.

In Sachsen: Weizsels, Zeitz, Wittenberg.

In Pommern: Stettin.

In Polen: Danzig, Elbing, Arafau, Lemberg, Posen, Thorn, Warschau, Wilna.

In Preußen: Kössel.

In Ungarn: Preßburg, Zips.

In Bayern: Freising, Landsbut, München, Neufirchen, Regensburg, Straubing, Tirschenreuth.

Die Vertreter der Zunft sind die beiden Ältesten oder Geschworenen. In der frühesten Zeit heißen sie Meister <sup>1)</sup>. Während im 14. Jahrhundert alle zwei Jahre dieselben Meister an die Spitze treten, bürgert sich um die Mitte des 15. Jahrhunderts folgender Wahlmodus ein <sup>2)</sup>: Es werden 6 Älteste gewählt, von denen je 2 als Oberälteste ein Jahr lang die Geschäfte führen, sodas nach drei Jahren die Reihe wieder an den ersten kommt. Dieses Wahlverfahren war der Ratswahl jener Zeit nachgebildet <sup>3)</sup>. Seit 1422 hatte die Stadt 24 Ratsmänner, von denen jeweils 8 ein Jahr hindurch im Amt waren. Während in der Stadtverfassung dieser Wahlmodus sich nur wenige Jahrzehnte behauptete, hielt die Zunft daran fest. Die Ältesten scheinen auf Lebenszeit gewählt zu sein, manche Namen erscheinen in regelmäßiger Wiederkehr 20 Jahre hindurch. Die sechs stellten somit einen dauernden Ausschus dar, der die Handwerksangelegenheiten ordnet. Die Stetigkeit der Geschäftsführung war dadurch gesichert. Das jetzt sechs an Stelle der vier Ältesten amtierten, dürfte auf jene Bestimmung der Sigismundia zurückzuführen sein, wonach nicht mehr als sechs Meister über ihres Handwerks Gebrechen beraten sollen <sup>4)</sup>. Die Ältesten wurden gewöhnlich aus den reichen und angesehenen Meistern gewählt. Wahrscheinlich hatte die Zunft dabei ein Vorschlagsrecht. Sie wurden vom Rat vereidigt und mußten geloben, der Stadt wie des Handwerks Wohl zu wahren <sup>5)</sup>. Bis 1420 erhielten sie wahrscheinlich einen Anteil an den Innungsgeldern <sup>6)</sup>. Ob sie das Amt auch ablehnen oder aufgeben konnten,

<sup>1)</sup> Tzschoppe und Stenzel Nr. 125, § 6. <sup>2)</sup> vgl. die Signaturbücher (Hj. G. 5, 1 ff.) für das 14. bis 16. Jahrh. <sup>3)</sup> Codex 11, S. XXXVI f. <sup>4)</sup> Eulenburg 1892, S. 8. <sup>5)</sup> Tzschoppe und Stenzel Nr. 125, § 6 f. <sup>6)</sup> Nach Eulenburg. (So bei den Kreischmern L.M. I, Bl. 47 a.)

ist nicht bekannt. Während die Geschworenen im 13. und 14. Jahrhundert gelegentlich von der Stadt zu wichtigen Beratungen zugezogen wurden, ist seit dem Aufstande von 1418 ihre Beziehung zum Stadtreiment auf die Vertretung des Handwerks vor dem Rat beschränkt; die Weißgerber haben nie zu den ratsfähigen Zünften <sup>1)</sup> gehört.

Die Ältesten berufen und leiten die Zunftversammlung. Sie verwahren das Zunftsiegel. Sie verwalten die Zunftkasse <sup>2)</sup> und legen vor den Nachfolgern nach Ablauf ihres Amtsjahres Rechnung. Freie Verfügung über die Kasse haben sie nur für kleine Auslagen und die regelmäßigen Ausgaben, wie Steuern, Lohnzahlungen usw. Sie sorgen für die Beschaffung von Rohstoffen und Getreide für die Zunft.

Der Winterwechsel erfolgte alljährlich um Reminiscere. Mit den neuen Ältesten zugleich wurden zwei Gesellenbeißer <sup>3)</sup> gewählt, ferner vier Kalkabmesser, zwei Almosenbitter, die zusammen mit Vertretern anderer Zünfte die städtische Almosenpflege verwalteten und zwei Umgeher. Deren Arbeitsgebiet ist nicht bekannt. Vielleicht übten sie eine Lederschau; freilich läßt sonst nichts darauf schließen. Die jüngsten Meister wurden zu den verschiedensten Beschäftigungen herangezogen, sodaß die Jüngsterei als eine große Belastung empfunden und bei dem gleichzeitigen Eintritt mehrerer Meister in die Zunft um die Reihenfolge im Zechbuch gelöst wurde <sup>4)</sup>. Sie wurden zu den „Samtkäufen“ ausgesandt, holten Getreide aus Polen <sup>5)</sup>, Kalk aus dem Gebirge, sie halfen bei Reparaturen in der Walke <sup>6)</sup>, bei der Ausbesserung der Ohlebrücke <sup>7)</sup>, sie mußten den Getreideföller reinhalten <sup>8)</sup>, das Getreide umstechen <sup>9)</sup>, im Winter das Mühlrad auseisen usw. Für ihre Mühe erhielten sie ein Trinkgeld.

Die Zunft brauchte für ihre ausgedehnte Korrespondenz auch einen Schreiber <sup>10)</sup>. Einer der Meister übernahm dieses Amt als Nebenbeschäftigung, in der Regel auf mehrere Jahre. Er bezog dafür ein festes Gehalt (8 kleine Mark). Endlich hatte die Zunft für die niederen Dienste einen Boten <sup>11)</sup>.

Walkaufseher und Zimmermann wurden schon erwähnt.

Die Zunftversammlungen wurden im Zechhaus gehalten. Seit dem Aufstande von 1418 sind sie an die Genehmigung des Rats ge-

1) Reichrämer, Fleischer, Weber, Kretschmer. 2) Hj. O. 406, 1, Bl. 16 b ff.

3) Ebda Bl. 10 a. 4) Ebda Bl. 258 b f. 5) Ebda Bl. 237 b. 6) Hj. O. 407, 1,

S. 163 u. Hj. O. 406 1, Bl. 43 b. 7) Hj. O. 406, 1, Bl. 156 b. 8) Ebda

Bl. 13 b. 9) Ebda Bl. 19 a. 10) Ebda Bl. 15 b. 11) Ebda Bl. 76 b.

bunden. Ein Ratsbeisitzer soll ihnen beiwohnen <sup>1)</sup>. Er scheint jedoch nur zugegen gewesen zu sein in Fällen, in denen der Rat als Vermittler eingriff, besonders bei Streitigkeiten mit auswärtigen Zechen. Die ausdrückliche Bemerkung einer Urkunde, daß eine Zechversammlung „in bewesen des herrn besicizers“ abgehalten wurde <sup>2)</sup>, fällt auf. Die Versammlungen fanden dreimal im Jahre statt, zu den beiden Jahrmärkten Johannis und Elisabeth und bei dem Winterwechsel vor Fastnacht. An den beiden ersten Versammlungen nahmen auch auswärtige Meister und Gesellen teil. Außerordentliche Sitzungen wurden nach Bedarf einberufen. Zum Besuch der Versammlungen waren alle Meister und Meisterswitwen verpflichtet. Vor die Zunftversammlung gehörte das Aufdingen und Losfagen der Lehrknaben <sup>3)</sup> und die Aufnahme zum Meisterrecht <sup>4)</sup>. Die Zustimmung aller „Kumpan“ war sodann erforderlich bei außergewöhnlichen größeren Ausgaben aus der Zunftkasse <sup>5)</sup> oder Darlehen an die Mitglieder <sup>6)</sup>.

Die Zunftgesetzgebung stand formell beim Rat, sachlich bei der Zunft; das Gewerberecht konnte ja nur von Sachverständigen geschaffen werden. Aber Rechtskraft gab erst die Sanction des Rats. So wird 1292 geboten, daß die Meister „kennen gesetz noch kennen recht und ir in machen noch haben ane der ratlunte wissen“ <sup>7)</sup>. Wenn dann die Sigismundsche Handwerksordnung gebietet: „ob die handwerker von irs hantwerks wegen ennicherlen notdurft oder gebrechen haben werden, das dann dieselben zwen solich notdurft und gebrechen an die ratmanne brengen und doruf ir ordnung und entschendung gütlich hören und usnemen und den ouch nachgeen und gehorsame sin sollen on alle intrege und widersprechen“ <sup>8)</sup>, so scheint dadurch das Schwergewicht der Gesetzgebung ganz in die Hände des Rates gelegt. Tatsächlich blieb alles beim alten. Das bezeugt am besten der Umstand, daß die alten Handwerksordnungen aus dem 14. Jahrhundert unverändert in die Sigismundia übernommen wurden <sup>9)</sup>. Und fast alle Gesetze, die in den folgenden zwei Jahrhunderten zustande kommen, sind „auf Bitten der Zech der Weißgerber“ ihnen zugelassen. Doch behält der Rat sich stets das Recht des Widerrufs vor <sup>10)</sup>.

Ein großer Teil der von allen Zunftgenossen für verbindlich erachteten Normen hat nie der Prüfung oder Bestätigung des Rats

1) Eulenburg 1892, S. 9. 2) Corr. Undatiert Nr. 16 (1579). 3) H. O. 406, 1, Bl. 2 a ff. 4) Ebda Bl. 259 a. 5) Ebda Bl. 12 b. 6) Ebda Bl. 25 a. 7) Ratsmittelung nach Brieg 1292. Tzschoppe u. Stenzel, Nr. 125, § 7. 8) Eulenburg 1892, S. 7. 9) Ebda S. 10. 10) L.D. II, Bl. 3 b u. ö.

unterstanden, ist nie kodifiziert worden, sondern lebte allein in dem Rechtsbewußtsein der Genossen. Nur der Zufall hat einen Teil dieses Gewohnheitsrechts erhalten: Auf Anfragen fremder Zünfte wird Auskunft gegeben „wie es von alters bei dem Handwerk Brauch war“. Auch der Rat achtete in dem „Brauch“ ein vollgültiges Recht und hat ihn gegen Angriffe stets vertreten: Als einer der Meister die Einkaufsabgabe von den Zellen nicht zahlen will, wird ihm solches, „wiewohl es in den Zechbriefen nicht befunden“, vom Rat geboten, weil es alter Brauch ist <sup>1)</sup>.

Hingegen waren alle diejenigen Gesetze notwendig an die Ratsbestätigung gebunden, die das Verhältnis der Zunft zu Dritten regelten. Bei ihnen geht der Anteil des Rats am weitesten.

Betrafen die Gesetze innere Angelegenheiten der Breslauer Zunft, so wurden sie von den Geschworenen oder von der Gesamtheit der Zunftgenossen beschlossen. Waren sie dagegen von allgemeiner Bedeutung für das Handwerk, wie die Regelung des Lehrlings- und Gesellenwesens, so wurden sie meist zusammen mit Vertretern auswärtiger Zünfte auf einer der Jahrmärktsversammlungen beraten.

Von den polizeilichen und richterlichen Funktionen der Zunft gegenüber den eigenen Mitgliedern ist aus den Quellen kein ganz klares Bild zu gewinnen. Sicher ist, daß die Abhängigkeit des Handwerks vom Rat auf diesem Gebiet sich recht fühlbar machte. Zeitliche Unterschiede lassen sich feststellen: Im 13. und 14. Jahrhundert üben die Meister die Gerichtsbarkeit bei Vergehen der Mitglieder gegen die Handwerksordnung. Sie ziehen die Strafgelder dafür ein, müssen aber zwei Drittel davon dem Rat überweisen <sup>2)</sup>. Die Sigismundia bringt eine entscheidende Änderung: Wer die Handwerksordnung übertritt, den mögen die Ratmannen an Leib und Gut dafür strafen <sup>3)</sup>. Die Strafgewalt ist damit an den Rat übergegangen. Straffällig gegen ihn ist nicht nur, wer seinen Bankzins nicht rechtzeitig zahlt, wer nicht für Sauberkeit vor seinem Hause sorgt, wer auf dem Markt „czwenſpenet“ (= Streit anfängt) usw., sondern auch, wer einem Mitgenossen die Kunden weglockt, ja selbst, wer an dem Begräbnis eines Zechgenossen nicht teilnimmt <sup>4)</sup>. Alle, auch die persönlichsten Angelegenheiten der Zunft sind somit der Gerichtsbarkeit des Rates unterstellt. Die Bußgelder fallen unverkürzt an ihn. Inwieweit der Rat die Gerichtsbarkeit selbst übte, und wie er für die Erhebung der Strafgelder, an der die

1) L.D. I, Bl. 83 a b.    2) Tzschoppe und Stenzel, Nr. 125, § 7.    3) Eulenburg 1892, S. 9 f.    4) H.U. 1420.



Zunft nun kein Interesse mehr haben konnte, Sorge trug, wissen wir nicht. Es wurde schon erwähnt, daß die Zunft Büschern gegenüber eine beschränkte Gerichtsgewalt hatte <sup>1)</sup>, sie durfte jenen die Ware beschlagnahmen, um sie der Stadt zu überantworten. Später wurden der Zunftgerichtsbarkeit Strafen bis zu 12 Groschen überlassen. Seit 1580 durfte sie sogar um ein bis zwei Scheffel Korn strafen, doch verlangte der Rat von den Ältesten Rechenschaft darüber, daß das Korn unter die armen Meister verteilt worden sei <sup>2)</sup>.

Die Gesellen durften von den Meistern nur mit Hilfe der Obrigkeit gestraft werden mit Ausnahme dessen, was die Meister von alters her zu strafen ein Recht hatten <sup>3)</sup>. So wird ein neuer Gesell, der während der vierzehntägigen Probezeit nicht arbeiten will, von den Ältesten oder dem Handwerk gestraft <sup>4)</sup>. Aber die Mitgesellen müssen von den Meistern zugezogen werden <sup>5)</sup>. Auf die höchste Strafe gegenüber dem Gesellen, Verlust des Handwerks, konnte das Zunftgericht erkennen, wenn er ein Darlehen aus der Gesellenlade nicht zurückerstattet hatte <sup>6)</sup>.

Gegen den Lehrling war das Zunftgericht bei Entweichen aus dem Dienst zuständig. In diesem Falle fiel das Bürgschaftsgeld an die Zunft <sup>7)</sup>.

Von den Entscheiden der Zunft war immer Berufung an den Rat möglich. Als erste Instanz in Anspruch genommen wurde er bei schiedsrichterlichen Vergleichen aller Art. Streitigkeiten mit anderen Zünften gehörten vor ihn.

Der geringe Anteil der Zunft an den Bußen und den Eintrittsgebühren neuer Mitglieder könnte zu der Meinung verführen, daß es um die eigenen Finanzen des Handwerks schlecht bestellt war. Ein Blick in das Rechnungsbuch belehrt uns eines andern. Wir sind freilich erst für das ausgehende 16. Jahrhundert darüber unterrichtet. Angaben aus älterer Zeit sind vereinzelt.

Seit der Mitte des 16. Jahrhunderts gehörten die Weißgerber zu den reichsten Handwerken der Stadt. Ein besonderes Ansehen gab ihnen der Besitz eines eigenen Zechhauses (seit 1545) <sup>8)</sup>, dessen statliches Äußere gar einmal den Widerspruch König Ferdinands gegen das anmaßliche Gebahren der Handwerker herausforderte <sup>9)</sup>. Im Zunftthause war der sonstige Handwerksbesitz: die Zunftlade, ein Teil der Kornvorräte, die Rohstoffe, Waffen und Löschgeräte, untergebracht.

<sup>1)</sup> H.U. 1420.    <sup>2)</sup> L.D. III, Bl. 46 a b.    <sup>3)</sup> L.D. I, Bl. 97 b ff.    <sup>4)</sup> L.D. III, Bl. 31 b ff.    <sup>5)</sup> L.D. II, Bl. 32 b ff.    <sup>6)</sup> Hf. O. 406, Bl. 12 b.    <sup>7)</sup> Ebda Bl. 2 a.    <sup>8)</sup> H.U. 1545. Jan. 26.    <sup>9)</sup> Hf. E. 22, S. 272 f. (1557).

Um einen solchen Wohlstand begründen zu können, hatte die Zunft die verschiedensten Einnahmequellen erschließen müssen: Der Lehrling zahlte bei seiner Aufnahme dem Handwerk eine Mark <sup>1)</sup>, bei seiner Freisprechung zahlte der Meister. Wer Meisterrecht begehrte oder sich als Auswärtiger in die Zechen einschreiben ließ<sup>2)</sup>, entrichtete dem Handwerk einige (2—3) Taler. Alle einheimischen und fremden Meister und Meisterswitwen gaben einen regelmäßigen Jahresbeitrag, den Zechengroschen <sup>3)</sup>. Jeder zahlte für die Benutzung der Walke außer dem Zins an die Stadt auch eine kleine Summe ans Handwerk. Einen wesentlichen Teil der Einnahmen bildete der Verdienst aus dem Verkauf der Zechenvorräte an Korn und Rohstoffen <sup>4)</sup>. Er dürfte sich bei dem Verkauf des Getreides auf etwa 100 Taler im Jahr belaufen haben. Zu den regelmäßigen Einnahmen gehörte die Einkaufsabgabe für rohe Felle. Endlich floß der Zins für geliehenes Geld in die Zunftkasse. Der Gewinn aus Strafgeldern war unbedeutend. Gelegentlich wurde Bürgschaftsgeld für einen entlaufenen Lehrling vereinnahmt.

Die Ausgaben sind im Rechnungsbuch unter drei Rubriken gefaßt: Auslagen fürs Handwerk, für die Walke und für die Torwache. Das meiste ging aufs „Handwerk“. Unter diesem Begriff verstand man eine Reihe der verschiedensten Auslagen. Obenan stand die kaiserliche Steuer vom Zechhaus, das auf 750 Taler eingeschätzt wurde. Die Steuer betrug zehn für das Tausend, dazu kam Baugeld fünf für das Tausend und zu Zeiten eine Kriegssteuer von etwa dreißig für das Tausend, insgesamt rund 30 Taler <sup>5)</sup>. Die Stadt erhielt einen Zins vom Kornsföller im Kinderspital zum Heiligen Grabe, der einen Teil der Getreidevorräte barg, und einen Zins vom Schmetterhaus, in dem die Verkaufsplätze lagen. Ferner hatte man regelmäßige Auslagen für die Instandhaltung und das Inventar des Zechhauses, für den Schreiber- und Botenlohn, für Jahresgeschenke an die Stadtschreiber und -diener, für eine „vorehrung“ an die Mülherren und andere und endlich die Kosten für das „kommune Essen“ zu Fastnacht und zum Schützenfest; sie stellten aber immer nur einen unwesentlichen Teil der Gesamtausgaben dar. Kleinere Summen gingen auf einen regelmäßigen Jahresbeitrag ins „gemeine Almosen“, sowie auf gelegentliche Unterstützungen von Zechgenossen und andern Hilfsbedürftigen.

Die Ausgaben für die Walke setzten sich zusammen aus den Instandhaltungskosten, dem Lohn für Zimmermann und Aufseher

1) Hj. O. 406, 1, Bl. 2 a.    2) Ebda Bl. 263 a.    3) Ebda Bl. 100 b.

4) Hj. O. 406, 1.    5) Ebda Bl. 106 a.

und den Auslagen für Holz. Sie wurden nur zum kleinsten Teil durch die Einnahmen aus dem Walfgeld gedeckt.

Für die Torwache zahlte die Zechen jährlich 30 Taler. Eine weitere Verpflichtung gegen die Stadt betraf das Instandhalten der Ohlebrücke, das schon im 13. Jahrhundert den Weißgerbern übertragen war, wohl weil sie die Brücke besonders viel benützten. Für diese Auslage wurde die Einkaufsabgabe von den Fellen erhoben.

Eine nicht unwesentliche Vermehrung der Einnahmen, wie auf der anderen Seite eine starke Belastung der Kasse brachte ferner die Gerichtsbarkeit der Breslauer Zunft über Auswärtige.

Bis in den Anfang des 17. Jahrhunderts waren die Finanzen der Zunft in erfreulichem Zustande. Das Vermögen belief sich einschließlich der ausstehenden Gelder und aller Vorräte, den Wert des Zechhauses abgerechnet, auf 1000—1200 kleine Mark. Dem stand eine jährliche Ausgabe von 2—300 Mark gegenüber. Da brachte das Jahr 1606 dem Handwerk einen schweren Verlust. Die Zechen mußte einige ihrer Mitglieder, die während eines Streites mit der Posener Zunft nach Posen gereißt waren und dort für das ganze Handwerk in Haft genommen wurden, für jahrelanges Gefängnis mit einer Summe von 500 Talern entschädigen. In der gleichen Zeit begann der Niedergang des Handwerks. Der Krieg brachte den Verfall der Währung. Der alte Wohlstand lebte nicht wieder auf.

## V. Die wirtschaftlichen Funktionen der Zunft.

Die Zunft war als eine Interessengemeinschaft der Handwerker entstanden; sie war also bestrebt, auf jede Weise den Vorteil ihrer Mitglieder zu wahren. Hingegen ist eine Tätigkeit unserer Zunft im Interesse der Verbraucher nicht zu erweisen. Eine Lederschau gab es wahrscheinlich nicht, und die Verlängerung der Lehrzeit und die Einführung des Wanderzwanges erfolgten nicht aus Rücksicht auf eine bessere Ausbildung des Gesindes. Dagegen hat der Rat als Wächter für das Wohl der Bürger und das Ansehen der Stadt in diesem Sinne eine Verordnung an die Zunft erlassen. Er verfügte 1442 zusammen mit seinen Ältesten (d. h. den gewesenen Ratmannen und Schöffen) <sup>1)</sup>, daß die Weißgerber hinfort keinen in ihre Zechen aufnehmen sollten, „her konne denne 100 erich usbereiten und die bynden und usrichten, das der kaufman domite bewaret sey und das genante hantwerk domite bestehen moge“ <sup>2)</sup>. Trotzdem hat die Meister-

<sup>1)</sup> Codex 11, S. XIII f.

<sup>2)</sup> L.M. I, 34 a.

prüfung in dem Handwerk nie eine Rolle gespielt. Nur zweimal ist von einem Meisterstück und Anschaffungen dazu durch die Zeche die Rede <sup>1)</sup>. Noch 1709 lehnt es die Handwerksordnung der Kosten wegen ab <sup>2)</sup>.

Wenn die Weißgerber trotzdem gute, konkurrenzfähige Ware lieferten, so dienten sie damit ihrem eigenen Besten. Preiswerte Arbeit konnte allein den Fortbestand des Handwerks sichern, besonders seit es in verstärktem Maße auf die Ausfuhr gewiesen war. Moralische Erwägungen haben die Handwerker dabei nicht in erster Linie bestimmt <sup>3)</sup>.

Die Zunft schützte die Arbeit ihrer Mitglieder durch den Zunftzwang. Sie setzte sich ferner für die Beschaffung geeigneter Produktionsmittel ein. Durch kollektive Käufe wandte sie den Genossen den Vorteil des Engroseinkaufs zu. Es war Aufgabe der Zunftältesten, die Vorräte an Alaun, Weinstein und Kalk rechtzeitig aufzufüllen und den Meistern nach Bedarf abzugeben. Die in andern Handwerken häufige Bestimmung, daß die Zunft zum Selbstkostenpreis an die Genossen zu liefern habe, hat hier nicht bestanden. Die Zunft hatte durch den Einzelverkauf noch einen angemessenen Verdienst, der der gemeinsamen Kasse zugute kam. So wurde jeder Stein <sup>4)</sup> Weinstein bei einem Gestehungspreis von 30 Groschen mit einem Aufschlag von 6 Groschen an Einheimische und 10 Groschen an Auswärtige verkauft. Die Zahlungsbedingungen für die Meister waren günstig. Auch beim kleinsten Betrag waren Teilzahlungen zulässig. — Bei Felleinkäufen ist die Zunft nie als Vermittlerin aufgetreten. Sie erleichterte aber den Meistern den Einkauf, indem sie den Kaufleuten, die mit dem Einkauf beauftragt waren, einen Vorstoß auf den Zoll gewährte. In der Stadt und der Umgegend sicherte die Zunft den Gerbern ein Vorzugsrecht auf das Fellwerk. Vorkauf wurde verboten, schon im 13. Jahrhundert. Den Fleischern, die gern mit Häuten Handel trieben, war der Felleinkauf nur außer Landes erlaubt <sup>5)</sup>. Der Verkauf fertigen Leders stand auf den Wochenmärkten allein den Weißgerbern zu. Die Konkurrenz Fremder war auf die Jahrmärkte beschränkt. Wiederholt verbietet der Rat auf Bitten der Zunft die Einfuhr von fremdem Leder zwischen den Jahrmärkten. Daß der Rat bisweilen im Interesse der Gesamtheit gegen diese monopolistische

<sup>1)</sup> Hj. O. 407, 1, S. 247; O. 406, 1, Bl. 79 b; L.D. I, Bl. 282 b. <sup>2)</sup> L.D. XII, Bl. 304 b ff., Art. 2. <sup>3)</sup> Diese Ausführungen decken sich mit denen bei v. Loesch, 1. Bd., S. 99 ff. Vgl. auch Friedrich Reutgen, Ämter und Zünfte. Jena 1903. S. 242—249. <sup>4)</sup> 1 Stein = 24 Pfd. <sup>5)</sup> Hj. O. 401, Bl. 28 b ff.



Politik des Handwerks einschritt und einen gewissen Wettbewerb auch außerhalb der Jahrmärkte zuließ, haben wir erfahren <sup>1)</sup>).

Auf dem Markte galt das Gesetz, keinem die Kunden abspenstig zu machen <sup>2)</sup>); so sollte unlauterer Wettbewerb niedergehalten werden.

Dienten die bisher erwähnten Maßnahmen der Zunft dem Interesse sämtlicher Mitglieder, so war sie andererseits genötigt, den Vorteil einzelner Meister dem Wohl der anderen zu opfern. Ihre Sorge mußte sich dem Schutz der wirtschaftlich Schwachen zuwenden. Für diese bestand die Gefahr, beim Felleinkauf oder bei der Annahme von Gesellen durch das Angebot der Reicheren beiseite geschoben zu werden. Deshalb wird zeitweise der heimische Fellmarkt den wohlhabenden Meistern, die auch auswärts Häute holen konnten, gesperrt <sup>3)</sup>. Als dann gar etliche unter den Meistern den polnischen Fellschändlern, die die Märkte zu Posen und Gnesen besuchen wollten, Makler entgegenschieden, um durch sie das Geschäft schon vorher abschließen zu lassen, da legt der Rat auf Anhalten der Zunft ein Veto ein <sup>4)</sup>. Die Meister werden ermahnt, nicht über den Bedarf zu kaufen, und keiner solle dem andern „in den Kauf fallen“.

Reiche Meister waren wohl geneigt, zu Zeiten des Gesellenmangels oder auch nur, um sich tüchtige Kräfte zu sichern, den Gesellen ein besonderes Geld über den gewöhnlichen Wochenlohn zuzusprechen, sodaß mancher Handwerker drei und vier Gehilfen hatte und ein ärmerer, der sie ebenso brauchte, keinen. Deshalb erkennt der Rat auf den Wunsch der Zunft, daß jeder Meister Unrecht auf einen Lehrling und einen Gesellen hat und diesen Anspruch gegen einen über dieses Maß versehenen Meister geltend machen darf. Das Aufgeld wird verboten.

Dem Wohl der Genossen, zumal der ärmeren, diente der Einkauf von Getreidevorräten durch die Zunft, die die Mitglieder vor allem bei einer Mißernte und Hungersnot daraus versorgte. Diese Pflicht hat die Zunft sich stets angelegen sein lassen. In einer Kammer im Zunftthause war ein Teil ihrer Schätze verwahrt. Mehrere Kornböden wurden noch im Kinderspital zum Heiligen Grabe dazu gemietet. Bemerkenswert ist, daß die Zunft auch hier mit einem Aufschlag verkaufte, der manchmal recht bedeutend sein konnte. Wenn der Marktpreis plötzlich stieg, wurden die alten Vorräte sofort zum neuen Preise abgegeben. Die Einnahmen daraus waren beträchtlich <sup>5)</sup>.

1) S. o. S. 136.

2) H.M. 1420.

3) L.D. I, Bl. 116 a b.

4) H.M.

1582. August 17.

5) S. o. S. 154.

Den Zunftmitgliedern stand endlich die Lade als Darlehnskasse zur Verfügung. Gegen einen Zins von 6 % konnte ihnen eine begrenzte Summe (100 bis 200 Taler) geliehen werden.

Selbstverständliche Aufgabe der Zunft war es, für die Würde und das Ansehen des Handwerks zu sorgen. Dahin gehört das Verbot des Lohnwerks <sup>1)</sup>, das den Meister zum unselbstständigen Arbeiter herabdrückte. Kein Meister durfte einem Kunden mehr als zwölf Lohnselle ausarbeiten <sup>2)</sup>. Für Juden und Händler Leder zu gerben, war verboten. Zurichten des halbgegerbten Leders für einen fremden Meister war von der Erlaubnis der Ältesten abhängig <sup>3)</sup>. Die Arbeit für Adlige und den Alerus war in das Verbot des Lohnwerks nicht eingeschlossen.

Gegen die Ehre des Handwerks ging auch das Feilbieten der Ware auf der Gasse oder in den Herbergen. Der Markt war die alleinige Verkaufsstätte <sup>4)</sup>.

Wenn wir die erwähnten Bestimmungen der Zunft auf die Beschränkung hin prüfen, die sie etwa den Gewerbetreibenden auferlegten, so ist zu sagen: Die Tendenz, die Arbeitsleistungen der Handwerker zu nivellieren, die Arbeitsfreudigkeit und Leistungsfähigkeit der einen aus Rücksicht auf den weniger strebsamen Teil zu unterbinden, bestand nicht. Es herrschte weitgehende Freiheit. Wohl setzte sich die Zunft das Ziel, jedem das Existenzminimum zu sichern, der Ärmere sollte nicht aus Mangel an Rohstoffen oder Arbeitskräften zu feiern gezwungen sein. Das bedeutete aber nicht eine fühlbare Einschränkung der Produktionsfreiheit für die andern. Die Zahl der Gesellen, die Menge des Häuteeinkaufs, die Höhe der Erzeugung ist, zum Unterschied von Nachbarzünften wie Liegnitz <sup>5)</sup> oder Görlich <sup>6)</sup>, in Breslau nie auch nur zeitweise festgelegt worden. Auch die Bestimmungen über die Arbeitszeit galten nur den Gesellen. Im übrigen war Sonntags- und Nachtarbeit in der Walke üblich. Die Empfindlichkeit des Fellwerks litt keine strengen Gesetze über Arbeitsruhe. Nur an den drei hohen Feiertagen war die Walke geschlossen <sup>7)</sup>.

## VI. Religiöse, sittliche und gesellige Seite der Zunft.

Aus der religiösen Grundeinstellung des Mittelalters ergab es sich, daß jede Gemeinschaftsbildung auch religiösen Charakter trug.

<sup>1)</sup> Bresl. Staatsarch. St. B. II, 13 u. u. Hj. O. 401, Bl. 24 b.    <sup>2)</sup> Stadtarchiv Liegnitz. Hj. A. 1390 (1559).    <sup>3)</sup> L.D. III, Bl. 33 a b.    <sup>4)</sup> H.M. 1420.  
<sup>5)</sup> Stadtarchiv Liegnitz. Hj. A. 1390. Datum 1573. — Ebda Hj. A. 1387. Datum 1587. September 26.    <sup>6)</sup> Bgl. S. 127, Anm. 5.    <sup>7)</sup> Stadtarchiv Liegnitz, Hj. A. 1390 (1573).

Wenn unsere Quellen in dieser Hinsicht wenig berichten, so liegt das an dem Verlust des Quellenmaterials aus der Zeit vor der Reformation. Alle Bestimmungen, die erhalten sind, betreffen das Leichenbegängnis. „Die Sorge für eine würdige Beisetzung und Leichenfeier war ein Hauptzweck der Zunft“ <sup>1)</sup>. Wenn ein Zunftmitglied starb, ließ die Zunft ihr kostbares gesticktes Leichentuch <sup>2)</sup>. Die jüngsten Meister trugen den Sarg <sup>3)</sup>. Alle Zunftgenossen mußten dem Sarge folgen; „wer ouch zu enner alden leichnam begrast nicht komet, der sal geben ennen groschen der stat“ <sup>4)</sup>. Zur Teilnahme an der Seelenmesse wurde keiner gezwungen: „Ezu der zelemesse kome, wer do wyl“ <sup>5)</sup>. Auch außerhalb der Zunft Stehende konnten sich und ihren Angehörigen durch eine jährliche Beitragszahlung ein solches Begräbnis sichern <sup>6)</sup>.

Den religiösen Zielen verwandt sind die Wohltätigkeitsbestrebungen der Zunft, sowie ihre Sorge für ein rechtschaffenes, gesittetes Verhalten der Mitglieder. Verarmten oder kranken Meistern wurde eine Unterstützung gewährt <sup>7)</sup>. Waren auswärtige Zünfte durch Brand ins Unglück geraten, so wurde eine Sammlung für sie veranstaltet <sup>8)</sup>. Fürs „gemeine Almosen“ wurde jährlich ein fester Betrag ausgeworfen.

Dem Gesellenmittel war 1539 von den Meistern die Sorge für franke Mitgesellen übertragen worden <sup>9)</sup>. Jeder Gesell wurde verpflichtet, alle zwei Wochen zwei Heller zur Errichtung einer Krankenkasse für die Genossen zu opfern. Wenn ein Gesell erkrankte, wurde ihm „nach Erfordernis der Krankheit“ ein Darlehen daraus gewährt, und er mußte vor den Ältesten und den Gesellen bei Verlust des Handwerks Rückerstattung geloben. Man gab streng darauf acht, daß die Unterstützung nur wirklich Bedürftigen zukam und nicht etwa einer das Geld vertrank oder mit unzüchtigen Weibern verbrachte.

Es ist nur selbstverständlich, daß die Zunftgenossen, die ein so enges Band umschloß, auch gemeinsame Feste begingen. Ihr schönes Zechhaus bot dazu den Raum. An die Rechnungslegung schloß sich alljährlich das „kommune Essen“ <sup>10)</sup>. Zwei Tage lang wurden alle Zechgenossen aus der Zunftkasse bewirtet und schwelgten in allen Genüssen einer üppig besetzten Tafel. Aus ihrem Kassenbuch können wir ihnen all die guten Braten und Fische, die vielen Gewürze, die Eier mit Butter und Honig und vor allem die unzähligen Achtel Bier nachrechnen, die sie sich leisteten.

<sup>1)</sup> v. Loesch I. 1907. Einl. S. 133. <sup>2)</sup> Noch erhalten. <sup>3)</sup> Hj. O. 406, 1, Bl. 271 b. <sup>4)</sup> H. U. 1420. <sup>5)</sup> Ebda. <sup>6)</sup> Hj. O. 406, 1, Bl. 273 b. <sup>7)</sup> Ebda Bl. 61 a. <sup>8)</sup> Ebda Bl. 12 b u. ö. <sup>9)</sup> Ebda Bl. 2 b f. <sup>10)</sup> Ebda Bl. 15 b.

Eine weitere gesellige Veranstaltung im Jahre war das Schützenfest <sup>1)</sup>, das mit andern Zünften zusammen gefeiert wurde, und bei dem die reichen Zünfte sich durch Prunk auf dem Festzug und durch große Geschenke an einen König aus ihrer Reihe besonders hervortaten. Die Weißgerber verehrten ihrem König ein reiches Geldgeschenk und ein goldenes Schild, ein Aufwand, der das Vierfache des jährlichen Botenlohnes ausmachte.

Bei festlichen Umzügen mußte ein Meister den „Harnisch“ tragen, die Prunkwaffen, die das Handwerk für solche Gelegenheiten angeschafft hatte. Sechs schöne Hellebarden sind unter anderem noch erhalten.

Der Beginn des 17. Jahrhunderts machte den geselligen Freuden ein Ende. Das Fastnachtsgelage schrumpfte zu einem bescheidenen „Spezialchen“ zusammen <sup>2)</sup>. Auf ein paar Groschen zum Trunk langte es aber noch immer; „im schtiblin zu bire“ versammeln sich die Ältesten öfters im Jahr, jetzt wie früher.

Auch das Gesellenmittel hatte seine Feste, die sich bei ihm an den Jahrmarkt schlossen. In diesen Tagen kamen viele junge Burschen nach Breslau, um dort ihre „Taufe“ und ihr erstes Geschenk zu begehren. Ihnen wurde nach ihrem Wunsch „das Haupt gewaschen“ <sup>3)</sup>, dann konnten sie weiterziehen oder in Breslau Arbeit nehmen. Auch ältere Wandergesellen fanden sich ein. Sie alle wurden aus der Gesellenkasse bewirtet. Jedem wurde an diesem Tage ein Amt übertragen. Die Leitung hatten die Altknechte. Neben ihnen fungierten Wasserträger, Semmelknechte und Pritschenmeister. Der Bierbischof durfte nach Ausweis der Rechnungen, die ein Schreiber eintrug, am meisten zu tun gehabt haben. Den Beschluß der Gesellschaft machten die Jungknechte und Taufgesellen. Unbekannt ist das Amt der „Leschaken“ oder „Losaken“. (Das Wort kommt vom polnischen loszak und begegnet in dieser Zeit als Familienname) <sup>4)</sup>. Die beiden Altknechte machten den Meistern ihre Aufwartung und strichen dafür ein Sümmchen ein. Auch die fremden Meister, die den

<sup>1)</sup> Daniel Gomolsky, Des kurz-gefaßten Inbegriffs der vornehmsten Merkwürdigkeiten in der Kaiser- und Königl. Stadt Breslau in Schlesiens. 3. Teil. 1733. S. 148 ff. <sup>2)</sup> Hf. O. 406, 1, Bl. 143 b. <sup>3)</sup> Hf. O. 404, 1. <sup>4)</sup> Hermann Reichert, Die deutschen Familiennamen nach Breslauer Quellen des 13. und 14. Jahrhunderts. Breslau 1908. S. 113. — Vgl. auch Karl Weinhold, Beiträge zu einem schlesischen Wörterbuche, Wien 1855. S. 53 b: Schles. Lesake vielleicht = Lasse (nach Stenzel, Urkundenammlung der Städte 68); Leschake = großer, ungeschickter Mensch; auch in Danziger Mundart: Lümmel; böhm. ležak = Faulenzer.



Markt besuchten, gaben ihnen ein kleines Geldgeschenk. Jeder Gesell hatte einen kleinen Beitrag zu zahlen; die meisten von ihnen hatten ja das Jahrmarktgeld in der Tasche. Das alles zusammen ergab aber nur einen bescheidenen Betrag. Der Löwenanteil der Zechе wurde aus Strafgeldern bestritten <sup>1)</sup>).

### Schluß.

Wir stehen am Ende unserer Untersuchung. Das Bild, das das Handwerk in den folgenden Jahrhunderten bietet, lockt nicht zum Verweilen. Im Zunftleben treten jetzt alle die Erscheinungen zutage, die das Wort Zunft und Zunftgeist anrühlich gemacht haben. Der Kompetenzstreitigkeiten, die bei unserer Zunft früher nicht eben zahlreich waren, werden immer mehr, die Zunftordnungen immer kleiner, pedantischer, egoistischer. Ein Beispiel: Zu den drei Wanderjahren hat man einige Wochen zugelegt. Wenn dem Bewerber um die Meisterschaft einige Tage daran fehlen, soll er die Wanderung von vorn beginnen.

Dem Handwerk versagte die innere Kraft. An Arbeit fehlte es; denn der Verbrauch hatte eine andere Richtung genommen. Die Zahl der Meister wurde immer geringer. Im 19. Jahrhundert (1854) muß die einst so stolze Zunft, die stets selbständig gewesen war, sich mit den Rotgerbern und Rorduanern zu einem Mittel zusammenschließen. 1921 löst sich der Verband auf, das Handwerk war durch den Fabrikbetrieb ersetzt. Keiner der noch lebenden Meister betreibt mehr das Geschäft. Auch in der Provinz sind nur noch wenige Vertreter des Gewerbes zu finden <sup>2)</sup>).

In Breslau aber lebt die Erinnerung an das erstorbene Handwerk noch fort in dem Namen der Weißgerbergasse, in dem alten Zechhause am Burgfeld, das jetzt der Stadt gehört, und vor allem in der schönen Innungsstube im Museum, die manch kostbaren Schatz aus der Vergangenheit bewahrt <sup>3)</sup>).

---

<sup>1)</sup> Über die in der Arbeit mehrfach erwähnte Gerichtsbarkeit der Breslauer Weißgerberzunft über auswärtige Innungen vgl. meinen Aufsatz in der Zeitschr. des Ver. f. Gesch. Schlef., Bd. 62. <sup>2)</sup> Z. B. in Goldberg bei Liegnitz. <sup>3)</sup> Sie ist das erste Beispiel einer Innungs-Amtsstube in Deutschland. Vgl. Karl Masner, Die Innungsstube der Breslauer Gerber. Breslau 1922. Verlag des Museums.

Tabelle I.

Jahr	1470	1487	1499	1525	1541	1542	1543	1544	1545	1546	1547	1548	1549	1550	1551	1552	1553	1554	1576	1579	1589	1596	1600	1617	1640	1675	1790
Weißgerber	33	36	43	27	58 + 6	58 + 5	60 + 6	70 + 7	69 + 4	74 + 4	79 + 1	82 + 4	86 + 2	88 + 3	89 + 5	94 + 6	98 + 5	101 + 7	145 <sup>1)</sup>	132	97	95	82	46	25	35	36
Rotgerber	37	41	?	34	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47	48	44	37	43	31	36	15
Schuster	75	83	96	67	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	93	82	80	63	84	72	86	86	—
Beutler und Zuführer	43	30	52	31	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30	26	20	13	16	4	7	8	—
Sattler und Reimer	18	18	26	18	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22	18	15	10	12	12	15	39	—
Hand- schuh- macher	5	2	4	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	5	4	4	6	4	9	31	—

Obige Tabelle nach Eulenburg 1904, S. 278 f., ergänzt für die Jahre 1541—1543 und 1545—1576.

<sup>1)</sup> Einschließlich der Witwen, die in den vorhergehenden Jahren gefordert angegeben sind.









## VI.

### Die Mahl- und Schlachtsteuer von 1827 bis 1848 in Breslau und Schlesien.

(Ein Beitrag zur preussischen Steuergeschichte.)

Von  
E. Werner.

---

Das Gesetz vom 30. Mai 1820 bestimmte, daß die Mahl- und Schlachtsteuer dort erhoben werden sollte, wo keine Klassensteuer erhoben wurde. Die Gemeinden hatten zwischen beiden die Wahl. Jene lag im Verwaltungsbereich des Steuerdirektorats, einer selbständigen, der Regierung nebengeordneten Behörde. Diese wurde von den Regierungen eingezogen.

Die Ausführung des oben erwähnten Gesetzes hatte für Schlesien zur Folge, daß die Mahl- und Schlachtsteuer in folgenden Städten zur Erhebung kam:

- |                 |               |                   |
|-----------------|---------------|-------------------|
| 1. Breslau,     | 8. Görlitz,   | 15. Oppeln,       |
| 2. Brieg,       | 9. Goldberg,  | 16. Schweidnitz,  |
| 3. Dels,        | 10. Sagan,    | 17. Glatz,        |
| 4. Groß-Glogau, | 11. Lauban,   | 18. Hirschberg,   |
| 5. Kosel,       | 12. Reisse,   | 19. Jauer,        |
| 6. Liegnitz,    | 13. Ratibor,  | 20. Frankenstein, |
| 7. Grünberg,    | 14. Neustadt, | 21. Reichenbach.  |

Die Zahl der Städte hat sich bis 1848 nicht wesentlich geändert. Nur wenige Städte gingen später zur Klassensteuer über, so Grünberg 1844, Goldberg und Lauban 1845, Kosel 1849 <sup>1)</sup>. Die Erhebung der Mahl- und Schlachtsteuer bereitete der Steuerverwaltung nicht geringe Schwierigkeiten; denn die Sicherung ihres Aufkommens war nur gewährleistet, wenn die Städte allseitig verschlossen, der Verkehr leicht beaufsichtigt werden konnte. Deshalb war es den Stadtgemeinden verboten, irgend welche Stadtmauern, Tore, Türme, Wälle und andere zum Verschuß dienende Anlagen abzutragen, ohne vor-

---

<sup>1)</sup> Geh. St. A. Rep. 89. C. XXV. 15.

her die behördliche Genehmigung eingeholt zu haben <sup>1)</sup>. Nicht nur der Kriegsminister, sondern auch der Finanzminister und an seiner Stelle in der Provinz der Steuereinsamler hatten dabei das entscheidende Wort zu sprechen. Dieser mußte auch gehört werden, wenn Privatpersonen Gebäude mit der Stadtmauer in Verbindung setzen oder auf derselben aufzuführen, oder wenn Fenster und Türen in oder über der Stadtmauer angebracht oder überhaupt bauliche Veränderungen an ihr vorgenommen werden sollten <sup>2)</sup>. Er konnte jederzeit derartige Veränderungen und Anlagen verbieten. Das Steuerinteresse durfte in keiner Weise benachteiligt werden. Es liegt auf der Hand, daß derartige Bestimmungen der Entwicklung der Städte nach der territorialen Seite hindernd im Wege standen, einen schwer zu sprengenden Ring um ihr Gebiet legten.

Aber auch nach der verkehrstechnischen Seite wirkte diese Steuer durch ihre Erhebungsart hemmend; die Steuerverwaltung schrieb mit Strenge und Peinlichkeit dem Verkehr die Bahnen vor. Die Breslauer Verhältnisse wurden durch das „Regulativ zur Erhebung und Kontrolle der Mahl- und Schlachtsteuer vom 29. November 1825“ bestimmt <sup>3)</sup>.

Den „Stadtbezirk“, in dem unterschiedslos die Mahl- und Schlachtsteuer erhoben wurde, begrenzte eine Linie, die auf der linken Oderseite bei dem Damme, der nach dem Dorfe Pöpelwitz führte, ansetzte und diesen entlang bis zur Berliner Chaussee lief, die kleine Neumarkter Straße und die Jauersche Chaussee durchschnitt, längs des Feldgrabens bis zum Gräbschener Wege, diesen entlang bis zur Canthener Steuerexpedition folgte. Von dort führte sie längs der städtischen Gärten über den Gabitzer Dorfweg zur Schweidnitzer-, Bohrauer- und Strehlemer Barriere. Nun lief sie jenseits des Hochgerichtes über die Stadtfäcker nach der Ohlauer Expedition bis an den Damm, der sich an die Ohlauer Chaussee anlehnte, überschritt den Ohlefluß, folgte dem Marienauer Damm bis nach Neu-Holland, bei der Weidendammer Ziegelei vorbei über die Oder nach der Langhansschen Kaltbrennerei und der Paßbrücke. Jetzt ging sie die Namslauer Straße hinunter, lief zwischen Fischerau und dem Krauseschen Hause (dieses eingeschlossen) über die Äcker längs der Dämme bis an die Hundsfelder Chaussee. An dieser ging sie an die alte Oder hinab bis

<sup>1)</sup> R. D. v. 20. Juni 1828 und 31. Okt. 1830.  
des Innern und der Finanzen vom 15. Sept. 1835.  
Rep. 211, Acc. 55/11, Nr. 68.

<sup>2)</sup> Zirk.-Rskr. der Minist.  
<sup>3)</sup> Bresl. Staatsarch.

an die Rosenthaler Brücke und folgte ihr bis zu ihrem Einfluß in die Oder, wo sie am Böpelwitzer Damme endete.

Innerhalb des Stadtbezirkes lagen die Dörfer: Siebenhufen, Polnisch-Neudorf und Klezke. Ihre Bewohner zahlten ohne Unterschied die Mahl- und Schlachtsteuer.

Der „äußere Stadtbezirk“ begann auf der linken Oderseite jenseit des Dorfes Kosel. Die Grenzlinie führte in gerader Linie nach Gandau, von dort nach Klein-Mochbern, Gräbschen, Krietern, Woischwitz, Groß- und Klein-Ischanisch, Zedlitz, Marienau, über die Oder nach Leerbeutel, hinter Friedewalde, Schottwitz, Bohlanowitz und Oswitz vorbei und schloß den Kreis bei Kosel.

Es gehörten zum „äußeren Stadtbezirke“ innerhalb der „halben Meile“: Carlowitz, Dürrgon, Fischerau, Friedewalde, Gabitz, Klein-Gandau, der Letzte Heller, Gräbschen, Klein- und Groß-Grüneiche, Herdain, Höfchen-Kommende, Hube, Kosel, Kleinburg, Krietern, Lehmgruben, Leerbeutel, Lilienthal, Marienau, Klein-Mochbern, Neudorf, Oswitz, Böpelwitz, Rosenthal, Rothkretscham mit der Knopfmühle, Alt-Scheitnig, Schottwitz, Groß-Ischanisch, Klein-Ischanisch, Woischwitz, Wilhelmsruh und Zedlitz, also 32 Ortschaften <sup>1)</sup>).

Bäcker, Fleischer und andere Personen des äußeren Stadtbezirkes, die mit Mehl, Graupe, Grütze, Gries, geschrotetem Getreide, geschroteten Hüllensfrüchten, Brot, Backwerk, Nudeln, Stärke und Puder oder mit Fleisch und Fett von Rindvieh, von Schafen, Ziegen und Schweinen, sowie mit Waren, die aus solchem Fleisch und Fette zubereitet sind, also mit Talglichten, Schinken, Würsten usw. Handel trieben, mußten von den Früchten, welche sie vermahlen ließen oder vermahlt einfuhrten und von dem Viehe, welches sie geschlachtet oder geschlachtet einfuhrten, die Mahl- und Schlachtsteuer „ebenso entrichten, als wenn sie zur Stadt gehörten, ohne deshalb von der Klassensteuer ihres Wohnortes entbunden zu sein“. Sie waren doppelt besteuert; denn sie zahlten die Mahl- und Schlachtsteuer und die Klassensteuer. Wenn sie die Erzeugnisse ihres Gewerbesleißes zur Stadt brachten, so mußten sie zudem noch die Eingangssteuer davon entrichten, sodaß in gewissem Sinne sogar von einer dreifachen Besteuerung gesprochen werden konnte. Diese Ungerechtigkeit wurde lebhaft empfunden; deshalb nahmen die Gesuche der „unter der halben Meile“ wohnenden Gewerbetreibenden um Abstellung der Doppelbesteuerung auch kein Ende; sie strebten aus dem „halbmeiligen“ Bezirke herauszukommen.

<sup>1)</sup> Bresl. Staatsarch. Rep. 211, Acc. 55/11, Nr. 68.

Die „halbmeilige“ Entfernung war bei der Einführung der neuen Steuergesetze der „Kosten“ wegen nicht sofort geometrisch festgelegt worden. Obwohl die „Anweisung des Finanz=Ministeriums zur Einrichtung der Erhebung und der Kontrolle der durch das Gesetz vom 30. Mai 1820 angeordneten Mahl- und Schlachtsteuer“ über die Abmessung der Entfernung keine Unklarheit ließ, wurde diese doch die Veranlassung zu langwierigen Verwaltungsstreiten zwischen dem Steuerdirektorat und einzelnen Gewerbetreibenden, wie u. a. dem Fleischermeister Becker zu Krietern oder dem Müller Wohlmann zu Woischwitz <sup>1)</sup>. Das Anwesen, in welchem Becker sein Gewerbe betrieb, lag unmittelbar vor Hartlieb, gehörte aber zur Gemeinde Krietern. Sein Betrieb war also mahl- und schlachtsteuerpflichtig. Da aber bei der „Ziehung des Radius der halben Meile von der Stadt nicht auf die Länge des Weges, der zu solchen Etablissements führt, gesehen, sondern jederzeit nach der geraden Linie die Entfernung geprüft werden soll“ <sup>2)</sup>, glaubte Becker einen doppelten Anspruch zu haben, außerhalb der halben Meile zu liegen. Der Streit wurde von der Steuerverwaltung mit solch übertriebener Strenge geführt, daß ihm durch Entziehung des Gewerbescheines für drei Monate die Ausübung seines Handwerks unmöglich gemacht wurde und er einen Schaden von 100 Thlr. hatte <sup>3)</sup>. Die Steuerbehörde gab ihm nach drei Monaten endlich den Gewerbeschein zurück und machte ihm die Ausübung seiner Beschäftigung wieder möglich. Becker strengte jetzt eine Schadenersatzklage gegen den Fiskus an. Derartige Fälle kamen häufig vor, verursachten Verbitterung und machten die Verwaltung verhaßt.

Mit demselben Eifer, mit dem die indirekte Steuerpartie bemüht war, Zeniten, deren verwaltungsrechtliche örtliche Lage nicht ganz klar war, für sich zu gewinnen, suchte auch der Landrat vereinzelt Gehörte für seinen Ressort zu erobern. So lebten beide Steuerverwaltungen in fortwährendem Kriegezustande. Jede wollte doch die besten Resultate liefern, und das Interesse des Fiskus stand ihnen an erster Stelle.

Die ungleichmäßige Besteuerung veranlaßte auch innerhalb der einzelnen Handwerke Unfrieden. Wenn schon der innungsmäßige Zusammenhang durch die Gewerbefreiheit gelockert war, so trug die Mahl- und Schlachtsteuer nicht wenig dazu bei, daß das berufs=

1) Bresl. Staatsarch. Rep. 211, Acc. 55/11, Nr. 68. 2) Rfr. v. 2. Mai 1827 zu § 5 d. Ges. v. 30. Mai 1820. 3) Becker berechnete seinen täglichen Verdienst mit 1 Thlr. und außerdem noch 10 Thlr. sonstige Unkosten.



ständige Zugehörigkeitsgefühl zerstört wurde. Stadtfleischer standen gegen Landfleischer, Stadtbäcker gegen Landbäcker und die Kluft zwischen Stadt und Land blieb offen, ja wurde noch tiefer.

Den Stadtfleischern war eine erhebliche Konkurrenz zunächst in der Stadt selbst durch die Patentreischer infolge der Gewerbefreiheit erwachsen. Von 144 Fleischern hatte Breslau 1823 schon 17 Patentreischer, außer den „Gast- und Lohnfleischern“. Ihre Hauptkonkurrenten waren aber die Landfleischer. Schon 1823 lieferten 36 Landfleischer nach Breslau. Es kamen damals schon auf je 4 Stadtfleischer 1 Landfleischer. Bis aus Festenberg und Winzig brachten sie Fleischwaren herein. Zuerst hielten sie auf öffentlichen Plätzen, besonders dem Neumarkt feil. Dann mieteten sie sich in Häusern und Hofräumen ein. Dies brachte den Hausbesitzern eine nicht unerhebliche Einnahme. So zahlten die im Hofraum der Ratternecke feilhaltenden Fleischer, die wochentags täglich von 8 bis 12 Uhr, Sonnabends sogar bis 5 Uhr ihre Waren vertrieben, jährlich 400 Thlr. Miete. Einige kamen nur ein- bis zweimal wöchentlich, viele täglich. Es war ihnen leicht, in Konkurrenz zu den Stadtfleischern zu treten. Diese zahlten an Schlachtsteuer im Stücksaß:

Schlachtsteuer: Kommunalbeitrag: <sup>1)</sup> Summen:								
	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr. Pf.
für 1 Ochsen	5	—	—	2	15	—	7	15 —
für 1 Kuh	3	—	—	1	15	—	4	15 —
für 1 Kalbe	—	15	—	—	7	6	—	22 6
für 1 Schwein	1	—	—	—	15	—	1	15 —
für 1 Hammel	—	11	3	—	5	8	—	16 11

Die Schlachtsteuer, die auch nach dem Gewicht entrichtet werden konnte, wobei das ausgeschlachtete Stück unzerschnitten mit dem Fleische, den Knochen und dem Fette — ohne Füße, Eingeweide und Darmfett — gewogen wurde, betrug für den Zentner 1 Thlr. Dazu kam in Breslau 15 Sgr. Kommunalzuschlag.

Als Eingangsteuer von Fleisch und Fettwaren wurde für den Zentner 40 Sgr. erhoben.

Der Mahl- und Schlachtsteuertarif ließ zuerst  $\frac{1}{16}$  Zentner =  $6\frac{3}{4}$  Pfund Mehl- und Fleischwaren von der Eingangsteuer frei. Wie mit dieser Bestimmung Mißbrauch getrieben wurde, die eigentlich als Erleichterung zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse der ärmeren Bevölkerung gedacht war, wird noch gezeigt werden.

1) Geh. St. U. Rep. 89, Nr. 15. Der Kommunalzuschlag betrug 50 %.

Von dem Kommunalbeitrage waren die halbmeiligen Fleischer befreit, wenn sie nicht in gemieteten Hausfluren feilhielten.

Die Landfleischer zahlten überhaupt keinen Kommunalbeitrag, durften dafür aber nicht in gemieteten Räumen verkaufen, sondern nur vom Planwagen oder einem andern Transportmittel herab.

Die Stadtfleischer konnten die Steuern nicht auf die Konsumenten abwälzen, wenn sie den Landfleischern gegenüber konkurrenzfähig bleiben wollten. Durch wiederholte Eingaben an die maßgebenden Stellen schilderten sie die Schwere ihres Existenzkampfes, daß „gänzliche Verarmung mit größter Gewißheit in Kürze vor auszusehen sei“ und baten, die Landfleischer zu zwingen, zu den Kommunalkosten beizutragen und zum Gewerbesteuerverein beizutreten. Die Regierung kam ihren Wünschen nicht entgegen; denn ohne Zweifel hielt die Konkurrenz der Landfleischer die Preise gesenkt. Zudem hatten die Landfleischer „großen Anhang unter der ärmeren Bevölkerung wegen des wohlfeilen Fleisches“. Um ihre Konkurrenz etwas einzuschränken, wurde den Landfleischern wenigstens die Beschränkung auferlegt, daß sie nur bis 12 Uhr mittags verkaufen durften.

Auch die Bäcker standen in einem schweren Existenzkampfe. Zur Konkurrenz der halbmeiligen und Landbäcker, die nebenbei Müller oder Schenkwirt waren oder einen kleinen Landwirtschaftsbetrieb hatten, trat noch die der Landleute, die das Backen im Nebenerwerb trieben. Sie durften Roggenbrot an Markttagen auf offenem Markte verkaufen oder durch Ausrufen im Umherziehen in den Straßen verreiben. Zu den Kommunallasten wurden sie ebensowenig herangezogen wie die Landbäcker.

Die Lokalstatistik der Stadt Breslau zeigt deshalb auch einen Rückgang des Fleischer- und Bäckergerwerbes zwischen 1825—1845.

	1825	1835	1845
Fleischer	155	118	127
Bäcker	172	136	131

Der Tarif für die Besteuerung der Mehl- und Backwaren war folgender (siehe nächste Seite).

Durch die R. D. vom 11. Dezember 1833 wurde die Steuer einestheils wesentlich herabgesetzt, andernteils der ganze Tarif vereinfacht, für Roggen- und Weizenmehl von jetzt an der gleiche Steuersatz erhoben. Die Auswirkung dieser Maßnahme zeigte sich nach kurzer Zeit im Verbrauch beider Getreidearten. Wenn 1832 noch 74 Pfund 11 Loth Weizen und 235 Pfund 28 Loth Roggen auf den Kopf der Bevölkerung kamen, so wurde 1835: 186 Pfd. 26 Loth Weizen

Gesetz vom 30. Mai 1820

Nach R. D. vom 11. Dez. 1833

Mahlsteuer	Steuer p. 3tr.	50% Kom. Zuschlag i. Breslau	Summe für den 3tr.	Steuer p. 3tr.	50% Kom. Zuschlag i. Breslau	Summe für den 3tr.
	Sgr. Pf.	Sgr. Pf.	Thlr. Sgr. Pf.	Sgr.	Sgr.	Sgr.
Weizen	20 —	30 —	1 — —	8	4	12
Roggen, Gerste und andere Getreidearten und Hülsenfrüchte	5 —	2 6	— 7 6	8	4	12
Eingangssteuer von Kraftmehl, Stärke, Puder, Graupe, Größe und Gries aus Weizen:	40 —	20 —	2 — —	16	8	24
aus andern Getreide- arten:	10 —	5 —	— 15 —	16	8	24
Eingangssteuer von Mehl aus Weizen:	26 8	13 4	1 10 —	10	5	15
aus Roggen usw.:	6 8	3 4	— 10 —	10	5	15
Eingangssteuer von Schrot und Badwerk aller Art aus Weizen:	20 —	10 —	1 — —	8	4	12
aus andern Getreide- arten:	5 —	2 6	— 7 6	8	4	12

und 187 Pfd. 16 Loth Roggen durchschnittlich im Jahre verzehrt. Im Laufe der Jahre traten wohl einige Verschiebungen wieder zugunsten des Roggens ein, aber sein Verbrauch hatte fortan die Tendenz, sich mit dem Weizenverbrauch fast auf gleicher Höhe zu halten. Weizen- und Roggenmehl durften zudem aus einer steuerpflichtigen Stadt in die andere wegen Umgehung der Kommunalsteuern nicht mehr steuerfrei versandt werden. Landesherrliche und Kommunalsteuern mußten fortan dort entrichtet werden, wo es zum Verbrauch eingeführt wurde.

Um die Steuer zu umgehen, wurden die Mengen durch Vereinzelung verkleinert und nicht nur dem Fiskus, sondern auch Bäckern, Fleischern und andern Gewerbetreibenden ein erheblicher Schaden zugefügt. Deshalb wurde diese Bestimmung durch R. D. vom 27. Juli 1828 dahin abgeändert, daß schon Mehl- und Fleischwaren, wenn sie zusammen und auf einmal in einer Menge von 2 Pfund und darüber

in den steuerpflichtigen Stadtbezirk eingebracht werden, zu versteuern sind, wenn sie nicht erweislich von einem Gewerbetreibenden innerhalb einer halben Meile des steuerpflichtigen Stadtbezirkes entnommen wurden. Dieser Nachweis mußte durch eine Bescheinigung des Verkäufers erteilt werden, die der Kunde an der Torexpedition vorzuzeigen hatte. Der Tarif für diese Mengen war folgender:

Es wurde entrichtet inkl. Kommunalzuschlag:

Gegenstand	von 2 Pfund			über 2 Pfund bis 4 Pfund			über 4 Pfund bis 6 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> Pfund		
	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.
1. Von Kraftmehl, Stärke, Puder, Graupe, Grütze, Gries:									
a) aus Weizen . . . . .	—	1	—	—	2	—	—	3	—
b) aus anderen Getreide- arten . . . . .	—	—	3	—	—	6	—	—	9
2. Von Mehl:									
a) Weizen . . . . .	—	—	8	—	1	4	—	2	—
b) aus anderen Getreide- arten . . . . .	—	—	2	—	—	4	—	—	6
3. Von Schrot u. Badwaren:									
a) Weizen . . . . .	—	—	6	—	1	—	—	1	6
b) aus anderen Getreide- arten . . . . .	—	—	2	—	—	3	—	—	4
4. Von Fleisch und Fleisch- waren . . . . .	—	1	—	—	2	—	—	3	—

Der Verkehr nach der Stadt konnte sich nur durch folgende Torsteuerexpeditionen bewegen:

1. Die Oswiger Torsteuerexpedition, zu der die Expedition für Schiffer an der Oder stromabwärts und die für Landsfuhrwerke an der Gröschelbrücke gehörten;
2. die Trebnitzer Expedition an der Rosenthalerbrücke;
3. die Hundsfelder Expedition an der großen alten Oderbrücke;
4. die Scheitniger Expedition, der die am Wege von Alt-Scheitnig an der Fürstenbrücke und an der alten Oder und die an der Paßbrücke am Wege nach Schwoitsch und Namslau unterstellt waren;
5. die Oberstromexpedition für Schiffer an der Ufergasse;
6. die Marienauer Expedition am Marienauer Damm bei der Kalkbrennerei von Strauß;
7. die Ohlauer Expedition beim halben Meilenstein bei Rothkretscham;



8. die Strehlemer Expedition, zu der die im Dorfe Hube und beim Dorfe Herdain gehörten;
9. die Bohrauer Expedition, zu ihr gehörte die im Dorfe Lehmgruben und die im Dorfe Lohe;
10. die Schweidnitzer Expedition beim Hartlieber Wege, der von Höfchen kommt;
11. die Canthener Expedition;
12. die Berliner Expedition an dem Wege, der über Mochbern von Jauer kommt mit ihren Geschäftsstellen der Stadt, am Wege von Neumarkt und am Wege von Lissa über Pöpelwitz.

Zur Erleichterung des Verkehrs wurden nach dem Bau der Eisenbahnen eigene Steuerexpeditionen auf den Bahnhöfen errichtet, die hinsichtlich der Abfertigung den Torexpeditionen mit gleichen Befugnissen ausgestattet waren.

Zwischen dem äußeren Stadtbezirke und dem Stadtbezirke waren die erlaubten Wege durch Tafeln kenntlich gemacht. Wer auf einem andern Wege mit mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Gegenständen angetroffen wurde, machte sich strafbar. Es durften von Oswitz her Gegenstände dieser Art nur auf der Fahrstraße über die Gröschelbrücke, von Rosenthal auf der Chaussee über die Rosenthaler Brücke, von Hundsfeld auf der Chaussee über die alte Oderbrücke, von Alt-Scheitnig auf der Fahrstraße über die Fürstenbrücke, von Schwoitsch und Grüneiche auf der Fahrstraße über die Paßbrücke, von Marienau und Zedlitz auf dem Fahrwege über den Holzplatz, von Rothkretscham und Sachwitz auf der Ohlauer Chaussee eingeführt werden. Von Hube und Herdain mußten Transporte die Chaussee und den Fahrweg bis in die Strehlemer Chaussee benutzen und konnten dann die Stadt erreichen; von Lehmgruben und Lohe mußten sie den Fahrweg, welche zur Bohrauer Torexpedition führten, von Kleinburg, Krietern, Hartlieb her der Chaussee und dann zur Schweidnitzer Torexpedition, von Gräbchen her dem Fahrwege bis zur Canthener Torexpedition, von Groß-Mochbern der Jauerschen Chaussee zur Stadt, von Neufirch dem Fahrwege bei Gandau vorbei zur Stadt, von Pöpelwitz, dem Letzten Heller und Lissa der Berliner Chaussee folgen.

Alle übrigen, nicht genannten Seiten- und Verbindungswege und Fußstege durften mit mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Gegenständen weder befahren noch begangen werden.

So war die Steuerverwaltung bis zur Grenze des äußeren Stadtbezirkes unbedingter Herr der Straßen und leitete, soweit es sich um steuerpflichtige Gegenstände handelte, den Verkehr mit Strenge und Starrheit und legte ihm Fesseln an.

Der Ankommende hatte bei der Torexpedition zu halten und alle steuerpflichtigen Gegenstände bis zu 2 Zentner sofort zu versteuern. Für solche über 2 Zentner erhielt er nach der Niederlegung eines Pfandes einen Anmeldebeschein und folgte dann dem vorgeschriebenen Wege ohne Aufenthalt zur Wage. Wenn die Steuerhebestelle <sup>1)</sup> von der Wage entfernt war, blieben die verwogenen Gegenstände solange dort, bis die Besteuerung geleistet war, was durch das Vorzeigen der Quittung nachgewiesen wurde. Nach der Erledigung dieser vielen zeitraubenden Formalitäten war der Besitzer endlich in der Lage, über seine Ware frei verfügen zu können.

Diese Torkontrolle bildete ein Hindernis für das gesamte Wirtschaftsleben. Von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang ruhte jeglicher Verkehr von und nach der Stadt, mit Ausnahme des Postverkehrs. Nur der Scharfrichter durfte ohne Kontrolle nachts den Schlagbaum passieren; denn es gehörte zu seinen Obliegenheiten, das gefallene Vieh aus der Stadt hinaus auf die Viehweide zu schaffen. Er befand sich im Besitz eines Barrierschlüssels <sup>2)</sup>. Vor Sonnenaufgang drängten sich an der Barriere die Fuhrwerke und Radwern, die nach der Stadt wollten. Die ersten waren die Milchpächter aus der Umgebung Breslaus. Die Landwirtschaften in den Vorstädten waren nicht mehr in der Lage, den Bedarf der Bevölkerung an Milch zu decken. Beständig klagten die Milchpächter aus Wildschütz, Görlik bei Hundsfeld, Carlowitz, Hundsfeld, Sakrau und Pawelwitz, daß die Scheitniger- und Hundsfelder-Torkontrolle zu spät geöffnet werde. Wenn die Wagen erst um 6 Uhr die Barriere passierten, so kämen sie zu spät an ihre Verkaufsstellen. Das Breslauer Publikum wäre bereits durch Fußgänger und Schubkarren mit Milch versehen <sup>3)</sup>. Ihren Eingaben verliehen die Grundherren Graf von Pfeil auf Wildschütz und Graf Ernst von Sendtlich auf Görlik Nachdruck. Die Steuerbehörde kam ihren Bitten nach und öffnete die Barrieren bereits um 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Auch die auf dem Elbing, dem Lehmdamm, in Gabitz zwischen Schweidnitzer- und Canthener Torexpedition wohnenden Kräuter und Landwirte, die ihre Felder außerhalb der Barriere hatten, waren bei ihrer Berufsarbeit durch die Schlagbäume behindert. Wiederholt

1) Das Untersteueramt befand sich bis 1835 auf der Junkernstraße, von 1835 bis 1840 im Riembergshof und kam dann in das Lessenthinsche Haus „Zur grünen Weintraube“, Ecke Kupferschmiedestraße 18 und Schmiedebrücke 55. Das Hauptsteueramt kam zu derselben Zeit nach der Werderstraße 28 ins Kgl. Salzgebäude.

2) Bresl. Staatsarch. Rep. 211, Acc. 55/11, Nr. 68.

3) Bresl. Staatsarch. Rep. 211, Acc. 55/11, Nr. 68.

richteten sie Gesuche um Überlassung eines Barrierschlüssels <sup>1)</sup>, unter den hochheiligsten Versprechen, „keinen Mißbrauch damit zu treiben“, an das Steuerdirektorat. Den Gabitzer Kräutern wurde er gewährt, den auf dem Elbing wohnenden nicht. Sie standen unter dem wohlbegründeten Verdacht, daß sie dem Schleichhandel mit Fleisch Vorschub leisteten <sup>2)</sup>; denn die Gegend von der Hundsfelder- bis zur Fürstenbrücke gehörte zu den Teilen der Umgebung Breslaus, wo am meisten geschmuggelt wurde.

Nicht nur die Bewegungsfreiheit der Zivilpersonen, sondern sogar die des Militärs war durch die Barriere behindert. Das 1. Kürassierregiment hatte seinen Exerzierplatz auf der Viehweide. Es gelangte dahin durch die Längegasse, die durch einen Schlagbaum verschlossen war, der von der Berliner Torexpedition aus bedient wurde. Da dort als Steuerexpedition eines Hauptzuganges zur Stadt morgens der Andrang besonders groß, das Beamtenpersonal aber bei der behördlichen Sparsamkeit nicht in ausreichender Zahl vorhanden war, so mußten die Kürassiere öfters am Schlagbaum warten, bis ein Torauffseher herbeigeholt wurde, der ihn öffnete. Der Kommandeur beschwerte sich mit dem sofortigen Erfolge, daß der wirklich schuldlose Beamte „rektifiziert“ wurde <sup>3)</sup>.

Auch für den Postverkehr, besonders für die Eilposten, waren bei großem Andrang die Schlagbäume und Torexpeditionen ein unangenehmes Verkehrshindernis, das manchen Zeitverlust verursachte <sup>4)</sup>. Besonders in den Morgenstunden herrschte an den Barrieren ein besorgniserregendes Gedränge. Trotzdem außer den zwei bis drei Steuerbeamten noch überall ein Polizeibeamter für Ordnung mit-sorgte, war es schwer, Straßendisziplin zu halten, und Streitigkeiten zwischen den Passanten gehörten nicht zu den Seltenheiten.

Wie die Steuerverwaltung dem Verkehr auf dem Lande seinen Weg vorschrieb, so beherrschte sie ihn auch auf den Binnengewässern. Auf der Oder hatten die stromabwärts fahrenden Schiffe zur Steuerdurchsicht bei der Oderexpedition der Ufergasse, in der Nähe der heutigen Freiheitsbrücke, anzulegen. Die Schiffe mußten umgelegt werden. Das

---

1) Diesen mußten sie natürlich — der Sparsamkeit des Fiskus entsprechend — auf eigene Kosten herstellen lassen. (Bresl. Staatsarch. Rep. 211, Acc. 55/11, Nr. 68. Schriftwechsel mit Scharfrichter Schmidt.) 2) Bresl. Staatsarch. Rep. 211, Acc. 55/11, Nr. 68. Dieser Verdacht hatte sich auch bestätigt. 3) Bresl. Staatsarch. Rep. 211, Acc. 55/11, Nr. 68. 4) Bresl. Staatsarch. Rep. 211, Acc. 55/11, Nr. 68. Beschwerde des Polizeipräsidenten Heinke wegen des unfreiwilligen Aufenthaltes des Kaiserlich-russischen Bankbeamten von Seldershoff am Trebnitzer Tore, verursacht durch den großen Andrang.

war aber besonders schwierig hier; denn oberhalb der Anlegestelle war die Überfahre, unterhalb waren die Eisböcke. Mit Leinen konnten die Schiffe nicht festgemacht werden; denn in der Nähe war ein Strudel. Die Anker zerbrachen sehr oft an den im Strombette verborgenen Stämmen und Pfählen. So kam es, daß die Schiffer beim Umlegen die Gewalt über das Steuer verloren und sich oft Unglücksfälle ereigneten.

Für die Stromaufwärts fahrenden Schiffe war der Bachhof Steuerhebestelle.

Wenn die Stadtverwaltung irgendwelche verkehrsverbessernde Änderungen treffen wollte, z. B. Schiffbarmachung der Ohle an der Ziegelbastion oder Herstellung der Verbindung zwischen der alten und neuen Taschenstraße durch eine Brücke, so brauchte sie hierzu die Genehmigung des Steuereinsichters. Da das fiskalische Interesse an erster Stelle stand, wurden sorgfältig in langwierigen Verhandlungen alle Umstände erwogen, ehe die Genehmigung zu einer solchen Veränderung gegeben wurde. Es ist aber nicht zu verkennen, daß trotzdem die Steuerverwaltung bemüht war, den Panzer, der die Stadt am Atmen hinderte, zu lockern. So wurden 1842 die Trebnitzer, Hundsfelder-, Ohlauer-, Schweidnitzer- und Berliner Lorexpeditionen in Assistenturen <sup>1)</sup> mit unbeschränkter Abfertigungsbefugnis umgewandelt. Bei größeren Warenmengen brauchte demzufolge nicht mehr das Untersteueramt aufgesucht zu werden. Berechtigten Wünschen auf Verlegung der Lorexpeditionen nach auswärts wurde soweit als möglich entsprochen.

Die Erhebungsform und Kontrolle der Mahl- und Schlachtsteuer war für Fleischer, Müller, Bäcker und sonstige Gewerbetreibende, die mit diesen in Beziehung standen, recht lästig.

Von den Stadtfleischern wurde die Steuer nach dem Stück erhoben. Jeder Schlächter stand unter strenger Aufsicht der Steuerbehörde. Er mußte ein Schlachtrevisions- und Versteuerungsbuch führen, durch welches er den fortlaufenden Betrieb seines Gewerbes nachwies. Der Zugang des Viehes wurde bei der Lorexpedition unter Vorlegung dieses Buches zur Anschreibung gebracht. Sollte geschlachtet werden, so mußte die Gattung des Viehes der Hebestelle, sowie der Tag, die Tageszeit (ob Vor- oder Nachmittag) und sogar die Stunde der Schlachtung mündlich angezeigt, die Schlachtsteuer in den Dienststunden erlegt und das Vieh im Schlacht- und Revisionsbuche ab-

<sup>1)</sup> Bresl. Staatsarch. Rep. 211, Acc. 55/11, Nr. 72. — Die Dienststunden des Spezialsteueramtes lagen vom 1. November bis 28. Februar von 8—12 Uhr vormittags und 2—4 Uhr nachmittags und vom 1. März bis 31. Oktober von



geschrieben werden. Alle Kalendervierteljahre wurde es zur Revision dem Steueramte eingereicht.

Jeder Schlächter hatte außerdem nachzuweisen, wo sich sein Viehbestand befand, die Schlachtung vollzogen, Häute und Felle aufgehoben wurden.

Außer diesen drückenden Steuerbestimmungen, der Konkurrenz der Landfleischer und der vielen Haus Schlachtungen lastete noch der Druck der veralteten „Ruttelhof's- und Schlachtordnung von 1784“ auf dem Fleischartgewerbe, sodaß die fortwährenden Eingaben und Bitten der Fleischartmittel um Steuererlaß ihrer inneren Berechtigung nicht entbehrten.

Der Provinzialsteuerdirektor Herr v. Bigeleben hatte volles Verständnis für ihre Nöte und war bereit, die Haus Schlachtungen zu verbieten und mit dem Magistrat ein Schlachthofreglement zu entwerfen, das den Forderungen der Zeit entsprach. Er zeigte mehr Verständnis für ihre Bedürfnisse als der Magistrat, der noch 1837 „die Beratung und den Entwurf eines neuen Schlachthofregulativs nicht für dringend erachtete und der Gegenstand für jetzt noch auf sich beruhen könne“. Die Selbsterledigung einer amtlichen Angelegenheit durch längeres Lagern war auch damals schon eine beliebte Verwaltungspraxis.

Unter ähnlichen drückenden Bestimmungen wurde die Mahlsteuer eingetrieben.

Breslau hatte zur damaligen Zeit elf Mühlen, die sämtlich Wassermühlen waren und an der Oder lagen. Es waren: die Vorder-, die Werdermühle, die Neue Mühle, die Mittel-, die Hauptmühle, die beiden Matthiasmühlen, die Marienmühle, die Leichnamsmühle und die beiden Clarenmühlen. Im äußeren Stadtbezirke lagen: die Knopfmühle, die Windmühlen zu Carlowitz, Gabitz, Klein Gandau, Gräbichen, Böpelwitz und Rosenthal. Sie standen ebenso wie die Stadtmühlen unter besonderer Kontrolle. Bei Mühlen unter allgemeiner Kontrolle vertrat der Müller die Mühlenwageexpedition und prüfte die Steuerpflicht. Wer Getreide in die Stadt zur Mühle brachte, hatte dieses natürlich zur bestimmten Tageszeit auf dem vorgeschriebenen Wege, von dem er nicht abweichen durfte, wenn er sich nicht der Defraudation schuldig machen wollte, zu tun. Er begab sich zum Spezialsteueramt und gab Gattung, Gewicht, Anzahl der Säcke, die mit dem Namen und dem Wohnorte des Eigentümers beschriftet sein mußten, an, erklärte, wozu es verarbeitet werden und in welcher Mühle dies geschehen sollte.

7—12 Uhr vormittags und 2—5 Uhr nachmittags. Die Taxexpeditionen wurden von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang ganz offen gehalten.

Nachdem er die Steuer erlegt hatte, erhielt er einen Steuerschein. In Breslau mußte innerhalb von 24 Stunden nach der Erteilung des Steuerscheines das Getreide zur Mühle gebracht werden, sonst wurde versuchte Defraudation angenommen. Darauf begab sich der Mahlgast zur Mühlenwageexpedition und stellte es zur Revision und Verwiegung.

Wenn sich seine Angaben hinsichtlich der Menge und der Güte als richtig erwiesen, so stellte die Mühlenwageexpedition den Wageschein aus. Versuchte Täuschung wurde mit Beschlagnahme bestraft.

Nun erst durfte das Mahlgut in die Mühlenräume, die in verschiedene Abteilungen geschieden waren. Die Steuerbehörde forderte, daß sieben gesonderte Räume vorhanden sein mußten, für steuerpflichtiges Getreide nach dem Hauptsteuersaße von 16 g. Gr. oder 20 Sgr. für den Zentner; für solches zu 4 g. Gr. oder 5 Sgr. für den Zentner; für Getreide auf Freischeine <sup>1)</sup>; für Fabrikate aus Getreide der vorstehenden drei Arten je eine Abteilung und zuletzt noch eine solche für mit Beschlagnahme belegtes Getreide und Fabrikate. An andern Orten durfte der Müller weder Getreide noch Fabrikate für seine Mahlgäste aufbewahren. Durch derartige Vorschriften wurde er an der zweckmäßigen Einrichtung und Benutzung des ihm zur Verfügung stehenden Raumes gehindert, die Kontrolle der Lagerung verteuert und sein Betrieb erschwert.

Der Mehilversteuerungsschein bestand aus mehreren Abschnitten. Hatte der Müller das Mahlgut in Empfang genommen, „verifiziert“ und für richtig befunden, so trennte er den untersten ersten Abschnitt ab. Der Steuerzettel wurde dann einem der Kröpfe der Säcke an- oder eingebunden. Soweit diese zu einem Zettel gehörten, mußten sie zusammenstehen. War die Aufschüttung erfolgt, der zweite Abschnitt abgetrennt, so wurde der Zettel an den Gang geheftet. Dort blieb er, bis die Fabrikation, die durch Zwischenposten nicht unterbrochen werden durfte, beendet war. Dann durfte der dritte Abschnitt und, wenn das Gemahl die Mühle verließ, der vierte abgetrennt und der Zettel dem Mahlgast zurückgestellt werden. Die Fabrikate aus den Körnern wurden nach bestimmten Säzen zurückgewogen, der Befund auf der Rückseite der Quittung vermerkt und nun erst wurde dem Mahlgast sein Eigentum zur freien Verfügung verabsolgt. In der Mühle selbst

1) Auf Freischein, der auf Grund eines Attestes der Ortsvorsteher ausgestellt wurde, ließen die Bewohner der Klassensteuerpflichtigen Orte in der Stadt mahlen. Zum Freigemahl gehört auch das gemahlte und ungemahlte Getreide, das zur Branntwein- und Bierfabrikation in den mahlsteuerpflichtigen Städten bestimmt war.

mußte außerdem ein Revisionsbuch vorhanden sein, in welches der Beamte seinen Revisionsbesund eintrug.

Die gewissenhafte Beachtung aller dieser Vorschriften bedeutete sowohl für den Müller, als für den Mahlgast eine große Beschwerlichkeit.

Der Verkehr zwischen Müller und Bäcker spielte sich nicht so wie heute ab, daß dieser das fertige Mehl bezog und jener Getreidehändler und Handwerker in einer Person war. Der Bäcker kaufte das Getreide auf dem Markte, führte es zur Mühle, eilte von dort zum Steueramte, wartete die Reihenfolge ab, versteuerte sodann und begab sich mit der Quittung zur Mühlenwage. Hier mußten, ebenso wie an den Tor- expeditionen, durch den großen Andrang Verwirrung, Passagesperren, Ärger und Verdruß naturgemäß entstehen, abgesehen von dem großen Zeitverluste, den der Einzelne hatte.

Es ergab sich noch eine andere Unannehmlichkeit aus der Vorausbezahlung der Steuern, die oft zu Steuerprozessen führte.

Nach herkömmlicher Weise wurde der Saß zu  $1\frac{1}{2}$  Zentner, also 20 Saß, eine übliche Mahlpост, zu 30 Zentnern berechnet. Da das Getreide oft schwerer ist als es scheint und der Verkäufer „pro redim vena“ reichlich gemessen hatte, ergab sich beim Verwiegen nicht selten ein bedeutendes Mehrgewicht. Nach dem Gesetze durfte aber nur  $\frac{1}{8}$  des Ganzen nachversteuert werden, also in vorliegendem Falle nur  $3\frac{3}{4}$  Zentner. Für das diese Menge überschießende Gewicht hatte der Käufer fiskalische Untersuchung und Bestrafung zu erwarten. Die Bitte der Breslauer Müller und Bäcker, erst nach dem Verwiegen zu versteuern und diese Rechtsunsicherheit zu verhindern, erscheint mehr als berechtigt.

Auch die steuerliche Behandlung der Mahlmeze führte zu fortwährenden Streitigkeiten zwischen den Müllern einerseits und der Steuerverwaltung und den Bäckern andererseits.

Es war ein alter Brauch, daß den Müllern für das Vermahlen des Getreides  $\frac{1}{16}$  Scheffel, die sogenannte Mahlmeze, als Lohn gegeben wurde. Diese Art der Entlohnung hatte für die damalige Zeit den Vorzug, daß sie nach dem Werte des zu vermahlenden Getreides geschah. Durch die neue Steuergesetzgebung wurde zunächst nichts daran geändert und die Mahlmeze blieb im Gebrauch bis 1835 und wurde vom steuerfreien Getreide entrichtet. Brachte der Stadtbäcker Getreide zur Mühle, so wurde es gehörig verwogen, die Mahlmeze abgezogen und der Rest versteuert. Die Mahlmeze wurde im Beisein eines königlichen Offizianten in verschlossene Behälter getan und der Schlüssel beim Wageamt verwahrt. Der Müller konnte darüber ver-



fügen, aber der Käufer mußte erst dem Wagemeister die Steuerquittung vorzeigen. Nun trat eine Änderung ein.

Wenn jetzt der Bäcker Getreide zur Mühle brachte, mußte er die ganze Mahlpfost ohne Abzug der Mahlmeze versteuern, während der Müller später noch einmal von dieser die Steuer zu erlegen hatte. Bei 100 Zentner Getreide betrug die Mahlmeze beispielsweise 6 Zentner. Nach dem Steuersatz bei Weizen zu 8 Sgr. und 4 Sgr. Kommunalbeitrag waren für den Zentner 12 Sgr. zu zahlen. Das ergab 2 Thlr. 12 Sgr. Von diesen 6 Zentnern zahlte der Müller bei der späteren Verarbeitung oder anderweitigen Verwendung des Getreides nochmals dieselbe Steuer. Wenn die Müller statt der Mahlmeze Geld als Entlohnung verlangten, so mußte des öfteren richterliche Entscheidung in Anspruch genommen werden. Zahlten sie aber die mißbräuchlich entrichtete Abgabe den Bäckern nicht zurück, so deckten diese ihren Bedarf in der Niederlage der Ohlaurischen Mühle oder bei auswärtigen Müllern.

Sie baten in zahlreichen Eingaben, daß das Getreide nach dem Verwiegen und nicht vorher versteuert, die Mahlmeze wieder in natura gegeben, und die Lagerfrist von 14 Tagen auf 4 Wochen verlängert werden möchte, denn da sie verpflichtet waren, alles Getreide, das auf Steuerschein eingeliefert wurde, anzunehmen, so kam oft eine Überschüttung der Mühle vor, und sie wurden verhindert, die gebotene Lagerfrist innezuhalten. Alle diese Beschwerlichkeiten vergrößerte die wachsende Konkurrenz der auswärtigen Mühlen, besonders der Ohlaurischen.

Volles Verständnis fanden sie für ihre Lage beim Oberpräsidenten v. Merkel. Auch das Steuerdirektorat stand ihren Wünschen nicht ablehnend gegenüber. Wenn es auch bezüglich der Konkurrenz der Mehleinfuhr bemerkt, „daß hieraus für die Steuerverwaltung durchaus kein Nachteil erwachse, sondern im Gegenteil die Kontrolle des eingehenden Mehles leichter sei als die der Mühlen“, so war es trotz seines rein fiskalischen Denkens bereit, „alles zu tun, um dem Übelstande abzuhelpen“.

Die Gewerbetreibenden aus den Dörfern unter der halben Meile ließen ihr Getreide in der Stadt mahlen. Sie entrichteten die Mahlsteuer, waren aber vom Kommunalzuschlage befreit. Diesen zahlten sie, wenn sie Backwaren zur Stadt brachten mit der Eingangssteuer. So war die Mahl- und Schlachtsteuer für die Gewerbetreibenden in ihrer Kontrolle und Erhebung lästig und hemmte die freie Entfaltung von Handel und Gewerbe.

Sie verteuerte aber ohne Zweifel auch die Lebensmittel. Dies wurde besonders von der weniger begüterten Klasse der Bevölkerung



als Unrecht empfunden. Ihre Umgehung erschien deshalb nicht als Vergehen, sondern es war vielmehr eine berechtigte Abwehr gegen die Übergriffe der Staatsgewalt.

Zunächst machte man sich die Bestimmung zunutze, daß  $\frac{1}{16}$  Zentner ( $6\frac{3}{4}$  Pfd.) frei zum Tore eingeführt werden durfte, eine Maßnahme, die eigentlich eine Erleichterung zugunsten der Armen sein sollte. Aber welcher Arme damaliger Zeit konnte daraus einen Vorteil ziehen? Er mußte pfennigweise seinen notwendigen Lebensbedarf einkaufen.

Die besser gestellten Klassen der Bevölkerung dagegen suchten die Bestimmung geschäftlich auszunutzen. In „förmlichen Prozessionen“ zogen die Bewohner vor die Tore, führten Lebensmittel in  $\frac{1}{16}$  Zentner Mengen ein, vereinigten sie dann in einer Hand und trieben damit Handel.

Welcher Schaden dadurch der Steuerverwaltung entstand, zeigte die Entwicklung der Verhältnisse in Pohlenowitz. Vor 1820 war dort ein Fleischer, der aus Mangel an Absatz verarmte. 1822 ließ sich wieder einer dort nieder, dessen Geschäft aber vorwärts kam. 1827 hatte der Ort 3 Fleischer, 2 Bäcker, 3 Mehlhändler, 1 Müller. Durch das Trebnitzer Tor wurden 1827 in  $\frac{1}{16}$  Zentner-Mengen eingebracht:

	Weizenmehl:		Brot:		Fleisch:	
Jan.	97 Ztr.	11 Pfd.	89 Ztr.	9 Pfd.	83 Ztr.	16 Pfd.
Febr.	115 =	30 =	109 =	45 =	106 =	38 =
März	142 =	6 =	137 =	17 =	132 =	5 =
April	249 =	89 =	168 =	65 =	196 =	40 =
<hr/>						
	604 <sup>4</sup> / <sub>16</sub> Ztr.		504 <sup>4</sup> / <sub>16</sub> Ztr.		517 <sup>15</sup> / <sub>16</sub> Ztr.	
Das bedeutet einen Steuerausfall beim						
	Weizenmehl		von 433 Thlr. 10 Sgr.			
	Brot		= 69	= 5		
	Fleisch		= 557	= 5		

1059 Thlr. 20 Sgr.

in vier Monaten <sup>1)</sup>. So trug die Steuergesetzgebung in diesem Falle ausnahmsweise indirekt zum geschäftlichen Aufblühen dieses Ortes bei.

In Alt-Scheitnig trafen sich regelmäßig Fleischer und Bäcker aus der Umgebung und versorgten nicht allein die dort wohnenden Städter, sondern legten auch bei den Einwohnern bedeutende Mengen ab. Diese wurden dann durch andere Leute aus der Stadt mit Umgehung der Steuer eingeführt und in Geschäftshäusern und an Gewerbetreibende weiterverkauft. Auch die Spaziergänger dehnten zum Ärger der Fleischer und Bäcker ihren Spaziergang bis vor die Tore aus und

<sup>1)</sup> Bresl. Staatsarch. Rep. 211, Acc. 55/11, Nr. 68.

kehrten mit Nahrungsmitteln wohl versehen zurück. Wie diese steuerfreien Mengen, um dem Mißbrauch zu steuern, auf 2 Pfd. herabgesetzt wurden, ist bereits erwähnt worden.

Damit war aber noch lange nicht der Umgehung der Steuer Einhalt getan, sondern um das Geschäft lohnender zu gestalten, wurde in umfangreichem Maße geschmuggelt. Der Stadtteil von der Paßbrücke bis zur Trebnitzer Brücke bildete den Schrecken der Steuerbeamten. Dort wohnte damals der ärmste Teil der Bevölkerung Breslaus, viele arbeitscheue Leute. Ein Teil von diesen betrieb den Einschleif von Mehl, Brot und Fleisch gewerbsmäßig, der andere begünstigte ihn. Selbst „ehrbare“ Bürger waren an solchen Unternehmungen nicht ganz unbeteiligt <sup>1)</sup>. Die Aufsicht wurde dadurch erschwert und wirkungslos. Schon 1837 wurden in Breslau 600 Personen wegen Defraudation mit Gefängnis bestraft und 23 600 Thlr. kamen an Strafgeldern ein <sup>2)</sup>. Der Schmuggel nahm in den vierziger Jahren unerträgliche Formen an, und als die Revolution von 1848 die staatliche Autorität erschütterte, stand die Steuerverwaltung ihm machtlos gegenüber. Er war bandenweise organisiert, die Aufseher, wenn sie einzeln patrouillierten, waren Mißhandlungen ausgesetzt. Trotz häufiger Eingaben seitens des Hauptamtes an das Steuerdirektorat wurde eine Vermehrung des Personals abgelehnt, da „bald ein gesetzmäßiger Zustand wohl eintreten, die Mahl- und Schlachtsteuer fallen werde und auch die Aufwendungen dafür zu hoch sein möchten“ <sup>3)</sup>.

Um die Schmuggler über die Oder verfolgen zu können, wurde vom Hauptsteueramte das Leihen eines Rahnes beantragt. Der Schiffer beanspruchte dafür monatlich 16 Thlr. Dies wurde der hohen Kosten wegen abgelehnt. Die Behörde wollte nur 3 Thlr. dafür auswerfen. Für den Rundschafterfonds wurden aber 50 Thaler bewilligt.

Auf der linken Oderseite war der Schleichhandel nicht erheblich, trotzdem der Stadtteil größer war. Dort wohnte nicht soviel Proletariat, und außerhalb des Kontrollbezirktes war im Binnenlande keine Gelegenheit „etabliert“, aus der die Schmuggler ihren Bedarf decken konnten.

Ähnlich lagen die Verhältnisse hinsichtlich der Mahl- und Schlachtsteuer in ganz Schlesien. Dies beweist folgende Prozeßstatistik nach der Schlesischen Chronik von 1839. Es kam je ein Defraudationsprozeß auf

<sup>1)</sup> Bresl. Staatsarch. Rep. 211, Acc. 55/11, Nr. 68. <sup>2)</sup> Schles. Chronik 1839, Nr. 84. Zoll- und Steuerbetrug in Schlesien. <sup>3)</sup> Bresl. Staatsarch. Rep. 211, Acc. 55/11, Nr. 38.

27 Köpfe in Ratibor,	68 Köpfe in Glaz,
34 " " Rosel,	106 " " Jauer,
37 " " Hirschberg,	119 " " Sagan,
42 " " Dels,	121 " " Goldberg,
48 " " Oppeln,	134 " " Reisse,
53 " " Frankenstein,	135 " " Glogau,
61 " " Lauban,	177 " " Neustadt,
65 " " Breslau,	217 " " Görlitz,
67 " " Schweidnitz,	293 " " Brieg.

Ratibor steht an der Spitze mit den meisten Prozessen. Sein Hauptsteueramtsbezirk reichte bis zu dem Teil der österreichischen Grenze, wo mit am meisten geschmuggelt wurde. Da ein wirksames Hand-in-Handarbeiten zwischen Steuerbehörde und landrätlicher Verwaltung hier leider nicht stattfand, denn die von jener angeordnete Paßkontrolle wurde von dieser nur „ungern“ ausgeübt, so nimmt es nicht wunder, daß diese Umstände ihre erhöhte Nachwirkung in den städtischen Verhältnissen fanden <sup>1)</sup>).

Hirschberg finden wir an dritter Stelle, weil es leicht zugänglich, von vielen Ortschaften in nächster Nähe umgeben ist, so daß eine genaue Kontrolle erschwert war. Es kamen dort auf 5 Schlagbäume 8 Steuerbeamte. Nur wenige Leute bezogen dort ihren Nahrungsmittelbedarf nicht aus den Nachbarorten. Viele nährten sich hier, daß sie von früh bis spät soviel einführten, als sie steuerfrei durften, und versorgten auf diese Weise zum Ärger und Nachteil der Gewerbetreibenden „ganze Stadtteile“ <sup>2)</sup>).

Breslau steht hinsichtlich der Prozesse in der Mitte. Schlesien hat unter allen Provinzen die meisten Defraudationsfälle; auf je 70 Köpfe 1 Fall, während Brandenburg mit 1 Fall auf 281 am besten dastand. Sie stiegen von Jahr zu Jahr:

1834	1546
1835	2325
1836	3229
1837	3602

Diese Verhältnisse forderten gebieterisch eine Abänderung. Mit dem Eintritt der Zensurerleichterung setzte deshalb auch eine scharfe Kritik gegen diese Steuer ein. An allgemeinen Gründen führte man an, daß sie „die Sittlichkeit untergrabe, die bürgerliche Freiheit beschränke, ihre Erhebungsart gehässig wäre, den Armen besonders drücke und die Beamten verhaßt mache“ <sup>3)</sup>). Man wünschte ihre Ab-

1) Bresl. Staatsarch. Rep. 211, Acc. 55/11, Nr. 43. 1842. Nr. 48.

3) Schles. Chronik von 1842, Nr. 48.

2) Schles. Chronik.

schaffung und die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer nach englischem Muster. Die Regierung war auch geneigt, der öffentlichen Meinung entgegen zu kommen. Um so größer war das Erstaunen, als auf dem vereinigten Landtage 1847 sie in den Vertretern der Kommunen ihre eifrigsten Verteidiger fand. Dies hatte seinen Grund darin, daß sie von den Gemeinden zur Beschaffung ihres Einkommens durch Zuschläge zur Staatssteuer benutzt wurde. In Breslau betrugen diese 50 %, in den übrigen schlesischen Städten gingen die Zuschläge nicht über 30 % hinaus. Zudem bereitete ihre Erhebung den Stadtverwaltungen keine Schwierigkeit; denn sie wurden von der königlichen Steuerbehörde gegen eine Unkostenvergütung von 5 % eingezogen.

In Breslau wurden an Mahl- und Schlachtsteuer erhoben <sup>1)</sup>:

1844	96 721 Thlr.
1845	97 031 Thlr.
1846	92 366 Thlr.
	<hr/>
	286 118 Thlr.

durchschnittlich also 95 372 Thlr. 20 Sgr.

Der 50 %ige Zuschlag brachte der Gemeindefasse:

1844	48 360 Thlr.
1845	48 516 Thlr.
1846	46 183 Thlr.

in drei Jahren: 143 059 Thlr., durchschnittlich 47 686 Thlr. 10 Sgr.

Als die Kommunen beide Steuern aus den oben angeführten Gründen nicht aufheben wollten, wurde ihnen das Recht gegeben, wenigstens die Mahlsteuer, deren Belastung schwerer als die der Schlachtsteuer empfunden wurde, abzuschaffen unter der Bedingung, daß zwei Drittel ihres Rohertrages als direkte Steuer an den Staat gezahlt werden sollte.

Dies hätte für Breslau zur Folge gehabt, daß nach dem durchschnittlichen Aufkommen von 95 372 Thlr. 20 Sgr.

$\frac{2}{3}$  für den Fiskus = 63 581 Thlr. 23 Sgr. 4 Pf.

für die Rämmereikasse = 47 686 Thlr. 10 Sgr. 0 Pf.

---

111 268 Thlr. 3 Sgr. 4 Pf.

anderweitig hätten ausgebracht werden müssen. Dieser Ausfall konnte nur gedeckt werden entweder durch die Realsteuer (Grund- und Haussteuer) oder durch eine Personalsteuer nach dem mutmaßlichen Einkommen. Aber diese Steuern zu erhöhen, war unter den da-

---

<sup>1)</sup> Frieboes, 11. April 1848. Bemerkungen über die Mahl- und Schlachtsteuer in Breslau.



maligen Verhältnissen nicht möglich <sup>1)</sup>). In den Stadtverordnetenversammlungen bildete die Frage, ob Abschaffung oder Beibehaltung der Mahl- und Schlachtsteuer ein ständiges Thema der Erörterung <sup>2)</sup>). Die Gewerbetreibenden waren für deren Abschaffung, der Magistrat und zum Teil die Stadtverordneten aus dem dargetanen Grunde für deren Beibehaltung.

1847 wurde die Mahlsteuer drei Monate ausgesetzt, die beabsichtigte Preissenkung trat nicht ein <sup>3)</sup>).

Gleiche Verhältnisse herrschten in den Provinzstädten. Wie bereits gezeigt wurde, führten nur wenige Städte die Klassensteuer ein.

Vor einer durchgreifenden Reform des damaligen Steuersystems und Eröffnung anderer Einnahmequellen konnten die Kommunen, so verhaßt diese Steuer auch war, und so sehr die öffentliche Meinung sich gegen sie wandte, diese nicht entbehren. Der angesammelte Groll gegen die Mahl- und Schlachtsteuer entlud sich 1848 mit in der Steuerverweigerung, ohne jedoch ernste Folgen für ihr Aufkommen zu haben.

Nachdem der Magistrat in den Zeitungen den Beschluß bekannt gegeben hatte, daß zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in der Stadt die Bürgergarde in Tätigkeit treten sollte, richtete der Steuerdirektor von Bigeleben am 17. März 1848 einen Brief an ihn, in welchem er anzeigte, daß die Beamten der Provinzialsteuere Direktion nach der mit ihnen genommenen Rücksprache, wenn überhaupt königlichen Beamten als Schutzverwandten eine Teilnahme an den Anstrengungen der Bürger, Ordnung und Gesetzhelikeit aufrecht zu erhalten, gestattet wird, ihren Dienst freiwillig anbieten und sich ohne Ausnahme zur Disposition stellen. Der Magistrat antwortete unter dem 18. März 1848, daß er das Anerbieten der Beamten zur Sicherung der öffentlichen Ordnung dankbar annehme.

Sie wurden an die Führer der Bezirksmannschaften ihres Wehrbezirktes gewiesen und somit der Bürgerwehr eingereiht <sup>4)</sup>).

Infolge des Beschlusses der Nationalversammlung vom 15. November 1848, die Steuerzahlung zu verweigern, erklärten die städ-

<sup>1)</sup> Frieboes, 11. April 1848. Bemerkungen über die Mahl- und Schlachtsteuer in Breslau. <sup>2)</sup> Schlesische Chronik. Nr. 64 vom 14. Aug. 1846. <sup>3)</sup> Frieboes, Bemerkungen über die Mahl- und Schlachtsteuer. <sup>4)</sup> Breslau war in 52 Wehrfreise geteilt. Die Bürgerwehr kommandierte zuerst Th. Molinari, später Generalleutnant von Safft. Daneben bestanden einige Freikorps unter Führung von Dr. Rosenbaum, des Turnlehrers Reddin und des praktischen Arztes Dr. Engelmann. Sie vereinigten sich später und waren radikaler als die Bürgerwehr.

tischen Behörden, daß sie diesen aufrecht erhalten wollten, überlieferten aber die Ausführung den Sicherheitsausschüssen, wälzten somit die Verantwortung ab.

Diese gaben folgende Erklärung ab: „In Anerkennung der Beschlüsse der Nationalversammlung sind die von den Einzelnen an den Magistrat abzuführenden Steuern aufzubewahren und wegen der übrigen Staatssteuern von dem Oberpräsidenten die bestimmte Erklärung zu fordern, daß er diese Steuern von dem Ministerium Brandenburg nicht verwenden lassen wolle.“

Eine Erklärung, die weder von kommunalpolitischer noch staatsmännischer Einsicht zeugt!

Am 16. November 1848 besetzten Bürgerkompagnien das Oberlandesgericht, die Regierung, das Hauptsteueramt und das Provinzial-Steuerdirektorat unter der Vorgabe, „die Behörden zu schützen“, was eigentlich nicht nötig war; denn die Steuerbeamten waren ja in den Verband der Bürgergarde zum Schutze der öffentlichen Sicherheit eingetreten.

Oberpräsident Binder machte am 18. November 1848 bekannt: „Er erwarte von dem verständigen Sinne der Einsassen, da durch die vorgesezte Behörde keine gesetzlichen Bestimmungen zugegangen seien, bezüglich der landesherrlichen Steuern und Abgaben, daß sie in ruhiger Erwägung der großen Nachteile, welche eine Aussetzung der Fortentrichtung der landesherrlichen Abgabepflichten selbst nach sich ziehen müßte, ihren gesetzlichen Zahlungsverpflichtungen nach wie vor unweigerlich genügen werden.“

Dieser Ermahnung schloß sich der Fürstbischof von Diepenbrock an, indem er erklärte, die Steuerverweigerung wäre „sündhafter Ungehorsam. Er selbst würde Verrat an seiner Pflicht üben, und seinen heiligen Eid brechen, wenn er treue Pflichterfüllung gegen den König nicht bei diesem Anlaß laut und nachdrücklich einschärfe.“

Der Sicherheitsausschuß wollte eine Behörde bilden, die die dem Ministerium vorenthaltenen Steuern einstweilen im Interesse des Volkes erheben und verwalten sollte. Magistrat und Stadtverordnete waren dagegen. Ihnen genügte die Erklärung des Oberpräsidenten. Der Sicherheitsausschuß suchte sich aber immer mehr der Gewalt zu bemächtigen, wie das bei der Besetzung des Steuerdirektorats in Erscheinung trat. Die Sicherheit kam in zweiter Linie.

Dem Eintreffen der Bürgerwehr im Direktorsgebäude ging ein Schreiben des Polizeipräsidenten spät am Abend voraus, „daß für die Nacht große Ruhestörungen erwartet würden, deshalb die

Königlichen Rassen Sicherheitswachen nachgesucht und erhalten hätten und daß es Herrn von Bigeleben überlassen bleibe, ob er auch eine solche wünsche.“

„Um sich nicht der Unverantwortlichkeit auszusetzen“, wünschte er ein Schutzkommando. Es kamen 30—40 Mann, sie erhielten ein Zimmer auf dem Flur, auf dem sich die Steuerkasse befand.

Am nächsten Morgen begab sich von Bigeleben nach dem Rassenlokal, um sich zu erkundigen, ob sie zur Zufriedenheit untergebracht wären. Er erhielt zur Antwort: „Ja, wenn er nur kein Geld fort-schicke“. Also lag es dem Wachkommando weniger an der Sicherheit der Kasse, als an der Verhinderung des Abschickens der Gelder. Der Steuerdirektor wies entschieden diese Anmaßung zurück. Trotzdem untersuchten sie die abzusendenden Pakete.

Diese Eingriffe ließ sich von Bigeleben nicht gefallen. Er wandte sich an den Bürgerwehrkommandanten, von dem er keine Nachricht erhielt. Darauf ging er zum Gauvereins-Generalleutnant von Quandt und bat um Schutz. Dieser verhandelte erst mit dem Magistrat und erhielt die Antwort: „Der Steuerdirektor habe sich selbst die Wache ausgebeten“, allerdings nicht zu diesem Zwecke. Er klärte von Quandt darüber auf, daß er sie nicht erbeten, sondern nur angenommen habe auf die Mitteilung hin, daß Unruhen zu erwarten wären. Kurze Zeit nach dieser Auseinandersetzung ging die Mannschaft ab, kam jedoch bald wieder und blieb, ohne sich aber einzumischen. Der Steuerdirektor hatte seine Autorität zu wahren gewußt.

Anders verlief die Besetzung des Hauptsteueramtes. Dort gab der Kommandeur der Bürgerwehr von vornherein bekannt, daß „er Befehl habe, die Absendung der Gelder zu verhindern“. Gleichzeitig wurde ein Posten in dem Rassenlokal aufgestellt. Auf den Einspruch des Steuerrates Doewe wurde er zwar aus dem Zimmer entfernt, aber er bewachte auf dem Flure den Eingang zum Amtslokale. Der Posten revidierte die Briefadressen, und das Personal mußte sich beim Verlassen des Amtslokales sogar eine körperliche Untersuchung gefallen lassen. Infolge dieser Behinderung des Geschäftsverkehrs fand eine Anhäufung der Tageseinnahmen statt, da diese nicht an die Regierungshauptkasse abgeliefert werden konnten. Am 27. November wurde die Bürgerwehr zurückgezogen. Daraus geht hervor, daß eine Steuerverweigerung in Breslau nicht stattgefunden hat, Pinders und von Diepenbrocks Ermahnungen nicht wirkungslos waren. Die Steuerverwaltung hatte nur 8 Tage nicht volle Bewegungsfreiheit. Eine Beraubung der Kasse war nicht vorgekommen.

In Mittel- und Oberschlesien wurde die revolutionäre Bewegung von Breslau aus durch Agitatoren geschürt und geleitet, Niederschlesien richtete sich nach Berlin.

Im Beruner Hauptamtsbezirke hielten sich polnische Emigranten auf, und die nach Breslau beförderten Polen waren dorthin zurückgekehrt. Das demokratische Bürgertum machte in seiner kurzfristigen Vorliebe für sie mit ihnen gemeinsame Sache, dazu kamen die arbeitslosen Hüttenarbeiter. Die Breslauer Emissäre belehrten die Bevölkerung, „daß sie keine Steuern zu zahlen hätte, die Guts-, Hütten- und Grubenbesitzer sich überhöben, zu wenig Steuern zahlten und ein Leben im Überfluß führten“. Die Gemeindeverwaltungen und Polizeibehörden zeigten sich der Lage nicht gewachsen. Es mußte Militär dorthin entsandt werden. In Grottkau und Falkenberg wurden die Steuern durch Militär eingetrieben.

In Oppeln erinnerte das mannhafte Austreten des Regierungspräsidenten Graf Büdler den Magistrat an seine Pflicht.

Der energische Landratsamtsverweser Schrenznier verhinderte ernste Tumulte in Münsterberg. In Freiburg wirkte die maßvolle Persönlichkeit Kramstas beruhigend. Die 70 Schmiedeberger Demokraten, die zum Schutze der Freiheit dorthin gekommen waren, rückten vor dem Eintreffen einer Kompagnie Schweidnitzer Infanterie ab, trotzdem die Bürger wünschten, „daß sie noch geblieben wären“. Die Bernstädter Demokraten wollten die Desser Freiheit schützen, während auf ihre Veranlassung die Desser die Breslauer in bewaffneten Schutz nehmen sollten. Hier kam es nicht zu Ausschreitungen.

Ein Bild arger Verwirrung dagegen boten der Hirschberger, Schmiedeberger und Landeshuter Kreis. Es kam hier zu bösen Ausschreitungen, Plünderungen und Prügeleien. 230 Kriegerservisten, die in Hirschberg eingezogen wurden, versagten den Gehorsam. Die Bürger unterstützten sie. Es mußte Militär aufgeboten werden <sup>1)</sup>.

Während im Liegnitzer Bezirke die Bevölkerung sich besonnen betrug, ging es in Görlitz stürmisch zu. Es gelang aber dem Bürgermeister Jochmann, das Schlimmste zu verhindern.

Trotz dieser Schwierigkeiten war es Herrn von Bigeleben gelungen, die Steuerverwaltung so zu führen, „daß eigentliche Verweigerungen in seinem Verwaltungsbezirke nur vereinzelt vorgekommen waren, keine im Betrage von 30 bis 40 Thlr.“ Sie hatte für die indirekte Steuerverwaltung keine nachteiligen Folgen.

1) Landesfinanzamt Breslau: Personalakten H. E. E. Otto-Hugershoff.



## VII.

### Die Auflösung des evangelischen Schullehrerseminars zu Breslau am 29. Januar 1846.

Eine Episode aus dem Vormärz.

Von  
Arthur Heidrich.

---

In den politisch schwülen Vormärztagen der ersten vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts deuteten eine Reihe kleinerer Entladungen der im politischen und kirchlichen Leben vorhandenen Spannung schon auf die Revolution von 1848 hin. Zu diesen Vorboten gehört in unserer schlesischen Hauptstadt auch ein Ereignis, das uns Späteren auf den ersten Blick an sich unbedeutend und ohne inneren Zusammenhang mit dem erbitterten Kampf erscheinen mag, der damals ohne viel Lärm, aber deshalb nicht weniger ingrimmig sich abspielte: es war die auf eine königliche Kabinettsorder hin am 29. Januar 1846 erfolgende Auflösung des Breslauer evangelischen Schullehrerseminars. Die damalige Generation aber wurde durch dieses Ereignis in heftige Erregung versetzt bis weit über die Grenzen Schlesiens hinaus, wie aus Zeitungsäußerungen aus dem äußersten Westen der Monarchie hervorgeht<sup>1)</sup>. Es entwickelte sich eine lebhafte Preß- und Streitschriftenpolemik im Anschluß an diese Anstaltsauflösung, und das zeugt davon, welche Bedeutung die öffentliche Meinung diesem Ereignis beilegte. Diese Erregung weiterer Kreise durch die Auflösung einer Lehrerbildungsanstalt erscheint nur dann verständlich, wenn man annimmt, daß damals diesem Vorfall eine symptomatische Bedeutung beigelegt wurde, daß man in ihm, — ob mit Recht oder Unrecht, bleibe vorläufig dahingestellt, — einen Vorstoß der reaktionären Kräfte sah, die man überall am Werke spürte oder doch vermutete. Es soll unsere

---

1) Nr. 47 des „Rheinischen Beobachters“ und Nr. 31 des „Westfälischen Merkurs“.

Aufgabe sein, zu untersuchen, ob die vox populi hier das Rechte getroffen, oder ob damals blinder parteipolitischer Eifer zu einer falschen Darstellung und Deutung der Ereignisse und Zusammenhänge geführt hat.

Ehe wir uns den Ereignissen näher zuwenden, die der Auflösung des evangelischen Lehrerseminars in Breslau zeitlich unmittelbar vorausgingen und vielleicht ihre Ursache, vielleicht auch nur ihre Veranlassung waren, sei ein kurzer Blick auf die Geschichte dieser Anstalt geworfen <sup>1)</sup>).

Das Volksschulwesen Schlesiens lag bei dem Übergang der Provinz in preußischen Besitz noch recht im argen; nicht zum wenigsten deshalb, weil von einer geregelten Lehrerbildung wenigstens für den protestantischen Teil der Bevölkerung noch keine Rede war. Die Verarmung Preußens durch die Schlesischen Kriege brachte es mit sich, daß auch nach dem Hubertusburger Frieden hierin nicht sofort Wandel geschaffen wurde. Es galt zunächst die schwerste materielle Not zu bannen. Dennoch wurde im Jahre 1767 von dem Inspektor Fr. Eberhard Rambach dem Könige ein Vorschlag zur Gründung eines protestantischen Lehrerseminars in Breslau unterbreitet, das zunächst den Lehrern die für ihr Amt notwendigen Elementarkenntnisse vermitteln sollte. Diesem Vorschlag wurde, um ihn dem sparsamen Könige schmachhafter zu machen, sogleich ein Finanzierungsplan beigefügt, nach dem die Kosten der Einrichtung und Unterhaltung durch eine Sonderabgabe der Geistlichen und Lehrer bei ihrer Anstellung aufgebracht werden sollten. Das Oberkonsistorium unterstützte die Bemühungen Rambachs und ordnete 1768 eine Kirchenkollekte für das zu errichtende Seminar an. Trotzdem ging die Verwirklichung des Planes nur langsam vorwärts, da es an tüchtigen Lehrern, Geld und Räumen mangelte: 1770 sollte das Seminar eröffnet werden, und 1776 klagte der Oberkonsistorialrat Müller, daß das Unternehmen noch in den Anfängen stecke. So wurden denn inzwischen eine Art Fortbildungskurse für schon im Amte befindliche Lehrer abgehalten, deren Dauer allmählich von anfangs vier Wochen bis auf zweimal sechs Monate ausgedehnt wurde. Erst 1784 wurden zwei Lehrkräfte nur für die Lehrerausbildung angestellt. 1810 erfolgte dann die Übersiedlung aus den bisherigen Mietsräumen in das Franziskanerkloster. Nachdem im selben Jahre die Kirchen- und Schuldepartements bei den Regierungen eingerichtet worden waren, erfuhr bald auch das Bres-

1) Geschichtlicher Abriß über das Seminar in den Programmen für 1844 und 1845.

lauer evangelische Seminar eine Umgestaltung, die es erst in eine engere Verbindung mit dem gesamten Bildungswesen des Staates brachte und deshalb mitunter erst als die eigentliche Gründung des Seminars betrachtet wird<sup>1)</sup>. Diese Umgestaltung der Breslauer Anstalt ist eng verknüpft mit der Berufung Harnischs zum ersten Lehrer, der nun unter den erheblichen Schwierigkeiten der Kriegs- und Nachkriegszeit das Seminar zu einer über die Grenzen Schlesiens hinaus geachteten Anstalt machte. Weder Harnisch aber, noch nach seinem Weggange im Jahre 1822 sein Nachfolger Hienrichs waren verantwortliche selbständige Direktoren der Anstalt, vielmehr wurde die Leitung des Seminars von einem Konsistorialrat im Namen der königlichen Regierung ausgeübt. Die in dieser Zeit etwas lockere Disziplin besserte sich, als das Seminar mit der Ernennung des Direktors Schärf eine selbständigere Stellung erhielt und dem 1817 gegründeten Provinzialschulkollegium unterstellt wurde. Auf die erfolgreiche Tätigkeit des Direktors Schärf folgte dann in dem Pastor Binner ein nach seinen sittlichen Qualitäten für das Amt eines Lehrerbildners durchaus ungeeigneter Mann, der schließlich wegen Unterschlagung amtlicher Gelder zu längerer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Nach 1½ jähriger interimistischer Verwaltung des Direktorats durch den Seminaroberlehrer Scholz übernahm im September 1842 die Leitung der Anstalt deren letzter Direktor, der Pastor Gerlach aus Lorenzberg bei Strehlen. Unter seinem Direktorat kam es dann zu den Vorgängen, die mit der Auflösung des Seminars zusammenhängen und deren Darstellung wir uns nun zuwenden müssen.

Vorher aber wird noch nötig sein, sich über den Wert der dafür zur Verfügung stehenden Quellen Rechenschaft abzulegen. Die wichtigste Quelle ist wohl die, welche bei früheren Darstellungen des uns beschäftigenden Ereignisses<sup>2)</sup> nicht herangezogen worden ist, nämlich die amtlichen Akten. Es sind dies in erster Linie die beim preußischen Kultusministerium angelegten „Acta betreffend das evangelische Schullehrerseminarium zu Breslau“<sup>3)</sup>. Eine genaue Durchsicht der beim Breslauer Staatsarchiv und beim Breslauer Provinzialschulkollegium noch befindlichen, das Breslauer evangelische Lehrerseminar betreffen-

1) So in „Enzyklopädie für das gesamte Erziehungs- und Unterrichtswesen“, hggb. von Dr. A. A. Schmidt. 2. Aufl. Leipzig 1887. X, 116 ff. 2) Vgl. die kurze Notiz bei Treitschke „Deutsche Geschichte“ V, 241 (Leipzig, 5. Aufl. 1908) und die ausführlichere Darstellung bei Julius Stein, Geschichte der Stadt Breslau im 19. Jahrhundert (Breslau 1884) 227—230. 3) Zitate daraus im folgenden gekennzeichnet durch: (A. d. A.) Diese Akten wurden mir in entgegenkommendster Weise durch Dr. Rudfowski zugänglich gemacht.

den Akten förderte für den von uns zu untersuchenden Zeitabschnitt kein Material zutage. Nur für die Klärung der Frage nach der in der Anstalt herrschenden Disziplin in den zwanziger Jahren liefern die Akten des Provinzialschulkollegiums <sup>1)</sup> einen Beitrag. In den innerpolitischen Kämpfen, die sich damals in Preußen abspielten und die auch in Breslau die Geister in zwei Lager schieden, war die Regierung zwar selber Partei, und so sind auch die Äußerungen des Kultusministeriums und der ihm untergeordneten Behörden zu der in Frage stehenden Angelegenheit nicht ohne weiteres als völlig objektiv unbesehen hinzunehmen. Immerhin dürfte dieser Quelle ein höherer Grad von Objektivität zuzuerkennen sein, als den nichtamtlichen Äußerungen, auf die zurückzugreifen wir genötigt sein werden. Wichtig sind unter diesen nichtamtlichen Quellen zunächst die Schriften der in die Lösungsangelegenheit persönlich Verwickelten, die teils als besondere Drucke <sup>2)</sup>, teils aber auch zerstreut in Tages- und Fachzeitungen <sup>3)</sup> erschienen. Bei ihren Verfassern kann man eine genauere Kenntnis der Verhältnisse im Seminar voraussetzen, während andererseits natürlich zu bedenken ist, daß diese Schriften, als Rechtfertigungs- und Streitschriften verfaßt, notwendigerweise einseitig und parteiisch sind <sup>4)</sup>. Soweit die beteiligten Personen nicht selbst zur Feder griffen, um ihre Ansicht darzulegen, traten Gefinnungs- genossen für sie ein, die aber in ihren sachlichen Angaben über innere Seminarverhältnisse natürlich die Ansichten ihrer Gewährsmänner

1) Zitiert (A. B.). Noch nicht an das Staatsarch. abgegeben. Die Akten des Staatsarchivs enthalten zur vorliegenden Frage nichts. 2) Ch. G. Scholz, Zur Geschichte des aufgelösten Königl. evang. Schullehrerseminars zu Breslau. Eine notgedrungene Abwehr der in einigen Zeitschriften gegen die Anstalt erhobenen Anklagen und Beschuldigungen, I. Heft (Breslau 1846), und von demselben Verfasser: Zur Geschichte des aufgelösten Königl. evang. Schullehrerseminars zu Breslau, II. Heft. 2. Lieferung, enthaltend: eine Beleuchtung und Widerlegung der im Evangelischen Kirchen- und Schulblatt von Dr. Gaupp und Dr. Ruthardt gegen mich gerichteten Angriffe (Breslau 1846). Diese Schriften gehen auch auf innere Verhältnisse des Seminars ein, die mehr als zehn Jahre vor der Auflösung der Anstalt liegen und liefern interessantes Vergleichsmaterial zu den Ministerialakten aus derselben Zeit. 3) Eine Aufzählung, Die Auflösung des Breslauer evangelischen Schullehrerseminars, in den Nr. 18—20 u. 22 des Evang. Kirchen- und Schulblatts (1846), hggb. von Dr. Gaupp und Dr. Ruthardt. 4) Evang. Kirchen- und Schulblatt, Nr. 22, Spalte 354: „Eine völlige Freiheit von subjektiver Auffassung der Tatsachen und Erscheinungen liegt, zumal in so bewegten Zeiträumen, schwerlich im Gebiete der Möglichkeit, im vorliegenden Falle aber umso weniger, als die vorangegangenen Darstellungen und die erfolgten Zwischenreden unsrer eigenen Erörterung von vornherein und wiederholt einen polemischen Charakter aufnötigten.“



zum Ausdruck bringen<sup>1)</sup>. Neben diesen Quellen sind auch noch einige pseudonyme und anonyme Zeitungsaufsätze und Broschüren zur Klärung des Falles benützt worden<sup>2)</sup>. Die Objektivität dieser Schriften ist zunächst noch geringer zu veranschlagen, als die jener Streitschriften, deren Verfasser mit vollem Namen für die Richtigkeit ihrer Angaben einstehen. Trotzdem wurde auf die Benützung der anonymen und pseudonymen Schriften nicht verzichtet, weil, wenn auch selbst nicht alle sachlichen Angaben richtig wären, doch die darin zum Ausdruck kommende Stimmung an sich ein wichtiges Zeugnis ist. Außerdem machen auch die sachlichen Angaben auf den, der das Leben in einem Seminarinternat aus eigener Anschauung kennt, durchaus den Eindruck der Richtigkeit.

In der Darstellung der Ereignisse, die der Auflösung des Seminars vorausgingen, besteht zwischen den amtlichen und den nicht-amtlichen Quellen Übereinstimmung. Danach spielten sich die Dinge folgendermaßen ab.

Die Zöglinge des Seminars erhielten auch polnischen Sprachunterricht, für den sie sich aber recht wenig begeisterten<sup>3)</sup>. Man wird das verständlich finden, wenn man bedenkt, daß ein gutes Zeugnis im Polnischen einem die Anwartschaft eintrug, nach der Entlassung vom Seminar in irgend ein ober-schlesisches Dorf mit ganz oder doch überwiegend polnischer Bevölkerung geschickt zu werden, um dort für recht kärgliches Gehalt die äußerst mühevollen Arbeit des Unterrichts in einer zweisprachigen Schule zu übernehmen, während die Kameraden, die im Polnischen eine weniger gute Note erhalten hatten, darauf rechnen konnten, in Dörfern mit deutschsprechender Bevölkerung, wenn nicht gar in einer Stadt angestellt zu werden, wo sie meist auch ein

1) Evang. Kirchen- u. Schulblatt Nr. 18, 282: „Unsere Quellen sind einerseits die eigene Anschauung und Beobachtung der hier in Betracht kommenden Verhältnisse; andererseits haben wir für manche zweifelhafte tatsächliche Verhältnisse uns von Herrn Direktor Gerlach Auskunft erbeten und auf das bereitwilligste erhalten.“

2) a) Drei Artikel aus der Sächsischen Schulzeitung unter dem Pseudonym Siebenzellner (abgedruckt in Nr. 18 des Evang. Kirchen- u. Schulblatts). b) Anonym erschienen zwei Broschüren: „Die Reime zur Auflösung des Königlichen evangelischen Schullehrerseminars zu Breslau. Oder die erste halbjährige Wirksamkeit des Seminardirektors Herrn Friedrich Gerlach. Aus Rück-erinnerungen und schriftlichen Aufzeichnungen dargestellt von einem ehemaligen Zöglinge der Anstalt“ (Leipzig 1846) und „Würdigung der im 22. Heft des ‚Janus‘ von Huber angeblich von Dr. Harnisch gegen das aufgelöste königliche evangelische Schullehrer-Seminar zu Breslau erhobenen Anklagen und Beschuldigungen. Eine Stimme aus dem schlesischen Volkschullehrerstande“ (Leipzig 1846).

3) Ch. G. Scholz, Zur Geschichte usw. I, 24.

höheres Gehalt erhielten. Gründe genug für die Seminaristen, dem polnischen Unterricht möglichst wenig Aufmerksamkeit zu schenken, was natürlich bald zu einem gespannten Verhältnis zwischen den Seminaristen und dem mit dem polnischen Sprachunterricht beauftragten Lehrer führte. So kam es im Oktober 1845 zu einer Auseinandersetzung zwischen diesem Lehrer und einem unaufmerksamen Seminaristen, der in seiner Widerseßlichkeit von seinen Klassensameraden unterstützt wurde. Auch der Antritt der nun vom Direktor über die Hauptschuldigen verhängten Karzerstrafen wurde verweigert, und wieder stellte sich die ganze Klasse hinter die Betroffenen, forderte Zurücknahme der Bestrafung und bat für den Fall, daß das Gesuch abgelehnt würde, um Entlassung aus dem Seminar. Diese wurde ihnen zuteil, wenn auch anders, als sie gewünscht und erwartet hatten: Nachdem die meisten eine ihnen gesetzte Frist zur Zurücknahme ihrer Erklärung ungenützt hatten verstreichen lassen, wurde vom Provinzialschulkollegium die Ausweisung aus dem Seminar über 23 Zöglinge ausgesprochen. Ihr Ausscheiden aus dem Seminar war nicht mehr freiwillig, sondern als Strafe über sie verhängt. Damit war als unangenehme Folge für sie verbunden, daß ihnen der Weg in den Lehrerberuf nun dauernd verschlossen war. Auf den Bericht des Provinzialschulkollegiums, den der Kultusminister eingefordert hatte, nachdem er erst durch Zeitungen von diesen Vorgängen erfahren hatte, ordnete er eine Revision der Anstalt an. Der Revisionsbericht des Regierungs- und Schulrats F. Stiehl über die von ihm am 5. Dezember 1845 abgehaltene Revision des Seminars fiel so aus, daß der König auf die Immediateingabe des Kultusministers vom 15. Dezember 1845 am 29. Januar 1846 das Seminar auflösen ließ trotz der namentlich vom Oberpräsidenten v. Wedell dagegen geltend gemachten Bedenken.

In der Darstellung der Akten wie der nichtamtlichen Quellen finden sich in bezug auf die Oktoberereignisse nur geringfügige Unterschiede. Um so weiter aber gehen die Meinungen auseinander bei den Versuchen, zu erklären, wie es zu diesen Vorgängen kam und in der Bedeutung, die sie ihnen beimaßen: Während von seiten der Regierung in dem Vorgehen der Seminaristen eine Äußerung revolutionären Geistes erblickt zu werden schien, gegen die man sofort mit dem radikalen Mittel der Anstaltsauflösung einschreiten zu müssen glaubte, sah man von anderer Seite die Lage weit weniger bedrohlich und glaubte, daß nur persönliche Unzulänglichkeit des Anstaltsleiters oder seiner Mitarbeiter an der Zuspizung der Verhältnisse die Schuld trage und ein Personenwechsel hier hätte Abhilfe schaffen können. Die

eigentlichen Ursachen der Auflösung, für welche die Opposition der Zöglinge nur „zuletzt der äußere Anlaß“<sup>1)</sup> geworden ist, sind nun aufzusuchen.

Da spricht gegen die Auffassung, als sei lediglich die persönliche Unzulänglichkeit und der Mangel an pädagogischer Tüchtigkeit auf Seiten des Direktors oder des Lehrerkollegiums die Ursache der Auflösung gewesen, die leidenschaftliche Parteinahme des Publikums in dieser Angelegenheit. Diese Parteinahme kam in der Presse dank der Zensur freilich nur sehr gedämpft zum Ausdruck<sup>2)</sup>, gab sich aber in dem sonstigen Verhalten weiter Kreise der Breslauer Bürgerschaft gegenüber den gemäßregelten Seminaristen unzweideutig kund<sup>3)</sup>. Dieses Verhalten der Öffentlichkeit in der Frage der Seminarauflösung deutet darauf hin, daß man glaubte, der Regierung Opposition machen zu müssen, weil man der Überzeugung war, daß die politische Gesamtsphäre jener Tage und die politische Einstellung der Mitglieder des Lehrerkollegiums der Anstalt für die Entscheidung der Regierung von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sei. In Schlesien und besonders in Breslau war ja wie im Rheinland und in Ostpreußen der vormärzliche Liberalismus stark ausgeprägt und für die Berliner Regierung ein dauernder Anlaß zur Beunruhigung. Was lag da näher als die Weigerung einiger Seminaristen, eine über sie verhängte Karzerstrafe anzutreten und die Solidaritätserklärung ihrer Klassenkameraden mit den Bestraften in Zusammenhang mit den liberalen Strömungen zu bringen? In den Akten findet diese Auffassung völlig eindeutig Ausdruck<sup>4)</sup>.

1) Brief Eichhorns an den König vom 21. Oktober 1846 (A. d. R.) 2) Schlesische Zeitung 1845, Nr. 254, 262, 266; 1846, Nr. 29, 34, 36. Breslauer Anzeiger 1846, Nr. 19.

3) Entwurf der Immediateingabe des Kultusministers vom 15. Dezember 1845 an den König (A. d. R.): „Nach der Ausweisung der widerrspenstigen Zöglinge sind sofort in Breslau Geldsammlungen veranstaltet, und es ist 12 von ihnen hierdurch möglich gemacht worden, bis auf diesen Augenblick der getroffenen Strafmaßnahme zum Trotz zu verbleiben. In diesem Sinne ist der Vorfall auch in vielfachen Zeitungsartikeln ausgebeutet.“

4) In der Immediateingabe des Kultusministers an den König vom 15. Dezember 1845 (A. d. R.) wird behauptet, daß „die jetzige verkehrte Richtung des Seminars ihren hauptsächlichlichen Grund in den für ein Seminar ganz ungeeigneten Einflüssen seiner Umgebung hat. Endlich haben die ohne Zweifel schon lange, wenn auch nur mittelbar bestehenden Bestrebungen auf dem religiösen, sozialen und politischen Gebiete tätigen aufregenden Bestrebungen zu den Ansichten und dem Verhalten der Seminarzöglinge bei dem zuletzt stattgefundenen Exzeß und die darauf erfolgte Ausweisung einer Anzahl von Zöglingen einen . . . bestimmten Ausdruck gefunden“, während es von dem geschlossenen Vorgehen der Seminaristen heißt, daß es „sein Vorbild in mancherlei Vorgängen ihrer nächsten Umgebung findet.“



Um zu erkennen, welcher Art die Einflüsse waren, deren Folgen man in dem Verhalten der Seminaristen bei den Oktoberereignissen zu erblicken glaubte, ist es nötig, auf die religiöse und politische Bewegung der ersten Hälfte der vierziger Jahre näher einzugehen und zu untersuchen, ob diese Bewegung ihre Wellen tatsächlich bis in die Mauern des Breslauer evangelischen Schullehrerseminars schlugen, und ob und wie etwa Mitglieder des Lehrkörpers der Anstalt daran beteiligt waren.

Der Beginn der vierziger Jahre sah in Preußen die Geister in lebhafter Bewegung und Gärung. Ein Aufatmen ging trotz der persönlichen Beliebtheit Friedrich Wilhelms III. bei seinem Tode durch die Monarchie. Jetzt wurden die Stimmen wieder laut und lauter, die auf endliche Einlösung des Versprechungsversprechens drängten. Je höher die Hoffnungen gespannt waren, desto größer war die Enttäuschung, die um sich griff, als auch jetzt die Erfüllung des Versprechens auf sich warten ließ. Dieselbe Unruhe und Unzufriedenheit wie auf rein politischem Gebiet finden wir auch auf dem der Religion, und auch soziale Bewegungen fallen in diese Zeit. In Schlesien, und da wieder vor allem in Breslau <sup>1)</sup>, kam die allgemeine Unzufriedenheit mit dem System der behördlichen Bevormundung und Überwachung, wie es sich namentlich in der Pressezensur auswirkte, zu besonders scharfem Ausdruck. Der politische Liberalismus, dem der Weg in die Presse durch die Zensur versperrt war, kam in den Breslauer Demonstrationsfesten zu Worte, an denen vor allem die höheren Schichten des Bürgertums teilnahmen. Nachträgliche Maßregelungen der dabei aktiv Beteiligten, soweit es sich um Beamte handelte, die disziplinarisch belangt werden konnten, erhöhten nur die allgemeine Unzufriedenheit.

Ähnlich wie auf politischem Gebiete, ja fast mehr noch, war auch auf kirchlichem Breslau einer der Hauptkampfplätze. Innerhalb der katholischen Kirche kam es zu einer starken romfeindlichen Bewegung durch den Protest, den der Kaplan Johannes Ronge am 1. Oktober 1844 gegen die Ausstellung des heiligen Rockes in Trier in einem an den dortigen Bischof Arnoldi gerichteten offenen Briefe erhob. Das Breslauer Domkapitel exkommunizierte daraufhin am 4. Dezember 1844 Ronge. Kurz darauf erließ der Maler Professor Höcker einen Aufruf zur Bildung einer von Rom unabhängigen katholischen Kirche, und in der kurzen Zeit von Ende Januar bis Mitte Februar 1845 wuchs die neue Gemeinde auf über tausend Mitglieder an. Bald

<sup>1)</sup> Julius Stein, Geschichte der Stadt Breslau im 19. Jahrh. (Breslau 1884).



konnte es scheinen, als erwüchse im Deutschkatholizismus dem römischen Katholizismus eine ernste Gefahr. Die Bewegung breitete sich rasch aus. Aber die zunehmende Radikalisierung der Anhänger Ronges führte dann recht bald zu einer Spaltung innerhalb des Deutschkatholizismus und damit zu dessen äußerem wie innerem Rückgange. Doch fällt dieser Rückgang erst in die Zeit nach der Auflösung des Breslauer evangelischen Lehrerseminars.

In der evangelischen preußischen Landeskirche, in der die dogmatisch unduldsame Richtung eines Hengstenberg sich immer mehr der Förderung durch höhere und höchste Stellen erfreute <sup>1)</sup>, fiel in dieselbe Zeit eine ganz entsprechende Auflehnungserrscheinung, die ebenfalls von einem Geistlichen ausging. Auch sie erregte in hohem Grade die Breslauer öffentliche Meinung, und Breslauer Persönlichkeiten spielten in ihr eine wichtige Rolle. Diese protestantische Parallelerscheinung zu der Unruhe in den Reihen der Katholiken war die seit 1841 von der Provinz Sachsen ausgehende Bewegung der „Lichtfreunde“, wie sie von ihren Gegnern genannt wurden, der „Freunde protestantischer Freiheit“, wie sich ihre Anhänger selber zunächst nannten. Der Führer dieser Bewegung um 1845, der Pfarrer Uhlich, kam auch nach Breslau und hatte hier großen Zulauf. Auch einige Breslauer Geistliche schlossen sich der Bewegung an, u. a. der Senior L. W. A. Krause von der Bernhardinkirche, zu deren Kirchspiel auch das evangelische Schullehrerseminar gehörte. Im Anschluß an eine Versammlung der Breslauer Anhänger der Bewegung, die am 21. Juni 1845 in der Börse abgehalten wurde, unterschrieben 294 Anwesende eine Erklärung <sup>2)</sup>, die auf eine freiere Verfassung der Landeskirche drang. Unter den Unterzeichnern waren auch der Seminaroberlehrer Scholz I und der Seminarlehrer Scholz II vom Breslauer evangelischen Lehrerseminar.

So blieb das Seminar von den Tageskämpfen nicht gänzlich unberührt. Und wie wir hier zwei der Seminarlehrer im kirchlich-liberalen Lager sehen, so wird von verschiedenen Seiten <sup>3)</sup> eine entschiedene

1) Th. Ziegler, Die geistigen und sozialen Strömungen des 19. Jahrhunderts (Berlin 1899) 228. 2) Breslauer Zeitung vom 28. Juni 1845. 3) Brief Eichhorns vom 25. April 1842 an das Provinzialschulkollegium: „Gerlach sei ein Mann, „der als Theologe fest steht auf dem Boden des biblischen Christentums.“ (A. d. R.). — Oberpräsident v. Wedell am 28. November 1845 an den Kultusminister: Der Direktor habe „seiner Richtung wegen im hiesigen Publikum eine starke sehr geschäftige Partei gegen sich“ (A. d. R.). — Revisionsbericht Stiehls vom 5. Dezember 1845: „Durch unvorsichtige Zeitungspolemik hat er sich den Haß der emanzipationsfüchtigen Lehrer und des liberalen Publikums zugezogen.“ (A. d. R.)

Stellungnahme des Direktors Gerlach für eine streng positive kirchliche Richtung bezeugt. Gerlach besaß jene massive bäuerliche Gläubigkeit, die keinen Anstoß daran nimmt, den Teufel gelegentlich recht kräftig in das Geschehen dieser Welt eingreifen zu lassen <sup>1)</sup>. In welcher verhängnisvollen Weise sich diese Zwiespältigkeit des Lehrerkollegiums auswirkte, wird später noch zu erörtern sein.

Zunächst aber sei untersucht, ob die Behauptung des Kultusministers, daß die Einflüsse der Umgebung auf den unter den Seminaristen herrschenden Geist in der verhängnisvollsten Weise eingewirkt hätten <sup>2)</sup>, stichhaltig ist. Es wird zu untersuchen sein, ob tatsächlich erst in den letzten Jahren, eben seit dem Auftreten der oben geschilderten Bewegungen auf politischem und kirchlichem Gebiete, eine starke Verrohung der Zöglinge und eine Lockerung der Disziplin eingetreten ist. Wir werden zu diesem Zwecke auch Äußerungen über die Haltung der Seminaristen und die Disziplin im Seminar in dessen Blütezeit, also etwa in den zwanziger Jahren heranziehen müssen. Daß damals der in den Mauern des Breslauer evangelischen Lehrerseminars herrschende Geist keineswegs einwandfrei war, dafür führt Treitschke das Zeugnis jenes Mannes an, der diese Verhältnisse am besten kennen mußte, nämlich des damaligen ersten Lehrers an der Anstalt. „Schon in den zwanziger Jahren bemerkte Harnisch, der verdiente Direktor der Seminarien von Breslau und Weizensfels: Die althergebrachten Sünden der Roheit und Dieberei würden unter seinen Zöglingen seltener, dafür nähmen Dünkel und Weltfönn überhand“ <sup>3)</sup>. Auch von anderer Seite <sup>4)</sup> wurde darauf hingewiesen, daß selbst in jener Blütezeit der Anstalt mancherlei an der Zucht auszusetzen war. Die Turnfehde von 1819, in der ja Harnisch eine große Rolle spielte <sup>5)</sup>, gab dem Ministerium Veranlassung, eine Revision des Seminars durch Bededorff im Juli 1822 vornehmen zu lassen. Dieser tadelt in seinem eingehenden Berichte <sup>6)</sup> scharf die äußere Unordnung im Seminar, die üble Haltung, ja Frechheit der Seminaristen im Unterricht und in den Pausen; er vermißt eine besonnene und kräftige Handhabung der Disziplin und damit die Einwirkung auf die sittliche Bildung der Seminaristen. Ja, schon elf Jahre früher wird die später ja auch von Harnisch erhobene Klage über „mit Dünkel vergesellschaftete

1) Reime zur Auflösung usw. 40. 2) Vgl. S. 196, Anm. 4. 3) Treitschke, Deutsche Geschichte (5. Aufl., Leipzig 1908) V, 237. 4) Chr. G. Scholz, Zur Geschichte usw. I, 33. 5) W. Rubkowski, Die Breslauer Turnfehde (Zeitschr. d. Vereins f. Gesch. Schles. XLV, 1911). 6) (A. d. R.) Vol. II. Bericht Bededorffs über Revision des Seminars.

Unwissenheit“<sup>1)</sup> laut. Diese Klagen verstummen in den beiden nächsten Jahrzehnten nicht. Wir vernehmen sie auch von dem Direktor Schärf<sup>2)</sup>. Seinen Bemühungen sei es aber durch Ermahnungen und festes Beharren auf der Wahrung des Anstandes gelungen, hierin Wandel zu schaffen<sup>3)</sup>. Wenn sein Bericht darüber auch etwas Selbstlob zu enthalten scheint, so sind doch auch die Äußerungen der vorgesetzten Behörden zwischen 1832 und 1840 Zeugnisse für einen Wandel zum Besseren in der Zucht des Seminars. Vom Provinzialschulkollegium war in dieser Zeit der Konsistorialrat Michaelis, ein alter, sehr milder Herr, mit der besonderen Fürsorge für das Seminar betraut. Auch er bezeugt eine wesentliche Besserung der im Seminar herrschenden Disziplin seit dem Amtsantritt des Direktors Schärf<sup>4)</sup>, die erst unter dem letzten Direktor des Seminars, Gerlach, wieder in Verfall geraten sei. Daß hier Michaelis nicht etwa, um Gerlach zu belasten, nachträglich die Zustände im Seminar anders zeichnet, als sie tatsächlich waren, läßt sich aus Berichten des Provinzialschulkollegiums an den Kultusminister über das Seminar kurz vor dem Amtsantritt Gerlachs einwandfrei nachweisen<sup>5)</sup>, da sie der Zufriedenheit der Behörde mit dem Zustande des Seminars eindeutig Ausdruck gaben. Vereinzelt sind natürlich immer Verstöße gegen die Disziplin und die Anstaltsordnung, mitunter auch recht grobe, vorgekommen, aber kaum schlimmere als an andern ähnlichen Anstalten und eben immer nur Einzelfälle. Der Direktor Gerlach bemühte sich zwar, die Disziplin des Seminars als

1) Ministerium an das Breslauer Konsistorium über Revision des Seminars durch v. Sövern am 22. September 1811 (A. d. R., Vol. II). 2) Jahresbericht für 1833/34 und 1834/35 vom 20. Juni 1835 (A. d. R., Vol. VII): „Was mir bei der Übernahme des Direktorats hinsichtlich der Seminaristen auffiel, war sichtbare Vernachlässigung des äußeren Anstandes. Sie zeigten dies nicht bloß in einem entschiedenen Mangel an der dem Lehrpersonal schuldigen äußerlichen Achtung in und außer den Lehrstunden. Selbst bei den Übungen der Andacht tat sich ein Bestreben hervor, den Zweck eines solchen Beisammenseins zu ignorieren.“

3) Jahresbericht des Seminars für 1833/34 und 1834/35 vom 20. Juni 1835 (A. d. R.): Ich „hatte in Kurzem die Freude, daß in der Stunde der Selbstbeschäftigung, die ich regelmäßig, aber stets zu verschiedener Zeit besuchte, Ruhe und Stille herrschte, . . . daß in den Lehrstunden nicht nur anständiges Betragen zur Gewohnheit wurde, sondern auch das Hinterhältige in den Blicken verschwand.“

4) Rechenschaftsbericht Michaelis' an das Kultusministerium vom 14. März 1846 (A. d. R.): „Möglichst suchte ich zu bewirken, daß die Zügel straffer angezogen wurden und es gelang ganz, als der Direktor Schärf antrat und so ist es bis zum Antritt Gerlachs geblieben.“ 5) Provinzialschulkollegium am 11. Juni 1841 an das Kultusministerium (A. d. R.): „Anlangend den allgemeinen Zustand der Anstalt, so ist derselbe immer noch ein erfreulicher.“



schon zur Zeit seines Amtsantritts völlig zerrüttet zu erweisen <sup>1)</sup>. Er zog, um das nachzuweisen, die Strafregister der Anstalt aus der seinem Direktorat vorangehenden Zeit heran. Darin findet sich aus der Zeit von 1812 bis 1822 trotz der oben erwähnten Klagen Harnischs über die Seminaristen kein einziger Disziplinarfall genannt, was sich mit diesen Klagen wohl nur so in Einklang bringen läßt, daß angenommen wird, Harnisch habe kein Strafprotokoll geführt. Der erste Fall, den Gerlach anführt, ereignete sich am 28. Mai 1823, ein halbes Jahr nach dem Weggange Harnischs von der Anstalt. Es sei damals über die Bestrafung eines Zöglings mit  $\frac{1}{2}$  Stunde Karzer ein „förmlicher Aufrstand“ entstanden. Erst über zwei Jahre später müssen wieder zwei Seminaristen strenger bestraft werden (wegen Kartenspiels in einer Kneipe). Und so geht es weiter: meistens handelt es sich um echten Schülerunfug, wie er auch an jeder höheren Schule damals wie heute seine Seitenstücke fand und findet. Es ist da die Rede von Spottgedichten auf Lehrer, Werfen mit Kirchkernen, gelegentlichem heimlichen Tabakrauchen und was dergleichen Schüleründen mehr sind. Außer dem schon erwähnten „förmlichen Aufrstand“ vom 28. Mai 1823 und einer gemeinsamen schriftlichen Beschwerde sämtlicher Seminaristen gegen den Oberlehrer Hientzsch wegen einer körperlichen Züchtigung eines Seminaristen<sup>2)</sup> kam es nur noch ein einziges Mal am 6. Oktober 1830 zu einer Auflehnung eines ganzen Kursus gegen eine dienstliche Anordnung, ohne daß jedoch damals das schwere Geschütz der Anstaltsauflösung dagegen aufgefahren worden wäre. In allen andern von Gerlach angeführten Fällen handelte es sich nur um Widerseßlichkeit einzelner Zöglinge, wie sie zu allen Zeiten vorgekommen ist und vorkommen wird oder andere harmlose Vergehen der oben genannten Art. Im ganzen kamen von 1823 bis 1841 siebenzehn solcher schwereren Disziplinarfälle vor, die sich über diese ganze Periode ziemlich gleichmäßig verteilen, im Jahre durchschnittlich einer. Es läßt sich danach kaum behaupten, daß das sittliche Niveau der Zöglinge des Breslauer evangelischen Lehrerseminars ein besonders niedriges gewesen sei <sup>3)</sup>. Daß übrigens seit dem Amtsantritt des Direktors Schärff eine Besserung der im Seminar herrschenden Disziplin eintrat, wird von Eich-

<sup>1)</sup> Rechtfertigungsschrift Gerlachs an den Kultusminister vom 20. Januar 1846 (A. d. R.). <sup>2)</sup> Beschwerde vom 17. April 1826 (A. B.). <sup>3)</sup> Rechtfertigungsschrift des Konsistorialrats Menzel vom 7. Juli 1846 (A. d. R.): „Ohne diese Fälle entschuldigen zu wollen, ist zu bemerken, daß diese Fälle auf 100 junge Leute aus den niederen Ständen während eines Zeitraums von 5 Jahren sich verteilen, also die Zucht des Seminars im Vergleich mit anderen Schul- und Erziehungsanstalten wohl würde bestanden haben.“



horn selber zugegeben, allerdings mit der charakteristischen Einschränkung, daß sich diese Besserung in den äußeren Erscheinungen gezeigt habe <sup>1)</sup>. Es scheint, als ob damit gesagt sein solle, daß die Besserung unter Schärff nur eine scheinbare gewesen sei, daß also die späteren Unbotmäßigkeiten unter Gerlach nur ein Wiederaufflammen einer immer noch im Verborgenen vorhandenen Glut und nicht ein ganz neu entstandener Brand gewesen seien. Zwar bestände die Möglichkeit, daß die unter Harnisch während und nach den Befreiungskriegen im Seminar eingerissene Lockerung der Disziplin sich durch die Jahrzehnte erhalten hätte, aber sie müßte sich doch dann gelegentlich auch unter einem strengen Direktor gezeigt haben. Davon aber erfahren wir nichts, ebenso wie auch Eichhorn keine Tatsache anführt, die seine ohne Mühe zwischen den Zeilen zu lesende Behauptung stützen könnte, daß die Besserung im Seminar nur äußerlich gewesen sei. Zudem ist von dem Urteil des Ministers zu beachten, daß es nach der Auflösung des Seminars abgegeben wurde, daß es also sehr wohl von der Absicht beeinflusst gewesen sein kann, die Auflösung als unumgänglich notwendig zu erweisen. Denn nur auf die Annahme, daß keine wirkliche Besserung der im Seminar herrschenden Verhältnisse unter Schärff eingetreten sei, daß vielmehr ein von Anfang an unter den Zöglingen der Breslauer Anstalt von Generation zu Generation sich forterbender Geist der Widerspenstigkeit geherrscht habe, dessen nicht durch einen Wechsel in der Leitung der Anstalt, sondern nur durch deren völlige Auflösung Herr zu werden war, ließ sich ja der Entschluß zur Auflösung der Anstalt gründen, wenn man nicht offen zugeben wollte, daß doch politische Gründe bei diesem Schritte entscheidend mitwirkten.

So hat sich bisher kein Anhaltspunkt dafür ergeben, daß die Disziplin im Seminar bis zum Amtsantritt des letzten Direktors schlechter als in andern ähnlichen Anstalten war. Es erhebt sich nun noch die Frage, ob, wie von verschiedenen Seiten behauptet wurde, die Einflüsse der Umgebung und des Zeitgeistes auf die Breslauer Seminaristen derart waren, daß eine Untergrabung der Disziplin die notwendige Folge sein mußte. Es wird sich das Vorhandensein irgendwelcher zur Widerseßlichkeit aufreizender Einflüsse durchaus nicht überall behaupten lassen, wo etwa irgend eine Auflehnung eines Seminaristen gegen die Anstaltsordnung oder gegen einen der Lehrer vorgefallen ist, oder wo sich eine irgendwie auffallende und der Regierung

<sup>1)</sup> Eichhorn an den König am 21. Oktober 1846 (A. d. R.): „Dieser Zustand wurde von 1833 an wenigstens in seinen äußeren Erscheinungen gebessert.“

mißliebige Stellungnahme eines Seminaristen in kirchlicher oder politischer Beziehung zeigte. Die jungen Leute kamen ja keineswegs als unbeschriebene Blätter in das Seminar <sup>1)</sup>. Die aus verschiedenen Gründen unter der Lehrerschaft der ganzen Provinz herrschende Erregung und Unzufriedenheit konnte natürlich den Präparanden, die von einem Teil dieser Lehrer für den Besuch des Seminars vorbereitet wurden, nicht verborgen bleiben. Diese Unzufriedenheit fand in den jungen Leuten einen um so geeigneteren Boden, als sie ja zum überwiegenden Teile Bevölkerungsschichten entstammten, die in Opposition zur Regierung standen. Sie waren Söhne von Handwerkern, die in der Gewerbefreiheit die Ursache ihres wirtschaftlichen Niedergangs sahen und deshalb voll Groll gegen die Regierung waren, die ihnen dieses Danaergeschenk gemacht hatte; andere waren Söhne von Bauern, die von den Lasten sich bedrückt fühlten, die ihnen die Regierung auferlegte, und die noch mehr unzufrieden waren mit den noch vorhandenen Resten der alten feudalen Ordnung. Es bestand also eine gewisse oppositionelle Stimmung unter den angehenden Lehrern in weitem Umfange schon vor der Aufnahme ins Seminar, und sie ist auch bei den Zöglingen der anderen schlesischen Seminare vorauszusetzen, da sie ja aus denselben Verhältnissen stammten, dieselbe Vorbildung erhalten hatten. So bestände, da es weder in Bunzlau noch in Ober-Glogau zu Austritten kam, die den Breslauer Oktoberereignissen ähnelten, die Möglichkeit, daß wirklich in erster Linie Einflüsse der großstädtischen Umgebung dazu führten, daß die allgemeine Unzufriedenheit im Breslauer Seminar einen solchen Umfang annahm, daß zu ihrer Unschädlichmachung nur noch die ultima ratio der Auflösung der Anstalt blieb.

Wie stand es nun mit der Beeinflussung der Seminaristen von außerhalb des Seminars her? Da ließ sich eine hermetische Abschließung der Zöglinge von der übrigen Breslauer Bevölkerung und den diese bewegenden Tagesfragen natürlich nicht durchführen. Die Zöglinge hatten täglich mehrere Stunden Ausgang, in denen sie zum Teil in Breslauer Familien verkehrten, wo sie vielfach mit Stundengeben einen Teil ihres Unterhalts verdienen mußten. Im Gespräch bekamen sie auch gelegentlich einmal abfällige Äußerungen der Bürger über die hohen Behörden zu Ohren. Andere wieder durchwanderten

<sup>1)</sup> Scholz I am 5. Dezember 1845 zu Protokoll (M. d. R.): „Es ist nicht zu leugnen, daß die Zöglinge mit den mancherlei die gegenwärtige Lehrwelt auch in der hiesigen Provinz beschäftigenden, z. T. ganz unrichtigen Gedanken und Ansichten in die Anstalt eintraten.“

in ihrer freien Zeit die Straßen, musterten die Auslagen der Buchhandlungen, in denen etwa die Streitschriften der Lichtfreunde, z. B. des Pfarrers Uhlich und ähnliche, zum Lesen lockten. Von den „kapitalkräftigeren“ unter den Seminaristen wurde wohl solche Konterbande gelegentlich auch ins Internat geschmuggelt. Die Zöglinge bekamen außerhalb des Seminars auch Tageszeitungen in die Hände und erfuhren durch diese wenn auch streng zensurierten Berichte von dem politischen und religiösen Leben der Zeit im allgemeinen und Breslaus im besonderen. Diese Einflüsse waren überwiegend anonymen Natur. So wird denn auch vom Kultusministerium in bezug auf die Oktoberausbreitungen von 1845 zugegeben, daß sich „trotz der sorgfältigsten Nachforschungen ein direkter Einfluß einzelner Personen auf die im Oktober dieses Jahres von den Seminaristen als Korporation versuchten widerseßlichen Schritte nicht hat nachweisen lassen“<sup>1)</sup>. Vor allem haben sich keine Beziehungen der auffälligen Seminaristen zu den Führern der politischen Opposition in Breslau auffinden lassen. Die angeführten Arten möglicher politischer Beeinflussung: Verkehr in Bürgerhäusern, Lektüre von Zeitungen und Broschüren waren in kleineren Städten auch gegeben. Ferner haben die behördlichen Nachforschungen keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß sich Seminaristen irgendwie am politischen Leben aktiv beteiligt hatten: die jungen Leute schwärmten theoretisch von Freiheit, legten sich Sentenzensammlungen an, in die sie z. B. aus „Don Carlos“ Stellen ausnahmen, die gegen Tyrannei und Priesterherrschaft gerichtet waren<sup>2)</sup>; aber ähnliche Sammlungen hätte man in den Seminaren der Kleinstädte ebensogut gefunden; sie gehörten auch im 20. Jahrhundert noch zu den Begleiterscheinungen eines preußischen Seminarinternats. Nie haben sie zu einem Versuch einer Staatsumwälzung geführt.

Ähnlich wie auf politischem lagen die Dinge auf kirchlichem Gebiete. Auch hier sehen wir die Zöglinge an den Zeiterscheinungen lebhaft interessiert. Einer von ihnen verfaßte über die Kongesche Angelegenheit eine Broschüre, die allerdings noch im Manuskript unterdrückt wurde. Sicher steht die rege Anteilnahme der Seminaristen an kirchlichen Fragen in Zusammenhang mit der Tatsache, daß das

1) Immediatbericht an den König vom 15. Dezember 1845 (A. d. R.).

2) Revisionsbericht Stiehls vom 5. Dezember 1845 (A. d. R.): „Bezeichnend ist, daß Stellen, wo zum Teil in extravaganter Weise von Freiheit und Tyrannei, von Priesterherrschaft, Glaubenszwang, Menschenwürde etc. die Rede ist, die Mehrzahl bildete“.



Seminar zu dem Kirchspiel von St. Bernhardin gehörte; und daß der Senior von St. Bernhardin, der Pastor C. W. A. Krause, einer der eifrigsten schlesischen Anhänger der lichtfreundlichen Bewegung war <sup>1)</sup>. Bei dem vorgeschriebenen allsonntäglichen Kirchenbesuch der Seminaristen hätten diese, auch wenn sie nicht auf andere Weise darauf aufmerksam geworden wären, Fühlung mit dieser protestantischen Bewegung bekommen. Sie sahen in Uhlisch den Vollen der von Luthers Werk. Aber auch hier ist es nicht so, daß diese Einflüsse der Breslauer Umgebung erst einen Wandel in der Gesinnung der Zöglinge hervorgerufen haben. Ihre Gesinnung war vielmehr schon beim Eintritt in das Seminar ausgesprochen rationalistisch, teils von Hause aus, teils infolge der Einwirkung rationalistisch gesinnter Lehrer <sup>2)</sup>.

So wird man mit Recht bestreiten dürfen, daß die „verkehrte Richtung des Seminars ihren hauptsächlichsten Grund in den für ein Seminar ganz ungeeigneten Einflüssen seiner Umgebung“ <sup>3)</sup> hatte, da sich herausgestellt hat, daß diese von der Regierung mißbilligte Gesinnung in den Zöglingen meist schon vor dem Eintritt in das Breslauer Seminar vorhanden war. Außerdem gesteht die Regierung durch ihre Maßnahmen bei der Auflösung selber stillschweigend zu, daß auch nach ihrer Ansicht bei der Entwicklung, welche die Dinge im Seminar in den Jahren vor der Auflösung nahmen, andere Faktoren als „die in Breslau auf dem religiösen, sozialen und politischen Gebiete tätigen aufregenden Bestrebungen“ <sup>4)</sup> stark mitgewirkt hätten: die Regierung begnügte sich nämlich nicht mit einer bloßen Verlegung des Seminars in das Landstädtchen Löwen <sup>5)</sup> bei Brieg, sondern nahm zugleich einschneidende Veränderungen in der Zusammensetzung des Lehrerkollegiums der Anstalt vor. Der Direktor Gerlach, der Seminaroberlehrer Scholz I und der Seminarlehrer Loeschke schieden aus dem Lehrerkollegium aus und wurden auch an keinem anderen Seminar wieder angestellt. Daraus läßt sich schließen,

---

1) C. W. A. Krause, Die protestantischen Freunde und ihre erste Hauptversammlung in Breslau (Breslau 1845). 2) Revisionsbericht Stiehls vom 5. Dezember 1845 (A. d. R.): „Die Vorbildung fast aller Zöglinge ist nach Aussage des p. Gerlach rationalistisch, ihr Vorurteil gegen seine religiöse Richtung groß“. Dazu erklärt der Seminarlehrer Loeschke zu Protokoll: „Es ist nicht zu leugnen, daß sehr viele Zöglinge aus ihrem früheren und Präparandenleben den Emanzipationschwandel, auch eine von der religiösen Auffassung des Direktors Gerlach verschiedene mit in die Anstalt bringen“. 3) Immediateingabe vom 15. Dezember 1845 (A. d. R.). 4) Siehe Anm. 3. — 5) Bis 1849, seitdem in Münsterberg.



daß die Regierung ihnen einen Teil der Schuld an den Verhältnissen des Seminars beimaß. In der Art freilich, wie diese Schuld auf die drei Genannten verteilt und worin sie gesehen wird, gehen unsere Quellen wieder weit auseinander.

Die Stellung des Direktors Gerlach war von vornherein äußerst schwierig. Er war entgegen dem Wunsche des in der Mehrzahl seiner Mitglieder liberalen Provinzialschulkollegiums und vor allem seines Vorsitzenden, des Oberpräsidenten von Merdel, denen seine starr orthodoxe Gesinnung bekannt war, an die Spitze des Breslauer evangelischen Lehrerseminars berufen worden. Das ablehnende Gutachten, das die Breslauer Behörde vor Gerlachs Berufung an das Kultusministerium sandte, wurde freilich nicht mit Gerlachs kirchlicher Stellungnahme, sondern mit anderen Eigentümlichkeiten seiner Persönlichkeit begründet. Das Gutachten <sup>1)</sup> betonte vor allem seinen starren Eigensinn und seine geringe Verträglichkeit, die ihn zur Leitung einer Anstalt und zu gedeihlicher Zusammenarbeit mit einem Lehrerkollegium, in dem einzelne Mitglieder kirchlich anders als er eingestellt waren, ungeeignet erscheinen ließen. Dazu habe er auch bei seiner Probelektion kein Lehrgeschick bewiesen. Da aber, wie erwähnt, das Provinzialschulkollegium gegen Gerlach voreingenommen war, so werden wir zusehen müssen, ob sein Urteil von anderer Seite bestätigt wird und ob der Verlauf der Ereignisse die ausgesprochenen Befürchtungen als berechtigt erwies.

Gerlachs Lehrgeschick scheint tatsächlich in keiner Weise den Anforderungen genügt zu haben, die man billigerweise an den Leiter einer Lehrerbildungsanstalt, der doch den Zöglingen auch in lehrtechnischer Hinsicht ein Vorbild sein soll, stellen muß. Zwar beruft sich der Generalsuperintendent Hahn, der sich beim Kultusminister für Gerlach verwendet, auf eine Mitteilung von Michaelis über Gerlachs Leistungen in der Probekatechese. Aber wenn gesagt wird, es seien „nicht unerfreuliche Mitteilungen“ <sup>2)</sup> gewesen, so ist dieses Lob nicht eben sehr positiv. Bedeutend schwerer dürfte demgegenüber das Urteil ins Gewicht fallen, das die Seminaristen selber über die

---

<sup>1)</sup> Provinzialschulkollegium an Kultusminister am 17. Januar 1842 (M. d. R.): „Teils ist seine Katechisation nicht so ausgefallen, daß wir hätten erwarten können, er werde den Zöglingen darin als Muster dienen können, teils ist uns wegen seines verschiedentlich manifestierten starren Eigensinns und seiner wenigen Verträglichkeit bedenklich und auch von mehreren berücksichtigungswerten Seiten her so bange gemacht worden, daß wir besorgen, es würde unter seinem Direktorat die Einigkeit der Lehrer kaum zu erhalten sein.“ <sup>2)</sup> Brief Hahns an den Kultusminister vom 20. Februar 1842 (M. d. R.).

Probekatechese ihres zukünftigen Direktors fällten <sup>1)</sup>. Danach hatte diese einen „üblen Eindruck“ gemacht und „vielen Stoff zu scherzhafter Unterhaltung“ geboten. Könnte man gegen eine Ablehnung Gerlachs, die nur auf die mißglückte Probekatechese gegründet gewesen wäre, den Einwand erheben, daß diese wie jedes Examen unter abnormen Verhältnissen abgelegt worden sei, daß die Befangenheit den Lehrenden vielleicht ungünstig beeinflusst habe und auch andere Zufälle hemmend gewirkt haben könnten, so lassen sich diese Entschuldigungsgründe für die regelmäßige Lehrtätigkeit Gerlachs nicht anführen. Die Proben von Unterrichtsgesprächen, die berichtet werden <sup>2)</sup>; und die sonstigen Sonderbarkeiten in Gerlachs Art zu unterrichten <sup>3)</sup>, zeigen eine solche Unbeholfenheit in der Methode des Unterrichts, daß es kein Wunder war, wenn die Seminaristen, die von dem Seminaroberlehrer Scholz I und dem Lehrer Loeschke einen methodisch einwandfreien, fesselnden Unterricht gewöhnt waren, unter sich an dem Unterricht des Direktors die schärfste Kritik übten und ihn keineswegs als vorbildlich betrachteten. Dazu kamen noch eine Anzahl anderer Eigentümlichkeiten Gerlachs, die in ihrem Zusammenwirken die Ordnung des Seminars untergruben. Ein merkwürdiger plötzlicher Übergang von dem Extrem überströmender Beteuerungen christlicher Bruderliebe gegenüber den ihm unterstellten Zöglingen, die an straffe Unterordnung gewöhnt waren und die Gerlachs übertriebenes Entgegenkommen von vornherein mit Mißtrauen betrachteten <sup>4)</sup>, zu dem entgegengesetzten Extrem äußerster Strenge, ja bis zu groben Beschimpfungen und unüberlegten Drohungen mit körperlicher Züchtigung ließ die ihm anvertrauten jungen Leute von Anfang an in kein Vertrauensverhältnis zu ihm kommen und führte zu einer immer stärker ablehnenden Haltung der Seminaristen gegenüber ihrem Direktor <sup>5)</sup>. Der Umstand, daß solch ein plötzlicher Wechsel in der Haltung des Direktors oft eintrat, daß aber andererseits die im Zorn angedrohten Strafmaßnahmen fast nie zur Durchführung kamen, ließ die Achtung der Zöglinge vor dem Anstaltsleiter mehr und mehr schwinden. Die Angaben der anonymen Streitschrift über Gerlachs übertriebene Strenge, die an sich ja natürlich mit großer Vorsicht zu verwenden wären, finden ihre Bestätigung in amtlichen Schriftstücken aus der Zeit v o r den Oktoberereignissen <sup>6)</sup>. Dabei ging die für die

1) Reime zur Auflösung usw. 12 f.

2) Ebda 28—42.

3) Ebda 38.

4) Ebda 14.

5) Ebda 19.

6) Bericht des Provinzialschulkollegiums an den Minister vom 20. Mai 1845 (M. d. R.): „Es will überhaupt scheinen, daß eine

Disziplin verderbliche Wirkung weniger von Gerlachs übertriebener Strenge aus, als vielmehr von dem meist unmotiviert erscheinenden Übergang von einem Extrem ins andere, da er in den Seminaristen wohl nicht mit Unrecht das Gefühl erweckte, daß der Direktor im Grunde eine schwache, haltlose Natur sei und daß auch die Zornesausbrüche bei aller Heftigkeit nicht Kraftäußerungen einer geborenen Herrschernatur, sondern eine Maske der Hilflosigkeit seien, die in anderen Fällen sich wieder ganz naiv offen verriet und mitunter geradezu groteske Formen angenommen haben muß <sup>1)</sup>). Wie völlig es ihm an der sicheren Überlegenheit im Verkehr mit den Siebzehn- bis Zwanzigjährigen, an jeder Spur von Humor mangelte, wie er in jeder Äußerung jugendlichen Mutwillens und Übermuts nur den „Geist der Auflehnung gegen göttliche und menschliche Ordnung“ <sup>2)</sup>) sah, dafür liefern die Akten ein sprechendes Beispiel <sup>3)</sup>). Die geräuschvollen Freudentkundgebungen der Seminaristen am Vorabend der großen Ferien haucht Gerlach zu einer Haupt- und Staatsaktion auf und spricht von ihrem „Charakter völliger Roheit“. Das Kultusministerium muß aber damals zu Beginn von Gerlachs Amtszeit in dem Verhalten der Seminaristen nicht den Ausdruck eines Geistes gesehen haben, der von den damaligen Breslauer politischen Bewegungen beeinflusst gewesen sei, zumal Gerlach selbst in seinem Bericht betont hatte, daß es sich um eine „seit länger als 20 Jahren bestehende Unsitte“ handle. So sah sich weder das Kultusministerium noch das Provinzialschulkollegium zum Einschreiten veranlaßt, sondern überließ die Erledigung der im Grunde harmlosen, politisch jedenfalls gänzlich bedeutungslosen Angelegenheit der pädagogischen Geschicklichkeit des Anstaltsleiters.

Es ist natürlich anzunehmen, daß Gerlach, was die Unterrichtsmethode anlangt, in der Zeit vom September 1842, aus der die Stilblüten der „Reime“ stammen, bis zum Ende seiner Lehrtätigkeit Fortschritte gemacht hat. Deshalb werden wir die obigen Angaben über seine Ungeschicklichkeit im Unterricht nicht dadurch für entkräftet halten dürfen, daß Stiehl am 5. Dezember 1845 ein verhältnismäßig

---

Neigung zum Rigorismus in ihm vorhanden ist“. Und der Konsistorialrat Menzel berichtet am 28. August 1845 dem Oberpräsidenten v. Wedell als Vorsitzenden des Provinzialschulkollegiums, Gerlach sei „zu den Seminaristen vielleicht zu rigoristisch und mißtrauisch“.

1) Reime zur Auflösung usw. 21. 2) Brief von Gerlachs Freund Julius Müller, Professor der Theologie in Halle, an Eichhorn am 15. Februar 1846 (M. d. R.). 3) Gerlachs Jahresbericht für 1841/43 über das Seminar (M. d. R.).



günstiges Urteil über seinen Unterricht fällt <sup>1)</sup>. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß der spätere Verfasser der Regulative für Gerlach, der von seinen Freunden für einen Märtyrer seines Glaubens gehalten wurde, wohl etwas voreingenommen war. Daß er mit dem *Inhalt* seines Religionsunterrichts sehr zufrieden war, kann uns bei der orthodoxen Richtung nicht verwundern, und diese Zufriedenheit kann sehr wohl auch das Urteil über die *Form* des Unterrichts beeinflusst haben. Dieselben Bedenken lassen sich gegenüber günstigen Urteilen des Generalsuperintendenten Hahn <sup>2)</sup> und des Superintendenten Ribbek <sup>3)</sup> geltend machen. Dazu kommt, daß jener seit langen Jahren Gerlach kannte und ihm „3. L. Gehülfe, Leiter und Förderer seiner Studien gewesen“ <sup>4)</sup> ist. Auf Ribbeks Hymnus auf Gerlach aber werden wir um so weniger Wert zu legen haben, als er wenige Jahre vorher sich schon als ein recht schlechter Menschenkenner erwiesen hatte, indem er Binner, den Vorgänger Gerlachs, nicht warm genug für den Seminardirektorposten empfehlen konnte, den dieser dann in so schmachlicher Weise mit dem Gefängnis vertauschen mußte. Vor allem aber werden die Lobpreisungen auf Gerlachs „pädagogische Tüchtigkeit“ aufs schlagendste widerlegt durch sein Verhalten als Anstaltsleiter sowohl gegenüber den Seminaristen wie gegenüber seinen Mitarbeitern an der Anstalt. Als Erzieher hat er völlig versagt und die Maßregeln, mit denen er den Geist des Seminars in die von ihm gewünschte Richtung zu bringen suchte, müssen als durchaus verfehlt bezeichnet werden. Daß er den auffässigen Seminaristen auf Grund einiger Paragraphen des Allgemeinen Landrechts mit Zuchthausstrafen droht <sup>5)</sup>, zeigt seinen Mangel an pädagogischem Takte deutlich. Von großem Nachteil für die Anstalt war auch der eigenbrödlische Starrsinn, mit dem er seine Maßnahmen traf. Man kann

<sup>1)</sup> Revisionsbericht vom 5. Dezember 1845 (A. d. R.): „Verkehrte Anordnung abgerechnet, kann man dem Unterricht des Direktors Gerlach, was den Inhalt und die Form betrifft, Beifall nicht versagen. Wenn die letztere früher abstrakt und zu schwer gewesen sein soll, so leidet sie jetzt nicht mehr an diesen Mängeln, ist vielmehr klar, entwickelnd und den Zwecken des Seminars angemessen.“ <sup>2)</sup> Revisionsbericht Hahns vom 18. März 1845 an den Kultusminister (A. d. R.): „Sein Unterricht ist ebenso lebendig und anregend wie instruktiv, der Gedankengang wohl mitunter springend, doch planmäßig, und dabei ist er der Sprache so mächtig und zugleich so fähig, in fremde Gedankenkreise einzugehen, daß seine pädagogische Tüchtigkeit wohl keinem Zweifel unterliegen kann.“ <sup>3)</sup> Ribbek am 14. März 1842 an Kortüm (A. d. R.): „Gerlach imponiert durch seine äußere Erscheinung, so rüstig und kräftig tritt er einher, so ergreifend ist sein Blick, so rasch und entschieden seine Rede.“ <sup>4)</sup> Hahn am 20. Februar 1846 an den Kultusminister (A. d. R.). <sup>5)</sup> Scholz, Zur Geschichte usw. I, 27.



sich kaum etwas pädagogisch Besserer denken, als daß sich ein Anstaltsleiter, noch nicht vertraut mit den neuen Verhältnissen, in die er eintritt, unter Umgehung seines Kollegiums an seine Zöglinge um Rat wendet, zumal wenn er über deren Dünkelhaftigkeit und unbotmäßiges Wesen ohnehin Klage führen zu müssen glaubt. Ob diese Zurückhaltung gegenüber seinen Mitarbeitern am Seminar auf Hochmut beruhte oder auf einer Scheu, seine Unkenntnis vieler Dinge und Verhältnisse, die er als Anstaltsleiter hätte kennen müssen, ihnen einzugestehen, ist belanglos. Das Ergebnis war auf jeden Fall verhängnisvoll für die Disziplin: er traf Anordnungen, von denen das Kollegium nichts wußte und bei deren Durchführung es ihn deshalb auch nicht unterstützen konnte, wenn es nicht gar geschah, daß das Kollegium in Unkenntnis über die Anordnungen des Direktors diesen ohne Absicht zuwiderhandelte und so zur Untergrabung der Ordnung im Seminar beitrug. So gab der Direktor, dem die bestehende Hausordnung nicht streng genug war, eines Tages den Seminaristen eine neue, von ihm allein aufgestellte Hausordnung, von der auch das Lehrerkollegium bei ihrer Verlesung vor den Zöglingen zum ersten Male hörte<sup>1)</sup>. Daß das Provinzialschulkollegium, das erst durch eine Beschwerde von dieser neuen Hausordnung erfuhr, zu deren Einführung doch seine Genehmigung vorher hätte eingeholt werden müssen, sie für ungültig erklärte und von dem Direktor die Vorlegung einer neuen verlangte, diente natürlich auch nicht dazu, das Ansehen des Direktors bei seinen Untergebenen zu heben. Diese Zurückhaltung Gerlachs gegenüber seinem Lehrerkollegium ging sogar soweit, daß er dadurch seine Pflichten als Anstaltsleiter gröblich verletzte<sup>2)</sup>. Trotz der von Gerlach angeführten Entschuldigungen dafür, daß unter seiner Seminarleitung die Ordnung der Anstalt sich völlig aufgelöst habe, trotz des Hinweises darauf, daß das Provinzialschulkollegium und das Lehrerkollegium des Seminars ihn nur mangelhaft bei seinen Bemühungen um die Besserung der Disziplin unterstützt hätten, muß das Kultusministerium von seiner völligen Ungeeignetheit zur Leitung einer Lehrerbildungsanstalt schließlich überzeugt gewesen sein, da es von Gerlachs Weiterverwendung im Seminardienst abriet<sup>3)</sup>. Es

<sup>1)</sup> Ch. G. Scholz, Zur Geschichte usw. II, 9.    <sup>2)</sup> Bericht des Kultusministers an den König vom 21. Oktober 1846 (A. d. R.): „Der Gerlach hat während seiner amtlichen Verwaltung nie die Unterrichtsstunden der ihm untergebenen Lehrer besucht und revidiert. Nichtsdestoweniger hat der Gerlach in den jährlich einzureichenden Konduitenlisten über die Lehrfähigkeit der Lehrer sein Urteil, wie er sagt, nach dem allgemeinen Eindruck ihrer Wirksamkeit abgegeben.“    <sup>3)</sup> Bericht Eichhorns an den König vom 21. Oktober 1846 (A. d. R.): „Dagegen kann ich den

wurde damit offen zugegeben, daß von Gerlach auch unter im übrigen günstigen Verhältnissen keine ersprießliche Tätigkeit in der Stellung eines Seminardirektors zu erwarten sei, und daß das Ministerium mit der Durchsetzung von Gerlachs Berufung zum Seminardirektor entgegen dem Gutachten des Provinzialschulkollegiums einen argen Mißgriff begangen hatte.

Von seiten des „Evangelischen Kirchen- und Schulblattes“ ist nun der Versuch gemacht worden, die Hauptschuld an den unerquicklichen Verhältnissen, die sich im Seminar in den letzten Jahren vor der Auflösung entwickelten, von dem Direktor abzuwälzen und sie dem Lehrerkollegium, in erster Linie dem Seminaroberlehrer Scholz I aufzubürden. Die Zerrüttung der Disziplin im Seminar wird hier vor allem auf den Einfluß zurückgeführt, den die Lektüre der von Scholz I herausgegebenen „Schlesischen Schullehrerzeitung“ auf die Seminaristen übte. Dem läßt sich entgegenhalten, daß dieses Blatt erst seit März 1843 erschien <sup>1)</sup>, also zu einer Zeit, in der die Stimmung der Seminaristen gegenüber Gerlach bereits recht bedenklich war, wie aus der schon mehrfach zitierten Schrift „Reime zur Auflösung usw.“ deutlich ersichtlich ist. Diese Schrift berichtet ja gerade über das erste Halbjahr der Gerlachschen Tätigkeit als Seminardirektor, d. h. über die Zeit vom September 1842 bis März 1843, schließt also dort ab, wo die Wirkung der Scholz'schen Zeitschrift erst beginnen könnte. Die von dem Kultusministerium mißbilligte Lektüre einzelner Abhandlungen der „Schlesischen Schullehrerzeitung“ im Unterricht fiel sogar erst in das letzte Halbjahr des Bestehens des Seminars <sup>2)</sup>, und es konnte ihr wohl auch aus diesem Grunde kein so großer Anteil an der Zerrüttung der Anstalt zugeschrieben werden, wie das von seiten des „Evangelischen Kirchen- und Schulblatts“ geschah. Die weiter von dieser Seite angedeutete Verdächtigung, daß Scholz I den Unterricht dazu mißbraucht habe, die Seminaristen gegen den Direktor aufzuwiegeln, weist der Beschuldigte entschieden und mit Recht zurück <sup>3)</sup>, denn der Direktor selber erklärte der Behörde gegenüber <sup>4)</sup>, daß die Seminaristen, wenn sie sich über ihre Lage und Gerlachs Strenge bei Scholz I beklagten, von diesem unter Aufsehzucken die Weisung erhielten, sie hätten sich zu fügen. Also macht selbst sein persönlicher

Gerlach nicht weiter zur Übernahme einer Seminardirektion, weder an einem der in Schlesien neu zu errichtenden Seminare, noch an einem andern für geeignet halten“.

1) Ch. G. Scholz, Zur Geschichte usw. II, 15. 2) Ch. G. Scholz, Zur Geschichte usw. I, 37. 3) Ch. G. Scholz, Zur Geschichte usw. II, 6. 4) Rechtfertigungsschreiben Gerlachs an den Kultusminister vom 20. Februar 1846 (M. d. R.).

Gegner Gerlach ihm nicht den Vorwurf, daß er die Unzufriedenheit der Seminaristen gebilligt oder gar geschürt habe. Die in der Konduitenliste über Scholz I enthaltenen Urteile lauten sehr günstig, und auch Stiehl sieht sich genötigt, seine Lehrgeschicklichkeit zu loben <sup>1)</sup>. Scholz I verstand es in kurzer Zeit, sich die Herzen der Zöglinge zu gewinnen und ihr Vertrauen zu erringen. Sie sahen in ihm ihr Vorbild und fügten sich seinen Anordnungen gern <sup>2)</sup>. So ließ sich denn seine Entlassung und die Ausschließung von weiterer Verwendung im Lehrerbildungsdienste nicht mit unterrichtlicher Ungeschicklichkeit oder der Unfähigkeit, zu den Seminaristen in ein erträgliches Verhältnis zu kommen, begründen. Es heißt denn auch bei der Auflösung des Seminars mit aller Deutlichkeit, Scholz I könne „in Rücksicht auf die Einseitigkeit und Unzuverlässigkeit seiner Ansichten und Grundsätze, wie er sie als Redakteur der von ihm herausgegebenen Schullehrerzeitung zutage gelegt hat, nicht wieder als Lehrer an einem Seminar angestellt werden“ <sup>3)</sup>. In dieser Schullehrerzeitung erblickte auch Scholzens literarischer Hauptgegner, Dr. Ruthardt, einer der Leiter des „Evangelischen Kirchen- und Schulblatts für Schlesien“, einen der Hauptfaktoren, die den inneren Verfall des Seminars herbeigeführt hätten <sup>4)</sup>. Selbst der ebenfalls liberal gesinnte Seminarlehrer Scholz II, wie Scholz I einer der Unterzeichner des Breslauer Protestes zugunsten der Lichtfreunde, gibt in der protokollarischen Vernehmung durch Stiehl am 5. Dezember 1845 zu, daß diese Zeitung, „wenn sie in die Hände der Zöglinge gekommen ist, nach ihrem Inhalt, zumal in den ersten zwei Jahrgängen, auf die Gesinnung der Zöglinge nicht ohne Einfluß hat bleiben können. Keinesfalls konnte dieser Einfluß die Wirksamkeit des Direktors Gerlach fördern“. Daß Scholz II trotz seiner Unterzeichnung des Breslauer Protestes im Amte blieb, findet vielleicht in dieser Aussage seine Erklärung; zugleich aber rückt dadurch die Aussage von Scholz II in eine solche Beleuchtung, daß sie vielleicht als von der Rücksicht auf das Verbleiben im Amte beeinflusst angesehen werden kann und dadurch an Beweiskraft viel verliert. Als Organ eines aufstrebenden Standes schoß das Blatt freilich gelegentlich über das Ziel hinaus und war den Kreisen, die an der Erhaltung des status quo, namentlich auch im Verhältnis von Kirche und Schule ein Interesse hatten, wie auch der Regierung keineswegs angenehm. Zwar unterlag die „Schlesische Schullehrerzeitung“ der

<sup>1)</sup> Revisionsbericht Stiehls vom 5. Dezember 1845 (M. d. R.): „Sein Unterricht ist der Form nach sehr gut“. <sup>2)</sup> Reime zur Auflösung usw. 8. <sup>3)</sup> Rabinetsorder vom 22. Januar 1846 (M. d. R.). <sup>4)</sup> Evangelisches Kirchen- und Schulblatt 1846, Nr. 19, Spalte 310.



Zensur, aber diese wurde von dem selber liberal gesinnten Konsistorialrat Michaelis und später von dem Konsistorialrat Falk und dem Regierungsrat v. Schönfeld sehr milde gehandhabt. So fand denn hier die Unzufriedenheit der Volksschullehrer mit ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage gelegentlich recht scharfen Ausdruck<sup>1)</sup> und erregte vielfach Anstoß, namentlich in den Kreisen, die dem „Evangelischen Kirchen- und Schulblatt“ nahestanden. Daß überdies auch die kirchliche Richtung der „Schullehrerzeitung“ im Gegensatz zu der von der Regierung begünstigten Orthodoxie stand und gelegentlich sogar die „Lichtfreunde“ darin zu Worte kamen<sup>2)</sup>, verschärfte natürlich noch das bestehende gespannte Verhältnis. Andererseits aber brachte das Blatt auch Beiträge aus den Reihen der Geistlichkeit, die z. T. die Emanzipationsbestrebungen der Lehrer, deren Streben nach der Trennung von Schule und Kirche, heftig angriffen<sup>3)</sup>, Beiträge, deren kommentarlose Aufnahme auf seiten der Schriftleitung doch den guten Willen erkennen läßt, über den Parteien zu stehen und sie ihre Ansichten frei äußern zu lassen. Freilich überwiegen die Artikel mit liberalen Tendenzen, und es ist auch anzunehmen, daß diese einen tieferen und nachhaltigeren Eindruck auf die Seminaristen gemacht haben als die hier und da sich findenden Verherrlichungen des Bestehenden. Aber in dem autoritätsfeindlichen Lebensalter zwischen 17 und 20 Jahren hätte auch eine andere Tendenz des Blattes keine „bessernde“ Wirkung auf die Zöglinge ausgeübt, sondern es wäre einfach von ihnen nach kurzer Zeit nicht mehr gelesen worden, auch wenn es ihnen auf Staatskosten geliefert worden wäre. Die Lektüre der „Schullehrerzeitung“ brauchte in den Seminaristen das Gefühl der Berechtigung ihres Widerstandes gegen die engherzige Anstaltsleitung und den orthodoxen Unterricht des Direktors wahrlich nicht erst hervorzu-rufen. Daß diese Zeitung auch nicht einen so großen Einfluß auf die Seminaristen ausgeübt hat, wie namentlich das „Evangelische

1) Schlesische Schullehrerzeitung 1845, Nr. 5, S. 99 ff.: „Einige wunde Stellen in unserm Volksschulwesen“. Hier wurde neben der unzulänglichen Vorbildung der Präparanden vor allem die wirtschaftliche Notlage sowohl der im Amt befindlichen wie besonders der emeritierten Lehrer betont. Diese Klagen sind bezeichnender Weise „an die hohe Ständeverammlung“ gerichtet. 2) Schlesische Schullehrerzeitung 1845, Nr. 6, S. 118: Lese Frucht (aus Blätter für christliche Erbauung von protestantischen Freunden, 2. Bd., Nr. 29), wo sich die Behauptung findet, daß nur ein auf Vertrauen, nicht auf Furcht beruhender Gehorsam des christlichen Geistes würdig sei. 3) Schlesische Schullehrerzeitung 1845, Nr. 2, 3, 6: B. Berg: „Die enge und lebendige Vereinigung der Schule mit der Kirche wird der Ersteren die ihr in unseren Tagen gemachten harten Vorwürfe befliegen helfen“.



Kirchen- und Schulblatt“ glauben machen möchte, läßt sich auch daraus schließen, daß sich bei der Untersuchung der Oktoberereignisse kein Anhaltspunkt für einen Zusammenhang der Ausschreitungen mit der Lektüre dieses Blattes ergab und auch keiner der betroffenen Seminaristen sich etwa zur Rechtfertigung seines Verhaltens irgendwie auf das Blatt berief. Im übrigen hat Scholz I die der Kritik damals gezogenen Schranken jedenfalls soweit beachtet, daß sich kein Anlaß zu disziplinarischem Einschreiten gegen ihn finden ließ. Die Auflösung der Anstalt bot die Gelegenheit, ihn aus dem Lehrerbildungsdienste zu entfernen, ohne ein besonderes Verfahren gegen ihn einleiten zu müssen, für welches schließlich das Belastungsmaterial nicht ausgereicht hätte.

Ganz ähnlich, ja noch krasser liegen die Dinge bei dem zweiten von der Wiederanstellung an einem Seminar ausdrücklich ausgeschlossenen Lehrer. Es war der akademisch gebildete Lehrer Loeschke, ein Theologe, der bereits eine der theologischen Prüfungen bestanden und sich dann dem Schuldienste zugewandt hatte. Er war in kirchlicher Beziehung weniger radikal als seine Kollegen Scholz I und II, und sein Name findet sich nicht unter den Unterschriften des Breslauer Protestes. Seine Tüchtigkeit als Lehrer wird in der Konduitenliste rückhaltlos anerkannt <sup>1)</sup>. In völligem Gegensatz dazu steht dann freilich die Beurteilung, die Loeschke im Dezember 1845 bei der Revision durch Stiehl erfährt. Stiehl äußert sich in seinem Revisionsprotokoll sehr eingehend über Loeschke. Er findet fast nur Worte scharfen Tadels für ihn <sup>2)</sup>. Sehr bedenklich scheint dem Revisor die freie Meinungsäußerung, die Loeschke den Zöglingen in den Auf-

<sup>1)</sup> Konduitenliste vom 7. Januar 1842 (A. d. R.): „Ein vorzüglicher Lehrer in jedem Betracht, besonders im Religionsunterricht, wo er Verstand und Gemüt gleichmäßig ergreift. Durch seine gelehrte Bildung steht er über den andern Lehrern, an Lehrgabe ihnen wenigstens gleich und bleibt sich bei jedem Lehrgegenstande seines Zieles bewußt und begnügt sich auf das, was für Seminaristen gehört. — Geliebt von allen Zöglingen, wirkt er durch seine Anspruchslosigkeit und Milde, da es da, wo es nötig ist, an Ernst nicht fehlt, sichtbar auf die Charakterbildung der Zöglinge, besonders auf ihren gottesfürchtigen Sinn.“ Das Urteil schließt: „Es eignet sich derselbe zum Direktor usw. eines Schullehrerseminars.“ <sup>2)</sup> Revisionsprotokoll vom 5. Dezember 1845 (A. d. R.): „Loeschke ist in seinem Unterricht scharf und bestimmt, aber kalt und unvermittelt. Indem er fast nur mitteilt, aber nicht entwickelt, ist er seiner Lehrform nach unbedingt kein Vorbild für Elementarlehrer.“ Unzufriedener noch als mit der Form ist der Revisor mit dem Inhalt des Unterrichts, den er verschiedentlich als „verbildend“ bezeichnet. Doch schließt er: „Daß diesem Unterricht aber von den Zöglingen die größte Teilnahme zugewendet wird, ist unbestreitbar.“

fäßen gestattete, deren Themen sie oft frei wählen durften. Dabei gingen einzelne an brennenden Zeitfragen, die ihren zukünftigen Stand betrafen, nicht vorüber und behandelten sie in jugendlicher Weise mitunter auch etwas radikal. Auch die bereits erwähnte Neigung der Seminaristen, sich Sammlungen von Sentenzen aus Schillers „Don Carlos“ und ähnlichen Lektürestoffen anzulegen, kommt belastend auf Loeschkes Konto. Dabei war Loeschke alles andere eher als antimonarchisch. Er hat mehrere Lehrbücher für den Geschichtsunterricht verfaßt<sup>1)</sup>, die an vielen Schulen eingeführt wurden und namentlich das Verdienst der Hohenzollern betonten. Von einem dieser Bücher wird gerühmt, es trage „den Charakter des Rechts, der Gerechtigkeit, der Vaterlandsliebe und Religiosität“<sup>2)</sup>. Nichtsdestoweniger wurde auch Loeschke, obwohl noch bedeutend jünger als Scholz I, an keinem Seminar mehr angestellt. Seine Schuld bestand darin, daß sein Unterricht dem Inhalte nach „verbildend“ war. In welchem Sinne das gemeint war, darüber geben die einige Jahre später erschienenen Regulative Stiehls Aufschluß. Sie wurzeln in dem Gedanken, das vorregulativische Seminar habe die formale Bildung vernachlässigt und unverdaute Stoffmassen in die Köpfe gefüllt, es habe ein Zuviel an Kenntnissen vermittelt und dadurch einen Bildungsdünkel in der Lehrerschaft großgezogen, der die Lehrer zu einer Überschätzung ihrer Bedeutung im Räderwerk des Staates und zur Unzufriedenheit mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung verleitet habe.

Gegen die übrigen Mitglieder des Lehrerkollegiums des Seminars wurde von der Behörde nichts unternommen, und ihre weitere Verwendung im Lehrerbildungsdienst beweist, daß die Behörde ihnen keinen ungünstigen Einfluß auf die Seminaristen zuschrieb, und selbst der Seminarlehrer Scholz II wurde trotz seiner Beteiligung am Breslauer Protest an das neuerrichtete Seminar in Löwen übernommen.

Die Besetzung der Stelle des Direktors am Breslauer evangelischen Lehrerseminar im Herbst 1842 war bereits nach kirchlich-politischen, nicht nach pädagogischen Rücksichten erfolgt, war eine Kraftprobe zwischen dem liberalen Breslauer Provinzialschulkollegium

1) A. J. Loeschke, Erzählungen aus der Geschichte alter und neuer Zeit. Mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands und der christlichen Kirche. Zur Erweckung des Sinnes für Geschichte. (3. Aufl. Breslau 1861.) — Derf., Merkwürdige Begebenheiten aus der schlesischen und brandenburgisch-preussischen Geschichte. (4. Aufl. Breslau 1861.) 2) Pädagogische Literaturzeitung. Jahrgang 6, Bd. I, 453 ff.

und dem orthodoxen Minister Eichhorn gewesen. Das Ministerium hatte der Berufung des von der Breslauer Behörde vorgeschlagenen Pastors Herzog seine Genehmigung versagt, weil er in den Gutachten, die das Ministerium von dem Superintendenten Ribbek und dem Generalsuperintendenten Hahn eingefordert hatte, „als in seiner theologischen Richtung einseitig besangen in dem System seines Lehrers David Schulz“ <sup>1)</sup> bezeichnet wurde. David Schulz war einer der entschiedensten Vorkämpfer einer kirchlich freieren Richtung gegen die um Hengstenberg. Seiner Richtung anzugehören war also, obwohl sie keineswegs so radikal war wie die Bewegung der Lichtfreunde, in der Ara Eichhorn alles andere eher als eine Empfehlung. Da nun in dem erwähnten Gutachten keine anderen triftigen Gründe gegen die Berufung Herzogs geltend gemacht wurden, andererseits auch als besonderer Vorzug Gerlachs seitens des Ministers hervorgehoben wurde, daß er ein Mann sei, der „als Theologe feststehe auf dem Boden des biblischen Christentums“ <sup>2)</sup>, so kann kein Zweifel daran bestehen, daß hier schon das Ministerium das Seminar in den Bereich der kirchlich-politischen Kämpfe gezogen hat.

Aus allen amtlichen und nichtamtlichen Zeugnissen zur Auflösung des Breslauer Seminars ergab sich, daß tatsächlich an eine Weiterführung der Anstalt unter der Leitung Gerlachs nicht zu denken gewesen wäre. Wohl aber spricht nichts dagegen, daß ein Personenwechsel in der Leitung des Seminars, wie früher schon einmal in ganz ähnlicher Lage <sup>3)</sup> der Amtsantritt Schärfs genügt haben könnte, die Ordnung im Seminar und die Disziplin unter den Seminaristen, die vor allem durch das Fehlen jeder Stetigkeit in der Haltung des Direktors zerrüttet worden war, wieder herzustellen. Freilich hätte bei der Zuspitzung der kirchlich-politischen Gegensätze, wie sie gerade das Jahr 1845 in Breslau mit sich gebracht hatte, ein solcher Personenwechsel nur dann zu einer Beruhigung der entstandenen Erregung führen können, wenn die Regierung darauf verzichtet hätte, wieder einen Vertreter der orthodoxen Richtung zur Leitung des Seminars zu berufen. In einer solchen Nachgiebigkeit aber hätte Friedrich Wilhelm IV. und seine frommen Berater eine schmachliche

<sup>1)</sup> Bericht Eichhorns vom 21. Oktober 1846 an den König (A. d. R.).

<sup>2)</sup> Siehe Fußnote 3, S. 198. <sup>3)</sup> Rechenschaftsbericht Michaelis' vom 14. März 1846 (A. d. R.): „Bei meinem Amtsantritt im Jahre 1832 ließ allerdings die Disziplin im Seminar manches zu wünschen übrig. Teils wirkte der offenkundige Zwiespalt zwischen dem Dirigenten Oberlehrer Hienrich und dem Lehrer Sauer-  
mann nachteilig .... Möglichst suchte ich zu bewirken, daß die Zügel straffer an-  
gezogen wurden, und es gelang ganz, als der Direktor Schärf antrat.“



Kapitulation vor den Mächten der Finsternis, vor dem Geiste des Aufruhrs gesehen. Man sah in diesem Kreise wohl die Ereignisse im Seminar in unlösbarem Zusammenhange mit den sonstigen politischen und kirchlichen Oppositionsercheinungen, wofür allerdings gerade die eifrige Untersuchung des Oktobervorfalles keinen bestimmten Anhaltspunkt ergeben hatte. Außerdem lag ja auch aus der politisch weniger bewegten Zeit von 1823 ein Präzedenzfall dafür vor, daß es aus dem Solidaritätsgefühl der Zöglinge heraus bei ähnlichem Anlaß zu einem „förmlichen Aufstand“ gekommen war. Schließlich mochte auch die günstige Gelegenheit locken, ein Exempel zu statuieren durch die Entlassung zweier der Regierung mißliebiger Lehrer und andererseits den Versuch zu machen, die werdenden Lehrer dem Einfluß des politischen Lebens, das nun einmal in den Großstädten besonders lebhaft pulst, nach Möglichkeit zu entziehen, um durch eine so behütete Lehrerschaft vielleicht wieder eine Generation heranziehen zu können, die ohne Wanken zu Thron und Altar stand.

So entschloß sich denn der König zur Schließung des Breslauer evangelischen Lehrerseminars. Aber es sollte dabei nicht bleiben. Der König ordnete auch alsbald eine Revision der anderen in größeren Städten untergebrachten Lehrerseminare an <sup>1)</sup>. Diese Revisionen wurden im Jahre 1846 vorgenommen und ergaben, „daß in größeren Städten überall nicht die erforderlichen Voraussetzungen vorhanden sind, um künftige Volks- und namentlich Landschullehrer in der ihrem dereinstigen Berufe entsprechenden Weise zu bilden <sup>2)</sup>. So sollte denn die Verlegung des Breslauer Seminars in das kleine Provinzstädtchen Löwen bei Brieg den Auftakt zu einer Reihe ähnlicher Maßnahmen bilden, die in ihrer Gesamtheit einen ersten Versuch der preußischen Regierung darstellten, durch Einwirkung auf die Lehrerbildung die Heranziehung fügsamer, möglichst kritikloser Untertanen vorzubereiten. Die technischen Schwierigkeiten der Verlegung, vor allem die Beschaffung geeigneter Gebäude, verzögerte die Ausführung dieses Planes so, daß inzwischen die Revolution ausbrach, an der nach Friedrich Wilhelms IV. Äußerung <sup>3)</sup> niemand anders als die

1) Brief des Königs an Eichhorn vom 9. Januar 1846 (A. d. R.): „Die bei dem Breslauer Seminar gemachten Erfahrungen machen es nötig, von dem Zustande der übrigen Schullehrerseminare in größeren Städten genaue Kenntnis zu erlangen und Ich beauftrage Sie daher, eine Revision dieser Seminare baldigst zu veranlassen.“ 2) Brief Eichhorns an den König vom 14. Dezember 1846 (A. d. R.).

3) Am 15. Januar 1849 erklärte der König vor der vor ihm zur Reorganisation der Seminare einberufenen Konferenz von Fachmännern: „All das Elend, das im verflossenen Jahre über Preußen hereingebrochen ist, ist Ihre,



Seminar Direktoren schuld waren. „Deshalb redete man sogar eine Zeitlang von völliger Auflösung der Schullehrerseminare und dachte daran, die Lehrerbildung, um sie recht „einfach“ zu machen, Landgeistlichen in die Hand zu geben<sup>1)</sup>. Soweit ging man nun freilich nicht. Immerhin aber nahm man nach der Revolution die schon vorher geplanten Verlegungen der Seminarien aus den größeren Städten in kleinere Orte vor<sup>2)</sup>. Bald aber begnügte man sich damit nicht, und so tat das Kultusministerium 1854 einen weiteren Schritt in der Richtung der Einengung des geistigen Horizonts der Volksschullehrerschaft und damit der breiten Massen, die ihre Bildung durch sie empfingen: die Regulative erschienen. Sie machten den Namen des Mannes in der gesamten preußischen Volksschullehrerschaft bekannt, der schon bei dem hier untersuchten Breslauer Vorspiel dieser Reaktion auf dem Gebiete des Schulwesens sowohl als Revisor wie auch als Verfasser der ministeriellen Berichte über die Breslauer Seminarangelegenheit an den König, die vielfach von seiner Hand geschrieben sind, eine wichtige Rolle spielte, den Namen Ferdinand Stiehls.

Nicht sowohl das Verhalten der Seminaristen oder ihrer Lehrer bei den Oktoberereignissen, für das die Untersuchung keinerlei politische Beweggründe ergab, als vielmehr das Vorgehen der Regierung, die einschneidendere Maßnahmen traf, als durch die Sachlage an sich erfordert waren, Maßnahmen, die zwar erklärlicherweise in den Akten nicht ausdrücklich als von politischen Beweggründen diktiert hingestellt wurden, die aber letzten Endes durch die Beeinflussung der öffentlichen Meinung politisch wirken sollten, hat die Angelegenheit der Auflösung des Breslauer evangelischen Lehrerseminars zu einer Episode des Vormärz gestempelt. Daß bei jenen Entschlüssen kirchliche Einflüsse eine große Rolle spielten, ist für jene Zeit selbstverständlich. Wurde doch der Zusammenhang zwischen Kirche und Lehrerbildung von manchen Kreisen als ein so inniger empfunden, daß Harnisch

---

einzig Ihre Schuld, die Schuld der Aferbildung der irreligiösen Massenweisheit, die Sie als echte Weisheit verbreiten, mit der Sie den Glauben in dem Gemüte meiner Untertanen ausgerottet und deren Herzen von mir abgewendet haben.“ (R. A. Schmidt, Enzykl. des gesamten Erziehungs- und Unterrichtswesens. 2. Aufl. Leipz. 1887. X, 49.)

1) Theob. Ziegler, Die geistigen und sozialen Strömungen des 19. Jahrhunderts. (Breslau 1899. S. 300.) 2) Das Potsdamer Seminar wurde 1851 nach Köpenick verlegt, das Greifswalder 1853 nach Franzburg, das Magdeburger 1855 nach Barby, das Stettiner endlich 1862 nach Pölitz. (R. A. Schmidt a. a. O. X, 116 ff.)

damals allen Ernstes in einer Eingabe an das Kultusministerium die kirchliche Ordination der Seminardirektoren forderte <sup>1)</sup>).

Jedoch die Entwicklung ging weiter und ließ sich auch durch königliche Befehle und noch so drakonische Maßregeln nicht für die Dauer aufhalten. Es gab zwar auch hier keinen steten Aufstieg, aber es ging im ganzen gesehen doch vorwärts, wenn auch oft nach dem Schema: zwei Schritte vorwärts, einen zurück! Aber was damals Utopie schien, verblendetes Streben aufrührerischer Geister, wäre in den letzten Jahren fast verwirklicht worden. Treitschke konnte noch entrüstet und ironisch schreiben: „Der schlesische Schulmeister Wander, einer der frechsten Radikalen, unterstand sich sogar, in einem anmaßlichen offenen Briefe den Minister zur vollständigen Neugestaltung des Seminarunterrichts aufzufordern: durch den Besuch der Oberrealschule und das Anhören akademischer Kollegien sollten die Lehrer des Volkes künftighin würdig auf ihren hohen Beruf vorbereitet werden“ <sup>2)</sup>. Inzwischen ist dieser Traum in einigen kleinen deutschen Staaten Wirklichkeit geworden, und in Preußen ist man seiner Verwirklichung immerhin um vieles näher gerückt, als vor 80 Jahren für möglich gehalten worden wäre.

---

<sup>1)</sup> R. A. Schmidt a. a. O. X, 76.  
Leipzig 1908.) V, 241.

<sup>2)</sup> Treitschke, Deutsche Geschichte. (5. Aufl.

## VIII.

### Geschichte des Blücherdenkmals in Breslau als Zeitbild.

(1827 bis 1927.)

Von

Franz Wiedemann.

---

#### I. Mittel und Wege.

Ein Jahrhundert ist verflossen, seitdem Blüchers Denkmal in Breslau enthüllt wurde. In dieser langen, ereignissschweren Zeit sah es den ungeahnt glänzenden Aufstieg unseres Volkes, aber auch seinen schweren und tiefen Fall, dessen leidvolle Folgen wir unwillig ertragen. Einer solchen trüben Gegenwart möchte das Standbild zeitwidrig erscheinen, sofern der erzgewordene Gedanke einer aufwärts und vorwärts strebenden Kraft in ihm nicht auch heute noch hoffnungsfreudige und starke Herzen fände. „In Harren und Krieg, in Sturz und Sieg bewußt und groß! So riß er uns vom Feinde los“ <sup>1)</sup>. In diesem Bekenntnis umfaßt Goethe mit dichterischer Feinheit das Lebenswerk des alten Helden, der im Strudel des Weltgeschehens nicht ein demütiger Unterlieger, sondern des Schicksals trotziger Sieger war.

Schlesien verehrte in ihm seinen Retter und Befreier. Diese Gesinnung sollte in einem Denkmal greifbare Gestalt gewinnen. Schon im Jahre 1814, bald nach der Raabachschlacht, tauchte der Gedanke auf, machte sich in den gewagtesten Plänen und Vorschlägen geltend <sup>2)</sup> und lenkte erst seit 1815 allmählich in die ruhigeren Bahnen sachgemäßer Verhandlungen ein, die dann 1827 zum erfolgreichen Abschluß führten. Zwölf Jahre hartnäckiger Arbeit! Staunend steht der Forscher vor ihren Zeugen, den meterhohen Aktenstößen in unseren Archiven, und hört mit verstehender Teilnahme, wie sie künden von Begeisterung und Hingabe, von Mörgelesucht und Besserwissen, von bedrückender Enge und quälender Dürftigkeit des Lebens, allen jenen Erscheinungen, wie sie Zeit und Menschen mit sich bringen. So rundet sich die Ge-

---

<sup>1)</sup> Inschrift am Blücherdenkmal zu Rostock. vgl. Schlesj. Geschichtsbl. 1927, Nr. 2, S. 33—39.

<sup>2)</sup> Zu dieser Vorgegeschichte

schichte des Denkmals, sein Entstehen und Werden, zu einem Zeitbilde<sup>1)</sup> auf schlesischem Boden, das nur dessen volles Verständnis finden wird, dem auch die Gesamtlage unseres Landes in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts als Hintergrund vor Augen steht. Er war trübe genug.

Den militärischen Ergebnissen der Befreiungskriege folgte kein glückhafter Friedenszustand. Allüberall die Zeichen der Unzufriedenheit. Hochgespannte politische Ideale waren zerronnen. Landwirtschaft und Verkehrsleben lagen darnieder; die Hungerjahre von 1816/17 vergrößerten die Not. Schwer litt auch das „unglückliche Schlesien“, dessen Lage zwischen den ausländischen Grenzzollschranken ringsum jede Unternehmungslust lahmlegte. Neben den ländlichen Betrieben wurde vor allem der Handel davon betroffen. Wenn es so weiter gehe, schrieb 1823 die Vertretung der Breslauer Kaufmannschaft, dann werde in wenigen Jahren „keine Spur“ mehr davon vorhanden sein. Die Masse der Bevölkerung entbehrte dabei am meisten. Der kleine Mann hatte nach Friedensschluß die Waffe beiseite gelegt, war willig unter die Fron des Tages zurückgekehrt und trug geduldig das Los der Entsagung, das ihm „als Lohn so vieler Siege zufiel“. Nüchtern und reizlos wurde der Zuschnitt der Lebensführung; höheren Zielen nachzugehen, war nur wenigen vergönnt<sup>2)</sup>.

1) Benutzt sind: das Breslauer Staatsarchiv, als Sta.A., das Breslauer Stadtarchiv als Stdt.A., dessen Stadtverordneten-Akten als Stvn.A. zitiert. Die Schlesischen Provinzialblätter werden mit Prov.Bl. bezeichnet. — Die Literatur über unseren Gegenstand ist gering. Sie wird an gegebener Stelle bezeichnet werden. Hier seien vorweg genannt: F. und R. Eggers, Christian Daniel Rauch, 4 Bde, Berlin 1873—87. Dazu als 5. Bd. Karl Eggers, Ehr. Dan. Rauch. Leben und Werke. F. Fontane, Berlin 1891. — Robert Schück, Das Blücherdenkmal zu Breslau, in der Breslauer Zeitung von 1884, April 6, 11, 17, 23, 27. Auch in einem Sammelheft der Bresl. Stadtbibliothek unter ye 476, das hier benutzt ist. Schück hängt von Eggers ab. Beide haben die Akten des Bresl. Staatsarchivs benutzt, gleichmäßig aber versäumt, das Bresl. Stadtarchiv heranzuziehen. Damit ist bei ihnen ein wesentlicher Teil des Bildes zum Schaden der Sache fortgefallen. E. verfolgt in erster Linie kunstgeschichtliche Ziele, die dem Bereiche dieser Arbeit ferner liegen. Sch. steht dem ungeheuren Aktenstoff so ziemlich hilflos gegenüber; dessen Auswertung hat nicht stattgefunden. Der Abdruck von Aktenstücken und Briefen, immerhin der wertvollste Teil seiner Aufsätze, ist nicht durchweg zuverlässig.

2) Aus der reichen Literatur für diesen Abschnitt hier nur einige Angaben: El. Th. Perthes, Friedr. Perthes' Leben, Bd. 2 u. 3, Gotha 1872. — Treitschke, Deutsche Geschichte, Bd. 2, an vielen Stellen. — H. v. Petersdorff, Friedrich von Mohl, Bd. 2, Berlin 1913. — Carl Brinckmann, Die preußische Handelspolitik . . . S. 20 u. an vielen anderen Stellen, Berlin 1922. — Für Schlesien bieten außerdem die Akten des Sta.A., Rep. 14 VIII 181 a ff., sowie das Bresl. Boe.A. (Börsenarchiv) einen uner schöpflichen Stoff.



Woher kam unter solchen Umständen der Mut, ein immerhin kostspieliges Denkmal ins Dasein zu rufen? Die Erklärung liegt nahe. Noch standen die Zeitgenossen damals unter dem nachwirkenden, begeisternden Rausche der Freiheitskriege, noch waren die hellen Frühlingstage von 1813 unvergessen, und niemand sah voraus, wie sehr die Kostenfrage mit der Leistungsfähigkeit des Landes in Widerspruch geraten könne. So ging man frisch und fröhlich ans Werk. Breslau hat zweifellos den Ruhm, die ersten maßgebenden Schritte getan zu haben. Ein städtischer Ausschuß trat schon 1815 ins Leben; Magistrat und Stadtverordnete waren stark beteiligt; auch namhafte Gelehrte und Künstler wurden zugezogen. Dieser Anfangsausschuß von 17 Köpfen hatte einen schweren Stand. Die Stadtverordnetenversammlung nämlich, voller Mißtrauen gegen das platte Land, bestand hartnäckig darauf, Breslau allein solle das Denkmal errichten und so auch allein den Ruhm davontragen. Dieser engherzige, wenn man will, partikularistische Standpunkt wurde allerdings vom Oberbürgermeister von Rospoth scharf bekämpft, und auch der Ausschuß kam schließlich zu dem Ergebnis, daß ganz Schlesien an dem vaterländischen Unternehmen beteiligt werden müsse.

Dieser Beschluß bot die geeignete Handhabe, eine drohende Zersplitterung in der Denkmalsfrage abzuwenden. Denn schon hatte sich eine zweite Vereinigung in Breslau gebildet, in der die namhaftesten Männer aus Stadt und Land, unter ihnen der Oberpräsident Merckel, sich zu gleichem Zwecke zusammengefunden hatten. Diesem wurde es nunmehr nicht allzu schwer, die Vertreter der Stadt zum Beitritt zu bewegen. Rospoth folgte gern, auch die Stadtverordneten entsandten Vertreter, und so wurde in einer Vorbesprechung am 6. Juni 1816 ein engerer Gesamtausschuß für die ganze Provinz gewählt, der am 10. Oktober 1816 seine erste Sitzung abhielt und einen kurzen Arbeitsplan entwarf. Die Einheit der Leitung war damit glücklich unter Dach und Fach gebracht; eine Arbeitsgemeinschaft begann ihre Wirksamkeit, deren innere und äußere Schwierigkeiten zu jener Zeit niemand ahnen konnte<sup>1)</sup>.

Zum Glück fehlte es nicht an führenden Männern, die zu zäher und selbstloser Arbeit wie geschaffen waren. Der „treibende Keil“ im

1) Der Ausschuß bestand in seiner ersten Zusammenkunft aus folgenden 10 Männern: Oberpräsident Merckel, Generallandschafts-Direktor Graf v. Dohn, Graf v. Saurma-Jeltsch, Graf v. Stosch, Landrat v. Debschütz, Oberbürgermeister v. Rospoth, Oberbaurat Langhans, Generallandschafts-Repräsentant Freiherr v. Stein, Kommerzienrat Moritz-Eichborn und der jedesmalige Stadtverordneten-Vorsteher. — Stdt. A. Rep. Reg. 10. 8. 2 vol. 1, fol. 1—53; Sten. A. V. B. VI. 8, fol. 9, 26, 28; Sta. A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 1 von fol. 37 an.

Ausschuß war Fritz v. Stein. Die Mühsal eines reichlichen Jahrzehnts, Widerstände aller Art sowie Unverstand und Undank konnten ihm die Kraft nicht zermürben und die Stimmung nur vorübergehend trüben. Zahllose Schriftsätze aus seiner unermüdlichen Feder geben davon Zeugnis. Gleich ihm war nach der technisch-künstlerischen Seite Oberbaurat Langhans tätig. Es darf gesagt werden: unbeschadet gewichtigster Mitarbeit eines Merckel, eines Grafen Dyrhn und anderer einflußreicher Männer — ohne jene beiden hätte man die Vollendung des Werkes schwerlich erlebt <sup>1)</sup>.

Die ersten Schwierigkeiten begannen mit der Frage nach einem passenden Orte für das Denkmal. Sie hatte bereits eine wahre Hochflut von Vorschlägen entfesselt. Schlesiens Grenzen schienen dem begeisterten Geschlechte fast zu eng für seine hochfliegenden Pläne und Wünsche; bis zu den höchsten Gipfeln der heimischen Berge schweifte der suchende Blick <sup>2)</sup>. Im Jahre 1816 endlich einigte man sich auf Breslau als die „schicklichste Stelle“, weil ein Blüchermal nur im Brennpunkte des provinziellen Lebens seinen hohen Zweck erfülle. Die Platzfrage innerhalb der Stadt blieb lange in der Schwebe. Das Schweidnitzer Thor, der neugeschaffene Exerzierplatz an der Promenade und der Salzring kamen in Vorschlag; diesen wollten die Stadtverordneten dem Verkehr erhalten und somit ausgeschieden wissen. Von der Wahl des Platzes wurde die Art der Denkmalsgestaltung wesentlich mitbestimmt. War jene unsicher, mußte es auch diese sein. Allerdings waren die Tage vorüber, da man Wohlfahrtsanstalten, ein monumentales Werk, etwa eine trajanische Säule oder einen Triumphbogen in Langhans' Sinne, mit einer Blücherehrung verknüpfte. Nur ein Standbild kam zur Zeit noch in Frage; ob zu Fuß oder zu Pferde, blieb wiederum unsicher, wengleich eine Reiterstatue im Vordergrunde stand. Auch Niebuhr in Rom empfahl sie und machte sich lustig über den Gedanken, etwa einen „zweifüßigen Centauren“ bilden zu wollen. Schließlich stellte man in einer Eingabe an den König vom 6. Februar 1817 diesem die Entscheidung anheim, und dieser sprach sich in einer Kabinettsorder vom 8. März 1817 für den Salzring und ein Standbild zu Fuß aus. Dies mit Rücksicht auf die Sicherstellung einer einwandfreien künstlerischen Ausführung. Ob mit dieser etwas dunklen Wendung das Vorrecht gekrönter Häupter auf ein Reiterstandbild verschleiert angedeutet werden sollte? Jedenfalls gab es auch in Breslau Leute, die ein solches als

<sup>1)</sup> Sta. A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 3, fol. 24 ff.; vol. 5, fol. 157 u. vol. 9, fol. 53.  
— Eggers a. a. O. 2, 102.    <sup>2)</sup> Schles. Geschichtsbl. 1927, Nr. 2, S. 33.

verbindlich anerkannten. Sei dem, wie ihm wolle; jedenfalls waren Art und Ort des Denkmals nunmehr sichergestellt <sup>1)</sup>).

Wer sollte nun des groß gedachten Werkes würdiger Schöpfer sein? Die anfänglich mehrfach geäußerte Absicht, einen künstlerischen Wettbewerb auszuschreiben, wurde nicht ausgeführt. An dessen Stelle trat ein ausgedehnter Briefwechsel mit den namhaftesten Künstlern und Kunst Kennern der Zeit, der das ganze Jahr 1817 in Anspruch nahm <sup>2)</sup>). Bis in den März hinein wurde mit G. Schadow, indirekt auch mit dessen Sohn, dann mit Schinkel verhandelt. Auch Niebuhr, damals preussischer Gesandter bei der römischen Kurie, und Professor v. Raumer, der zufällig in Italien reiste, wurden veranlaßt, ihre gewichtigen Rat schläge und Gutachten abzugeben. Da hörte man nebenbei von Canova, besonders aber von Tieck, Rauch und Thorwaldsen, die alle drei jenseits der Alpen weilten. Einer solchen vorsichtig tastenden Fühlungnahme des Ausschusses entsprach wohl der Wunsch, die besten Künstler und ihre Gedankenwelt kennen zu lernen und danach die günstigste Entscheidung zu treffen. Aus dieser sorgfältigen Vorprüfung ging schließlich Christian Rauch als Sieger hervor <sup>3)</sup>). Er, der Urheber des Luisendenkmals in Charlottenburg, hatte 1815 noch kurz vor dem Ausbruch Blüchers ins Feld dessen Büste modellieren können. Er kannte also seinen Mann. Es durfte daher das Beste von ihm erwartet werden. Noch in Carrara stellte er ein Modell des geplanten Werkes her und schickte es Anfang März 1818 nach Breslau, wo es vor dem 20. Juni eintraf und sofort der Beurteilung Kunstverständiger zugänglich gemacht wurde <sup>4)</sup>). Es spricht für die Volkstümlichkeit dieser Blücherehrung, daß auch ungerufene Kunstbessene aus Schlesien, ja ganz Deutschland ihre mehr gutgemeinten als zureichenden Entwürfe einreichten <sup>5)</sup>).

<sup>1)</sup> Schles. Geschichtsbl. 1927, Nr. 2, S. 33 ff. — Schück a. a. D., S. 5, 9, 14. — Eggers a. a. D. 2, 111. — Stdt. M. 10. 8. 2, vol. 1, fol. 29 ff., 44 ff., 52 (Kabinettsorder), 53 ff. — Stbn. M. V. B. VI 8, fol. 28 ff. — Sta. M. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 1, fol. 163 ff. u. 189. <sup>2)</sup> Eggers a. a. D. 2, 110 ff. behandelt die Angelegenheit ausführlich. Dazu ist auch der Abdruck des Briefwechsels bei Schück a. a. D. S. 6 ff. wertvoll. <sup>3)</sup> Auf das Schreiben des Ausschusses, d. d. Breslau, 9. 10. 17: „All' illustre Signore Rauch statuario di sua Maestà il Re di Prussia, Carrara, per Trento“, nahm Rauch in der Antwort (20. 11. 17) den ehrenvollen Auftrag an. Sta. M. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 2, fol. 37, 60, 80. — Schück a. a. D. S. 18. <sup>4)</sup> Sta. M. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 2, fol. 111, 118 ff. — Schück a. a. D., S. 19, gibt fälschlich den 8. Juli als Tag der Ankunft an. — Stdt. M. Rep. Reg. 10. 8. 2, vol. 1, fol. 60. <sup>5)</sup> Es waren 14 Vorschläge und Zeichnungen, die „besonders numeriert und verwahrt“ wurden. Bei den Akten findet sich leider

Viel schwerer noch, als Künstlers Hand zu gewinnen, drückte je länger, je mehr die Sorge um Beschaffung der Mittel. Handelte es sich doch um ein rein privates Unternehmen, das, aus der Tiefe der Volksseele geboren, auf Staatsmittel nicht rechnen durfte. Somit ergab sich die Notwendigkeit des öffentlichen Ausrufs von selbst, wobei die leidige Gefahr der Zersplitterung, von der oben die Rede war, einer neuen Belastungsprobe ausgesetzt wurde. Zuerst erschien der Stadtausschuß auf dem Plane. Er wandte sich mit klugen, herzlichen Worten, die ein Professor Thilo gefunden hatte, an die Opferwilligkeit der „Bürger und Einwohner Breslaus“, ohne die Beihilfe der Provinzbewohner ganz ausschließen zu wollen. In Wirklichkeit sind später Gaben waderer Schlesier sogar aus ganz Deutschland angenommen worden <sup>1)</sup>.

Acht Tage darauf erließ die provinciale Vereinigung eine Einladung an „die Verehrer der Verdienste des Fürsten Blücher“, die, wie der erste Blick lehrt, mit Absicht auf weiteste Kreise berechnet war, damit im Gegensatz zum Stadtausruf stand und ihn gleichzeitig mattsetzte durch den Hinweis auf die an sich löbliche Absicht der Stadtgemeinde, die tatsächlich bestehende „Gleichheit des Zweckes und der übereinstimmenden Ansicht“ sowie die Möglichkeit, bald zu einer auch äußerlich sichtbaren Einheit zu gelangen <sup>2)</sup>. Als diese dann im Oktober 1816 tatsächlich zustande kam, wie oben gezeigt, konnte der engere, nun alleinige Ausschuß eine „Bekanntmachung“ erlassen, in der die Gesamtlage für Stadt und Land kurz zusammengefaßt wurde. Der vaterländische Gedanke stand im Vordergrund; Blücher und das Heer bildeten die unzertrennliche Einheit; beiden galt das zu schaffende Werk; es sollte den Nachkommen verkünden, wie des Helden Zeitgenossen einst über ihn und seine Kampfgenossen geurteilt hätten <sup>3)</sup>. — Neun Jahre später trat der Magistrat, gleichsam als Beauftragter des Ausschusses, noch einmal allein an die Öffentlichkeit, um die Bewohner der Stadt durch eine „Bekanntmachung“ zu letzter Opferbereitschaft anzuspornen, in jener Notlage, wie weiter unten zu zeigen ist, als die Blücherstatue sich schon in Breslaus Mauern

nichts davon. Sta. A. Rep. 14. IX. 93 b, fol. 1. — Sta. A. Rep. 14. IX. 93 a, fol. 32. Hier der Entwurf eines Hauptmanns Schneider, Cosel.

<sup>1)</sup> Stdt. A. Rep. Reg. 10. 8. 2, vol. 1, fol. 32 ff. — Schles. Zeitung 1816, Beilage zu Nr. 36, S. 721 ff. (23. 3. 16). — Prov. Bl. 1816, Bd. 63, S. 342 ff. — Sta. A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 1 ff., 53, 55. <sup>2)</sup> Abdruck in Schles. Zeitung 1816, Nr. 39 (30. 3. 16), S. 773 f. — Schück a. a. O. S. 2. — Prov. Bl. 1816, Bd. 63, S. 399 ff. <sup>3)</sup> Prov. Bl. 1816, Bd. 64, S. 438 ff. — Stdt. A. Rep. Reg. 10. 8. 2, vol. 1, fol. 44.



befand, aber die Mittel zu ihrer Aufstellung völlig versiegt waren. Damals handelte es sich nicht allein um eine „eigne Zierde der uralten Hauptstadt“, wie man schrieb, sondern auch um ihre Ehre <sup>1)</sup>.

Neben diesen mehr feierlichen Kundgebungen ging natürlich auch eine recht prosaische, vielfach verdrießliche Werbetätigkeit einher. Sie suchte hoch und niedrig, alle Kreise der Bevölkerung, auch die geringste Gabe des kleinen Mannes zu erfassen. Insonderheit wurden alle öffentlichen Organe in Stadt und Land, die Superintendenten, die Breslauer Kaufmannschaft, der Gebirgshandelsstand sowie die angesehensten öffentlichen Blätter um Mitwirkung in Wort und Schrift gebeten und zur Sammeltätigkeit ermuntert. Selbst in Berlin, sogar in der Nähe des Königs, suchte und fand man Fühlung; der leitende Minister v. Hardenberg, Präsident v. Rothe, von Geburt und Gesinnung ein treuer Sohn Schlesiens, Graf Rostk, der frühere Adjutant Blüchers, und andere wurden um ihr Wohlwollen ersucht <sup>2)</sup>.

Der Wertmesser aller dieser Arbeit war das Geld. Große Summen waren gewiß erforderlich; man sprach wohl von 12 000, dann von 30 000 Talern, ohne doch den endgültigen Betrag, der viel höher war, angeben zu können. Anfangs ging alles gut; die Begeisterung aus der großen Zeit hielt noch vor. Landesältester v. Tempsky schrieb damals voller Zuversicht an einen Freund: „Mit Gewißheit dürfte ich wohl versichern zu wollen, daß auch nicht eine lebende Seele in Schlesien, welche nicht gern beiträgt . . .“ Auch ein heimischer Dichter ließ sich zukunftsfreudig vernehmen: „Tief aus dem Grunde der Oder erhob ein granitener Würfel, / Tragend empor an das Licht, träumt ich, ein ehernes Bild . . .“ Es war gewiß auch förderlich, daß zufällig gerade damals der Träger dieser Verehrung noch recht lebensfrisch in der Stadt weilte. Die Zeitung schrieb darüber: „Wir schmeicheln uns mit dem Glück, diesen von Europa gefeierten Helden in unseren Mauern zu besitzen“ <sup>3)</sup>.

Das war im Jahre 1816. Aber schon ein Jahr zuvor hatten sich mehrere Breslauer Bürger als die ersten Spender zu einem Betrage von je 1000 Talern verpflichtet; die städtische Kasse folgte bald darauf mit der Zusage von 6000 Talern, Privatpersonen aus allen

<sup>1)</sup> Stdt. A. Rep. Reg. 10. 8. 2 vol. 1, fol. 75. — Stvn. A. VI. 8, fol. 53. Der Abdruck der „Bekanntmachung“ auch in ye 476 der Bresl. Stadtbibliothek (24. 1. 25). <sup>2)</sup> Sta. A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 1, fol. 90, 123, 142, 165; vol. 6, fol. 52, 84, 86; vol. 7, fol. 47. <sup>3)</sup> Schles. Zeitung 1816, Nr. 36, S. 705 (23. 3. 16). — Prov. Bl. Bd. 63, S. 517. — Sta. A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 1, fol. 12 ff. (Brief Tempskys vom 20. 3. 16).

Ständen, nicht zuletzt adlige Besitzer, schlossen sich mit größeren und kleineren Summen an. Daß Generalpostmeister v. Seegebarth Porto-freiheit für diese Art von Geldsendungen zugestand, wurde mit Dank anerkannt. — Nicht unwichtig für die Geldfrage war es auch, daß auf schlesischem Boden eine ganze Reihe von regierenden Fürstenhäusern ansässig war, von denen unter anderen Bayern, Württemberg und Braunschweig genannt werden. Obwohl nicht alle hochgespannten Erwartungen nach dieser Richtung erfüllt wurden, so machte es doch einen guten Eindruck, wenn die Königin der Niederlande für ihre schlesischen Güter 300 Taler und Prinz Wilhelm in Fischbach, der Bruder des Königs, 200 Taler spendete, dieser mit dem Bemerken, daß er sich wundern müsse, weshalb man sich nicht schon früher an ihn gewandt habe, da er doch bereits vier Jahre Gutsbesitzer in Schlessien sei <sup>1)</sup>.

Wesentlich anders verhielt sich der Fürst Johann von Liechtenstein, Herzog zu Troppau, der in Wien lebte. In dessen Auftrage beschied seine Kanzlei den Ausschuß dahin, daß der Fürst das Unternehmen „durch Herleihung Höchstseines Namens“ mit Vergnügen unterstützen wolle. Das schien aber dem Freiherrn v. Stein zu wenig. Deshalb schrieb er zu den Akten: „Dem furiosen Frachtbrief folgt wohl ein zweiter mit etwas Gold; wo nicht, so schlage ich vor, nach vier Wochen dem Fürsten zu erwidern, daß seine Beförderung des Unternehmens durch *N a m e n u n d T a t* zugleich gewünscht worden sei.“ In diesem Sinne, wenngleich mit anderen Worten, ist denn auch geschrieben worden. Ergebnis: ganze 58 Taler! <sup>2)</sup>

Erfreulicher war eine Sendung, die aus Sedan unterm 18. Juni 1816 einging. Dort hatte Generalleutnant v. Zieten, der mit dem schlesischen Armeekorps zur Besatzungsarmee in Frankreich gehörte, den Jahrestag von Belle-Alliance mit seinen Offizieren gefeiert, dabei 2000 Frank gesammelt und dem Ausschuß übersandt, der sie dankend mit 527 Talern <sup>3)</sup> verbuchen konnte. — Aus dem Westen kam in derselben Zeit auch das Angebot Wellingtons, für das Denkmal seines Waffenbruders 300 Pfund Sterling stiften zu wollen. Der preußische General v. Müffling, Vertreter Preußens im Hauptquartier des Herzogs, war Vermittler des ihm peinlichen Wunsches. Peinlich deswegen, weil er zu wissen meinte, daß Blücher seiner Zeit für des

1) Sta.M. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 1, fol. 18 ff., 56 ff.; vol. 2, fol. 10; vol. 3, fol. 30—33; vol. 7, fol. 114, 165. (Hier der Brief des Prinzen Wilhelm aus Fischbach, 14. 10. 25.) 2) Sta.M. ebda vol. 3, fol. 30, 95; vol. 4, fol. 39. — Schüd a. a. O. S. 24. 3) Die Groschen und Pfennige durften als unerheblich hier wie überall fortgelassen werden.

Engländers Denkmal nur 10 Pfund gegeben habe. Müßling riet daher zur Ablehnung, was nach seiner Meinung möglich sei, da doch wohl nur einheimische Beiträge in Frage kämen. In Breslau, wo besonders Merckel und Kospoth mit der Angelegenheit besaßt waren, konnte dem Vorschlage des Generals nur beigestimmt werden, und so mußte das an sich ehrenvolle und erwünschte Geschenk Dank und Ablehnung erfahren <sup>1)</sup>.

Man hätte es in der Tat wohl brauchen können. Denn eine Aufrechnung der Sammlungsergebnisse ließ die schmerzliche Tatsache erkennen, daß nach einem Jahre der Werbearbeit der ansehnliche Betrag von 14 888 Talern, nach sieben weiteren Jahren aber (1822) nicht mehr als 27 362 Taler beisammen waren <sup>2)</sup>. Wenn sich die Gebefreudigkeit in demselben Verhältnis auch künftig verringerte, dann stand es freilich sehr schlimm um die Erreichung des Zieles, dem alle Mühe galt.

Noch ein besonderer Umstand verstärkte solche Befürchtungen. Obwohl der Strom zielbewußter Arbeit, wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten, in ein einheitliches Bett geleitet war, gab es doch immer noch störende Außenseiter, die ihre Sonderziele nicht aufgeben mochten. Ehrliche Überzeugung zuweilen, aber auch persönliches Gutdünken, Eigenbrütelei und ehrgeizige Regungen beherrschten ihr Tun. Der letzten Richtung muß der faßsam bekannte Hofrat Maler Bach zugerechnet werden. Zwar waren die verstiegensten seiner Pläne schon abgetan <sup>3)</sup>, aber sein künstlerisches Strebertum wurde dadurch nicht gemindert. Wie anderen auch hatte es ihm der Zoben angetan. Die gotische Kapelle dort oben sollte zu einem „Tempel des Eisernen Kreuzes“ ausgestaltet werden, der Berg den Namen „Blücher“ erhalten <sup>4)</sup>. Selbst in einer städtischen Kommission, die, auffällig genug, noch im November 1816 partikularistischen Regungen frönte, durfte er sein Wesen treiben <sup>5)</sup>. Die hier geäußerten verschwommenen Ideen wird man zum guten Teile für ihn buchen dürfen. Dort war auch die Rede davon, daß bislang nur Kaiser und Könige Reiterstatuen erhalten hätten <sup>6)</sup>. Flugs griff er den Gedanken auf und schlug dem Oberpräsidenten Merckel vor, den regierenden König also zu ehren und dem Fürsten Blücher nur eine, wenn auch bevorzugte Stelle als Nebenfigur an dessen Standbilde einzuräumen <sup>7)</sup>. Eine völlige Umkehrung der Sachlage!

<sup>1)</sup> Stdt. A. Rep. Reg. 10. 8. 2, vol. 1, fol. 38 ff. — Sta. A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 3, fol. 23. — Schück a. a. O. S. 3 f. <sup>2)</sup> Stdt. A. Rep. Reg. 10. 8. 2, vol. 1, fol. 53 (Bericht Kospoths vom 2. 5. 17), fol. 66 (Abrechnung des Ausschusses v. 22. 11. 22). <sup>3)</sup> Schlej. Geschichtsbll. 1927, Nr. 2, S. 35 f. <sup>4)</sup> Sta. A. Rep. 14. IX. 93 b, fol. 9 ff. — Vgl. dazu Prov. Bl. 1816, Bd. 64, Juliheft. <sup>5)</sup> Stdt. A. Rep. Reg. 10. 8. 2, vol. 1, fol. 45 ff. <sup>6)</sup> Vgl. oben S. 223 f. <sup>7)</sup> Sta. A. Rep. 14. IX. 93 b, fol. 13.

Natürlich erfolgte Ablehnung. Aber in seiner unbegrenzten Wandelbarkeit unternahm er trotzdem einen letzten Vorstoß. Er höre, ließ er sich vernehmen, man wolle nun doch ein ausschließliches Blücherdenkmal schaffen. Gut, auch das könne er anschaulich machen. Und nun entwickelte er einen Plan, in und mit dem seine überhitzte Phantasie wahre Orgien feierte. Alle Feldzüge von der Oder bis zur Seine sollten auf dem Standbilde zur Darstellung gelangen! Dazu nehme man seine anmaßende, gönnerhafte und überhebliche Miene, die auszudrücken schien, daß diesem genialen Gedanken eigentlich nur ein Bach Wirklichkeit verleihen könne, und man wird begreifen, daß solches Kunstprozentum selbst dem nachsichtigen Merkel auf die Nerven fallen mußte. Er teilte ihm am 17. Oktober 1817 mit, daß sein Vorschlag zu spät komme. Außerdem sei auch ohne ihn dafür gesorgt, daß die Ausgestaltung des Denkmals weder kleinlich noch geschmacklos ausfallen werde. „Übrigens“, fügte er hinzu, „wird es Ew. . . nicht an einem Mittel fehlen, Ihre Idee öffentlich darzustellen, indem Sie, was durch den Meißel nicht geschehen konnte, dem Grabstichel anvertrauen“ <sup>1)</sup>. Das war deutlich und auch wirksam. Von nun an ließ der Aufdringling nichts mehr von sich hören; wenigstens durch neue Anträge fiel er nicht weiter lästig.

Ungebührlich lange hielten die Sonderbestrebungen auch in der Provinz an. Sie lassen sich hier aus guter Absicht, aus einer Art von Schollenpatriotismus leicht erklären. Im Reichenbacher Departement, wo Regierungspräsident v. Lüttwitz den Ausschlag gab, wollte man gern für ein Zobtentdenkmal Mittel aufbringen, im Striegauer, Liegnitzer und Goldberg-Hainauer Kreise wohl für ein Erinnerungsmal auf dem Ragbachfelde, aber keinesfalls für Breslau <sup>2)</sup>. Dort dachte man an einen Ruhmestempel, alljährliche Volksfeste am 26. August und Wettspiele körperlicher und geistiger Art, hier an ein bescheidenes Denkzeichen, für das sich der genannte v. Tempsky sogar mit Erfolg einsetzte <sup>3)</sup>. Am 26. August 1817 konnte das Werk „aus Gußeisen in Pyramidenform mit dem heiligen Kreuz“ unter militärischem Gepränge eingeweiht werden, wie es dem Breslauer Denkmal dereinst nicht beschieden sein sollte. Auch der alte Feldmarschall war anwesend und hielt eine seiner gewohnten kraftvollen Ansprachen zum Ruhme des Heeres <sup>4)</sup>.

<sup>1)</sup> Sta.H. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 2, fol. 44—48.    <sup>2)</sup> Ebda IX. 93 e (Aus Goldberg, 19. 8. 16).    <sup>3)</sup> Ebda Rep. 14. IX. 93 a, vol. 1, fol. 34 ff., 106, 123; vol. 2, fol. 40 f. u. 93 e. — Schück a. a. O., S. 4.    <sup>4)</sup> Prov.Bl. 1817, Bd. 66, S. 280 ff.



Es liegt auf der Hand, daß solche Sonderziele nicht an sich, wohl aber im Zusammenhange mit dem allgemeinen Sammelgeschäft zu beanstanden waren, weil sie unbedingt als ablenkend und störend empfunden werden mußten. Daher hatte der Ausschuß auch allen Anlaß, v. Rüttwitz gegenüber immer wieder die Einheit zu betonen, besonders jetzt, da die Sonderwünsche ein gewisses Ziel erreicht und die Breslauer Pläne nach der Entscheidung des Königs als unumstößlich zu gelten hatten. Diese Erwägung hat sich denn auch seit 1818 in jenen Kreisen als zutreffend völlig durchgesetzt<sup>1)</sup>. — Andere Nebenströmungen, soweit sie nicht schon längst verebbt waren, durften als unschuldig angesehen werden. So der Vorschlag, den alten Blücher am Himmelsgewölbe zu verewigen. Hunde, Schlangen und Bären, erklärt der Träger des Gedankens, seien schon da — warum nicht auch Helden? Den Orion wollte er daher „Blücher“ genannt wissen<sup>2)</sup>. Der Vorschlag war zweifellos urwüchsig und empfahl sich auch dadurch, daß er wenigstens keine Kosten verursacht hätte. Begreiflicherweise war ihm ein Erfolg nicht beschieden.

Über solche ungewollten, harmlosen Entgleisungen mochte ein verzeihendes Lächeln leicht hinweghelfen. Das versagte aber völlig, wenn es wirkliche Widerstände zu überwinden galt, wenn die innere Überzeugung oder die Nöte des Lebens als Gegner ins Feld geführt wurden. Da galt es für den Ausschuß harte Arbeit: ein Jahr um Jahr andauerndes, unerfreuliches Ringen um den Geldbeutel begann.

Höchst auffällig, daß dieser Kampf auch mit der Breslauer Stadtverwaltung geführt werden mußte und zeitweilig recht unerquickliche Formen annahm. Zwar war die Stadt, wie bekannt, aller Welt mit frischem Eifer vorangegangen. Aber wie schnell erlahmte dieser! Die gezeichneten 6000 Taler wurden erst nach Jahren und dann auch erst auf mehrfaches Drängen gezahlt<sup>3)</sup>. Eine Subskription unter den Einwohnern, längst in Aussicht genommen und auch von den Stadtverordneten gut geheißten, wollte und wollte nicht in Gang kommen, obwohl bekannt genug war, daß die Mittel aus der Provinz je länger, je spärlicher flossen.

Man fragt zunächst vergeblich nach der Ursache dieser Erscheinung. Die Not der Zeit durfte von Breslau am wenigsten geltend gemacht werden, und es ist auch nicht geschehen. Woher also das Zaudern? Eine unscheinbare, niemals bekannt gewordene „Ad Acta-Bemerkung“

1) Sta. A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 2, fol. 40, 42, 164 (Verfügung der Regierung in Reichenbach vom 22. 9. 18). 2) Prov. Bl. 1817, Bd. 65, S. 289 ff.

3) Sta. A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 3, fol. 68 (19. 11. 19).

Kospoths gibt erwünschten und verblüffenden Aufschluß. Er hält es danach für angezeigt, „die Eröffnung der Subskription so lange noch auszusetzen, bis das Denkmal seiner Ausführung näher gerückt ist“ <sup>1)</sup>. Da haben wir's: argwöhnisches Abwarten statt frischen, mitreißenden Zugreifens! Wie aber konnte Kospoth diese ängstliche, fast schwächliche Haltung mit seiner Stellung im Ausschuß vereinbaren?

Er mag in dieser Doppellage oft genug an die zwei Seelen gedacht haben, die er in seiner Brust hegen mußte; denn im Magistrat unterzeichnete er mit seinem Namen die Verzögerungspolitik der Stadt und im Ausschuß ebenso alle Vorwürfe, die deswegen gegen sie erhoben wurden. Also: Kospoth c./a. Kospoth! Er ist tatsächlich bis zum späten Ende der Denkmalsarbeit aus der Zwidmühle nicht herausgekommen, als Ausschußmitglied sich selbst als dem Magistratsmitgliede gehörige Rüssel zu erteilen. Denn der Ausschuß nahm wahrlich kein Blatt vor den Mund. Unermüdlich stellte er Bitten, Anregungen, Forderungen auf. Ihr Inhalt bleibt fast immer derselbe, gewinnt aber auch bisweilen das Ausmaß historischer Größe. Das platte Land, heißt es da, und die kleinen Städte würden nimmer die erforderlichen Summen aufbringen, solange die Einwohner d e r Stadt, die das Denkmal haben solle, n i c h t s täten. Wenn die Statue des Helden vielleicht das Schicksal haben werde, in einem Winkel liegen bleiben zu müssen, „so würde sie der Nachwelt ein Zeugnis sein, daß wenige Jahre, nachdem in wetteiferndem Enthusiasmus das Denkmal beschlossen war, und als noch meist dieselben Väter der Stadt vorhanden, welche das Gemeinwesen im Kriege ehrenvoll geleitet hatten, das Andenken an die Leiden und die großherzigen Anstrengungen, das französische Joch abzuschütteln, das Andenken an den kaum entseelten Helden, an die Tausende der gefallenen Landsleute, Freunde und Verwandten so rasch verschwunden war, daß wenige tausend Taler nicht mehr aufgebracht werden konnten, um den kräftig gefaßten Entschluß kräftig auszuführen.“ Diesen drohenden Vorwurf m ü s s e der Magistrat von unseren Zeitgenossen abwenden helfen und einen „dem Ansehen und der Vermögenheit der Stadt“ angemessenen Beitrag aufbringen <sup>2)</sup>.

Das hätte Keulenschlägen gleich auf den Magistrat wirken müssen; aber der — tat nichts! Einer neuen Eingabe des Ausschusses vom 25. Juni 1822 schrieb Kospoth am 17. April 1824 — also nach zwei Jahren! — an den Rand: „Ad acta, da die verlangte Antwort dem

<sup>1)</sup> Stdt. A. Rep. Reg. 10. 8. 2, vol. 1, fol. 61 und sonst vielfach; fol. 59. Hier Kospoths Bemerkung vom 4. 6. 17.    <sup>2)</sup> Ebda fol. 66 ff. (20. 3. 1822).

Ausschuß mündlich nomine magistratus gegeben worden“ <sup>1)</sup>. Seltsam, seltsam . . . Also mündlich! Warum nicht schriftlich wie sonst immer? Fürchtete er sich vor dem geschriebenen Wort, und welches war der Inhalt jener Antwort? Man fragt vergebens. Vermutlich hat er geltend gemacht, daß in jenen Jahren eine Sammlung für die Elftausend-Frauenkirche durchgeführt worden sei, die eine ähnliche gleichzeitige Handlung unmöglich gemacht habe. Dieser Grund lag damals allerdings vor und darf anerkannt werden. Als er weggefallen war, da endlich mußte sich der Magistrat im Jahre 1825 zu dem langersehnten Schritte entschließen: die bereits erwähnte Bekanntmachung“ erschien, die Sammlung in der Stadt begann und wurde in einigen Monaten durchgeführt. Das Ergebnis war nicht überwältigend und betrug 3228 Taler. Jene Beitragsbegeisterung, mit der Büsching namens der Vaterländischen Gesellschaft 50 Taler überreichte, läßt sich sonst nirgends hören, wohl aber das Gegenteil <sup>2)</sup>.

Dafür einige Belege, einer davon aus Breslau selbst. Er betrifft einen mittleren Kommunalbeamten. Dieser erklärte dem Beitrags-sammler kurzab, er gebe nichts, da das Denkmal „zwecklos“ sei und auch vom Fürsten Blücher selbst nicht gewünscht werde. Man ist zweifelhaft, ob diese Gesinnung nicht durch die zeitweilig laue Haltung des Magistrats selbst mit großgezogen war. Jetzt freilich griff dieser kräftig zu und gab dem Widerharigen seine „ganze Mißbilligung“ zu erkennen, da er die Kommune tadele, deren Brot er esse, und eine Behörde „bekrittele“, die ihm vorgesetzt sei <sup>3)</sup>. Man kann die Entrüstung verstehen und gleichwohl milder Beurteilung zugänglich sein. Lehnte doch auch Präsident v. Rother, der gewiß ein guter Schlesier und Patriot war, einen Beitrag ab, weil er für die Ehrung des verstorbenen Ministers v. Hardenberg in Anspruch genommen sei <sup>4)</sup>. Ein Graf in Oberschlesien mit einem Namen leicht polnischer Färbung tat dasselbe, freilich mit so törichten, zornigen und klobigen Wendungen, daß sie sich nur aus einer fremdstämmigen Weltanschauung erklären lassen <sup>5)</sup>.

Wenn so etwas am grünen Holze geschah, was mochte da am dürrer werden? Vorwürfe, die sich sonst leicht einstellen, wollen nicht mehr versangen, wenn die wirtschaftlichen Nöte sich drohend erheben und die sonst gebefreudige Hand schließen. Es war doch eben so, wie hundertfache Zeugnisse mit erschrecklicher Deutlichkeit belegen, daß die

<sup>1)</sup> Sta. A. Rep. Reg. 10. 8. 2, vol. 1, fol. 66 (17. 4. 1824). <sup>2)</sup> Stdt. A. 10. 8. 2, vol. 1, fol. 72, 75, 78. — Stvn. A. V. B. VI. 8, fol. 49 ff., 51. — Sta. A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 7, fol. 6 ff., 46, 149. <sup>3)</sup> Stdt. A. Rep. Reg. 10. 8. 2, vol. 1, fol. 80. <sup>4)</sup> Sta. A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 7, fol. 128. <sup>5)</sup> Ebda Rep. 14. IX. 93 f, fol. 34.



Drangsale und Opfer einer kriegerischen Zeit lange noch nicht verwunden waren. Das um so weniger, als die Maßnahmen der Regierung unter dem Drucke der Handelsperre wirkungslos blieben und Preußens vielgepriesener Zollverein gerade unserem schlesischen Winkel in seiner Abgelegenheit am wenigsten nutzbringend wurde. So kam, was kommen mußte: niedrige Preise der Landwirtschaft, stochender Handel, „Nahrungslosigkeit“, Mangel an barem Gelde, allgemeine Verarmung, Sinken aller höheren Interessen, die über das bißchen nackte Leben hinausgingen. Ein erschütterndes Bekenntnis, wenn es vertraulich in einem Briefe heißt: „Nie habe ich mich in ähnlicher quälender, zögernder Verlegenheit befunden und wünsche nichts sehnlicher, als daß dieser Zustand aufhören möge“ <sup>1)</sup>.

Und nun gar auf dem flachen Lande! Nicht ohne innere Teilnahme läßt man die Hunderte von Sammellisten durch die Hand gleiten, die einst von Haus zu Haus durch die dörflichen Gemeinden wanderten. Deutlich genug trägt das grobe Papier die Spuren der ländlichen Scholle wie der schwieligen Faust, die, wenig schreibkundig, Beträge von Groschen und Pfennigen in die Tabelle kritzelte oder sie auch — leer ließ. „Scholz gibt nichts“, heißt es da und wo anders: „Tageelöhner, kann nichts geben.“ Und so noch an vielen Stellen. Auch ganze Gemeinden gaben leere Bogen ab und entschuldigten das mit ihrer Armut. Peinlich empfanden es die Landräte wie die Magistrate kleiner Städte, wenn sie mit geringem Ertrage oder gar mit leeren Händen kommen mußten. In diesem Falle befand sich der Kreis Rosenberg, dessen ungünstige Lage an der geschlossenen polnisch-russischen Grenze eine „allgemeine Verarmung“ erzeugt hatte, wie der Landrat besonders hervorhob, um ihn „vor Mißdeutungen zu sichern“. Nicht anders war es im Landeshuter Kreise, auch einem Grenzgebiete nach der anderen Seite. Beweglich sind die Klagen seines Leiters. Immer seien die Kreisinsassen leistungsfreudig gewesen; wenn es jetzt anders stehe, so erkläre es sich daraus, daß der Bezirk „unter dem Druck des Augenblicks erliegt, den er nicht zu überwältigen vermag.“ Selbst laufende Steuern wären, auch unter Anwendung von Zwangsmitteln, nicht beizutreiben, weil eben die „größte Erschöpfung“ vorhanden sei. Auch da, wo man es nicht erwartet hätte, traten peinliche Hemmungen auf. Sehr kühl und abweisend schrieben die Kaufmannsältesten des Gebirgshandelsstandes in Schmiedeberg, sie hätten sich an einer ersten Sammlung beteiligt und „ihren patriotischen Sinn

<sup>1)</sup> Sta. A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 6, fol. 79 (Schreiben an den Ausschuß vom 11. 7. 1823), fol. 86, 101; vol. 7, fol. 149; Rep. 14. IX. 93 f, fol. 34 u. 14. IX. 93 e.



durch jene Beiträge auslänglich betätigt“. Ja selbst Graf Schaffgotsch in Warmbrunn, der doch persönlich an den Ausschufarbeiten regsten Anteil nahm, sah sich zu einem Entschuldigungsschreiben des Inhalts genötigt, daß er die subskribierten 500 Taler noch nicht habe zahlen können, weil der schlechte Stand des Gebirgshandels und deshalb der ebenso schlechte Eingang der „Praestanda seitens seiner Insassen“ ihn im Augenblick daran hindere <sup>1)</sup>. So sah es unten wie oben gleich dürftig aus, und es war ein gar grimziger Trost, die Entschuldigung zu hören, daß, wenn die Leute nicht ihren angestammten Patriotismus besäßen, das Ergebnis noch viel kümmerlicher sein würde.

Und alle diese betrüblichen Äußerungen der Zeit gingen durch die Hand des Ausschusses! Gar mancher wohl wäre in gleicher Lage kleinmütig geworden. Anders hier. Die Spannkraft der führenden Männer wuchs mit den Schwierigkeiten; jedes rechtliche Mittel, Geld zu beschaffen, wurde versucht; selbst in der Lotterie spielte man und gewann einmal ganze 40 Taler! Auch eine halbvergessene Forderung der Provinz wurde hervorgeholt und geltend gemacht, obwohl ein Mißerfolg zu befürchten stand. Es handelte sich um ein Zwangsdarlehen im Betrage von 32 000 Talern, das die schlesischen Kreise im Jahre 1813 dem Staate vorgestreckt hatten, ohne Lieferscheine dafür zu erhalten. Auf Ansuchen des Ausschusses traten jene fast ausnahmslos diese Forderung an ihn ab, der sie seinerseits zu Denkmalszwecken einzutreiben gedachte. Diesmal ging es also gegen den Staat selbst! Alle Hilfskräfte, wie Graf Rostiz und Rother in Berlin, wurden in Bewegung gesetzt; Stein reiste eigens zu demselben Zwecke dorthin und kniete den zuständigen Ministern auf der Seele. Als die Bürokraten abwinkten, schickte man ein Immediatgesuch an den König. Wohl selten haben getreue Untertanen eine so deutliche, fast drohende Sprache geführt, wie es hier geschah: die Provinz habe in der höchsten Not des Vaterlandes mehr geduldet und geleistet als irgend eine andere. Es sei nun nicht ermunternd für das Volk, „in ähnlichen Fällen, die Gott verhüten möge, etwas zu tun, wenn die Finanzverwaltung so kleinlich denke.“ Trotzdem — alles vergeblich! Der König stand im Banne seiner Berater und verfügte so die Ablehnung des Gesuches. Es könnten, hieß es, die 32 000 Taler nicht erstattet werden, da „solche nicht als Anleihe entnommen worden sind, sondern zu den Kriegseleistungen gehören“. Auch würde „eine Abweichung von diesem Grund-

<sup>1)</sup> Sta. A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 6, fol. 158. Ebda Rep. 14. IX. 93 e (Substriptionslisten) und 93 f, fol. 34. Ebda Rep. 14. IX. 93 a, vol. 1, fol. 170; vol. 2, fol. 67; vol. 3, fol. 51 und sonst. Stdt. A. Rep. Reg. 10. 8. 2, vol. 1, fol. 57.

sache zahllose Ansprüche ähnlicher Art zur Folge haben.“ — Stein war tief erbittert; alle seine Anstrengungen seien nutzlos aufgewandt, „und das nur aus übertriebenem Zartgefühl und aus übertriebener juristischer Spitzfindigkeit“ <sup>1)</sup>. Auf wen diese Andeutungen zielen, kann nicht zweifelhaft sein. Im Ausschuß war man jetzt entschlossen, fürderhin nur noch der eigenen Kraft zu vertrauen. Wie sie sich auswirkte, steht mit dem Denkmal selbst in engster Beziehung. Daher sind seine Schicksale, zunächst die unter Rauchs Händen, kurz zu verfolgen.

## II. Kunst und Leben.

Nachdem der Künstler, der Ideale voll, im Jahre 1818 aus dem Lande der Sonne in die nordische Heimat zurückgekehrt war, griff er mit Ehrfurcht und Dankbarkeit zu der Aufgabe, die ihm das Vaterland zugedacht hatte. Einst in persönlichster Beziehung zu der unvergeßlichen Königin, huldigte er ihr in rührender Anhänglichkeit, erlebte ihr und des Landes Unglück in verdoppeltem Schmerz, folgte jubelnden Herzens seinem stolzen Aufstieg und erhob sich wie von selbst zu dem hohen Gedankenfluge, mit dem Meißel in der Hand ein Herold vaterländischen Ruhmes zu werden. Auch das Blücherdenkmal bildete eine der vielen Stufen, die ihn aufwärts führten <sup>2)</sup>.

Das erste nach Breslau gesandte Modell, das im Gipsabguß daselbst ausgestellt wurde, war ihm im April 1819 nach Berlin geschickt worden <sup>3)</sup>. Am 11. September, durch Zufall einen Tag vor dem Hinscheiden seines Helden, legte er die erste Hand an das maßgebende große Modell <sup>4)</sup>. Die aus Breslau kommenden Urteile mochten ihm die Zuversicht zum Werte seiner Arbeit stärken. Dort hatte die Vaterländische Gesellschaft bereitwilligst Gelegenheit geboten, am Modell den Austausch der Gedanken zu pflegen. Der unvermeidliche Bach benutzte natürlich auch diese letzte Gelegenheit, seine schwülstige Weisheit langatmig und selbstbewußt vorzutragen; dieser „Blücher“ genügte seiner Verftiegenheit natürlich nicht, wohl aber den Anforderungen aller anderen, unter denen sich Professor Kahlert und Stein befanden. Jener sah die „liebliche Einfachheit und naturgemäße Darstellung“, die gleich der Antike ihm die Seele erhoben, dieser erblickte seinen Blücher als den einfachen, tapferen Mann, der mit innerer Kraft, die linke

<sup>1)</sup> Sta. A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 5, fol. 134 ff.; vol. 6, fol. 84, 86, 88, 92, 95 ff., 101 (Immediatgesuch vom 6. 9. 23), 121 (Ablehnung unterm 14. 11. 23), 150 ff. — Eggers a. a. O. 2, 103. <sup>2)</sup> Die kunstgeschichtlichen Einzelheiten sind ausführlich bei Eggers a. a. O. 2, 94—124 dargestellt. <sup>3)</sup> Sta. A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 2, fol. 207. <sup>4)</sup> Eggers a. a. O. 2, 94.

Hand himmelwärts hebend, die rechte am Schwert, einem Napoleon, dieser „Ausgeburt der Hölle“, entgegenzuschreiten schien. Der Mantel wurde allgemein als zu schwer empfunden; aber der Gesamteindruck widersprach dem sonstigen Urteil nicht, „das Denkmal werde die schönste Zierde der Stadt werden“ <sup>1)</sup>.

Auch Goethes Kunsturteil spielte eine vorübergehende Rolle. Es war ja natürlich, daß Stein seinen väterlichen Berater und Gönner zuzog, wie auch Rauch selbst es wünschte. Schon 1816 schrieb jener rein vertraulich zu den Akten, daß der Dichter sich geäußert habe, aber bei der Eigenart seines Wesens eine „völlige Publizität“ des Urteils scheue <sup>2)</sup>. Später war er noch wiederholt zu mündlicher Unterredung bei ihm in Weimar. So auch 1819, wo am Modell selbst Aussprache gehalten wurde, das von Breslau dorthin geschickt worden war <sup>3)</sup>. Als Ergebnis muß gebucht werden, daß der Große in der Ilmstadt sich die Ausführung anders gedacht hatte. Stein mochte dem Künstler diese Stellungnahme nicht verschweigen, fügte aber gleich tröstend hinzu, daß man einen „Blücher“ nicht von Goethe, sondern von Rauch haben wolle. Jedenfalls besitze dieser das volle Vertrauen des Ausschusses, der ihm ganz überlasse, wie er das Kunstwerk zu einem schönen Abschluß bringen wolle <sup>4)</sup>. Es nimmt für den Künstler ein, daß er in seinem Bereiche dem Geistesgewaltigen nicht gewichen ist.

Inzwischen war Rauch mit der Arbeit tüchtig vorwärts gekommen. Den Ungeduldigen in Breslau durfte er entgegenhalten, daß es ihn allein zehn Tage gekostet habe, den linken Arm nebst Hand für den Gießer herzustellen <sup>5)</sup>. Im Jahre 1821 war der Gesamtguß beendet und wohl gelungen <sup>6)</sup>, wie auch von Schinkel, Thorwaldsen, der wohl damals zufällig in Berlin war, und anderen, ja vom Könige selbst bestätigt wurde <sup>7)</sup>. Am 1. Juli 1823 konnte in Breslau von der fertigen Statue Kenntnis genommen werden <sup>8)</sup>. Hatte der Künstler ihre Aufstellung daselbst für August 1823 erhofft <sup>9)</sup>, so sah er sich darin

<sup>1)</sup> Prov.Bl. 1818, Bd. 68, S. 469 ff. — Sta.A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 2, fol. 136, 138—141, 142—146, 148.    <sup>2)</sup> Ebda vol. 1, fol. 114.    <sup>3)</sup> Der Transport kostete 4 Taler 5 Gr. Courant. Sta.A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 3, fol. 21. — Eggers S. 2, 94. Hier steht die somit recht zweifelhafte Angabe, Stein habe es „bei einem Besuche der Weimariſchen Verwandten, der Familie des Oberſtallmeiſters v. Stein, mitgenommen.“ Daß dieser des Besuchers eigener Vater war, kann man beim besten Willen den Worten nicht ansehen. Nehmen wir an, daß es der Verfasser wenigstens gewußt hat.    <sup>4)</sup> Eggers a. a. O. 2, 95.    <sup>5)</sup> Sta.A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 4, fol. 53 ff.    <sup>6)</sup> Ebda vol. 5, fol. 20 (22. 12. 21).    <sup>7)</sup> Ebda vol. 4, fol. 24, 37, 50 u. Schüß a. a. O. S. 22.    <sup>8)</sup> Ebda vol. 6, fol. 71 ff.    <sup>9)</sup> Ebda vol. 5, fol. 31 (Rauch an Stein, 12. 1. 22).



allerdings arg enttäuscht. Denn die Beförderung von Berlin konnte erst am 10. November 1824 begonnen werden. Beim Abgange von dort eine gefährliche Verzögerung: eine Achse des Wagens brach, und das Denkmal wurde auf die Straße geschleudert, aber zum Glück nur leicht beschädigt. Auf grundlosen Wegen gelangte es endlich am 27. November 1824 in Breslau an <sup>1)</sup> und verschwand hier in einem Schuppen am Salzringe, weil der Sockel nicht fertig war und das nötige Geld dazu fehlte. Das führte zu Zeitverlust und leidigen Ersparnissen auf Kosten seiner Ausführung; der dazu verwandte Granit vom Engelsberge bei Zobten konnte so zwar geschliffen, aber nicht poliert werden <sup>2)</sup>. Damals schrieb Stein an Rauch in bitterem Zorne: „Wie wechselnd doch die Segel des Enthusiasmus schwellen und sinken! Damals fühlten wir uns kräftig, den Tyrannen von Europa zu bekämpfen, und jetzt nicht genug, um ein paar Granitblöcke zu polieren. So zahm sind wir geworden!“ <sup>3)</sup> Wenn trotzdem eine befriedigende Lösung der Sockelfrage gefunden wurde, so war das allein Langhans' unermüdlicher Arbeit und Anpassungsfähigkeit zu danken, dem auch Rauch volle Anerkennung zollte <sup>4)</sup>.

Daß dieser gleich allen anderen unter dem Drucke der Zeitverhältnisse stand, leuchtet ein. Trotz der Freude am Werke erregte es seinen rechtschaffenen Grimm, daß er dauernd mit fremden Gießern, mit Franzosen, zu tun hatte, da bei uns seit Schlüters Tagen die Kunst des Erzgusses vollständig abhanden gekommen war. Auch fühlte er mit dem Ausschusse alle seine Nöte und Sorgen, fühlte sie selbst schmerzlich genug auch am eigenen Leibe. Unendlich groß die Zahl seiner vielfach meisterhaft gefaßten Briefe, die er jahrein, jahraus mit Breslau wechselte. Die Fähigkeit zu schreiben fehle ihm nun einmal, wie er unberechtigt klagt, und doch müsse er seine Zeit so oft am Schreibtische vergeuden. Mit einem Stoßseufzer schließt er 1824 ab: „So Gott will, sende ich Ihnen anliegend das letzte Aktenstück über diese Arbeit. Was wird einmal die Kunstgeschichte sagen, daß um so kleine Arbeit so viel Papier verschrieben wurde?“ <sup>5)</sup> Aber noch war er längst nicht am Ende der Zweifel und Sorgen, noch standen seinem künstlerischen Empfinden schwere Prüfungen bevor.

Es ist wohl das schmerzlichste Kapitel dieser an allerlei Wandlungen so reichen Denkmalsgeschichte, dem wir uns jetzt zuwenden. Die Geld-

<sup>1)</sup> Ebda vol. 7, fol. 31 ff., 36. <sup>2)</sup> Prov.Bl. 1826, Bd. 83, S. 57. <sup>3)</sup> Eggers a. a. O. 2, 103. — [Fürst Püdlar] Tutti Frutti, Stuttgart 1834, Bd. 2, S. 165. So sei das Piedestal gleich dem Enthusiasmus „matt geblieben“. <sup>4)</sup> Sta.A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 4, fol. 37. <sup>5)</sup> Ebda vol. 6, fol. 176; vol. 7, fol. 31. — Eggers a. a. O. 2, 105.



not war aufs höchste gestiegen; alle Quellen schienen versiegt zu sein. In solcher Lage hatte selbst der Künstler Opfer bringen und auf einen Teil seines Honorars verzichten müssen, um sich mit der Aussicht auf die Ehre zu trösten. Aber noch mehr: jetzt wollte man sogar, wie eingehende Beratungen im Ausschuß beweisen, das Standbild zu Werbezwecken mißbrauchen. Als „Unlockungsmittel“ besser als alle Schreibeereien, sollte es auf einen provisorischen Sockel gestellt werden und so die Massen „durch den vorhandenen Augenschein“ in Bewegung setzen und den Geldbeutel lockern helfen. Rauch eiferte unablässig dagegen: die Maßnahme sei für das Werk selbst gefährlich, werde den Spott ganz Deutschlands herausfordern und doch nicht zugkräftig sein. So nahm der Ausschuß Abstand, und als die Statue ankam, wanderte sie, wie schon gesagt, in die Remise. Auch dieser Ausweg wurde von Rauch aufs schärfste bekämpft. Das sei der Ort, „wo gewiß ungern die Schlesier ihre Ehre und ich meine Arbeit aufbewahrt sehe“, ein Ort, wo das Kunstwerk sich schließlich in einen Haufen alten Gerümpels verwandeln und dem Althändler verfallen werde. „Unbegreiflich, unbegreiflich ist mir ein solches Verfahren auserwählter, ehrenwerter Männer!“ So grollte der tief erregte Mann und äußerte zu Stein in teilnehmendem Tone: „Herzlich bedauere ich, daß Ihre vielfachen Bemühungen so endigen, wie der Anschein ist“ <sup>1)</sup>. Aber Not kennt kein Gebot! So blieb es dabei.

Remiseneinsamkeit! In ihr hat des alten Helden Bildwerk fast drei Jahre geweilt. Aus dieser Haft konnte nur Geld befreien. Mochte es selbst Mittel zum Zwecke werden und sich gewissermaßen selbst erlösen. So entwickelte sich der Gedanke, den gefangenen „Blücher“ aus der Kiste zu nehmen, aufzustellen und gegen Eintrittsgeld sehen zu lassen, wie es ja auch in Rauchs Atelier zu Berlin, freilich unter ganz anderen Umständen, geschehen war. — Nach derselben Richtung bewegte sich auch der Volkshumor. Zierte da eines Morgens ein lächelndes Pasquill die einsame Remisentür: „Marshall Vorwärts! Warum bleibst Du, sonst die Tätigkeit selbst, jetzt so lange im Standquartier? . . . Krieche aus Deiner Kiste heraus . . . So mancher große Geist läßt sich ja öffentlich für Geld sehen, um sich nachher öffentlich mit Geld sehen lassen zu können. Warum sollst Du das nicht auch können, da Du doch längst über aller Vorurteile erhaben bist?“ Ver-spöttische Unterton war jedoch bedenklich. Dem Fluche der Lächerlich-

<sup>1)</sup> Sta. A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 5, fol. 44, 56, 65 ff., 93; vol. 6, fol. 150 ff., 171 ff., 176—194 (die Jahre 1822—25). — Eggers a. a. O. 2, 103 ff. — Prov. Bl. 1826, Bd. 83, S. 55 ff.

keit durfte bei dem Ernst der Lage nicht Vorschub geleistet werden. Auch Blüchers zweiter Sohn Gebhard fühlte so oder ähnlich. Jedenfalls betonte er in einem Schreiben an Stein sein Leidwesen, wenn er etwa sehen müßte, daß die Statue seines Vaters, um ihre Aufstellung zu bewirken, „für Geld gezeigt werde, da dieses Verfahren wirklich unwürdig“ — dreimal unterstrichen — „genannt zu werden verdiente.“ Nun gab der Ausschuß den Plan auf, zumal sein Erfolg an sich doch auch recht zweifelhaft erschien <sup>1)</sup>. Wer aber half nun und brachte den „Blücher“ aus dunkeltem Verließ auf die lichte Höhe des Piedestals?

Es ist gewiß ein schönes Ruhmesblatt des ersten schlesischen Provinziallandtages von 1825, sich in schwerer Stunde dem bedrängten Ausschuß wie der Ehre Schlesiens nicht versagt zu haben. Es handelte sich um fehlende 2000 Taler, die nirgends aufzutreiben waren. Da erbot sich unter den Landtagsabgeordneten Graf Hentel von Donnersmark, die Summe allein zu übernehmen, falls dafür die Aufstellung des Denkmals sichergestellt werde. Indes entschloß sich die Versammlung selbst unter gleicher Voraussetzung zu einer Subskription unter ihren Mitgliedern. Und das mit Erfolg. Am 24. April 1826 konnte das Geld angewiesen werden. Als trotzdem noch ein kleiner Fehlbetrag auftauchte, deckte ihn Graf Hentel unter der Bedingung, daß öffentlich nicht davon geredet werde. Das war ein vornehmer Schlußwort! <sup>2)</sup> Den schwergeprüften Ausschußmännern, besonders aber Fritz v. Stein mag damals ein anderer Stein vom Herzen gefallen und ein vielverzeihendes Lächeln über die Lippen geglitten sein. Denn nun konnte ihr Denkmal, das die Schwerer kämpfte Summe von 40 617 Talern gekostet hatte, aufgestellt und seinem Zwecke übergeben werden. Aber auch diese Übergabe brachte noch eigenartige Überraschungen, die der bunten Mannigfaltigkeit der Geschehnisse einen Abschluß sicherten, als sollte auch hier das Satyrspiel dem Drama nicht fehlen.

Am 9. Juli 1827 war das Denkmal endgültig aufgestellt, eine prunkvolle Enthüllung für den Tag der Raabachschlacht zunächst wenigstens in Aussicht genommen worden. Das große Publikum wünschte gewiß so etwas, und Stein entwarf zur Vorsicht einen Plan

<sup>1)</sup> Sta. A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 7, fol. 96, 125, 144 (G. Blüchers Schreiben vom 5. 8. 25), fol. 149. <sup>2)</sup> Sta. A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 7, fol. 158 ff.; vol. 8, fol. 84, 231 f.; vol. 9, fol. 65, 66 (Dank an Gr. Hentel), 86. — Sta. A. Rep. Reg. 10. 8. 2, vol. 1, fol. 161 ff. Es mutet fast wie ein Scherz an, wenn bei allen den Geldnöten die letzte Abrechnung von 1829 doch noch einen Überschuß von 36 Talern ergab, die vom Magistrat als Denkmalsfonds angelegt wurden.

für ein Volksfest großen Stils, bei dem bürgerliches und militärisches Gepränge, Musik, Glockengeläut und Kanonenschläge nicht fehlen sollten. Nun aber die Kosten: 1500 bis 1800 Taler! Wer sollte die bestreiten? In der Kasse des Ausschusses waren sie jedenfalls nicht vorhanden. Daher entschied sich dieser für eine „klanglose Feier“ in der „Stille der Nacht“ und schrieb dementsprechend an den Magistrat, stellte ihm aber ausdrücklich eine glanzvolle Feier anheim, falls er den Wirt machen, also zahlen wollte. Das aber lag den städtischen Behörden vollkommen fern, da auch ihnen die Mittel fehlten. Was Merckel unter solchen Umständen an den König, der in Teplitz weilte, berichtet hat, kann kaum zweifelhaft sein. Jedenfalls erging von dort eine Kabinettsorder (12. 8. 27), die der Stimmung in Breslau Rechnung trug und eine stille Enthüllung anordnete, die auch für das Militär galt <sup>1)</sup>).

Damit war eine Abnahme des Denkmals durch die Stadt zu verbinden. Nach Anordnung des Ausschusses sollten sich die Vertreter beiderseits am 26. August morgens 5 Uhr auf dem Salzringe zusammensinden, weil man vielleicht unberufene Kritiker bei dieser stillen Handlung fürchtete, doch nein, „weil später das Gedränge die kurze Verhandlung erschweren dürfte.“ So schrieb der Ausschuß und verlangte weiter, die Magistratsvertreter möchten das Kunstwerk „als ein Depositum der gesamten Provinz in die dauernde Obhut und Fürsorge“ der Stadt übernehmen. Das hätte immerwährenden Schutz und Erhaltung, also eine neue Belastung für die Stadt bedeutet, die der Magistrat mit dem Bemerken ablehnte, daß er in dem Denkmal ein „Gemeingut“ der ganzen Provinz und in der Übergabe eine „bloße Zeremonie“ erblicke, „aus deren Begehung weder Rechte noch Pflichten für die hiesige Stadtgemeinde folgen“. Darauf der Ausschuß: das Denkmal, auf städtischem Boden und zur Zierde der Stadt errichtet, müsse beschützt und erhalten werden, natürlich von dem „Hauptinteressenten“, und der sei die Stadt Breslau, die sich im Bedarfsfalle mit dem Provinziallandtage ins Benehmen setzen könne. Von einer leeren Zeremonie dürfe also keineswegs die Rede sein. So standen die Väter des Denkmals in klaffendem Gegensatz ihrem eigenen Werke gegenüber. Was sollte da aus der Haupthandlung, der Abnahme selbst, werden? — Als die Beauftragten, im ganzen sechs Herren, darunter Stein, Langhans und Stadtbaurat Heermann, am 26. August bei Sonnenaufgang das Denkmal in Augenschein ge-

<sup>1)</sup> Stdt. A. Rep. Reg. 10. 8. 2, vol. 1, fol. 143 f. — Sta. A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 8, fol. 179 ff., 230 f., 233.

nommen hatten, wurde im nahen Börsengebäude die Verhandlung von Stein aufgesetzt und vorgelegt. Sie war natürlich ganz im Sinne des Ausschusses gehalten und wurde daher von den Stadtvertretern unter Verweigerung der Unterschrift zurückgewiesen. Im Protokoll stehen die lakonischen Worte, daß die Verhandlung „als ohne Erfolg geschehen“ abgebrochen worden sei. Damit stehen wir vor einer außergewöhnlichen Tatsache: das Breslauer Blücherdenkmal ist überhaupt nicht abgenommen worden, formell auch bis zum heutigen Tage nicht! Man hätte für sein Schicksal fürchten müssen, wenn die Verhältnisse nicht oft stärker wären als die Menschen. Wir Nachgeborenen sind gewiß leicht geneigt, unsere Vorfahren mit dem Vorwurf kleinlicher Rechthaberei und stark entwickelten Schildebürgertums zu belasten, und vergessen dabei, daß sie auch in diesem Falle der Zeit ihr Opfer brachten <sup>1)</sup>.

Übrigens zeitigte die Denkmalsenthüllung doch auch einige erfreuliche Begleiterscheinungen: die Häuser am Salzring waren von ihren Besitzern zur Feier des Tages mit schmutztem Anstrich versehen und die alten häßlichen Verkaufsbuden entfernt worden; dazu wurde der Boden des Platzes neu hergestellt und ihm statt „Salzring“ der Name „Blücherplatz“ verliehen, den er also seit dem Jahre 1827 trägt<sup>2)</sup>.

Das Breslauer Stadtbild hatte somit eine wesentliche Bereicherung erfahren, auch ohne amtliche Feierlichkeit. Das Publikum aber brauchte und fand sie auf seine Art, auf der Straße oder in geschlossenem Kreise, was auch nach Ansicht des Magistrats „vollkommen genügte“, zumal es ihn nichts kostete. Allerdings eine kirchliche Blücherweihe war, da der 26. August 1827 auf einen Sonntag fiel, vom König selbst angeordnet und vom Magistrat weiter ausgestaltet worden: in den drei Hauptkirchen der Stadt nach der Predigt eine kurze Würdigung des Rakbachtages, besonderer Gemeindegesang, Trompeten- und Paukenschall . . . Was sonst in der Stadt vorfiel, wird mit ersichtlicher Hingabe vom Ortschronisten gebucht: nach 8 Uhr führt der Kommandierende General von Zieten die braunen Husaren, einst des

<sup>1)</sup> Stdt. A. Rep. Reg. 10. 8. 2, vol. 1, fol. 143 ff., 151 f., 154 f. — Sta. A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 9, fol. 3 ff. <sup>2)</sup> „Der Hausfreund“ 1828, S. 781. — Stdt. A. Rep. Reg. 10. 8. 2, vol. 1, fol. 142, 150. (Hier die Kabinettsorder vom 12. 8. 1827.) Die neuen Tafeln an den Ecken des Platzes wurden am 25. 8. 1827 angeschlagen. Vgl. Marggraf, Straßen Breslaus, S. 18, der die neue Benennung irrthümlich ins Jahr 1824 verlegt, eine Angabe, die in der Literatur seitdem überall auftaucht und auch in die neueren Breslauer „Führer“ übergegangen ist. M. hat, wie ich glaube, eine Astenstelle aus dem Jahre 1824, wo an eine Umnennung gedacht wird, unrichtig gedeutet.



Fürsten Lieblingswaffe, grüßend am Denkmal vorüber; die Vaterländische Gesellschaft im Zwinger und die Logen, deren Verbands der Marschall als eifriges Mitglied angehört hatte, veranstalten in ihren Räumen Festlichkeiten, an denen die angesehensten Persönlichkeiten teilnehmen; „wogende Volksmassen“, darunter viele Fremde, erfüllen seit frühestem Morgen den „Blücherplatz“; sie umrahmen auch, wenn anders der Bericht zutrifft, die unfeierliche Enthüllung, unerwünscht und programmwidrig im Sinne der Akten, die diesen Vorgang auch nicht erwähnen; Bilderbogen, ein- und mehrfarbig, sind in Umlauf und zeigen die Menge in buntem Gewimmel und fröhlichster Stimmung; Medaillen auf das Denkmal stehen zum Verkauf, unter ihnen eine in künstlerischer Fassung, die, von der Hand des Schlesiers Gube, bei Loos in Berlin herausgekommen ist; ein findiger Kaufmann empfiehlt seinen Rauchtobak durch den neuen „Blücher“, indem das Standbild die Hülle als Etikette ziert <sup>1)</sup>. Dieser Volksrummel wäre gewiß nach dem Herzen des alten Volksfreundes gewesen! Aber die Tabakehrung hätte ihn, den überzeugten und ausdauernden Raucher, gewiß am meisten ergötzt.

Auch unter den Ausschußmitgliedern herrschte eine frohbewegte Stimmung. Das Werk, um dessen Dasein länger als ein Jahrzehnt gerungen worden, grüßte Breslaus Bürger und lobte seine Schöpfer. Vergessen waren Not und Sorgen, die den harten Meinungskampf bisweilen zu verbittern drohten . . . Ein Dankgefühl beherrschte jetzt alle. Die Künstler, Rauch und neben ihm auch Langhans, fanden die wohlverdiente Anerkennung des Ausschusses. Diesem dankte der Landtagsmarschall Fürst von Anhalt-Plötz als Vertreter der Provinz mit würdigen Worten und hob seine Verdienste hervor, „die von der Schöpfung des Monumentes und von dessen Geschichte nicht getrennt werden könnten.“ An Friß v. Stein im besonderen dachte niemand. Die Akten allein neben dem Werke zeugen für ihn <sup>2)</sup>.

Eine Beschreibung des Standbildes darf hier vermieden werden; wer es nicht gesehen hat, dem vermag das Wort nur wenig zu sagen. Die Inschriften: „Mit Gott für König und Vaterland“ und „Dem Feldherrn Blücher und dem Heere die Schlesier“, geben Sinn und Inhalt der Ehrung wieder, wie sie den Zeitgenossen vorschwebte. Diese waren mit der künstlerischen Ausgestaltung des Gedankens völlig zu-

---

<sup>1)</sup> Stdt. A. Rep. Reg. 10. 8. 2, vol. 1, fol. 144, 148 f. — Prov. Bl. 1827, Bd. 86, S. 74, 177. — Schüd a. a. O., S. 26 f. — Blücherbilder in größerer Zahl im Breslauer Kunstgewerbe-Museum, besonders in Mappe 38. <sup>2)</sup> Eggers a. a. O. 2, 107. — Sta. A. Rep. 14. IX. 93 a, vol. 9, fol. 7 f., 53, 57 ff.

frieden, nannten das Denkmal „Breslaus herrlichstes plastisches Werk“ und rieten in fürsorglichem Eifer, die Bildsäule am besten in der Entfernung von 30 Schritten zu betrachten. „So überragt sie meist alle Häuser, und der Kopf wird von der hinter liegenden Luft klar und deutlich hervorgehoben.“ Fast alle sehen und betonen die schreitende Haltung des alten Siegesfürsten, wie er etwa am Rakbachtage den Seinen voranstürmt. Dem widerspricht allerdings die ostwärts dem Ringe, dem Verkehrsmittelpunkte der Stadt, den schaffenden Volksmassen zugewandte Stellung. Zu ihnen, nicht zum Krieger spricht er; seine Landsleute im Bürgerrock will er aufwärts und vorwärts reißen zu den großen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft <sup>1)</sup>. Das ist auch die Auffassung des Dichters.

Unser Breslauer Landsmann August Kopisch, der nicht lange vorher die „blaue Grotte“ in Capri entdeckt hatte, schickte unterm 9. August 1827 aus Neapel seinen Blüchergruß in die schlesische Heimat:

Als Gott uns Vater Blüchern gab,  
Rief er zu seinem Heer hinab:

Vorwärts! . . . . .

Nun vorwärts, Land Silesia,  
Das mich die Feinde jagen sah!

Vorwärts! . . . . .

Nicht Hand im Schoß mich angegafft,  
Rein vorwärts, Kunst und Wissenschaft!

Vorwärts! . . . . .

Von Schiffen wimmele die Flut,  
Die Straße ächz' von Kaufmannsgut!

Vorwärts! <sup>2)</sup> . . . . .

Blücher war gewiß wie Friedrich der Große nicht bloß Soldat, sondern stand lebenslang mit beiden Füßen auch im Wirkungskreise des arbeitenden Volkes, das er wie einer kannte. So mag dem Dichter das Recht nicht bestritten werden, in ihm auch den Volksführer zu sehen und zu preisen. Die kunstgeschichtliche Auffassung ist damit wohl vereinbar; denn sie erblickt die Gestalt nicht in Bewegung, sondern in sprungbereiter Ruhestellung, wie sie allein dem begeisterten Redner eignet. Sie unterläßt außerdem nicht, in einem Gesamturteil dieses Werk in die erste Reihe plastischer Schöpfungen jener Zeit zu rücken, wenn es auch hinter der späteren höchsten Meisterschaft Rauchs zurücksteht.

Nicht der Zukunft, wohl aber der Gegenwart mochte sich auch Frix v. Stein erfreuen. Wenn er nach getaner Arbeit in seiner stillen Art an der Ostseite des Plazes daherschlenderte, dann pries er wohl den „besonderen Genuß, die Statue mit jedem Schritt in einer anderen und immer schöneren Ansicht zu sehen“ <sup>3)</sup>. Diese Herzensfreude war ihm Lohn und Anerkennung zugleich. — Aus späterer Zeit sei nur das

<sup>1)</sup> Prov.Bl. 1827, Bd. 85, S. 391 f.; Bd. 86, S. 261 ff. <sup>2)</sup> Ebda 1827, Bd. 86, S. 211. — Schles. Zeitung, 26. Mai 1899, Nr. 361. An beiden Stellen der vollständige Abdruck des Gedichtes. <sup>3)</sup> Eggers a. a. O. 2, 107, 115, 123. — Prov.Bl., Bd. 86, S. 261 ff.

Urteil des vielgewandten Fürsten Pücker-Muskau angeführt. Der kluge, ewig geistreiche, oft oberflächliche, immer spöttelnde Ästhet konnte diesen „Blücher“ natürlich nur bedingt loben. Aber mit Tauenziens Grabmal verglichen, kam es ihm vor, als seien beide Kunstwerke durch tausend Jahre voneinander getrennt <sup>1)</sup>.

Es wäre an sich verlockend, mit einem ähnlichen Scherzworte von unserem Denkmale Abschied zu nehmen. Aber die harten Tatsachen verlangen gebieterisch einen kurzen Nachtrag, der wie eine Krankengeschichte von allerlei Kuren berichtet, bis endlich die völlige Genesung eintritt.

Wie oben gezeigt, war das Denkmal von der Stadt nicht übernommen worden; weitere Verhandlungen über sein Schicksal, wie auch vorgesehen <sup>2)</sup>, wurden also nötig. Da der Ausschuß sich inzwischen aufgelöst hatte, trat die Provinzialverwaltung an seine Stelle und nahm die Beziehungen zum Magistrat auf, die sich in einem jahrzehntelangen Streit hinschleppten.

Dabei erging es der Stadtbehörde wie einem Manne, der zu schießen gedenkt und doch selbst geschoben wird. Nach Lage der Dinge stand das Blücherdenkmal zwar im Schutze der Stadt <sup>3)</sup>, war aber im übrigen herrenlos. Wie nun aber, wenn es dem Zahne der Zeit Opfer brachte und Wunden erlitt? Sollte ihm keine helfende Hand nahen und die Heilung vornehmen? Folgerichtig: nein! Dann aber war früher oder später der Zusammenbruch da und die Schmach dafür der Stadt sicher. Dazu konnte und durfte die städtische Verwaltung es natürlich nicht kommen lassen. Deshalb wurden kleinere Ausbesserungen, die nicht ausblieben, sowie Reinigungsarbeiten wiederholt ausgeführt; im städtischen Haushalt hatte sich sogar ein bescheidener Denkmalsfonds eingefunden <sup>4)</sup>. Trotz alledem erfolgte noch 1861 eine feierliche Verwahrung des Magistrats dagegen, als ob er „zur Unterhaltung des Denkmals als verpflichtet erachtet werden könne“ <sup>5)</sup>. Da nahte endlich im Jahre 1886 die Entscheidung, deren Verlauf mit einem Biegen oder Brechen enden mußte.

<sup>1)</sup> Tutti Frutti a. a. O., S. 165, 175. Hier heißt es, der Sockel sei so schmal geraten, daß Blücher darauf zu balancieren scheine. Das wird durch eine Anekdote belegt: eines Tages sei der Marschall zur Parade vorbeigeritten, habe einen Jungen aus dem Postament sitzen sehen, wo er sich an das eine Bein der Statue hammerte, und ihm jovial lächelnd zugerufen: „Willst du wohl da herunter, Bursche! Siehst du nicht, daß ich selber kaum Platz darauf habe?“ Wunderschön, nur schade, daß Blücher im Jahre 1827, wo es frühestens hätte geschehen können, schon acht Jahre tot war. Ein verblüffendes Beispiel leichtfertiger Pückerischer Erzählungskunst! <sup>2)</sup> Stdt. A. Rep. Reg. 10. 8. 2, vol. 1, fol. 152, 155. <sup>3)</sup> Ebda fol. 158. <sup>4)</sup> Vgl. oben S. 239, Anm. 1. <sup>5)</sup> Stdt. A. Rep. Reg. 10. 8. 2, vol. 1, fol. 158, 166, 173, 175 ff.

Das große Mittelstück des Sockels war nämlich so verwittert, daß es einer völligen Erneuerung bedurfte. Kosten: 4500 Mark. Wer sollte sie aufbringen? Naturgemäß der Eigentümer. Wer war das? In der kurzen Frage steckte eben das ganze Problem, dessen Lösung noch ausstand. Ein eifriges Aktenstudium der Behörden setzte ein. Der Magistrat erklärte, das Denkmal gehöre mit allen Rechten und Pflichten der „Provinz“, die es errichtet habe. Das war sachlich falsch; denn die Provinz als Wohnbezirk, wozu ja auch Breslau selbst gehörte, aber nicht die „Provinz“ als leitende, verantwortliche Körperschaft hatte die Mittel aufgebracht. So wurde es dem Landeshauptmann leicht, aus städtischen und eigenen Akten den Nachweis zu erbringen, daß für die Provinzialverwaltung keinerlei Verpflichtung bestehe. Wer blieb da noch anders übrig als die Stadt? Sie beherbergte das Kunstwerk in ihren Mauern und hatte tatsächlich, einer Art Naturzwang, nicht dem eigenen Triebe gehorchend, auch für seine Erhaltung gesorgt <sup>1)</sup>).

An dieser Tatsache kam niemand vorbei, auch der juristische Dezernent der Stadt nicht. Aber er fand darin nur einen Willigkeits-, keinen Rechtszustand und blieb dabei stehen, das Denkmal sei ein „Gemeingut der ganzen Provinz Schlesien“. Das war ein altes Schlagwort der Akten. Der findige Jurist beförderte es nicht ohne bestimmte Absicht ans Tageslicht; er knüpfte daran die Bestimmungen des Dotationsgesetzes vom 8. Juli 1875, wonach die Provinz für solche Kunstwerke wenigstens einen *Z u s c h u ß* zu leisten habe. Damit hatte sich das befreiende Wort gefunden (5. 5. 87) . . . Die Provinzialverwaltung lenkte nunmehr ein, deckte in längeren, auch mündlichen Verhandlungen mit dem Magistrat ihren Rückzug und gab endlich am 24. Oktober 1887 die Entschließung des Landtages dahin kund, daß eine einmalige Beihilfe zu der Erneuerungsarbeit im Betrage von 2500 Mark gewährt werde, wenn die Stadtgemeinde sich verpflichte, die „*k ü n f t i g e* Unterhaltung des genannten Denkmals auf alleinige Kosten zu übernehmen“. Das war die Erlösung! Der Magistrat stimmte im Einverständnis mit den Stadtverordneten zu und meldete diesen Entschluß unterm 10. März 1888 dem Landeshauptmann. So war der unrühmliche sechzigjährige Streit beendet und damit erst „Blüchers“ Zukunft ein für allemal sichergestellt.

Unvergessen mögen dem Magistrat die trefflichen Worte bleiben, mit denen er seinen letzten Antrag an die Stadtverordnetenversammlung begleitet hatte: Das Denkmal stehe auf städtischem Grund und

1) Stdt. A. Rep. Reg. 10. 8. 2, vol. 1, fol. 215 ff., 220, 222.



Boden, sei ein künstlerisch bedeutendes Werk und eine Zierde der Stadt, die sich seiner Pflege in Treue annehmen werde <sup>1)</sup>. Solche Sprache wäre sechzig Jahre früher gewiß noch ehrenvoller gewesen. Aber was die drückende Enge vergangener Tage den Vätern zu tun verbot, mochten die glücklicheren Söhne einer schöneren Zeit als ein Erbe ansehen, das sie ganz erwerben mußten, um es wirklich zu besitzen.

Nach einer Lieblingswendung des wackeren Theodor Fontane versteht sich das Moralische immer von selbst — wie die wahre Vaterlandsliebe, so will uns bedünken. Auch sie bedarf nicht des preisenden Wortes. Auf vorstehenden Blättern ist ihrer selten genug Erwähnung geschehen, so sicher sie auch vorhanden, und so wenig sie oft hinter menschlichem Tun zu erkennen war. Denn hart im Raume stoßen sich die Dinge. Auch dieses Zeitbild beweist es und lehrt zugleich, daß auch der Weg durch das finstere Tal doch schließlich aufwärts und zu lichteren Höhen führt. Dessen sei uns auch Blüchers Standbild auf dem alten Salzring zu Breslau ein flammendes Zeugnis und sein Geist ein Leitstern auf dem Wege durch eine dunkel verhüllte Zukunft.

---

1) Stdt. u. Rep. Reg. 10. 8. 2, vol. 1, fol. 222, 225, 247.

## IX.

### Peter Wlast und die nordgermanischen Beziehungen der Slaven.

Von

Fedor von Heydebrand u. d. Laßa.

---

In seinem Aufsatz „Die Herkunft des Peter Wlast“ (Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. Schlef., Bd. 60, S. 127 ff.) hat Friedrich Reiche erneut eine viel umstrittene Frage angeschnitten und dabei auch die Frage der staatsrechtlichen Stellung Schlesiens im Staatsverbände des Polenreichs gestreift.

Seine Ergebnisse lassen sich in folgenden Sätzen zusammenfassen:

1. Die Bezeichnung des Peter Wlast als „Danus“ im Sinne eines Beinamens ist ein Irrtum, entstanden aus einer Benennung „Dacus“. Der Name „Dacia“ bezeichnete außer Ungarn auch das nördliche Karpathenvorland, also kleinrussische Gebiete.

Seiner Herkunft nach ist also Peter Wlast als Kleinrusse anzusehen.

2. Der Beiname des Peter „Wlast“ wird durch die Chronik des Vincenz Kadlubek, welche ihn „Wlostides“ nennt, als Patronymikon gekennzeichnet. „Wlast“ ist eine Koseform für Wladimir. Dieser Name weist ebenfalls auf Rußland hin. Er ist das slavische Korrelat des nordischen Namens Waldemar, den die nordischen Väringer nach Rußland brachten.

Seiner Abstammung nach ist Peter Wlast ein Nordgermane, Nachkomme eines Gefolgsmannes der Russenkönige, der in polnische Dienste trat. Daher ist seine Ableitung von westslavischen Stammeshäuptlingen abzulehnen.

3. Als Nachkomme eines Gefolgsmanns stand Peter Wlast in strenger Abhängigkeit vom Herzog. Seine Stellung in Schlesien kann also nur die eines herzoglichen Beamten, seine Benennung als „comes Silesiae“ nur der Ehrentitel eines solchen gewesen sein. Daher ist auch seine Bezeichnung als „praedecessor“ der schlesischen Herzöge für das 12. Jahrhundert „unmöglich“ und kann nur ein Zusatz des Abschreibers vom Jahre 1399 sein.

Bei Begründung seiner Ansicht geht Reiche darüber hinweg, daß die Quelle, auf die er sich hauptsächlich stützt, Benedict von Posen (um 1520), einen scharfen Unterschied zwischen Peter Wlast und Petrus de Dacia macht, indem er zwei Werke verfaßte <sup>1)</sup>:

1. *Historia sive cronika Petri comitis ex Dacia septuaginta septem ecclesiarum fundatoris*;
2. *Historia sive cronika Petri Wlastides aut Wlasczyk, sive uti alii Wlast, comitis de Ksansz, ad differentiam Petri Daci, comitis Skrzynensis, ipsius contemporanei*.

Eine Untersuchung dieser Unterscheidung erscheint um so notwendiger, als Benedict von Posen unverkennbar auf dem Chronisten Bogusfal fußt, welcher 1253 als Bischof von Posen starb, also zweifellos noch Personen gekannt hat, die Zeitgenossen des Peter Wlast waren, und vor allem nach seiner eigenen Angabe ein Werk „Gesta Petri“ benutzt hat, als dessen Verfasser Peter Wlast selbst angesehen wurde. Bogusfal berichtet zuerst in Kapitel 27 „De Piotrkone de Dacia“: „Hec autem peractis quidam nobilis adolescens, de Regno Dacia adveniens, Petrus nomine, per Boleslaum regem, consideratione magnifici regis Danorum pro eo supplicantis, in familiam fuit receptus“ <sup>2)</sup>.

Von diesem Peter erzählt er in Kapitel 32 unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die frühere Erwähnung, wiederum unter der Überschrift „De Piotrkone de Dacia“, dessen Verhaftung und Blendung in Breslau. Dazwischen aber führt er in Kapitel 28 „De captivitate cuiusdam principis Russiae“ bei der Darstellung der Gefangennahme des Fürsten Wolodar von Halicz den Urheber dieser Gefangennahme wie eine ganz neue Persönlichkeit ohne Bezugnahme auf eine frühere Erwähnung mit den Worten ein: „Quisdam vero alti sanguinis vir, princeps militiae et regi dignitate proximus . . . comes Petrus Wlostides de Xansz.“ Das entspricht genau der Unterscheidung des Benedict von Posen „Petrus Wlasczides comes de Ksansz in differentiam Petri Daci comitis Skrzynensis“. An der Richtigkeit dieser Unterscheidung wäre nicht zu zweifeln, wenn nicht dem Chronisten Bogusfal ein anderer Irrtum in bezug auf die Persönlichkeit des „Petrus de Dacia“ nachzuweisen wäre.

Bogusfal nennt in Kapitel 27 bei dem Bericht über seine Verheiratung mit einer russischen Fürstentochter seinen „Petrus de Dacia“: „iste Petrus post hac dictus Piotrko Magnus.“ Letzterer aber ist im Fraternitätsbuch des Klosters Lubin mit dem Todesjahr

<sup>1)</sup> Mon. Pol. III, S. 755.

<sup>2)</sup> Mon. Pol. II, S. 506.

1176 als „Petrus Magnus filius Wzeborii, palatinus Cuyawiae et Cruswitiae castellanus“ nachweisbar, während „Petrus, comes Wratislawiensis“, der Gemahl der russischen Fürstentochter, nach dem Totenbuch dieses Klosters am 17. April 1153 starb.

Der 1176 verstorbene, seit 1151 nachweisbare Palatin (princeps militiae) Petrus Magnus filius Wzeborii — in der That ein „contemporaneus“ des 1153 verstorbenen „comes Petrus Wratislawiensis“ — war also weder der Gemahl der russischen Fürstentochter, noch kann sein Vater Wzebor mit dem zur Zeit Boleslaws III. am dänischen Hofe lebenden Vater des Petrus de Dacia identisch sein, von dem Bogusfal in Kapitel 32 berichtet. Denn Wzebor ist gerade zu dieser Zeit als Palatin (princeps militiae) Boleslaws III. nachweisbar <sup>1)</sup> und war nach der Chronik des Bogusfal auch der Organisator des Adelsaufstandes nach der Katastrophe des Breslauer Grafen Petrus de Dacia im Jahre 1146. Wenn man nicht d r e i gleichzeitig in hervorragenden Stellungen des Polenreichs stehende Persönlichkeiten des Namens Peter annehmen will — und dafür bietet sich kein Anhaltspunkt —, so muß also der von Petrus Magnus filius Wzeborii zu unterscheidende „contemporaneus“ gleichen Namens Petrus „Wloſtides“ jener Petrus de Dacia sein, dessen Vater in Dänemark lebte, der die russische Fürstentochter heiratete, der das Sandstift zu Breslau nebst zahlreichen anderen Stiften begründete usw.

Offenbar hat also Bogusfal richtig erkannt, daß zwei hervorragende Persönlichkeiten des Namens Peter ungefähr gleichzeitig in Polen eine Rolle gespielt haben. Er scheint aber irrtümlich die von Petrus „Wloſtides“ („de Dacia“) verfaßten „Gesta Petri“, welche vielleicht seinen Vater nicht nannten und den schändlichen Verrat an Wolodar von Halicz begreiflicher Weise verschwiegen, dafür aber seine kirchlichen Stiftungen aufzählten, auf den ihm zeitlich nächststehenden Palatin Petrus Magnus bezogen zu haben und so zu einer irrtümlichen Unterscheidung des Petrus „de Dacia“ von Petrus Wloſtides, Schwiegersohn des Wolodar von Halicz, gekommen zu sein.

Hierbei dürfte noch ein Umstand mitgewirkt haben. In der Aufzählung der kirchlichen Stiftungen des Petrus de Dacia, an der wohl nicht zu zweifeln ist, da sie offenbar den „Gesta Petri“ entnommen wurde, wird auch das „monasterium sanctimonialum in Strelna“ genannt. Über die Gründung dieses Klosters ist anderweit nichts Sicheres bekannt. Das Patronat von Strelno aber ist im Jahre 1216, also zu einer Zeit, wo Bogusfal bereits erwachsen gewesen sein muß,

<sup>1)</sup> Piekosiński, Ryczerstwo Polskie wieków srednich II, S. 245.



in der Hand des Cristinus, Sohnes des Petrus Magnus, nachweisbar <sup>1)</sup>).

Daher erscheint es naheliegend, daß Bogusfal den Palatin Petrus Magnus, Sohn des Wzebor, für den Gründer des Klosters Strelno gehalten und demgemäß den ganzen Bericht, in welchem diese Gründung erwähnt wird, auf ihn bezogen hat, während sie den Petrus de Dacia = Petrus Wlastides = Petrus Schwiegersohn des Wolodar betrifft.

Der Übergang des Patronats von Strelno aus der Hand des Peter Wlast in die Hand des Cristinus, Sohnes des Petrus Magnus, würde seine Erklärung in der dem polnischen Recht eigentümlichen Gesamthandberechtigung der Sippe am Erbgut finden. Denn in der Bestätigungsurkunde des Sandstifts von 1200 (Schles. Reg. 69) wird als „cognatus“ des Peter Wlast auch Wzebor (fälschlich „Cosebor“) aufgeführt <sup>2)</sup>, welcher dem Sandstift Kl. Dels schenkte, und diese Bezeichnung umfaßt nach dem Sprachgebrauch der Zeit sowohl die Verwandtschaft von Schwert- wie von Spindelseite <sup>3)</sup>. Daß es sich hier um eine Verwandtschaft von Schwertseite handelt, ist daraus zu entnehmen, daß nach der Urkunde des Sandstifts von 1209 (Schles. Reg. 132) die Gründung desselben durch Peter Wlast „cum fratribus suis“ erfolgte, und daß „frater“ häufig im Sinne von „frater patruelis“ gebraucht wird. Der an der Gründung durch die Schenkung von Kl. Dels beteiligte Wzebor ist danach als ein Vetter von Vatersseite des Peter Wlast anzusehen.

Für die Frage der Abstammung des Peter Wlast ist also die Unterscheidung zwischen Petrus „Wlastides“ und Petrus „Magnus“ letzten Endes belanglos. Vor allem aber ist festzustellen, daß Reiche mit der unbedenklichen Identifikation des Petrus „Wlastides“ mit Petrus „de Dacia“ trotz der abweichenden Auffassung seiner Hauptquelle das Richtige getroffen hat.

Was die von ihm aufgestellte Theorie von der Herkunft des Peter Wlast aus Rußland bzw. den kleinrussischen Reichen im nördlichen Karpathenvorland betrifft, so kann man zunächst nicht ohne weiteres an der Tatsache vorübergehen, daß Peter Wlast nach der Urkunde von 1193 (Schles. Reg. 59) seine Zuwendungen an das Sandstift „ex parte avi et patris sui jure hereditario“ befaßten hatte. Es sind dies: die Sandinsel zu Breslau mit der Sandkirche und Striegau (wohl nicht Striegelmühle, welches zur Zobtenkirche gehörte), Rauske,

<sup>1)</sup> Piekosiński, Rycerstwo Polskie II, S. 216.  
III, S. 576.

<sup>3)</sup> Ebda II, S. 286.

<sup>2)</sup> Ebda II, S. 276;

Lüssen, Jarischau und Buschkau, der Zobtenberg mit seiner Kirche und Mois, Kaltenbrunn, Ströbel und Weistritz, ferner Linz (Al. Linz bei Breslau), welches er von den Juden auslöste. Diese Besitzungen waren also nachweislich schon mindestens in der dritten Generation Eigentum seines Geschlechts. Hierzu wird man die Güter rechnen dürfen, welche seine „fratres“ oder „cognati“ schenkten, nämlich: die Adalbertskirche zu Breslau mit Mochbern als Schenkung seines Bruders Boguslaw, Al. Dels als Schenkung seines „cognatus“ Wzebor, Rogerowo bei Trebnitz als Schenkung des Bischofs Benedict von Posen.

Hinsichtlich seiner Zuwendungen an das Vinzenzstift, nämlich des Elbing bei Breslau, halb Trebnitz, Würben, Ottwitz, Chroszczin und Ohlau, und an das Domstift, nämlich Zelline, ein Dorf bei Tauer und Pajenczno, muß dahingestellt bleiben, ob sie Stammgüter seines Geschlechts waren oder zu den Besitzungen gehörten, die er nach Boguslaw mit dem Schatze des Dänenkönigs „für sich und seine Kinder kaufte“.

Jedenfalls ist festzustellen, daß das Geschlecht des Peter Wlast zu seiner Zeit mindestens schon in der dritten Generation in Schlesien sesshaft war. Nur unter diesem Vorbehalt könnte also die von Boguslaw berichtete Herkunft „ex Dacia“, die von der Überlieferung behauptete Herkunft aus Dänemark und die von Reiche angenommene Herkunft aus Kleinrußland Geltung beanspruchen. Daß der Vater des Peter nicht in Schlesien, sondern am Hofe des Dänenkönigs lebte, kann wohl nach dem Bericht des Boguslaw unbedenklich angenommen werden. In dieser Zeit der politischen Unruhen hätte dies nichts Ungewöhnliches an sich. Auch kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß Peter selbst nicht in Schlesien ausgewachsen ist. Daß er nach der Annahme Reiches nicht bei seinem Vater in Dänemark, sondern in „Dacien“ = „Kleinrußland“ gelebt haben müßte, würde ebenfalls keine Unwahrscheinlichkeit in sich schließen. Denn nach den nordischen Quellen, welche uns in einzig dastehender Weise einen Einblick in die persönlichen Lebensverhältnisse der Großen Nordeuropas gestatten<sup>1)</sup>, war es ein nahezu ständig geübter Brauch, Söhne bei Verwandten ihrer Mutter, auch im Auslande, aufziehen zu lassen, um sie Verfolgungen zu entziehen.

Es bleibt zu untersuchen, ob der Annahme Reiches zugestimmt werden kann, „Dacia“ sei „nicht bloß das Land im römischen Sinne“,

<sup>1)</sup> Vgl. Thule, Altnordische Dichtung und Prosa, Bd. I—XXIII. Verlag Diederichs, Jena.

sondern es begreife „auch das östlich angrenzende Gebiet, Kleinrußland, für welches im 12. Jahrhundert wohl kein besonderer Name vorhanden war“. Diese Begründung erscheint als Grundlage einer Abstammungstheorie recht allgemeiner Art. Zunächst ist festzustellen, daß die kleinrussischen Reiche nordöstlich der Karpathen schon bei dem Chronisten des 12. Jahrhunderts, Gallus, stets unter dem Namen „regna Ruthenorum“ erscheinen, in den russischen Quellen auch als „Ischermowien“, d. h. als Land der unter russische Herrschaft gelangten Roten Chrowaten („Rotrußland“ bis zum Sereth und zum Bug), während das Land der Weißen Chrowaten (beiderseits des Oberlaufs der Weichsel bis zum San bezw. Weichselfnie bei Sandomir) bis 999 unter böhmischer, später unter polnischer Herrschaft stand.

Mit einigem Anspruch auf Sicherheit kann die Deutung des Namens „Dacia“ in bezug auf Peter Wlast nur den Quellen entnommen werden, die ihn auf diesen selbst anwenden. Die älteste dieser Quellen ist die Chronik des Boguslaw. Diese berichtet schon bei Schilderung des Aufstandes des Maslaw in Masowien (1038), er habe zu seiner Unterstützung „Dacos, Gaetas seu Pruthenos, Ruthenos“ herbeigerufen. Genau im gleichen Sinne und Zusammenhang gebraucht die Bezeichnung Vincenz Kadlubek. Hieraus geht, wenn man nicht die Sinnlosigkeit zweimaliger Aufführung desselben Volkes annehmen will, einwandfrei hervor, daß Boguslaw unter den „Daci“ etwas anderes versteht als die neben ihnen genannten „Rutheni“. Die Ungarn können hier nicht gemeint sein, weil Boguslaw sie ständig „Hungarici“ oder „Pannonii“ nennt, ebenso Vincenz Kadlubek. Nun befindet sich aber in den großpolnischen Annalen aus dem Anfang des 14. Jahrhunderts zum Jahre 1250 der Vermerk „eodem anno rex Dacia fuit occisus ab Abel fratre suo uterino, qui eidem successit in regno“<sup>1)</sup>. Hier bezieht sich die Bezeichnung „rex Dacorum“ ganz unzweifelhaft auf den von seinem Bruder Abel im Jahre 1250 ermordeten Dänenkönig Erich „Pflugpfennig“. Auch die Stelle der Exzerpte des Dlugosz aus unbekannten Quellen „1123 Boleslaus tercius mare transivit et castra obtinuit in Dacia“ muß auf Dänemark bezogen werden<sup>2)</sup>, denn sie hat dieselben Ereignisse im Auge, die Boguslaw mit den Worten wiedergibt „anno millesimo CXXIII mare transiens regnum Danorum obtinuit“. Vergleicht man hiermit den Bericht des Boguslaw, wonach Petrus „ex Dacia“ kommend auf Empfehlung des „Rex Danorum“ in das Gefolge Boleslaws III. aufgenommen wurde,

1) Mon. Pol. III, S. 17.      2) Ebda IV, S. 11.

ſo erweiſt ſich, daß der Begriff „Dacia“ in den polniſchen Quellen keinen anderen Sinn hat als im allgemeinen lateiniſchen Sprachgebrauch des Mittelalters, der die Bezeichnungen „Dacia“ und Dania ſynonym auf Dänemark anwendet.

Daß trotzdem die vorſichtige Auffaſſung gerechtfertigt bleibt, „daß die Bezeichnung des Peter Wlaſt als Däne nicht wörtlich zu nehmen iſt, ſondern von Kriegsdienſten gegen oder bei den Dänen herkommen dürfte“ <sup>1)</sup>, dafür ſpricht das alte Erbgut ſeines Geſchlechts in Schleſien beweiſend.

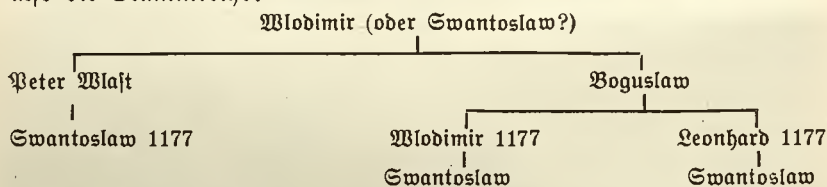
In entſprechendem Sinne iſt die auf Petrus „Wlaſtides“ bezügliche Stelle der „Chronika Petri“ aufzuſaſſen, „ex Bohemia“ advenerat <sup>2)</sup>. Ihre nähere Erläuterung, offenbar nach einer der verlorengegangenen Biographien des Peter, findet ſich in der Chronika Polonorum <sup>3)</sup>, wo es heißt: „Hic eciam Petrus, cum militia e causa ad partes extraneas cum multis ex nobilibus transiret, in Bohemia honorifice ſuſcipitur et tamquam dux veneratur.“

Wenn nach alledem auch die Anſicht Reiches von der Herkunft des Peter Wlaſt aus Kleinrußland ihre Stütze verliert, ſo iſt doch ſeiner Auffaſſung beizupflichten, wonach in ſeinem Beinamen „Wlaſt“ eine Beziehung zu Rußland zu Tage tritt. Die Form des Beinamens „Wloſtides“ bei Vincenz Kadlubek erweiſt ihn unzweifelhaft als Patronymikon und zwar als die Bildung eines ſolchen aus der Roſenform „Wlaſz“ der Namen „Wlodimir“, „Wloſtibor“ oder „Wlodar“. Allerdings bezeichnen ſolche „Patronymika“ nicht immer den Vater, oft weitere Vorfahren, auch ſolche von Mutterſeite, manchmal ſogar den Schwiegervater. Darum wird man die Möglichkeit nicht von vornherein excluſivieren dürfen, daß der Beiname des Peter von dem von ihm verratenen Fürſten Wolodar von Halicz kommt, deſſen ganzes Erbe neßt ſeiner Tochter Maria nach der Chronika Petri <sup>4)</sup> dem Peter Wlaſt als Lohn des von ihm verübten Verrats zuſiel. Aber der Name Wlodimir iſt auch ſonſt in ſeinem Geſchlecht nachweiſbar. Über den Zehnten von Mochbern, welches ſein Bruder Boguſlaw dem Sandſtift ſchenkte, hat ſpäter ein „Wlodimir“ ein Verfügungsrecht (Schleſ. Reg. 59), welcher neben einem Peter und Leonhard auch als Patron des von Peter Wlaſt gegründeten Vinzenzſtifts erſcheint (Schleſ. Reg. 57) und zweifellos zu den „consanguinei“ des Peter Wlaſt gehört, die nach der Chronik der Vinzenzſtiftsäbte als deſſen Patrone der Vertreibung der Benediktiner aus demſelben zuſtimm-

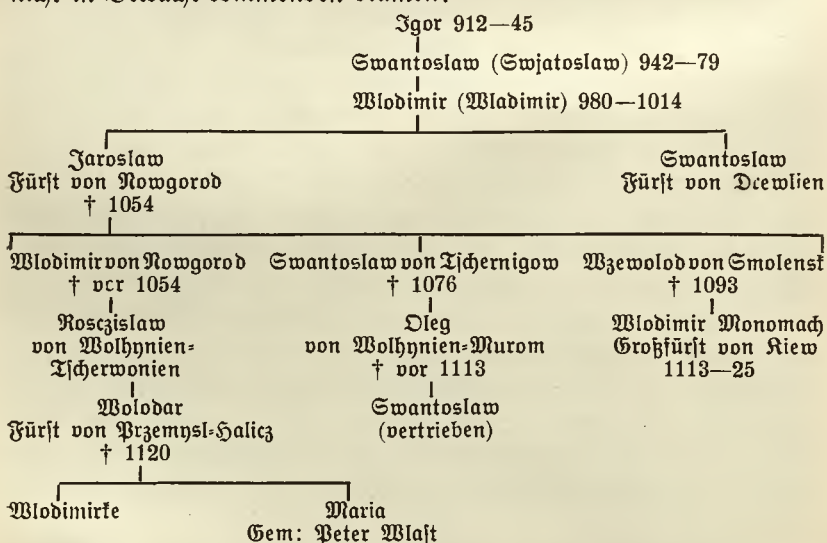
<sup>1)</sup> Schleſ. Zeitſchr. Bd. LI, S. 149.    <sup>2)</sup> Mon. Pol. III, S. 766.    <sup>3)</sup> Ebda III, S. 628.    <sup>4)</sup> Ebda III, S. 766.



ten <sup>1)</sup>. Wegen seiner Berechtigung an Mochbern muß dieser Wlodimir als ein Sohn des Boguslaw angesehen werden. Bei der Gründung des Klosters Miedow durch Jaxa, den Schwiegersohn des Peter Wlast, schenkt er das Dorf Bialobrzegi, sein Bruder Leonhard einen Teil des Dorfes Nieder=Gosce, dessen andern Teil Swantoslaw, offenbar der Sohn des Peter Wlast dieses Namens schenkte, während gleichzeitig Ober=Goszcze von einem Stephan geschenkt wurde <sup>2)</sup>, welcher an anderer Stelle mit den Söhnen des Wzebor, Cristinus und Otto, als deren nächster Verwandter erscheint <sup>3)</sup>. Nach dem Nekrolog des Vinzenzstiftes hatten nicht nur Peter Wlast, sondern auch Wlodimir und Leonhard je einen Sohn namens Swantoslaw. Es ergibt sich also die Stammreihe:



Der Name Wlodimir kommt, abgesehen von der Verwandtschaft des Peter Wlast, in den polnischen und böhmischen Urkunden des 12. Jahrhunderts überhaupt nicht, der Name Swantoslaw nur einmal vor. Demgegenüber vergleiche man die Stammreihe der russischen Fürsten aus dem Geschlechte des Rurik unter Weglassung der hier nicht in Betracht kommenden Namen:



<sup>1)</sup> Stenzel II, S. 166. <sup>2)</sup> Cod. dipl. Min. Pol. IX, S. 12. <sup>3)</sup> Ebda LI, S. 4.

Die Namen Wlodimir und Swantoslav erſcheinen alſo geradezu als „Kenn-Namen“ des Geſchlechts der Rurikiden. Dazu iſt zu bemerken, daß in den Slavenländern gewiſſe dem Fürſtengeſchlecht eigentümliche Namen geradezu dieſem vorbehalten erſcheinen und außerhalb ſeiner Verwandtſchaft überhaupt nicht nachweisbar ſind, ſo z. B. die Namen Wladyslaw und Boleslaw in Polen, Przemyslaw und Bratislaw in Böhmen<sup>1)</sup>. Es würde alſo ein von modernen Verhältniſſen gezeitigter Anachronismus ſein, wenn man eine Verbreitung der Kennnamen eines Fürſtengeſchlechts der Slavenländer unter ſeinen Gefolgsleuten vorausſetzen wollte.

Inſofern erſcheinen die Beziehungen des Peter Waſt zu Rußland allerdings in einem ganz anderen Licht, als ſie Reiche zu ſehen ſcheint.

Aber alle Nachrichten der Quellen beſtätigen die Auffaſſung, daß die in den Namen zu Tage tretenden Beziehungen des Geſchlechts des Peter Waſt zu „Rußland“ auf Verwandtſchaft mit dem Herrſchergeſchlecht beruhen dürften. Schon die ihm zeitlich am nächſten ſtehende Chronik des Vincenz Kadlubek nennt ihn „quidam alti sanguinis miles“. Die Chronika Polonorum aber ſagt ſogar, daß er „in Bohemia tamquam dux veneratur“. Sehr bedeutsam iſt auch die biſher noch unbeachtete Tatſache, daß auf den Skulpturen des alten Winzenztifts im Kunſtgewerbemuseum zu Breslau über dem Relief der Kreuzabnahme vier Figuren abgebildet ſind, unter denen die Namen: Ladis II. (Wladislaw II.), Pet. DV. (Petrus Dux), Boles III. (Boleslaw III.), Stanis. (Stanislaw, in Biſchofſtracht, alſo der Biſchof von Krafau) ſtehen<sup>2)</sup>.

Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß mit „Petrus Dux“ nur der Gründer Peter gemeint ſein kann. Dieſe Bezeichnung kommt der Erwähnung des Peter als „praedecessor“ der ſchleſiſchen Herzöge ſchon ſehr nahe, die Reiche „für das 12. Jahrhundert unmöglich“ erklärt.

Da aber die Bezeichnung „dux“ in Polen in der Form „dux militiae“ der Titel der Woiwoden des 11. und 12. Jahrhunderts iſt, ſo bedarf es der weiteren Unterſuchung, ob ſie hier in einem Sinne zu verſtehen iſt, die der ſtaatsrechtlichen Stellung eines „praedecessor“ der ſchleſiſchen Herzöge entſprechen würde.

Im Totenbuch von Lubin wird Peter als „comes Wratislawiensis“ zum 17. April 1153 aufgeführt. Es fragt ſich, ob in dieſer Be-

1) Vgl. Cod. dipl. Min. Pol., Cod. dipl. Maj. Pol., Regesta Bohemiae, Namensregister; auch Piekosiński, Rycz. Pol. II, Namensregister. 2) Vgl. Schleſ. Monatshefte Juli 1924, S. 19.

zeichnung seine Stellung als Rechtsvorgänger der schlesischen Herzöge oder nur der „Ehrentitel eines herzoglichen Beamten“ zum Ausdruck kommt.

Da der Grund und Boden von Breslau in der Hand des Peter Wlast ausdrücklich als „hereditas“ bezeichnet wird, ist es nach dem Sprachgebrauch der Zeit ausgeschlossen, darin etwa das „Dienstland“ des jeweiligen Kastellans oder auch nur eine Art „herzogliches Burglehn“ zu sehen. Ein solcher Besitz hätte nach kanonischem Recht durch Zuwendung an die Kirche niemals ein Patronat des Sponsors an der darauf errichteten kirchlichen Stiftung begründen können, vielmehr war hierfür echtes Erb und Eigen des Sponsors die notwendige Voraussetzung. Danach erscheint die Bezeichnung als „comes Wratislawiensis“ weder im Sinne einer „herzoglichen“ Rechtsstellung, noch als Titel eines herzoglichen Beamten, sondern wie die andere Bezeichnung des Peter „comes Skrzynensis“ als *B e n e n n u n g n a c h d e m E i g e n g u t*<sup>1)</sup>. Dies besaßen schon sein Vater und sein Großvater. Da nun Peter Wlast im Jahre 1153 starb, muß sein Vater etwa bis 1125, sein Großvater bis etwa 1100 gelebt haben. Im Jahre 1093 aber wird in der um 1110 verfaßten Chronik des Gallus ein „comes Magnus Wratislawiensis“ erwähnt, der nach alledem jener Großvater des Peter Wlast sein muß.

Nachdem Gallus die an die fränkischen Hausmeier erinnernde Machtsstellung geschildert hat, welche im Reiche des Wladyslaw I. dessen Palatin Seczech gewonnen hatte, berichtet er von dessen „Tyrannei“, vor der zahlreiche polnische Große nach Böhmen flohen, nachdem Seczech überall „pristaldos“ (Vögte, Hauptleute) eingesetzt hatte<sup>2)</sup>. Er erzählt dann weiter, daß die Flüchtlinge sich eines Sohnes des Wladyslaw, Zbigniew, bemächtigten und fährt fort:

„Recepto ergo Zbigneo in Bohemia fugitivi legationem in haec verba mittunt comiti nomine Magno Wratislawiensi: Nos quidem, comes Magne, quomodo Zethei contumelias in exilio positi toleramus, sed tibi Magne, cui nomen ducatus est plus dedecori quam honori, lacrimabiliter condolemus, cum laborem honoris nec honorem habeas, cum pristaldis Zethei dominari non audeas; si jugum servitutis de cervice tuo volueris excutere, festina, puerum quem habemus in clipeum defensionis recipere.“

(„Nach Aufnahme des Zbigniew in Böhmen schicken die Flücht-

1) Die Bezeichnung „comes“ hat bei Gallus offenbar noch ihren ursprünglichen Sinn „Begleiter, Gefolgsmann“, entspricht also nicht ohne Weiteres der deutschen Bezeichnung „Graf“. 2) Mon. Pol. I, Chronica Galli.

linge eine Geſandſchaft mit folgendem Wortauftrag an einen Grafen namens Magnus von Breslau: Wir, Graf Magnus, die wir die Beleidigungen des Seczech in der Verbannung tragen, ſprechen Dir, Magnus, dem der Name des Herzogtums<sup>1)</sup> mehr zur Schande als zur Ehre gereicht, tränenvoll unſer Beileid aus, daß Du die Bürde der Würde ohne Würde trägſt, da Du der Bögte des Seczech nicht Herr zu werden wagſt; wenn Du das Joch der Knechtiſchaft von Deinem Nacken abſchütteln willſt, ſo eile, den Knaben, den wir haben, auf den Schild der Verteidigung zu erheben.“)

Hier wird alſo in klaren Worten dem Rechtsvorgänger des Peter Waſt als „comes Wratislawiensis“, ſeinem mutmaßlichen Großvater, die Herzogsgewalt beigelegt<sup>2)</sup>.

Martinus Gallus, der Abt von Lubin, hat ſeine polniſche Chronik um 1110 den Biſchöfen von Krafau, Poſen, Breslau und Bloß feierlich gewidmet. Es erſcheint völlig undenkbar, daß er dieſen hohen Würdensträgern ſeiner Kirche ein ungetreues oder auch nur ungenaues Bild von Zeitverhältniſſen hätte unterbreiten können, in denen ſie ſelbſt geſtanden hatten und noch ſtanden. Er hätte damit die Glaubhaftigkeit ſeiner Darſtellung erſt recht für ältere Zeiten in Zweifel geſetzt und ſein ganzes Lebenswerk in den Augen derer völlig entwertet, auf deren Urteil er in der Widmung den größten Wert legt.

Dieſe Quellenſtelle iſt alſo mit den üblichen Methoden der Quellenkritik nicht aus der Welt zu ſchaffen und muß als authentisch gelten. Danach gab es im Verbande des Polenreichs tatſächlich Gebiete von ſo weitgehender Selbſtändigkeit, daß die bloße Einſetzung von herzoglichen Beamten durch den Verweſer der Zentralgewalt als derartige „Tyrannei“ und „Beleidigung“ empfunden wurde, daß Auswanderung und Aufſtand die Folge war. Eines dieſer Gebiete iſt der „ducatus“ des Magnus von Breslau. Es iſt wohl nicht daran zu zweifeln, daß unter dieſer Bezeichnung der Gau zu verſtehen iſt, deſſen Hauptſtadt Breslau war, und daß die Inhaber der Staatsgewalt in dieſem Gau ſehr wohl als Rechtsvorgänger der ſchleſiſchen Herzöge gelten konnten.

Sehr auffallend erſcheint zunächſt der Name dieſes „Herzogs“ Magnus, denn er iſt im 11. und 12. Jahrhundert ein typiſch nordiſcher. In dieſer Zeit findet er ſich, abgeſehen von dem ſchleſiſchen Namens-

1) Der Ausdruck „nomen ducatus“ erinnert an den Sprachgebrauch der nordiſchen Geſchichtsquellen „den Jarlsnamen erhalten“ für den Erwerb des Jarltums. 2) Der nach dem Eigengut benannte „comes Wratislaviensis“ erſcheint als Inhaber der „ducatus Slesiae“, der Herzogsgewalt in Schleſien.



träger, als eigentlicher Vorname weder in den böhmischen noch in den polnischen Quellen und eine genaue Durchsicht der Namensregister der deutschen Urkundenwerke dürfte mit Ausnahme des Herzogs Magnus von Sachsen-Braunschweig dasselbe Ergebnis zeitigen.

Auch in den nordischen Reichen war der Name Magnus nicht ursprünglich heimisch. Dies geht deutlich aus den Worten der Heimskringla hervor, mit denen diese sein erstes Auftreten in den Nordlanden berichtet <sup>1)</sup>. Danach brachte im Jahre 1024 Alfild, die Nebenfrau des Königs Olaf des Heiligen, in dessen Abwesenheit einen Knaben zur Welt, den der Skalde Sigvat „Magnus“ taufte. Als König Olaf davon erfuhr, machte er dem Sigvat Vorwürfe darüber, daß er seinem Sohn „einen so gänzlich ungebräuchlichen Namen“ beigelegt habe. Sigvat entschuldigte sich damit, daß er an Karl den Großen, den besten aller Könige, gedacht habe und besänftigte so den Zorn des Königs. Dies war König Magnus I. der Gute von Norwegen (1024 bis 1047). Nach ihm nannte dann der Stiefbruder seines Vaters, Harald Sigurdson, seinen ältesten Sohn Magnus II., welcher 1069 starb. Dessen Bruder Olaf der Stille († 1093) benannte seinen Sohn mit Ingrid, Tochter des Dänenkönigs Swend Alfson, ebenfalls Magnus, welcher als Magnus Barfuß 1093 bis 1103 regierte. Dessen Witwe Margaretha, die Tochter des Schwedenkönigs Ingi Steinkellson, benannte ihren Sohn mit König Nikolaus von Dänemark nach ihrem ersten Gemahl. Dies war der Dänenkönig Magnus der Starke († 1134).

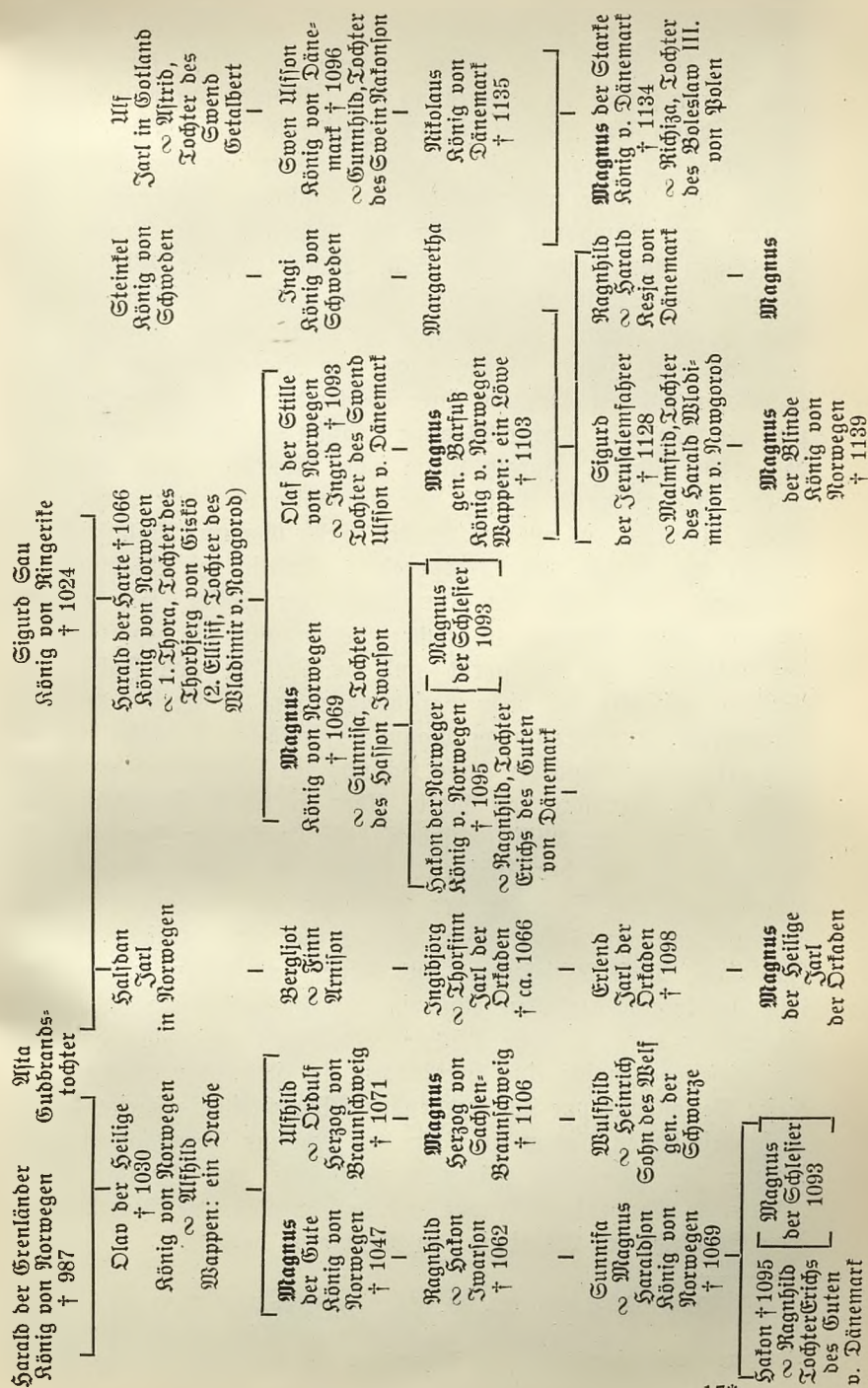
Eine Schwester des Königs Magnus des Guten von Norwegen Alfild war mit Herzog Ordulf von Braunschweig vermählt <sup>2)</sup>. Durch dessen Sohn, Herzog Magnus von Sachsen, kam der Name Magnus nach Deutschland <sup>3)</sup>. Eine Nichte Olafs des Heiligen, Bergljot, Tochter des Jarls Halfdan Sigurdson, heiratete den Jarl Finn Arnison, dessen Tochter Ingibjörg den Jarl Thorfinn von den Orkadeninseln <sup>4)</sup>. Dadurch kam der Name in das Geschlecht der Orkadenjarle.

Jedenfalls läßt sich der Weg des Namens Magnus in allen Fällen seines Auftretens genealogisch genau verfolgen. Es wäre erstaunlich, wenn sein Auftreten in Schlesien die einzige Ausnahme bildete.

Nun können aber die Beziehungen des Sohnes des schlesischen Magnus zu Dänemark als nachgewiesen gelten. Er soll bei der Ermordung des Dänenkönigs dessen Schatz verborgen haben, den sein Sohn Peter Wlast um 1124 nach Polen holte. Um 1124 aber ist kein König von Dänemark ermordet worden. Der Bericht bezieht sich

<sup>1)</sup> Thule XV, S. 213.    <sup>2)</sup> Ebda XVI, S. 47.    <sup>3)</sup> Vgl. Lorenz, Genealog. Handatlas.    <sup>4)</sup> Thule XVI, S. 110; XIX, S. 62, 76, 78, 84.

### Die Verbreitung des Namens Magnus.



also entweder auf die Ermordung Knuts des Heiligen 1087 oder der Zug der Polen nach Dänemark fand nicht 1124, ſondern 1134 ſtatt. Dann könnte die Ermordung des Teilkönigs Knut Lawart von Hedeby durch ſeine Vettern Heinrich Halti und Magnus den Starke im Jahre 1131 gemeint ſein. Letzteres erſcheint als das Wahrſcheinlichere. Knut Lawart war vermählt mit Ingebjörg, Tochter des Königs Harald von Nowgorod, Sohnes des Wladimir und Bruders des Roſciſlaw von Halicz, deſſen Sohn Wolodar Peter Wlaſt verriet. Magnus der Starke aber heiratete ſpäter Richza, die Tochter Boleslaws III. von Polen. Die Schweſter des Knut Lawart, Ragnhild, war vermählt mit Hakon, einem Sohn des Norwegerkönigs Magnus Haraldſon und der Sunniſa, einer Tochter des Jarl Hakon Iwarſſon und der Ragnhild, Tocher Magnus Olafſon des Guten. Ein Bruder des Knut Lawart, Harald Reſja von Roſkilde, hatte Ragnhild, Tochter des Magnus Barfuß, zur Gemahlin und von dieſer einen Sohn Magnus; ein anderer Bruder, Erich Eymun, Malmfried, die Tochter des Harald von Nowgorod <sup>1)</sup>, Enkelin des Wladimir von Nowgorod und Nichte des Roſczislaw von Halicz. Hier erſcheint also der Name Magnus in engſter Verbindung mit dem Geſchlecht des Wladimir von Nowgorod und der Fürſten von Halicz. Am ſtärkſten verdichten ſich dieſe Beziehungen um die Perſon des frühverſtorbenen Norwegerkönigs Magnus Haraldſon († 1069). Er war nach der Heimskringla der Sohn Haralds des Harten und der Thora, Tochter des Thorbjörg von Giſkö. Aber die zweite Gemahlin ſeines Vaters Harald war Elliſif (Eliſabeth), die Tochter des Jaroslaw von Nowgorod <sup>2)</sup> und der Ingigerd, Tocher des Olav Erichſon von Schweden <sup>3)</sup>, eine Schweſter des Wladimir von Nowgorod und des Swantoslaw von Tſchernigow, letzterer aus einer zweiten Ehe des Jaroslaw. Dieſe Beziehungen ſind derart, daß ſie eine nahe perſönliche Verbindung herſtellen, ohne eine Verſchwägerung in der nächſten Generation durch zu nahe Blutsverwandtschaft auszuschließen. Von den verſchiedenen für eine Verbindung des ſchleiſiſchen Magnus mit dieſer Perſonengruppe ſich ergebenden Möglichkeiten erſcheint die am wahrſcheinlichſten, daß er ein Sohn des Magnus Haraldſon mit einer Tochter des ſchleiſiſchen Häuptlingsgeſchlechts von Breslau (eines „Jarls im Wendenlande“) war, und daß er ſelbſt eine Gemahlin aus dem Geſchlecht des Wladimir von Nowgorod hatte <sup>4)</sup>.

1) Thule XIX, S. 320, 326, 331, 333. 2) Ebda XVI, S. 82, 98. 3) Ebda XV, S. 149. 4) „Stieföheime“ des Magnus Haraldſon waren Wladimir von Nowgorod und Swantoslaw von Tſchernigow. Er hatte also nahe Beziehungen



Nach der ruffiſchen Senioratserbfolge ſchieden diejenigen Nachkommen eines Herrſchers von der Thronfolgeberechtigung aus, deren Vater nicht ſelbſt zur Regierung gekommen war. Sie traten als „Isgoi“ in den Stand der Magnaten ein und gingen in ihren weiteren Verzweigungen in dem Bojarentum auf <sup>1)</sup>. Wladimir von Nowgorod war vor ſeinem Vater Jaroslaw geſtorben. Aus dieſem Grunde galten ſeine Nachkommen nicht als vollberechtigte Thronfolger und wurden mit kleinen Grenzfürſtentümern abgefunden. Die Stellung der Roſczislawiſchen von Halicz und Terebowl im Ruſſenreich dürfte keine weſentlich andere geweſen ſein, als die des Magnus von Breslau im Polenreich. Ein connubium erſcheint alſo in keiner Weiſe ausgeſchloſſen. Für die dargelegte Ableitung des ſchleſiſchen Magnus ſpricht noch folgender Umſtand:

Die aus dem Geſchlecht des Harald Schönhaar aber aus dem ſuizeränen Zweige der Kleinkönige von Ringerike ſtammenden Nachkommen Harald des Harten haben ſchon um das Jahr 1000 einen goldenen Löwen im roten Schilde geführt <sup>2)</sup>, im Gegenſatz zu der Hauptlinie, der Olaf der Heilige und Magnus der Gute entſtammt, deren Wappen ein „Wurm“ (Drache) war.

Der ſchleſiſche Magnus aber wird von der polniſchen Überlieferung dem Herrengeschlecht Prawda = Zarembo zugerechnet, deſſen Wappen ebenfalls ein Löwe (aus einer Zinnenmauer wachſend) war.

Das Grabdenkmal des Peter Wlaſt zeigte nach der Chronika Petri <sup>3)</sup> vier „gebundene“ Löwen (leones lorati). Die „Bindung“ aber iſt ein beſonderes Kennzeichen der polniſchen Heraldik, welches darin beſteht, daß ein Wappenbild mit einem Bande um die Mitte dargeſtellt wird. Der Sinn dieſer „Bindung“ ſteht nicht mehr feſt, ſie ſcheint aber die „Niederung“ einer ehemals höheren Stellung eines Geſchlechts anzudeuten. Jedenfalls iſt die „Bindung“ eine Darſtellungsart von Wappenbildern, die „gebundenen Löwen“ können daher nicht etwa Ornamente des Grabſteins ſein, ſondern können nur als Wappenbilder aufgefaßt werden. Man wird nach dem Brauche der Zeit annehmen müſſen, daß ſie die vier Großelternwappen des Peter Wlaſt darſtellten.

Das Wappen des Geſchlechts Haralds des Harten war nun nachweislich ein Löwe, das Wappen des von Wladimir abſtammenden rotruffiſchen Fürſtengeschlechts ebenfalls. Wenn es alſo zutrifft, daß

zu Rußland, die ſich im Auftreten der Namen Wladimir und Swantoslaw im Geſchlecht ſeines Sohnes Magnus von Breslau wiederſpiegeln würden. Vgl. S. 254.

<sup>1)</sup> Panthenius, Geſchichte Rußlands. Leipzig 1917. Berl. R. Voigtländer, S. 33. <sup>2)</sup> Thule XVI, S. 203. <sup>3)</sup> Mon. Pol. III, S. 784.



der schlesische Magnus, ein Enkel Haralds des Harten und Großvater des Peter Wlast, eine Gemahlin aus dem Geschlecht des Wladimir von Nowgorod hatte, so zeigten die beiden Ahnenwappen des Peter Wlast von Vaterseite tatsächlich Löwen.

Ferner steht fest, daß Swantoslaw von Tschernigow mit einer Gräfin von Orlamünde vermählt war <sup>1)</sup>. Das Wappen der Grafen von Orlamünde aber war ebenfalls ein Löwe. Wenn die Mutter des Peter Wlast eine Tochter des Swantoslaw von Tschernigow aus dieser Ehe war — und darauf deutet das Auftreten des Namens Swantoslaw bei seinem Sohn und zwei Enkeln seines Bruders Boguslaw hin —, so war auch das Wappen seiner Großmutter mütterlicherseits ein Löwe. Allein für den als Großvater mütterlicherseits angenommenen Swantoslaw von Tschernigow fehlt z. Zt. noch der Nachweis, daß seine Nachkommen ebenfalls einen Löwen im Wappen führten. Da aber dieses Wappen bei den Nachkommen seines Bruders Wladimir nachgewiesen ist, erscheint es nicht unwahrscheinlich, daß es auch das seinige war.

Auch die Tatsache, daß Peter Wlast als „comes de Skrzyn“ bezeichnet wird, und daß die polnischen Grafen von Skrzyn-Skrzynski als Angehörige des Geschlechts Zarembo dessen Löwen im Wappen führen, spricht für die Zugehörigkeit des Peter Wlast zu diesem Geschlecht. Endlich ist als Wappen der schlesischen Herren von Strehlen, in deren Hand einstiger Besitz des Peter Wlast erscheint und dessen Sproß Bischof Thomas II. die polnische Überlieferung zu den Zarembo rechnet, ein Löwe nachgewiesen <sup>2)</sup>. Wahrscheinlich stehen auch die zahlreichen Löwenbilder unter den Steintrümmern der Zobtenburg in Zusammenhang mit dem Wappen ihres Besitzers Peter Wlast. Inwieweit in diesen Tatsachen ein schlüssiger Beweis der Zusammenhänge zu sehen ist, mag bei der Häufigkeit des Löwen als Wappenbild dahingestellt bleiben. Unbestreitbar aber ist die geradezu verblüffende Einpassung auch dieses Kennzeichens in das auf Grund einer Reihe von anderen Kriterien sich ergebende Bild.

Der Vollständigkeit halber sei noch angeführt, daß im Geschlecht der Kleinkönige von Ringerike, dem Magnus Haraldson und Magnus Olafson, gen. Barsuß, entstammten, sowohl der Name „Dag“ (vgl. Dago = Misika I) als auch der Name „Hrörek“ (Rurik) nachweisbar ist <sup>3)</sup>, daß Biełosiński den Nachweis führt, daß Peter Wlast und Wzëbor einem Geschlecht angehörten, das nach seinem Siegelzeichen („Herb“ = „Handgemal“ im Gegensatz zum heraldischen Wappen-

1) Panthenius, Geschichte Rußlands, S. 29. 2) Schles. Zeitschr. LI, S. 138, 139

3) Thule XV, S. 107, 111, 137.

bild), einem Ring, auch „Ogniw“ = „Ring“ genannt wurde (vgl. „Ringerike“), daß im Wappen des von Boguslaw um 1250 erwähnten und nach Piekosiński aus dem Geschlecht „Ogniw“ hervorgegangenen Herrengeschlechts „Prawda“ der Löwe seines Wappens mit einem Ring in den Pranken dargestellt wird <sup>1)</sup>, und daß nach Piekosiński der Name von Ohlau = Olawia, welches als eines der ältesten Güter des Bingenstiftes eine Schenkung des Peter Wlast sein muß, von dem nordischen Personennamen Olav abzuleiten ist <sup>2)</sup>.

Auch diese für sich allein allzu ungewissen Anhaltspunkte deuten auf die dargelegten Zusammenhänge hin.

Zusammenfassend wäre danach zu sagen, daß Peter Wlast wahrscheinlich im Mannesstamm nordischer Abstammung, vielleicht aus dem Geschlecht der Kleinkönige von Ringerike, unebenbürtiger Nachkommen des norwigen Reichsgründers Harald Schönhaar, im Weibesstamm aber wahrscheinlich ein Nachkomme und Rechtsnachfolger<sup>3)</sup> des zu Breslau sitzenden Häuptlingsgeschlechts des Gaus Slenzane, ferner durch seine Großmutter, Mutter und Gemahlin mit den russischen Wladimiriden und Swantoslaviden, einem in Kleinrußland abgefundenen Jsgoi-Zweig des Geschlechts des Rurik, und durch diese mit den Dänenkönigen nahe verwandt ist.

Sozialgeschichtlich bemerkenswert erscheint die Tatsache, daß sich das Geschlecht des Peter Wlast trotz seiner fürstlichen Abkunft („altisanguinis“) in keiner Weise aus den übrigen Herrengeschlechtern ständisch heraushebt, wie sie schon um 1110 durch die Chronik des Gallus als „magnati terrae Wratislawiensis“, später als Landherrscher von Grottkau (Grzymala), Striegau (Stregonia), Prausnitz-Trachenberg (Rawicz) usw. erkennbar und auch für Großpolen durch die Untersuchungen von Semkowicz (Uwdaniec-Habdanek, Paluka), für Kleinpolen durch Piekosiński (Starza = Topor, Swieboda = Grypha, Sulima, Rawicz, Lis = Mzura, Jelita = Ragoda usw.) nachgewiesen sind. Diese Geschlechter, in deren Hand im 13. Jahrhundert die polnischen Kastellaneien und Landesämter sind, können also nach Abkunft und Rechtsstellung dem Geschlecht des Peter Wlast kaum nahegestanden haben. Dem entspricht auch die Beobachtung, welcher neuerdings H. F. Schmid für Pommerellen mit der Bemerkung Ausdruck gegeben hat: „In den Kastellanen erkennt man zum Teil frühere Dynasten, nächste Verwandte des Herrscherhauses <sup>4)</sup>“.

<sup>1)</sup> Piekosiński, Ryczerstwo Polskie wieków srednich III, S. 565, 567, 572, 741 ff. <sup>2)</sup> Ebda I, S. 208; II, S. 196. <sup>3)</sup> Darauf weist das alte Erbgut des Geschlechts in der Hauptstadt des Gaus Slenzane hin. <sup>4)</sup> Jahrbücher für Kultur und Geschichte der Slaven, N. F., Bd. II, Heft 2, S. 97.

Damit erscheint der ganze altpolnische Herrenstand in wesentlich anderem Lichte, als ihn die landläufige Auffassung deutscher Darstellungen bisher zu sehen gewohnt war, die sich ihn als Ministerialadel im deutschen Sinne vorzustellen scheint. Reiche will diese Ansicht unter Betonung der „strengen Abhängigkeit“ und des „unbedingt zuverlässigen Verhältnisses der Gefolgsleute zum Herzog“ offenbar noch verstärken, indem er die Ableitung des polnischen Herrenstandes von den 3000 Gepanzerten des Dago-Misico voraussetzt und deren Rechtsstellung anscheinend in einer Abhängigkeit und persönlichen Unfreiheit erblickt, wie man sie theoretisch allenfalls in der „*trustis regia*“ der ältesten Merowingerzeit, kaum in der fränkisch-deutschen Ministerialität der späteren Zeit findet. Dabei aber lehnt er die Wahrscheinlichkeit einer Nachahmung von Einrichtungen des fränkisch-deutschen Staatsrechts bei der Begründung des Polenreichs ab und meint, „daß eher das Beispiel der Varinger in Rußland Nachahmung gefunden haben wird“. Gerade dieses Beispiel würde jedoch gegen seine Vorstellung sprechen, wenn man der Darstellung der Geschichte Rußlands von Panthenius folgt, in der es wörtlich heißt<sup>1)</sup>:

„Die normännischen Fürsten waren immer von einem Gefolge von Kriegern umgeben, die sich ihnen freiwillig angeschlossen hatten und mehr ihre Kameraden als ihre Diener waren. Wahrscheinlich vollzog sich nun die Begründung der Normannenherrschaft so, daß in vielen Oblast (Sippenfiedlungen) ein Mann des Fürsten an Stelle des Anjasen (Sippenhaupts) trat, während in anderen, falls er sich der neuen Herrschaft angeschlossen, der Anjas blieb, was er war, denn die Normannen scheinen wenig zahlreich gewesen zu sein.“ Genau dieser Darstellung entsprechen die neueren Untersuchungen von H. F. Schmid, wonach „in der Kiewer Rus sich eine fremdstämmige Fürstengewalt über das Land geschoben hat, die es militärisch zu beherrschen und für ihren Handel auszubeuten wußte, die aber weder die Fähigkeit noch auch den Willen hatte, es tatsächlich zu regieren und zu verwalten“<sup>2)</sup>. Gerade im Russenreich war die Stellung der Großen gegenüber dem Fürsten die freieste, die Überreste der bodenständigen Staatsorganisation am zahlreichsten.

Wenn nach Panthenius „Oleg, der Nachfolger des Rurik, seinen Gefolgsmännern gegenüber durchaus nur als *primus inter pares* erscheint“, so besagt dies, daß die russische Gefolgschaft zur Zeit der Reichsgründung noch ganz den Charakter der altgermanischen Gefolg-

1) Panthenius, Geschichte Rußlands, S. 19 ff.  
u. Gesch. d. Slaven, N. F., Bd. II, Heft 2, S. 115.

2) Jahrbücher f. Kultur



ſchaft (comitatus) hatte und nicht mit der fränkischen Gefolgsſchaft (trustis regia) verglichen werden kann, für welche die „commendatio“ in die Hand des Königs unter Aufgabe der Vollfreiheit mit allen Rechtsfolgen weſentlich iſt <sup>1)</sup>. Die erſtere Art der Gefolgsſchaft (comitatus) iſt auch in den nordiſchen Staaten nachweisbar, wo ſich die gleichen Perſönlichkeiten, die ihr in der Jugend angehören, ſpäter als Häuptlinge von ſo unabhängiger Rechtsſtellung gegenüber dem König nachweiſen laſſen, daß letzterer kein geſetzliches Mittel an der Hand hat, ſie an der Durchkreuzung ſeiner Politik zu hindern <sup>2)</sup>.

Die Gefolgsſchaft in den nordiſchen Staaten ſchildert die Heimsfringla bei ihrer Beſchreibung des norwegiſchen Königshofs Olavs des Heiligen zu Nideros im Jahre 1016: „der König hatte 60 Gefolgsmannen und 30 Gäſte um ſich und er ſetzte den Sold für ſie feſt und gab ihnen Geſetze. Außerdem hatte er 30 Hausgenoffen, die den notwendigen Dienſt in der Königsburg zu tun oder die nötigen Vorräte zu beſchaffen hatten. Außerdem hatte er viele Knechte“ <sup>3)</sup>. Z nächſt erſcheint die Zahl der Gefolgsmannen dieſes mächtigſten nordiſchen Königs ſo gering, daß ſich Zweifel rechtfertigen, ob es überhaupt angängig iſt, ſich die Begründung nordgermaniſcher Reiche auf fremdem Boden als das Werk eines Gefolgsherrn mit einer „Gefolgsſchaft“ dieſer Art vorzuſtellen, und ob nicht der Gebrauch der Bezeichnung „Gefolgsſchaft“ in dieſem Zuſammenhang zu Mißverſtändniſſen Anlaß gibt. Jedenfalls zeigt die Darſtellung des Verſuchs der Eroberung Irlands durch König Magnus Barfuß in der Heimsfringla, daß derartige Eroberungszüge mittels eines Aufgebots von Großen des Landes erfolgte, die ſelbſt als Gefolgsherrn nachweisbar ſind, alſo mittels einer Zuſammenballung von Gefolgsſchaften, deren Herren freie Vaſallen des Königs waren und nicht durch deſſen „Gefolgsſchaft“ allein.

Sodann aber iſt die Unterſcheidung von „Gefolgsmannen“ im engeren Sinn, „Gäſten“ und „Hausleuten“ innerhalb der Gefolgsſchaft höchſt bedeutsam. Denn wie die erſteren in der Rechtsſtellung der „comites“ des altgermaniſchen „comitatus“ erſcheinen, ſo entſpricht die Bezeichnung „Gäſte“ dem Begriff der „convivae regis“, welcher, mit dem Namen „antruſtio“ ſynonym gebraucht, die Angehörigen der fränkischen „trustis regia“ bezeichnet <sup>4)</sup>. Die dritte Gruppe der „Hausleute“ aber hat die Obliegenheiten der „camerarii“, wie ſie

<sup>1)</sup> Fustel de Coulanges, Les origines du ſysteme feodal, S. 12 ff., 132 ff.

<sup>2)</sup> J. B. Einar Bogenſchüttler aus dem Bonden = Geſchlecht des Jarn = Skaggi (Eiſenſkaggi), des Schwiegervaters König Olavs Trygvifon; vgl. Thule XIV, S. 192, 273, 276, 298; XV, S. 77, 390; XVI, S. 108, 109. <sup>3)</sup> Thule XV, S. 78.

<sup>4)</sup> Fustel de Coulanges a. a. O., S. 327.



in den böhmischen und polnischen Urkunden auftreten und zwar neben „comites“ und „hospites“.

Nun läßt die Heimskringla auch sonst deutlich erkennen, daß die nordischen Staatsgründungen des 9. und 10. Jahrhunderts in Nachahmung des fränkisch-deutschen Königtums erfolgt sind. Sie zeigt aber auch, wie die Rechtssetzung der nach der absolutistischen Machtstellung der fränkisch-deutschen Könige strebenden „Einkönige“ des Nordens durch die altgermanischen Rechtsvorstellungen des Volkes eingeschränkt worden ist <sup>1)</sup>. Durch die ganze Frühgeschichte der nordischen Staaten zieht sich wie ein roter Faden der Kampf zwischen dem „Königsrecht“ und dem „Volksrecht“, der nichts anderes ist als Ringen zwischen den fränkischen und den altgermanischen Rechtsvorstellungen. Das „fränkische“ Recht aber ist wiederum im wesentlichen das in germanische Rechtsformen gegossene und germanischen Rechtsbegriffen angepaßte römische Recht des Imperiums, wie Fustel de Coulanges überzeugend darlegt <sup>2)</sup>. Der Unterschied zwischen dem „fränkischen“ Recht und den sogenannten Volksrechten, mögen sie nun germanisch oder slavisch sein, ist also der römischrechtliche, kapitalistisch-imperialistisch-absolutistisch gefärbte Einschlag im Gegensatz zur natural-wirtschaftlich = patriarchalisch = aristokratischen Rechtsvorstellung, welche die indogermanischen Völker auf der Entwicklungsstufe des Stammes beherrscht. Diese Entwicklungsstufe hatten die nordgermanischen Völker um das Jahr 1000 kaum erst seit 100 Jahren verlassen. Es liegt kein Grund vor, für die Slaven eine frühere Rechtsentwicklung anzunehmen. Danach erscheint es auch nicht angängig, für diese um das Jahr 1000 schon die Entwicklung eines eigenen Rechtssystems vorauszusetzen, welches über die Entwicklungsformen des patriarchalischen Stammestaats hinausgehende staatsrechtliche und öffentlichrechtliche Begriffe einer relativ hochentwickelten Staatsorganisation selbständig geprägt hätte <sup>3)</sup>. Wo solche sich vorfinden, liegt es daher nahe, den Einfluß eines seit langem über die Entwicklungsstufe des Stammestaats fortgeschrittenen Rechtssystems anzunehmen. Solcher entwickelter Rechtssysteme gab es um diese Zeit in Europa nur zwei, das römisch-fränkische („deutsche“) und das römisch-byzantinische („griechische“ oder

1) Vgl. die Revision der Gesetzgebung des Königs Harald Schönhaar durch seinen Sohn Hakon den Guten. Thule XIV, S. 94, 137. 2) Vgl. Fustel de Coulanges a. a. O., S. 427. 3) Vgl. Bachmann, Gesch. Böhmens Bd. I, S. 92, 152, wonach selbst das schon 817 dem Frankenreich unterworfenen Czechenvolk noch bis zur Zeit des Herzogs Boleslaw I. († 967) die Organisationsformen des Stammestaats erkennen läßt, die erst von Boleslaw I. ab „nach fränkischem Vorbild“ umgewandelt wurden.

„gemeine“) Recht. Wenn nun in den Rechtseinrichtungen eines der Entwicklungsstufe des Stammesstaats noch nahestehenden Volkes Rechtsbegriffe oder Bezeichnungen austreten, welche einem dieser entwickelten Rechtssysteme eigentümlich sind und dort womöglich formelhaften Charakter haben, so liegt für den Rechtshistoriker die Vermutung nahe, daß dieses Rechtssystem mittelbar oder unmittelbar auf die Rechts- und Staatsorganisation des betreffenden Volkes Einfluß gehabt hat. Für die rein historische Anschauung und Darstellung können sich daraus ebenfalls sehr bedeutsame Quellen der Erkenntnis ergeben.

Die große Ähnlichkeit, welche die russische Staatsorganisation mit den in der Heimskringla erkennbaren Rechtszuständen der nordischen Staaten aufweist, läßt keinen Zweifel darüber, daß diese Staatsgründung in fremdem Volkstum die heimatliche Organisationsform auf das neue Staatsgebilde unmittelbar übertragen hat, wie ja auch Rußland = Gardarike in der Heimskringla völlig als eins der nordgermanischen Reiche behandelt wird, wie etwa Schweden und Dänemark.

Ob man für die Begründung des Polenreichs das Gleiche annehmen muß, bleibt zu untersuchen.

Zunächst erscheint es auffällig, daß in den nordischen Quellen bis ins 12. Jahrhundert immer nur von „Königen von Gardarike“ (Rußland) und ihren „Jarlen“ sowie vom „Wendenkönig“ und „Jarl-tümern im Wendenlande“ die Rede ist. Das könnte daran liegen, daß Polen sich mit den nordischen Reichen nicht unmittelbar berührte. Aber es steht in auffallender Übereinstimmung mit der Tatsache, daß der Begründer des Polenreichs Dago = Mijika in den zeitgenössischen Quellen niemals unter der Bezeichnung „rex“ erscheint, den der lateinische Sprachgebrauch sehr freigebig allen selbständigen Fürsten und Häuptlingen beilegt, sondern daß Dago = Mijika sich in der bekannten Kommendationsurkunde an den Papst Johann XV. selbst als „iudex“ bezeichnet. „iudex“ aber ist eine korrekte Übersetzung des Begriffs „Jarl“, wenn man als festgestellt erachtet, daß die Jarle der nordischen Reiche als Inhaber von „Fahulehn“, ohne Könige zu sein, königliche Hoheitsrechte in ihrem Gau ausübten, deren vornehmstes die richterliche Gewalt ist.

Der Begriff „dux“ = „Herzog“ hat zunächst nur im Frankenreich die Bedeutung eines Inhabers landesherrlicher Hoheitsrechte gewonnen, in den nordischen Reichen bezeichnet er den Befehlshaber des königlichen Heeres und ist in diesem Sinne auch in den ältesten polnischen Urkunden in der Verbindung „dux militiae“ nachweisbar.

So erscheint es nicht ausgeschlossen, daß wir in Dago-Misika zunächst einen „Jarl des Wendenlandes“ zu sehen haben. Von Großpolen wissen wir, daß es noch kurz vor dem Eintritt des Polenreichs in die Geschichte zum Reich der Buliner-Lutizen gehörte, als deren König wir den in den nordischen Quellen des 10. Jahrhunderts oft genannten „Wendenkönig Burislaw“ ansehen müssen. Es liegt nahe, auch für die kleine Landschaft Kujawien, welche die Wiege der Piasten ward, das Gleiche zu vermuten. Jedenfalls erscheint der Volksstamm der Buliner-Lutizen in der Regensburger Völkertafel mit der ansehnlichen Zahl von 45 „civitates“ unter dem Namen „Wilci“, deren Ausdehnung nach Süden und Osten die Aufführung der Dadošani mit 20, der Sleenzane (Schlesier) mit 15, der „Welunzani“ (Wieluner) mit 70 und der „Lunsici“ (Lenschüzer) mit 30 „civitates“ bezeichnet, so daß zwischen der Ostgrenze der Wilzen von 880 und von 992 gerade das Reich des Misika übrig bleibt. Übrigens berichten die nordischen Quellen für die Zeit vor 980, daß sich Teile des Wendenreiches von der Botmäßigkeit des Wendenkönigs losgelöst hatten. Damit könnte das Reich des Dago-Misika gemeint sein.

Dazu kommt noch die auffallende Tatsache, daß der Name „Polanen“ — Polen, der dem Reich der Piasten den Namen gegeben hat, obwohl er in der Regensburger Völkertafel nicht aufgeführt wird, zuerst als Bezeichnung des slavischen Volksstammes um Kiew erscheint, als dessen Herrscher Rurik seinen Stieffohn Askold eingesetzt hatte, sicherlich als seinen Vasallen. Aus russischen Quellen steht fest, daß Oleg, der Sohn des Rurik, um 880 die Polänenherrscher aus Kiew vertrieb und ihr Reich dem seinen angliederte. Zur Zeit der Abfassung der Regensburger Völkertafel gab es also tatsächlich kein „Polanenland“ mehr. Drei Generationen später aber treten die „Piasten“ als Begründer eines „Polanenreichs“ in Kujawien in das Licht der Geschichte. Als Ahnherr ihres Herrschergeschlechts wird „Piast“, der Sohn des „Chodczisko“ genannt. „Chodczisko“ aber heißt „der Gewanderte“, der „Emigrant“<sup>1)</sup>. „Piast“ wiederum ist die slavische Bezeichnung für „Erzieher“, „Ziehvater“, eine Stellung, welche auch in den nordischen Quellen eine so bedeutende Rolle spielt, daß viele Persönlichkeiten den Beinamen „Ziehvater“ erhielten<sup>2)</sup>. Auch am fränkischen Hofe nahm der „Ziehvater des Königs“ — „nutritor regis“ eine besonders hohe Staatsstellung ein, die meist mit der des

<sup>1)</sup> Vgl. Polnisch „chodczic“ = „wandern“. <sup>2)</sup> Z. B. Thule XIX, S. 35. „Thortel Ziehvater“, Sohn des Sumarlidi aus dem Geschlecht der Jarle von Möre. Vgl. auch Piekosiński, Rycerstwo Polskie Bd. II, S. 8, 38.



„Hausmeiers“ — „major domus“ — zur Zeit der Minderjährigkeit eines Königs vereinigt war. „Piast der Sohn des Chodczisko“ — „der Ziehvater, Sohn des Emigranten“ aber ſoll ſich nach der polniſchen Überlieferung in Kruschwitz an die Stelle eines Nachkommen des Leſzek III. geſetzt haben. Wenn es zutrifft, daß Leſzek III. mit dem weſtſlawiſchen Reichsgründer Samo identiſch iſt — und dafür ſprechen gewichtige Gründe — ſo muß Kruschwitz in der That ein Teil des Weſtſlawenreichs („Wendenreich“) gewesen ſein. Es könnte mit dem Wendenreich des Burislaw in einer ähnlichen Verbindung geſtanden haben, wie die norwegiſchen Kleinkönigreiche in der Hand von Nachkommen des Reichsgründers Harald Schönhaar zum Reich ſeines Nachkommen Olaf des Heiligen. Ihre Beſeitigung durch den „Einkönig“ von Norwegen Olaf den Heiligen ſchildert die Heimſtringla ausführlich. Sie wurden durch „Jarle“ erſetzt. So könnte auch der Sohn eines Emigranten aus dem Ruſſenreich, vielleicht ein Nachkomme des ermordeten Polanenherrſchers Aſtold, vom Wendenkönig als Ziehvater (Vormund) eines unmündigen Kleinkönigs von Kujawien eingefeßt worden ſein und ſich dann, vielleicht im Einverſtändnis mit dem Wendenkönig, an die Stelle der Kleinkönige als „Jarl“ (iudex) geſetzt haben. In dieſer Stellung haben ſich dann offenbar ſein Sohn „Ziemowit“ (Landwalter) und deſſen Enkel „Ziemomysł“ (Landsorger) befunden. Hinter dieſen ſlawiſchen, deutlich an Amtsbezeichnungen anklingenden Namen dürften ſich ebenſo nordiſche Namen verbergen, wie hinter dem ſlawiſchen Namen Miſiſa der typiſch norwegiſche Name Dag (Kenname der Kleinkönige von Ringerike bis in das 8. Jahrhundert hinauf). Für unſere Unterſuchung iſt nun weſentlich, daß man nach den polniſchen Quellen den polniſchen Reichsgründer Dago-Miſiſa für mindestens ſchon in der vierten Generation in Kujawien beheimatet anſehen muß. Es erſcheint danach von vornherein ſehr zweifelhaft, ob man die Militärorganiſation, mit der Polen in die Geſchichte tritt, die 3000 Gepanzerten des Dago-Miſiſa, überhaupt noch als das „Erobererheer“ anſehen darf, mit welchem die Begründung der Piasteuherrſchaft in Kujawien erfolgte, wenn man ſich dieſe als warägische Reichsgründung nach dem Beiſpiel des Ruſſenreichs vorſtellen zu ſollen glaubt. Für eine Gefolgschaft im Sinne der fränkischen „trustis regia“ oder der Gefolgschaften der nordiſchen Könige erſcheint die Zahl 3000 im übrigen viel zu groß.

Nun ſchildern aber die nordiſchen Quellen, wie nach der Eroberung eines Teils von England durch die Dänen dieſe ſich auf die Dauer nur ſehr ſchwer gegen die Angriffe der Angelnſaſſen behaupten



konnten, weil das Kriegsaufgebot des Dänenkönigs zu langsam von statten ging <sup>1)</sup>).

König Knut der Mächtige schuf daher ein ständiges besoldetes Aufgebot, welches „Thingmannenvolk“ hieß, und von dem wir hören, daß es als Besatzung auf die dänischen Burgen in England verteilt war.

Da der Name „Thing“ ebensowohl die Versammlung aller Freien als das allgemeine Landesaufgebot bezeichnet, muß man unter „Thingmannsvolk“ ein „Volk“, d. h. einen Heereskörper verstehen, welcher von den Thingmannen gestellt wurde, denen zwar die Pflicht oblag, dem Aufgebot des Königs jeweils zu folgen, nicht aber ständig außer Landes unter Waffen zu stehen. Diese Einrichtung spiegelt sich ganz unverkennbar in den „*leges Canuti regis*“ wider, wo es in Kapitel 40 heißt: „*Volumus ut omnis liber in Hundredo et Decima positus sit.*“ Bemerkenswert ist zunächst, daß diese Wortfassung des Kapitulars deutlich erkennen läßt, daß hier durch königlichen Willensentschluß eine bisher noch nicht bestehende Einrichtung geschaffen wurde. Daß es sich dabei um einen militärischen Zweck handelte, ergibt sich daraus, daß die Heimskringla bei Schilderung der zeitweiligen Ausdehnung der Dänenherrschaft auf Norwegen als eine „Einführung dänischer Gesetze in verschärfter Form“ das Gesetz erwähnt, wonach immer sieben Mann dem Dänenkönig einen Mann zur Leistung von Kriegsdiensten zu stellen hatten <sup>2)</sup>. Es zeigt sich also, daß durch die Gesetzgebung Knuts eine Einrichtung geschaffen worden war, welche es ermöglichte, ohne allgemeines Landesaufgebot einen Teil der Thingpflichtigen zu den Waffen zu rufen und unter Waffen zu halten. Diese kann nur die Einreihung aller Freien in das „Hundredo“ und die „Dezima“ gemäß Kapitulare 40 der „*leges Canuti regis*“ sein, die damit als Schaffung des Thingmannenvolks erkennbar wird. Hier erscheint offensichtlich das Dezimalsystem, das uns schon aus der römischen Militärkolonisation des Dekumatenlandes bekannt ist, das dann die Grundlage des fränkischen Militär- und Siedlungssystems bildete und offenbar von hier ausstrahlend nicht nur zu den nordgermanischen Staaten, sondern auch zu den Slavenvölkern gelangt ist. Wo uns dies Dezimalsystem entgegentritt, dürfen wir Analogien mit der fränkischen Rechtssetzung und Staatsentwicklung vermuten.

In dieser Hinsicht ist bemerkenswert, daß bei der verschärfenden Übertragung der dänischen Gesetzgebung auf Norwegen die in Dänemark für Freie geltende Einreihung in das Dezimalsystem in Norwegen durch Verbindung mit dem Verbot des Verlassens des Landes

1) Thule XIX, S. 227.

2) Ebda XV, S. 389.

bei Strafe der Konfiskation des Erbguts und mit weitgehenden Zinspflichten deutlich eine Minderung der persönlichen Freiheit mit sich bringt.

Das Dezimalsystem ist bekanntlich auch von Kaiser Heinrich dem „Städtegründer“ benutzt worden, um in den Grenzmarken ständig schlagfertige Besatzungen auf den Landesburgen zu unterhalten, die dann angesichts der Ungarneinfälle zu einem Reiterheer (Ritterheer) ausgestaltet wurden. Auch in Polen, wo „decimi“ in enger Verbindung mit der Kastellaneiverfassung erscheinen, dürfte sich eine entsprechende Entwicklung vollzogen haben.

Nur wird man sich vor Augen halten müssen, daß eine solche Organisationsform ihren Inhalt dauernd aus dem größeren Verbande schöpft, dem sie entspringt, daß ihre Entwicklung zu einem selbständigen Element ständischer Differenzierung also kaum vorstellbar ist.

Es erhebt sich nach alledem die Frage, ob die 3000 Gepanzerten des Dago-Misika, von denen die Quellen berichten, etwa mit den „decimi“ seines Reichs identisch sein könnten.

Nun bestand nach dem Chronisten Gallus die Heeresmacht des Boleslaw Chrobry aus den Aufgeboten folgender Burgen:

Polen mit 1300 Gepanzerten (loricati) und 4000 Schildträgern (clipeati)					
Gnesen	„	1500	„	„	5000
Wloclawek	„	800	„	„	2000
Giecz	„	300	„	„	2000
3900			13000		

„nebst zahlreichen andern Aufgeboten, deren Aufzählung zu weit führen würde.“

Es ist ohne weiteres erkennbar, daß die vier namentlich aufgeführten Burgen das Landgebiet darstellen, das Dago-Misika seinem Sohn hinterlassen hatte. Mit 3900 Gepanzerten stimmt das Aufgebot dieses Gebiets mit der Zahl von 3000 Gepanzerten, die für das Heer des ersten Polenherrschers genannt werden, auffallend überein, wenn man bedenkt, daß Großpolen westlich der Warthe erst im Laufe der Regierung des Dago-Misika den Lutizen abgenommen worden war. Es fragt sich, ob diese 3900 Gepanzerten mit 13 000 Schildträgern die „decimi“ dieses Gebiets darstellen können.

Eine Zahlenangabe für die Heere dieser Zeit findet sich in der Heimskringla, wonach in der Schlacht von Stiklestadt (1030), in welcher das Aufgebot von ganz Norwegen unter Waffen stand, auf der Seite der aufständischen Lehnsmannen und Bonden 14 000 Mann, auf der Seite des Königs Olav 3600 Norweger neben 1920 Schweden kochten. Das ergibt für ganz Norwegen etwa 18 000 Mann. Dem-

gegenüber erscheint das Aufgebot von Großpolen und Rußwien mit 17 000 Mann so groß, daß man es unbedingt für das Gesamtaufgebot des Landes halten muß. Bemerkenswert ist, daß Mittel- und Niederschlesien, welches an Umfang etwa dem Gebiet von Posen, Gnesen, Wloclawek und Giecz entspricht, heute noch 3437 Rittergüter umfaßt, welche beim Aufgebot gegen die Türken 3437 Gepanzerte und rund 10 000 Leichtbewaffnete stellten. Das Bild der 3900 Gepanzerten mit 13 000 Schildträgern entspricht also ganz einem mittelalterlichen Ritterheer mit den dazugehörigen Knappen und Dienern. Es dürfte sich nachweisen lassen, daß die Zahl der selbständigen Rittergüter im Bezirk der genannten Burgen noch heute der Zahl 3900 ziemlich nahekommt.

Jedenfalls erscheint es ausgeschlossen, die 3000 Gepanzerten des Dago-Misika für die „decimi“ seines Landes zu halten, dessen Gesamtaufgebot sich dann auf 30 000 Gepanzerte und 130 000 Leichtbewaffnete belaufen würde, während das Aufgebot des Russenreichs nur 1000 Waräger und 60 000 Russen zusammenbrachte. Nimmt man aber an, daß die „decimi“ ihnen entnommen waren, so ergäbe sich als ständiges Aufgebot des Dago-Misika die immerhin stattliche Zahl von etwa 300 Gepanzerten und 1000 Schildträgern, die als ständige Besatzung der vier Landesburgen vollauf genügt haben dürften.

Daneben wird man freilich eine ständige Gefolgschaft des Herrschers annehmen müssen. Aber man wird sie sich kaum größer vorzustellen haben, als die ständige Gefolgschaft des Norwegerkönigs Olav des Stillen von 30 Hospites und 60 Comites.

Diese Gefolgschaft dürfte es sein, auf welche sich zunächst die Bezeichnung „Licikawici“ bezieht, welche die Quellen den Mannen des Dago-Misika beilegen. Es ist dies aus einer Stelle des Chronisten Gallus zu schließen, welche lautet: „et quicumque probus hospes apud eum in militia probabatur, non miles ille sed regis filius vocabatur.“ Die Bezeichnung „Söhne des Königs“ (Παῖδες βασιλέως, pueri regis) aber ist seit dem Altertum für die freie Gefolgschaft (comitatus) nachweisbar, wie sie auch in den nordischen Reichen erkennbar ist. Aus der Anwendung dieses Terminus technicus seitens des Gallus kann man folgern, daß auch in Polen diese Art der Gefolgschaft die Organisationsform der Umgebung des Herrschers darstellt. Der Ausdruck „hospes“ aber erinnert an die „Gäste“, die neben der einheimischen Gefolgschaft am Hofe der nordischen Könige nachweisbar sind. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man in ihnen ausländische Kriegersleute sieht, die mangels eines Grundbesitzes

als Pfand ihrer Zuverläſſigkeit durch eidliche „Kommendation“, wie ſie ſich im Frankenreich entwickelt hatte, d. h. durch Aufgabe ihrer Freiheit in die Hände des Herrſchers mit dem Gelöbniß unverbrüchlicher Treue, in deſſen Dienſt getreten waren. Die Stelle bei Gallus beſagt offenbar, daß auch die zunächſt nach fränkischem Recht dem Herrſcher in ſtrenger Abhängigkeit dienenden „Ritter“ (hospites) in Polen bei Bewährung die Rechtsſtellung der freien Gefolgsmannen (filii regis) erhielten.

Auf dieſe freien Gefolgsmannen — die „filii regis“ —, zu denen wohl jeder Große des Reichs in ſeiner Jugend eine Zeitlang gehört hatte, iſt die von den Quellen auf die Mannen des Dago-Miſiſa angewendete Bezeichnung „Licicawici“ deſhalb zu beziehen, weil dieſes Wort unzweifelhaft einen patronymiſchen Charakter hat.

Auf Grund der Thatſache, daß im Slaviſchen die Endung „ici“ die Abſtammung bezeichnet, hat man bekanntlich früher die „Licicawici“ als den „Volksſtamm der Lechen (lici = lechi)“ angeſehen. Später hat Holzmann in ihnen die „Nachkommen des Leſzek“ ſehen wollen, den Namen alſo für eine genealogiſche Bezeichnung erklärt. Endlich hat Schulte in ihnen die „Gefolgsmannen des Dago-Miſiſa“ ſchlechthin erblickt.

Rein ſprachlich betrachtet kommt der Name „Licicawici“ von dem altſlaviſchen Wortſtamm „liscati“ oder „lescati“ = „kriegsführen, heeren, rauben“ (vgl. lateiniſch lis = Streit). „Leſzek iſt alſo „der Streiter“. Als ſlaviſcher „Name“ erſcheint dieſe Benennung alſo in demſelben Lichte, wie die „Namen“ „Chodzisko“ = der Gewanderte, Emigrant, Ziemovit = der Landwaller, Ziemomysl = der Landſorger uſw., alſo als eine ſlaviſche Benennung einer Perſönlichkeit mit fremdländiſchem Namen nach ihrer am meiſten ins Auge fallenden Betätigung. In dieſem weiteren Sinne hätte der Name „Leſzek“ etwa die Bedeutung von „Kriegsherr“. Wenn nun nach Gallus die Gefolgsleute eines ſolchen als ſeine „Söhne“ bezeichnet wurden, ſo müßte dieſe Bezeichnung ſlaviſch etwa „Leſzekowici“ lauten, was dem überlieferten „Licikawici“ ſprachlich ſo nahe kommt, daß ein Hörfehler des Chroniſten ohne weiteres angenommen werden kann.

Danach hätte Holzmann im Hinblick auf den Wortſinn, Schulte in bezug auf den Inhalt des Begriffs „Licicawici“ recht.

Genau betrachtet aber erſcheint der Name „Licicawici“ in ſeinem eigentlichen Sinn lediglich als ein Ehrentitel = „regis filius“.

Nach alledem wird man ſich den polniſchen Herrenſtand im Reiche des Dago-Miſiſa nicht nach dem Bilde des deutſchen Miniſterial-



adels vorzustellen haben, sondern ähnlich wie die entsprechende Volksklasse in den nordischen Reichen: Über der Masse der aus Unfreien, Hörigen und freigelassenen Freien bestehenden Bevölkerung sitzen die Edelfreien in einer gutherrlichen Stellung auf freiem Erb und Eigen, in ihren Sippen organisiert <sup>1)</sup>. Von diesen erheben sich einzelne zu erblichen Häuptlingsgeschlechtern, ohne daß dadurch ihre nicht mit der Häuptlingswürde besetzten Angehörigen sich über den Stand der Angehörigen anderer Sippen erheben. Mit der Entwicklung einer zentralen Staatsgewalt entwickelt sich zunächst die Vasallität der Häuptlinge, deren Berufung zu dieser Würde sich vermutlich nach den Grundsätzen des Seniorats regelte. Die Schwierigkeit der Feststellung der danach berufenen Persönlichkeiten bei einiger Ausbreitung ihrer Sippe mag der Staatsgewalt die Verwandlung der Vasallitätsorganisation in die Kastellaneiverfassung erleichtert haben. Auf diesen Vorgang deutet der Bericht des Gallus hin, wonach um 1080 der Palatin Seczech überall „pristaldos“ (Vögte) einzusetzen suchte, was in Schlesien zum Aufstand des Magnus führte. Die Beseitigung der Sonderstellung einzelner Häuptlingsgeschlechter scheint in der Weise erfolgt zu sein, daß der Inhaber der Staatsgewalt die „pristaldi“ oder „castellani“ aus den Sippenhäuptern auswählte. Darauf deutet die Tatsache hin, daß vielfach nachweisliche Angehörige ehemaliger Dynastengeschlechter des Landes als Kastellane und manche Kastella-

<sup>1)</sup> Aus der Heimskringla ist deutlich der Unterschied zwischen dem „Volk“ als Träger politischer Rechte, d. h. den „Freien“ und der „Bevölkerung“ als Zusammenfassung aller Bewohner des Volkslandes, d. h. einschließlich der Unfreien, ersichtlich. Die gewöhnlichen Freien, nordisch „Bonden“, werden in den lateinischen Quellen „rustici“ genannt. Dieser Ausdruck wird meist mit „Bauer“ wiedergegeben. Es erweist sich aber, daß überall da, wo von den Besitzverhältnissen einzelner „Bonden“ die Rede ist, eine Mehrzahl von Höfen, ganze Inseln und größere Ortschaften als „Eigengut“ solcher Bonden erscheinen, vor allem aber „zahlreiche Knechte“. So z. B. ist die Insel Ljottö Eigentum des Bonden Harek von Ljottö, die Inseln Gitting und Haring Eigentum des Bonden Raud von Godö, vgl. Thule XIV, S. 278, 279, 281, 284. Letzterer „war ein schwerreicher Mann und großer Häuptling und hatte viele Knechte“. Ebenso war der dänische Bonde Palnatoki „auf seinen Höfen der zweitgrößte Mann in Dänemark“ (nämlich nach dem König), vgl. Thule XIX, S. 398. Die gewöhnlichen Freien (Bonden, rustici) lebten also nicht in einer „bäuerlichen“ Rechtsstellung und Lebenshaltung im Sinne des heutigen Sprachgebrauchs, sondern in gutherrlichen Lebensverhältnissen. Gegenüber ihrer Minderzahl bestand die große Masse der Bevölkerung in den Nordlanden aus ihren „zahlreichen Knechten“, die z. T. als Hörige, z. T. als freigelassene „Bauern“ im eigentlichen Sinne auf den Höfen der Bonden angesiedelt wurden; vgl. Die Siedlungstätigkeit des Erling Skjalgson, Thule XV, S. 42, 43.

neien ſaſt ganz als erbeigener Beſitz des Kaſtellangſchlechts erſcheinen (z. B. Striegau).

Daneben ſcheint einzelnen Magnatengeſchlechtern eine gewiſſe Autonomie in beſtimmten Landesgebieten verblieben zu ſein, wahrſcheinlich auf der ſtaatsrechtlichen Grundlage der Immunität (in Schleſien z. B. Grottkau, Strehlen, Braunsniß-Trachenberg).

Auf dieſer Stufe der Entwicklung muß aber auch eine Rechtsſetzung erfolgt ſein, welche Teile der vollſtreuen Bevölkerung, genealogiſch ausgedrückt Zweige von Herrengſchlechtern, in eine Hörigenſtellung gebracht hat <sup>1)</sup>. Dafür ſpricht die Taſache, daß zu dieſen Hörigengruppen in Polen auch die „decimi“ gehören, welche wenigſtens in Dänemark nachweislich den Freien entnommen waren, welche nach dem Bericht des Cosmas durch den Böhmenherzog von der Burg Giecz in Polen nach Böhmen verpflanzt, dort als eins der vornehmſten Adelsgeſchlechter ſich entfalteten (die „Ghedzani“ Dirszlawic-Czernin), welche in Schleſien als „turriti“ (Turmbefatzung) noch um 1150 der Hörigkeit zu entinnen (servituti evadere) ſuchen (Schleſ. Reg. 69). Welcher Art dieſe Rechtsſetzung geweſen ſein mag, bedarf einer ſyſtematiſchen Unterſuchung. Hier ſoll nur die Vermutung ausgedrückt werden, daß es Einflüſſe des fränkisch-deutſchen Staats- und Fürſtenrechts geweſen ſein mögen, die mit der Anerkennung der Lehnshoheit des deutſchen Kaiſers ſeitens der polniſchen Herzöge letztere mindedeſtens in der Theorie mit dem Recht der deutſchen Fürſten (durch Fahnlehn delegierter Königsbann) bekleideten und ihnen damit die mannigfachen Möglichkeiten an die Hand gaben, die dieſes Recht nachweislich im Sinne der Entwicklung der Hörigkeit weiter, urſprünglich freier Volkskreiſe, entfaltet hat <sup>2)</sup>.

Der polniſche Herrenſtand des 12. Jahrhunderts ſtellt denjenigen Teil der altſtreuen Bevölkerung des Polenreichs dar, der ſich, wahrſcheinlich auf der Rechtsgrundlage der Immunität, in ſeiner urſprünglichen Rechtsſtellung erhalten hat — gleichgültig, ob er im Einzelfalle nordiſch-germaniſchen, ſlawiſchen, deutſchen oder anderen Mannesſtammeſ iſt.

<sup>1)</sup> Vgl. Mon. Pol. II, S. 271. Chronik des Vinzenz Kadlubek in bezug auf Boleslaw II. (1058—79) „decrevit milites regni Poloniae reformare“. <sup>2)</sup> Vgl. Mon. Pol. II, S. 515. Boguslaw in bezug auf den Kaſtellan von Wiſlica zum Jahr 1135: „Imperat denique proditor ille, ut omnes belligeri . . . . ad urbem tuendam confluant, ne ut rei crimine laesae majestatis notentur et bona vasalica et mobilia regio fisco ascribantur.“ Also die „ascriptio“ (Hörigkeit) von Vaſallen gegenüber dem „fiscus“ als Folge des „crimen laesae majestatis“, begangen durch Verſagen der Heeresfolge. — Vgl. auch Kibel, Die Franken, ihr Eroberungs- und Siedlungssystem im deutſchen Volkslande, Bielefeld u. Leipzig 1904.

Der landläufig als „Hörige“ bezeichnete Bevölkerungsteil des alten Polens, von dem die Urkunde des Herzogs Conrad von Masowien für das Bistum Ploß von 1203 <sup>1)</sup> ausdrücklich sagt: „illi autem qui sunt ministeriales, sicut coci, lagenarii, pistorum, aucupes, conarii sive cuiuscunque officii neque monetario neque castellano neque episcopo tenentur solvere podimne neque strosam, quia ab omnibus servitutibus sunt liberi ejusdem libertatis sicut homines liberi colentes praedia episcopatus et canonicorum“ (diejenigen aber, welche dienstpflichtig sind, wie Köche, Böttcher, Bäcker, Vogelfänger, Pferdewärter oder sonstwie beamtete aller Art, sind weder dem Münzmeister noch dem Kastellan noch dem Bischof die Rauchfangsteuer und Wachtsteuer zu zahlen gehalten, weil sie von allen Hörigenleistungen frei sind, von derselben Freiheit, wie diejenigen, welche den Grundbesitz des Bistums und der Kanoniker bebauen), scheint den Teil der ursprünglichen Freien darzustellen, der durch die erwähnte Rechtsentwicklung eine ständische Niederung erfahren hatte. Denn da die Rechtsstellung dieser Gruppe ausdrücklich mit derjenigen der Bauern der Kirche verglichen wird und deren Grundbesitzrecht nach den Grundsätzen des römischen Rechts zu beurteilen ist — *ecclesia vivit jure romano* —, so kann kein Zweifel darüber bestehen, daß dieses Grundbesitzrecht das römisch-rechtliche „*precarium*“ ist, wie es durch Ansiedlung persönlich freier — meist freigelassener — „*hospites*“ auf dem Eigentum der Kirche <sup>2)</sup> oder durch „*commendatio*“ echter freier Grundeigentümer unter Aufgabe ihres Grundeigentums in die Hand der Kirche und Rückempfang als „*praecarium*“ entstand <sup>3)</sup>. In ständischer Hinsicht wäre also diese Bevölkerungsgruppe dadurch gekennzeichnet, daß sich in ihr abgesunkene Elemente der Altfreien mit aufgestiegenen Elementen der Hörigen (freigelassenen Freien) vereinigen, mit dem Erfolg einer Wertung der ganzen Gruppe in der ständischen Stufenleiter nach der geringeren Herkunft, nachdem ein *connubium* zwischen diesen Elementen eingetreten war („das Kind folgt der ärgeren Hand“). Sie als „Hörige“ schlechthin zu bezeichnen, entspricht wohl nicht ganz ihrer Rechtsstellung. Da die Kommendation in die Hand der Kirche ein so häufig angewendetes Mittel war, um der Konfiskation des Grundeigentums seitens der jeweils siegenden Partei in den zahllosen Parteikämpfen jener Zeit auf Grund des „*crimen laesae majestatis*“ zu entgehen, daß z. B. schon die *lex Visigothorum* ein ausdrückliches Verbot dieser Art der Kommendation

1) Mon. Pol. V, S. 423.

2) Fustel de Coulanges, *Les origines du système féodal*, S. 128.

3) Ebda S. 252.



erließ <sup>1)</sup>, liegt eine entsprechende Erklärung der Entſtehung dieſer ſtändiſchen Niederung alſtreier Volksteile in Polen nicht allzu fern. Ein Bruchteil dieſer Gruppe mag ſpäter durch Kriegsdienſte in den Stand der ſogenannten „Ameten“ und von dort vielleicht wieder in den Ritter-Adel aufgeſtiegen ſein.

Diejenigen Teile der alſtreien Bevölkerung, denen es nicht gelungen war, der „*ascriptio*“ als „*criminis laesae majestatis rei*“ zu entgehen, ſind wohl die als echte „Hörige“ im Sinne des fränkischen Rechtsbegriffes erſcheinenden „*narochniki*“ — ſicherlich nur zum kleineren Teil Nachkommen wirklicher „Landſchädiger“ und „Kriminalverbrecher“ <sup>2)</sup>. Die Erwähnung der „*decimi ascriptii*“ im Gegenſatz zu den „*ministeriales liberi*“ in der erwähnten Urkunde von 1203 gibt der Möglichkeit Raum, daß auch dieſe Form der Hörigkeit auf die „*ascriptio*“ als „*criminis laesae majestatis rei*“ zurückzuführen iſt, wie ſie 1138 der Raſtellan von Wiſlica als Strafe für Verſagen der Heeresfolge androht. Es liegt auf der Hand, daß das „*crimen laesae majestatis*“ ſehr viel leichter Perſönlichkeiten gegenüber konſtruiert werden konnte, die unmittelbar zum Landeſchutz verpflichtet waren, als gegenüber ſolchen, denen ein poſitiver Akt des Hochverrats nachgewieſen werden mußte. So erſcheint es durchaus denkbar, daß gelegentlich einmal alle „*decimi*“ „*ascriptii*“ geworden ſind <sup>3)</sup>. Vielleicht war die von Boleslaw II. (1058—79) berichtete „*reformatio militum regni Poloniae*“ eine generelle „*ascriptio*“ der „*decimi*“.

Aus dieſen Bevölkerungsgruppen der „*ministeriales*“ und „*ascriptii*“ ſcheint ein großbäuerlicher Bevölkerungsſteil Schleiſiens hervorgegangen zu ſein, der noch in den Urkunden des 14. und

<sup>1)</sup> Fustel de Coulanges, *Les origines du système feodal*, S. 113. <sup>2)</sup> Vgl. hierzu die neueren Unterſuchungen im *Kwartalnik Historyczny* Jahrg. 40, 1926. Heft 3 von Czubka „*Narok i narocznicy*“ und Bujak „*Jeszcze o naroku*“.

<sup>3)</sup> Nach Fustel de Coulanges iſt der Zweck des Vertrages von Andelot zwiſchen Neuſtrien und Auſtraſien zum großen Teil die Aufhebung der gegenseitigen „*ascriptiones ad fiscum*“ wegen „*crimen laesae majestatis*“ durch Parteinahme für die Gegenseite. Dieſe „*ascriptio ad fiscum*“ iſt nicht zu verwechſeln mit der „*Acht*“, welche an ſich nur eine ſtrafprozeſſuale Bedeutung als Folge des Nichterſcheinens auf Ladung des zutändigen Gerichts in einer Straſſache hat. Bei Nichterſcheinen auf gerichtliche Ladung ſprach das zutändige Gericht zunächſt die „*Verfeſtung*“ aus. Dieſe ſtellte für den Angeſchuldigten die ſtrafprozeſſuale Lage der Ertappung auf friſcher Tat her, zunächſt nur für den Bezirk des zutändigen Gerichts. Auf Antrag dieſes Gerichts wurde die „*Verfeſtung*“ vom Königsgericht als „*Acht*“ auf das ganze Reichsgebiet ausgedehnt. Die „*Acht*“ hat alſo keinen abſoluten Rechtsinhalt, ſondern den Inhalt, der dem Vergehen entſpricht, weswegen die Ladung erfolgt war. Erſt wenn der Angeklagte ſich nicht binnen Jahr und Tag von der Acht löſte, ſprach das Königsgericht die „*Oberacht*“ (Aberacht)



15. Jahrhunderts deutlich von den bäuerlichen Einwanderern deutschen Stammes zu unterscheiden ist, dessen Grenzen gegen die durch Realteilung von echtem Erbeigen nach polnischem Recht dauernd in bäuerliche Lebenshaltung absinkenden Elemente des alten Herrenstandes aber so verwischt erscheinen, daß man zu der Vermutung gelangt, diese Grenze sei vom Volksempfinden niemals sehr scharf gezogen worden. Es ist ganz auffallend, wie häufig man noch heute z. B. in der bäuerlichen Bevölkerung der Ohle- und Loheniederung die Namen von Geschlechtern findet, die im 13. Jahrhundert vor der deutschen Einwanderung unzweifelhaft zu den Herrengeschlechtern der gleichen Gegend gehörten und bei denen sich vielfach der Eintritt in die bäuerliche Umwelt urkundlich nachweisen läßt <sup>1)</sup>. Die Schnelligkeit, mit der sie mit den deutschen Einwanderern verschmolzen, läßt sich letzten Endes nur aus der Verwandtschaft des Blutes erklären, zu deren Annahme die dargelegte Ableitung dieser Volksteile führt.

Daß abgesehen von diesen Bevölkerungsgruppen die große Masse der Bevölkerung Schlesiens um das Jahr 1100 aus leibeigenen Unfreien (Smardi) bestanden haben dürfte, soll damit nicht bestritten werden, entspricht vielmehr dem Bilde, welches man aus der Heimstringa auch von den nordgermanischen Reichen gewinnt.

Die Herkunft des Peter Wlast spiegelt nach alledem die Beziehungen eines gewissen Teils der schlesischen Bevölkerung zu den nordgermanischen Völkern wider, wenn auch die Annahme einer unmittelbaren Gründung des Polenreichs seitens eines warägischen Seekönigs mit seiner Gefolgschaft doch wohl durch die Vermutung einer mittelbaren Ableitung des Polenreichs von Kujawien vom warägischen Polanenreich von Kiew ersetzt werden muß.

Somit kann Peter Wlast mit Recht als der schlesische „Nationalheld“ gelten, dessen unvergängliche Verdienste nicht allein auf den Schlachtfeldern Rotrußlands, Ungarns, Pommerns und Böhmens gesucht werden dürfen, sondern vor allem in der weitblickenden Festigung der kirchlichen Verbindung Polens und besonders Schlesiens mit Westeuropa gegenüber der ungeheuren Gefahr, welche eine engere Verbindung mit der griechisch-russischen Kirche dargestellt hätte, wie sie von einer mächtigen Partei in Polen angestrebt wurde.

aus, welche die absolute Folge des Verlustes der Rechtspersönlichkeit nach sich zog, also den Verlust aller Rechte, wie Eigentum, Erbrecht usw.

1) So z. B. das Geschlecht Wlastota (Wlastuda) als Schulzen von Sägen bei Strehlen, ferner die Namen Zucha, Culessa, Colenda u. a. Vgl. Register der Schles. Regesten.

## X.

### Zur Geschichte des Geschlechts der Gallici (Wald) und ihres Grundbesizes in Schlesien im 13./16. Jahrhundert.

Von

Konrad Wutte.

Durch Urkunde vom 17. September 1279 tauschte Herzog Heinrich IV. von Breslau von seinem Vasallen Simon Gallikus dessen Gut Peterwitz, sonst Kefrowo genannt, gegen sein herzogliches Gut Wahren bei Auras ein, wobei Simon Gallikus noch 350 Mark Breslauer Gewicht zuzahlte [Schles. Reg. 1608]. Das Dorf Wahren (bis 1818 zum Fürstentum und Kreis Breslau, seitdem zum Kreise Wohlau gehörig) hatte durch Urkunde vom 24. Dezember 1261 Herzog Heinrich III. seinem Vogte Cunczco von Lissa und dessen Schwiegersohn Nikolaus zur Aussetzung nach Neumarkter Recht in kleinen Hufen unter den üblichen Bestimmungen übergeben [Reg. 1102]. Die Pfarrei im Dorfe Wahren wurde dann bald eine Vikarie des Aussätzigenhospitals zu Neumarkt [Regg. 1104 und 2274]. Noch zu Lebzeiten des letzten Breslauer Herzogs Heinrich VI. († 24. November 1335) verkauften die Gebrüder Peter, Ramuold, Nikolaus, Temlin, Vincenz und Heinrich, Söhne des Peter v. Schriegwitz, ihre 6½ Hufen Acker zu Wahren im Auraser Distrikt an die gestrengen Mannen Gebrüder Johann und Heinrich, Söhne des weiland Eberhard Gallikus. Die Auflassung geschah erst am 3. Juni 1336 vor dem Landeshauptmann des Fürstentums Breslau [Reg. 5654]. Am 20. März 1336 verpfändete Peter Senesil seinen Schwägern Gebr. Johann und Heinrich, Söhnen des weiland Eberhard Gallikus, wegen einer bei der Judenschaft geleisteten Bürgschaft all seinen Besitz zu Illnisch, Kr. Neumarkt; desgleichen verscrieb er am nämlichen Tage seiner Ehegattin Anna 9 Zinshufen in Illnisch als Morgengabe [Regg. 5598 u. 5599]. Beide Brüder Joh. u. Heinr. Gallici gaben dann am 5. Dez. 1339 ihren Frauen Elisabeth u. Agnes ein Leibgedinge auf Wahren [Reg. 6370] und erwarben am 10. Dez. 1339 von Peter Zenessil das Allod Meeßendorf i. Neum. Distrikt [Reg. 6371]. Am 22. Januar 1342 kauften darauf die Gebrüder Johann und Heinrich gen. Wald von den Brüdern Pascho und Andreas v. Schriegwitz um 31 Mark Prager Gr. den nicht mehr

vorhandenen Wald Lubus (Lubusch, Laubusch), der an der Oder zwischen Dyhernfurth und Ganscherau, also in der Nähe von Wahren, gelegen gewesen sein muß <sup>1)</sup>. Am 25. Mai und am 26. Juni 1342 finden wir darauf Johann Walch von Wahren als Zeugen in einer zu Breslau ausgestellten Urkunde des Breslauer Landeshauptmanns Heinrich v. Stercz <sup>2)</sup>, desgleichen am 13. Dezember 1342 zu Breslau Johann und Heinemann gen. Walch <sup>3)</sup> und am 19. Mai 1343 zu Breslau Johann Gallikus und seinen Bruder Heinemann ebenfalls als Zeugen <sup>4)</sup>.

Diese urkundliche Zusammenstellung beweist zur Genüge, daß die Gebrüder Johann und Heinrich (Heinemann) Gallici bezw. Walch auf Wahren dieselben Persönlichkeiten gewesen sein müssen, indem in der lateinischen Sprachform sie Gallici geschrieben, in der Umgangssprache dagegen Walch genannt wurden. Daß sie zum schlesischen Adel gehörten, beweist die Urkunde vom 3. Juni 1336, in der sie die gestrengen Mannen genannt wurden, also ritterbürtige Vasallen des Fürstentums Breslau waren. Wenn daher im Jahre 1279 der Breslauer Vasall Simon Gallikus das Gut Wahren erwarb, 1336 die Gebrüder Johann und Heinrich Gallici bezw. Walch Zinshufen dazu kauften und 1342 das benachbarte Waldgut Lubusch erstanden, so muß Gut und Dorf Wahren von 1279 bis 1342 im Besitz einer und derselben Familie, nämlich der Gallici bezw. Walch, gewesen sein und zwischen dem ersten Erwerber Simon Gallikus vom Jahre 1279 und den Besitzern Johann und Heinrich Gallice bzw. Walch vom Jahre 1342 ein enges Verwandtschaftsverhältnis geherrscht haben, dessen Bindeglied Eberhard Gallikus, der 1336 als der verstorbene Vater der Gebrüder Johann und Heinrich bezeichnet wird, gewesen sein dürfte.

Jener Simon Gallikus, Erwerber des Gutes Wahren im Jahre 1279, für welches er außer seinem Erbgut Peterwik noch 350 Breslauer Mark zuzahlte, ist aber derselbe Simon Gallikus, der meist zusammen mit seinem älteren Bruder Eberhard (Herardus, Everard, Ebrard usw.) in so vielen Urkunden der Herzöge Heinrich III. und Heinrich IV. von Breslau in den verschiedensten Hof- und Staatsstellungen als Palatin, Hofrichter, Kastellan, Profurator usw. auftritt. Eberhard Gallikus verschwindet mit der Urkunde vom 22. September 1277 [Reg. 1544] aus unserm Gesichtskreis, Simon Gallikus dagegen erst mit der Urkunde vom 28. Juni 1296, an welchem Tage er zu

<sup>1)</sup> Bresl. Staatsarch. Rep. 16, Bresl. Landb. A, fol. 64.

Staatsarch. Urk. F. Breslau Nr. 501 e u. Bresl. Landb. A, fol. 64 b.

<sup>4)</sup> Urk. abgedr. im Cod. dipl. Sil. IV, 201.

<sup>2)</sup> Bresl.

<sup>3)</sup> Bresl.

Breslau mit Zustimmung seiner Gattin Eva und seiner anwesenden Söhne, dem Breslauer Domherrn Johann, einem zweiten Johann, Martin und Eberhard, sowie in Vertretung seines abwesenden Sohnes Simon dem Breslauer Matthiashospital die Fischerei in der Schalune bei Tschednik abtritt <sup>1)</sup>). Am 30. April 1298 wird Simon Gallikus als verstorben bezeichnet, denn an diesem Tage stiftet sein vorgenannter Sohn, der Breslauer Domherr Johann — Johannes quondam Simonis, canonicus ecclesie Wratislaviensis — zu seinem, seines Vaters und seiner Verwandtschaft Seelenheil unter Zustimmung seiner Brüder und aller Interessenten, d. h. der Anverwandten, in der Breslauer Domkirche einen Allerheiligenaltar <sup>2)</sup>), zu dessen Errichtung Simon Gallikus selbst als Ahnherr des Geschlechts die erste Anregung gegeben hatte <sup>3)</sup>).

Die Gebrüder Eberhard und Simon Gallici hatten eine reiche kolonisatorische Tätigkeit in der Aussetzung von Dörfern zu deutschem Recht, die in der Hauptsache einerseits im Gebiete des Ohleflusses südöstlich von der Stadt Breslau ab bis nach der Stadt Ohlau hin sich erstreckte (Rattern, Pleischwitz, Grebelwitz, Marschwitz, Rohrau usw.) und andererseits nördlich von Breslau im Gebiet des Weideflusses sich ausdehnte (Simsdorf, Hünern, Protsch usw., also unweit von Wahren bei Muras). Eberhard besiedelte ferner 1272 Stachau bei Nimptsch <sup>4)</sup>), während Simon auch im fernen Kolonistenlande an der Weichsel sich zu betätigen versuchte, indem am 28. April 1276 der Bischof von Wladyslaw (Wlozlawek) dem Grafen Simon Gallikus und Albert v. Schmollen, Kastellan von Wartenberg, 1000 Hufen im Kulmer Lande zur Aussetzung nach deutschem Rechte mit der Verpflichtung übereignete, das Eigentum der Kirche dabei vor den Feinden zu schützen <sup>5)</sup>). Diese ritterliche Tätigkeit, die neben seiner kolonisatorischen den Schutz der Kirche verlangte, die wiederholte Bezeichnung des Simon Gallikus als Graf, Baron, Ritter, Palatin, Kastellan beweist hinlänglich, daß er zum schlesischen, und wenn man will, zum höheren schlesischen Adel gerechnet wurde; jedoch liegt kein Grund zu der Annahme vor, weil wir ihm in den schlesischen Urkunden mit so mannigfachen Amtsbezeichnungen und Titeln begegnen (vom 10. Februar 1251 <sup>6)</sup>), wo er zum ersten Mal erscheint, bis zum 28. Juni 1296 <sup>7)</sup>), wo wir ihn zum letzten Mal urkundlich antreffen), daß wir in diesem

<sup>1)</sup> Reg. 2425, unvollständig, die Urf. selbst ist abgedr. im Cod. dipl. Sil. IV, 136/137. <sup>2)</sup> Bresl. Stadtbibliothek Liber tornalis M 1063, pag. 43/44. <sup>3)</sup> „primus erector huius altaris omnium sanctorum“, Bresl. Stadtbibl. Hf. Ezechiel 2798, pag. 56. <sup>4)</sup> Reg. 1396. <sup>5)</sup> Reg. 1502. <sup>6)</sup> Reg. 1640. <sup>7)</sup> Reg. 2425.



Simon Gallikus zwei oder gar drei verschiedene Persönlichkeiten unterscheiden und auseinander halten mußten.

Das Ergebnis der vorstehenden Erörterungen ist demnach zunächst folgendes: der Breslauer Vasall Simon Gallikus erwirbt im Jahre 1279 Wahren bei Auras; außer anderen Gütern besaß er seit 1260 zusammen mit seinem Bruder Eberhard Rattern<sup>1)</sup>, von dem wir noch mehrfach hören werden. Durch die Urkunde von 1296 über den Verkauf der Fischereierechtigkeit in der Schalune wissen wir, daß seine Gattin Eva hieß und er die Söhne, den Domherrn Johann, einen zweiten Johann, Martin, Eberhard und Simon hatte. Simon Gallikus stirbt zwischen 1296 bis 1298. Über die Besitzer von Wahren erfahren wir von 1279 bis 1336 so gut wie nichts, bis uns auf einmal die gestrengen Mannen Johann und Heinrich (Heinemann), Söhne des weiland Eberhard Gallikus, genannt werden, die wir um 1342 und 1343 mehrfach als Breslauer Vasallen in den Zeugenreihen vorfinden. Beide Brüder sind also Söhne eines Eberhard Gallikus und sitzen 1336 auf Wahren. Der Erwerber von Wahren im Jahre 1279, Simon Gallikus, hatte einen Sohn namens Eberhard, damit ergibt sich die Schlußfolgerung: Johann und Heinrich Gallici bezw. Walch auf Wahren sind die Enkel des bekannten Simon Gallikus gewesen (siehe die Geschlechtstafel).

Wenn auch der Beiname Walch seit der Mitte des 14. Jahrhunderts zum dauernden Familiennamen des Wahrenener Zweiges des Geschlechts der Gallici sich ausgestaltet, so treffen wir doch auch schon vorher vereinzelt diese Verdeutschung Walch (der Wälsche, Wallone) als Zuname von Mitgliedern dieses Geschlechts, zuerst, wenn wir richtig gesehen haben, in der Urkunde v. J. 1279 o. L.<sup>2)</sup>, in der zu Breslau Heinrich, Sohn des Themo v. Wiesenburg, sein Dorf Sackrau bei Hundsfeld dem „Johanni Gallico quondam Derwaloni“ zur Aussetzung nach deutschem Recht in kleinen Hufen mit den üblichen Freiheiten in Gegenwart des Herrn Simon Gallikus als des ersten Zeugen verkauft.

Wir hatten gesehen, daß die Gebrüder Everard und Simon Gallici das Dorf Rattern mit gewissen Teilen des Dorfes Pleischwitz im Jahre 1264 erworben hatten<sup>3)</sup>; 1295 verkaufte darauf Simon

<sup>1)</sup> Reg. 1196: Das dort angegebene Datum der Urk. vom 13. November 1264 ist zu berichtigen in 10. November 1260, vgl. dazu Zeitschr. f. Gesch. Schles. Bd. 44 (1910), S. 236 ff. — Woher P. Dittrich ebda Bd. 46 (1912), S. 148 die Angabe hat, daß die Brüder Eberhard und Simon „de Walch“ (Gallicus) geheißen haben, ist nicht ersichtlich, jedenfalls nur eigene Annahme, da sie durch urkundl. Zeugnisse nicht belegt wird. <sup>2)</sup> Reg. 1589. <sup>3)</sup> Reg. 1196.

Gallikus mit Zustimmung aller seiner Söhne, die leider nicht genannt werden, sein Gut von 10 Hufen in Rattern einschließlich der Wiesen um 450 Mark an den Breslauer Bürger Johann v. Löwenberg und dessen Sohn Konrad, wobei des Simon Gallikus ebenfalls nicht genannte Gattin ihres Leibgedinges wegen ihr Einverständnis erklärte<sup>1)</sup>. Inwieweit das Geschlecht Gallici damit völlig aus dem Besitz von Rattern geschieden war, läßt sich hier nicht näher verfolgen, jedenfalls hatte Simon Gallikus 1295 auch die Gutsherrlichkeit veräußert (*cum omni iure, dominio etc.*). Daher erklärt es sich, daß 1300 die Witwe des Breslauer Bürgers Günter des Kleinen, namens Sophie, als Herrin und Patronin des Dorfes Rattern beurkundete, daß der Schulze von Rattern seine Scholtisei mit dem Dorfgericht, der Schaftrist usw. unter Verpflichtung des dem Herzoge zu leistenden Reiterdienstes an Peter, Sohn des Hanco gen. Gallikus sive Walch de Pranechin, verkauft habe. Bei diesem Kaufe war der genannte Hanco Gallikus als Zeuge auch zugegen<sup>2)</sup>. Johann (Hanko) Gallikus bzw. Walch war nach dieser Angabe aus Pranechin oder saß auf diesem Gute. Der Name Pranechin ist bisher unerklärt geblieben, vielleicht auch nicht ganz zuverlässig wiedergegeben, da die Urkunde nur in einer Abschrift des 16. Jahrhunderts vorliegt. Nun gibt es aber eine Urkunde vom 23. August 1319, durch welche Herzog Heinrich VI. von Breslau den Gebr. Andreas, Nikolaus und Peter Radak dafür, daß sie ihm das Burglehn Auras zurückgaben, all sein herzogliches Recht mit der obersten Gerichtsbarkeit, dem Münzgold usw. auf ihren Dörfern Ripperrn, Radaxdorf und Bramschyn überließ<sup>3)</sup>. Dieses Bramschyn von 1319 ist zweifelsfrei identisch mit dem Pranechin (Pramchin?) der Urkunde von 1300 und bedeutet Brandschütz, Kr. Neumarkt; außerdem liegt Brandschütz in der Nähe von Wahren, dem Stammsitz des Simon Gallikus und seiner Nachkommen, wenn auch durch die Oder getrennt; demnach hat alles für sich, daß Hanko Gallikus oder Walch in oder aus Brandschütz, wo er vielleicht eine rittermäßige Scholtisei besaß, ein naher Verwandter des auf Wahren sitzenden Zweiges der Gallici gewesen ist, jedenfalls ein Bruder des Eberhard Gallikus, demnach auch ein Sohn des bekannten Simon Gallikus.

Wenn dann im Jahre 1301 Bischof Johann III. Komka von Breslau durch den Breslauer Domkanzler Walter für das Geschlecht Radak und dessen Untertanen eine Kirche in Schöbekirch zwischen Kostenblut und Kanth errichten ließ<sup>4)</sup>, so haben die Beziehungen des Geschlechts Gallici zu den Radaks vielleicht auch dabei ihren Ausdruck

1) Reg. 2353.

2) Reg. 2596.

3) Reg. 3943.

4) Reg. 2631.

gefunden, denn der Domkanzler Walter war ein Sohn des älteren Eberhard <sup>1)</sup>, also ein Brudersohn des vorgenannten alten Simon Gallikus, der 1279 Wahren erworben hatte. Um jene Zeit saß auf Wahren der bereits erwähnte Eberhard, Sohn des alten Simon Gallikus, und die Weide herunter saßen oder hatten doch jedenfalls vordem ebenfalls Mitglieder des Geschlechts Gallici in Sadrau, Simsdorf, Hünern und Prottsch gesessen. Zwischen Wahren und diesen letztgenannten Ortschaften liegt aber unsern östlich von Muras das Dorf Rottwitz. Nun vernehmen wir im Einnahmeverzeichnis des Bistums Breslau vom Jahre 1305 die Klage: „Hanc villam (Rottwitz) occupavit filius Symonis“ <sup>2)</sup>. Dieser Sohn des Simon muß daher eine recht bekannte Persönlichkeit gewesen sein, wenn er von dem bischöflichen Einnahmeverzeichner so kurzweg charakterisiert wird, vielleicht aber noch mehr der Vater, der noch in aller Munde war und in ihrem Gedächtnis lebte. Dies wiese sehr gut auf Eberhard Gallikus auf Wahren, den Sohn des alten Simon Gallikus, der in den Urkunden seiner Zeit vielfach nur kurzweg als der Simon aufgeführt wird. Allein die Herausgeber dieses Liber fundationis episcopatus Wratislaviensis weisen darauf hin, daß damit Rottwitz ösö. von Breslau, unweit von Ohlau, welches seit den ältesten Zeiten bis zur Säkularisation (1810) fürstbischöfliches Bistumsgut gewesen ist, gemeint sei. Demnach können Rottwitz bei Muras, welches dem Kloster Trebnitz von Anfang an gehörte <sup>3)</sup>, und unser Eberhard, Sohn des Simon Gallikus, für den vorliegenden Fall nicht in Betracht kommen, sehr wohl aber ein anderer Zweig der Gallici, die vom Wallonenviertel, der östlichen Vorstadt Breslaus, an bis nach Ohlau hin begütert waren. Dann käme mit dem Sohne des Simon, dem Usurpator des bischöflichen Dorfes Rottwitz, ein Sohn des Simon v. Rohrau, welcher im Jahre 1317 sein ebenfalls nicht fern von Rottwitz gelegenes Dorf Pleischwitz gegen Rathe bei Dels vertauschte <sup>4)</sup> und mit den Gallici (den Gebrüdern Eberhard und Simon Gallici) blutsverwandt war <sup>5)</sup>, in Frage.

1) Vgl. dazu R. Wutke, Eine rätselhafte Siegelumschrift v. J. 1300 (Siegel des Bresl. Domkanzlers Walter Ebrardi aus dem Geschlecht der Gallici) in den Schles. Geschichtsbl. Jahrg. 1926, Nr. 2, S. 25 ff. 2) Liber fundationis episcopatus Wratislaviensis, hrsg. von Markgraf u. Schulte, Cod. dipl. Sil. XIV B 18.

3) W. Haessler, Gesch. des Fürstentums Dels (1883), S. 181.

4) Reg. 3670 u. 3676. 5) Die Gebr. Eberhard u. Simon Gallici hatten eine Nichte (neptis, also Frau eines Sohnes von einem bisher unbekannt gebliebenen Bruder der genannten Gebr.) namens Boczacina, deren Söhne Eberhard, Simon und Thomas zu Tschelnitz saßen, Urk. v. 22. Sept. 1277, Reg. 1544. Am

Die Gleichförmigkeit der Vornamen bei den verschiedenen Zweigen des Geschlechts Gallici, das von dem bisher unbekannt gebliebenen Vater des berühmten Brüderpaares Eberhard und Simon Gallici seinen Ursprung zieht, und soviel wir bisher gesehen haben, in die Linien v. Walch auf Wahren, Rattern usw., v. Marschwitz auf Marschwitz, Sadrau usw. und v. Rohrau auf Rohrau, Tschernitz usw. sich gegabelt hat, macht es schwer, die vielen gleichlautenden Träger der Namen Simon, Eberhard, Johann (Hanko) auseinanderzuhalten und in die einzelnen Verzweigungen einzugliedern, zumal das dafür zu Gebote stehende und in Betracht kommende urkundliche Material äußerst brüchig und in seinem spärlichen Bestande erst aus allen Ecken und Enden zusammengetragen werden muß. Die Aufstellung einer einwandfreien Stammtafel bietet daher die größten Schwierigkeiten, zumal viele Mitglieder dieses Geschlechts sich nur vermutungsweise einordnen lassen, weil die Abstammungs-, d. h. Verwandtschaftsreihen nichts weniger als feststehen. Dennoch muß ein Versuch gemacht werden, um überhaupt vorwärts zu kommen.

Am 28. Dezember 1307 verkaufte Simon Walch seinem Bruder Eberhard Walch alle seine Güter in Rattern und in Bulchau, Kreis Ohlau <sup>1)</sup>, und am 22. Dezember 1312 <sup>2)</sup> Eberhard, Sohn des weiland Simon gen. Walch, alle seine Güter in Rattern an die Breslauer Bürger Gebrüder Johann, Heinrich und Günter, Söhne Günters des Kleinen, dessen Witwe 1300 als Erbsfrau auf Rattern erscheint. Eberhard Walch ist außerdem Zeuge in den Urkunden des Herzogs Heinrich VI. von Breslau vom 4. November 1311 und vom 15. Januar 1313 <sup>3)</sup>. Als Erwerber der Erbscholtisei Rattern im Jahre 1300 hatten wir Peter, Sohn des Hanko Gallikus bzw. Walch von Brandschütz, kennen gelernt. Nunmehr hören wir auch, daß zu gleicher Zeit die Gebr. Simon und Eberhard Walch, Söhne des weil. Simon Walch, Besitz in Rattern hatten. Diese beiden Brüder Simon und Eberhard können wir nur als die Söhne des berühmten Herrn Simon Gallikus, des hervorragenden Würdenträgers am Hofe des Breslauer Herzogs Heinrich IV., ansprechen, von dem wir durch seine mit dem Geschlechtsiegel versehene Urkunde vom 28. Juni 1296 <sup>4)</sup> wissen, daß er die Söhne, den Domherrn, späteren Offizial Johann (Johann

28. Mai 1294 verzichteten die Gebr. Eberhard, Simon und Thomas von Rorow (Rohrau) auf eine Wiese zu Tschernitz, dieselbe, von der in der Urk. v. 22. Sept. 1277 die Rede ist. Reg. 2319. Die Rohrau führten das Wappen der Gallici im Schilde, vgl. Pfotenhauer, Die schlesischen Siegel (1879), S. 28 Nr. 29.

<sup>1)</sup> Reg. 2971. <sup>2)</sup> Reg. 3930. <sup>3)</sup> Regg. 3232 u. 3461. <sup>4)</sup> Urk. abgedr. i. Cod. dipl. Sil. IV, 136/137, vgl. Reg. 2425.



Simonis auf Simsdorf), einen zweiten Johann (den eben erwähnten Hanko Gallikus bzw. Walch zu Brandschütz), Martin, Eberhard (Vater der Gebr. Johann und Heinemann Walch auf Wahren) und den damals abwesenden Simon hatte. Walch (Wallone) <sup>1)</sup> ist demnach die deutsche Bezeichnung für Gallikus und auf alle Mitglieder des Geschlechts der Gebr. Simon (1266 25/8 comes Simon Romanus) <sup>2)</sup> und Eberhard (Evrard, Everhard, Ebrard, Hebrard) zu beziehen, die im Wappen die geschachtelten 6 Steine (3:2:1) führten. Der letztgenannte Eberhard wird i. e. Urkunde v. 16. Sept. 1266 <sup>3)</sup>, wo er neben seinem Bruder Simon als Zeuge auftritt, Eberhard v. Marczowicz (Marchwitz, Kr. Ohlau, unweit der Wallonendörfer Würben und Jankau) genannt; seine Söhne sind: Ritter Heinrich (Henczco) v. Marchwitz, Eberhard (1295 2/5 filius quondam Eberhardi Gallici; er ist Besitzer einer Mühle und eines Fischteiches vor der Stadt Ohlau) <sup>4)</sup> und Walter (Waldico, Walo Eberardi, 1290 Bruder des Ritters Heinrich v. Marchwitz <sup>5)</sup>, seit 1288 11/1 <sup>6)</sup> Bresl. Domherr, seit 30/4 1298 als Domkanzler und seit 21/4 1301 als Domscholastikus nachweisbar († 1338) <sup>7)</sup>.

Nun finden wir i. e. Urk. des Herzogs Heinrich IV. v. Breslau v. 31. Mai 1286 <sup>8)</sup> unter den Zeugen einen Hanco Hebrardi und einen Dominikus Gallikus; letzterer ist sonst nicht nachweisbar, gehört auch jedenfalls nicht zu dem uns angehenden Geschlecht der Gallici und wird auch durch kein näheres Verwandtschaftsverhältnis mit Hanco Hebrardi i. d. Urk. bezeichnet. Wer war aber dieser Hanco Hebrardi, der zur Unterscheidung von den zahlreichen Hankos (Johann) durch die Beisetzung des Vaternamens so deutlich hervorgehoben wurde, daß der Urkundenschreiber glaubte ihn damit einwandfrei festgestellt zu haben? Der Sohn eines am Breslauer Hofe allbekannten Eberhard. Dies war unser Eberhard Gallikus v. Marchwitz, der urkundlich zum letzten Mal am 22. Sept. 1277 vorkommt. Demnach wären die Söhne des Eberhard Gallikus von Marchwitz gewesen: Ritter Heinrich (Heinczko) v. Marchwitz, Eberhard, Domherr Walter und Johann (Hanco Hebrardi).

1) Vgl. Tzschoppe u. Stenzel, Urkundenammlung usw. (1832), S. 142/143, u. Grünhagen, Gesch. Schlesiens I (1884), S. 21, 57, 90/91. 2) Reg. 1235.

3) Reg. 1237. 4) Reg. 2356. 5) Cod. dipl. Sil. X, 35 u. Schles. Reg. 2126, wo es fälschlich „Walter can. Vrat. und dessen Br. Ritter Walter“ statt „Ritter Heinrich“ (sc. v. Marchwitz) heißt. 6) Reg. 2054. 7) R. Härtel, Die Prälaten des Bresl. Domstiftes bis z. J. 1500 i. d. Zeitschr. f. Gesch. Schles. Bd. 24 (1890), S. 285 u. 289, f. a. Wutke i. d. Schles. Geschichtsbl. 1926, S. 25 ff. 8) Reg. 1962.

Schwieriger ist dagegen die Lösung folgender Frage. Durch Urk. v. J. 1279 verkaufte Heinrich, Sohn des Themo gen. v. Wiesenburg, dem „Johanni Gallico quondam Derwaloni“ sein Dorf Sadrau bei Hundsfeld zur Aussetzung in 40 kleinen Hufen zu deutschem (also doch wohl hier slämischem) Recht, wobei Johann die zehnte Hufe (also 4) frei, einen freien Kretscham,  $\frac{1}{3}$  der Gerichtsgesälle und das Mühlenrecht für sich, seine Kinder und seine Erben oder Rechtsnachfolger haben sollte, während die Bauern nach 4 Freijahren dem Heinrich v. Wiesenburg als dem Grundherrschaften die üblichen Geld- und Getreideabgaben zu leisten hatten <sup>1)</sup>. Erster Zeuge bei diesem privatrechtlichen Vorgang war Herr Simon Gallikus, der also an dieser Sache mitinteressiert und mit dem Lokator „Johanni Gallico quondam Derwaloni“ in irgend welchen nahen, sicher verwandtschaftlichen Beziehungen gestanden haben muß. Die Erbscholtisei zu Sadrau wird dem gen. Joh. Gallikus, seinen Kindern und Erben oder Nachfolgern verliehen. Es bleibt offen, ob Joh. bereits damals tatsächlich Kinder gehabt hat oder ob die Urk. nur den Eventualfall voraussetzt. Es ist jedoch eher das erstere anzunehmen, denn am Schluß dieser Aussetzungsurkunde befiehlt Heinrich v. Wiesenburg, sie „eidem Johanni et suis“ zur größeren Sicherheit auszustellen. Befräftigt wird diese Annahme durch die Urk. des Bresl. Offizials v. 21. Juli 1318, in welcher Margarethe, Witwe des Schulzen Johann zu Sadrau, diese Scholtisei mit allen Rechten und Nukungen, wie ihr verstorbener Ehemann alles dies besessen hatte, worüber sie die alten Privilegien vorlegte, dem Breslauer Vinzenzstifte schenkte, wofür dieses gelobte, ihr den erforderlichen Lebensunterhalt zu ihren Lebtagen zu gewähren und zugleich ihre beiden Schwiegertöchter, die Ehefrauen ihrer verstorbenen Söhne aus ihrer Ehe mit Johann Gallikus, namens Agnes und Elisabeth, die demnach kinderlos gewesen sein müssen, mit Geld und Naturalien absand <sup>2)</sup>. Wir greifen mithin schwerlich fehl, wenn wir behaupten, daß der Sadrauer Erbschulze Johann, der 1318 mit seinen beiden kinderlosen Söhnen als verstorben bezeichnet wird, ein

1) Abgedr. b. Haeusler, Urkundensammlung z. Gesch. des F. Dels S. 118, das Schles. Reg. 1589 ist unvollständig. s. a. Haeusler, Gesch. d. F. Dels S. 174. — Am 8. Febr. 1279 bewilligte Herzog Heinrich IV. als Landesherr dem Heinrich v. Wiesenburg die Aussetzung von Sadrau zu deutschem Recht unter Gewährung von 6 Freijahren, Reg. 1594. Heinr. v. Wiesenb. gab dann die Ausführung an einen gewiegten Unternehmer (Lokator), unsern Joh. Gallikus, gewährte aber nur noch 4 Freijahre, steckte also die hzgl. Einkünfte von 2 Jahren für sich in die Tasche. Demgemäß muß die Urk. 1279 o. L., Reg. 1589, hinter der v. 8. Febr. 1279, Reg. 1594, stehen. 2) Reg. 3820.

und dieselbe Persönlichkeit mit dem Hancho Ebrardi der Urk. v. 31/5 1286, wie auch mit dem Sadrauer Lokator „Johanni Gallico quondam Derwaloni“ der Urk. v. J. 1279 ist. Dann hätten wir die Gleichung Hanchoni Ebrardi = Johanni Gallico quondam Derwaloni. Ebrardi weist aber auf unsern oft genannten Eberhard, den herzogl. Prokurator Eberhard v. Marschwitz und Bruder des bekannten herzoglichen Palatins, Kastellans usw. Simon Gallikus v. Marschwitz, hin, welcher Eberhard uns zum ersten Mal i. d. Urk. des Herzogs Heinrich III. v. Breslau v. 21. Aug. 1250 als junger Mann im herzoglichen Gefolge (de servientibus) unter dem Namen Hevrardus Gallicus erscheint <sup>1)</sup>, mit dem 22. Sept. 1277 aus den Urkunden verschwindet und in der obengen. Urk. v. 1279 o. T. betr. Sadrau als verstorben genannt wird. „Johanni Gallico quondam Derwaloni“ dieser Urk. v. 1279 heißt demnach nach der ungeschickten Wiedergabe der Volksbezeichnung in dem ungefügten Latein des herzoglichen Notars Mathias, der sich bemühte, diesen Eberhard Gallikus von andern gleichnamigen Eberhards unterschiedlich zu machen, Johann Gallikus, Sohn des verstorbenen Wallonen, und mit diesem prägnanten Ausdruck „der Wallone“ ist kurzweg Eberhard Gallikus als Prototyp gekennzeichnet. Jetzt verstehen wir auch, wie diese Volksbezeichnung der nach Schlesien eingewanderten Wallonen vorzugsweise an einer bestimmten Familie, deren erste Mitglieder sich eine hervorragende Stellung am herzoglich Breslauer Hofe zu erringen gewußt hatten, haften bleiben konnte; die lateinische Form lautete Gallikus, die deutsche Walch, die polnische Wloch. Gallikus war nicht etwa ausschließlich der Franzose, Romanus etwa der Italiener, sondern für den Polen jener Zeit war im Gegensatz zu dem Deutschen, dessen Idiom er wohl kannte, jeder, der die romanische Zunge sprach, ob Italiener, Franzose, Spanier usw. ein Wloch, latinisiert ein Gallikus; deshalb war auch der romanisch sprechende Wallone (auf deutsch Walch) dem Polen ein Wloch bzw. Gallikus, wie dem Deutschen jeder Romane ein Wälscher war. Mit dem Flamen kam der ihm benachbarte, aber romanisch sprechende Wallone nach Schlesien und Polen. Der Wallone brachte seine Kunstfertigkeit in der Tuchweberei und im Geldhandel mit, beides verstand aber sehr wohl auch der Flamen trotz allem Haß gegen die Wälschen<sup>2)</sup>; der niederdeutsche Flamen war neben dem Ackerbau im tiefliegenden, wasserdurchtränkten Lande besonders durch seinen damit verbundenen Deichbau berühmt und begehrt. Von einem wallonischen

1) Reg. 725 a. 2) Der flandrische Schlachtruf lautete: „Blaenderen den Veeuw! Wat walsch is, walsch is! Slaet al dood!“

Recht hören wir aber in Schlesien nichts, noch von sonstigen Eigentümlichkeiten<sup>1)</sup>, die den Wallonen außer durch die Sprache bei Polen und Deutschen deutlich bemerkbar gemacht und von diesen abgesondert hätten, vielmehr lebte und wirkte er zusammen mit dem Flamen in Schlesien unter slämischem Rechte. So finden wir auch das Geschlecht der Gallici als eifrige Kolonisatoren (Lokatoren) zu deutschem, d. h. slämischem Rechte besonders in der Ohle- und in der Weideniederung.

Die Gebrüder Eberhard und Simon Gallici, die wir meist zusammen in zahlreichen Urkunden der Herzöge Heinrich III. und Heinrich IV. von Schlesien finden, dürften in jugendlichem Alter in den Hofdienst bei Heinrich III. getreten sein, nachdem dieser das Fürstentum Breslau, d. h. Mittelschlesien im engeren Sinne (die späteren Fürstentümer Breslau, Dels, Schweidnitz, Münsterberg, Brieg und die freien Standesherrschaften Militisch-Trachenberg), als selbständiges väterliches Erbe zusammen mit seinem Bruder Wladyslaw, Erzbischof v. Salzburg, erhalten hatte. Eberhard (Evrard, Hebrard, Hevrad usw.) Gallifus, erscheint, wie bereits angegeben<sup>2)</sup>, zuerst i. e. Urk. des Herzogs Heinrich III. v. 21. Aug. 1250 unter den Edelknaben bzw. Knappen (de servientibus nostris) als Zeuge, sein jüngerer Bruder Simon Gallifus ebenfalls i. e. Urk. des Herzogs Heinrich III. v. 10. Febr. 1251 unter den Zeugen, zunächst ohne nähere Bezeichnung<sup>3)</sup>. Dann am 9. Sept. 1251 mit der Bezeichnung herzoglicher Dienstmann (serviens noster)<sup>4)</sup>, darauf beide zusammen am 15. Mai 1253 unter den Zeugen, diesmal nun kurzweg als Gebr. Evrard und Simon<sup>5)</sup>. In den folgenden Jahren 1255, 1258 u. 1259 tritt Simon als hzgl. Knappe je einmal auf, 1260 die beiden Brüder wieder zusammen zweimal, 1261 Simon allein nur einmal, 1261—1266 beide wiederholt und meist zusammen, 1265 u. 1266 werden beide mehrfach Grafen, 1266 Mai 18 beide Ritter genannt. Am 25. Aug. 1266<sup>6)</sup> heißt wieder Simon „Graf Simon Romanus“, und am 16. Sept. 1266<sup>7)</sup> sind unter den Zeugen bei Herzog Wladyslaw v. Schlesien Eberhard v. Marschwitz und dessen Bruder Simon. In der ganzen Zeit von 1253—1266 stehen sie ohne den Beinamen Gallifus oder Gallici; es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß wir sie auch ohne diesen Beinamen als das Brüderpaar Gallici anzusehen haben.

Es ist nun merkwürdig, daß es bisher nicht hat gelingen wollen,

1) Tzschoppe u. Stenzel, Urkundenammlung usw. S. 143 u. S. 301; f. a. H. v. Voisch, Aus der Gesch. des Kreises Neumarkt i. M. A. (Kreiskalender Neumarkt 1927), S. 51 ff. 2) S. ob. S. 288. 3) Cod. dipl. Sil. VII. 2, S. 259, Reg. 1640. 4) Reg. 775. 5) Reg. 836. 6) Reg. 12. 7) Reg. 1237.



den unmittelbaren Ursprungsort und den Stammvater urkundlich festzulegen. Immerhin ist es aber möglich, daß beide Brüder im jugendlichen Alter nicht erst aus dem Westen nach Schlesien eingewandert sind, sondern daß sie aus der östlichen Vorstadt Breslaus, dem Wallonenviertel (*platea Gallica sive Romana*), entstammen, da wir diese bei der Mauritiuskirche gelegene Gegend durchaus nicht als nur mit wallonischen Tuchwebern besetzt anzunehmen brauchen, denn auch der am Hofe Herzog Heinrichs I. v. Schlesien hoch angesehen und mächtige Graf Albert mit dem Barte war, während sein Vater aus Deutschland (*de genere Czurbanorum*) eingewandert war, mütterlicherseits aus der Breslauer Wallonengasse und hatte wälsches Blut dadurch in den Adern (*ex parte matris Romanus a platea Romanorum Wratislavie*)<sup>1)</sup>. Durch diese Angabe des Heinrichauer Gründungsbuches über die mütterliche Abstammung des Grafen Albert mit dem Barte gelangen wir für das Dasein der Breslauer Wallonengasse bis in das zwölfte Jahrhundert und nähern uns dadurch der Regierungszeit des Breslauer Bischofs Walter (1149—1169), der bekanntlich aus der Gegend von Malonne bei Namur im Sprengel von Lüttich gebürtig und also ebenfalls ein Wallone war<sup>2)</sup>, ohne damit für den Augenblick hieraus Folgerungen ziehen zu wollen. Es genügt vielmehr, darauf hinzuweisen, daß der Vater und womöglich schon der Großvater der Gebr. Eberhard und Simon Gallici in Schlesien ansässig gewesen sein können. Sind wir aber nun einmal auf der Suche nach dem Vater der Gebr. Eberhard u. Simon Gallici bei der Besiedlung Schlesiens durch Wallonen angelangt, dann fällt unser Augenmerk auch auf die Urk. v. 19. Juni 1233, in der zu Breslau der Prokurator Hermann Balf des deutschen Ordens in Polen mit Zustimmung seiner Ordensbrüder, des Herzogs Heinrich I. v. Schlesien und des Bischofs Thomas I. v. Breslau das 1232<sup>3)</sup> von Herzog Heinrich I. dem Orden der deutschen Marienritter in der Namslauer Gegend geschenkte Gebiet um Lasusici bzw. Lassusino und Wandłowici (Wandlauer Mühle b. Namslau) dem Namslauer Kaplan Egidius verreicht, um hier nach Belieben Wallonen, deutsche und andere Einwanderer zu deutschem Rechte anzusiedeln (*ad locandum ibidem Romanos sive Theutonicos et alios hospites, prout sibi videbitur*

<sup>1)</sup> Vgl. Stenzel, Gründungsbuch des Klosters Heinrichau S. 23, j. a. Marggraf, Die Straßen Breslaus (1896), S. 95/96, desgl. Bretschneider, Das Gründungsbuch des Kl. Heinrichau S. 28.

<sup>2)</sup> Vgl. W. Levison, Zur Gesch. des Bischofs Walter von Breslau (1149—1169) i. d. Zeitschr. f. Gesch. Schlesiens Bd. 35 (1901), S. 353 ff.

<sup>3)</sup> Reg. 247.

expedire, in iure et libertate theutonicali)<sup>1)</sup>. Unter den diesem wichtigen Rechtsakte beizuhwohnenden Zeugen fesselt unsere Aufmerksamkeit der Name Gerardus, der leider ohne jeden weiteren Zusatz da steht. Berücksichtigen wir ferner die Bestimmung der Urk. v. 19. Juni 1233, daß auch Wallonen in der Namslauer Gegend zu deutschem Rechte angesiedelt werden können, wie ja auch das heutige Wallendorf i. Kr. Namslau (1271 u. c. 1305 Preuacouich bzw. Prziakowitz Gallicorum)<sup>2)</sup> als wallonische Gründung angesprochen wird (neben Jankau u. Würben i. Kr. Ohlau u. Kreidel i. Kr. Wohlau), so darf man wohl annehmen, daß auch Wallonen (z. B. der Namslauer Kaplan Egidius selbst?) bei der Verreichung dieser Aussetzungsurkunde zugegen gewesen sind und daß der Zeuge Gerardus (Hérart) eben als ein Wallone anzusprechen ist. In Wahrheit heißt aber dieser Zeuge, wie ein neuer Vergleich mit dem im Königsberger Staatsarchiv befindlichen Original ergeben hat<sup>3)</sup>, nicht Gerardus, sondern Gerardus. Obwohl er trotzdem ein Wallone (Gérard) gewesen sein kann, verliert er damit für den vorliegenden Fall unser Interesse, denn da bei dem uns angehenden Geschlecht der Gallici Eberhard ein sehr beliebter Vorname war, und da wir in Herard eine Verkürzung des deutschen Namens Eberhard (Evrard usw.) erblicken dürfen, so hätten wir in diesem Herard vielleicht den Stammvater unseres Geschlechts Gallici mutmaßen können, während der Vorname Gerard (Gerhard) bei ihnen nicht vorkommt.

Nach diesem vergeblichen Ausfluge auf der Suche nach dem Stammvater des Geschlechts der Gallici, der Gebr. Eberhard und Simon, und damit auch des Geschlechts v. Rohrau auf Rohrau-Rathe, das dasselbe Geschlechtswappen führte<sup>4)</sup>, kehren wir zu Simon Gallikus selbst und dessen Nachkommenschaft, sowie zu der Entwicklung ihres Grundbesitzes in Schlesien zurück.

Als ältesten Grundbesitz des Simon Gallikus dürfen wir wohl, wie schon eingangs erwähnt, das Dorf Peterwitz, welches vor der Aussetzung zu deutschem Rechte den Namen Keczowo bzw. Keczowo

1) Reg. 410. 2) Stenzel, Urk. z. Gesch. des Bresl. Bistums S. 42/43 u. Cod. dipl. Sil. XIV B 287. 3) Vergleichene Abschrift v. Königsberger Original i. Bresl. Staatsarch. Rep. 135 Abschr. a. fremd. Arch. 4) Die Wappenbeschreibung des schlesischen Geschlechts v. Rohrau (Rohraw, Rohr) bei Blazek, Der abgestorbene Adel der preuß. Provinz Schlesien I (1887), S. 88/89 u. Taf. 64/65 hat in seinen acht verschiedenen Wappenabbildungen im Schilde doch durchweg die 6 geschachtelten Steine (3:2:1) des Geschl. der Gallici. Das gleiche Wappen zeigt das S. des Ritters Lorenz Rohraw an der Urk. v. 19. Jan. 1435, j. Schles. Lehn- u. Besitzur. I, 380; vgl. auch K. Wutke, Eine rätselhafte Siegelumschrift v. J. 1300 i. d. Schles. Geschichtsbl. 1926, Heft 2, S. 25/28.

geführt hatte, ansehen. Er besaß es mit der ganzen dominialen Rechtsfülle als freier Grund- und Erbherr, sowie mit der uneingeschränkten Nutzung aller Einkünfte und Zugehörungen. Gegen dieses Peterwitz trat nun am 17. Sept. 1279 Herzog Heinrich IV. von Breslau dem Simon Gallicus und dessen Kindern, Erben und Nachfolgern sein bei Auras gelegenes Dorf Wahren zu Erbrecht ab, indem er gleichzeitig alle grund- und gutsherrlichen Rechte, die Simon bislang über Peterwitz besessen hatte, auf Wahren übertrug. Außerdem hatte er dem Herzoge noch überdies 350 Mk. Bresl. Münze zuzuzahlen. Man ersieht daraus, welchen bedeutend höheren Wert gegenüber Peterwitz Wahren hatte, das c. 1350 nach dem Landbuch des Fürstentums Breslau unter Kaiser Karl IV. 40 Hufen (die Pfarrwidmuth 3 Hufen, das Allod 8, die Scholtisei 4, zinshafte Bauernhufen 25) und eine Schenke umfaßte <sup>1)</sup>.

1279 Sept. 17. o. O. <sup>2)</sup>.

. . . Nos Henricus, d. gr. dux Silesiae et dominus Wratislaviae, recognoscimus universis praesentibus et futuris testimonio huius scripti protestantes, quod in concambium et commutationem villae Petirwicz nunc dictae, sed primitus Keczowo <sup>3)</sup> vulgariter nuncupatae, dilecto nobis et fideli nostro domino Symoni Gallico villam Warim duximus conferendam liberaliter resignantes, ita ut sicut villa Petirwicz cum omni iuris plenitudine et fructuum utilitate ad eundem Symonem pertinebat, sic villa Warim ad ipsum pertineat et respectum habeat cum omnibus utilitatibus et proventibus pertinentibus ad eandem, secundum quod eadem villa in suis metis et terminis est distincta, sibi suisque liberis, heredibus seu successoribus iure hereditario libere possidenda et in perpetuum valitura, in usus etiam placitos convertenda, iuxta quod sibi et suis posteris utilius videbitur expedire. Insuper adiicimus per praesentes, quod non solum ratione commutationis eandem villam Warim sibi dedimus, verum etiam pro eadem villa Warim dedit nobis et persolvit trecentas et quinquaginta marcas Wratislaviensis ponderis et argenti. In cuius rei testimonium et robur perpetuo valiturum praesentes literas fieri et sigilli nostri munimine iussimus communiri. Testibus subnotatis videlicet Radzlao dicto Dremlitz <sup>4)</sup>, castellano de Rechen, Nicholao Tomizlawicz <sup>5)</sup>, iudice generali, Michaele Mironowicz <sup>6)</sup>,

<sup>1)</sup> Landbuch des F. Breslau ed. Stenzel i. Jahresbericht der Vaterl. Gesellschaft 1842, S. 43 Nr. 137. — Nach der Bestandsaufnahme v. J. 1577 saßen damals 27 Bauern auf 41 Hufen und das Vorwerk hatte 6 Hufen, Bresl. Staatsarch. Rep. 16 F. Breslau D. A. Wahren „Inventarium“ v. 1577. <sup>2)</sup> Überschrift in der Vorlage: „Transjumpt eines fürstlichen Briefes über Waren.“ Demgemäß ist diese Urk., nebst einem Privileg des Königs Wladyslaw dd. Ofen Dienstag nach Allerheiligen (5. Nov.) 1493 über einen freien Salzmarkt zu Wahren für Mathes Haugwitz vom Cranß dem Bresl. Rate als Verweiser der Bresl. Landeshauptmannschaft i. J. 1605 vorgelegt worden. <sup>3)</sup> D 361: Kecrowo. <sup>4)</sup> D 361: Dremlík. <sup>5)</sup> D 361: Smizlawiz (rect. Grimizlawiz). <sup>6)</sup> D 361: Mironoviz.



castellano de Nemez, Sodlostene <sup>7)</sup>, camerario, Pascone, subdapifero, Bartolomeo, subpincerna, et aliis pluribus fidedignis. Datum per manus Baldwini, notarii curiae nostrae. Actum anno domini M<sup>o</sup>CC<sup>o</sup>LXX nono quintodecimo kalendas Octobris.

Bresl. Staatsarch. Rep. 16 J. Breslau Obergerichtsbuch Nr. 12 (Bresl. Landb. III. 9. S), fol. 324. Gleichzeitig Eintragung des Transsumpts vom Orig.=Berg., an welchem damals noch das fürsil. Siegel hing, vorgelegt 1605 vom Besitzer und Erbherrn des Gutes Wahren, Christoph v. Falkenhain und Glosche zum Bischanz, Cranz, Wahren und Seifridsdorf zur Einverleibung in das Landregister durch den Bresl. Rat als Verweiser der Bresl. Landeshauptmannschaft. Eine zweite beglaubigte Abschr. v. J. 1661 ebenda. Rep. 135 D 361 (Liber privilegiorum), pag. 108 b/109 mit einigen Verbesserungen hinsichtlich der Zeugnennamen. — Unvollständiger Auszug aus letzterem i. Schles. Reg. Nr. 1608.

Wo lag aber das Peterwitz, sonst Reczowo bzw. Recrowo genannt, das in der vorstehend abgedruckten Urkunde gegen Wahren i. Auraser Distrikt unter Zuzahlung von 350 Mk. ausgetauscht wurde? E. Grünhagen, der damalige Bearbeiter und Herausgeber der Regesten zur schlesischen Geschichte (Cod. dipl. Sil. VII. 3, Reg. 1608) vermutete darunter J. 3. (1875) Groß-Peterwitz b. Neumarkt, — welches wie Wahren aus 40 Hufen bestand <sup>2)</sup>. Dies dürfte schwerlich zutreffend sein, denn das Weichbild Neumarkt gehörte seit Frühjahr 1277 nicht mehr dem jungen Breslauer Herzoge Heinrich IV., sondern war ihm von seinem gewalttätigen Oheim Herzog Boleslaw II. v. Liegnitz entzissen worden <sup>3)</sup>, wohingegen der Auraser Distrikt ihm verblieben war <sup>4)</sup>. Es ist deshalb wenig wahrscheinlich, daß Heinrich IV. in dem nunmehrigen Gebiete seines ihm feindlich gesinnten Oheims ein Gut erworben haben und damit dessen Vasall geworden sein wird, wofern

1) D 361: Sodlostone. 2) Nach dem Landbuch des J. Breslau unter K. Karl IV. ed. Stenzel (1842), S. 47 Nr. 166 besaß Groß-Peterwitz b. Ranth i. Kr. Neumarkt 40 Hufen, nämlich der Pfarrer 1, der Erbscholze 4, der Grundherr 4 als Allod, 31 Bauernzinshufen. 1443: gleichfalls 40 Hufen. 3) Vgl. Witte, Über schlesische Formelbücher des Mittelalters (Darst. u. Qu. z. schles. Gesch. Bd. 26), S. 93. 4) 1286 Juli 1 bzw. 1280 Juni 26 (MCCLXXX sexto Kal. Jul., je nachdem man sexto zur Jahreszahl oder zum Monat zieht, 1286 bzw. 1280) schenkte z. B. Herzog Heinrich IV. seinem Zeidler Pirswicz die Güter Rychenwald majora (Reichwald) i. Auraser Distrikt erblich mit besonderen Vergünstigungen. (Nur diese Anführung i. e. Verkaufsurk. v. J. 1362 i. Bresl. Staatsarch. Rep. 16 J. Breslau D. G. B. 37, E minorum fol. 21. Fehlt i. d. Regg. z. schles. Gesch., Cod. dipl. Sil. VII. 3). 1284 Mai 15 war der Pf. v. Auras unter den Anhängern des Bresl. Herzogs Heinrich IV., Reg. 1786, und wurde deshalb 1287 vom Bischof Thomas II. gebannt, Reg. 2043. Nach dem Tode Heinrichs IV. († 1290) kam dann der Auraser Distrikt in die Gewalt des Glogauer Herzogs, bis dann der Bresl. Herzog Heinrich VI. ihn zurückerwarb, Reg. 3401.



man nicht den Ausweg mit der Erklärung treffen will, gerade um seinen getreuen Vasallen und Vertrauten Simon Gallicus aus der Lehnsabhängigkeit des Liegnitzer Herzogs zu befreien, hätte ihm Herzog Heinrich IV. Groß-Peterwitz b. Neumarkt abgekauft und dann in einer uns unbekannten Weise weiter veräußert. Als ein gewisses Gegenbeispiel könnte man vielleicht folgenden Vorgang anführen. Am 13. Juni 1322 verkaufte nämlich zu Liegnitz Johann gen. Kurzbach sein am Oderfluß gelegenes Erbgut Regnitz mit den dazu gehörigen Hufen in Kamöse und Breitenau, alles i. Kr. Neumarkt in der Nähe von Wahren, also im Machtgebiet des Herzogs Heinrich VI. v. Breslau gelegen, an Herzog Boleslaw III. v. Liegnitz <sup>1)</sup>, und noch am gleichen Tage bestätigte zu Breslau Herzog Heinrich VI., daß in seiner und seiner Barone Gegenwart sein Bruder Boleslaw III. v. Liegnitz das Erbgut Regnitz am Oderfluß mit 5 Hufen im Dorfe Kamöse — Breitenau fehlt jetzt —, wie er dies von seinem (Heinrichs) Getreuen Johann Kurzbach mit allen Rechten und Nuzungen gekauft hätte, an das Kloster Leubus für 330 Mk. Prager Gr. weiter verkauft habe <sup>2)</sup>.

Abgesehen davon, daß dieser merkwürdige Vorgang, dessen beide Rechtsakte sich am gleichen Tage in Liegnitz und in Breslau abgespielt haben sollen, noch sehr der Nachprüfung bedarf, indem auch bereits Wattenbach (1854—1861) im Repertorium der Urkunden des Klosters Leubus i. Bresl. Staatsarchiv die Echtheit dieser Urkunde als recht fragwürdig bezeichnet hat, ist bei unserem Fall a. d. J. 1279 betr. Peterwitz doch auffallend, daß Simon Gallicus eine solche beträchtliche Summe von 350 Mk., also mehr als für ganz Regnitz mit den 5 Hufen in Kamöse zusammen i. J. 1322 gegeben wurde, für Wahren im Austausch gegen Peterwitz noch hat obenauf zahlen müssen. Schwer ist es, wie schon angedeutet, festzustellen, welches von den verschiedenen Peterwitz, die in dem damaligen Machtbereich des Herzogs Heinrich IV. v. Breslau lagen, und ursprünglich Keczowo bzw. Keczowo hieß <sup>3)</sup>, gemeint gewesen ist. In Frage kämen: Groß-Peterwitz b. Frankenstein, Worwerk Peterwitz b. Hennersdorf i. Kr. Grottkau, Peter i. Kr. Strehlen, Peterwitz b. Hochkirch i. Kr. Trebnitz, Groß-Peterwitz b. Stroppen i. Kr. Trebnitz, Klein-Peterwitz i. Kr. Militisch, Klein-Peterwitz i. Kr. Dels, welches allerdings dem Bresl. Bistum gehörte, Polnisch-Peterwitz i. Kr. Breslau und Polnisch-Peterwitz i.

1) Reg. 4223. 2) Reg. 4224. 3) Das Keczowo v. J. 1259, heute Zweihof b. Domschau ssö. v. Breslau, kann nicht in Frage hierfür kommen, obgleich es unsern vom Kolonisationsgebiet (Rattern usw.) der Gebr. Gallici lag, vgl. Regg. 2355, 2386, 2608 u. 2609.

Kr. Münsterberg. Am ehesten dürfte von allen diesen Groß-Peterwitz b. Stroppen, welches auch von dem Austauschgut Wahren nicht weit entfernt liegt, in Betracht zu ziehen sein.

Will man aber das Gebiet der Möglichkeiten noch weiter beschreiten und das Peterwitz der Urk. Herzog Heinrichs IV. v. 17. Sept. 1279, sonst *Kecrowo* gen., doch mit Groß-Peterwitz b. Ranth erklären, so kann man für diesen Erklärungsversuch vielleicht den von König Ottokar II. v. Böhmen i. Juli/Aug. 1277 zwischen Herzog Boleslaw II. v. Liegnitz und dessen Söhnen einerseits und Herzog Heinrich IV. v. Breslau vermittelten Friedensvertrag, der leider nur in formelartiger Behandlung uns noch überliefert ist, heranziehen (abgedr. i. Schles. Lehns- u. Besitzurf. I, 483 ff., vgl. auch Schles. Reg. Nr. 1536). Unter den letzten Bestimmungen dieser Einigung, in welcher Herzog Heinrich  $\frac{1}{3}$  des Erbes seines Oheims, des Erzbischofs Wladyslaw v. Salzburg, Herzogs v. Schlesien, den Liegnitzer Herzögen als gleichberechtigten Erben herausgeben mußte, nämlich die Weichbilder Striegau und Neumarkt, heißt es: „De castro vero in tali loco extitit taliter ordinatum, quod idem castrum dirui debeat et confringi et quod de tali loco, cuius idem castrum fuerat, bona ad idem castrum spectantia a prefato duce Boleslao iure feodali recipiat vel vendat pro sue beneplacito voluntatis.“ Es kann sich hier nur um ein Schloß in dem abgetretenen Gebiet gehandelt haben. Und warum soll ein solches nicht in Peterwitz, sonst *Kekrowo* gen., damals gewesen sein, dessen Inhaber Simon Gallikus war? Das Schloß sollte gebrochen werden, aber der Besitzer der dazu gehörigen Güter dieselben vom Liegnitzer Herzog zu Lehn nehmen, also dessen Vasall werden, oder sie nach freiem Ermessen verkaufen können. Simon Gallikus mochte aber nicht Liegnitzer Vasall werden; er tauschte Peterwitz gegen Wahren im Lande seines bisherigen Herrn ein, und Herzog Heinrich IV. mag dann auf irgend eine Weise sich dieses Besitzes sofort wieder entäußert haben, denn daß er auch nur eine kurze Zeit Vasall seines Liegnitzer Oheims hätte sein können, ist bei seiner ganzen Denkungsart ausgeschlossen. Die Urk. v. 17. Sept. 1279 wäre dann der Niederschlag dieses Vorganges.

Während wohl in den meisten Fällen bei den vielfachen Erwerbungen von Grund und Boden die Gebr. Eberhard und Simon Gallici als Unternehmer (Lokatoren) gehandelt haben mögen, um das Land durch die Aussetzung zu deutschem Rechte mit gleichzeitigem eigenen Gewinn nutzbarer zu machen (1264 Rattern, 1266 Marschwitz, 1272 Simsdorf, Weide, Prottsch, 1272 Stachau b. Rimplsch usw.),

dürfte bei dem tauschweisen Erwerb von Wahren (auch Bergwahren gen.) am rechten Oderflusse eine solche Absicht nicht obgewaltet haben. Auch galt als eigentliches Stammgut des Geschlechts, nach dem bereits die Gebr. Eberhard und Simon ihren adligen Beinamen erhielten, Marschwitz b. Dhlau (1266 Sept. 16. J.: Eberhard v. Marzowicz und sein Bruder Simon <sup>1)</sup>), und die Nachkommenschaft des Eberhard hieß schon im zweiten und dritten Gliede fast ausschließlich v. Marschwitz<sup>2)</sup>, während die eines dritten dem Namen nach bisher unbekannten Bruders den Beinamen v. Rohrau annahm. Dahingegen haben die Nachkommen des Simon Gallikus einen Beinamen nach ihrem Stammsitz Wahren nicht angenommen. Dieses Wahren war bereits 1261 zu deutschem Rechte ausgesetzt worden <sup>3)</sup>; das Kirchenpatronat besaß indessen der Gutsherr von Wahren nicht; es war vielmehr an das Aussädhigenhospital zu Neumarkt gekommen, dessen Propst den Wahrenen Ortsgeistlichen unter Überweisung gewisser Bezüge anstellte, während die andern dieser Pfarrei von altersher zustehenden Einkünfte, Nutzungen und Hebungen aus der Pfarrwidmut das Neumarkter Spital bezog <sup>4)</sup>. So übertrug am 21. März 1293 der Verweser dieses Spitals, Hugo, seinem Vikar und Hausgenossen Witoslaus die Wahrener Stelle unter Regelung der Vikariatsbezüge in folgenden Bestimmungen: Nikolaus erhält als Vikar, desgleichen seine Amtsnachfolger, zur eigenen Nutznießung die bei der Wahrener Kirche gelegene, schon immer in Bewirtschaftung befindlich gewesene Pfarrhufe (die beiden andern Pfarrhufen verblieben demnach dem Neumarkter Spital zur eigenen Nutznießung und wurden wohl verpachtet). Weiter erhält Nikolaus 12 Malter Doppelforn (Roggen und Gerste) jährlicher Hebung von den Dörfern Gloschkau (b. Dnhernsfurt, am linken Oderufer i. Kr. Neumarkt, welches also damals noch nicht Kirchdorf gewesen sein kann) <sup>5)</sup>, Saabor und Belsau, desgl. 1 Mark Silber jährlich auf Rippeln und je die sechste Mark von den Einkünften der Föhre zu Wahren. Diese eine Mark Silber jährlich auf Rippeln und der Wochenzoll von der Wahrener Föhre sind jedenfalls die Entschädigung, welche vordem Bischof Thomas I. aus seinem zur bischöflichen Tafel gehörenden Bischofszehnten der Wahrener Kirche als

1) Reg. 1237. 2) S. die Stammtafel am Schlusse. 3) Reg. 1102.

4) Vgl. W. Wattenbach, Spitäler für Aussädhige in Schlesien, Zeitschr. f. Gesch. Schlesiens Bd. III (1860), S. 46 ff. und P. Rindler, Gesch. der Stadt Neumarkt Bd. I (1903), S. 190 ff. 5) Vgl. Neuling, Schlesiens Kirchorte. Zweite Ausgabe (1902), S. 73. — Auch in dem Verzeichnis der schlesischen Pfarreien v. J. 1376 fehlt noch Gloschkau unter den Pfarrdörfern, s. Heyne, Gesch. des Bistums Breslau Bd. II (1864), S. 113.



Entgelt für den an das Neumarkter Aussätzigenhospital aus der Wahrener Pfarrwidmut überwiesenen Grundbesitz abgetreten hatte<sup>1)</sup>. Außerdem erhält Vitosslaus das Opfergeld, die Begräbnisgebühren und den Taubenzins, die uneingeschränkte Nutznießung des Pfarrhauses, der dabeiliegenden Wiese und zweier anderer Wiesen, deren eine dem Küster zusteht. Dagegen wird das Weiderecht auf den Pfarrwiesen dem Ortsgeistlichen nur für seine Pferde, sein Rindvieh, seine Schweine und Schafe, die er zum eigenen Hausbedarf hält, zugestanden und von der Zustimmung des Spitalpropstes abhängig gemacht, ebenso der Bedarf an Bau- und Brennholz aus dem auf dem Wahrener Berge gelegenen Walde für ihn und seine Amtsnachfolger.

1293 März 21. o. O.

. . . Nos procurator Hugo hospitalis Nouifori notum esse cupimus tam presentibus quam futuris, quorum presencie presens scriptum offertur, quod accedente nostra bona et benivola voluntate etiam pariter et assensu Vitossiao, vicario et servitori nostro fideli, presencium exhibitori et omnibus successoribus eius contulimus et concessimus vicariam in ipsa villa, que hoc nomine Warim nuncupatur, perpetuo possidendam, volentes siquidem, ut idem iam dictus dominus Vitosslaus hanc suam tollat porcionem in infrascriptis, ut dicitur, scilicet unum mansum dudum cultum iuxta ecclesiam situm. Item tollat XII maldratas utriusque annonis (?) de istis villis, videlicet de Glosk<sup>2)</sup> et de Sabor<sup>3)</sup> et de Belcow<sup>4)</sup>. Item tollat 1 marcam argenti in Nipperin<sup>5)</sup> et sextam marcam de nauigio<sup>6)</sup>. Item offertorium, sepulturam et conlurbationem<sup>7)</sup> tollat. Item dotem integraliter et unum ortum doti adiacentem. Item duo prata, unum, quod Wysco habuit, secundum pro seruitore ecclesie, quod Thomas habuit, quondam clericus hospitalis Nouiforensis. In pascuis vero nichilominus equos, pecora, scrophas et oues pascendi licenciam habeat, quantum pro necessitate domui sue et consensu prepositi, qui pro tempore fuerit. Item ligna in silua scilicet dicta in monte Warim incidendi tam pro edificiis quam eciam ad comburendum in domo sua licenciam habeat perpetue, et ubi vel qualia sibi hostensa (?)<sup>8)</sup> fuerint per prepositum uel eius ministros, licenciam habeat perpetue possessorum cum suis successoribus. In cuius rei testimonium et perpetuam firmitatem sigilli nostri munimine presentem paginam fecimus consignari. Testes vero huius rei sunt dominus Henricus

<sup>1)</sup> Vgl. Heine a. a. O. Bd. I, S. 269 Anm. 2 und Schles. Reg. 1104. <sup>2)</sup> Gloschau b. Dohrnfurt, Kr. Neumarkt. <sup>3)</sup> Saabor, Kr. Neumarkt. <sup>4)</sup> Belsau, Kreis Neumarkt. <sup>5)</sup> Rippert, Kr. Neumarkt. <sup>6)</sup> = Fähre. <sup>7)</sup> Conlurbatio, sicherlich = columbatio, d. h. Taubenzins, also eine Abgabe als Ehrung wie der üblichere Hühner- und Eierzins. Nach Ducange, Glossarium II (1842), S. 446 „praestatio ex columbis.“ In gleicher Bedeutung auch i. d. Urk. v. 17. Nov. 1295, Reg. 2387. Ebenso gab es auch eine Colombatio in den Rechnungen der Bresl. Domvikare, z. B. zum J. 1484, vgl. Bauck, Gesch. des Bresl. Schulwesens im Mittelalter (Cod. dipl. Sil. XXV), S. 180. <sup>8)</sup> In der Vorlage schwer entzifferbar, hostensa = ostensa.



plebanus de Jascowicz<sup>1)</sup>, dominus Conradus plebanus de Tyrgartyn<sup>2)</sup>, dominus Jacobus vicarius hospitalis<sup>3)</sup>, Sifridus Bogdos, confrater<sup>4)</sup>, dominus Johannes Sorbinus, Johannes, cognatus domini Hugonis. Datum in vigilia ramis Palmarum anno domini M<sup>o</sup>CC<sup>o</sup>XC<sup>o</sup>III.

Bresl. Diözesanarch. Urk. AAA 58. Abschr. d. 14. Jahrh. auf Papier. — Nur nach einem dürftigen Repertorienvermerk i. Schles. Reg. 2274 (Cod. dipl. Sil.VII. 3, S. 187), weil f. 3. die Urk. beim Abfassen dieses Regests im Domarch. vermißt wurde.

Daß bei einem solchen Vorgang wie die dauernde Regelung der Befugnisse und Bezüge des Wahrener Ortsgeistlichen der Gutsherr Simon Gallifus nicht mitgewirkt hat, ja nicht einmal als Zeuge hinzugezogen worden war, ebensowenig aber auch Ortschulze und Bauernschaft, ist in mancher Beziehung doch auffallend und bezeichnend. Wenn die Wahrener Kirche erst nach der Aussetzung des Ortes zu deutschem Rechte (1261 Dez. 24) gegründet worden wäre oder erst nach dem Jahre 1279, als Simon Gallifus Erbherr von Wahren wurde, wären er und seine Nachfolger die Patronatsherren gewesen. Desgleichen weist die Entrichtung eines Zehnten von 12 Malter Doppelforn aus den links der Oder gelegenen Dörfern slawischen Klanges Gloschkau, Saabor und Belskau an das auf dem rechten Oderufer gelegene Kirchdorf Wahren mit gleichfalls slawischem Namen auf vordeutsche Verhältnisse zurück<sup>5)</sup>. Es ist zu verstehen, wenn wir von Bestrebungen des Wahrener Ortsgeistlichen hören, sich aus der drückenden Abhängigkeit vom Neumarkter Spitalprobst loszulösen und seiner Kirche die uralte Pfarrherrlichkeit und Selbständigkeit zurückzugewinnen, wobei er sicherlich Förderung und Hilfe durch die Grundherrschaft gefunden haben wird. Eine gewisse Lockerung, wohl veranlaßt durch die Verhältnisse im Neumarkter Spital, scheint auch im Laufe des 14. Jahrhunderts eingetreten zu sein. Wir dürfen dies schon darin erblicken, daß er wieder den Pfarrertitel trug. So machte nunmehr Pfarrer Arnold v. Wahren der Neumarkter Propstei, wie das Spital jetzt hieß, ihre Besitzrechte an dem Wahrener Kirchengut strittig, und es kam am 30. Juli 1350 vor dem Breslauer Offizial unter Vorführung von Zeugen zur Verhandlung, deren Ausgang zwar nicht feststeht, doch sehr wahrscheinlich zugunsten der Propstei auslief, da

<sup>1)</sup> Jascowicz = Jeschkendorf b. Neumarkt (1307: Jascovicz, Reg. 2922)? Aber Jeschkendorf ist sonst als Pfarrdorf unbekannt. Vielleicht identisch mit dem daneben liegenden Kirchdorfe Ober-Stephansdorf. <sup>2)</sup> Tiergarten b. Stroppen, Kr. Wohlau, vor 1818 Kr. Breslau. <sup>3)</sup> Nämlich des Neumarkter Aussätzigenhospitals. <sup>4)</sup> Nämlich des Neumarkter Spitalpropstes Hugo, des Ausstellers dieser Urk. <sup>5)</sup> Vgl. zu dieser Frage die umfassenden Untersuchungen bei Edm. Michael, Die schlesische Kirche und ihr Patronat im Mittelalter unter polnischem Recht (Görlitz 1926).

der Hauptzeuge, der derzeitige Bresl. Domaltarist und Pfarrer von Prohan, Konrad, als ehemaliger Gehilfe des Neumarkter Propstes und als zeitweiliger Ortsgeistlicher von Wahren genaue Auskunft über den Sachverhalt, der sich inhaltlich auf die oben (S. 297) abgedruckte Urkunde v. 21. März 1293 stützte, abzulegen vermochte <sup>1)</sup>).

Inwieweit die Enkelkinder des Simon Gallikus, Johann und Heinrich (Heinemann) Walch, als Erbherren von Wahren an dieser Sache beteiligt waren, verschließt sich unserer Kenntnis. Wir wissen sogar nicht, ob sie überhaupt noch i. J. 1350, wenn auch nur als Teilbesitzer, in Wahren ansässig gewesen sind, denn bereits i. J. 1344 ist ein Gelfrid v. Haugwitz, der seiner Frau Jutta ein Leibgedinge auf seinen Besitz in Wahren verschreibt, dort als Besitzer nachweisbar <sup>2)</sup>. 1356 verreichet der gestrenge Herr Poppo v. Haugwitz allen seinen Besitz zu Wahren an die Gattin seines Sohnes Rrif v. Haugwitz, Anna, geb. v. Robin, als Leibgedinge <sup>3)</sup>. 1385 verleibgedingt Knecht v. Haugwitz seine Frau Klara auf seinen Besitz zu Wahren, Seifersdorf und Pirschen <sup>4)</sup>; 1391 besitzt Hans, Sohn des Gelfrid v. Haugwitz, den halben Wald, genannt der Lobuscher Wald <sup>5)</sup> und schon 1387 umfaßt der Besitz der Familie v. Haugwitz in jener Gegend u. a. Gloschkau, Brzeg (das spätere Dñhernsfurt) und den Wald Lubusch <sup>6)</sup>. 1423 Sept. 17 bekennet Bischof Konrad v. Breslau, daß Kilian v. Haugwitz, Lawerkop gen., das Gut Czawlkewicz (Zaugwitz) i. Weichb. Ranth für das Gut Warnn i. Weichb. Neumarkt seinem Bruder Franzke v. Haugwitz überlassen hat; erster Zeuge war dabei Lorenz Koraw (v. Rohrau, aus dem Geschl. der Gallici ebenfalls entsprossen) <sup>7)</sup>. Am 1. Sept. 1463 bestätigte der Rat der Stadt Breslau als Verweiser der Landeshauptmannschaft des Fürstentums Breslau, daß sich die Gebr. Mattis und Hans v. Haugwitz bezüglich ihres väterlichen Erbteils in der Weise verglichen haben, daß Mattis das Gut Kranz mit dem Walde, der Laubisch gen., und mit der Fischerei und das Gut Sirchaw (Klein-Sürchen) haben soll, dagegen Hans die Erbzinse zu Wahren mit der Scholtisei und dem Kretscham das., sowie 24 Mk. bar; im Fall kinderlosen Todes sollen die Brüder einander beerben <sup>8)</sup>. Wahren ist dann mehrere Jahrhunderte hindurch in Händen des Geschlechts

1) Kindler a. a. O. S. 192/193. — Wegen einer weiteren Strittigkeit um die Wahrener Pfarrei i. J. 1421 vgl. Henne, Gesch. des Bistums Breslau III (1868), S. 1016.

2) Eberhard Graf v. Haugwitz, Gesch. der Familie v. Haugwitz Bd. II (1910), S. 167 Nr. 21. 3) Ebda S. 169 Nr. 33. 4) Ebda S. 171 Nr. 50.

5) Bresl. Staatsarch. Rep. 16 f. Breslau III Landb. D magnum, fol. 20 b.

6) Ebda fol. 21. 7) Bresl. Staatsarch. Rep. 132 d Urf. Dep. Groß-Peterwitz

Nr. 11. 8) Bresl. Staatsarch. Rep. 1 a Urf. f. Breslau Nr. 437 b.

v. Haugwitz, das sich in jener Gegend zu beiden Seiten der Oder einen geschlossenen Besitzstand zu schaffen gewußt hatte, dessen Mittelpunkt Kranz an der Oder (unweit Dñhernfurt) bildete, bis zum Jahre 1620 geblieben <sup>1)</sup>).

Zur selben Zeit, in der die Familie Walch in den noch vorhandenen Besitzurkunden über Wahren, wie sie uns in dem ältesten Breslauer Landbuch und im Repertorium Frobenianum niedergelegt sind <sup>2)</sup>, nicht weiter erscheint, sehen wir den einen der Gebr. Johann und Heinrich Walch <sup>3)</sup> als Besitzer des zwischen Gloschkau und Rippern am linken Oderufer gelegenen Belsau auftreten. Am 11. Nov. 1343 verkauften und verreicheten nämlich zu Breslau vor dem Bresl. Landeshauptmann Konrad v. Falkenhain die Gebr. Johann und Heyneke v. Reuschburg ihr Dorf und Allod gen. Belsow mit Ackern, Wiesen, Wäldern, Fischereien, dem Dominialrecht usw. zu Lehnrecht an Johann gen. Walch, dessen Erben und Nachfolger <sup>4)</sup>. Es war ein immerhin stattlicher Besitz, denn nach dem Bresl. Landbuch K. Karls IV. v. J. 1353 <sup>5)</sup> umfaßte Belsau 24 Hufen, von denen der Grundherr 11 Hufen als Allod besaß, der Scholze 2 Hufen, während die übrigen 11 Hufen Zinshufen waren. So plötzlich diese Nachricht

---

1) Gesch. der Familie v. Haugwitz Bd. I, S. 245. — Im Laufe der Zeiten war die Wahrener Kirche, um dies hier an das über sie S. 296 ff. Gesagte anzufügen, durch die Einbuße an Einkünften so in Abgang geraten, daß ihr Priester, der die Seelsorge dort zu versehen hatte, den notwendigen Lebensunterhalt nicht mehr zu finden vermochte und die Stelle infolgedessen meist unbesetzt blieb. Als man in Bernhardin Ruizek endlich wieder einen tüchtigen Seelsorger gefunden hatte, bemühte sich der damalige Erbherr von Wahren, Christophorus v. Haugwitz, mit seinen Brüdern Wenzel und Johann, eine Aufbesserung der Einkünfte ihres Pfarrers ausfindig zu machen. Nun besaß ihr Geschlecht das Patronat über den vierten Dienst am Michaelisaltar in der Breslauer Egidienkirche laut Urk. des Bischofs Wenzel (1382—1417), aber die Bezüge dieser Altaristenstelle waren, jedenfalls infolge der Geldentwertung ganz unzulänglich geworden. Christophorus v. Haugwitz bat deshalb den Bischof Johann V. Turczio v. Breslau um die Zusammenlegung dieser beiden schmalen Benefizien, und daß der Wahrener Ortsgeistliche auch fortan die Einkünfte dieser Altaristenstelle mitgenießen solle. Ihrer Bitte willfahrte der Bischof durch Urk. v. 29. Okt. 1511 mit der Bestimmung, daß, wer die Pfarrkirche in Wahren kanonisch innehatte, zugleich auch den vierten Dienst am Michaelisaltar in der Bresl. Egidienkirche versehen und beider Einkünfte beziehen solle; jedoch müsse der Wahrener Pfarrer der Seelsorge wegen bei seiner Pfarre bleiben und sich für seinen Altardienst durch einen andern vertreten lassen (Bresl. Staatsarch. Rep. 135 D 361, fol. 109/110). 2) Bresl. Staatsarch. Rep. 16 J. Breslau III D(ber) G(erichts) B(uch) Nr. 1 u. Nr. 237/238. 3) Siehe ob. S. 280. 4) D. G. B. I, fol. 87 u. Abschr. v. J. 1616 i. Ortsakten Belsau. 5) ed. Stenzel (1842), S. 53 Nr. 204.



auftritt, so vereinzelt bleibt sie auch; keine weitere Spur verrät uns etwas weiteres von Johann Walch oder seinen Nachkommen als Erb- und Gutsherrn von Belfau. Wir vermochten nur festzustellen, daß am 22. Juni (Sonntag vor Joh. Bapt.) 1381 vor dem Bresl. Landeshauptmann Thimo v. Kolditz Hans Schmolz das Dorf und Vorwerk Belfau an Niklas Stall zu Lehnrecht verkauft hat <sup>1)</sup>).

Wie das Geschlecht Walch (Gallici) aus dem Besitz von Wahren und Belfau spurlos verschwindet, ebenso unvermittelt finden wir sie zu gleicher Zeit in Pirschen b. Kostenblut im sö. Teil des Kreises Neumarkt ansässig. Auch dies erfahren wir durch keine Besitzurkunde, sondern lediglich aus dem schon wiederholt angeführten Landbuch des Fürstentums Breslau unter K. Karl IV. aus dem J. 1353. Dort heißt es <sup>2)</sup>): Pirschin habet 40 mansos, quorum plebanus habet 3 mansos, scultetus 4, Henczil et Heinemann Gallici 6, Heinczman Runge 6 pro allodiis suis, pro allodio Jan Runge  $3\frac{1}{2}$ , pro allodio Petsch Bramir 5 mansos,  $14\frac{1}{2}$  censuales et taberna <sup>3)</sup>). Henczel und Heinemann Gallici, die demnach um 1353 ein Allod von 6 Hufen im Kirchdorfe Pirschen besaßen, sind aber unsere alten Bekannten, die Gebr. Johann (Henczil) und Heinrich (Heinemann) Walch, bislang Erbherren zu Wahren. Vielleicht hat zwischen ihnen und Poppo v. Haugwitz, der 1341  $10\frac{1}{4}$  Zinshufen in Pirschen erworben hatte und 1356 in Wahren nachweisbar ist, ein Güteraustausch stattgefunden; dann würde sich auch erklären, warum die Gebr. Henczil und Heinemann Gallici nicht vorher in den Besitzurkunden über Pirschen vorkommen, wohl aber die andern im Landbuch K. Karls IV. erwähnten Pirschener Allodialbesitzer wie Runge und Bramir, und wenn wir in diesem Urkundenverzeichnis über die Besitzverhältnisse von Pirschen im 14. Jahrh. lesen, daß in der Martinsoktave (18. Nov.) 1365 Simon und Johann Walch dem Gelfrid v. Haugwitz  $3\frac{1}{8}$  Hufen Zinsacker zu Pirschen auflassen, und uns erinnern, daß bereits 1344 ein Gelfrid v. Haugwitz auf Wahren erscheint <sup>4)</sup>), so möchten wir auch darin einen Zusammenhang erblicken, dessen Klarlegung noch vorbehalten bleiben muß.

Nur dem Bresl. Landbuch K. Karls IV. verdanken wir die Kenntnis von den Gebr. Henczil (Johann) und Heinemann (Heinrich) Gallici (Walch) als Allodialbesitzern in Pirschen, sonst wissen wir

---

<sup>1)</sup> Froben I, Nr. 11.    <sup>2)</sup> ed. Stenzel (1842), S. 48/49 Nr. 177.    <sup>3)</sup> S. a. Neuling, Schlesiens Kirchorte, 2. Ausg., S. 233.    <sup>4)</sup> Repertorium Frobenianum (i. Bresl. Staatsarch. Rep. 16 f. Breslau DGB. Nr. 238) II Nr. 200.    <sup>5)</sup> S. o. S. 299.



nichts näheres darüber. Statt ihrer treten nunmehr aber die Gebr. Simon und Johann Walch auf Pirschen in Erscheinung. Ob sie als Söhne des Johann oder des Heinrich anzusprechen sind, ist ungewiß. Dagegen hören wir bald noch von einem dritten Bruder, indem am Andreasabend (29. Nov.) 1368 Heinrich Walch seinem Bruder Simon Walch eine Hufe Acker zu Pirschen nach Lehnrecht ausließ <sup>1)</sup>. Wir hätten demnach die 3 Brüder Simon, Johann und Heinrich Walch. Aber lange war ihres Bleibens in Pirschen nicht. Johann Walch war vielleicht in die Dienste des Herzogs Bolko II. von Schweidnitz-Jauer, der zugleich Bestandsinhaber des halben Fürstentums Glogau war, getreten, denn 1367 treffen wir einen Hans Walch mit seinem sonst nicht genannten Bruder Peter als Lehnsbesitzer in Weidisch bei Glogau <sup>2)</sup>. Simon Walch wechselte über die Oder und ließ sich in Riemberg unweit von Auras an der Grenze des Fürstentums Dels nieder, wo er am 6. Okt. 1361 von Johann v. Riemberg, einem Sohne des ehemaligen Burggrafen Hermann v. Auras, 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Hufen, im Dorfe und im Felde gelegen, nämlich 2 Zins- und 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Allodialhufen mit einer freien Schafrist und dazu noch eine Hufe in Pirschen, die er 1370 an den Bresl. Bürger Niklas Bock wieder abstieß <sup>3)</sup>, durch Kauf erstand <sup>4)</sup>. 1364 erwarb Simon weiter in Riemberg von Helwig v. Seifersdorf, dessen Schwester Elisabeth und Brudertochter Adelheid eine am Ende des Dorfes gelegene Hufe und im nächsten Jahre abermals von dem schon genannten Johann (Henselin) v. Riemberg und dessen Gatten Agnes sechs von allen Geschossen und Lasten freie Zinshufen daselbst zu Lehnrecht <sup>5)</sup>, 1384 von Agnes, Witwe des Petische Lute, und ihrem Sohne Hannos 6 Hufen zinshaften Erbes um 40 Mk. Prager Gr. zu Lehnrecht und schließlich 1386 den ganzen Besitz des Hanke Konshizke für 141 Mk. zu freiem Erbrecht. Damit hatte Simon Walch einen schönen abgerundeten Besitz im weiten Riemberg zusammengebracht, der es verständlich macht, wenn Simon seinen wirtschaftlich immerhin unbequem gelegenen, durch die Oder getrennten Besitz in Pirschen entäußerte, aus dem er mitsamt seinen Brüdern Johann und Heinrich mit dem J. 1370 verschwunden ist, ohne daß wir erfahren, wie im einzelnen die Veräußerungen vor sich gegangen sind. Was Simon an Besitz am linken Oderufer aufgab, suchte er am rechten zu ersetzen, und es gelang ihm, auch in dem zwischen

1) Rep. Frob. a. a. D. 2) Näheres darüber s. a. Schluß dieser Abhandlung.

3) Rep. Frob. Nr. 200. 4) Ebda Nr. 217 u. Abschr. v. J. 1563 i. Bresl. Stadtarch. Hf. L 6, 1, fol. 255. 5) Ebda. 6) Rep. Frob. II, Nr. 217 u. Bresl. Stadtarch. Hf. L 6, 1, fol. 262, dgl. Gesch. der Familie v. Haugwitz II, 172 Reg. 55.

Muras und Riemberg gelegenen Kirchdorf Liebenau festen Fuß zu fassen, indem er am 12. Okt. (Freitag vor Galli) 1375 von dem vorgenannten Hensel Riemberg dessen ganzes Gut erstand <sup>1)</sup>. Was Hensel Riemberg in Liebenau besaß, erfahren wir aus einer früheren Urkunde v. J. 1371, nach der er in Liebenau 6 Hufen Erbe, 3 zinshafte und 3 unter dem Pfluge, mit  $\frac{1}{4}$  des Dienstes, den der dortige Schulze dem Erbherrn zu leisten schuldig war, mit allen Rechten und der Dominialgerechtigkeit erworben hatte <sup>2)</sup>. Was aber aus diesem Walchschen Teilbesitz in Liebenau geworden ist, geben die zu Gebote stehenden Quellen nicht an.

Simon Walch zu Riemberg hatte aus seiner Ehe mit Elisabeth, deren Familiennamen nicht angegeben wird, mehrere Kinder. Einer seiner Söhne namens Peter Walch wünschte schon zu Lebzeiten der Eltern eigenen Besitz zu haben, wofür er bereit war, auf alle seine Erbansprüche am väterlichen und mütterlichen Nachlasse oder auch von seiten seiner Geschwister zu verzichten. Diese Erklärung gab er Mittwoch nach Allerheiligen (3. Nov.) 1389 vor dem Bresl. Landeshauptmann Heinrich von der Duba ab, wofür ihm der anwesende Vater  $3\frac{1}{2}$  Hufen Acker aus seinem Vorwerke zu Riemberg am Ende des Dorfes nach Wohlau zu mit allen Rechten der Herrschaft, wie er und seine Vorbesitzer sie selbst besessen hatten, abtrat <sup>3)</sup>. Jedoch schon nach kurzer Zeit, am Sonntag vor Thomas (15. Dez.) 1392 veräußerte der ehrsame Peter Walch seine  $3\frac{1}{2}$  Hufen um 78 Mk. zu Lehnrecht weiter an Hans Kolcz (Költzsch) <sup>4)</sup>. Bald darauf sah sich auch Simon Walch gezwungen, mit Zustimmung seiner Ehefrau Elisabeth, die ihres auf Riemberg versicherten Leibgedinges wegen einwilligte, an denselben Hans Kolcz  $12\frac{1}{4}$  Hufen zinshaften Erbes, von denen 1 Hufe unterhalb des Hofes des Jenchin Runge lag, 6 Hufen ehemals der Luschin (Lute) <sup>5)</sup> gehört hatten und  $3\frac{3}{4}$  Hufen oberhalb des kleineren Vorwerks des Jenchin Runge gelegen waren, samt dem Kretscham zu Riemberg um 175 Mk. Gr. zu verkaufen. Die Auflassung vor dem Bresl. Landeshauptmann geschah zu Lehnrecht am Martinstage (11. Nov.) 1393 <sup>6)</sup>. Damit verschwinden Simon Walch und sein Sohn Peter aus den Auflassungsurkunden über Riemberg.

Inwieweit die Familie Walch durch die vorerwähnten Verkäufe

1) Nur diese Angabe aus einem verloren gegangenen Landbuch C 2do Min. fol. 84 bei Froben a. a. O. I, 152. 2) Ebda. 3) Bresl. Staatsarch. Rep. 16 f. Breslau III Landb. D magnum fol. 22 b u. Rep. Froben. II, 217, vgl. Bresl. Stadtarch. a. a. O. fol. 263. 4) Ebda. 5) S. ob. S. 302. 6) Bresl. Landb. D magnum fol. 34 b u. Froben II, 217.

sich gänzlich ihres Besitzes in Riemberg begeben hatte, ist nicht ganz klar. Als am 15. Nov. 1401 Jenchin Runge und Hans Kalcz als Erbherren zu Riemberg mit den dortigen Schöffen den Verkauf des Riemberger Kretschams mit einer freien Fleisch- und Brotbank durch Tile Muldner an seinen Bruder Peter Muldner beurkundeten, wobei dem Hans Kalcz als dem Erbherren des Kretschams ein jährlicher Erbzins von 2 Mk. Gr. weniger 4 Heller, 4 Hühnern und 1 Schock Eier bestätigt wurden, ist bei diesem für Riemberg doch immerhin wichtigen Vorgang kein Walch zugegen <sup>1)</sup>. Indessen scheint es doch, daß die Walch sich einen Restbesitz in Riemberg zu bewahren gewußt hatten, wenn wir die Verkaufsurkunde v. J. 1435 (s. darüber w. unten) berücksichtigen. Allein es ist nur wie ein letztes Auflackern vor dem völligen Erlöschen einer ehemals hellen Flamme, die der Ahnherr Simon Gallikus durch die Erwerbung eines großen Grundbesitzes zum Glanze seines Geschlechts in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts zu entfachen keine Mühen und Opfer gescheut hatte, wenn wir vernehmen, daß am Mittwoch nach Elisabeth (21. Nov.) 1403 der Priester Herr Hartmann Walch und seine Brüder Hans und Hermann von Hans Kalcz (Kalcz) v. Riemberg und dessen Ehefrau Ilse, die durch ihren Vater Jenchin Runge ihres Leibgedinges wegen ihre Zustimmung gab, 2½ Hufen Acker aus dem Kalcz'schen Vorwerk zu Riemberg am oberen Ende nach Wohrlau zu mit einer freien Schafstrift erstanden, also einen Teil des ehemaligen väterlichen Besitzes zurückerwarben <sup>2)</sup>, und daß 1413 am Freitag vor St. Peter, als er auf den päpstlichen Stuhl gesetzt ward (17. Febr.), dieselben 3 Brüder an der Grenze des an Riemberg westlich anstoßenden Patendorf 2 Hufen Erbe oder Acker, die man damals „bei dem Swersnicz“ nannte und die „bei der Poczfen Hufen“ gelegen waren, von Friedrich Runge, Vogte zu Muras, um 18 Mk. Groschen frei von allen Diensten und Beschwerden zu Erbrecht und mit der Mannschaft (d. h. Lehnsgerichtigkeit) über diese 2 Hufen kauften <sup>3)</sup>.

Außer den wenigen erhaltenen Nachrichten über Gutsveränderungen, die das im Nordwesten des Fürstentums Breslau, zuletzt auf Riemberg ansässige Geschlecht Walch durch Kauf, Verkauf oder Umtausch vorgenommen hatte, ließen sich nur noch vereinzelt, zerstreute Angaben an entlegener Stelle über diese Familie zusammen-

1) Orig. m. d. S. des Hans Kalcz i. Bresl. Staatsarch. Rep. 66 Urk. Bresl. Matthiasstift Nr. 346. 2) Bresl. Landb. D magnum fol. 91 b u. Rep. Frob. II, 217, dgl. Bresl. Stadtarch. Hs. L 6, 1, fol. 265. 3) Bresl. Landb. D magnum fol. 150 b u. Frob. II, 193.



# N. Gallicus.

**Eberhard** (Everard, Erard, Heberhard) **Gallicus** auf Marſchwiß, Rattern etc.  
Ritter, herzogl. Profurator, Holrichter, Graf etc. unter Herzog Heinrich IV. v. Breslau  
Hevvardus Gallicus 1250. 21/VIII 3. de servientibus des Herzogs Heinrich III. v. Schlefien  
† nach 1277. 22/IX.

**Simon Gallicus** (Romanus gen. Walch) auf Peterwiß, Wahren, Rattern etc.  
1251. 10/II. 3. u. de servientibus des Herzogs Heinrich III. v. Schlefien  
Ritter, Palatin, Kastellan, Graf, Vormund des Herzogs Heinrich IV. v. Breslau  
† zwischen 1296. Juni 28 und 1298. April 30 (nobilis et magnificus Symon Walchaw  
de Marschaw, primus erector huius altaris Omnium Sanctorum (i. Bresl. Dom), in hoc  
loco sepultus a. d. MCCLXXXV?)  
~ längst vor 1295 März 30 (bzw. April 8) Eva geb. N.  
† nach 1296. Juni 28

**N. Gallicus**  
~ N.

**Heinrich** (Henczo)  
Ritter v. Marſchwiß b. Ohlau  
1298. 24/I; 1322. 27/IV (Wappen)  
tot 1332  
~ N.  
† nach 1322. 27/IV u. vor 1332

**Eberhard**  
1295. 2/V  
filius quondam  
Ebirhardi Gallici,  
Besitzer  
einer Mühle etc.  
vor Ohlau

**? Dominikus**  
(Bruder des  
Sancho Hebrardi?)  
3. 1286. 31/V

**Walter** (Waldico,  
Walterco, Walo  
Ebirhardi), Bresl.  
Domherr seit 1288.  
11/I, dann Dom-  
kanzler (S. mit  
Wappen 1300. 24/II  
u. 1300. 2/VII),  
schließlich  
Domscholastikus  
† 1338 nach Febr. 25

**Johann**  
(Sancho Hebrardi)  
1286. 31/V  
Erbſchulze zu Sadrau  
Johannes Gallicus  
quondam Der-  
waloni, 1279 o. L.  
~ Margaretha  
† nach 1318. 21/VII

**Johann**  
(Johannes Simonis)  
Erbherr auf Simsdorf,  
Bresl. Domherr  
u. Offizial  
1298. 24/I  
† 1310/1311

**Johann**  
zu Tſchegnitz u. Rattern  
1296. 28/VI  
dann zu Brandſchütz  
b. Murs  
1300. 22/IV  
Sanco gen. Gallicus  
sive Walch de Prane-  
chin (Brandſchütz)  
~ N.

**Martin**  
zu Tſchegnitz  
u. Rattern(?)  
1296. 28/VI

**Eberhard Walch**  
auf Wahren, Rattern  
u. Bulchau b. Ohlau  
1296. 28/VI  
1307. 28/XII  
1312. 22/XII u.  
1315. 15/I  
† vor 1336. 3/VI  
~ N.

**Simon Walch**  
zu Tſchegnitz,  
Rattern u. Bulchau  
1296. 28/VI  
abwesend  
1307. 28 XII

**N. v. Rohrau**  
auf Rohrau, Kr. Ohlau u. Tſchegnitz, Kr. Breslau,  
beide Güter bei Rattern gelegen  
† vor 1277. 22/IX  
~ Bozacina,  
neptis der Gebr. Eberhard u. Simon Gallici  
† nach 1277. 22/IX

**Bronislaus**  
auf Marſchwiß  
1322. 27/IV

**Mroczo**  
auf Marſchwiß  
Ritter, 1322. 27/IV  
u. auf Ottlag b.  
Ohlau 1329 27/I  
† nach 1337. 30/III

**Bogusſch**  
(Bogusſius)  
auf Marſchwiß  
1322. 27/IV  
1336. 14/IV  
1349. 14/II

**Heinrich** (Heinco)  
auf Marſchwiß  
1322. 27/IV  
auf Hermsdorf b.  
Brieg 1329 22/III  
† nach 1340 6/X u. Breslau, † nach  
(?) vor 1342. 14/III

**Simon**  
(Simon Henrici) v. Marſchwiß  
Domherr von  
Lebus u. von  
v. Marſch-  
wiß?)  
1337. 24/XI

**? Gerzlaus**  
v. Marſchwiß  
1329. 22/III  
(Br. d. Heinr.  
v. Marſch-  
wiß?)

**N. (Sohn)**  
† vor 1318.  
21/VII  
~ Agnes  
† nach 1318.  
21/VII

**N. (Sohn)**  
† vor 1318.  
21/VII  
~ Elisabeth  
† nach 1318.  
21/VII

**Wilhelm Gallicus?**  
† vor 1371

**Peter**  
Erbſchulze zu Rattern  
1300. 22/IV

**Johann** (Henczil) **Walch** auf Wahren, Lubusſch u.  
Pirſchen, 1339 auf Mee-  
ſendorf, 1340 auf Jeſch-  
ſendorf, 1343 auf Belkau  
† nach 1353  
~ vor 1339. 5/XII  
Elisabeth

**Heinrich** (Heinemann) **Walch**  
auf Wahren, Lubusſch  
u. Pirſchen,  
1339 auf Meeſendorf,  
1340 auf Jeſchſendorf  
† nach 1353  
~ vor 1339. 5/XII Agnes

**Anna**  
~ vor 1336. 20/III  
Peter v. Senesl  
auf Illniz  
b. Neumarkt

**Eberhard v. Rohrau**  
auf Rohrau, Tſchegnitz, Gabelwiß,  
fürtl. Brieger Baſall  
1277. 22/IX; 1294. 28/V; 1305. 27/X  
† vor 1336. 7/III  
~ N.  
† nach 1336. 7/III

**Simon v. Rohrau**  
zu Pleiſchwiß, 1317 gegen Rathe b. Dels  
verkauft, wird fürtl. Delsniſcher Baſall  
c. 1310 fürtl. Bresl. Hauptm. i. Trebnitz  
1277. 22/IX; 1294. 28/V  
† nach 1325. 15/X  
~ N.

**Thomas** (Tammo) **v. Rohrau**  
zu Tſchegnitz  
1277. 22/IX; 1294. 28/V;  
1329. 6/XII; 1333. 24/II  
fürtl. Brieger Baſall

**Johann Walch**  
zu Baumgarten  
b. Ohlau 1393,  
1397  
kauft Kunert,  
Kr. Ohlau

**Nikolaus Gallicus**  
honestus invenis  
1371. 24/II Zins auf  
Arnsdorf u. Bulchau,  
Kr. Ohlau  
1375. 28/VII  
Kun. zu Brieg  
?

**Heinrich Walch**  
auf Esdorf (Els-  
dorf), Kr. Trebnitz  
\* vor 1360  
† vor 1404. 25/IV  
~ Anna  
† nach 1405. 25/IV

**Heinrich Walch**  
auf Pirſchen  
Kr. Neumarkt u. Riemberg 1361. 6/X;  
1365. 18/XI  
† nach 1393. 11/XI  
~ Elisabeth  
† nach 1393. 11/XI

**Simon Walch**  
auf Pirſchen, Liebenau  
1365. 18/XI; 1375. 12/X  
† nach 1393. 11/XI  
~ Elisabeth  
† nach 1393. 11/XI

**Johann Walch** == ? =  
auf Pirſchen  
1365. 18/XI

**Johann u. Peter Walch**  
Gebr. auf Weidisch  
b. Glogau  
1367. 29/III  
identisch?

**Bosutha** (Bosacca)  
zu Grebelwiß  
u. Tſchegnitz  
1336. 7/III  
† vor 1386. 15/XII

**Simon v. Rohrau**  
auf Rohrau, Grebelwiß, Tſchegnitz,  
Saulwiß, 1338 Vorſtender des  
Ohlauer Landrechts, 1347. 13/XII  
† vor 1362. 4/V  
~ Sophie  
† nach 1362. 4/V

**Simon v. Rohrau**  
auf Rathe  
fürtl. Delsniſcher Baſall  
1341. 21/IX; 1356. 26/IX;  
1360. 28/XII  
† nach 1364. 11/XII  
~ N.

**Thimo**  
† vor 1439. 28/V  
~ Agnes, L. des  
Hans Wippeler  
auf Liebenau  
u. Schmograu  
† nach 1439. 28/V

**Konrad**  
Erbherr auf Esdorf  
† nach 1404. 25/IV  
~ Katharina  
† nach 1404. 25/IV

**Anna**  
Nonne i.  
Al. Trebnitz  
1408  
1411  
Mumen des  
Hartmann Walch

**Katharina**  
Nonne, dann  
Priorin i.  
Al. Trebnitz  
1408—1433  
1413. 17/II;  
1414. 10/II  
† vor 1435. 28/VI

**Hartmann**  
Priester, auf  
Riemberg u.  
Patendorf  
1403. 21/XI;  
1413. 17/II;  
1414. 10/II  
† vor 1435. 28/VI

**Hermann**  
auf Riemberg  
u. Patendorf  
1403. 21/XI; 1413.  
17/II; 1414. 21/X  
† nach 1435. 28/VI  
~ Katharina  
geb. v. Medigau (?)

**Johann**  
auf Riemberg  
u. Patendorf  
1403. 21/XI; 1413.  
17/II  
1414. 2/X  
† nach  
1392.  
15/XII

**Dirsko**  
verkaufen 1362. 4/V

**Rigto**  
1386. 15/XII

**Johann**  
1362. 4/V

**Simon**  
1361. 30/IV

**Sophie**  
1361. 30/IV

**? Eberhard**  
auf Rohrau  
1361. 30/IV

**N. (Georg?) v. Rohrau**  
fürtl. Delsniſcher Baſall  
1378. 13/II; 1380. 13/VII;  
1381. 19/XI  
† nach 1392. 12/IX  
~ N.

Entwurf einer Stammtafel des schlesischen Geschlechts der Gallici  
(v. Marſchwiß, v. Walch, v. Rohrau).

Unvollständig! Nur aufgestellt, um die Ab-  
stammung des schlesischen Geschlechts v. Rohrau von  
den Gallici zu beweisen, zumal die spätere Familien-  
sage etwas ganz anderes befragt, vgl. Sinap. I, 764.

**Lorenz v. Rohrau**

**Christoph v. Rohrau**  
1486 18/V; 1488. 5/V  
† nach 1494. 8/V

**Simon v. Rohrau**  
† vor 1503  
~ Anna  
† nach 1503

**Albrecht v. Rohrau**  
auf Rathe

**Hans**  
1503

**Heinz**  
1503

**Heinrich Roraw** de nobili genere  
1432 cler. Wrat., in Rom. curia in jure can.  
studens, Rukstos der Ottmachauer Kirche,  
Vic. perpet. am Bresl. Dom, Familiar des  
K. Sigismund, 1441 Abbeviator der päpstl.  
Kurie, Magister, Domherr zu Prag, Breslau  
u. Olmütz, Kaplan des K. Friedrich III.,  
1446 ff. Bresl. Domkustos u. Offizial, Pf.  
der Bresl. Magdalenenkirche, 1457 Pro-  
furator des K. Ladislaus Postumus von  
Ungarn u. Böhmen, lebt noch 1462 am  
päpstl. Hofe





tragen. So hören wir durch Urkunde v. 2. Okt. 1414 ohne Ortsangabe, daß die ungesonderten Brüder Herr Hartmann d. Priester, Hermann und Hannos Walch eine Mark Zins um 10 Mk. Prager Gr. böhmischer Münze und polnischer Zahl auf alle ihre Habe und Gut, die sie zu Riemberg haben, ihrer lieben Muhme, der innigen und tugendlichen Jungfrau Kettirljn (Katharina) Walchynne, Nonne zu Trebnitz, zahlbar jährlich zu Michaelis unter Vorbehalt des Rückkaufsrechts, verkauft haben. Wollen sie diesen Zins ablösen, dann müssen diese 10 Mk. Kapital anderswo dauernd gegen eine Mark Zins jährlich (also zu 10 %) zu Händen der Katharina Walch angelegt werden. Dieser Zins soll dann nach der letzteren Tode oder wie es so ausdrucksvoll in der Urkunde lautet: „wen Got obir ze gebote“, an alle Jungfrauen in dem Trebnitzer Kloster zur Verteilung fallen. Auch wenn die obengen. Gebr. vor der Ablösung dieses Zinses versterben sollten, dann müßte auch ihr Rechtsnachfolger („wer sich denne eres gutes underwinde zu Rymberg“) pünktlich diesen Zins zahlen. An dieser Orig.-Urkunde<sup>1)</sup> hingen die Siegel der 3 Brüder. Leider hat sich von diesen drei Siegeln nur das mittlere und auch dieses nur teilweise erhalten; die innere kreisrunde Siegelfläche ist zerstört, so daß wir nicht mehr festzustellen vermögen, ob die Ururenkel des Simon Gallikus noch das Wappen ihres großen Ahnherrn (im Schilde 6 geschachtete Ziegelsteine, 3:2:1) geführt haben, und von der Siegelumschrift läßt sich nur noch erkennen . . . HERMANNI WALCH . . .

Die Aufnahme der Katharina Walch als Nonne in das vornehme Zisterziensnerinnenkloster zu Trebnitz, das in jener Zeit schon zu einem adligen Damenstift sich umzugestalten begann und eine ansehnliche Mitgift von jeder Novizin verlangte, die über die Zinsen ihres eingebrachten Kapitals und der späteren Zuwendungen seitens der Verwandten zu ihren Lebzeiten frei verfügen durfte, weist darauf hin, daß die Familie Walch zu den ansehnlichen adligen Geschlechtern gezählt wurde. Neben Katharina Walchynne erscheint gleichzeitig noch eine andere Trägerin ihres Familiennamens, Anna Walchynne, als Nonne im Kloster Trebnitz, die ihre Schwester gewesen sein dürfte. Diese beiden, Anna und Katharina W., erwarben, wie die Trebnitzer Äbtissin Volka, geb. Herzogin v. Rosel, am 12. Febr. 1408 zu Trebnitz befundete, von der Schulzin zu Roselitz und ihren Söhnen einen jährlichen Zins von 1 Mk. um 10 Mk. auf Roselitz und Ellgut; nach

1) Bresl. Staatsarch. Rep. 125 Urk. XI. Trebnitz Nr. 384.

beider Tode sollte der Zins wie üblich an das Kloster fallen <sup>1)</sup>. Weiter bestätigten zu Trebnitz am 28. März 1413 der Trebnitzer Hofrichter und die Landschöffen, daß der Schulze von Esildorf (Esdorf), wie dieser bekannt hatte, 11 Mk., zahlbar Weihnachten 1414, der Barbara Wytchenynne und nach deren Tode der Kethrlein Walchynne zur freien Verfügung schuldig sei <sup>2)</sup>. Anna Walchin war 1411 im Kloster Subpriorin, Katharina bekleidete diesen Posten 1416 und 1418 und war in den Jahren 1432/1433 Priorin des Klosters <sup>3)</sup>.

Durch die Urkunden des Klosters Trebnitz lernen wir auch noch die Ehefrau eines Walch kennen, nämlich Katharina Walchynne geb. v. Medigau, ohne daß wir einen Anhalt haben, wer ihr Ehegatte aus dem Geschlecht der Walch gewesen ist. Am 29. März 1416 bekundete Herzog Konrad v. Steinau, daß Niklas Medgaw nach seinem Tode seinen rechten Schwestern Agnes und Margaretha, Nonnen des Klosters Trebnitz, 4 Mk. jährl. Zins auf die Stadt Prausnitz und seiner Schwestertochter, der Trebnitzer Nonne Hedwig Hoffynne, 1 Mk. jährl. Zins auf Prausnitz vermacht habe; nach ihrem Tode sollten 2 Mk. von diesen Zinsen an seine Schwester Katharina Walchynne und deren Erben ohne jede Beschränkung fallen <sup>4)</sup>. Diese Katharina W. geb. v. Medigau war vielleicht die Ehefrau des Hermann Walch, von dem wir wissen, daß er Nachkommen gehabt hat. Die Trebnitzer Nonnen Anna und Katharina W. dürften Töchter des Johann oder seines Bruders Heinrich Walch (1368 Nov. 29) gewesen sein oder Töchter des Peter Walch auf Riemberg (1389 Nov. 3), den wir als Bruder der vorgenannten Gebr. Hartmann, Hermann und Johann glaubten ansehen zu können.

Diese 4 Brüder, Hartmann der Priester, Hermann, Johann und Peter Walch sind als die letzten Nachkommen des Riemberger Zweiges der Gallici (Walch) erkennbar. An der Vigilie Peter Paul (28. Juni) 1435 verkaufte der ehrsame Hermann Walch an den ehrsamem Bresl. Bürger Hans Schramme sein Vorwerk von 6 Hufen Erbe oder Acker zu Riemberg am oberen Ende nach Wohlau zu mit allen Rechten, mit der Mühle, Mühlstätte, freien Schafrist usw., wie er dies alles selbst und vor ihm sein Bruder, Herr Hartmann Walch der Priester, und andere ihre Vorfahren zu Lehnrecht besessen hatten, und verzichtete für sich, seine Erben und eheliche Nachkommen auf alle ferneren Rechts-

1) Bresl. Staatsarch. Rep. 125 Urk. Kl. Trebnitz Nr. 343. 2) Ebda Nr. 367.

3) Ebda Nr. 361. Ebda Nr. 396, 407 a, 462, 467, s. a. Haeusler, Urkundenjammf. des J. Nels S. 169. 4) Urk. Kl. Trebnitz Nr. 394.



ansprüche<sup>1)</sup>. Die amtliche Auflassungsurkunde nennt Hermann Walch „ehrsam“, ebenso auch den Käufer, den Bresl. Bürger Hans Schramme, stellte beide also sozial auf gleiche Stufe. Auch diese Wandlung ist bedeutsam für den Abstieg dieses Zweiges des Geschlechts der Gallici, das in seinen beiden vornehmsten Vertretern Eberhard und Simon Gallici (Walch) v. Marschwitz zu den Baronen, mit der Grafenwürde zeitweilig geschmückt, gerechnet wurde und dessen berühmtestes Mitglied, Simon Gallifus, unter dem glänzenden Herzoge Heinrich IV. von Breslau dem Biderben die höchsten Würden bekleidet hatte und zeitweilig sogar der Vormund seines Herzogs gewesen war<sup>2)</sup>, der stolz wie der Landesherr, die hohe Geistlichkeit und der vornehme Adel seine Urkunden im Plural Majestatis, mit „Nos“ ausstellte („Nos Simon dictus Gallicus notum esse volumus“ usw.)<sup>3)</sup> und der auf seiner Grabtafel in der Breslauer Domkirche, wo er den Allerheiligenaltar mit einer Familiengruft gestiftet hatte, den stolzen Ehrentitel „magnificus“ trug<sup>4)</sup>.

Das Umsichgreifen der reichgewordenen Breslauer Bürgerschaft, die den verarmten Landadel des Fürstentums Breslau erst in Schulden verstrickte und dann auf dem Lande auskaufte<sup>5)</sup>, mochte auch die adlige Familie Walch veranlaßt haben, eine neue Heimat jenseits der Fürstengrenz zu suchen.

Wohin Hermann Walch sich mit seiner Familie, die er jedenfalls gehabt hat, da die Auflassungsurkunde v. 1435 von seinen ehelichen Nachkommen spricht, gewandt hat, ob sie in der Stadt untergetaucht oder im Bauernstand aufgegangen sind, oder ob es ihnen gelang, auf einem andern Besitz neue Wurzeln zu schlagen, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, obwohl die letzte Vermutung viel Wahrscheinlichkeit für sich hat. Weiter gegen Ende des 14. Jahrhunderts treffen wir einen Heinrich Walch auf Esildorf (Esdorf) bei Stroppen im Kreise Trebnitz, sodaß wir in ihm vielleicht denselben Heinrich Walch sehen dürfen, der laut Urk. v. 29. Nov. 1368 auf Pirichen, Kr. Neumarkt, ansässig gewesen war<sup>6)</sup>. Freitag vor Jubilate (25. April) 1404 be-

1) Bresl. Staatsarch. Rep. 16 f. Breslau Landb. E magnum, fol. 85 b/86 u. Rep. Frob. II, 217, vgl. Bresl. Stadtarch. a. a. O. fol. 268 b. 2) Vgl. die Urk. v. 11. März 1272, Reg. 1396. 3) Urk. v. 28. Juni 1296, abgedr. v. Weizsäcker i. Cod. dipl. Sil. IV, 136/137. 4) „Nobilis et magnificus Symon Walchaw de Marschaw primus erector huius altaris Omnium Sanctorum, in hoc loco sepultus Ao. domini MCCLXXXV (!).“ Bresl. Stadtbibl. Handschr. R 2796, S. 20 u. Handschr. Ezechiel 2798, S. 56, f. a. Hoyerden, Schlesiens Grabdenkmale Bd. 22, Nr. 5 a. 5) H. Wendt, Breslaus Streben nach Landbesitz i. 16. Jahrh., Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. Schlesiens Bd. 32 (1898), 215 ff. 6) S. ob. S. 302.



kennen vor Herzog Konrad III. v. Dels-Rosel sein Getreuer Konrad Walch, Erbherr zu Esildorf, dessen Mutter Anna, Witwe des Heinrich Walch, und seine Frau Katharina, daß sie an den Breslauer Domaltaristen Stanislaus v. Slothnik 3 Mk. jährl. Zins auf ihrem Besitz zu Esildorf und dem Vorwerk daselbst um 30 Mk. wiederkäuflich ver-reicht haben <sup>1)</sup>. Wenn die Witwe des Heinrich Walch und Mutter des Konrad Walch auf Esdorf an diesem Zinsverkauf mitbeteiligt war, so ist dies wegen ihres auf Esdorf verschriebenen Leihgedinges geschehen, wonach Heinrich Walch von sich aus Esdorf besessen hat, oder weil sie die Erbtöchter von Esdorf und durch sie dieses Gut in den Besitz ihres Gatten und Sohnes gelangt war. Außerdem be-gegnen wir in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts einem Thimo Walch ohne Angabe von Grundbesitz, indem Donnerstag nach Pfing-sten (28. Mai) 1439 Frau Agnes, Witwe des Thimo Walch, für sich und ihre ehelichen Nachkommen gegen ihre Brüder die tüchtigen Hans, Friedrich, Gregor und Herrn Niklos den Priester, die Wippeler ge-nannt, auf alle ihre Ansprüche an Liebenow (Liebenau b. Muras, Kr. Wohlau, vor 1818 Kr. Breslau) und Smogrow (Schmograu b. Reichtal, Kr. Namslau) und auf allen andern Besitz, den ihr Vater weiland Hans Wippeler von Liebenau im Breslauschen und im Namslauschen gehabt hatte, verzichtete und gestand, von ihrem Vater wegen aller ihrer Angefälle abgefunden zu sein <sup>2)</sup>. Die Nach-barschaft von Liebenau, Wahren und Riemberg weist darauf hin, daß der sonst unbekannte Thimo Walch, der das adlige Fräulein Agnes v. Wippeler geehelicht hatte, aus der Wahren-Riemberger Linie der Gallici (Walch) entstammt sein wird. Im J. 1450 finden wir einen Tamme Walch von Esdorf im Gefolge des Herzogs Konrad v. Dels-Rosel <sup>3)</sup> und 1480/1481 einen Hans Walch auf Esdorf <sup>4)</sup>. Am 28. März 1481 bekannte zu Breslau Herzog Konrad der Weiße von Dels-Wohlau-Wartenberg, daß der Priester Johann Stoppe 2 Mk. jährl. Zins für die Stroppener Kirche in die Hände der wohlthütigen Hans Walch zu Ezelsdorf und Heinze Tczambor (Tschammer) von der Rzeckte aufgelassen habe <sup>5)</sup>. Die Bezeichnung „wohlthütig“ weist auf die unbestrittene adlige Qualität hin. Hans Walch starb 1495 unter

1) Bresl. Diözesanarch. Kopialbuch der Domvikare I, 122. 2) Bresl. Staatsarch. Rep. 16 f. Breslau IV. 3. e. — 1409 gibt es einen Peter Wippeler auf Skalung i. Delsnißchen, Sinap. I, 1036 u. Haeusler, Gesch. des f. Dels S. 436. 3) Cod. dipl. Sil. II, 61 u. Haeusler, Gesch. d. f. Dels, S. 398. 4) Haeusler a. a. O. S. 398. 5) Orig.-Berg. i. Bresl. Staatsarch. Rep. 4 e Urf. f. Dels Nr. 26 n u. Rademacher, Gesch. v. Stroppen, S. 17 Anm. 4.

Hinterlassung einer einzigen Tochter Katharina, welche Esdorf an ihren Gemahl Hans v. Frankenberg, Heidan gen., auf Stroppen brachte <sup>1)</sup>). Als Wappen haben diese Walch auf Esdorf im Schilde einen dreihügligen Berg geführt, auf dem ein Kleeblatt bzw. ein Zweig mit 3 Lindenblättern stand, auf dem Helme waren 2 Büffelhörner, deren Öffnungen ebenfalls mit dem Kleeblatte bzw. dem dreiblättrigen Zweige besteckt waren <sup>2)</sup>).

Stammt dieser Zweig der Esdorfer Walch in der Tat von der Linie der Gallici-Walch auf Wahren ab und hat er gegenüber dem ursprünglichen oft genannten Stammwappen (im weißen Schilde 6 geschachtelte rote Steine 3:2:1), welches der dritte Urstamm der Gallici, die Herren v. Rohrau <sup>3)</sup>, auch in der Folge weiter geführt haben, nun eine Wappenänderung vorgenommen, dann wäre mit Katharina v. Walch die unmittelbare Nachkommenschaft des Simon Gallikus erloschen, hätte sich aber indirekt in dem noch heute kräftig blühenden uradligen schlesischen Geschlecht der v. Frankenberg fortgepflanzt, welches im weißen Schilde 3 rote Steine führt und deshalb wenn auch mit Unrecht, als gleichen Ursprungs mit den Gallici wegen ihrer 6 roten Steine im weißen Felde angenommen worden ist <sup>4)</sup>).

Gleichsam wie Schöcklinge, die sich frühzeitig vom Hauptstamm lösten, sodaß wir die Trennungslinie nicht mehr zu erkennen vermögen, dürfen wir wohl das Brüderpaar Peter und Hans Walch ansehen, die unter dem mächtigen schlesischen Herzog Bolko II. v. Schweidnitz-Jauer, der seit 1361 auch das halbe Fürstentum Glogau als Bestandsinhaber auf Lebenszeit besaß <sup>5)</sup>, jedenfalls ihr Glück zu machen ver-

<sup>1)</sup> Blazek, Der abgestorbene Adel Schlesiens I, S. 116. <sup>2)</sup> Blazek a. a. D., Sinapius, Schles. Adel I, 1018 u. II, 1095. Luchs, Wappenschlüssel i. Bresl. Staatsarch. Rep. 135 E 69 b, vol. II u. Scharffenberg, Schles. Wappenbuch, ebda E 69, fol. 174 b. <sup>3)</sup> Das Geschlecht v. Rohrau, welches sich mit Simon v. Rohrau im Anfang des 14. Jahrh. von ihrem Besitz Pleischwitz b. Breslau — über den Verlust ihres Stammsitzes Rohrau b. Ohlau ist nichts näheres bekannt — in das Fürstentums Dels nach Rathe hinübergezogen hatte, s. ob. S. 284, führte neben dem Gallicischen Wappenschild (im weißen Felde die 6 roten Steine) auf dem Helme 2 Fische (rechts blau, links rot) und zwischen beiden ein goldenes Kreuz, Helmdecken rot und weiß, vgl. Sinapius, Schles. Adel I, 764 ff., wo auch die spätere Stammsage wiedergegeben ist, die beweist, daß die v. Rohrau ihren wahren Ursprung i. 16./17. Jahrh. völlig vergessen hatten oder hatten vergessen machen wollen, ferner Blazek a. a. D. I, 88/89 u. Haessler a. a. D., S. 429. <sup>4)</sup> Pfothner, Die schles. Siegel usw. (1879), S. 28 Nr. 29. <sup>5)</sup> E. Gospos, Die Politik Bolkos II. v. Schweidnitz-Jauer (1326—1368). Hallenser Diss. 1910, S. 90 ff. — Bolko II. war bereits seit Anfang 1331 auch Vormund und Beschützer des auf

sucht hatten. Vielleicht irren wir nicht, wenn wir annehmen, daß der eine von diesen beiden Brüdern derselbe Johann Walch ist, den wir bereits i. J. 1365 (s. ob. S. 301) mit seinen Brüdern Simon und Heinrich als Gutsbesitzer in dem unweit der Schweidnitzer Grenze gelegenen Pirschen getroffen hatten, dann würden wir noch einen vierten Bruder namens Peter dazu ermittelt haben. Peter und Hans Walch finden wir nämlich 1367 als Lehnbesitzer im Dorfe Wydatzsch (Weidisch) bei Glogau angesessen, indem am 29. März (fer. II post Letare) 1367 zu Glogau Peter Walch vor dem Herzoge seinem Bruder Hans allen seinen Besitz im Dorfe Weidisch, es sei an Äckern, Wiesen, Gebüschen usw., nichts ausgenommen, abtrat. Herzog Bolko II. genehmigte diese Auflassung und verlieh alles dieses mit dem ganzen Rechte dem Hans Walch <sup>1)</sup>. Unvermittelt tritt uns diese Nachricht, die wir einem Zufall verdanken, entgegen, aber ebenso spurlos verschwindet auch dieser Vorgang wieder, ohne daß wir mit Sicherheit sagen können, woher die Brüder Peter und Hans Walch kamen und was aus ihnen geworden ist <sup>2)</sup>, ob es ihnen gelang, dauernd festen Fuß im Fürstentum Glogau zu fassen, ob sie sich wieder in ihr Heimatgebiet zurückgezogen haben, oder ob sie überhaupt verschollen sind.

Träger des Namens Walch (Walich, Walisch) treffen wir wie im übrigen Schlesien, so auch in der Stadt Glogau als Bürger und sonst wie im Fürstentum Glogau, z. B. in den Urkunden des Glogauer Hauptmanns Peter Lüdow v. 14. Juni 1414 und 24. Jan. 1415 Niklos Walich als Glogauer Mann und Zaudener <sup>3)</sup>, 1428 Nickel Walich als Zaudener, 1456 Hans Walch als Glogauer Kürschnermeister, 1567 Jakob Walisch als Glog. Hausbesitzer, so vor 1464 einen vermutlich zum Adel gehörigen Niklas Walch, wegen dessen Ermordung die adlige Familie Band Seelenmessen stiften mußte <sup>4)</sup>. Jedoch wäre es mehr als gewagt, wollten wir bei dem häufigen Vorkommen des Namens Walch bzw. Wahle, der fast so häufig wie Preuße, Baier, Sachse, Westphal usw. in Schlesien während des Mittelalters war, alle diese Walch zu Mitgliedern des adligen Glogau versicherten Leibgedinges seiner Schwester Konstanze, Witwe des Herzogs Primko v. Glogau, s. Gospos a. a. O. S. 16 ff.

<sup>1)</sup> Gleichzeitige Eintragung i. Schweidnitz-Jauerschen Landbuch i. Bresl. Staatsarch. Rep. 39 III. 15 A. fol. 19. In diesem Landbuche befinden sich vereinzelte Eintragungen von Auflassungen Bolkos II. aus seinen andern Gebiets teilen. <sup>2)</sup> Vielleicht sind sie auch identisch mit den Gebr. Peter, (Hartmann, Hermann) u. Johann Walch auf Riemberg und Patendorf, s. die Geschlechtstafel.

<sup>3)</sup> Cod. dipl. Sil. XXXII (1926), S. 47. <sup>4)</sup> Cod. dipl. Sil. XXVIII (1915), Register unter Walch u. Walich, dgl. Matuszkiewicz i. Darst. u. Qu. 3. schles. Gesch. Bd. XIII (1911), S. 128 Anm. 2.

schlechts der Gallici und zu Nachkommen des Ahnherrn Simon Gallifus von Marschwitz-Wahren stempeln. Wir müssen uns daher auf die obigen zusammengebrachten Nachrichten über das adlige Geschlecht der Gallici vorläufig beschränken und späteren Forschungen oder gelegentlichen Funden überlassen, ob mehr Klarheit und weiteres Licht in diese genealogischen Zusammenhänge noch gebracht werden kann.

Nur auf eine Stelle sei zum Schluß noch hingewiesen. Die Ahnentafel des fürstlich Delsnischen Stallmeisters Ernst v. Brittwitz (geb. 1585, gest. 1617 Mai 4)<sup>1)</sup> gibt an, daß seine Mutter Sabina geb. v. Walch, die mit dem Landeshauptmann des Weichbildes Ramlau Bernhard v. Brittwitz auf Gießdorf vermählt war, aus dem Hause v. Walch und Ulbersdorf im Sprottau-Glogauschen entstammte und zur Mutter eine v. Mehlfosse hatte, deren Mutter wieder eine geb. v. Mehgrad gewesen war, und daß ihr Großvater N. v. Walch und Ulbersdorf mit einer v. Rostitz vermählt gewesen war<sup>2)</sup>. Mit Hilfe dieser Ahnentafel des Ernst v. Brittwitz würden wir wohl bezüglich der adligen Familie v. Walch und Ulbersdorf bis in das Ende des 15. Jahrhunderts zurückgelangen und uns der Hoffnung hingeben können, in dieser Familie Nachkommen der Gebr. Peter und Hans Walch auf Weidisch vielleicht erblicken zu dürfen; allein es wollte trotz allem Suchen bisher nicht gelingen, ein Mitglied des Hauses v. Walch und Ulbersdorf im Fürstentum Glogau urkundlich zu belegen oder gar ein Siegel dieser Familie ausfindig zu machen<sup>3)</sup>. So müssen wir uns auch nach dieser Richtung bescheiden und den historischen Wert oder Unwert der genealogischen Angaben der Ahnentafel des Ernst v. Brittwitz und seiner Mutter Sabina geb. v. Walch und Ulbersdorf dahingestellt sein lassen, zumal auch die Familiengeschichte des Geschlechts v. Brittwitz (1871) nichts darüber bringt<sup>4)</sup>.

1) Bresl. Staatsarch. Rep. 135 E 66, Genealogische Tabellen. 2) Wie vorher u. Sinapius II, 1095. 3) Ebenso sah in Frankfurt a. O. bereits am Anfang des 14. Jahrhunderts eine Familie namens Gallifus bzw. Wale (vgl. die Registerbände zu Riedels Cod. dipl. Brandenburgensis Bd. II, S. 452 u. Bd. III, S. 384), ohne daß es gelingen wollte, irgend einen Zusammenhang dieser Familie mit den schlesischen Gallici bzw. Walch festzustellen, 1447 eine Familie Walch i. Arnswalde, Rgbz. Frankfurt a. O. (s. Riedel a. a. O., Registerbd. III, 381). 4) Auch die älteren Stammtafeln u. Geschlechtsreihen der v. Brittwitz u. Gaffron im Adligen Taschenbuch Jahrg. II (1901), S. 706 ff. geben darüber keine Auskunft.



## XI.

### Ein Schweidnitzer Formularbuch Johannis von Neumarkt.

Von  
Emil Schiehe.

---

Als fünfter Band der Reihe „Vom Mittelalter zur Reformation“ ist unter Gustav Bebermanns Mitwirkung von Konrad Burdach ein umfangreiches Werk „über schlesisch-böhmische Briefmuster aus der Wende des 14. Jahrhunderts“ vor kurzem <sup>1)</sup> erschienen. Dies Buch berührt die verschiedensten Gebiete, trachtet auf das Gründlichste die Entwicklung der deutschen Schriftsprache sowie die Ausgangspunkte des Humanismus zu zeigen und widmet besondere Sorgfalt den sprachlichen Eigenheiten der folgenden Quellen, die der ganzen Abhandlung sozusagen als Rückgrat dienen: des Codex Plag. 194 der Bibliothek des Prämonstratenserstiftes Schlägl in Oberösterreich, der Handschrift II, 287 der Gymnasialbibliothek zu Schneeberg in Sachsen und endlich der Handschrift I, 243 des Ratsarchivs zu Schweidnitz.

Wie bei den übrigen zwei Handschriften werden auch bei dem Schweidnitzer Codex neben einer kurzen Angabe des Gesamtinhaltes nur die germanistisch wichtigen Stellen des Näheren erörtert, bezw. abgedruckt. Wir lesen auf Seite 163 dieses neuen Burdachschen Werkes, daß die Schweidnitzer Handschrift auf den Blättern 87 r bis 140 v ein Formelbuch mit Stücken aus der Summa Cancellariae des Johann von Neumarkt aufweist, das von Tadra <sup>2)</sup> zu seiner Ausgabe nicht benutzt worden ist und das eine große Anzahl neuer, bisher unbekannter Formulare enthält. Gegenstand <sup>3)</sup> dieses Aufsatzes soll eine Untersuchung der derart angedeuteten Quelle sein, die ziemlich wertvolles Material überliefert und bei längerem Studium sich als eine vollkommen selbständige Spielart der Summa Cancellariae erweist. Diese Spielart nun, die eher Brieffammlung als Formularbuch zu nennen wäre und manches Schreiben oder Privileg in voll-

---

<sup>1)</sup> Weidmann, Berlin 1926. <sup>2)</sup> Ferdinand Tadra, Summa Cancellariae (Cancellaria Caroli IV.), Historický Archiv VI., Prag 1895. <sup>3)</sup> Ich sehe von einer näheren kritischen Behandlung des Burdachschen Werkes ab, da sie den Rahmen dieses Aufsatzes überschreiten und auch gründlichere philologische Sachkenntnisse voraussetzen würde.

ständiger Fassung bringt, betitelt sich selbst: *Forme Johannis Noviforensis de cancellaria domini imperatoris* <sup>1)</sup>.

### I. Beschreibung der Handschrift.

Sowohl Burdach als auch ich verdanken den Hinweis auf die Sammelhandschrift I, 243 des Schweidnitzer Ratsarchivs Konrad Wutke, der sie im Jahre 1919 <sup>2)</sup> den wissenschaftlichen Kreisen erschlossen hat. Da Wutke den Kodex recht gedrängt beschreibt und Burdach nicht ausführlicher ist, sondern bloß den Inhalt genau angibt <sup>3)</sup>, glaube ich eine eingehende Beschreibung des Kodex sowie der Schrift nicht übergehen zu dürfen. Wutke war es nur um einen Hinweis zu tun, Burdach interessierte hauptsächlich die philologische Seite. Wenn ich nun daran gehe, eine Abteilung dieser Quelle historisch auszubeuten, dünkt mich ein näheres Eingehen auf die Handschrift unerlässlich.

Die Handschrift ist in zwei mit roh gegerbtem Leder überzogene und mit neun Buckeln versehene Holzdeckel eingebunden, von denen der eine etwa in der Mitte gespalten ist. Von den Schließen sind nur noch die Plättchen und Nägel erhalten. Der Einband ist offenbar erst nach 1410 vollzogen worden, weil auf dem Papier, mit welchem die Innenseiten der Deckel beklebt sind, Schreibübungen Sigismund den Titel eines römischen Königs zubilligen. Durch Nässe verursachte große Flecke, sowie von Würmern herrührender Schaden sind ohne Nachteil für die Deutung der Eintragungen. Wir lesen am Einbandrücken oberhalb die Nummer 162, unterhalb I, 243. Letztere Signatur ist die spätere und heute noch gebräuchliche. Auf der Vorderseite steht ein Vermerk des 18. Jahrh.: „ohne [Jahr] und Tag.“

Die Vorsteckblätter sind aus Pergament und bloß das vordere auf der Vorderseite oben beschrieben. Von einer Hand des 16. Jahrh. ist da verzeichnet: *liber Stanislai Bernwald plebani in Sweidenitz comparatus pro IIII or florenis, volo ut detur ad pretorium opidi Sweidenitz ad perpetuam mei memoriam*; und darunter von etwas späterer, größerer Hand: *ad pretorium Sweidenitzense*. Oberhalb dieser Eintragung findet sich noch eine ältere, aus drei Zeilen bestehende frühere Besitzangabe, die aber, jedenfalls vom neuen Besitzer, absichtlich unlesbar gemacht worden ist; man kann von ihr nur noch entziffern: *Liber Nicolai Vorberg (?) . . . presbiter . . . conventus siquidem s. Marie virginis Saganensi monasterio fratrum regularium vile licet tamen . . . emi pro 2 . . . reliqui eis pro anima*

<sup>1)</sup> Cod. I, 243, Bl. 87 v.    <sup>2)</sup> Konrad Wutke, Über schlesische Formelbücher des Mittelalters, Darstellungen und Quellen zur schlesischen Geschichte Bd. XXVI (1919), 31 ff.    <sup>3)</sup> B. Ma. 3. Reform. V, 162.

mea. Stanislaus Bernwald, ein gelehrter Mann, war 1477 bis 1508 Pfarrer von Schweidnitz<sup>1)</sup>. Falls man comparare mit kaufen überseht, ist der im Besitze des Schweidnitzer Pfarrers gewesene Kodex von einer dritten Person um vier Gulden erstanden und freiwillig der Stadt gespendet worden, was aus dem volo erhellt. Bernwald kann schwer der Schenker sein, die Eintragung müßte da anders lauten. Die Handschrift befand sich auf jeden Fall vor ihrer endgültigen Aufbewahrung beim Rat in der Pfarre von Schweidnitz, was für die Geschichte der Handschrift als solcher von Bedeutung ist.

Die Handschrift besteht aus 31 × 22 cm großen Papierblättern, die der Schmalseite entlang einspaltig beschrieben sind. Die Linierung beschränkt sich auf je zwei Linien, die in einer Entfernung von 5 bis 6 cm mit den Rändern gleichlaufend gezogen sind, also insgesamt acht auf einer Seite. Die 185 Blätter der Handschrift sind vollkommen willkürlich in Lagen geordnet, weshalb ein System herauszufinden unmöglich ist. Diese Erscheinung findet vielleicht darin eine Erklärung, daß die Blätter in losem Zustand beschrieben, nach Belieben zu Lagen zusammengefastet und erst später in Buchform gebunden worden sind. Die Stücke sind hie und da mit modernen Nummern versehen, die teilweise durchgeführte Zählung der Forme Johannis Noviforensis habe ich ergänzt, es ergeben sich da 423 Stücke.

Außer diesen Forme, welche Gegenstand der folgenden Erörterungen sein sollen, enthält dieser Sammelband Eintragungen, die vollkommen mit dem Wesen obenerwähnter Forme übereinstimmen, aus derselben Umwelt stammen und nur manchmal datiert sind. Man staunt über die Mannigfaltigkeit des Inhalts und die Unmasse des angehäuften Materials, es gibtlechterdings kein Gebiet des notariellen, gelehrten und gesellschaftlichen Lebens, das hier nicht irgendwie vertreten wäre. Daß diese Sammlungen Briefmuster darstellen, erhellt nicht nur aus der schier durchgängigen Weglassung individueller Merkmale, sondern auch aus kurzen, anschaulich und leicht verständlich abgefaßten Aufklärungen über notarielle Fachausdrücke sowie Anleitungen über Aufsetzung von Briefformen. Einigen solchen lateinischen Briefbeispielen sind deutsche Übersetzungen beigelegt<sup>2)</sup>. Der ganze Stoff ist des öfteren planlos und ohne triftige Gründe in mehrere

1) Wutke a. a. O. Der schlesische Gelehrte hat wirklich alles enträtselt, was nur halbwegs zu deuten möglich war. Burdach a. a. O. verzeichnet als leserlich nur die Worte *liber nicolai plebani conventus emi pro 2 pro anima mea*.

2) Hauptsächlich diese Partien haben im Burdach'schen Werk die ihnen gebührende Würdigung erfahren.

Teile gegliedert und mit phrasenhaften, nichtsagenden Titeln versehen. Einzig und allein die Überschrift der Forme bildet eine Ausnahme. Das Material stammt beinahe ganz aus der Wende des 14. Jahrh. und besitzt als Heimat meistens Schlesien, Polen, Ungarn, Mähren und Böhmen. Das Reich, Italien und die westlichen Länder sind weniger beteiligt. Die luxemburgische Herrscherdynastie steht im Vordergrund aller festgehaltenen Geschehnisse und die Forme Johannis von Neumarkt passen folglich vortrefflich in solch einen Sammelband hinein, obwohl sie zeitlich ein halbes Jahrhundert älter als die übrigen Eintragungen sind, aber dafür vom Höhepunkt der lüzemburgischen Macht unter Karl IV. künden und als Autor seinen gewiegten schlesischen Kanzler verzeichnen.

Nach Feststellung der Einheitlichkeit des überlieferten Materials in örtlicher sowie inhaltlicher Beziehung sind noch die Fragen zu beantworten, ob auch die Niederschrift eine einheitliche ist, ob sie dort vollzogen worden ist, wo die moderne Forschung die Quelle zu Gesicht bekommen hat, und ob gleichzeitig oder wenigstens bald nach der Zusammenstellung der Stücke die Niederschrift auf die Papierblätter erfolgt ist, die nun als Cod. I, 243 vor uns liegen. Der Schriftbefund berechtigt zur Bejahung all dieser Fragen.

Die Schrift des Kodex macht den Eindruck einer typischen Bückerskursive aus dem Ende des 14. Jahrh. Regelmäßige, eng aneinander gelehnte Buchstaben geben der Schrift ein nettes Aussehen und die vielen Schlingen der Oberlängen bringen eine gewisse Abwechselung in den eckigen Duktus der Mittellängen, welcher allerdings oft nicht restlos als solcher erscheint, sondern bisweilen zwischen rundem und eckigem Abschluß schwankt. Die Verbindung der Buchstaben untereinander ist vollkommen durchgeführt, sei es durch diagonale Verbindungslinien, sei es durch Zuhilfenahme von Schleifen. Kennzeichnenderweise vermißt man bei Unterlängen Schleifen, nicht einmal Rundungen begegnet man bei p, q, s oder f. Der untere Sinus des g ist ebenfalls nicht stets geschlossen. Die Bauchlinie des a verschmilzt wohl ganz mit dem Schaft, was wieder auf spätere Zeit verweist, wie ebenfalls das Merkmal, daß recht oft der Kürzungsstrich vom letzten Buchstaben heraus, also von rechts nach links in starkem Bogen geschrieben worden ist. Dem kursiven Charakter der Schrift ist auch zuzuschreiben, daß die Kürzungszeichen für er und ur beinahe gleich gebildet sind, zwei flüchtige, aneinander gereihte Halbellipsen oder einen Halbkreis mit einem daran geschlossenen Abstrich darstellen, was nicht stets zur einwandfreien Deutung des Schriftbildes



beiträgt. Bei dem, einem c äußerst ähnlichen t und bei r finden wir als Kürzungszeichen die sonst in der Minuskel als Zierat des t übliche bogenförmige Fortsetzung der Zunge angewandt. Bei Doppel = i ist immer der zweite Schaft verlängert sowie nach links geschwungen und bei Schluß = m sowie Schluß = n erscheint mitunter ebenfalls der letzte Schaft verlängert. Mit Majuskeln ist nicht gespart worden, allein sie zeichnen sich inmitten des Textes nicht durch Größe aus, so daß sie des öfteren übersehen werden.

Zöge man bei Beurteilung der Schrift des ganzen Kodex nur den Text und den Gesamteindruck in Betracht, so würde man auf den ersten Blick die einheitliche Niederschrift durch eine Persönlichkeit annehmen. Denn all die geschilderten Merkmale sind kennzeichnend für alle Blätter, und man wird schwer im Text eines Unterschiedes gewahr. Da aber die angeführten Besonderheiten zugleich für das Ende des 14. Jahrhunderts charakteristisch, also Gemeingut sind, darf man mit Hilfe derselben nicht in einem Einzelfall entscheiden. Um nun doch den gewünschten Beweis zu erbringen, daß der Kodex I, 243 wenn nicht schon von ein und demselben Schreiber, so doch gewiß von Angehörigen derselben Schule aus gleicher Zeit sowie von gleichem Ort herrührt, muß man andere stichhaltigere Eigenschaften der Schrift heranziehen, als da sind Initialen, Rubrikation und Tinte.

Die Art der Tinte wechselt zwischen schwarzer, dunkler und bräunlicher, lichter Farbe. Man bemerkt mehrere Schattierungen, die ganz willkürlich auftreten, ohne jede Gesetzmäßigkeit einander folgen und wohl auf den jeweiligen Wassergehalt derselben Tinte zurückzuführen sind. Obwohl die Unterschiede dem Auge sofort auffallen, gibt die photographische Platte die Farbe des Schreibstoffes gleichartig wieder, was in mir die Annahme bestärkt, daß bloß eine Tinte von einer Grundfarbe den Schreibern zur Verfügung gestanden hat, und es letztere gewesen sind, welche dieselbe je nach Wunsch verdünnt haben. Innerhalb der ganzen Handschrift wechselt ebenfalls oft die Größe der Schrift, ohne daß der allgemeine Duktus dadurch in Mitleidenchaft gezogen wird. Da die Verschiedenheiten der Schriftgröße mit denjenigen der Tintenstärke in keinem Zusammenhang stehen, darf man jene nicht als Eigenart des Schreibers ansehen, man muß vielmehr das jeweilig zum Beschreiben zur Verfügung stehende Papiermaterial als Grund annehmen. Die Rubrikation ist im ganzen Kodex bis auf sieben Seiten einheitlich durchgeführt worden. Der Rubrikator hat die Überschriften mit Umrahmungen oder Unterstreichungen versehen, Sakanfänge im Text durch Hervorhebung der betreffenden

Majuskel kenntlich gemacht, am Rand Verweisungszeichen angebracht und vor allem die Initialen ausgeschmückt. Tinte und Rubrikation erwecken Vermutungen betreffs der gleichen Schreibschule, die Initialen, welche ja stets dem Schreiber die meiste Freizügigkeit gewähren und Spiegelbilder der Originalität ihres Schöpfers darstellen, bestätigen sie und ergeben den klaren Beweis, daß ein einheitlicher, für eine Schreibschule typischer Grundzug besteht. Es ist schwer, ohne Bildermaterial die übereinstimmenden Momente bei den Initialen zu schildern; die Beobachtung ist sehr interessant, wie ein vorherrschendes Schema durch Schnörkel und erfinderische Zieraten die mannigfaltigsten Spielarten erfährt. Ein äußerst lehrreiches Beispiel gibt das S. Seine Grundform ist kapital und seine Öffnungen sind durch Bogenlinien geschlossen: also zwei übereinander gelagerten Ellipsen nicht unähnlich. Wir sehen an zweiter Stelle die Bogenlinien mit Schnörkeln ausgeschmückt, an dritter hebt der Rubrikator durch Zierstriche die Linien der kapitalen Grundform hervor und anderswo endlich sind die ursprünglichen Ellipsenflächen und die Buchtungen der Schnörkel mit Ornamenten ausgefüllt. Doch jedesmal ist klar das geometrische Bild des Schemas herauszufinden. Recht kennzeichnend ist ebenfalls das A, das stets einem griechischen Alpha gleicht.

Um die Gegend des Näheren zu erfahren, wo die Niederschrift vollzogen worden sein könnte, mag ein Widerspruch zwischen paläographischem Befund und Inhalt dienlich sein. Obwohl die Schrift eigentlich noch in das Ende des 14. Jahrh. zu verlegen wäre, tritt in einigen Stücken Sigmund als böhmischer König auf, wodurch als terminus a quo 1419 gilt. Wir werden diesem Widerspruch gerecht, indem wir die Wiege der Handschrift nach dem Osten verlegen, der bekanntlich im Schriftwesen immer einige Jahrzehnte zurückgeblieben ist. Sie muß jedoch dort bald nach 1419 entstanden sein, denn die Schriftmerkmale des 15. Jahrh. haben sich rasch auch des Ostens bemächtigt. Dieser Verlegenheitsausweg erfährt eine Berechtigung im Inhalt des Kodex, der im allgemeinen nach Osten gerichtet ist und im besonderen sich eingehend mit schlesischer Lokalgeschichte beschäftigt. Wir dürfen demnach mit Fug behaupten, daß unsere Quelle bald nach 1420 in denjenigen Gefilden entstanden ist, in denen ihrer die neuzeitliche Forschung ansichtig ward.

## II. Die Forme Johannis Noviforensis.

Wir lesen auf Blatt 87 v den bedeutsamen Vermerk: Secuntur forme Johannis Noviforensis de cancellaria domini imperatoris etc. Der mit diesen Worten betitelte Abschnitt reicht bis Blatt 117 r,

wo durch die Angabe „Incipit aliud, finis illorum“ eine andere Abteilung beginnt, welche auf Blatt 140 v mit der Erklärung „Finis per totum“ schließt. Man muß nun feststellen, ob sich die Überschrift der Forme sowie die Phrase „Finis per totum“ auf beide Teile beziehen oder ob wir es da mit zwei heterogenen Quellen zu tun haben. Die erste, 106 Stücke umfassende Hälfte stammt bis auf drei, noch älterer Zeit angehörende Ausnahmen aus der Regierungszeit Karls IV. Die Abschriften sind ziemlich vollkommen, schier immer ist eine annähernde, wenn nicht genaue Datierung möglich gewesen. Die Überlieferung fließt am dichtesten während des ersten Romzugs und der Zeit der nachfolgenden Reichstage von Nürnberg und Meh. Die zweite Hälfte ist ungleich formelhafter, es ist bloß selten gelungen, Abfassungszeit und Entstehungsort genau festzustellen. Man geht jedoch nicht fehl, wenn man im allgemeinen die Wende des 14. Jahrh. als die Sammelzeit dieser Formulare annimmt.

Diese zwei Abschnitte scheinen also dem Inhalte nach mit nichts zusammenzuhängen und es gebührt offenbar nur den ersten 106 Stücken die Ehre, Forme Johannis Noviforensis zu heißen. Trotzdem möchte ich ebenfalls hier den zweiten Teil kurz erörtern aus einem mehr oder weniger äußerlichen Grunde: es sind nämlich da vier Formulare der Summa cancellariae überliefert, nur mit dem Unterschiede, daß sie W(enzel IV.) als Aussteller bezeichnen. Die zeitlich etwa ein halbes Jahrhundert jüngere Briefmustersammlung hat Vorlagen von der älteren Schwester übernommen und die damit sich als nötig ergebenden Textänderungen vorgenommen. Ein Analogon zu dem klassischen Beispiele der Übernahme von Stücken aus der Sammlung des Bischofs Tobias von Prag in diejenige Bischof Johannis IV. von Drazitz <sup>1)</sup>.

#### a) Die Forme und die Summa cancellariae.

Mit der Erwähnung des Namens Summa cancellariae ist zugleich eine Frage aufgerollt, deren nicht so einfache Beantwortung von großer Bedeutung ist. Haben die Forme, unter welchen ich vorderhand bloß die ersten 106 Stücke verstehen möchte, irgendwelche verwandtschaftliche Beziehungen zu dieser berühmten Formularsammlung, ja könnte man sie sogar als eine der vielen Redaktionen bezeichnen, in die man <sup>2)</sup> die verschiedenen Fassungen der Summa gegliedert hat, um wenigstens ein bißchen Klarheit zu schaffen? <sup>3)</sup> Eine

<sup>1)</sup> J. B. Novák, Formulář biskupa Tobiáše z Bechyně (1279—1296), Historický Archiv XXII (1903).

<sup>2)</sup> Vgl. Jean Luvès, Die Summa cancellariae des Johann von Neumarkt, Berlin 1891, und Tadra, Summa Cancellariae.

<sup>3)</sup> Obwohl ich mich längere Zeit intensiv mit diesen Fragen beschäftigt



glatte Bejahung erfährt diese Frage bezüglich des Urhebers. Die vorher allgemein verbreitete, doch nur auf Hypothesen beruhende Annahme, Johann von Neumarkt sei der Urheber der *Summa cancellariae Caroli IV.* gewesen, hat eine Bestätigung in der 1388 abgeschlossenen Schlägler Überlieferung erfahren, die sich im Wortlaut vollkommen mit den übrigen deckt und sich *Summa cancellarii* nennt<sup>1)</sup>. Bei den *Forme* ist es selbstverständlich, daß Johann ihr Urheber ist, denn, abgesehen davon, daß sie sich ausdrücklich *Forme Johannis Noviforensis* nennen, gehören ihnen auch Stücke an, die seiner intimsten Privatkorrespondenz zuzuzählen sind, rein persönlichen Charakter aufweisen und manche neue Nachricht über seinen Lebenslauf<sup>2)</sup> bringen. Der Inhalt gibt außerdem unzählige Beweise, daß die Sammlung nur eine Persönlichkeit anlegen konnte, die in den

habe, möchte ich hier kein Urteil fällen, da der Unbekannten zu viele sind und einfach die notwendigsten Anhaltspunkte fehlen, um auf Redaktionen schließen zu können. Ich glaube, Lulvès ist entschieden zu weit gegangen, übernahm vollkommen die Erscheinung der Übernahme von Formularen in eine andere Sammlung und hat damit Behauptungen gezeitigt, die zwar nicht widerlegt, aber auch nicht belegt zu werden vermögen. Tadra's Einleitung zu seiner, leider ziemlich mangelhaften Ausgabe der *Summa* ist mit nichts dem Umfang des Stoffes gerecht geworden und dieser Forscher hat vorher scheinbar keine gründliche Nachforschung nach Handschriften vorgenommen, wie die nachträgliche Entdeckung der Schlägler Überlieferung beweist. Tadra hat sich beim Druck hauptsächlich auf den Wortlaut der Prager Kapitelhandschrift I, XXVI gestützt, obwohl des öfteren besonders die Leipziger Kodizes eine bessere Fassung bieten; er hat sich auch mit Emendationen und philologisch-paläographischen Studien nicht zuviel abgemüht.

<sup>1)</sup> Die im Cod. plag. 214 des Schlägler Stiftes später entdeckte Fassung hat Tadra in einem kleinen Aufsatz des *Věstník české akademie* V, 125 ff. besprochen und hiebei den Kodex beschrieben. Bei meinem Besuch in Schlägl im August 1923 war dieser Kodex unauffindbar. Er ist an Tadra nach Prag geschickt worden, dann fehlt jedwede Nachricht. Ich entnehme dem *Věstník*, daß diese Niederschrift der *Summa*, die sich *Summa cancellarii* nennt, von einem Johannes Buchelperger besorgt und 1388 beendet worden ist. <sup>2)</sup> Vgl. über den Lebenslauf A. Benedict, *Das Leben des hl. Hieronymus in der Übersetzung des Bischofs Johannes VIII. von Olmütz*, Prag 1880; Ferdinand Tadra, Jan ze Středy (Johannes Noviforensis), *Časopis Českého Musea* LX (1886); Heinrich Friedjung, *Kaiser Karl IV. und sein Anteil am geistigen Leben seiner Zeit*, Wien 1876; Lulvès, *Die Summa cancellariae*; Tadra, *Summa cancellariae*; Konrad Burdach, *Zur Kenntnis altdeutscher Handschriften und zur Geschichte altdeutscher Literatur und Kunst*, Zentralblatt für Bibliothekswesen VIII (1891); Max Dvořák, *Die Illuminatoren des Johann von Neumarkt*, *Jahrbuch der Sammlungen des allerhöchsten Kaiserhauses* XXII (1901); Harry Breßlau, *Handbuch der Urkundenlehre* II, 1 (1915), 278. — Im Jahre 1924 ist von Alfred Hansel bei der Breslauer Universität eine Dissertation über Johann von Neumarkt eingereicht worden, die ich bis jetzt leider nicht einsehen konnte. Ich stellte H. Dr. A. Hansel diejenigen fünf Stücke der *Forme* zur Verfügung, die für seine Nachforschungen von Belang gewesen sind.



Jahren 1350 bis 1360 in der Reichskanzlei über das Material unbeschränkt verfügen durfte. Welche Annahme liegt folglich näher, als den als Autor zu bestätigen, den die Überschrift namentlich anführt <sup>1)</sup>. Es sind endlich der in allen Stücken wiederkehrende Schwulst sowie der Phrasenreichtum, die an Johann erinnern, dessen verschleierte Ausdrucksweise den politischen Bräuchen des ränzegewandten Karls IV. nur frommen mußte. Ist es doch dieser schlesische Pfarrer, der nach raschem Aufstieg die diplomatischen Geschäfte während des ersten Romzugs geführt <sup>2)</sup> und an der Kodifizierung der Reichsgesetze von Nürnberg und Meß glänzenden Anteil genommen hat. Allein er ist nicht nur gewiegter Politiker gewesen, sondern er wird auch als einer der ersten Humanisten diesseits der Alpen gerühmt, der Bibliotheken gegründet, Malschulen wohlwollend gefördert hat und selbst nicht unbedeutend literarisch tätig gewesen ist. Er unterhielt regen Briefwechsel mit vielen seiner großen Zeitgenossen, und wir verdanken den Forme ein neues Dokument über die Beziehungen zwischen Kaiserhof und Petrarca. Bei Aufzählung der Vorzüge Johannis müssen wir gleichfalls seiner Verdienste als Reorganisator der Reichskanzlei gedenken: er hat da Rühmliches, Nachhaltiges geschaffen und seine deutsche Herkunft mustergültig bewährt. Obwohl in seinem besten Mannesalter fortwährend auf Reisen oder in Prag, hat er niemals seine schlesische Heimat <sup>3)</sup> vergessen, vielmehr ihr manchen nützlichen Dienst bei der Regierung erwiesen, wofür ihm viele Auszeichnungen und Pfründen zuteil geworden sind. Die Schweidnitzer Quelle führt auch hiefür mehrere Belege an; besonders wichtig ist da die Nachricht, daß Johann von Neumarkt bis 1351 Kanonikus vom Hl. Kreuz in Breslau geworden ist <sup>4)</sup>.

Allein meines Erachtens ist die gemeinsame Urheberschaft das einzige einigende Moment zwischen der Summa cancellariae und

<sup>1)</sup> Eine Anzweiflung der im 15. Jahrh. verzeichneten Überschrift wäre immerhin am Platze.

<sup>2)</sup> Nach Balbin, *Bohemia docta* II, 135 soll Johann von Neumarkt zum Andenken an die Kaiserkrönung einen Wenzelsaltar in der Peterskirche zu Rom gestiftet haben. Vgl. hierzu Fr. Geljnek, *Hystorye města Litomyssle* II (1838), 124.

<sup>3)</sup> Obwohl bereits während der Abfassung dieser Abhandlung die Annahme Josef Klappers über die deutsch-böhmische Herkunft Johannis von Neumarkt bekannt geworden ist, halte ich trotzdem im Texte an der schlesischen Abstammung des Kanzlers fest, da mir leider Klappers Belege noch unbekannt sind. (Der Aufsatz von Klapper über Joh. von Neumarkt erscheint demnächst in Bd. 28 (1927) der Mitteilungen der Schles. Gesellschaft für Volkskunde. — Red.) Vgl. unten Beilage 15.

<sup>4)</sup> Vgl. *Acta Clementis* VI., Mon. Boh. Vat. I (1903), 727, Nr. 1400; 1351, Oktober 26: auf Bitten der Königin Anna wird Johann von Neumarkt gestattet, außer der Pfarre von Neumarkt sowie den Kanonikaten beim Hl. Kreuz in Breslau und von Glogau noch andere Präbenden anzunehmen.

dem Schweidnitzer Fund. Dieser kann mit nichts als eine Redaktion jener bezeichnet werden. Soweit ich Textvergleiche anzustellen vermochte, sind es nur sieben Stücke, die beide Sammlungen gemeinsam aufweisen. Vier von diesen sind ganz belanglose Formulare, die wegen ihres ausgesprochen formelhaften Charakters jeder Handhabe zu irgendwelchen Folgerungen entbehren. In Anbetracht dessen, daß für Erledigungen gleicher Art die mannigfaltigsten Spielarten des Wortlauts bestanden haben und sicher für einen zu verleihenden Rechtstitel sowie die damit verbundenen Bedingungen eine Fülle von Ausfertigungsvorlagen dem Kanzleipersonal zur Verfügung gestanden hat, ist bei Schlüssen betreffs einer Ableitung oder Filiation große Vorsicht geboten. Einige Möglichkeit, das Problem herauszuschälen, bietet das Diplom <sup>1)</sup> vom 13. März 1354, mit welchem Karl IV. seinen Bruder Wenzel zum Herzog von Luxemburg erhebt und zwar mit Zustimmung der namentlich erwähnten Fürsten: der Erzbischöfe Wilhelm von Köln und Gerlach von Mainz, des Pfalzgrafen Ruprecht, der Bischöfe Engelbert von Lüttich, Ademar von Metz und Johann von Olmütz, des Markgrafen Wilhelm von Jülich und Herzogs Wladislaus von Teschen. Der Wortlaut dieses Stückes nun ist sowohl in den Forme <sup>2)</sup>, als auch in der Summa cancellariae <sup>3)</sup> sowie, und da tritt die dritte wichtige Formularsammlung jener Zeit auf den Plan, im Kollektar <sup>4)</sup> des Johann von Gelnhausen überliefert. Als das dem Original am nächsten stehende Formular ist das des Schweidnitzer Fundes anzusehen: die Erzbischöfe und der Pfalzgraf sind mit den Anfangsbuchstaben angedeutet, die Namen der Bischöfe stimmen vollkommen überein, ausgelassen sind Wladislaus und die Datierung. Karl tritt stets als Kaiser auf. Die Summa ist beinahe gleichlautend, sie hat aber insofern viel mehr das Aussehen eines Formulars, als die einzigen bestimmten Angaben der Forme, die Aufzählung der Ratgeber, durch „tales episcopi etc. et alii barones“ ersetzt ist. Ganz formelhaften Charakter endlich zeigt das Stück bei Johann von Gelnhausen, von Eigennamen ist keine Spur und auch die Bönformel fehlt. Der Umstand, daß überall statt „regius“ oder „regalis“ „caesareus“ angewandt ist, hat Kaiser <sup>5)</sup> veranlaßt, den ein wenig gefährlichen und unbegründeten Schluß auf eine spätere Ausfertigung des Originals zu ziehen <sup>6)</sup>. Doch das heißt die anschauliche Entwicklung eines For-

<sup>1)</sup> Reg. Imp. VIII, 143, Nr. 1807. <sup>2)</sup> Cod. I, 243, Bl. 88 r, das erste Stück der Sammlung. <sup>3)</sup> Abgedr. Tadra a. a. O. 18, Nr. 26. <sup>4)</sup> Abgedr. H. Kaiser, Collectarius perpetuarum formarum Johannis de Geylnhusen (1900) 40, Nr. 43. <sup>5)</sup> Dissertation Johann von Gelnhausen 54, Nr. 43. <sup>6)</sup> Gegen diese Zeitschr. d. Vereins f. Geschichte Schlesiens. Bd. LXI.

mulars verkennen: es gibt Mittelstufen zwischen Original und reinem Formular, das Briefmuster paßt sich weiters immer den jeweiligen Zeitläuften an. Aus dieser Zusammenstellung erhellt, daß im Falle des Privilegs vom 13. März 1354 die Forme dem Original am verwandtesten, also höher zu werten sind als die Überlieferungen der Summa cancellariae und des Kollektars. Desgleichen erhellt, daß die Forme unmöglich von der Summa stammen können, da letztere viel lückenhafter überliefert. Aber auch das Umgekehrte ist schwerlich anzunehmen, weil alle Fassungen der Summa rund 200 Stücke aufweisen, während die Forme ihrer bloß hundert haben, und dann aus Gründen, die sich aus einer näheren Betrachtung der obenerwähnten Beziehungen zwischen Kaiserhof und Petrarca ergeben.

Etwa in den Jahren 1352 und 1353 findet der erste Briefaustausch zwischen Johann von Neumarkt und Francesco Petrarca statt<sup>1)</sup>. Johann beruft sich auf die Aussagen des in Prag lebenden Florentiner Apothekers Angelo und bittet demütig um einen Brief und zwar in einer Weise, die zeigt, daß er aus eigener Anschauung die Schriften und den Stil des Bewunderten damals noch nicht gekannt hat. Johann von Neumarkt begleitet dann im Herbst 1354 Karl IV. nach Italien und hat gewiß an den Gesprächen zwischen König und Petrarca teilgenommen, welche im Dezember 1354 zu Mantua stattgefunden haben<sup>2)</sup>. Johann lernt hiebei den großen Italiener kennen, die Freundschaft wird eine noch herzlichere anlässlich des Besuchs Petrarcas in Prag im Sommer 1356 als viscontischer Gesandter. Gleichzeitig mit einer Urkunde, mit welcher Karl anfangs 1357 Petrarca zum Pfalzgrafen ernennt<sup>3)</sup>, geht ein zweites Schreiben des Kanzlers an den Italiener ab, in dem jener mit den überschwänglichsten Worten seinen Freundschaftsgefühlen Ausdruck gibt, Grüße

Schlußfolgerung spricht auch der Vermerk in der Datierungszeile betreffs der Vakanz des Trierer Erzbistums, die tatsächlich vom 21. Januar 1354, dem Todestag Balduins von Lützelburg, bis 2. Mai 1354, dem Tage der Einsetzung Boemunds von Saarbrücken, bestanden hat. Vgl. den Text bei Dynter, *Chronique des Ducs de Brabant* II (1854), 684.

<sup>1)</sup> Die zeitliche Festsetzung der beiden ohne Datum überlieferten Schreiben ergibt sich aus dem Umstand, daß Petrarca Johann episcopus Neuburgensis nennt; darnach muß sich Johann von Neumarkt in seinem Briefe als Erwählter Raumburgs vorgestellt haben, der er vom Sept. 1352 bis Nov. 1353 gewesen ist. Vgl. Burdach, *Zur Kenntnis altb. Hss.*, *Zentralbl. f. Bibl.* VIII, 446. Petrarcas Brief ist abgedruckt bei Fracasetti, *Francisci Petrarcae epistolae de rebus familiaribus et variae* II (1859), 101 f. <sup>2)</sup> E. Werunsky, *Der erste Romzug Karls IV.* (1878) 26 f.; Burdach a. a. O. 450. <sup>3)</sup> Friedjung, *Karl IV. u. sein Anteil* 308 ff.



des Prager Erzbischofs sowie des Olmüzer Bischofs übermittelt und versichert „Francisci semper habere recordium, semper de ipso cordialissime meditari“. Petrarca beantwortet <sup>1)</sup> dies Bekenntnis nicht weniger schmeichelhaft: „Quid mitius quam quod in epistolae calce dixisti, nunquam Francisci tui nomen de memoria Johannis abiturum?“ Der bescheiden = stolze Humanist weist jedoch die ihm keineswegs gebührende Auszeichnung zurück. Die Bulle wird nichtsdestoweniger ein zweites Mal angeboten, begleitet von Johannis drittem Schreiben, das mit den Worten schließt: „Unum tamen absque dubietate polliceor, quia dulcis Francisci memoria nunquam separabitur a Johanne.“ Petrarca willigt diesmal „non grato animo sed iucundo“ ein und nimmt in seinem Dankschreiben folgendermaßen Bezug auf Johannis Versprechen: „Vale feliciter et idem oro, ut, quod pollicitus es, verum sit, ne me unquam de memoria tua locus aut tempus excludat“ <sup>2)</sup>. Endlich wird nachher der „poeta laureatus, comes palatinus Franciscus Petrarchus, archidiacon Parviensis“, ermächtigt, Tabellionen zu wählen.

Die ersten zwei Schreiben Johannis von Neumarkt hat die Forschung der Summa cancellariae <sup>3)</sup> zu verdanken, wo sie, aufeinander folgend, sich als ausgesprochene Formulare finden. Das dritte Schreiben jedoch war bisher unbekannt gewesen, erst der Schweidnitzer Fund hat den interessanten Briefwechsel vervollständigt. In den Forme sind alle drei Schreiben und zwar ebenfalls aufeinander folgend. Nur stilistische Studien haben eine Rekonstruktion der Reihenfolge der Korrespondenz ermöglicht. Würde nun die Summa von den Schweidnitzer Forme abstammen, wäre unerklärlich, warum gerade das dritte Schreiben weggelassen worden ist, wo es doch Johann selbst nennt, das kürzeste und von allen dreien verständlichste ist <sup>4)</sup>. Räumlich an

1) Abgedr. Gracasetti a. a. O. III, 58 f. Rätselhaft dünkt mich die zeitliche Festsetzung dieses Briefes durch Friedjung 312 auf den 29. April 1357, ohne irgendwelche Belege zu bringen. Bei Gracasetti steht nur Mediolani, III. Kal. Maias, und im Prolegomenon, Seite CXLIX, wird die Ernennung Petrarcas ins Jahr 1357 gesetzt. Daraus ergibt sich doch noch nicht, daß obiger Brief ebenfalls 1357 abgeschickt worden sei. Dieser Brief ist weiters an Johannes episcopus Olmutiensis gerichtet, der Johann v. N. erst 1364 geworden ist. Hier liegt wohl, wie auch Friedjung 313 meint, ein Irrtum späterer Zeit vor, der ganze Inhalt spricht klar für Johann v. N. und nicht für Johann Döke, der um 1357 Bischof von Olmütz war. 2) Abgedr. Gracasetti III, 64 f. 3) Abgedr. Tabra 37 ff., Nr. 60 u. 61. 4) Gegen die Abstammung der Summa von den Forme spricht auch folgender Textvergleich. Die Forme überliefern im 2. Schreiben: Salutant te Pragensis episcopus, Olomucen. episcopus et tuus discipulus, qui hoc scribit.



anderer Stelle <sup>1)</sup> lesen wir in den Forme die gleichfalls bisher unbekannte vierte Botschaft an den italienischen Dichter, die wahrscheinlich auch zeitlich in ziemliche Entfernung von den ersten dreien zu rücken sein wird <sup>2)</sup>).

## b) Die Forme

### und der Kollektar Johannis von Gelnhausen.

Nach der Feststellung, daß zwischen den Schweidnitzer Forme und der Summa cancellariae keinerlei Beziehungen bestehen können, ist eine Untersuchung nach den Zusammenhängen mit dem zweiten großen Formularbuch jener Zeit am Plage, nämlich dem Collectarius perpetuarum formarum Johannis de Geylnhusen. Abgesehen von dem obenangeführten Diplom vom 13. März 1354, bei welchem die Fassung des Kollektars sich als die formelhafteste erwiesen hat, sind es nur noch zwei Stücke, die in beiden Quellen überliefert und ob ihres Inhalts berühmt geworden sind: das Schreiben Karls IV. an Stephan Duschán von Serbien vom 19. Februar 1355 und Karls Anzeige der vollzogenen Kaiserkrönung an Johann V. Paläolog.

Johann von Gelnhausen <sup>3)</sup>, 1366—1373 Registrator der Reichskanzlei, stand in besonderer Gunst bei Kanzler Johann von Neumarkt und ward auch dessen Protonotar und Sekretär, als sich letzterer 1374 in sein Bistum Olmütz zurückgezogen hatte. Als Gelnhausen 1380 bis etwa 1387 Stadtschreiber zu Brünn war, verarbeitete er das während seines Dienstes in der kaiserlichen Kanzlei angesammelte Material und schuf den Collectarius. Die Frage, woher das Material stammte, ist verschieden beantwortet worden. Als allerseits anerkannte <sup>4)</sup> Quelle sind die Register zu betrachten; als zweitwichtigste Vorlage ist die Summa cancellariae anzusehen. Die Forscher <sup>5)</sup> führen hiefür viele richtige Belege an. Endlich sei mitunter auch Peter von Binea <sup>6)</sup> herangezogen worden. Die Frage nun, ob ebenfalls die Forme

In der Summa, Tadra 38, heißt es richtiger: Salutant te . . . archiepiscopus Prag., episcopus Olomuc. et tuus discipulus cancellarius, qui hec scribit.

<sup>1)</sup> Die ersten drei Schreiben sind im Roder I, 243 auf Bl. 97 v und 98 r, das vierte auf Bl. 109 r; der dritte, bisher unbekannte Brief abgedr. Beilage 11.

<sup>2)</sup> Wie aus den obigen Ausführungen ersichtlich ist, bestehen zwischen Forme und Summa cancellariae beinahe keine Beziehungen; zwei zur Gänze verschiedene Sammlungen sind die Forme und die Cancellaria Johannis Noviforensis episcopi Olomucensis der Klagenfurter Handschrift XXXI, B, 12, die Ferd. Tadra im Archiv f. österr. Gesch. LXVIII (1886) herausgegeben hat. <sup>3)</sup> Seine Lebens-

geschichte vgl. B. Bretholz, Johann von Gelnhausen, Zeitschr. f. Gesch. Mähr. u. Schlef. VII (1903), 25 ff. <sup>4)</sup> Tadra, Kanceláře a písaři 88; Tadra, Summa

canc. XX; Kaiser, Dissert. 36 ff. <sup>5)</sup> Tadra, Summa XX; Kaiser, Dissert. 36 ff.

<sup>6)</sup> Kaiser, Dissert. 39.

J. v. Gelnhausen bei Zusammenstellung des Kollektars zur Verfügung gestanden sind oder umgekehrt der Kollektar als Vorlage gedient hat, ist nach einem Vergleich der Stücke in den beiden Fassungen zu verneinen.

Der Kollektar bringt als einziges datiertes Stück <sup>1)</sup> seiner Sammlung überhaupt jenen Brief an Stephan, der Westen und Osten kirchlich wiedervereinen sollte und der zweifelsohne auch von idealen Bestrebungen des weltumspannenden Kaisertums inspiriert war, obwohl der drohende Feldzug Ludwigs von Ungarn gegen Stephan als eigentlicher Grund der diplomatischen Verhandlungen zwischen Serbien, Kurie und römischem Königtum anzunehmen ist <sup>2)</sup>. Die Schweidnitzer Quelle <sup>3)</sup> deutet den Namen des päpstlichen Gesandten, Bischof Peter von Patti, nur durch Anfangsbuchstaben an und begnügt sich bei der Datierung mit dem Ausstellungsort. All dies hat der Kollektar in vollem Wortlaut. Endlich ist ein Schaltsatz in den Forme anderswo eingefügt als im Kollektar. Der Brief des Kaisers an Johann Paläolog umfaßt in den Forme <sup>4)</sup> nur das erste Drittel der Überlieferung <sup>5)</sup> Johanns von Gelnhausen. Die zwei anderen Drittel, die sich mit Angelegenheiten des byzantinischen Reiches befassen, fehlen ganz. Dafür ist der Ausstellungsort Pisa angeführt, erst die Schweidnitzer Fassung hat so die zeitliche Fixierung der Ausfertigung in den Mai 1355 ermöglicht.

Bei dem Brief an Dusan kann unmöglich die Schweidnitzer Fassung als Vorlage in Betracht kommen und das Gleiche gilt für den Kollektar bei dem Brief an Paläolog, denn man fände weder einen Grund für die Weglassung der restlichen zwei Drittel noch eine Erklärung für die Kenntnis des Ausfertigungsortes <sup>6)</sup>. Wenn also feststeht, daß Johann von Gelnhausen zum Großteil und so auch

1) Abgedr. Kaiser, *Collectarius perp. form.* 167, Nr. 179. 2) Vgl. S. Steinherz, *Die Beziehungen Ludwigs I. von Ungarn zu Karl IV.*, Mitt. d. Inst. f. öst. Gg. VIII (1887), 219. 3) Cod. I, 243, Bl. 102 r. 4) Ebenda Bl. 102 v. 5) Vgl. Druck bei Kaiser 169, Nr. 180; die Fassung der Forme reicht bis zu den Worten: *corporis incolumitate potimur et grata prosperitate feliciter habundamus*. Dann folgt unmittelbar *Dat. Pis. Cancell.* Der gleiche Wortlaut wie im Kollektar begegnet uns bei Schannat, *Vindemiae lit.*, coll. II, 130, Nr. 30, als Abdruck aus einer Fuldaer Handschrift. Der Brief ist in diesem Druck in drei Absätze geteilt und die Schweidnitzer Überlieferung entspricht genau dem ersten Absatz. Die Datierung ins Jahr 1355 durch den Herausgeber ist vollkommen willkürlich gewesen, erst auf Grund der Forme besteht sie zu Recht.

6) Auch der krönende Kardinalbischof Peter von Colombiers wird mit seinem ganzen Titel in den Forme erwähnt, während der Kollektar anstatt dessen eine Lücke aufweist.

wohl in unseren Fällen die Register, d. h. Abschriften der Originale benützt hat, und die Fassungen des Kollektars mit denen der Forme nicht übereinstimmen, muß dem Verfasser letzterer auch eine andere Quelle zugänglich gewesen sein, wobei einzig und allein nur noch an die Konzepte zu denken wäre. Hätte Johann von Neumarkt für seine Forme gleichfalls die Originale oder Register benutzt, wäre unverständlich, warum er die interessanten Stellen über die oströmischen Wirren nicht auch abgeschrieben oder wenigstens die Lücke mit einem „etc.“ angedeutet hat. Die Annahme der Konzeptsvorlage fände darin eine Befräftigung, daß der Brief an Paläolog in der Schweidnitzer Handschrift keine Suprascriptio besitzt, vielmehr die Adresse <sup>1)</sup> als solche erscheint. Der Brief sollte offenbar ursprünglich in dem Ausmaß abgesandt werden, wie wir ihn in den Forme finden. Täglich sind neue Nachrichten aus Byzanz in jener bewegten Zeit eingetroffen, wodurch die aus der stets sich verändernden Sachlage notwendig gewordenen Zusätze veranlaßt worden sind. Die sehr bemerkenswerte Tatsache, daß beide Stücke in beiden Sammlungen aufeinander folgen, darf hier keineswegs unbeachtet bleiben, wenn ich auch außerstande bin, sie hinreichend zu begründen. Obwohl man in beiden Sammlungen eine folgerichtige Gliederung vermißt, vermag man trotzdem in den Forme eine gewisse Gruppierung nach örtlichen und persönlichen Gesichtspunkten festzustellen, wie z. B. die aufeinander folgenden Petrarcabriefe oder die gleich zu erwähnenden Privilegien fürs St. Vinzenzkloster zu Breslau <sup>2)</sup>.

### c) Die Originale

#### und deren Abschriften in den Forme.

Es liegt mir fern, aus den Erwägungen über eine teilweise Benützung von Konzepten bei der Anfertigung der Forme Schlüsse zu folgern, die auf fraglichen Prämissen aufgebaut wären und die den Wert der Quelle bloß unwesentlich erhöhen würden. Ich bin durch den Sachverhalt auf diese Überlegungen geführt worden, ich will es beim Hinweis bewenden lassen und mich mit der Feststellung bescheiden, daß die Forme zu jeder Art Kanzleierzeugnis Beziehungen verraten, demnach auf breitester Grundlage aufgebaut sind.

Es ist außer bei dem bereits besprochenen Privileg für Wenzel von Luxemburg noch bei fünf Stücken gelungen, die Originale, bezw.

<sup>1)</sup> Die Adresse der Forme ist mit dem Protokoll der Kollektarüberlieferung identisch. <sup>2)</sup> Ein Gruppierungsanlaß für die Briefe an Serbien und Byzanz wären außer dem gleichen Ausstellungsort der exotische Charakter der Empfänger, sowie die orientale Lage ihrer Reiche.

deren glaubwürdige Abschriften ausfindig zu machen. Die Textverschiedenheiten bringen vielleicht ebenfalls ein wenig Klarheit über das Wesen unserer Forme.

Kaiser Karl IV. verleiht am 13. und 22. Januar 1359 dem St. Vinzenzkloster in Breslau je ein Privileg, die in originali im Breslauer Staatsarchiv <sup>1)</sup> verwahrt werden und von Klose <sup>2)</sup> und Böhmer <sup>3)</sup> besprochen worden sind. Karl verbrieft in der ersten Urkunde den Konventsbesitz und nimmt in der zweiten das Kloster in seinen Schutz. Wir haben diese zwei Stücke bis auf Signumzeile, Datierung und Zeugenreihe in den Forme und zwar hintereinander überliefert <sup>4)</sup>. Die Arenga der Bestätigungsurkunde ist gleichlautend mit einer der Summa cancellariae <sup>5)</sup>. Da das Schutzprivileg keine Anhaltspunkte für einen erfolgreichen Vergleich bietet, beschränke ich mich auf die Urkunde vom 13. Januar. Sie ist sehr sorgfältig und schön geschrieben, weswegen Abschreibfehler schwer möglich sind, es kämen höchstens Hörfehler <sup>6)</sup> in Betracht. Man muß auch erwägen, daß der Kodexschreiber des 15. Jahrh. nicht an der Hand des Konzepts, Originals oder Registers das Briefmuster erst zusammengestellt hat, sondern ihm ein bereits im 14. Jahrh. entstandenes Formular als Vorlage gedient hat. In dem vom Kanzler selbst ausgefertigten und von Miliczius registrierten Original sind die zum Kloster gehörigen Ortschaften genauer sowie vollständiger genannt, wir vermissen im Formular einen topographisch wichtigen Schaltsatz. Neben diesen leicht erklärlichen Veränderungen finden sich folgende ungewöhnliche Unterschiede: der Name des Abtes ist im Formular einmal durch H, das anderemal durch n angedeutet, während das Original an den betreffenden Stellen bloß zwei Punkte, bezw. eine Lücke aufweist. Wir lesen vom Alter der Urkunden im allgemeinen in der Narratio des Formulars viel weiterschweifiger als im Original und der letzte Teil der Pönformel ist ganz verschieden.

Karls IV. Privilegien für Freiburg i. Br. vom 28. April 1357 <sup>7)</sup> und für Erzbischof Bromold von Riga vom 11. Juni 1360 <sup>8)</sup> sind in

<sup>1)</sup> Staatsarchiv Breslau, Rep. 67, Vinzenzkloster Breslau, Nr. 377 u. 378.

<sup>2)</sup> Klose, Von Breslau II (1781), 209 f. <sup>3)</sup> Reg. Imp. VIII, 236, Nr. 2887 u. 2891.

<sup>4)</sup> Cod. I, 243, Bl. 90 r, Nr. 6, u. Bl. 91 r, Nr. 7. <sup>5)</sup> Tadra, Summa canc. 69, Nr. 98: Imperator recipit quosdam in suam et imperii

proteccionem. Ein Muster für Schutzbriefe. <sup>6)</sup> Irrtümer wie de cuius statt decimis, fidelitate statt felicitate oder lacubus statt lacribus werden wohl auf

Hörfehler zurückzuführen sein. <sup>7)</sup> Cod. I, 243, Bl. 105 r, Nr. 62; Reg. Imp. VIII, 215, Nr. 2644; abgedr. Schreiber, Urkundenbuch der Stadt Freiburg i. B. I, 2

(1828), 454, Nr. 235. <sup>8)</sup> Cod. I, 243, Bl. 93 r, Nr. 11; Reg. Imp. VII, 259,



den Forme vollständig abgeschrieben, also mit Zeugenreihe und Datierung. Gerade da bemerken wir einige Abweichungen, die durch die Annahme der Konzeptsvorlagen eine gute Erklärung erführen. In der Zeugenreihe der Rigaischen Verleihung tritt anstatt des im Original vermerkten Bischofs Dietrich von Worms der sonst nie als Zeuge erscheinende Bischof Peter von Verona und Bolko von Falkenberg auf. Es können ursprünglich jene Zeugen vorhergesehen gewesen sein, die die Forme mitteilen, die Änderung hat dann erst bei der endgültigen, von Johann von Neumarkt herrührenden Ausfertigung stattgefunden. Im Formular des Privilegs für Freiburg i. Br. sind in der Datierung Ausstellungs- und Kaiserjahr entstellt <sup>1)</sup> und der Zeugenreihe Erzbischof Ernst von Prag, Bischof Johann von Olmütz und Herzog Rudolf von Sachsen hinzugesellt worden, während die sechs, die Zeugenreihe im Original abschließenden Angehörigen des niederen Adels <sup>2)</sup> ausgelassen sind. Das Bestreben nach Ausschmückung des Briefmusters sowie nach Verzierung mit berühmten Namen ist wohl da die Hauptursache <sup>3)</sup>, tiefer liegende Gründe sind nicht anzunehmen.

Das fünfte noch erhaltene Original, das eine formulare Abschrift in den Forme hat, ist die langatmige Urkunde vom 27. März 1357, kraft welcher Kaiser Karl IV. das Karlssteiner Dekanat begründet <sup>4)</sup>. Der Vergleich ergibt, daß diese seitenlange Urkunde mit ziemlicher Sorgfalt kopiert worden ist mit all ihren schwungvollen Phrasen und pedantischen Einzelheiten. Der Kopist hat sich äußerst geduldig erwiesen, nur bei der schier endlosen Aufzählung der verliehenen Zehnten in den umliegenden, teilweise Karlsstein gehörigen Märkten und Dörfern ist er verzweifelt: etwa bei Beginn des letzten Drittels der Ortsnamen bricht er plötzlich ab und vertröstet den Leser mit einem etc., das dieser gerne begrüßt. Einige Schreibfehler dünken mich dadurch entstanden zu sein, daß der Kopist den überschwulstigen, sehr

Nr. 3169; abgedr. Dogiel, Cod. dipl. 5, 76 u. Bunge, Liv.-Esth.-Curl. UB. 2, 662. Beide Werke sind mir unzugänglich gewesen.

<sup>1)</sup> 1362 statt 1357, Kaiser im 4. Jahre statt im 2. Jahre.

<sup>2)</sup> Oger und Lupold Brüder von Landstein, Ulrich von Rosenberg, Jescso von Rossow, Boczko von Bodiebrad und Jescso von Kosteleh.

<sup>3)</sup> Dies Bestreben veranschaulicht eine im Kodex am Rand bei der Zeugenreihe mit roter Tinte gemalte Hand.

<sup>4)</sup> Das Archiv des Innenministeriums in Prag verwahrt das Original unter der Signatur 30, A, I; abgedr. Josef Teige, Urkunden der Karlssteiner Dekanate 1322 bis 1625, Sitz.-Ber. d. kgl. b. Gesellsch. d. Wiss., Jahrg. 1906, 16, Nr. 12. Das Formular beginnt im Cod. I, 243 auf Bl. 103 r und hat die Nummer 61. Reg. Imp. VIII, 214, Nr. 2638 bezieht sich auf die bei Hajek und Lünig abgedruckte deutsche Fassung.

lose zusammengeklebten Sachbau nicht erfasst und sich durch Einsetzen ähnlich klingender und einen leidlichen Sinn ergebender Worte geholfen hat <sup>1)</sup>). Signumzeile, Datierung und Zeugenreihe sind ausgelassen.

#### d) Besprechung

einiger bisher unbekannter Stücke der Forme.

Ich erwähnte am Anfang dieses Kapitels, daß drei Stücke der Forme aus älterer Zeit als die übrigen stammen. Eines von diesen ist das gänzlich abgeschriebene Privileg König Wenzels II. für Beraun vom 1. September 1303, in welchem er den Bürgern unter Vorbehalt möglicher Erhöhung eine Grundsteuer anordnet und sie anhält, sich bei Gerichtsgebühren und Verträgen des Rechts der Altstadt Prag zu bedienen <sup>2)</sup>). Interessanterweise ist im „Chaos rerum memorabilium“ <sup>3)</sup> in Abschrift des 15. Jahrh. ein Privileg für Beraun überliefert, das dasselbe Ausstellungsdatum und außer Proto- und Eschatokoll noch den Passus betreffs des Rechts der Prager Altstadt mit unserem Stück gemein hat <sup>4)</sup>). Vielleicht ist in diesen zwei, sonst verschiedene Rechtstitel kundgebenden Privilegien von der Einführung Prager Rechts deshalb Erwähnung getan worden, weil Wenzel II. sehr viel daran gelegen war. Die inneren Merkmale sind gegen eine Fälschungsannahme in beiden Fällen.

Dies Problem erfährt eine weitere Erschwerung durch das Stück Nr. 64 der Forme <sup>5)</sup>). Karl IV. bestätigt und erneuert da der Stadt Beraun ein von Wenzel II. verliehenes Privileg <sup>6)</sup> und trifft folgende Vorkehrungen: der böhmische Unterkämmerer soll in Beraun jährlich sechs Männer für die Tschechen und sechs für die Deutschen zu Schöffen auswählen, deren Einsetzung sich der König vorbehält. Die tschechischen Bürger werden den deutschen vollständig gleichgestellt. Der gesetzlich gestatteten Zuwanderung von auswärts hat eine Handwerkerinnung Hindernisse entgegengesetzt, weswegen sie kraft königlicher Gewalt aufgelöst wird <sup>7)</sup>. Es wird endlich anbefohlen, Tschechen und Deutsche

<sup>1)</sup> Das Formular hat z. B. piissimi redemptoris statt passum redemptoris.

<sup>2)</sup> Cod. I, 243, Bl. 114 v, Nr. 91; abgedr. Beilage Nr. 1. <sup>3)</sup> Stadtarchiv Prag, Bl. 151, Nr. 324. <sup>4)</sup> Abgedr. Čelakovský. Cod. Iur. Mun. r. Boh. II (1895), 141, Nr. 76. Eine andere Fassung, welche Emler in den Regesta Boh. et Mor.

II, 834, Nr. 1937, als Vorlage verwendet hat, meldet den 30. August 1302 als Ausstellungstag, was aber sicher auf einen handschriftlichen Schreibfehler zurückzuführen ist, da sonst der Wortlaut unterschiedslos ist. <sup>5)</sup> Cod. I, 243, Bl. 106 r, Nr. 64; abgedr. Beilage 8.

<sup>6)</sup> Welches Privileg da Karl IV. bestätigt, ist aus der Quelle nicht ersichtlich, denn es wird bloß mit den Worten: Wen. dei gracia etc. angedeutet. <sup>7)</sup> An jener Stelle, wo im Text von den Innungen die Rede ist, steht am Rand die Bemerkung: Distruccio czecharum vel fraternitatum.

sollen in gleicher Weise Fleischmärkte abhalten und Handwerke ausüben<sup>1)</sup>. Für die zeitliche Bestimmung dieses undatierten Stückes ist eine Nachricht Hajeks von Libotschan nicht unwesentlich, die von nationalen Unruhen in Beraun kündigt<sup>2)</sup>. Diese seien im Jahre 1359 dadurch ausgebrochen, daß die deutschen Bürger den tschechischen Pfarrer ersuchten, er möge ihnen wegen Abwesenheit ihres deutschen Seelsorgers ein Kind taufen, das sich beim Taufbecken dann als Hund herausstellte. Die Berauner Tschechen erschlugen aus Empörung viele Deutsche und erbaten vom Kaiser die Verbriefung ihres Beschlusses, daß kein Deutscher mehr das Berauner Bürgerrecht erlangen dürfe. Die Erzählung beruht gewiß zum Großteil auf Hajeks Phantasie<sup>3)</sup>, doch nichtsdestoweniger werden wohl im Jahre 1359 nationale Reibereien in Beraun stattgefunden haben. Es gäbe offenbar schon längere Zeit, und unsere Urkunde ist vielleicht als eine Bemühung von Staatswegen anzusehen, beruhigend einzuwirken und die aufgeregten Tschechen durch Einräumung von Rechten zu beschwichtigen. Von der vom Kaiser 1359 erbetenen Verbriefung, bezw. Bestätigung ist anderweitig keine Spur vorhanden<sup>4)</sup>.

Um nach diesem nationalpolitischen Exkurs, den wir Hajeks „Pazifismus“ verdanken, wieder zu unserem Stücke zurückzukommen, möchte ich auf die Privilegienkonfirmation Ferdinands I. vom 24. September 1547<sup>5)</sup> hinweisen, wo eine am 8. August 1356 von Karl IV. bestätigte Urkunde König Wenzels II. durch die Angaben „Zahlung von Abgaben oder Grundsteuer und Stadtratserneuerung“<sup>6)</sup> kurz gekennzeichnet wird. Die Berauner kamen offenbar 1356 mit ihrem Privileg von 1303, das den Steuersatz geregelt hatte, in die Reichskanzlei und erbaten dessen Bestätigung. Johann von Neumarkt, welcher damals als Kanzler bereits die Geschäfte leitete<sup>7)</sup>, schrieb den Inhalt des Pergamentes für seine Brieffsammlungen ab. Die durch

1) Als Ausfertiger zeichnet Welco, Dechant von Sanz, der weder bei Lindner, Urkundenwesen Karls IV., noch bei Tadra, Kanceláře a písaři v zemích českých 1310 bis 1420, erwähnt ist. 2) Wacław Hagek z Liboczan, Kronyka Česká (1541), Blatt 333, Jahr 1359. 3) Vgl. über Hajeks Kritikalität und Leichtgläubigkeit V. Flajšhans, V. Hájka z Libočan Kronika Česká, Staročeská Knihovna II (1918), Einleitung, besonders Seite XXIV. 4) Am 9. März 1350 bestätigt Karl IV. das Privileg Wenzels II. vom 1. Sept. 1303, wie es bei Čelakovský a. a. O. abgedruckt ist. Ob in unserem Falle daselbe Privileg seine Bestätigung durch Karl erfahren hat, ist in Anbetracht der vielen von Karl konfirmierten Wenzelurkunden für Beraun fraglich. 5) Stadtarchiv Beraun; vgl. Čelakovský, Cod. Iur. Mun. II, 530, Nr. 362. 6) „List krále Václava na plati dávání a raddy obnovení“. 7) Lindner, Urkundenwesen 16.



ationale Zwiste in Beraun veranlaßte Notwendigkeit, das weitere Umsichgreifen zu verhindern, ergab als Zusatz zu der erheischten Bestätigung den Erlaß über die Stadtbehörden. Diese neue Urkunde nun schrieb Johann für seine Formularzwecke ebenfalls ab, deutete jedoch die interpolierte Wenzelverleihung mit den bloßen Worten „Wen. dei gracia etc.“ an, da er sich ja bereits vorher eine Abschrift verschafft hatte. Als diese Urkunde Karls IV. 1547 Ferdinand I. vorgelegt wurde, konnte bei der Konfirmation mit Zug und Recht als der wesentliche Inhalt die Grundsteuer und Ratserneuerung angeführt werden. Diese stammt von Karl IV., jene von Wenzel II.

\*

\*

\*

Einblick in die große Politik des Deutschen Reiches mit den angrenzenden Mächten bieten folgende fünf Stücke, die alle von gekrönten Häuptern und mächtigen Landesfürsten herrühren und in den Formen überliefert sind. Bis auf den Brief der polnischen Königin an Karl IV. sind sie undatiert, aber die sonstige getreue Wiedergabe des ursprünglichen Textes hat eine ziemlich eindeutige zeitliche Festsetzung ermöglicht.

Im Westen wütete um die Zeit, da Karl IV. um der Kaiserkrone willen in Italien weilte, der furchtbare, aufreibende englisch-französische Krieg, der tüchtig bald dieser, bald jener Partei einen Vorteil zuwandte und so die Entscheidung ins Ungewisse hinausshob. Im Winter 1354 bis 1355 war das Glück den Franzosen hold, die Engländer trachteten folglich einzulenkten, es erschienen englische Ritter bei Karl IV. in Pisa, um ihn um die Vermittlung eines Waffenstillstands zu ersuchen <sup>1)</sup>. Obwohl der die französischen Interessen vertretende Kardinalbischof Peter von Ostia nichts unterläßt, um eine Schlichtung zu vereiteln, versichert der römische König trotzdem in seiner Antwort <sup>2)</sup>, bei der Anbahnung von Fühlungnahme zwischen England und dem Könige von Frankreich auf das Wohlwollendste behilflich zu sein. König Eduard III. bedankt sich mit Schreiben <sup>3)</sup> vom 1. Dezember 1355 an Karl für solchen versöhnlichen Bescheid. Der Feldzug von 1355 hat nicht den Erwartungen des Briten Genüge getan, und da auch der Beginn des Jahres 1356 keine Wendung zu des Inselreiches Gunsten gezeitigt hat <sup>4)</sup>, begibt sich neuerdings im Februar 1356 eine

<sup>1)</sup> E. Werunsky, Geschichte Kaiser Karls IV., III (1892), 106. <sup>2)</sup> Cod. I, 243, Bl. 100 r, Nr. 49. <sup>3)</sup> Reg. Imp. VIII, 555, Reichs. Nr. 242. <sup>4)</sup> J. Loserth, Gesch. d. späteren Mittelalt. (1903) 335.



englische Gesandtschaft nach Prag, wo sie jedoch Karl IV. nicht angetroffen hat, da dieser gerade bei Ludwig von Ungarn in Raab weilte <sup>1)</sup>. Der Kaiser entschuldigt sich in seiner Antwort <sup>2)</sup>, daß die Unterhandlungen erst nach seiner Rückkehr gepflogen werden konnten, und hat unumwunden zugesagt, sich um die Herbeiführung friedlicherer Beziehungen zwischen England und Frankreich zu bemühen <sup>3)</sup>.

Etwa um dieselbe Zeit ward Karl IV. auch vom Niederrhein aus als Vermittler angerufen. Der 1355 vielen deutschen Kirchenprovinzen auf drei Jahre auferlegte päpstliche Zehnt löste hartnäckigsten Widerstand von seiten der betroffenen Geistlichkeit aus; der Kaiser, der Papst die niederrheinischen Fürsten unterhandeln, es scheint, daß Innozenz VI. zum Teil die weltlichen Fürsten gewonnen hat, der Kaiser sollte noch am Meher Reichstag gefügig gemacht werden, aber schließlich zieht trotz aller Bemühungen die Kurie den Kürzeren, sie muß es bei einem Subsidium bewenden lassen <sup>4)</sup>. Daß die weltlichen Fürsten denn doch nicht so päpstlich waren, wie es Innozenz VI. verkündete, vielmehr offenbar zweischneidige Politik betrieben, bezeugt eine Klageführung <sup>5)</sup> Graf Johannis von Kleve ans Reichsoberhaupt. Die Gebiete der Kölner Kirchenprovinz seien durch Raubzüge und Verwüstungen, die die Fehden zwischen Eduard von Geldern und dem Schreiber heraufbeschworen hätten, derart verarmt, daß Angehörige aller Stände heispiellos darben, teilweise des Landes verwiesen seien und vor allem die Geistlichkeit jeglicher Geldmittel bar sei. Da drohe die gequälte Bevölkerung von einer neuen Geißel betroffen zu werden, durch die Eintreibung des ausgeschriebenen päpstlichen Zehnten würde der Klerus noch tiefer sinken. Der Kaiser wird hoffentlich diese Schmach im Interesse des Reichsansehens zu verhüten wissen.

Doch nicht nur die Würde des römischen Königs bürdete Karl IV. Pflichten im Westen auf, sondern auch die Sorge um den luxemburgischen Hausbesitz, von der dies Geschlecht beseelt war <sup>6)</sup>, gebot ihm zu wachen und, wenn angezeigt, tätig einzugreifen. Er hatte

<sup>1)</sup> Werunsth, Karl IV., III, 137.      <sup>2)</sup> Cod. I, 243, Bl. 100 r, Nr. 48.

<sup>3)</sup> Die Antwort Karls IV. wird wohl noch vor der Schreckenstat vom 5. April 1356, der heimtückischen Gefangennahme Karls von Navarra durch Johann II. von Frankreich, abgesandt worden sein, denn nachher hatte England angesichts der plötzlich veränderten Machtverhältnisse keine Vermittlung mehr nötig. <sup>4)</sup> Werunsth, Karl IV., III, 171—175, 194.      <sup>5)</sup> Cod. I, 243, Bl. 113 r, Nr. 86; abgedr. Beilage 9.      <sup>6)</sup> Vgl. E. Schieche, Přispěvky k dějinám politiky Jana Lucemburského podle pramenů italských archivů (Beiträge zur Geschichte der Politik Johannis von Luxemburg nach Quellen italienischer Archive), Zprávy českého zemského archivu VII (1927).

seinen Stiefbruder Wenzel zum Herzog von Luxemburg erhoben <sup>1)</sup> und mit Johanna, der Tochter Herzog Johanns III. von Brabant und Limburg, verheiratet. Johanna sollte kraft verbriefter Abmachung alleinige Erbin der väterlichen Länder sein <sup>2)</sup>, doch nach dem Tode des Erblassers sträubte sich Graf Ludwig II. von Flandern, der Gemahl ihrer Schwester Margarethe. Dieser unverhoffte Feind ward im Laufe des Jahres 1356 überwunden <sup>3)</sup>, allein schon in der ersten Mithälfte 1356 beglückwünscht Karl IV. in einem Briefe <sup>4)</sup> seine Schwägerin anlässlich von Erfolgen, die ihr Gatte in Brabant errungen habe. Zugleich läßt er sie wissen, daß bei seinem kürzlichen Aufenthalt in Ungarn <sup>5)</sup> ein Ehevertrag zustande gekommen sei zwischen Jodok, dem Erstgeborenen seines Bruders Johann, und Elisabeth, der Tochter weiland Herzog Stephans von Kroatien, des Bruders König Ludwigs von Ungarn <sup>6)</sup>. Während des zu Meß demnächst <sup>7)</sup> stattfindenden Reichstags, dem Wenzel beiwohnen möge, soll Herzogin Johanna in Luxemburg weilen, um mit Karl leichter längere Aussprache pflegen zu können.

Es will der Zufall, daß gerade dasjenige Stück <sup>8)</sup> dieser hochfürstlichen Korrespondenz, welches mit vollem Datum vorliegt, die meisten Rätsel aufgibt. Die Gattin König Kasimirs von Polen schreibt von Krakau am 16. Juli des Jahres 1357 an Karl IV. von einem zwischen Polen und Böhmen abgeschlossenen Vertrag. Sie hofft, daß das freundschaftliche Einvernehmen zwischen beiden Herrschern weiter obwalten werde, wozu sie ihr Möglichstes beitragen wolle, und Karl möge daselbe Vertrauen in sie setzen, wie wenn sie in Prag weilte. Kasimir war damals mit der schönen Christine Rokzauer verheiratet, die er 1356 in Prag liebgewonnen und bald darauf zum Altar geführt hatte, obwohl ihm seit 1341 Adelhaid, die Tochter Landgraf Heinrichs von Hessen, angetraut war. Der Pole lebte mit dieser wegen der vorenthaltenen Mitgift in Unfrieden, sowohl Innozenz VI.

---

<sup>1)</sup> 1354, März 13; vgl. Abschnitt a) dieses Kapitels. <sup>2)</sup> Werunsky, Karl IV., III, 132 f. <sup>3)</sup> Werunsky a. a. O. 149 f. <sup>4)</sup> Cod. I, 243, Bl. 102 v, Nr. 60; abgedr. Beilage 7. <sup>5)</sup> Ende Februar 1356 in Raab; Werunsky a. a. O. 137. <sup>6)</sup> Vgl. S. Steinherz, Die Beziehungen Ludwigs I. v. Ungarn zu Karl IV., Mitt. d. Inst. f. öst. Gg. VIII (1887), 245. <sup>7)</sup> Karl IV. teilt am 30. April, sechs Tage nach Ostern, den Straßburgern mit, der Mezer Reichstag fände vier Wochen nach Ostern statt; im Schreiben an Johanna von Luxemburg gilt der fünfte Sonntag nach Ostern als Termin. Tatsächlich abgehalten wurde er aber erst vom 17. November 1356 bis 7. Januar 1357. Reg. Imp. VIII, 194, 197, 203, 210, Nr. 2414, 2447, 2519 a, 2593 a. <sup>8)</sup> Cod. I, 243, Bl. 110 v, Nr. 78; abgedr. Beilage 10.

als auch Karl IV. legten sich vergebens ins Mittel <sup>1)</sup>). Falls die Datierung, was nicht unbedingt feststeht, der Wahrheit entspricht, ist sehr verwunderlich, daß Karl IV., der sich vorher für die legitime Gattin Kasimirs eingesetzt hatte, nun einen Briefwechsel mit der siegreichen Nebenbuhlerin der rechtmäßigen polnischen Königin unterhält. Dies Stück kann allerdings auch ein erstes Schreiben von Seiten Christine Rokzaners sein, das freundschaftliche Beziehungen anbahnen sollte. Die Schreiberin wird auch schon aus dem Grunde die ehemalige Prager Bürgersfrau gewesen sein, da Adelheid bei ihrem unerfreulichen Verhältnis zu Kasimir schwerlich wird merklichen Einfluß auf ihren Gatten ausgeübt haben.

\*

\*

\*

Die bereits öfters erwähnte Zusammenkunft Karls IV. mit Ludwig I. im Februar 1356 zu Raab spielt ebenfalls eine bedeutsame Rolle in dem Schreiben <sup>2)</sup> Johannis von Neumarkt an den Breslauer Propst Peter von Laun <sup>3)</sup>). Johann schildert da ausführlich die Gaben, die dem Kaiserpaar <sup>4)</sup>, Johann selbst und Nikolaus von Kremsier von Ludwig dargereicht worden sind. Weil Peter diese glanzvolle Beschenkung entgangen ist, rät ihm der Kanzler, jetzt lieber in Breslau zu bleiben, wo eher Aussicht auf Verdienst bestände als in Meß, wohin sich der Propst begeben will und wo nach Johann wohl in dieser Beziehung maßgebender Meinung augenblicklich die ertragreichsten laufenden Geschäfte erledigt worden seien.

Es ist nicht unangebracht, an dieses so interessante Schreiben Johannis von Neumarkt für einen Breslauer Bekannten ein noch interessanteres Schreiben <sup>5)</sup> zu reihen, das der Breslauer Kanonikus Otto von Donyn an Johann richtet und einem Boten mitgibt, welcher mit verschiedenen Eingaben aus Schlesien an den königlichen Hof gesandt worden ist. Otto von Donyn ist durch mannigfaltige Aufträge, die er für

1) Werunsky, Karl IV., III, 139. 2) Cod. I, 243, Bl. 113 v, Nr. 87; abgedr. Beilage 6. 3) Lindner, Urkundenwesen 21 u. 22, Nr. 2 u. 11, vermeinte unter diesem Namen zwei Personen verstehen zu müssen, während Tadra, Kanceláře a písaři 29, mit Recht nur eine Person annimmt. Peter von Laun ist nach Tadras Angaben 1343 bis 1355 notarius secretarius canonicus Wratislaviensis, heißt 1355 Propst von Breslau und scheidet nachher aus der Kanzlei, um in Breslau zu leben. 4) An den Raaber Beratungen hat auch Albrecht von Oesterreich teilgenommen, von dem im Schreiben der Forme nichts erwähnt wird. Von der da vorausgesetzten Anwesenheit der Kaiserin ist anderweitig nichts überliefert. Vgl. Steinherz, D. Bezieh. Karls IV. zu Ludwig I. a. a. O. 245. 5) Cod. I, 243, Bl. 113 v, Nr. 88; abgedr. Beilage 2.



den König verrichtet hatte, in finanzielle Nöte geraten, weshalb er um Überlassung von 100 Mark von den im Breslauer Herzogtum verbliebenen Judensteuern ersucht. Um seiner Bitte einen wohlwollenden Bescheid zu sichern, trachtet Otto seinen Freund Johann zu bewegen, die Angelegenheit zu fördern und die Gewährung durch denselben Boten sofort zurückzuschicken. Otto werde nach glücklicher Vereinigung der Eingabe nicht zögern, seinem lieben Freunde für die Mühewaltung und als Beweis seiner Dankbarkeit einen Teil der obengenannten Summe zukommen zu lassen. Otto wendet sich weiter wegen einer Anstellung am königlichen Hofe an Johann, derer er selbst sowie sein Neffe Dr. Johann von Donnyn gern teilhaftig werden möchten. Der Schreiber setzt als Gegendienst die Ernennung Johanns von Neumarkt zum Kanonikus vom Hl. Kreuz zu Breslau in Aussicht. Das Kapitel dieser Kirche hat beim Königshofe mehrere Anliegen und es werde sich deswegen in einem Briefe bei Johann selbst Rats einholen.

Johann von Neumarkt, der am 16. Oktober 1347 noch *notarius plebanus Noviforensis* ist, wird am 14. Juni 1351 schon *honorabilis Johannes de Novoforo Wratislaviensis et Olomucensis ecclesiarum canonicus, notarius secretarius* genannt <sup>1)</sup>. Die Bemühungen Ottos von Donnyn waren offenbar von Erfolg gekrönt, sein Freund ist spätestens 1351 Kanonikus vom Hl. Kreuz zu Breslau geworden. Der Breslauer Kanonikus <sup>2)</sup>, Domherr und herzogliche Protonotar <sup>3)</sup> Otto von Donnyn ist eine bekannte, einflußreiche Persönlichkeit Schlesiens gewesen, dessen Hauptwirksamkeit in die Jahre 1330 bis 1350 fällt.

1) Lulvès, *Summa cancellariae* 8 f. 2) In der in die Jahre 1335 bis 1342 fallenden Rechnungsablegung des päpstlichen Nuntius Galhardus de Carceribus über einen Zehnten in der Breslauer Diözese wird bei den Würden und Präbende an der Breslauer Kreuzkirche ein Ottho von Dagn genannt. Die Herausgeber der schlesischen Regesten identifizierten bloß vorbehaltlich diese Persönlichkeit mit Otto von Donnyn, da letzterer sonst als Kreuzstiftskanonikus unbekannt gewesen war. Durch den Inhalt des Briefes der Forme wird diese Mutmaßung bestätigt. Regesten zur schles. Gesch. Nr. 5409, Cod. Dipl. Sil. XXIX (1923). 32.

3) Friedjung, Karl IV. u. f. Ant. 107, erwähnt Otto von Donnyn als Reichsprotonotar fürs Jahr 1348. Anlaß hat hiezu Grünhagens Bemerkung gegeben, D. v. Donnyn erscheine in je einer Urkunde Johanns und Karls aus den Jahren 1346 und 1348 als Protonotar und Kanzler des Königs; Grünhagen, *Correspondenz der St. Breslau mit Karl IV.*, Arch. f. öst. Gesch. XXXIV (1865), 362. Obwohl Karl IV. da Otto am 24. Nov. 1348 (Stenzel, *Urkundenbuch des Bistums Breslau* 305, Nr. 278) ausdrücklich *protonotharius noster terre Wratislaviensis* nennt, bezeichnet ihn trotzdem Friedjung als Reichsprotonotar, als Vorgänger Nikolaus' von Kremsier. Lindner nimmt zu dieser Frage keine Stellung; Tadra, *Kanceláře a písaři* 18, meint, Otto sei in der Reichskanzlei nicht beschäftigt gewesen.



Gemäß einer Urkunde <sup>1)</sup> Volkos II. von Schweidnitz vom 15. Mai 1346 studierte Ottos Neffe Johann von Donyn zur Zeit ihrer Ausfertigung an der Universität Bologna <sup>2)</sup>. In einer Urkunde <sup>3)</sup> desselben Fürsten vom 7. April 1354 wird ausdrücklich vom erfolgten Tod Ottos sowie Johannis von Donyn gesprochen. Der reichbegüterte Breslauer Domherr soll auch literarisch tätig gewesen sein. Die Abfassung der anscheinend verlorenen Chronik des Notars Otto, die die Jahre 1253 bis 1346 schildert, wird ihm zu einem Teil zugebilligt <sup>4)</sup>, und er wird auch als Stoffsammler und Mitarbeiter der auf Karls Geheiß geschriebenen Chronik des Benesch von Weitmühl in Betracht gezogen <sup>5)</sup>. Für die Forme ist von besonderer Wichtigkeit, daß diese bekannte Persönlichkeit der Breslauer Landeshauptmannschaftskanzlei auch die Würde eines Pfarrers von Schweidnitz bekleidet und als solcher den Bau der prachtvollen Schweidnitzer Pfarrkirche rührgist gefördert hat <sup>6)</sup>.

Otto von Donyn hat sich also große Verdienste um das Wohlergehen und Gedeihen der Stadt Schweidnitz erworben, im literarischen wie politischen Leben seiner schlesischen Heimat, durch seinen Beruf dazu veranlaßt, eine hervorragende Rolle gespielt und mit demjenigen Schlesier seiner Zeit, der es am weitesten gebracht hat, freundschaftlichen Verkehr gepflogen. Man muß nun diese Feststellungen der Tatsache gegenüberstellen, daß die Handschrift I, 243 im 15. Jahrhundert im Besitze eines Schweidnitzer Pfarrers gewesen ist. Diese Handschrift ist ein Sammelband, enthält nur Brieffmuster. Ist es nicht möglich, daß bereits zu Ottos von Donyn Zeiten die Pfarre von Schweidnitz eine Sammelstätte von Formularbüchern gewesen ist? Ist es nicht möglich, daß da die Breslauer weltliche Kanzlei ein ähnliches Formularbuch zusammenstellen wollte, wie es Ranter von Breslau im Jahre 1332 von Arnold von Prohan, dem bischöflichen Notar, überreicht worden ist? <sup>7)</sup> Der Nachfolger Ottos von Donyn im Pfarramt von Schweidnitz, Johannes Kolmas, der zugleich Landschreiber der Herzogin Agnes von Schweidnitz gewesen war <sup>8)</sup>, wird gewiß die

<sup>1)</sup> Abgedr. Joh. Henne, Geschichte des Bistums Breslau II (1860), 380.

<sup>2)</sup> Man vermißt Johann von Donyn unter den Studierenden in den *Acta nat. Germanicae universitatis Bononiensis*, ed. Friedländer-Malagola 1887. <sup>3)</sup> Abgedruckt Henne a. a. O. 380 f. <sup>4)</sup> D. Lorenz, Deutschlands Geschichtsquellen

3. Aufl., I (1886), 314. <sup>5)</sup> R. Burdach, Zur Kenntn. altdt. Hss. und zur Gesch. altdt. Lit. u. Kunst, Zentralbl. f. Bibl. VIII (1891), 336. <sup>6)</sup> H. Schubert, Bilder aus

der Geschichte der Stadt Schweidnitz (1911) 199. <sup>7)</sup> Vgl. W. Wattenbach, Das Formelbuch des Domherrn Arnold von Prohan, Cod. Dipl. Sil. V (1862).

<sup>8)</sup> Görlich, Versuch einer Gesch. der Pfarrkirche zu Schweidn. (1830) 5.

Sammeltätigkeit seines Vorgängers mit Interesse fortgesetzt haben. Ich lasse die Fragen unbeantwortet, es genügt, sie gestellt zu haben; deren mittelbare Beantwortung ergibt, daß Schweidnitz damals zweifelsohne ein geistiger Brennpunkt gewesen ist, der noch größere Bedeutung erfuhr, als eine seiner Töchter römische Kaiserin ward.

\*

\*

\*

Die letzten vier Stücke der Forme, die hier besprochen werden mögen, sind im Zusammenhang mit dem ersten Romzug Karls IV. Die am Ostersonntag 1355 vollzogene Kaiserkrönung war eigentlich nicht so durch kriegerische Momente erschwert wie durch Intriguen, welche sie am Hofe zu Avignon zu hintertreiben trachteten, und durch finanzielle Mißhelligkeiten, von denen Kardinalbischof Peter Colombers von Ostia, der die Krönung vornehmen sollte, Karl IV. am 22. Januar 1355 berichtet<sup>1)</sup>. Wir erfahren nun aus einem Schreiben<sup>2)</sup>, das Karl am 9. Februar 1355 an König Ludwig von Ungarn richtet, als Grund für die Verzögerung der Krönungsfeierlichkeiten einen Umstand, der gänzlich vereinzelt überliefert ist und Robert von Durazzo betrifft. Karl IV. teilt da mit, daß der Kardinal seine Romreise erst dann antreten werde, wenn Robert in Freiheit gesetzt sei. Dieser solle sich nach seiner Freilassung nicht bei den Visconti in Italien aufhalten, sondern sofort seine Verwandten in Avignon aufsuchen. König Ludwig schleifte bei der Rückkehr von seinem Rachezug, den er wegen der grausamen Ermordung seines Bruders Andreas im Herbst 1347 nach Neapel unternommen hatte, die Prinzen Ludwig und Robert von Durazzo sowie Robert und Philipp von Tarent in sicheren Gewahrsam nach Visegrád<sup>3)</sup>. König Ludwig entließ im November 1352 Robert von Tarent und Ludwig von Durazzo. Diese sollten irgendwelchen Verpflichtungen nachkommen und erst dann wurden die übrigen zwei aus der Haft entlassen. Alle vier trafen sich in Treviso und wanderten gegen Süden. Nachdem ihnen in Florenz kein Einlaß gewährt worden war, gingen sie nach Rom<sup>4)</sup>. Wir hören hierauf drei Jahre nichts von Robert von Durazzo. Erst zum Jahre 1355 erfahren wir<sup>5)</sup>, daß er, mit seinem Vetter König Ludwig von Tarent überworfen, Italien den Rücken kehrt, eine Zeitlang in französischen Diensten steht und sich

1) Johannis Porta de Annoniaco liber de coronatione Karoli IV. imperatoris, Ss. rer. Germ. in us. schol. ex MG. editi (1913), 12. 2) Cod. I, 243, Bl. 100 r, Nr. 50; abgedr. Beilage 4. 3) Werunsky, Karl IV., II, 473 ff.

4) Matteo Villani, libro III, cap. XLV, Collezione di storici italiani V (1846), 241 f. 5) Matt. Vill., lib. V, cap. III, a. a. D. 397 f.

schließlich in der Provence einen abenteuerlichen Gewaltstreich leistet, bei dem er nur durch Vermittlung seines mächtigen Oheims Talanrand von Périgord heil davontkommt und von dem noch zu sprechen sein wird. Es ist schier unmöglich, die Erklärungen Karls IV. mit der Erzählung Matteo Villanis in Einklang zu bringen, die Sachlage wird noch verwirrter, wenn wir die Lektüre des königlichen Schreibens fortsetzen und vernehmen, daß Ludwig von Tarent nach Roberts Entlassung die Wünsche des ungarischen Königs berücksichtigen und Karl IV. selbst hiefür sein Möglichstes beitragen werde. Leider ist der Text recht verderbt, das Verständnis des Mitgetheilten ist dadurch wesentlich erschwert. Karl verspricht auch bei den bevorstehenden <sup>1)</sup> Friedensverhandlungen zwischen Venedig und Genua die Interessen Ludwigs von Ungarn im Auge zu behalten. Pisa selbst, Siena <sup>2)</sup> und viele andere Städte hätten ihm bereits gehuldigt <sup>3)</sup>.

Der Gewaltstreich Roberts von Durazzo ist mit Hauptgegenstand eines Gesandtschaftsberichtes <sup>4)</sup> aus Avignon an den Kaiser, dessen Inhalt folgender ist: Robert von Durazzo, welcher die Feste Balzo trotz der Belagerung durch die Bewohner der Provence erfolgreich behauptet hatte, hat auf furiale Vermittlung und besonders auf die Bitten des Kardinals von Périgord hin nachgegeben, um in Dienste des französischen Königs, dessen Untertan der Berichterstatter ist, zu treten. Was die Ankunft des Schreibers mit seinen Begleitern, römischen Boten, in Avignon betrifft, sind sie vom Papst freundlichst empfangen worden. In Anwesenheit von fünfzehn Kardinälen trugen die Abgesandten ihre Botschaft vor, worauf der Papst nur von seiner Rückkehr nach Rom sprach. Der Schreiber und Jo. de Vicedominis verhandelten noch weiter mit dem Papst. In Italien sei Krieg zwischen Mailand einerseits, Montserrat und Bologna anderseits ausgebrochen, die Söhne des Castruccio befehlen mit Hilfe der Florentiner Lucca. Der Gesandte wartet bloß auf päpstlichen Bescheid über die kaiserlichen Eingaben und reist dann nach Paris.

---

1) Über einen venezianisch-genuesischen Frieden ist ernstlich erst im Sommer 1355 verhandelt worden. 2) Die am 2. März stattgehabte Huldigung der Gemeinde Siena kann hier nicht in Betracht kommen, es handelt sich vielmehr um die erste Gesandtschaft Sienas an Karl, welche gemeinsam mit der florentinischen am 29. Januar in Pisa eintraf und vorbehaltlos die Signorie anbot; Werunsky, Der erste Romz. K. IV. (1878) 72 ff., 95. Karl verschweigt kennzeichnenderweise die peinlichen Verhandlungen mit den anmaßenden Florentinern. 3) Den übrigen Inhalt des Briefes sowie die Feststellung des Ausstellungstages siehe die Beilage. 4) Cod. I, 243, Bl. 118 v, Nr. 79; abgedr. Beilage 5.



Matteo Villani <sup>1)</sup> erzählt über die Feste Balzo folgendes: Robert von Durazzo ist durch den fargen Unterhalt beim französischen König gänzlich mittellos geworden, braucht dringend Geld und sinnt folglich auf Böses. In der Nacht des 8. April 1355 besetzt er gemeinsam mit dem Sire della Guardia die leerstehende Feste Balzo in der Provence ohne Schwertstreich, erhält von seinem Oheim Talayrand militärischen Zuzug und unternimmt Streif- und Raubzüge in der ganzen Landschaft bis vor die Tore Avignons. Die umwohnenden Barone und Bauern empören und vereinigen sich zu gemeinsamem Kampfe gegen die unverhofften Wegelagerer. Allein die Burg ist uneinnehmbar, erst im August ergibt sich Robert freiwillig und kehrt in französische Dienste zurück.

Die restlose Einheitlichkeit der Schilderungen des Gesandten und Matteo Villanis bürgt dafür, daß es sich in beiden Fällen ohne Zweifel um Balzo handelt, obwohl der Bericht aus Avignon von einem Schlosse namens Banyn spricht<sup>2)</sup>. Mit den Italienkriegen meint der Berichtersteller sicher die Empörung des viscontischen Statthalters in Bologna, Giovanni da Oleggio, auf dessen Seite sich die Markgrafen Aldrovandino von Este und Giovanni von Monferrato, die Mantuaner Gonzaga und Paveser Beccaria geschlagen haben<sup>3)</sup>. Der große Feldhauptmann aus Kaiser Ludwigs des Bayern Tagen, Castruccio Castracane, hatte vier<sup>4)</sup> Söhne. Altino ward im Juni 1355 zu Pisa enthauptet<sup>5)</sup> und Arrigo von dem aufständischen Oleggio als viscontischer Verschwörer im August 1355 zu Bologna hingerichtet<sup>6)</sup>. Offenbar bekämpfen Valerano und Giovanni Lucca, während ihre Brüder ein gewalttames Ende gefunden haben.

Nun bleibt noch zu erörtern, wer der Schreiber dieses interessanten Briefes gewesen sein mag, der das 79. Stück der Forme ist. Das nächstfolgende Stück<sup>7)</sup>, Nr. 80, hat formvollendete, jedoch nichtsagende Phrasen zum Inhalt, zum Absender den Generalprokurator des Fiskus in Reichsitalien Lello de' Cosci und am Schluß die Mitteilung, daß der Überbringer des Briefes zugleich Berichte aus Avignon und Italien mündlich ausrichten sowie irgendwelche Weisungen des Kaisers für den Absender entgegennehmen soll. Endlich verzeichnet Nr. 80 als Ausstellungsort Avignon, desgleichen Nr. 79. Der Stil der beiden Briefe ist sehr verwandt, verrät einen humanistisch ge-

1) Matt. Vill., I. V, cap. III, IV und LXXI, a. a. O. 397 f. u. 453. 2) Der Fehler rührt zweifelsohne vom ortsunkundigen Kopisten her. 3) Werunsky, Karl IV., III, 134 f. 4) Werunsky, Erster Romzug 86 u. 320. 5) Ebda 321. 6) Werunsky, Karl IV., III, 136. 7) Cod. I, 243, Bl. 111 v.



schulten Verfasser und ermöglicht eine raffinierte Darstellung heikler Angelegenheiten. Vellus Petri Stephani de Cosectis de urbe, wie ihn Nr. 80 nennt, wird von Petrarca als sein zweites Ich, als ein Liebling der kaisertreuen Colonna sowie als ein Römer von edlem Geblüt bezeichnet <sup>1)</sup>. Im Februar 1355 ist Vello Kammerherr des nach Rom reisenden Peter Colombiers und Ritter in französischen Diensten <sup>2)</sup>. Seine Ernennung zum Generalprokurator erfolgt am 22. März 1355<sup>3)</sup>, aus seinem Munde erfährt der neugekrönte Herrscher die Anliegen des römischen Volkes <sup>4)</sup>. Der Verfasser von Nr. 79 nun gibt sich mit seinen Begleitern als Boten des römischen Volkes aus und spricht vom französischen König als seinem Herrn, was bei einem kaiserlichen Berichterstatter gewiß nicht oft der Fall gewesen ist. Auch die rein äußerlichen Umstände der Überlieferung sind zu bedenken, daß Nr. 80, das Schreiben Vellos, unmittelbar auf Nr. 79 folgt, daß Nr. 79 weder Überschrift noch Adresse besitzt <sup>5)</sup> und daß endlich in den Forme eine gewisse Gruppierung der Stücke mitunter anzutreffen ist. All diese Momente veranlassen mich, in Vello den Verfasser des Berichtes wieder zu erkennen. Er wird bald nach der Kaiserkrönung nach Frankreich zurückgekehrt sein und den Bericht anfangs 1356 an den Kaiser abgesandt haben, denn all die geschilderten Ereignisse hatten um jene Zeit ihren Abschluß gefunden und manche Händel werden noch auf den „discessus“ des Kaisers zurückgeführt, ein allzugroßer zeitlicher Zwischenraum wird demnach nicht bestanden haben.

Ich möchte den Abschnitt d), die Besprechung einiger bisher unbekannter Stücke der Forme, sowie das Kapitel über die Forme, d. h. über die erste Hälfte der von mir beschriebenen Schweidnitzer Quelle, mit der Erwähnung eines Schreibens beschließen, das bereits bekannt ist und zwar aus einer Handschrift, die einige Stücke mit der zweiten Hälfte unserer Quelle gemein hat. Die Handschrift H, 3 des Prager Domkapitels <sup>6)</sup> hat auf Blatt 48 r die Abschrift <sup>7)</sup> eines Klagebriefes

1) Fracasetti, Petrarcae epistolae II, 524. 2) Werunsky, Erster Romzug 113. 3) Ebda 146. 4) Johannes Porta de Annoniaco, a. a. O. 81.

5) Der phrasenhafte Vermerk Littere missiles domino Imperatori per comites, duces, archiepiscopos et episcopos am Schluß von Nr. 79 bedeutet so gut wie gar nichts. 6) Nachforschungen nach dieser Handschrift im Prager Domkapitel sind leider erfolglos geblieben.

7) Abgedr. J. Palach, Über Formelbücher II (1847), 22, Nr. 8; Palach 7 sagt, die Handschrift sei auf Papier in 4, aus dem 15. Jh., nicht gut erhalten, da sie nur noch aus 81 Blättern besteht, nachdem der Rest längst abgerissen und verloren ist. Unser Stück ist dem von Bl. 35 bis 81 reichenden Formelbuch entnommen, das sich nach Palach meist aus an Kg. Wenzel IV. gerichteten oder von ihm geschriebenen Briefen zusammensetzt.

Karls IV. an einen Fürsten, wahrscheinlich den König von Ungarn, wegen Konrads von Aussenstein, der sich bei Gemona in Friaul von ihm und seinem Gefolge würdig verabschiedet, aber dann bei Bordenone Sbinco von Hasenburg und andere Edle gefangen genommen und beraubt habe. Die Forme <sup>1)</sup> verschweigen allerdings den Übeltäter, nennen aber dafür die übrigen Betroffenen, nämlich Hasco von Swirzetitz, H. de Camczicz und den jüngeren Andreas von Dauba, sowie den Ausstellungsort Mantua. Auf Grund dieser sich gegenseitig vervollständigenden Überlieferungen ist eine Rekonstruktion <sup>2)</sup> des im Dezember 1354 abgesandten Briefs Karls IV. möglich gewesen.

### III. Die Fortsetzung der Forme Johannis Noviforensis.

Wir haben beim Karlprivileg für Wenzel von Luxemburg äußerst anschaulich beobachten können, wie die aus der Königszeit stammenden Formulare nach der Kaiserkrönung den neuen Anforderungen angepasst, d. h. entsprechende Diktionsänderungen vorgenommen worden sind. Der Herrscherwechsel von 1378 veranlaßt wiederum eine Umgestaltung. Wenceslaus tritt an die Stelle von Karolus. Vier belanglose Formulare, an denen diese letztere Umgestaltung feststellbar ist, da sie in der Summa cancellariae von Karolus, im zweiten Teil der Forme von W(enceslaus) ausgestellt sind, haben mich veranlaßt, die zwei Teile zueinander in Beziehung zu bringen. Betreffs der Benennung dieses zweiten Teiles bin ich in große Verlegenheit geraten und nur aus Ermangelung eines treffenderen habe ich den unpassenden Titel „Fortsetzung der Forme Johannis Noviforensis“ gewählt. Unpassend ist er vor allem insofern, als ich nicht nachweisen kann, ob eine wissenschaftliche Fortsetzung vorliegt, und ich auf die erste Frage jedes Lesers, wer denn der Fortsetzer sei, keine Antwort zu geben vermag. Ich stehe vor Rätseln und will niemandem Annahmen aufzwingen, an denen ich selbst zweifle. Die Fortsetzung der Forme umfaßt 316 Stücke, die insgesamt in die Jahre 1385 bis 1420 zu verlegen und ausgesprochene Briefmuster sind. Höchstens zehn Stücke haben so viele ursprüngliche Merkmale bewahrt, um näher datiert werden zu können und der Forschung zu dienen.

Das erste Stück <sup>3)</sup> ist die berühmte Denkschrift König Sigmunds von Ungarn an die Kardinäle, in der er sich über das Verhalten Papst Bonifaz' IX. ihm gegenüber bitter beklagt, die traurigen Verhältnisse seines Landes in den lebhaftesten Farben schildert, die Kirchenfürsten

<sup>1)</sup> Cod. I, 243, Bl. 100 v, Nr. 51.    <sup>2)</sup> Siehe Beilage 3.    <sup>3)</sup> Cod. I, 243, Bl. 117 r, Nr. 107; abgedr. Beilage 14.

ersucht, den unhaltbaren Zuständen kraft ihres Einflusses ein Ende bereiten zu helfen, sowie sie endlich versichert, daß er trotz aller ihm zugefügten Unbill dem katholischen Glauben treu ergeben bleibe. Franz Palach hat diesen Brief allerdings unvollständig in der Handschrift H, 3 des Prager Domkapitels gefunden <sup>1)</sup>, wo auch der Klagebrief Karls IV. wegen Konrads von Aussenstein abgeschrieben ist. Die Forme überliefern Sigmunds Schreiben in vollem Wortlaut <sup>2)</sup>, bringen viele Stellen ausführlicher und haben nur statt eines Satzes in der Fassung des Kapitelfodex die Worte *Confusa sic*. Die äußerst genaue zeitliche Festsetzung des Stückes durch Palach <sup>3)</sup> in den August 1403 ist mir unverständlich; als Zeitpunkte, zwischen welche die Abfassung der Ur-schrift fällt, können einzig der Ausgleich Sigmunds mit den ungarischen Großen im Herbst 1401 <sup>4)</sup> und das Todesjahr Bonifaz' IX., 1404, gelten.

Das dritte Stück endlich, das sowohl in der Fortsetzung der Forme <sup>5)</sup> als auch im Kapitelfodex H, 3 <sup>6)</sup> erscheint, ist die Aufforderung <sup>7)</sup> Sigmunds an die böhmischen Barone, an der Bekriegung Markgraf Prokops erfolgreich mitzuwirken. Diese Aufforderung findet sich ebenfalls in der Wittingauer Handschrift C, 6 <sup>8)</sup>, in der *Summa cancellariae regis Wenceslai IV* <sup>9)</sup>. Da beide Schreiben Sigmunds,

---

1) Cod. H, 3, Bl. 31. 2) Der Vermerk Dat. am Schluß zeugt wohl davon, daß Nr. 107 vollständig sein wird. 3) Palach, Über Formelb. II, 78, Nr. 74. 4) J. A. Fehler, Geschichte von Ungarn II (1869), 286 f. 5) Cod. I, 243, Bl. 122 r, Nr. 158. 6) Cod. H, 3, Bl. 62. 7) Abgedr. Palach a. a. O. 75, Nr. 70; Palach verlegt das Stück ins Ende 1399. Die Forme verwechseln Olmütz mit Leitomischl und nennen Otto von Bergow Otto de R. 8) Cod. C, 6, Bl. 47. 9) Friedjung, Karl IV. und sein Anteil 111, verweist irrtümlich auf die Handschrift 183 des Wiener Staatsarchivs als auf die *Cancellaria Wenceslai regis*. Diese Handschrift, die jetzt unter Nr. 2449 im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag verwahrt wird, enthält vielmehr die Brieffammlung Johannis von Jenzenstein und hat mit Wenzelformularen nichts gemein. Die *Epistola cuidam poete*, die Friedjung auf Seite 324 abdruckt, gehört zu dieser Sammlung, kann also nicht als Beleg herangezogen werden, wie „sich die *Cancellaria Wenceslai regis* an die Leistungen Johannis von Neumarkt anlehnt.“ Die Ähnlichkeit bleibt natürlich gelten. Der Irrtum ist dadurch unterlaufen, daß Friedjung den unpassenden Vermerk auf dem Kodexeinband „*Epistolae Cancellariae Bohemicae sub Wenceslao rege*“ bona fide übernommen hat. Außer den Briefen Jenzensteins sind im Kodex viele Urkunden Karls IV. und der Meißener Markgrafen sowie das Schreiben Johannis von Neumarkt an den Wischehrader Dechanten Konrad von Wiesel überliefert. Einige Stücke, darunter das Schreiben Johannis v. N., hat J. Poserth veröffentlicht in Beiträge zur Geschichte der Erwerbung der Mark Brandenburg durch Karl IV., Mitt. d. Ver. f. Gesch. d. Deutschen i. B. XVI (1878), 172 ff.



sowohl dasjenige an die Kardinäle als auch das an den böhmischen Adel, gewiß in mehreren Exemplaren ausgefertigt worden sind, braucht man einen Zusammenhang zwischen beiden Überlieferungen nicht unbedingt anzunehmen. Nichtsdestoweniger ist die Tatsache erwähnenswert, daß einige Beziehungen zwischen der Fortsetzung der *Forme* und der *Cancellaria Wenceslai IV.* bestehen. Im vierten Band des *Časopis archivní školy* (Prag 1927) ist eine Arbeit Wenzel Hadáčs über die *Cancellaria Wenceslai* in der Wittingauer Handschrift erschienen. Der Verfasser erbringt da den klaren Beweis, daß diese *Cancellaria* aus den Formularsammlungen Peters von Vinea, Johannis von Neumarkt und Johannis von Gelnhausen geschöpft hat. Viele Stücke sind *mutatis mutandis* wörtlich abgeschrieben worden. Es ist weiter Hadáč gelungen, als Autor der *Cancellaria Wenceslai* den Magister Johannes dictus Cardinalis de Reinstein nachzuweisen. Dieser, wahrscheinlich aus Thüringen stammende Deutsche, der an der Prager Universität studiert und mehrere Präbenden in Böhmen besessen hatte, hat viele Abschriften anfertigen lassen, unter anderen die von Petrarcas *Bucolica* und Lucians Wörterbuch, und spielte im Geistesleben seiner Zeit eine glänzende Rolle. Er ist als vertrauter Freund Johannes Hussens bekannt und unter seinem Rektorat hat auch die Prager Universität am 10. März 1417 das „*decretum de communione sub utraque*“ erlassen, das einen Entrüstungsturm entfachte und Johann Cardinalis den Beinamen des „Widergottes“ eintrug.

Die Identifizierung des Fortsetzers der *Forme* scheint mir unmöglich. Man wird höchstens auf Persönlichkeiten aufmerksam machen können, die dem Freundes- und Schülerkreise Johannis von Neumarkt angehört, seinen Stil nachgeahmt haben und ihm teilweise in seinen Würden nachgefolgt sind: vor allem auf Peter von Tauer und Nikolaus von Riesenburg <sup>1)</sup>. Peter diente unter Karl in der Reichskanzlei von 1360 bis 1376, unter Wenzel als Protonotar bis 1386. Der Westpreuße Nikolaus setzte Johannis von Neumarkt humanistische Neigungen und stilistische Art fort, war unter ihm seit 1367 Notar, ward 1374 Protonotar, sein Nachfolger auf dem Olmüzer Bischofsitz und Domherr von Breslau. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese zwei irgendwie an der Abfassung der Fortsetzung der *Forme* Johannis Noviforensis beteiligt gewesen sind <sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Ich entnehme diese Hinweise Burdach, B. Ma. 3. Reform. V, 27 u. 30 f.

<sup>2)</sup> Es ist immerhin möglich, daß bei noch gründlicherem Studium der Quelle sich vielleicht ein inneres Merkmal findei, das den Autor ahnen ließe. Die Ausichten sind jedoch recht trüb, die Quelle trägt in ihrem zweiten Teil zu ausgeprägt die Züge einer gänzlich entindividualisierten Briefmustersammlung.



Theodor Lindner muß um die Forme gewußt haben, denn er erwähnt bei Besprechung <sup>1)</sup> der Gesandtschaft Wenzels IV. an den Papst im Herbst 1396 „ein Formularbuch im Besitze der Stadt Schweidnitz“ und zitiert zum Teil <sup>2)</sup> den dort überlieferten <sup>3)</sup> königlichen Geleitbrief. Th. Lindner wird aber die Handschrift selbst schwerlich in Händen gehabt haben, denn sonst wäre ihm wohl nicht das andere für die Geschichte Wenzels bedeutsame Schriftstück <sup>4)</sup> entgangen, nämlich das königliche Schreiben, das die Forme allein aufweisen und mit dem Wenzel auf eine erfreuliche Botschaft antwortet, die ihm ein Kardinal Jo. übermittelt hat und die offenbar von einem einflußreichen Fürsten stammt. Der Luxemburger berichtet von der Befreiung seines Bruders Sigmund, der sich mit dem ungarischen Adel ausgeglichen habe und nun die Herrschaft kraftvoller ausübe denn je. Wenzel und Sigmund beabsichtigen, mit den Markgrafen Jodok und Prokop sowie anderen Fürsten und Verwandten zu Breslau zusammenzutreffen, schwebende Fragen zu klären und hernach Gesandtschaften an Bonifaz IX. und den Empfänger dieses Briefes zu schicken. Zweifelsohne handelt es sich hier um die am Ende des Jahres 1398 geplante Fürstenzusammenkunft in Breslau, die aber dann wegen Wenzels Erkrankung nicht zustande kam <sup>5)</sup>. An diesem Kongresse sollte ebenfalls König Wladislaus von Polen teilnehmen, von dem im Briefe der Forme geschwiegen wird. Die Unterbindung Sigmunds in der politischen Freizügigkeit ist eine Folge der furchtbaren Niederlage bei Nikopolis vom 28. September 1396 gewesen. Sigmund floh damals, gab sein Reich dem Sieger preis. Da verbündeten sich die ungarischen Mißvergnügten, lehnten sich wider Sigmund auf und wünschten den Neapolitaner Ladislaus zum König. Anfangs 1397 tauchte Sigmund in Dalmatien auf und errang sowohl friedlich auf dem Reichstag zu Temesvár als auch gewaltsam durch Ermordung der mißvergnügten Rädelsführer 1398 die alte Macht in vollem Umfang wieder <sup>6)</sup>.

<sup>1)</sup> Th. Lindner, *Gesch. des deutschen Reichs unter Kg. Wenzel II* (1880), 490.

<sup>2)</sup> Da Lindner den Geleitbrief bloß auszugsweise anführt, bringe ich im Anhange dessen vollen Wortlaut. <sup>3)</sup> Cod. I, 243, Bl. 121 v, Nr. 149; abgedr. Beilage 12.

<sup>4)</sup> Ebda Bl. 128 v, Nr. 236; abgedr. Beilage 13. <sup>5)</sup> *Deutsche Reichstagsakten unter Kg. Wenzel* (J. Weizsäcker) III (1877), 63 ff., Nr. 28 u. 29. <sup>6)</sup> Fessler, *Gesch. Ungarns II*, 273 ff.

#### IV. Beilagen.\*)

1. Kg. Wenzel II. verpflichtet die Bürger von Beraun zu einer Grundsteuer und zur Anwendung des Rechts der Altstadt Prag. 1303, September 1. Cod. I, 243, Bl. 114<sup>v</sup>, Nr. 91. Vgl. Seite 329.

Wenceslaus<sup>1)</sup> dei gracia Bohemie<sup>2)</sup> et Polonie rex tenore presentis<sup>3)</sup> notum facimus universis tam presentibus quam futuris, quod nos civium civitatis nostre Veronensis supplicacionibus favorabiliter annuentes volumus, ordinamus atque statuimus, ut cives ipsi de quolibet laneo ad civitatem ipsam pertinentem, in quo quidem laneo LXXII strichas<sup>4)</sup> annone valeant seminare, dimidiam marcā argenti puri Pragensis ponderis annuatim in festo beati Galli<sup>5)</sup> nobis nomine census solvere teneantur ita tamen, quod nobis licebit eisdem civibus maiorem censum inponere, si nobis<sup>6)</sup> aliis civitatibus regni nostri maiorem censum inponere vel augere continget.

Ceterum volumus, ut cives ipsi iure Antique<sup>7)</sup> Maioris<sup>8)</sup> civitatis nostre Pragensis tam in iudiciis quam in aliis eorum contractibus gaudeant et utantur. In cuius rei testimonium presentes litteras fieri et sigillo<sup>9)</sup> maiestatis nostre iussimus communiri. Datum Prage per manus venerabilis Petri Basiliensis episcopi, Wissegradensis prepositi regnique Bohemie<sup>2)</sup> cancellarii, principis<sup>6)</sup> nostri<sup>6)</sup> dilecti<sup>6)</sup>, anno domini MCCCIII, kl. Sept., ind. prima, anno regnorum nostrorum Bohemie<sup>2)</sup> septimo, Polonie vero tercio, etc.

Cod. I, 243: a) nos.

Čelakovský, Cod. Iur. Mun. II, 141, Nr. 76: <sup>1)</sup> Nos Wenceslaus <sup>2)</sup> Boemie <sup>3)</sup> presencium <sup>4)</sup> iure Antique seu Maioris <sup>5)</sup> sigillis <sup>6)</sup> fehlt.

\*) Vgl. G. Juritsch, Die Deutschen und ihre Rechte in Böhmen und Mähren im 13./14. Jahrh. (1905), 15 ff.

\*\*) 16. Oktober.

2. Der Breslauer Domherr Otto von Donyn bittet Johann von Neumarkt um Befürwortung seiner Eingaben am königlichen Hofe, wünscht für sich selbst sowie für seinen Neffen Dr. Johann von Donyn eine Anstellung bei der Reichskanzlei und verspricht seinem Gönner das Breslauer Kreuzstiftskanonikat. 1346—1354. Cod. I, 243, Bl. 113<sup>v</sup>, Nr. 88. Vgl. Seite 334.

Affectu fraterne et sincere dileccionis premissis, Johannes frater et amice karissime, vobis studui presentibus explicare<sup>1)</sup>, quod littera domino meo regi per exhibitorem presencium est<sup>2)</sup> presentanda. Eidem domino meo, quanto humiliter et efficacius potui, supplicavi et supplico, quod inspectis<sup>4)</sup> continua servitorum meorum servitute ac fidelitate, quibus sibi et terre sue expensas magnas faciens, complacui capitaneo<sup>3)</sup> et consulibus Wratislaviensibus assistendo, cum<sup>5)</sup> tamen certos redditus ad sigillum non habeam, qui ad illud pertinebant ab antiquo. Unde dignetur michi centum marcas sua<sup>6)</sup> gracia de debitis pecuniis<sup>7)</sup> per Judeos in Wratislaviensi ducatu relictis assignare, quod eo melius et fervencius sibi<sup>8)</sup> servire possim et facta sua<sup>6)</sup> attentius procurare, quas me capitaneus et consules post completam perceptionem pecunie ipsis per dominum regem alias assignate exigere et recipere permittant et michi in auxilium presentent et favorem. Quare vestre fraternitati confidenter supplico et intime per affectum, quatenus mei amore negocia mea et petitiones huiusmodi apud

\*) Ich spreche hiermit den Herren Univ.-Prof. Dr. A. Stein und Archivrat Dr. B. Jenzovský meinen verbindlichsten Dank für die freundliche Unterstützung bei der Ausarbeitung der Texte aus.

dominum meum regem, sicut de vobis presumo, fideliter et legaliter dirigatis et michi super eo litteras, quas vos mei causa formare rogo, a domino meo rege impetretis, ipsas michi<sup>9)</sup> per nuncium presentem transmittentes. Vobis<sup>10)</sup> sincere promitto, ipsius pecunie partem et quotam certam, si<sup>11)</sup> assecutus fuero, nomine honoris et propine pro tediis vestris et laboribus deinde proculdubio erogabo.

Rogo eciam affectuose et sincere, quatenus meum<sup>12)</sup> et domini Johannis de Dony, doctoris decretorum, patruoli<sup>13)</sup> mei, in curia regia promotum intendatis statui sibi<sup>14)</sup> aptum<sup>14)</sup> et congruum<sup>15)</sup>, quem<sup>16)</sup> ambo merere<sup>17)</sup> cupimus et volumus perpetuo applicantes. Nuncium, latorem presentis, peto in negociis sibi<sup>8)</sup> commissis ex parte dominorum capituli ecclesie sancte Crucis Wratislaviensis, cuius per dei gratiam cito eritis menbrum canonicatus intuitu<sup>18)</sup> mei, efficaciter apud dominum regem promovere<sup>19)</sup> et promocionem per idem capitulum domino regi porrigendam<sup>20)</sup>, de qua vobis specialiter scribunt, sicut meritum adeo diligitis, dirigere<sup>21)</sup>, quia huiusmodi facti exordium sum principalis et origo. Item dileccionem vestram deprecor et exoro, ut domino meo regi oretenus proponatis, quod, quamvis libenter iura sua<sup>6)</sup> et servicia sibi<sup>8)</sup> debita in ducatu Wratislaviensi ostente<sup>22)</sup> ipsius nomine postulem<sup>23)</sup>, tamen auctoritate in eo non fungor regie sue<sup>6)</sup> maiestatis, quam si expediens sibi visum fuerit michi ortonum litteraliter tradi et committi. Dat. Wrat.

Otto de Dony canonicus Wratislaviensis Johanni Noviforensi scribit etc.

Cod. I, 243: 1) explicandum 2) fehlt 3) capit. 4) inspecta  
5) et cum 6) lies eius 7) et pecuniis 8) lies ei 9) quod michi  
10) quia vobis 11) quam si 12) me 13) parvi 14) apto 15) congruo  
16) ipsum quod 17) mereri 18) peto intuitu 19) promoveri 20) porrigendo  
21) dirigatis 22) ostendendi 23) postularem 24) lies nostro.

3. Kg. Karl IV. beklagt sich über Konrad von Aufenstein, der bei Bordenone einige Edle seines Gefolges gefangen genommen und beraubt hat. 1354, Dezember. Vgl. Seite 340.

Queremonia imperatoris super ducem Austrie.

Serenissime princeps<sup>1)</sup>, frater carissime<sup>1)</sup>. Rem displicentem animo<sup>2)</sup>, que vestris et quorumlibet fidem et honorem amancium cordibus nauseam potest et non inmerito preparare, ad vos querulose deducimus, qualiter Conradus<sup>3)</sup> dictus . . .<sup>4)</sup>, sue virtutis et honoris oblitus, non considerato recessu amicali, quo a nobis nuper a<sup>a)</sup> Clemona\*) recessit post exhibita nobis sue falsitatis obsequia et post sumpcionem regaliū ciborum et potus a nostra maiestate discedens, dum nulla penitus<sup>c)</sup> de ipso maiestati nostre foret mali suspicio, sed dum de suis obsequiis, que nobis false prebuerat, firmam ac indubiam nostra celsitudo fiduciam retineret<sup>6)</sup>, de civitate Portenaw<sup>7)</sup>\*\*) avunculi nostri ducis Austrie cum complicitibus suis egressus, nobiles<sup>b)</sup> Sbinconem<sup>8)</sup> de Hasemburg<sup>9)</sup>, magistrum camere nostre, Hasconem<sup>d)</sup> de Swereticz, H. de Camczicz et Andream de Duba iuniorem<sup>d)</sup>, barones et familiares et<sup>1)</sup> fideles<sup>1)</sup> nostros dilectos<sup>c)</sup> captivavit inique, equis eosdem, rebus et pecuniis spoliando. Propter quod antedicto avunculo nostro duci Austrie, cuius idem Auffensteinerius<sup>10)</sup> capitaneus ligius<sup>1)</sup> et vasallus existit et in cuius territorio talia perpetrata noscuntur, specialem legacionem dudum transmisimus sperantes, quod ipse considerato sinceri-



tatis affectu, quo ipsum prosequimur, et pensatis tam fraudulentis<sup>11)</sup> et iniquis iniuriis adversus predictum predonem et malefactorem publicum absque cuiuslibet more dispendio iudicium fulminet ulcionis, et de<sup>1)</sup> absolucione<sup>12)</sup> plena nostrorum, recuperacione<sup>13)</sup> ablatorum quorumlibet ac ut nobis iuxta regalis honoris exigenciam super illatis ignominiiis<sup>5)</sup> satisfaciat<sup>5)</sup> debite et sicut amicum decet et principem solerti studio prolaboret. Predicta quoque, serenissime frater, eo ad vestri deducimus fraternalem noticiam, quo vos in quibuslibet odiosis eventibus maiestati nostre amplioris fidei studio gerere dudum agnovimus animum compassivum, non<sup>14)</sup> dubitando<sup>14)</sup> omnino<sup>1)</sup>, quin<sup>1)</sup> in eum eventum, ubi vos invocaverit nostra serenitas, nobis circa premissa opportunum exhibeatis auxilium et favorem. Dat.<sup>c)</sup> Mant.<sup>c)</sup>\*\*\* Cancellarius<sup>c)</sup>.

Cod. I, 243, Bl. 100<sup>v</sup>, Nr. 51: 1) fehlt 2) omnino 3) Jo. 4) V. de N. 5) ignomiis satisfaciet 6) obtineret 7) P. 8) V. 9) Hazinburg 10) N. 11) fraudulententer 12) absolucionis 13) recuperacionis 14) nam dubitantur.

Palacý, Über Formelbücher II, 22, Nr. 8: a) de b) nobilem c) fehlt d) Haseonem—iuniorem fehlt.

\*) Gemona, Provinz Udine. Karl ist dort am 13. Oktober 1354 eingetroffen; Verurschu, Erster Romzug 2.

\*\*) Bordenone, Provinz Udine.

\*\*\*) Kg. Karl weilte die letzten sechs Wochen des Jahres 1354 in Mantua. Vgl. Regesta Imperii.

4. Kg. Karl IV. berichtet Kg. Ludwig I. von Ungarn über die Schwierigkeiten, die seine Kaiserkrönung fortwährend verzögern, über die Huldigung der italienischen Stadtstaaten, sowie über die Ankunft der Königin Anna und das in kurzem zu erwartende Eintreffen Peters von Ostia. 1355, Februar 9. Cod. I, 243, Bl. 100<sup>r</sup>, Nr. 50. Vgl. Seite 337.

Imperator ad regem.

Serenissime frater karissime. Intellectio fratris, quod imperialis coronacio nostra nulla ratione posset ad finem perduei speratum neque dominus<sup>a)</sup> cardinalis iter ad consumacionem huiusmodi nostri honoris vellet assumere, nisi Rubertus de Duracio a captivitatis nexibus solveretur. Nos, qui ad imperii sacri dilatandos honores ex assumpti cura regiminis tenemur intendere, ut propter gencium<sup>b)</sup> nostrarum<sup>b)</sup> multiplicitem seu multitudinem Italicus populus in afflictione maneat<sup>c)</sup> et ut pax et tranquillitas procurentur<sup>d)</sup> fideli populo christiano, ad eius absolucionem intendimus<sup>e)</sup> nolentes eum assumere nec admittere, quod nobiles Vicecomites vicarii nostri Mediolanenses ipsum assumantur<sup>f)</sup> sed potius ad consagwineos suos versus Avinionem redeat<sup>g)</sup>. Sicut eciam, ut confidimus, revertetur, avito eciam tractatu cum rege Loysio<sup>1)</sup> sic disposuit nostra serenitas, quod idem rex apud nos et apud vestram celsitudinem permanebit in<sup>j)</sup> fidei et devocionis constancia ac dimisso dicto Roberto vobis, karissime frater, in omnibus complacebit; sicut eciam ab eodem potestatem habemus et voluntatem omnimodam inter excellenciam vestram ab una et eum parte ab alia super omnibus inter vos verbo facto odiose commissis firmandi perpetuam concordiam et amorem. Dum tamen illud eciam ex<sup>j)</sup> vestra<sup>h)</sup> voluntate<sup>h)</sup> exsistit<sup>h)</sup>, quod<sup>h)</sup> merito consentire potestis, qui nullam habetis dubitandi materiam, quin fraternalis illa dileccio, qua vos, amantissime frater, favorose complectimur, ad hoc continua sedulitate



deliberet<sup>1)</sup>), qualiter regiminis honor vester possit in talibus custodiri, et in concordia celebranda inter civitates Veneciarum et Januensium, quam breviter finire speramus, de vestris prosperitatibus tanto vigilancius intendit nostra serenitas, quanto ad ea, que honoris vestri incrementa prospiciunt, antiquatis amicitiiis forcius inclinamur.

Ut eciam, serenissime frater, non vos lateat regie fortune prosperitas, ecce, quod serenissima Anna Romanorum semper augusta et Bohemie regina, consors nostra dilecta, preter miliciam, cum<sup>j)</sup> qua<sup>k)</sup> alias nostra celsitudo cenabat, cum notabili armatorum gencium multitudine ad nos, ad civitatem Pisanam applicuit<sup>2)</sup> et, reverendo domino patre cardinali Ostiensi iam per VI dies in itinere constituto, eius adventum cottidie prestolamur<sup>3)</sup>. Et divina favente clemencia Pisanis, Senensibus et multis aliis locis insignibus ad obedienciam nostram reductis feliciter corporis et rerum incolumitate potimur non dubitante, quin coronacio nostra et dicte nostre consortis karissime in urbe Romana debeat vel in medio Quadragesime videlicet dominica<sup>j)</sup>, qua cantatur Letare Jerusalem<sup>4)</sup>, aut in die Anunciacionis beatissime Marie virginis letis auspiciis feliciter consumari. De novis autem aliis, quociens occurrerint, vos crebrius informare proponimus desiderantes attente, quatenus nos de statu vestro et serenissimarum principum sororumstrarum tam genitricis vestre, quam eciam preclare vestre consortis nos velitis ad gaudium crebrius edocere etc. Datum Pisis ). Johannes cancellarius Luthomislensis episcopus.

Cod. I, 243: a) domini b) gentes nostre c) maneret d) procurari deberet e) intendamus f) assumentur g) rediret h) vestre voluntatis exstititur sicut i) deliberetur j) fehlt k) quam.

<sup>1)</sup> Luigi von Tarent, der Gemahl Giovannas von Neapel. Karl IV. darf mit Recht für Luigi als seinen Lehensmann vermitteln, da Luigi und Giovannas Macht-haber am 1. Februar 1355 die Markgrafschaft Provence sowie die Grafschaften Forcalquier und Piemont als zum Reich gehörig zu Lehen genommen und Karl IV. die Huldigung geleistet haben.

<sup>2)</sup> 8. Februar 1355; Reg. Imp. VIII, 160, Nr. 1932a.

<sup>3)</sup> Kardinalbischof Peter Colombiers von Ostia teilt am 22. Januar 1355 Karl IV. mit, daß er am 3. Februar von Avignon aufzubrechen gedenke, doch tatsächlich ist er erst am 9. Februar abgereift (Ss. rer. Germ. in us. schol. ex MG. editi, Johannis Porta de Annoniaco Liber de coronatione Karoli IV., 12 u. 51, cap. 6 u. 16). Da Karl in unserem Briefe annimmt, Peter sei bereits sechs Tage unterwegs, muß er sechs Tage nach dem ursprünglichen Termin, also am 9. Februar geschrieben haben, was sehr gut mit der Ankunft der Königin Anna am 8. Februar in Einklang steht.

<sup>4)</sup> 15. März 1355.

<sup>5)</sup> Karls IV. erster Pisaner Aufenthalt währte vom 18. Januar bis 22. März.

5. Vello de' Toschi berichtet K. Karl IV. aus Avignon über den Verlauf des Kampfes um das Schloß Balzo, dessen sich Robert von Durazzo bemächtigt hat, von seiner Aufnahme als römischen Gesandten bei der Kurie und von italienischen Zwisten, die zum Teil eine Folge des kaiserlichen Rückzuges seien. Anfangs 1356. Cod. I, 243, Bl. 118<sup>v</sup>, Nr. 79. Vgl. Seite 338\*).

Pridem, serenissime principum, servo michi vestro per omnia et in omnibus constituto doluit<sup>a)</sup> terram calcari<sup>b)</sup> Germanicam premature nimium et contra spem prochdolor imperii Romani devotorum vestris festivantibus

\*) Wegen technischer Hindernisse mußte dies Stück leider bei der letzten Textrevision ausgelassen werden.

equis, dum extra portam Cremanam locus unus dominum servumque tenebat<sup>c)</sup>). Magna cernens, maiora noscens et maxima potens imperialis et regia celsitudo mandavit, ut, cum in Curia essem, gravem in<sup>d)</sup> servi<sup>d)</sup> manu<sup>d)</sup> inepteque cesum et fragilem vestre maiestati scribendo calamum exercerem; nova festine<sup>e)</sup> insinuo<sup>e)</sup> queque forent<sup>f)</sup>, cum nulla vel pauca reperirem<sup>g)</sup>, petens actam veniam, si deliqui et<sup>a)</sup> non curavi celerius accelerare scripturam. Nunc vero, mansuetissime regum, ut mandatum hoc impleam, vestre celsitudini scribo, quod maius novum, quod in Curia viderim, ex qua veni, fuit, quod preter cogitatum magnificus dominus Robertus de Duracio, qui castrum Bansy obsidentibus provincialibus<sup>h)</sup> omnibus detinebat<sup>i)</sup> municionibus pluribus munitus ad victum pariter et ad bellum non ad modicum tempus<sup>j)</sup> sed ad annum, illud de sue nobilitatis curialitate domino nostro pape restituit et se monitis<sup>k)</sup> apostolicis inclinavit. Quod, ut tenetur ab omnibus, non fecissent<sup>l)</sup> nisi paterne preces domini Petragoricensis cardinalis, qui tamen facinus et turbacionem Curie ac futurorum malorum consequencias abhorrebat, ut mortem iuvenilis facinoris<sup>m)</sup> discretis et iustis iunccionibus<sup>n)</sup> maturasset eundemque<sup>o)</sup> dominum Robertum serviendi domino meo, fratri vestro domino regi Francie, cui<sup>p)</sup> multum placuerat et videtur in posterum placere, compulisset, disposuit<sup>q)</sup> desiderium, quod, ut corde conceperat, opere manifestat, nam ad eundem Parisius iam posuit se in via. Amodo<sup>r)</sup> potest dici, quod, si terra tremuit, nunc quiet<sup>s)</sup>, quia ventis et mari mandatum est et facta est tranquillitas magna valde et licet novum hoc maius inter pauca commemorer, si tamen unicum<sup>t)</sup> dicerem, non errarem, quia maximum novum, quod in Curia video: serenissime princeps, illud stupenter<sup>u)</sup> admiror, quod in moderna Curia nullus<sup>v)</sup> novus<sup>v)</sup> auditor, cuius racio dicitur domini nostri pape condicio. Tenet enim imperialis memoria se legisse, ubi non fuit auditus effundi non deberem sermonem et rursus mel musce secuntur cadavera lupi, quod vel que scilicet clausa firmissima ianua non defendat, circa quod, inclitissime domine mi, cum expressa noceant, ulterius non insisto vestra namque perspicacia coram in aquam me descendisse sufficit ac movisse piscinam.

Sed ut de adventu sociorum et meo Romani populi nunciorum aliquid, cum plura non possim, auribus vestre maiestatis instillem, noseat excellencia vestra, quod in nostro Avinionensi introitu recta via dominum nostrum papam adivimus, qui letissime nos recepit et benignas nobis aures prebere permisit, sed dominos cardinales per nos primo visitari mandavit. Quod<sup>w)</sup> sicut mandatum dederat nobis pati, impleto petivimus, quod in pleno consistorio nos audiret, quod materiam ambasiatie presenciens nobis expressissime denegavit. Sed nobis die postmodum assignato presentibus in Curia cardinalibus XV nos audit, ubi de dominorum cardinalium Romanorum consilio manifesto<sup>x)</sup> non nisi de adventu suo Romam exponere licuit. Illa vice super quo dictos dominos cardinales et socios meos iussus ego tunc dicere et sed vos comederim bibliam non digessi nec digeram nec inde spero incrementum aliquod vel oblectamentum saltem habere. Capitulum vero de commissione regiminis urbis vobis, ut petimus, faciendum<sup>y)</sup> necnon et alia capitula nobis inposita dedimus in scriptura, sed adhuc annuere noluit, quod nos audiret in illis. Dominus Jo. de Vice-dominis et ego in presencia dominorum Boleniensis<sup>1)</sup> et Ostiensis, qui plus quam propria promovent, facta vestra exposuimus illa<sup>2)</sup>, que nobis

vestra celsitudo mandavit, et vero, quantum in pape verbis apparet, multum nos diligit, sed dileccionem huiusmodi non obstantem<sup>aa)</sup> non credo, quod de commissis illa, que<sup>bb)</sup> petimus, vos honoret. Dictus dominus Jo. est in civitate Aquensi semper ad manifesta vestra sollicitus et fidelis.

Guerra, sicut vestram celsitudinem nosse credo, per dominos Vicecomites Mediolanenses mota est contra marchionem Montisferrati<sup>cc)</sup> et contra Bononiam<sup>dd)</sup>. Ut audiui, filii quondam domini Castrucii sunt in castro Avencie et guerram faciunt contra Lucam et videtur, quod illis faveant Florentini. Et comuniter dicitur, quod propter vestrum discessum hec<sup>ee)</sup> omnia suscitantur, et dubitatur, quod alia pullulabunt<sup>ff)</sup>. Alia vero scribenda non habeo; si<sup>gg)</sup> mihi dominus propicius sit<sup>a)</sup>, alia dicenda concipiam<sup>hh)</sup>. Post habitam aliqualem super capitulis illis responsionem a papa, versus Parisius dante domino dirigam gressus meos. Recomendo me gracie vestre celsitudinis, quam dominus conservet. Ad votum semper feliciter actus eius, scriptum Avinione, etc.

Littere missiles domino imperatori per comites, duces, archiepiscopos et episcopos.

Cod. I, 243: a) fēhlt b) calcare c) tenetur d) iam servo manum e) festinis insinuans f) forent que g) repertum h) cum provincialibus i) detinebat et j) temporis k) monitus l) fecisset m) facinoris acerbitatem n) luncionibus o) eundem p) qui sibi q) dispositus r) et sit amodo s) quievit t) unicam u) non stupenter v) nullum novum w) quo x) et manifesto y) facienda z) illas aa) obstantes bb) quam cc) Mant. fratris dd) Bonen. ee) hic ff) pollulabunt gg) sed hh) concepi.

<sup>1)</sup> Guido de Bologna, Kardinalbischof von Porto (Eitel, Hierarch. cath. 17).

6. Kanzler Johann von Neumarkt schreibt an den Breslauer Propst Peter von Baun über die reiche Beschenkung, die dem Kaiserpaar und den Kanzleibeamten anlässlich ihres Besuches bei Kg. Ludwig von Ungarn zu Raab im Februar 1356 zuteil geworden ist, und rät seinem früheren Amtskollegen entschieden davon ab, sich des Verdienstes wegen in Metz niederzulassen. Frühling 1356. Cod. I, 243, Bl. 113<sup>v</sup>, Nr. 87. Vgl. Seite 334.

Salute et amicitia premissis domine, perpetue amice karissime. Magnitudinem honorum, quibus rex Ungarie personam serenissimi et invictissimi principis et domini domini imperatoris grata deliberacione respexit, nemo narrare potest<sup>a)</sup>, nam liberalitas donorum regalium non solum verborum ordinem, immo cogitacionum vires excellit ut sic quodam modo ineffabilis tanti decoris claritas. Nec exprimi possit ab aliquo, quod tanti regis gloria preparavit, nam post vasorum aureorum distribucionem munificam, quibus cesari et imperatrici previum fuisse<sup>b)</sup> dinoscitur, ego clenodia<sup>d)</sup> signanter usque ad valorem mille florenorum et Nicolaus de Chremsir ad florenos trecentos et, dum plures non essent principales notarii, quasi necessitate compulsus eliciens iuniores loco maiorum instituit<sup>c)</sup>, qui obtinuerunt centum florenos pro quolibet; et sic omnes adulti et iuvenes redierunt feliciter donis regalibus consolati. Et quia tantam fortunam neglexistis ad presens, consulo, quod non vadatis ad civitatem Mocensem, ubi multas expensas opinor incumbere et nulla vel saltem valde modica lucra, cum de preterito tempore omnia sicut satis Mocensia negocia fuerunt expedita. Unde consultum apparet, quod in Wratislavia in bonorum piscium et sapide marcialis cervisie copia maneatis. Datum etc.



Luthomislensis episcopus Johannes cancellarius scribit domino preposito Wratislaviensi.

Cod. I, 243: a) poterit b) fore c) institui d) Nach elenodia undeutbares Schriftbild.

7. R. Karl IV. beglückwünscht seine Schwägerin Johanna wegen der Erfolge, die ihr Gatte Wenzel von Luxemburg gegen Ludwig von Flandern in Brabant erzielt hat, berichtet über das mit Kg. Ludwig von Ungarn abgeschlossene Heirathsabkommen und läßt sie gelegentlich des Meßer Reichstages zu einer Besprechung nach Luxemburg. 1356, Mai. Cod. I, 243, Bl. 102<sup>v</sup>, Nr. 60. Vgl. Seite 333.

Imperator ducisse Lucemburgensi.

Karolus etc. Illustris soror karissima, letatur admodum et iocundatur nostra sublimitas super votivis<sup>a)</sup> successibus, qui<sup>b)</sup> illustri duci Lucemburgensi, Limburgensi et Lothoringensi, fratri nostro prekarissimo, tuo conthorali atque tibi circa terram Brabancie deo propicio evenerunt. Nam felices vestre dileccioni<sup>c)</sup> perspicuos eventus proprios reputamus nosse te volentes, quod hiis diebus<sup>1)</sup> in Ungaria fuimus, ubi cum serenissimo rege Ungarie, fratre nostro karissimo, gratam misimus<sup>d)</sup> parentelam, videlicet inter primogenitum<sup>2)</sup> illustris<sup>e)</sup> Johannis<sup>e)</sup> marchionis<sup>e)</sup> Moravie, fratris nostri karissimi, et filiam<sup>3)</sup> quondam<sup>4)</sup> ducis Stephani, fratris predicti regis Ungarie, sponsalia contrahendo eademque premissis<sup>f)</sup> litteris<sup>f)</sup> sollempnibus roborando, quem eciam dominum regem ad nostra habemus beneplacita solita sinceritate paratum.

Preterea quinque septimanis post festum Pasche<sup>5)</sup> in civitate Mecensi domino largiente esse proponimus pro variis sacri imperii negociis constituti dileccionem tuam rogantes attente, ut tunc ad comitatum Lucemburgensem velis procedere, ut longior nobis sit facultas alia aliqua nunciandi; ac predictum fratrem nostrum, consortem tuum, velis inducere, ut secundum quod sibi<sup>h)</sup> scribimus apud nos in prefata civitate Mecensi tunc sit omnimode constitutus pro certis et multis negociis nostrum et vestrum comodum concernentibus invicem pertractandis infra tempus illud et, antequam nobis conveniat, archiepiscopo Treverensi aut cuiquam alteri nullam penitus gwerram moveat<sup>i)</sup>, nam ex hiis, que nostra sibi<sup>h)</sup> maiestas aperiret, indubitanter senciet illud, quod sibi<sup>h)</sup> consulimus honori<sup>g)</sup> et comodis suis<sup>k)</sup> grata perducere incrementa. Datum<sup>6)</sup> etc. Cancellarius Luthomislensis episcopus etc.

Cod. I, 243: a) votiva b) que c) fehlt d) mittimus e) illustrem Johannem marchionem f) premissis et litteris g) honoris h) lies ei i) movendo k) lies eius.

<sup>1)</sup> Ende Februar 1356 in Raab.

<sup>2)</sup> Jobod. <sup>3)</sup> Elisabeth.

<sup>4)</sup> Herzog Stephan von Kroatien starb am 9. August 1354.

<sup>5)</sup> Im Jahre 1356 ist der 24. April Ostersonntag gewesen.

<sup>6)</sup> Die Abfassung dieses Schreibens fällt wahrscheinlich in die Zeit nach Ostern, in die erste Maihälfte 1356, da noch am 30. April der vierte Sonntag nach Ostern als Termin gegolten hat. Reg. Imp. VIII, 210, Nr. 2593 a.

8. R. Karl IV. bestätigt der Stadt Beraun das Privileg Kg. Wenzels II. vom 1. September 1303, will bei der Schöffeneinsetzung die nationale Zusammenfassung der Bürgerschaft berücksichtigt wissen und erläßt wirtschafts-



politische Verordnungen. 1356, August 8. Cod. I, 243, Bl. 106<sup>r</sup>, Nr. 64. Vgl. Seite 329.

Statuta seu concessiones civitatis Veronensis.

In <sup>1)</sup> nomine <sup>1)</sup> sancte <sup>1)</sup> etc. <sup>1)</sup> Karolus <sup>1)</sup> etc. <sup>1)</sup>. Ad perpetuam <sup>a)</sup> rei memoriam universis et singulis presentes litteras inspecturis, presentibus et futuris, volumus fore <sup>2)</sup> notum, quod venientes ad imperialis <sup>3)</sup> maiestatis nostre presenciam fideles nostri dilecti iudex et iurati pro se ac universitate civium et hominum utriusque linguagii <sup>b)</sup> et <sup>b)</sup> idiomatis <sup>b)</sup>, tam Theotunici <sup>4)</sup> quam Bohemici, civitatis nostre Veronensis nobis humiliter supplicare curarunt, quatenus eis et civitati predictae <sup>5)</sup> gratiam facientes specialem litteras incliti Wenceslai dive memorie Bohemie <sup>6)</sup> et Polonie regis, avi nostri karissimi <sup>7)</sup>, et certa iura et <sup>8)</sup> emunitates <sup>8)</sup> in eis contentas <sup>c)</sup>, datas et concessas dignaremur de benignitate regni <sup>9)</sup> Bohemie <sup>6)</sup> graciosius confirmare, quarum tenor legitur in hec verba: Nos <sup>10)</sup> Wenceslaus <sup>10)</sup> dei <sup>10)</sup> gracia <sup>10)</sup> etc. <sup>10)</sup> \*). Nos itaque supplicationibus <sup>d)</sup> predictorum civium rationabilibus et condignis benigno favore facilius inclinati prefatas litteras et tenores ipsarum de benignitate sedis regie Bohemie <sup>6)</sup> approbamus, ratificamus <sup>11)</sup> et gratificamur <sup>e)</sup> eisque nostrum benignum prebemus assensum pariter et consensum.

Preterea volentes, ut prefati cives et incole predictae civitatis Veronensis pacis dulcedine et quietis amenitate nostris et futuris temporibus feliciter paciantur, statuimus et decrevimus ac edicto regio perpetuo stabilimus, quod subcamerarius regni nostri Bohemie matura previa deliberacione ex tunc inantea de utriusque ligwe tam Bohemice quam Theotunice simul eloquio et liguagio in civitate ipsa sex viros Bohemos pro parte Bohemorum et sex viros ligwe peritos Theotunice pro parte Theotunicorum scabinos et consules legales idoneos et sufficientes ad effectum consulatus annis singulis possit <sup>i)</sup> et <sup>i)</sup> teneatur <sup>i)</sup> eligere et constituere, qui dictum officium in iudicio et consilio eloqui et proferre possint et valeant <sup>g)</sup> digne <sup>g)</sup> facere et laudabiliter exercere. Eleccionem vero ac dispositionem de persona vel personis iudicis vel iudicum in dicta civitate statuenda <sup>k)</sup> vel statuendis nostre dumtaxat provisioni specialiter duximus reservandas <sup>l)</sup>.

Ceterum decrevimus et statuimus, quod deinceps inantea cives et incole alienigene possint et valeant in foro et placea comuni civitatis predictae domos sibi <sup>m)</sup> emere seu eciam edificare et constituere licite ac libere eas, quas <sup>n)</sup> inhabitare vel habitacionem in eis facere volunt <sup>o)</sup> personalem, impedimento civium predictorum et aliorum quorumcumque non obstante. Volumus insuper et decrevimus, ut ex nunc inantea perpetuo omnes cives et incole Bohemi dicte civitatis eisdem et similibus paribusque et omnibus <sup>f)</sup> et singulis iuribus, imunitatibus, consuetudinibus et comodis cum concivibus et incolis Theotunicis, in quibuscumque rebus sint vel esse poterint, quomodolibet in futurum pociantur et gaudeant paresque et equales eis sint et fiant in omnibus; et econtra Theotunici parificentur, ut predictur, Bohemis per omnia in eisdem. Quodque omnes et singuli honesti, probi et fame bone homines tam Bohemi quam Theotunici venientes undecumque in civitatem predictam, habitacionem et incolatum inibi facere volentes sine omni difficultate admittantur, recipiantur et assumantur ad morandum et habitandum in ea sub eisdem consuetudinibus, iuribus, comodis et oneribus ipsius civitatis, que et quas ad presens habere dinoscitur vel habitura sunt <sup>p)</sup> in futurum.

Ne autem huiusmodi hominibus dictam civitatem intrare et habitare volentibus quedam fraternitas, que inter mechanicos et artifices in ipsa civitate habetur et haberi<sup>1)</sup> dicitur, impedimentum seu preiudicium possit aliquod in posterum generare, ipsam fraternitatem seu societatem regia auctoritate ex nunc tollimus, irritamus et annullamus nullamque, irritam et sublatam nunciamus nulliusque esse et fore de cetero efficacie vel momenti. Volumus insuper et sancimus decreto<sup>2)</sup> regio, quod tam Bohemi quam Theotunici maceella carnum et alia quevis artificia equaliter et parili modo teneant et habeant in eis, quod operationes suas exercent et faciant<sup>3)</sup> nec sit in carnificio seu aliis artificijs melior condicio alicuius inter eos: sed omnes paribus iuribus pociantur in eisdem. Postremo statuimus ac decrevimus, ut deinceps in posterum pannifices cives et<sup>4)</sup> incole supradicte civitatis pannos suos pro se factos et contextos nequaquam incisos ad ulnas, sed ex integro dumtaxat et integros vendant et vendere teneantur, prout in civitate Pragensi alii pannifices pannos suos pro<sup>5)</sup> se factos et contextos integros et integre vendere consueverunt.

Nulli igitur civium predictorum aut alii cuicumque liceat constitutionum seu statutorum nostrorum formam seu concessionis nostre ordinem infringere aut ei ausu temerario quomodolibet contraire, indignacionem nostre maiestatis<sup>6)</sup> acerrimam<sup>7)</sup> et penam marce unius auri puri, cuius medietatem fisco regio, residuam vero ad opus et reformationem civitatis ipsius volumus applicari, necnon penas alias gravissimas promotu nostro infligendas si secus quispiam attemptare presumpserit, se noverit irremissibiliter incursum etc. Datum etc. Welco decanus Saccensis.

Cod. I, 243: a) perpetue b) ligwagii et ydeomatis c) contenta d) supplicacionis e) gratificamus f) Eingefetzt für ein undeutbares Schriftbild g) Deutung nicht einwandfrei h) valeant ac digne i) possint et teneantur k) statuendam l) reservanda m) eis n) que o) fehlt p) est r) habere s) de certo t) facient u) per.

Čelakovský, Cod. Iur. Mun. II, 439, Nr. 298: <sup>1)</sup> Karolus dei gracia Romanorum rex semper augustus et Boemie rex <sup>2)</sup> fieri <sup>3)</sup> regalis <sup>4)</sup> theutonicus <sup>5)</sup> iam dicte <sup>6)</sup> Boemie <sup>7)</sup> charissimi <sup>8)</sup> seu immunitates <sup>9)</sup> regia <sup>10)</sup> Nos Wenceslaus etc. (folgt der Wortlaut der Urkunde Wenzels II., 1303, August 30, Čelakovský Nr. 76) <sup>11)</sup> ratificamus. Datum Prage a. d. MCCCCL, jubileo, ind. tertia, sept. id. Marc., regn. nostr. a. quarto.

\*) Hier wäre Beilage Nr. 1 zu interpolieren.

9. Graf Johann von Kleve beklagt sich bei R. Karl IV. über die päpstlichen Zehntlasten, denen das durch Fehden heimgesuchte Niederrheinland unmöglich gerecht werden kann, und warnt im Reichsinteresse vor zu willkürlicher Ausbeutung des Klerus. 1356 bis Frühling 1357. Cod. I, 243, Bl. 113<sup>r</sup>, Nr. 86. Vgl. Seite 332.

Serenissime domine, ad vestre excellencie deducimus noticiam, quomodo nobis existit insinuat, quod dominus noster papa a clero et ecclesiasticis<sup>1)</sup> personis in quadam provincia Coloniensi decimas quasdam satis ingentes nititur extorquere quodque ipse super huiusmodi exigendis et extorquendis deputaverit dominum archiepiscopum suum executorem<sup>2)</sup>. Super quo serenitati vestre cupimus fore notum, quod terra nostra adeo est devastata per rapinas et incendia occasione gwerrarum et dissensionum, que inter Edwardum de Gerlia et nos vigeant, occasione eciam quarum incole terre nostre, cuiuscumque condicionis ant status existant, sunt ad

inopiam miserabiliter versi, exulati et ingenti mole paupertatis depressi, sic quod clerici et ecclesiastice persone in terra nostra degentes nullo<sup>b)</sup> modo sufficere possunt nec<sup>c)</sup> sibi ipsis ad sustentacionem alimentorum nec ad solucionem decimarum predictarum, cum sint facultatibus exinaniti.

Rogamus igitur vestram serenitatem humiliter et eciam devote interpellamus, quatenus ipsa efficere velitis et procurari viis et modis sibi<sup>d)</sup> notis apud dominum papam, ut ab execucione huiusmodi decimarum ceterorumque gravaminum mole desistat, cum vobis ex debito vestre excellencie hoc facere incumbit, que habet cunctos sibi<sup>d)</sup> subiectos et presertim clericos circumspicere oculo clemenciori, ne pergraventur, nam per hoc pium opus circa ipsos facietis, quia verisimiliter formidandum est. Si huiusmodi exaccio habuerit processum, quod altissimus avertat, status<sup>e)</sup> et honor cleri in regno Alamanie vobis subiecti deprimentur. Altissimus vos conservet feliciter atque bene. Dat.<sup>2)</sup> Cleven. etc.

Johannes comes Clevenensis imperatori scribit etc.

Cod. I, 243: a) ecliasticis b) ullo c) eciam d) ließ vobis e) quod status.

<sup>1)</sup> Der Beht ist am 15. Mai 1355 auferlegt worden. Werunsky, Karl IV., III, 171.

<sup>2)</sup> Als terminus ad quem gilt das Frühjahr 1357, in welchem der Beht in ein Subsidium umgewandelt worden ist. Werunsky ebenda 194.

10. Kg. Kasimirs Gattin Christine Kotzner schreibt an K. Karl IV. von einem abgeschlossenen böhmisch-polnischen Vertrag und gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, daß zwischen beiden Herrschern weiter freundschaftliche Beziehungen obwalten mögen. 1357, Juli 16. Cod. I, 243, Bl. 110<sup>v</sup>, Nr. 78. Vgl. Seite 333.

Regina Polonie imperatori.

Serenissime princeps et domine graciose. Contractus inter magnificum principem et dominum dominum Kazmerum regem Polonie, consortem nostrum, ab una et personam vestram parte ab altera celebratus<sup>a)</sup> vobis ad modum et honorem absque dubio provenire speramus: nam eundem coniugem nostrum ad obsequia vestra et ad perfectam constanciam vestri amoris intendimus animare, ne amplius inter vos utrumque<sup>b)</sup> more solito hinc inde fluctuat materia dubiorum. Placeat igitur gracie vestre nos<sup>c)</sup> tam considerare<sup>d)</sup>, precipue non alias, quam si adhuc essemus in civitate Pragensi personaliter constitute. Etenim omni dubietate remota ad ea, que vestrum honorem respiciunt et<sup>e)</sup> quibus vestra possit procurari commoditas, fidelibus studiis diligencius intendemus nos et statum nostrum vestre benigne gracie committentes.

Dat. Crac. sub annulo nostro secreto, quo nos dominus noster et camerarium legitime desponsavit, die dominica post festum sancte Margarethe<sup>1)</sup>, anno domini MCCCCLVII. Cancellarius etc.

Cod. I, 243: a) celebratam b) utroque c) nobis d) considenter e) schlt.

<sup>1)</sup> Das Margarethenfest wird in den Erzbischofen Prag und Gnesen am 13. Juli gefeiert, der im Jahre 1357 ein Donnerstag gewesen ist.

11. Schreiben Johannis von Neumarft an Francesco Petrarca. Bald nach 1357. Cod. I, 243, Bl. 98<sup>r</sup>, Nr. 36. Vgl. Seite 323.

Pulcrum breve.



De fecundo pectore phebuis irradians sic e gratis labiis mercennarii<sup>a)</sup> largitur grata donaria ut aurum mentis, argentum ligwe poetice de tam diviti vena saturiens<sup>b)</sup>, sic legentis paupertatem deterret<sup>c)</sup> ut<sup>c)</sup> quarumvis<sup>c)</sup> diviciarum splendoris, sic intuetur<sup>d)</sup> gratissimum supereffluentis tamen thesauri inestimabilis: copia inopie scribentis se offerens et animum claudicare cogat et calamum, ut nec ad imaginandum intencio nec manus humilis quidem permaneat ad scribendum, nam non licet tanti luminis iubar emphaticum lippientibus oculis intueri. Unum tamen absque dubietate polliceor, quia dulcis Francisci memoria nunquam separabitur a Johanne etc.

Cod. I, 243: a) mercarii b) staturiens c) deterrent ut quamvis d) intueri.

12. Kg. Wenzels IV. Geleitsbrief für die nach Italien reisenden Gesandten: Kanzler Wenzel Kralik von Burzenik, Erzpriester Peter von Ufferub, Graf Günther von Schwarzburg, Kammermeister Benesch von Chausnik und Georg Cavalli aus Mailand. Herbst 1396. Cod. I, 243, Bl. 121<sup>v</sup>, Nr. 149. Vgl. Seite 344.

Credencia bona.

W. fidelis dilecte. Super certis et arduissimis negociis sacrosanctam Romanam<sup>a)</sup> ecclesiam, dominum nostrum summum pontificem, nos et nostrum imperium sanctum tangentibus et signanter super facto unionis ecclesie sancte dei mittimus ad eiusdem domini nostri et tuam presenciam venerabilem Wenceslaum decanum Wisschegradensem cancellarium, honorabilem Petrum de Usserub archidiaconem Orsoviensem, devotos spectabilem Gunterum comitem de Swarezburg et nobilem Benussium de Kusnis regalis camere nostrum magistrum nec non Georgium de Cavall, consiliarios fideles nostros dilectos, de intencione nostra tibi referenda distiucius informatos. Tuam igitur fidelitatem affectuose requirimus et hortamur, quatenus prefatos ambasiatores nostros ad honorem et reverenciam maiestatis nostre regie benigne suscipere, exponenda per ipsos gratanter audire et ipsis in referendis pro parte nostra non minus, quam si tibi personaliter loqueremur, fidem velis et debeas credulam adhibere, prefatis ambasiatoribus nostris in omnibus et singulis, que promocionem itineris ipsorum conspiciunt, promotivam et favorabilem ostendere voluntatem. Facies enim in hoc maiestati nostre gratam complacienciam erga te suo tempore gracious favoribus compensandam etc.

Cod. I, 243: a) Romanen.

13. Kg. Wenzel IV. berichtet einem befreundeten Fürsten die durch Kg. Sigmund glücklich vollendete Unterdrückung des Aufstandes, der nach der Niederlage von Nikopolis um sich gegriffen hatte, sowie von dem Vorhaben einer Luxemburger-Zusammenkunft zu Breslau. Herbst 1398. Cod. I, 243, Bl. 128<sup>v</sup>, Nr. 236. Vgl. Seite 344.

Rex intimat nova de libertate fratris sui regis Ungarie multum gratulanter.

Dilecte. Exuberans et pregnans est in conspectu nostro fidei tue constancia, quam erga maiestatem nostram clara semper operum exhibicione ostendisti, prout hoc a te providus Jo. cardinalis ad nostri culminis presenciam nuncius transmissus nostre magnificencie lucidius et aperte declaravit, quem gratanter recepimus. Hilariter vidimus ac proposicionis ipsius verba pleno collegimus intellectu, quibus eciam tenore presentis respondemus pro singularitate significantes, quod serenissimus



princeps et dominus dominus Sigismundus rex Ungarie etc., frater noster karissimus, cum omnibus baronibus plene concordatus et plenaliter unitus pristina gaudet libertate et<sup>c)</sup> eciam maior et potencior universis prius denuo<sup>d)</sup> existit, prout hoc idem ex pleno<sup>a)</sup> nos docente in litteris suis lucidius cognovimus ab experto. Cum quo una cum illustribus Jodoco et Procopio marchionibus et quampluribus aliis principibus patruis et consagwineis nostris carissimis in civitate Wratislaviensi pretermisiss aliis nostris agendis negociis statim convenire proponimus et abinde ad sanctissimum in Christo patrem Bonifacium ac tuam dileccionem sollempnes ambasiatores volumus destinare. Quapropter sinceritatem tuam affectuose requirimus et hortamur ex animo desiderantes sincere fidei tue puritatem, quam ad nos constanter et<sup>b)</sup> continue gessisti, ut<sup>b)</sup> nobis pro inimicorum et rebellium nostrorum repulsione fideliter et incessanter astare velis modis et viis, quibus tibi visum fuerit oportunis, prout de sinceritate et amicia tua plenam confidenciam gerimus et indubiam tenemus presumptionem etc.

Cod. I, 243: a) expien. b) jeshlt c) et qui d) deo

14. Kg. Sigmunds Denkschrift an die Kardinäle wegen der feindseligen Haltung des Papstes Bonifaz IX. 1401—1404. Vgl. S. 341.

Reverendissimi in Christo patres, amici carissimi<sup>1)</sup>. Devocionem ac sinceram fidem, quas erga sacrosanctam Romanam ecclesiam domus<sup>2)</sup> nostra semper habuit, toto orbi credimus esse notas nec vestra<sup>a)</sup> venerabilitas ignorat, quomodo divine<sup>b)</sup> recordacionis genitor noster a principio huius pestiferi<sup>4)</sup> scismatis partem Urbani sexti semper fovit et usque ad<sup>b)</sup> eius obitum in illius<sup>c)</sup> obediencia perseveravit. Et profecto, si genitor ipse noster usque ad hec tempora vixisset, non ambigimus<sup>d)</sup>, quod iam dudum terminum huius perniciosi<sup>5)</sup> scismatis<sup>5)</sup> leta<sup>5)</sup> christianitas<sup>5)</sup> habuisset. Verum et nos per viam paternam ambulantes usque ad hec tempora debitam obedienciam primo Urbano prefato<sup>e)</sup>, deinde Bonifacio successoris suo ut<sup>f)</sup> Romane<sup>f)</sup> ecclesie<sup>f)</sup> presidenti constanter servavimus<sup>6)</sup> et nunquam<sup>3)</sup> regibus et principibus de contrario nos<sup>7)</sup> sollicitantibus volumus<sup>3)</sup>, licet magna et multa nobis premia promitterent<sup>7)</sup> seu<sup>7)</sup> proponerent, aliquid assentire. Preterea, postquam huius regni sacro fuimus diademate coronati<sup>i)</sup>, totus orbis non ignorat, quod semper adversus perfidos paganos Romaneque ecclesie hostes scismaticos continua bella gessimus, personam nostram cunctis exponendo periculis nullisque parcendo laboribus vel expensis; ad quam rem iugiter<sup>j)</sup> auxilia aliorum christianorum<sup>8)</sup> undique conquisivimus<sup>13)</sup>, quorum multitudo<sup>9)</sup> inenarrabilis pro christianitatis defensione sevis occubuit gladiis paganorum. Quantum<sup>10)</sup> vero Ungarici sanguinis a die nostre coronacionis usque in hodiernum manu paganorum effusum sit<sup>10)</sup>, quanta bella cruentissima gesta sint<sup>11)</sup>, quanta quoque<sup>k)</sup> dampna hoc regnum nostrum, quod in hac orientali plaga christianitatis est scutum, passum<sup>12)</sup> sit, non<sup>7)</sup> possumus enarrare. Hecce, qualem fructum qualeque meritum pro tantis beneficiis reportamus<sup>14)</sup>, de<sup>l)</sup> quibus ceteri reges condolentur, amirantur<sup>1)</sup> Tacemus illatas carissimo<sup>b)</sup> germano<sup>7)</sup> nostro Romanorum regi contumelias inmeritas<sup>b)</sup>, quem, quantum<sup>b)</sup> in<sup>b)</sup> se<sup>b)</sup> erat<sup>b)</sup>, privavit<sup>m)</sup> imperio Romano pro<sup>n)</sup> tanta fidei soliditate<sup>n)</sup>, et nostras dumtaxat iniurias recitamus. Siquidem ille<sup>o)</sup> Romanus pontifex nihil aliud die<sup>15)</sup> noctuque cogitare

videtur, nisi ut modum inveniatur, quomodo nos possit deicere<sup>p)</sup> de hoc<sup>7)</sup> regno; nam tot et tanta mala atque scandala in regno nostro seminavit, nostrum excidium omnibus modis querens, quod horror est audire, quae fuerunt flagicia et<sup>b)</sup> immania<sup>16)</sup> scelera prochdolor perpetrata; nam ultra quam viginti<sup>21)</sup> hominum milia ferro, igne, fame<sup>17)</sup> perierunt. Quot autem ecclesie combuste, quot monasteria spoliata, quot claustra desolata<sup>18)</sup>, quot exeniedochia<sup>19)</sup>\*) destructa incredibile dictu<sup>20)</sup> est. Preterimus villarum incendia, pauperum spolia, viduarum et orphanorum exterminia<sup>q)</sup>, virginum stupra, matronarum adulteria, quibus omnibus non fuit numerus neque modus. Sed et<sup>b)</sup> illud<sup>b)</sup> inter maxima dampna merito computari decet<sup>b)</sup> sive<sup>b)</sup> potest, quod<sup>7)</sup>, nisi forent<sup>22)</sup> ista regni nostri disturbia suggestionem pape suscitata, profecto ex quo divina clemencia per<sup>23)</sup> Tartaros<sup>23)</sup> Turcorum rabiem eliserat, facile nobis erat omnes partes<sup>25)</sup> transmarinas a Turcorum tyrannide liberare. Verum hec disturbia<sup>24)</sup> adhuc ex parte detinuerunt nos et ab<sup>24)</sup> opere tam laudabili, licet cum gravi merore nostri animi, retraxerunt. Et profecto, nisi divina misericordia<sup>b)</sup> iusticie nostre et<sup>b)</sup> christianitatis saluti misericorditer subvenisset<sup>r)</sup>, verisimillimum<sup>38)</sup> erat hoc regnum in manus paganorum miserabiliter devenerunt.

Quippe excogitare nescimus, quid unquam nostra maiestas contra suam sanctitatem attemperaverit<sup>27)</sup>, propter quod nos ita persequi deberet odio capitali. Presertim quia et<sup>7)</sup> predecessor suus felicis recordacionis Urbanus sextus<sup>b)</sup>, quam diu vixit, et dehinc<sup>26)</sup> ipse<sup>s)</sup> Bonifacius usque ad hec tempora nos semper carissimum filium et verum Ungarie regem suis litteris nuncuparunt. Unde ergo provenit tam repentina mutacio, ut pater filii<sup>b)</sup> fieret<sup>t)</sup> persecutor? Nam eciamsi aliquo modo nostra filiatio contra suam paternitatem excessisset, debuisset more pii patris excessum nostrum benivolis verbis primo<sup>7)</sup> corripere et salubribus monitis<sup>36)</sup> emendare: hoc siquidem non fecit, sed potius contrarium<sup>b)</sup> verba dando nobis benivola et<sup>b)</sup> clandestine de nostro exterminio pertractavit. Sollicitavit enim primo prelatos et barones nostros, ut a nostra maiestate deficerent et<sup>7)</sup> nobis rupta fide nefarie<sup>b)</sup> rebellarent; induxit deinde Ladislaum filium quondam Karoli de Duracio<sup>u)</sup>, ut regnum nostrum impeteret et sibi tamquam hereditatem<sup>v)</sup> vendicaret, et<sup>w)</sup> nonnullos prelatos nostre maiestati fideles et benivolos ad prefati Ladislai instantiam privavit episcopatibus, de eisdem emulis providendo<sup>w)</sup>; direxit preterea legatum a latere, qui regnicolas nostros a iuramentis nostro diademati prestitis absolveret et ipsos in nostrum exterminium excitaret<sup>28)</sup>. Suntne hec opera pii patris, suntne hec<sup>7)</sup> officia boni pastoris, inter filios bella serere<sup>29)</sup> et inter oves pestem morbidam procurare?

Quapropter<sup>30)</sup>, reverendissimi patres et amici carissimi<sup>1)</sup>, in arcano vestri<sup>u)</sup> pectoris equa meditacione pensantes<sup>x)</sup> ipsum summum pontificem iugi studio<sup>31)</sup> ad nostrum excidium inhiare et discordias assiduas in regno nostro occulte<sup>32)</sup> nutrire, ne iterum talia dampna, qualia de<sup>b)</sup> ipsius procuracione hiis in pacatis<sup>33)</sup> temporibus passi sumus, in<sup>7)</sup> regno<sup>7)</sup> nostro<sup>7)</sup> evenire contingat ac ut suspiciones evitemus et<sup>b)</sup> summa<sup>34)</sup> cum<sup>7)</sup> diligencia<sup>7)</sup> futuris malis et<sup>7)</sup> scandalis occurramus, decrevimus cum consilio tamen nostrorum baronum<sup>7)</sup> et<sup>7)</sup> procerum<sup>7)</sup>, quod<sup>35)</sup> de<sup>7)</sup> cetero<sup>7)</sup> nullus regnicolarum nostrorum audeat<sup>37)</sup> vel<sup>37)</sup> presumat<sup>37)</sup> ad curiam Romanam accedere vel deinde<sup>r)</sup> ad regnum venire<sup>b)</sup>, donec de illatis dampnis<sup>z)</sup> et

iniuriis nobis fuerit satisfactum. Nec miretur, patres, scriptis vestra prudencia, quod talia presumimus attemptare, quia prudentis non est propriam salutem negligere et ut Comicus\*\*) ait: Stultum est amittere, quod valeas precavere. Volumus enim per hunc modum emulis nostris et presertim nostris regnicolis subtrahere materiam delinquendi et occasionem et causam illius nefandissimi criminis, heretice videlicet simonie, simulque crassitudinem et pigwedinem deo proposito pro posse attenuare et <sup>7)</sup> macerare et remove ab eisdem. Ab obediencia tamen sanete matris ecclesie, quam semper puro corde cum omnimoda devocione et humilitate venerari pretendimus, nequaquam intendimus nos contumaciter separare etc. Dat.

Cod I, 243, Bl. 117<sup>r</sup>, Nr. 107: <sup>1)</sup> karissimi <sup>2)</sup> maiestas <sup>3)</sup> unquam noluimus <sup>4)</sup> pestitere <sup>5)</sup> perniciosis scisma iuxta vota christianitatis <sup>6)</sup> conservamus <sup>7)</sup> fehlt <sup>8)</sup> cristicolarum <sup>9)</sup> multo <sup>10)</sup> Confusa sic für Quantum - sit <sup>11)</sup> sunt <sup>12)</sup> passis <sup>13)</sup> conquesivimus <sup>14)</sup> temptat <sup>15)</sup> de die <sup>16)</sup> inania <sup>17)</sup> et fame <sup>18)</sup> sunt desolata <sup>19)</sup> endochcia <sup>20)</sup> dictui <sup>21)</sup> viginta <sup>22)</sup> fuisset <sup>23)</sup> Thartarorum <sup>24)</sup> distorbia in quibus sedandum adhuc ex parte detinemur nos ab für disturbia — ab <sup>25)</sup> personas <sup>26)</sup> deinde <sup>27)</sup> attemptavit <sup>28)</sup> concitaret <sup>29)</sup> facere <sup>30)</sup> Quare <sup>31)</sup> studii <sup>32)</sup> mittere <sup>33)</sup> in pactis <sup>34)</sup> sume <sup>35)</sup> ut <sup>36)</sup> monitibus <sup>37)</sup> audeant vel presumant <sup>38)</sup> verisimilum.

Palacý, Über Formelbücher II, 78, Nr. 74: a) vestrum b) fehlt c) eius d) ambiguimus e) prenotato f) nunc Romano g) dive h) nostri i) coronatus j) magis k) vero l) de — amirantur fehlt m) privantes n) pro — soliditate fehlt o) ipse p) eicere q) gravamina r) devenisset s) ille t) fiat u) Durachia v) hereditarium w) et — providendo fehlt x) pensatis y) inde z) Mit damnis schließt Palacý.

\*) Vielleicht xenodochia.

\*\*) Liber Comicus aut Comitiss. Comes vocatur ab Ecclesiasticis congregatio caelestium lectionum (Papias). Vgl. Du Cange, Glossarium II (1842), 450.

## 15. Zur Herkunft Johannis von Neumarkt.

Die Ausführungen des Herrn Priv.-Doz. Dr. J. Klapper vom 14. Februar 1927 über die Jugendgeschichte Johannis von Neumarkt sind geradezu umstürzend zu nennen und wären vom sudeten-deutschen Standpunkt aus nur zu begrüßen. Der Inhalt des Vortrags ist mir leider bloß aus einem Zeitungsausschnitt bekannt, dessen Einsendung ich Herrn Staatsarchivrat Dr. Mandt verdanke, und ich bin folglich außerstande, die Belege einzusehen, die Klapper zu seiner neuen Einstellung berechtigen. Da ich mich bereits lange Zeit mit dem großen Kanzler Karls IV. beschäftige, möchte ich in Kürze einschlägiges für und wider aus der sudetenländischen Literatur anführen.

Hermenegild Jireček, ein vorzüglicher Kenner der Geschichte von Hohenmauth, wo nach Klapper Johannis Wiege gestanden ist, weiß nichts von Beziehungen des Kanzlers zu dieser ostböhmischen Stadt. Er erwähnt in seiner „Geschichte der Stadt Hohenmauth (Král. věnné město Vysoké Mýto)“, Hohenmauth 1884, zwei Johannis mit dem Beinamen von Hohenmauth. Der eine ist der Magister Johannes de Ruta dictus Sophista, der 1385 an der Prager Universität studiert hat und 1395 deren Rektor gewesen ist; der andere, Joannes de Alta Ruta, erscheint 1375 als Magister des Kirchenrechtes an der Prager Universität. Keiner von beiden kann mit Johann von Neumarkt identisch sein.

Pfotenhauers Urkundenbuch des Klosters Ramenz (Cod. dipl. Sil. X), das sicher Klapper benutzt haben wird, hat auch Ferdinand Tadra als Vorlage gedient, als er in seinem Werk über „Die Kanzleien und Schreiber der



böhmischen Länder zur Zeit der Luxemburger (Kanceláře a písaři v zemích českých za králů z rodu lucemburského, Prag 1892)" für die Jahre 1341 bis 1343 den Johannes de Alta Mutha, canonicus s. Crucis Wratislaviensis, notarius curiae Nicolai ducis Münsterbergensis verzeichnet (Seite 84)\*). Im Jahre 1903 hat Hermenegild Jireček, der also für Hohenmauth Interesse gehabt haben muß und zweifellos Tadras Buch eingesehen hat, sein „Rechtsleben in Böhmen und Mähren (Právníký život v Čechách a na Moravě)" herausgegeben und den Johannes de Alta Mutha der Ramezner Urkunden vollkommen unberücksichtigt gelassen. Ebendort schildert er ausführlich (Seite 113 ff.) den Lebenslauf Johanns von Neumarkt, ohne an dessen schlesischer Herkunft zu zweifeln und Hohenmauth in diesem Zusammenhang auch nur einmal zu erwähnen.

Am 26. Oktober 1351 (Mon. Boh. Vat. I [1903] 727, Nr. 1400) schreibt die Kurie Johanni de Novoforo, rectori parrochialis ecclesie de Novoforo Wratislaviensis, und betrachtet den Empfänger als Inhaber nicht nur des Kanonikats vom hl. Kreuz in Breslau, sondern auch von Glogau. Am 11. und 12. Juni 1353 schlägt die Kurie (Mon. Boh. Vat. II [1907] 36 f., Nr. 82) die Bitte Karls IV. ab, dem Johann von Neumarkt abgesehen davon, daß er Erwählter Raumburgs ist und die Präbenden des Breslauer Kreuzstiftes und der Glogauer Kirche innehat, noch den canonicatus Pragensis ecclesie zuzuerkennen, zu welchem er bereits erwählt sei. Diese zwei Registervermerke belehren uns, daß Johann von Neumarkt bereits mehrere schlesische Einkünfte genossen hat, bevor er böhmische anstrebte. Wäre der Kanzler aus Böhmen gebürtig, könnte ihm wohl schwer das Prager Kanonikat vorenthalten werden. Man sollte meinen, daß er sich als gebürtiger Böhme erst um böhmische Pfründen beworben und sie angesichts der königlichen Fürbitte sicher erhalten hätte. Allein er vermochte im Gegenteil in Schlefien spielend Würden zu häufen und gerade in Böhmen erreichte er nichts.

All das Angeführte spricht mittelbar gegen eine böhmische Herkunft Johanns von Neumarkt. Meines Erachtens steht mit der Gleichsetzung Johanns de Alta Muta mit Johann von Neumarkt im Widerspruch die Anschrift des kurialen Bescheides vom 26. Oktober 1351: Johanni de Novoforo, rectori parrochialis ecclesie de Novoforo. Es müßte da vielmehr heißen: Johanni de Alta Muta, rectori parr. eccl. de Novoforo. Die Adresse des Papstdekrets verrät uns nicht nur, daß der Empfänger Pfarrer von Neumarkt ist, sondern auch von dort stammt.

Am Schluß möchte ich eine Tatsache des Näheren erörtern, die zwar von einer Identität Johanns von Neumarkt mit Johann de Alta Muta nichts weiß, aber nachdrücklich die Annahme einer deutschböhmischen Herkunft des Kanzlers stützt. Im tschechischen Glossar des Mag. Claretus de Solentia, den B. Flajšhans herausgegeben hat, finden wir in der siebenten, „de domo et templo" handelnden Abteilung einen Beitrag Johanns von Neumarkt (Sbirka staročeských slovníků, Klaret a jeho družina I [1926], 191 f.). Der Kanzler gibt da unter der Überschrift „De ecclesia" für alles, was nur irgendwie mit Kirche und Messe zusammenhängt, tschechische, zum Großteil noch heute übliche Ausdrücke. Einigen Wörtern sieht man auf den

\*) Die Nennung dieses Johannes de Alta Muta bei Grünhagen-Markgraf, Schlesiens Lehn- und Besitzurkunden II (1883), 139, hat Tadra übersehen.



ersten Blick an, daß sie Neubildungen, also damals keineswegs Volksgut gewesen sind, ein Beweis dafür, daß Johann das Tschechische nicht nur gut beherrschen, sondern auch in der slawischen Philologie hervorragend bewandert sein mußte. Dieser Abschnitt des Glossars, in dem 144 lateinischen Benennungen tschechische Übersetzungen beigegeben sind, schließt mit dem Vers: *Hec Olomucensis data presulis aucta Johannis*. Dieser Johannes kann nur Johann von Neumarkt sein, wenn die zeitliche Verlegung der Abfassung des Glossars durch den Herausgeber in die Zeit um 1365 auf Richtigkeit beruht. An der deutschen Nationalität Johannis von Neumarkt ist nicht zu zweifeln, wie hätte sonst das Leben des hl. Hieronymus entstehen können? Doch die Vorliebe für tschechische Volkskunde und Sprache ist sehr auffallend und kann bloß mit Territorialpatriotismus erklärt werden, wie er uns bei den Deutschen Peter von Bittau und Johann Cardinalis von Reinstein ebenfalls begegnet. Diese sind allerdings außerhalb Böhmens geboren, also wäre dies auch bei Johann von Neumarkt möglich, aber die intensive Beschäftigung mit Schaffung tschechischer Wörter und die Teilnahme an nationaltschechischen Kulturunternehmungen — auch Karl IV. hat einen Beitrag zum Klaretschen Glossar geliefert, und zwar den Abschnitt über die Festtage — sollte man eigentlich nur bei einem Menschen voraussetzen dürfen, dem die fremden Laute von Kindheit an geläufig waren.

---

## XII.

### Bericht über die Vereinstätigkeit 1925 und 1926.

Erstattet in der Allgemeinen Versammlung am 14. Februar 1927.

Der Verein hat in der Berichtszeit 255 neue Mitglieder gewonnen. Diesem erfreulichen Zuwachs steht ein Verlust von 44 Mitgliedern durch Tod und von 64 Mitgliedern durch freiwilligen Austritt gegenüber. Die Mitgliederzahl des Vereins hat sich bis zum Ende des vergangenen Jahres also gegenüber den 1358 Mitgliedern des Jahres 1924 trotz der durch Tod und schwierige wirtschaftliche Verhältnisse verursachten Abgänge um 188 neue Mitglieder erhöht, so daß der Verein Ende 1926 insgesamt 1466 Mitglieder zählte.

Diesen Zuwachs verdanken wir zum größten Teil dem seit langem bewährten Pflegerstern des Vereins, und insbesondere sei hier unser Dank wiederholt an die Herren Kaufmann Brandt-Breslau, Bürgermeister Bessel in Neusalz, Rittergutsbesitzer Ede-Tschammendorf, Pfarrer P. Bretschneider in Neualtmannsdorf, Hr. Münsterberg, Bankier v. Eichborn-Breslau, Fürstbischöfl. Konsistorialrat Dr. Engelbert-Breslau, Lehrer Heinolt in Frankenstein, Studienassessor Koniechny in Cosel O.S., Rechtsanwalt Dr. Matuszkiewicz in Sprottau, Regierungsrat Neumann in Reisse, Studienrat Paul in Ratibor, Stadtarchivar Schmidt in Grünberg u. a. m. zum Ausdruck gebracht. Immer wieder aber müssen wir die Beobachtung machen, daß ohne große Mühewaltung noch zahlreiche weitere Mitglieder für den Verein gewonnen werden könnten, wenn jedes einzelne Mitglied in seinem Bekanntenkreise auf die großen Vorteile hinweist, die die Mitgliedschaft im Verein für Geschichte Schlesiens durch den hohen Gegenwert an zahlreichen und wertvollen Veröffentlichungen zur Heimatforschung gegenüber dem geringfügigen Jahresbeitrage von 5 RM. dem Einzelnen bringt.

Nach den vernichtenden Jahren der Inflationszeit hat sich die finanzielle Lage des Vereins nun wieder so weit gebessert, daß wir unsere regelmäßigen Veröffentlichungen mit jährlich je 3 Heften

Geschichtsblättern und einem Band Zeitschrift teils besser ausstatten, teils wieder im Umfang heben konnten. Band 59 der Zeitschrift erschien in Stärke von 14 Bogen, Band 60 in Stärke von 16 Bogen, und den diesjährigen Band der Zeitschrift können wir wieder in Stärke von 23 Bogen unsern Mitgliedern vorlegen.

Anlässlich des im Herbst 1926 in Breslau stattgefundenen Deutschen Historikertages konnte der Vorsitzende des Vereins mit einer Ansprache während der Festsißung in der Universität den zahlreichen Teilnehmern der Tagung als Festgabe das 273 Druckseiten starke nachgelassene Werk von Julius Krebs, Aus dem Leben des kaiserlichen Feldmarschalls Grafen Melchior von Hagfeldt (1632 bis 1636) überreichen. Diesen wertvollen Beitrag zur Geschichte des 30 jährigen Krieges, der den im Jahre 1910 ebenfalls bei W. G. Korn erschienenen I. Band dieses Krebs'schen Werkes fortsetzt, konnten wir dank der Opferwilligkeit des Herausgebers, des Professors Ernst Maetschke, und der Pietät Sr. Durchlaucht des Fürsten Hermann von Hagfeldt, Herzogs von Trachenberg, und Sr. Durchlaucht des Fürsten Alfred von Hagfeldt-Wildenburg der Öffentlichkeit übergeben. Unsere Mitglieder erhalten es durch die Geschäftsstelle des Vereins Breslau XVI, Tiergartenstraße 13, zum halben Ladenpreise.

Dank einer bedeutenden Druckunterstützung durch die Historische Kommission für Schlesien konnte die Reihe der Darstellungen und Quellen zur schlesischen Geschichte, deren letzter Band 1920 erschien, um den 375 Seiten starken Band XXVIII: Kurt Engelbert, Kaspar von Logau, Bischof von Breslau (1562—1574), Breslau 1926, vermehrt werden. Dieser aus den Quellen geschöpfte Beitrag zur schlesischen Reformationsgeschichte gibt eine ganz Schlesien umfassende Darstellung der religiösen Verhältnisse Schlesiens im angegebenen Zeitabschnitt und zugleich eine Fülle wertvollsten Materials zur Orts- und Personengeschichte. Auch diesen Band sind wir in der Lage, unseren Mitgliedern zum halben Ladenpreise zu liefern.

Die Zusammenarbeit des Vereins für Geschichte Schlesiens mit der Historischen Kommission für Schlesien gestaltete sich weiter harmonisch. Namens beider Vereinigungen erschien im Jahre 1925 die erste Doppellieferung <sup>1)</sup> der von R. Wutke und E. Randt als Codex diplomaticus Silesiae XXX bearbeiteten Regesten zur schlesischen

<sup>1)</sup> Inzwischen ist die II. Doppellieferung (Heft 3/4) erschienen und kann von unsern Mitgliedern zum halben Ladenpreise bei der Geschäftsstelle des Vereins Breslau XVI, Tiergartenstraße 13, bezogen werden.

Geschichte, umfassend die Jahre 1338—1339, und als Band XXXI des Codex diplomaticus Silesiae der durch E. Gräber herausgegebene weitere Band der Inventare der nichtstaatlichen Archive Schlesiens, der den Kreis Sprottau behandelt und zugleich eine Übersicht über die Bestände des herzoglich schleswig-holsteinischen Hausarchivs in Primkenau mit seinem wertvollen Material für die allgemeine und Geistesgeschichte Deutschlands gibt. Auch diese beiden Veröffentlichungen werden den Vereinsmitgliedern zum halben Ladenpreise geliefert.

Von der Historischen Kommission wurde dem Verein ferner in entgegenkommender Weise zur Verfügung gestellt der Satz der von H. Bellée gesammelten und hier beiliegenden Literatur zur Schlesiischen Geschichte für die Jahre 1923—1925, die den Vereinsmitgliedern wie bisher kostenlos geliefert werden kann. Aber auch all' die anderen von der Historischen Kommission allein in Angriff genommenen großen Veröffentlichungen zur Schlesiischen Geschichte — wie z. B. die Schlesiischen Lebensbilder — wurden und werden den Mitgliedern des Vereins für Geschichte Schlesiens stets zu Vorzugspreisen angeboten.

Den in der allgemeinen Mitgliederversammlung am 9. Februar 1925 aus dem Vorstande des Vereins scheidenden bisherigen langjährigen Vorsitzenden Oberstudienrat Prof. Dr. Maetische ernannte der Vorstand in Würdigung nicht nur seiner großen Verdienste um den Verein, sondern auch in Anerkennung seiner selbstlosen und opferwilligen Hingabe an die Aufgaben der schlesiischen Geschichts- und Heimatforschung überhaupt zum Ehrenmitglied des Vereins.

Die Neuwahl des Vorstandes ergab die folgende Zusammensetzung:

Staatsarchivdirektor Geh. Archivrat Dr. phil. Wutke, Vorsitzender.  
 Stadtarchivdirektor Prof. Dr. jur. h. c. und Dr. phil. Wendt,  
 stellvertretender Vorsitzender.

Stadttältester, Stadtrat a. D. Jungfer, Schatzmeister.

Univ.-Prof. Dr. phil. Ziefursch, Beisitzer.

Univ.-Prof. Dr. theol. Seppelt, Beisitzer.

Diözesanarchivdirektor Prof. Dr. theol. Nowak, Beisitzer.

Staatsarchivrat Dr. phil. Randt, Beisitzer und Schriftführer.

Als verantwortliche Herausgeber unserer Zeitschrift und der Geschichtsblätter zeichneten laut Vorstandsbeschuß vom 2. September 1924 A. Wutke und H. Bellée und nach des Letzteren Verzeugung an das Staatsarchiv in Stettin (1. April 1926) A. Wutke und E. Randt.



Staatsarchivrat Dr. H. Bellée wurde anlässlich seiner Ver-  
setzung in Würdigung seiner für den Verein geleisteten bibliographi-  
schen Arbeiten zum korrespondierenden Mitglied des Vereins ernannt.

Unter den zahlreichen Mitgliedern, die dem Verein in der  
Berichtszeit durch den Tod entzogen wurden, befinden sich leider  
besonders viele, die durch ihre wissenschaftlichen Arbeiten bzw. durch  
tatkraftige Förderung unserer Interessen sich in unserer Vereins-  
geschichte ein Ruhmesblatt geschrieben haben. Wir gedenken unter  
ihnen hier besonders an Geh. Hofrat Univ.-Prof. Dr. Ratsch in  
Freiburg i. Br., Geh. Reg.-Rat Univ.-Prof. Dr. Partsch in Leipzig,  
Justizrat Dr. Bellerode in Breslau, Pastor Feist in Festenberg,  
Fürstlicher Archivar Dr. Zievier in Pleß, Prof. Dr. Rentwig in  
Berlin-Steglitz, Buchhändler Dr. Priebatsch in Breslau, Direktor  
des Statistischen Amtes Prof. Dr. Neefe, Ehrenomherr Ziegler  
in Breslau, Regierungspräsident Büchting in Liegnitz, Reg.- und  
Schulrat Kolbe in Oppeln, Rittergutsbesitzer v. Kulmiz auf Konrads-  
waldbau, Wirkl. Legationsrat Zimmermann in Berlin, Seminar-  
direktor Dr. Wagner in Breslau, Fabrik- und Rittergutsbesitzer  
Schöller in Strachwitz, Kr. Breslau, Reg.-Assessor a. D. Ritterguts-  
besitzer v. Roeder, Gr. Gohlau, Kr. Neumarkt, Bürgermeister  
Dr. h. c. Trentin in Breslau und viele andere.

Die vielfachen Veränderungen der Kriegs- und Nachkriegszeit  
machten den Druck eines neuen Mitgliederverzeichnisses notwendig,  
das wir nach dem Stande vom September 1925 im Anhang des  
Bandes 59 unserer Zeitschrift veröffentlichten. Es hat inzwischen  
sehr viele Änderungen erfahren, aber es ist von der Mehrzahl der  
Mitglieder dankbar begrüßt worden.

Der Tauschverkehr wurde im bisherigen Umfange aufrecht erhalten  
und in geeigneten Fällen erweitert. So wurde ein Schriftenaustausch  
neu eingeleitet bzw. wieder aufgenommen mit dem Mindener Ge-  
schichtsverein, der Krakauer Akademie der Wissenschaften, dem Ossol-  
inski-Institut in Lemberg, dem Dresdener Geschichtsverein u. a. m.  
Dem Historischen Seminar in Prag sahen wir uns veranlaßt, in  
Anbetracht seiner bedrängten Lage die laufenden Vereinsveröffent-  
lichungen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Die regelmäßigen Vortragsabende des Vereins in den Winter-  
Semestern fanden wie bisher in der Universität statt und zeigten  
durchweg einen sehr erfreulichen Besuch. Anlässlich des 50 jährigen  
Jubiläums von Geheimrat Prof. Dr. Friedensburg als schlesischen  
Münzforscher hielt der Verein eine gemeinsame Sitzung mit dem

Schlesischen Altertumsverein ab, bei der namens des Vereins Prof. Dr. Wendt die zahlreichen und bedeutenden Forschungsergebnisse des Jubilars feierte, die zum größten Teil in den Veröffentlichungen unseres Vereins abgedruckt sind. Glückwunschadressen konnte der Vorstand richten an die Stadt Oberglogau und die Gemeinde Neunz anlässlich ihrer 700-Jahrfeiern, sowie an unser Ehrenmitglied, Herrn Schulrat, Seminardirektor i. R. Dr. Volkmer in Glatz zur Feier seines 80. Geburtstages (Febr. 1926).

Der Sommerausflug des Vereins im Jahre 1925 führte uns unter der sachkundigen Führung unseres Mitgliedes Herrn Fritz Geschwendt und unter reger Beteiligung in die an Problemen reiche Welt der Steinaltertümer des Zobtenberges, und der Vereinsausflug des Jahres 1926 nach der alten Kultus- und Kulturstätte des früheren Klosters Leubus, wo Dr. Schallehn vor einem großen Auditorium einen klaren Überblick gab über die Wirtschaftsformen dieses schlesischen Mutterklosters, und Dr. Boehlich der künstlerischen Bedeutung des Klosters und der thüringischen Kunsteinflüsse aus Raumburg a. S. gedachte und besonders die hervorragende Bedeutung der Schöpfungen des Barock im Kloster Leubus betonte.

Weitere Prunkstätten des schlesischen Barock konnten in einem zweiten Ausfluge im Herbst des Jahres 1926 die Mitglieder des Vereins als Teilnehmer an der Breslauer Historikertagung genießen, die ihren würdigen Abschluß fand in einer gemeinsamen Fahrt nach Landeshut, Grüssau und Schömburg. In der prachtvollen Fürstengruft des Benediktinerklosters Grüssau erinnerte der dortige Herr Abt in glänzender Rede die Teilnehmer dieser schönen Fahrt an die nahen Beziehungen, in denen die Idee des Benediktinerordens zum Geiste historischer Forschung steht, und in Pater von Lutterotti fanden wir einen berufenen und beredten Führer durch die Grüssauer Kunststätten.

Die umfangreichen Sekretariatsgeschäfte des Vereins führte in dankenswerter Weise Fräulein Irmgard Wutke weiter, und die Geschäftsstelle im Breslauer Staatsarchiv (XVI, Tiergartenstraße 13) erwies sich — wie in früheren Jahren — als sehr vorteilhaft für den Verein.

Der Kommissionsverlag des Vereins ging mit Abschluß des Jahres 1926 von der Firma Hirt auf die Firma Trewendt und Granier, Breslau, über.

Der vorliegende Geschäftsbericht gestattet uns die Feststellung, daß die im letzten Bericht von dem damaligen Vorsitzenden, unserem

Ehrenmitglieder Prof. Dr. Maetschke, ausgesprochene Hoffnung, der Verein möge nach den schweren Inflationsjahren auf dem Wege gesunder Weiterentwicklung fortschreiten, sich in erfreulicher Weise zu verwirklichen beginnt. Möge jedes einzelne Mitglied nach besten Kräften den weiteren Aufschwung des Vereins fördern helfen.

## Vorträge 1925/1926.

1925

12. Jan. Prof. Dr. Rudkowski: Die Umgestaltung des Breslauer evangel. Lehrerseminars im Jahre 1812. Ein Beitrag zur Kritik der Reform Süwerns.
9. Febr. Staatsarchivrat Dr. Graber: Die Inventarisierung des Kreises Sprottau.
2. März Staatsarchivrat Dr. Loewe: Professorenleben in Breslau vor 100 Jahren.
6. April Prof. Dr. Knötel: Der Wandel des schlesischen Stadtbildes in den letzten 100 Jahren. (Mit Lichtbildern.)
19. Okt. P. v. Lutterotti O. S. B.: Abt Bernhard Rosa von Grüssau. Ein Lebens- und Kulturbild.
16. Nov. Oberstudienrat Privatdozent Dr. Klapper: Aus der schlesischen Kulturgeschichte des 14. Jahrhunderts.
14. Dez. Oberstudienrat Prof. Dr. Schoenai: Stadtgründungen und typische Stadtpläne in Schlesien. (Mit Lichtbildern.)

1926

11. Jan. Postdirektor Jung: Aus der Geschichte der reformierten Gemeinde in Breslau.
8. Febr. Staatsarchivdirektor Geh. Archivrat Dr. Wutke: Der schlesische Rechtsgelehrte Kaspar Schieferdecker. Ein schlesisches Gelehrtenleben des 16./17. Jahrhunderts.
8. März Universitätsprof. Dr. Andrae: Der Abbe Giovanni Battista Bastiani. Ein Günstling Friedrichs d. Gr. in seinen Beziehungen zu Schlesien.
18. Okt. Dr. phil. Boehlich: Die germanischen Stämme in Schlesien.
8. Nov. (Zusammen mit dem Schlesischen Altertumsverein.)
  1. Stadtarchivdirektor Prof. Dr. iur. h. c. Wendt: Festrede zum 50jähr. Jubiläum von Geheimrat Prof. Dr. Friedensburg als schles. Münzforscher.
  2. Prof. Dr. Pürschel: Das Breslauer Schloß als historischer Schauplatz.
13. Dez. Universitätsprof. Dr. Laubert: Blücher als Privatmann und Gutsherr in Schlesien.

